Bibliothek des Ruhrgebiets
Bibliothek des ISB
SZD 23.09

C 21734 D



Schweizer Jugendrevolte und „neue Militanz" Seite 7

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr. 183 25.8.80 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 3,- Förderpreis DM 5,-

Im Zusammenhang mit der Erhöhung des Preises für den „Arbeiterkampf" verändern sich ab 1. September auch die Abo-Preise:

Jahresabo:	DM 90
Halbjahresabo	DM 48
Jahresförderabo	DM 140
Halbjahresförderabo	DM 70

Wir bitten alle Abonenten, die sich dem Abbuchungsverfahren angeschlossen haben, zu berücksichtigen, daß diese neuen Preise ab 1.9.80 gelten und abgebucht werden.

Hamburger Satz- und Verlagskooperative

Streiks in Polen

Arbeiter erfolgreich?

Wenn in einem Land des „realen Sozialismus" wie in Polen die Arbeiter streiken, steht die Welt Kopf: Die bürgerliche Presse, sonst auf Diffamierung von Streikenden getrimmt, berichtet ausführlich und wohlwollend. Kapitalisten verabschieden Solidaritätsbekundungen. Rechte Politiker, denen hierzulande schon jede Demo zu viel ist, erklären ihre Bewunderung für die Streikenden. Und auf der anderen Seite: Eine „Arbeiterpartei" wie die DKP hält plötzlich Ruhe und Ordnung für das dringendste Gebot. Die Streiks werden verurteilt, da sie die Volkswirtschaft schädigen. Die Lohnforderungen werden als unrealistisch kritisiert.

Kapitalisten und DKP sind sich offensichtlich in dem Glauben einig, daß jede Streikbewegung in einem Land des „realen Sozialismus" eine erhebliche Erschütterung des dortigen gesellschaftlichen Systems und des „realsozialistischen" Lagers insgesamt darstellt. Für die Kapitalisten verbindet sich daher mit jeder „realsozialistischen" Streikbewegung die Hoffnung auf Massenaufstand und Umsturz — zumindest auf eine blutige Unterdrückung der Bewegung, die der antikommunistischen Propaganda neuen Stoff geben könnte.

Seinem Umfang nach ist der bisherige polnische Streikkampf eher gering — Streiks von 200.000 oder 300.000 Arbeitern sind im 'Westen' jedenfalls nichts Außergewöhnliches und würden kaum jemandem Anlaß zu Spekulationen über Massenaufstand, Bürgerkrieg, ausländische Intervention usw. bieten. Die bürgerliche Propaganda zieht also ihren Stoff nicht aus dem Fakt als solchem, sondern aus seiner Außergewöhnlichkeit zum einen — und zum anderen aus historischen Vorbildern, die die Tendenz des „realen Sozialismus" zur blutigen Niederschlagung solcher Bewegungen, zu Panzeraufmärschen u.ä. zeigen. Der Verlauf der polnischen Arbeiterkämpfe 1970 ist so ein Beispiel.

Solange jedem Streik der Vorwurf des Illegalen und Gesellschaftsfeindlichen anhängt, solange die Arbeiter nicht über legale Organisationen zur Wahrnehmung ihrer Interessen und Führung ihrer Kämpfe verfügen — solange wird in der Tat jeder noch so geringfügige Streik im „realen Sozialismus" auch einen Angriff auf die gesamten herrschenden politischen Verhältnisse beinhalten. Ebenso lange wird in jedem vereinzelten Streik die Tendenz liegen, sich zu einer übergreifenden Streikbewegung um die politischen Arbeiterrechte auszudehnen. Dies gilt selbstverständlich nicht bloß für Polen, sondern auch für die DDR, Sowjetunion usw.

Für die traditionelle „realsozialistische Lehrmeinung ist ein Streik im „realen Sozialismus" absurd oder verbrecherisch: Da die Arbeiter Herren der Betriebe und des Staates sind, haben sie keinen Grund gegen sich selbst zu streiken. Sollte trotzdem jemand streiken, so kann er das offensichtlich nur gegen die herrschende Klasse, gegen die Arbeiter tun. Blutige Niederschlagung von Arbeiterkämpfen bezieht so ihre Scheinlegitimation.

Hinter dieser Argumentation steht der Mythos von der weitestgehenden Harmonie aller sozialen Interessen im „realen Sozialismus". Alle überhaupt noch auftauchenden Widersprüche lassen sich diesem Mythos zufolge ohne die traditionellen Kampfformen (Demonstrationen, Streiks usw.) unter Wahrung von „Ruhe und Ordnung" lösen.

Die polnische Staatspartei, die PVAP, hat sich jetzt von diesem Dogma verabschiedet: Sie hat erklärt, daß die „realsozialistische" Gesellschaft *„keine wundertätigen Instrumente"* besitze, *„die eine konfliktlose ... Entwicklung ... ermöglichen würden. So können die Arbeiter auch in dieser Form ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleihen, ihre Forderungen aufstellen ..."* (zit. nach „Neue", 22.8.). Die PVAP hat damit Streiks als ein legales — wenn auch höchst unerwünschtes — Kampfmittel der Arbeiter anerkannt, was sie faktisch durch ihre Verhandlungen mit den Streikenden ohnehin schon getan hatte.

Mit diesem Eingeständnis wird auch eine weiteres Dogma des „realen Sozialismus" fragwürdig, nämlich das Verbot von autonomen, staatsunabhängigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Gerade eben hat die PVAP die Forderungen aus der Streikbewegung nach 'freien Gewerkschaften' scharf abgelehnt mit dem Argument, daß dadurch *„institutionalisierte politische Brückenköpfe mit deutlich antisozialistischem Gesicht"* geschaffen werden würden (nach „Welt", 23.8.80).

Logisch ist diese scharfe Ablehnung nicht mehr. Denn wenn die Existenz gesellschaftlicher Konflikte anerkannt ist und wenn die Legalität von Arbeiterkämpfen, die sich aus diesen Konflikten ergeben, anerkannt ist — mit welchem Argument will man es dann noch den Arbeitern verbieten, sich für solche Kämpfe auch die von ihnen für nötig gehaltenen Organisationen zu schaffen? Faktisch hat die PVAP die Bildung autonomer Organisationsformen bereits anerkannt, denn sie verhandelt ja mit autonomen Streikkomitees, die nichts anderes sind als ein momentaner, spontaner Vorgriff auf autonome Organisationsformen. Und es wäre nicht einmal im Staatsinteresse des „realen Sozialismus", wenn die Arbeiter immer erst streiken müßten, um Anerkennung für ihre autonomen Organisationsformen zu finden. Insofern könnten die jetzigen Streikkämpfe in Polen einen positiven Durchbruch nicht nur für Polen, sondern für das gesamte „realsozialistische" Lager bringen.

Zugleich ist offensichtlich, daß das kapitalistische Lager diese Streikbewegung mit allergrößtem Interesse verfolgt: Jede Schwächung des „realsozialistischen" Lagers (und allein die durch die Streiks verursachten ökonomischen Verluste stellen eine bedeutende Schwächung dar) ist ihnen willkommen. Am willkommensten wäre es ihnen, wenn die Sowjetunion selbst in Polen intervenieren würde und sich damit zusätzliche Schwierigkeiten schaffen würde. Die Verschiebung der Reise von Helmut Schmidt in die DDR — zwei Tage, nachdem er dazu von Strauß in der BILD-Zeitung aufgefordert war! — ist Teil dieser imperialistischen Spannungsstrategie. Sie zeigt zudem, wie genau die SPD schon heute Strauß-Politik betreibt. Daß die Kommandos für diese SPD-Politik in der BILD-Zeitung erteilt werden, macht das Geschehen nur noch peinlicher.

Jede Polizei-Repression gegen die polnische Streikbewegung, und noch schlimmer eine Einmischung der Sowjetunion, wäre Munition für das kapitalistische Lager, würde dessen Kriegsvorbereitungen begünstigen.

AK-Redaktion

• • •

Die letzten Meldungen ...

... (kurz bevor diese Zeitung in Druck geht) aus Polen besagen, daß die polnische Partei- und Staatsführung den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern in öffentlichen Erklärungen die weitgehende Erfüllung ihrer Forderungen zugesichert hat. Danach sollen alsbald freie und geheime Wahlen zum Zentralrat des polnischen Gewerkschaftsverbandes in denjenigen Betrieben stattfinden können, deren Beschäftigte das wünschen. Ein neues Gewerkschaftsgesetz soll in Kürze verabschiedet werden. Darüber hinaus sollen (nach den gleichen Meldungen) umfangreiche personelle Umbesetzungen im Regierungs- und Propagandaapparat Polens vorgenommen worden sein (abgelöst wurde z.B. auch der erst im Februar dieses Jahres ins Amt gerufene Ministerpräsident Babiuch). Parteichef Gierek, der vor dem ZK der Vereinigten polnischen Arbeiterpartei „Selbstkritik" geübt und anschließend die Entscheidungen über Rundfunk und Fernsehen bekannt gegeben hatte, sprach von der Notwendigkeit eines „Neuanfangs" und dem Bemühen um die „Wiederherstellung des Vertrauens". Gleichzeitig warnte er die Arbeiter jedoch davor, ihren Ausstand fortzusetzen...

Nie wieder Krieg!



1. September Antikriegstag

Heiße Empfänge für F.J. Strauß

Strauß reist derzeit zu Wahlkampfauftritten durch die Lande. Überall, wo dieser verruchte Mensch auftritt oder auch nur angekündigt wird, regt sich Widerstand und lautstarker Protest. Unter der Parole „Stoppt Strauß!" werden dem Bayern heiße Empfänge bereitet.

Mit dem Auftritt von Franz-Josef Strauß und Teilen seiner Seilschaft (Dregger, Kohl und Frankfurts OB Wallmann) vor mehr als 20.000 Besuchern und einem Großteil der hessischen Bereitschaftspolizei läutete die CDU die „heiße" Phase des Bundestagswahlkampfes ein — so recht nach Bayern-Art:

Mangels ausreichender Masse an örtlichen CDU-Fanatikern hatte die Partei überregional von Kassel bis Mannheim ihre Anhängerschaft mobilisiert, um in der Öffentlichkeit eine breite Übereinstimmung der „Massen" mit ihrem Kanzlerkandidaten vorzeigen zu können. Dabei dürften die CDU-Plakate („Auf zum Römerberg") so manchen Nazi angesprochen haben, nachdem die einschlägigen „Deutschlandtreffen" in den letzten Jahren ins Wasser gefallen waren. Die Rechnung ging allerdings nur teilweise auf: Zwar herrschten auf dem Frankfurter Römerberg nicht gerade „Essener Verhältnisse", aber mindestens ein Drittel der Gäste auf der Kundgebung war entschieden gegen Strauß eingestellt und bewies dies durch eine zweistündige, progressiv sich steigernde Lärmkulisse, die die Schmerzgrenze deutlich überschritt und die überdimensionale CDU-Lautsprecheranlage auf Teilen des Römers glatt ausschaltete. Hier wurden mit wachsender Begeisterung menschliche Schall-Rekorde aufgestellt.

Während es bei Kohl immerhin noch möglich war, Satzfetzen aufzuschnappen wie „sozialistische Verblendung" konnte bei Strauß im hinteren Teil des Römers schlichtweg kein einziges Wort verstanden werden. So ging auch das Absingen des „Deutschlandliedes" im gemeinsamen Gejohle („Sieg heil; Aufhörn ... Aufhörn" etc) unter.

Ein martialisches Polizei-Aufgebot, die mehrfache Durchdringung des Platzes mit doppelten Absperrgitter-Kordons und eine gestaffelte Aufstellung der Jubelbayern von der CDU um die Bühne beließen den Protest der Strauß-Gegner in verbalen Formen. Versuche von Polizei-Gruppen, mißliebige Transparente abzugreifen oder Buchstabenketten: „Stoppt Strauß" auseinanderzudrängeln wurden jedoch schnell eingestellt. Auf einen Höhepunkt stieg die Stimmung, als ein an Luftballons angehängtes großes „Stoppt Strauß"-Transparent mitten über den Römerberg gen Himmel aufstieg.

Die CDU hatte das Ihre getan, um Sicherheit durch Recht und Ordnung auf dem Römerberg zu garantieren: Bereits Wochen vor dem Strauß-Auftritt in Frankfurt wurde ein Schreiben des hessischen CDU-Landesverbandes an seine Mitglieder in hessischen Polizeidiensten, beim BKA und beim BGS bekannt, die die Ordnertruppe der CDU in ihrer dienstfreien Zeit bilden sollten. Sozusagen die Parteipolizei der CDU.

Ansonsten hatten alle gesellschaftlichen Kräfte ihren Anteil daran, von

Weiter auf Seite 37

Streiks in Polen

Für die Cheftheoretiker des „Realen Sozialismus" ist die Welt aus den Fugen geraten: Polnische Arbeiter fordern mehr Lohn, fordern politische Rechte, die sie gar nicht brauchen, weil sie eh an der Macht sind; besetzen Fabriken, die ihnen sowieso gehören. Und das zur Urlaubszeit. Rund 190 Betriebe stehen im Streik, ein zentrales Streikkomitee fordert die Zulassung staatsunabhängiger Gewerkschaften und das Streikrecht. Jahr ein Jahr aus erklärte man, der in Gestalt des RgW real existierende Sozialismus sei dem Kapitalismus haushoch überlegen, er kenne keine Krisen, sondern nur ständiges Wachstum zum Wohl des Volkes. Ja, man war seit Chruschtschows Zeiten sogar dabei, den Kapitalismus zu überholen. Und nun – mitten im Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus – wächst in Polen nichts mehr – außer der Streikwelle. Das liegt nun, so erläuterte der ZK-Funktionär Lukasiewicz, an dem *„mangelnden Klassenbewußtsein"* der Proleten (die haben nur nicht gemerkt, wie gut es ihnen geht). Und die DKP verkündete kurz und bündig, die Streikwelle sei bloß von der bürgerlichen Presse *„herbeimanipuliert"* („UZ", 18.8.). Auf diese Manipulation fielen in all dem Wirrwarr die Genossen beim Rundfunk in Gdansk herein und meldeten, 30 Betriebe seien im Streik.

Was sich seit dem 1. Juli in Polen ereignet, ist weit mehr als nur eine Krise der Gierek/Babiuch-Regierung – es ist eine tiefgehende Krise des realexistierenden Systems in Polen und in den anderen RgW-Ländern. Diese Krise ist in Polen mit einem Rückgang der Gesamtproduktion um 2 % 1979 am deutlichsten ausgeprägt, kommt aber in den fallenden Wachstumsraten der anderen RgW-Staaten gleichfalls zum Ausdruck.

Verbunden mit der ökonomischen Krise ist eine politische, denn zentraler Bestandteil der Legitimation der KPen der RgW-Staaten war und ist die wirtschaftliche Überlegenheit des „realen Sozialismus", der eine schnellere Entwicklung der Produktivkräfte garantiere als der Kapitalismus. Aber auch der massive Import „westlicher" Technologien konnte nicht verhindern, daß der Rückstand gegenüber dem Imperialismus weiter zunahm. Dabei geriet Polen immer mehr in ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus, der 1969 bereits feststellte: *„Wirtschaftsplan Polens (1971 -75) abhängig vom Westhandel"* („Handelsblatt", 15.11. 1969).

Mit einer Gesamtverschuldung von 36 Milliarden DM ist Polen hoff-

Mit einer Gesamtverschuldung von 36 Milliarden DM ist Polen hoffnungslos von Krediten abhängig, allein um seine Schulden (dieses Jahr 13,5 Mrd. DM) zu begleichen. Momentan laufen Verhandlungen mit einem Konsortium aus 25 westdeutschen Banken über einen 1,2 Mrd.-Kredit. Um seine Schulden abzutragen, forciert Polen den Export, was zur chronischen Unterversorgung des inneren Marktes führt. Die weitgehend private Landwirtschaft ist nicht in der Lage, den polnischen Markt hinreichend zu versorgen. *„In den letzten drei Jahren mußte Warschau im Schnitt sieben Millionen Tonnen Getreide und Futter dazukaufen"* („Spiegel", 34/80).

Die Reden der polnischen Partei- und Staatsführer zeigen keinen Ausweg aus der Krise; im Gegenteil, sie schreiben die Krise fort. Die jetzigen Streiks sind spontan, und es wäre unsinnig, darin, wie das bei Teilen der westdeutschen Linken in solchen Fällen schon fast Tradition hat, einen Kampf für den Sozialismus zu sehen. Unbestreitbar aber zeigen die Streiks, daß die Widersprüche in der polnischen Gesellschaft nicht zur Ruhe kommen. Die Kämpfe der polnischen Arbeiter bieten der linken u n d der rechten Opposition in Polen die Möglichkeit einer sprunghaften Verbreiterung. Der langfristige Erfolg der polnischen Arbeiterbewegung wird mit davon abhängen, ob es gelingt, in deutlicher Abgrenzung zu den reaktionären, klerikalen und sonstigen pro-kapitalistischen „Dissidenten" eine linke organisierte Opposition aufzubauen. Nicht der Sozialismus hat Polen in die Krise gestürzt, sondern die bürgerliche Politik der PVAP, die zur wirtschaftlichen Abhängigkeit Polens führte und eben k e i n e revolutionäre Veränderung der Gesellschaft herbeiführte.



Die erste Streikwelle

Am 1. Juli wurden die Fleischpreise drastisch erhöht und teilweise die Arbeitsnormen heraufgesetzt. Es gab erste Proteststreiks im Traktorenwerk **„Ursus" (Warschau)**, in Betrieben in **Lodz** und **Trzew**. Gefordert wurde ein Lohnausgleich für die Preissteigerungen (AK 181). Bei diesen Streiks wurde außerdem gefordert, die Erhöhung der Arbeitsnor-

men rückgängig zu machen. Nach diesem Auftakt gab es ähnliche Aktio-

men rückgängig zu machen. Nach diesem Auftakt gab es ähnliche Aktionen bei der Maschinenfabrik WSK **(Mielek)**, Polmo **(Dirschau)**... Die polnische Regierung behauptete steif und fest, es habe keine Streiks gegeben, sondern nur „Diskussionen", die allenfalls mit „Arbeitsunterbrechungen" verbunden gewesen seien. Es seien keine Lohnerhöhungen erstreikt worden. Die durchgeführten Lohnerhöhungen seien *„lange vorher vorgesehen gewesen"* („FAZ", 9.7.). Diese lange vorher geplanten Lohnerhöhungen wurden allerdings auf neue Weise festgesetzt: durch Verhandlungen zwischen Streikenden und Betriebsleitungen, die offenbar weitgehend autonom handeln konnten. Die Regierung hielt sich aus den Lohnverhandlungen weitgehend raus, deren Ergebnis Lohnerhöhungen um 10 % waren. Apropos lange vorhergeplant: In der Tat sieht der Fünfjahresplan 1981-85 eine Reallohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent vor („Spiegel", 34/80)!

Damit war die Streikwelle allerdings nicht beendet, es ging erst richtig los. Am 17. Juli blockierten die Eisenbahner den Knotenpunkt **Lublin** mit Loks und leeren Waggons. Lublin ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt zwischen der SU und Polen. Die Eisenbahner forderten Lohnerhöhungen von 1300 Zloty (ca. 75 DM) monatlich als Ausgleich für die Preiserhöhungen. Die Busfahrer Lublins schlossen sich an. In Warschau weigerten sich die Eisenbahner, Züge nach Lublin fahren zu lassen; es könnten Streikbrecher transportiert werden ... Am 18. Juli appellierte die örtliche Parteileitung an die Arbeiter und erklärte, daß **„die Streikwelle die Besorgnis unserer Freunde wecken könnte"** („NZZ" 22.7.). Der Hinweis auf eine eventuell drohende sowjetische Intervention war deutlich... Am 19.7. wurde von den Eisenbahnern ein Kompromiß akzeptiert: 400 bis 600 Zloty mehr. Dafür traten am 25. Juli die Arbeiter des Maschinenbauunternehmens in **Ostrow Wielkopolski** (bei Lublin) in Streik für 20 % mehr Lohn und bessere Lebensmittelversorgung (u.a. „FR", 18.7., „taz", 21.8. und 22.8.). Am 29. Juli folgten in **Gdynia** bei Gdansk

2.000 Hafenarbeiter, denen sich die Kollegen der mechanischen Werkstät-

2.000 Hafenarbeiter, denen sich die Kollegen der mechanischen Werkstätten anschlossen. In **Kielce** wurde gegen die Normenerhöhung, die runde 40 % Lohnverlust bedeutet hätte, gestreikt („taz" und „FR", 5.8.). Nachdem die Gdynia-Kollegen sich mit ihren Lohnforderungen durchgesetzt hatten, traten am 2.8. Kranfahrer im Gdansker Weichselhafen in den Streik. (Dies ist nur ein unvollständiger Überblick).

Eine Werft macht ihrem Namen Ehre

Am 14. August traten die 17.000 Beschäftigten der **Lenin-Werft in Gdansk** in den Streik. Unmittelbarer Anlaß war die Entlassung der Kranführerin Anna Walentynowicz, die sich geweigert hatte, die Versetzung an einen minder qualifizierten Job zu akzeptieren. Anna ist aktives Mitglied der *„Freien Gewerkschaften"* und war bereits 1970 Mitglied eines Streikkomitees. Am 14.7.1970 begann auf der Lenin-Werft die Streikwelle an der polnischen Ostsee-Küste. Mit Streiks, Demonstrationen, brennenden Partei-, Behörden- und Staatsgewerkschaftsbüros antworteten damals die polnischen Arbeiter auf die Preiserhöhungen. Die Gomulka-Regierung ließ den Streik der Lenin-Werft durch die „Miliz" niederschlagen; die offizielle Bilanz: 45 tote und 1165 verletzte Arbeiter. Gomulka mußte seinen Hut nehmen und Gierek rückte an seine Stelle.

In der Frühschicht des 14.8. bildeten die Werft-Arbeiter ein Streikkomitee, dessen Verhandlungen mit der Direktion über Lautsprecher übertragen wurden, so daß die gesamte Belegschaft mithörte (daran sollte sich der DGB ein Beispiel nehmen). Die Forderungen der Belegschaft gingen über das Ökonomische hinaus:

- Wiedereinstellung von Anna Walentynowicz und zweier weiterer Gründungsmitglieder der *„Freien Gewerkschaften"*;
- Errichtung eines Denkmals für die 1970 erschossenen Arbeiter vor dem Werkstor;
- Veröffentlichung ihrer Forderungen im Rundfunk; sowie
- verschiedene ökonomische Verbesserungen.

Die Werfts-Leitung akzeptierte noch am 14.8. diese Forderungen, wollte aber die Verhandlungen über die ökonomischen Forderungen vertagen, nachdem ihr Kompromißangebot (1.200 Zloty) abgelehnt worden war. Daraufhin wurde die Lenin-Werft besetzt, die Belegschaft blieb über Nacht auf dem Werksgelände.

Mit dem Streik auf der Lenin-Werft trat die polnische Streikbewegung in eine neue Phase, die sie von den Kämpfen 1970 und 76 unterscheidet: Es wurde ein übergreifendes Streikkomitee gebildet und politische Forderungen formuliert.

Das zentrale Streikkomitee

Aus Solidarität mit der Lenin-Werft traten die Gdansker Nord-Werft und die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe in den Ausstand; am Wochenende (16./17.) meldete das *„Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung"* (KOR), die meisten Industriebetriebe im Raum Gdansk würden bestreikt. In der Nacht zum 17. August wurde ein zentrales Streikkomitee gebildet, in das 16 Betriebe je zwei Delegierte entsandten; am Montag waren es bereits 59. Das zentrale Streikkomitee stellte einen For-

derungskatalog auf (siehe Kasten), der auch politische und gewerk-

derungskatalog auf (siehe Kasten), der auch politische und gewerkschaftliche Rechte forderte. Am Dienstag hieß es offiziell in Polen, es seien *„unter hunderttausend"* Arbeiter im Streik („Tagesschau", 20 Uhr); am Mittwoch berichtete die Presse unter Berufung auf das zentrale Streikkomitee von rund 190 bestreikten Betrieben. Die Wucht dieser Streikbewegung läßt sich daran ablesen, daß die polnische Regierung die Berechtigung der ökonomischen Forderungen öffentlich eingestand. In einer Ansprache am 19. August erklärte Gierek: *„Wir verstehen die Ermüdung und die Ungeduld der Arbeiterschaft über die Schwierigkeiten des täglichen Lebens, über die Versorgungslücken, über die Schlangen vor den Läden, über das Ansteigen der Lebenshaltungskosten, den gestörten Rhythmus der Material- und Rohstofflieferungen, den Mangel an Fortschritt in der Organisation und im gesellschaftlichen Leben. Aber Streiks ändern hier nichts zum Besseren. Im Gegenteil."* („FAZ", 20.8.). Zugleich machte diese im Tonfall ziemlich pastorale Rede die Hilflosigkeit der polnischen Regierung deutlich. Gierek versprach allgemeine Lohnerhöhungen und eine Erhöhung der Kinderzulagen ab 1981. Ansonsten das Übliche: Wer mehr Waren auf dem Markt will, muß halt mehr arbeiten. Weitaus interessanter waren Giereks Ausführungen in Bezug auf die politischen Forderungen des Streikkomitees, das auf direkten Verhandlungen mit der Regierung über die Zulassung freier Gewerkschaften besteht. Gierek erklärte, Polen brauche **„innere Ruhe"**, um mit der Krise fertig zu werden. *„Ein gefährlicher Aspekt der Ereignisse in einigen Betrieben des Danziger Küstengebietes* (gemeint sind wohl die Werften – AK) *sind Versuche einiger unverantwortlicher Individuen, anarchistischer und antisozialistischer Gruppen, die Arbeitsunterbrechungen und die erregte Stimmung auszunutzen. (...) Es ist jedoch unsere Pflicht, mit ganzer Entschlossenheit zu sagen, daß keine Aktivitäten, die gegen die politische und gesellschaftliche Ordnung in Polen gerichtet sind, zugelassen werden können. In dieser fundamentalen Angelegenheit kann niemand auf Nachgeben, Kompromisse oder selbst auf Zögern rechnen. (...) Nur ein sozialistisches Polen kann ein freier und unabhängiger Staat mit unantastbaren Grenzen sein"* (ebenda). Der letzte Satz ist deutlich. Wer denkt da nicht an Breschnews Theorie von der „begrenzten Souveränität"? Allerdings können wir uns dem oft zitierten Vergleich mit der Situation in der CSSR nicht so ohne weiteres anschließen; denn in der CSSR war es die Parteiführung, die auf eine Umwandlung des Systems und Öffnung nach „Westen" hinauswollte. In Polen kann davon keine Rede sein.

Viel Spielraum hat Gierek allerdings nicht mehr. Er beschwor die *„einigende Zusammenarbeit aller Patrioten"* und drohte: *„Es gibt Grenzen, die niemand überschreiten darf* (damit meinte er nicht Polens Staatsgrenzen – AK) *Sie bestimmen die polnische Staatsräson"*.

Was will oder besser was kann die polnische Regierung noch tun? Schlägt sie den Massenstreik militärisch nieder, demaskiert sie den Mythos vom real existierenden Sozialismus tiefgreifend und legt zumindest Polen eine politische Bombe in den Schoß. Geht sie andererseits auf die Forderungen der Arbeiter ein, werden Streiks erst recht in Zukunft Polen „heimsuchen", denn die Lohnerhöhungen lösen ja die Probleme der Unterversorgung keinesfalls. Bleibt das Angebot konstant, dann wird – nach dem Muster der Fleischpreiserhöhungen – versucht werden, per Preissteigerung die Nachfrage zu drosseln und die Inflation treibt muntere Blüten. Den dadurch entstehenden Reallohnschwund würden die polnischen Arbeiter nicht akzeptieren. 1970 mußte Gomulka gehen, wer weiß, wie lange Gierek noch im Sattel sitzt.

RGW-Kommission

Im Blickpunkt:

Die 16 Forderungen des Streikkomitees

Das aus Vertretern von 21 Danziger Betrieben gebildete überbetriebliche Streikkomitee stellt nach Mitteilungen aus Oppositionskreisen 16 Forderungen. Ein großer Teil davon ist politisch, zum Beispiel das Postulat nach Abschaffung der Zensur und nach Freiheit der Gewerkschaften. Sie lauten im einzelnen:

1. Wiederherstellung der Telefonverbindungen nach Danzig als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen.
2. Garantie des Rechts auf Streik und Sicherheit für alle Streikenden.
3. Achtung der in der Verfassung garantierten Freiheit des Wortes, Aufhebung der Zensur und Nichtverfolgung der unabhängigen Schriften (Untergrundpresse).
4. Freilassung aller politischen Häftlinge (namentlich genannt werden drei).
5. Respektierung der von der Volksrepublik Polen ratifizierten Konvention Nummer 87 der internationalen Arbeiterorganisation über die Gewerkschaftsfreiheit.
6. Zugang zu den Massenmedien für die Vertreter der Kirchen aller Bekenntnisse.
7. Aufhebung der Einmischung der staatlichen Organe in die Tätigkeit der Gewerkschaften.
8. Effektive Schritte, um das Land aus der Krisensituation zu führen durch
   a) vollständige Information über die gesellschaftlich-wirtschaftliche Situation,
   b) Ermöglichung der Teilnahme an den Diskussionen über das Reformprogramm für alle Kreise und Schichten. Bei dem augenblicklichen völligen Mangel an Vertrauen der Bevölkerung zur Führung ist ein Ausweg aus der Krise nicht möglich.
9. Aufhebung der Privilegien des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiapparates, Abschaffung der Läden für Privilegierte.
10. Abschaffung der kommerziellen Preise (für Fleisch).
11. Volle Versorgung des Marktes. Exporte nur und ausschließlich von Überschüssen.
12. Einführung von Fleischmarken bis zur vollen Beherrschung der Situation am Markt.
13. Lohnerhöhungen um 2000 Zloty für jeden Arbeiter als Ausgleich für die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren.
14. Für die Zeit des Streiks Lohnfortzahlung wie für Urlaub.
15. Garantie automatischer Steigerung des Grundlohns entsprechend den Preissteigerungen und des Sinkens des Geldwertes.
16. Veröffentlichung autorisierter Berichte über die Streiks und über die Gründung des überbetrieblichen Streikkomitees in der Presse, im Rundfunk und Fernsehen. dpa

aus: „FR", 19.8.80

Die bürgerliche Presse: Schadenfreude und Heuchelei

Natürlich: Die bürgerliche Presse freut sich ein Loch in den Bauch. Strauß fordert die Annahme der 16 Punkte des Streikkomitees. Gefundenes Fressen: „Drüben im Osten" streiken die Arbeiter und fordern demokratische Rechte. Seht ihr, die sagen's auch: Die bürgerliche Demokratie ist das Beste.

Aber die bürgerliche Presse hofft selbstverständlich keineswegs auf einen Erfolg der streikenden Arbeiter; wäre ja auch das Neueste. An billiger Arbeitskraft in Polen hat das westdeutsche Kapital vitales Interesse, schließlich ist Polen ein bedeutender Rohstofflieferant: *„Es liegt im Interesse der westlichen Kreditgeber, Polen für das Überstehen der Krise Hilfe zu leisten"* („Handelsblatt", 15.8.). Worauf die Reaktion hofft und spekuliert, benannte die „FAZ" in zynischer Offenheit: *„Noch jeder Auflehnungsversuch gegen die kommunistische Herrschaft hat so geendet, w i e d i e s e r e n d e n w i r d : mit Gewalt, Blut und vollen Gefängnissen"* (20.8.). Das würde ihnen so richtig ins Konzept passen: Die Profite gesichert, die Streiks niedergeschlagen — und reichlich Munition für antikommunistische Hetze!

Die Presse bauschte dann auch eine Demonstration von angeblich einigen tausend „Nationalisten" in Warschau auf, die am 14.8. den 60sten Jahrestag des Sieges des polnischen Pilsudski-Regimes über die Rote Armee feierten (das Pilsudski-Regime hatte 1920 die SU überfallen).

Tatsache ist, daß ein wesentliches Motiv der „Neuen Ostpolitik" war und ist, die Staaten des RgW zu destabilisieren, sie für den imperialistischen Markt zu öffnen und in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Gerade der westdeutsche Imperialismus hat zur polnischen Krise beigetragen, was er nur konnte. Verlogenes Geschwätz, wenn diese Leute über die Not der polnischen Arbeiter lamentieren.

RgW-Kommission

Das Massaker von Bologna

Als am frühen Nachmittag des 2. August die ersten vagen Meldungen aus Bologna von über 50 Toten sprachen, wurde klar, daß es sich um das schlimmste Attentat handelt, das Italien nach dem Krieg erlebt hat. Mittlerweile steht die 'Bilanz' bei 83 oder 84 Toten. Hinzu kommen über 200 Verletzte, darunter viele, die Arme oder Beine verloren haben.

Nachdem erste Hypothesen, es könne sich um einen Unfall gehandelt haben, zusammengebrochen waren, gab es bis hinauf in die Regierung in Italien kaum jemanden, der am „faschistischen Stempel" des Anschlags gezweifelt hätte. Die Vorliebe der italienischen Faschisten für genau diese Art von Massenmorden und Attentaten ist allzu offensichtlich:

+ Am 12. Dezember 1969 stellten Faschisten eine Bombe in einer Mailänder Bank ab. 16 Menschen wurden durch die Explosion getötet.
+ Am 28. Mai 1974 packten Faschisten eine Bombe in einen Papierkorb in Brescia. Der Papierkorb stand an einem Platz, wo wenig später eine Gewerkschaftskundgebung stattfinden sollte. 9 Menschen starben durch die Bombe.
+ Am 4. August 1974 explodierte im „Italicus" (Schnellzug Rom-München) kurz vor Bologna eine Bombe. 12 Tote.

Seit dem „Italicus"-Attentat 74 konnte es allerdings so scheinen, als hätten die Faschisten diese spezielle Art des Terrors gegen die Bevölkerung aufgegeben. Aktionen von Polizei und Justiz gegen einige Exponenten der faschistischen Szene konnten zudem den Eindruck erwekken, als sei der faschistische Terror im Wesentlichen gebrochen worden. Die Aktionen der „Roten Brigaden", der „Prima Linea" und ähnlicher linker Gruppen wurden in der italienischen Öffentlichkeit – einschließlich der legalen Linken – mehr und mehr als wichtigstes oder ausschließliches Problem dargestellt.

Die Tatsachen allerdings zeigen, daß weder von einer Zerschlagung der faschistischen Terrorbanden noch von einem Verzicht der Faschisten auf ihre Strategie der Massaker die Rede sein konnte:

+ Am 6.1.75 verübten dieselben Faschisten, die auch wegen des „Italicus"-Attentats angeklagt werden, einen Anschlag gegen eine Bahnstrecke.
+ Im April 75 wurde ein Anschlag auf den Zug Mailand-Palermo verübt.
+ Im August 75 wurde an der Strekke Florenz-Rom ein Anschlag verübt.
+ Am 4.9. wurde 70 km von Bologna entfernt versucht, den Zug Mailand-Palermo entgleisen zu lassen.

Alle diese Anschläge scheiterten nur durch glücklichen Zufall. Im Fall ihres Gelingens hätte es H u n d e r t e von Toten geben können.

Seit Ende Oktober 77 hat vor allem eine faschistische Bande unter dem Namen NAR von sich reden gemacht. Auf ihr Konto kommen laut offizieller Statistik 6 Morde, 6 Raubüberfälle und rund 90 Anschläge. Dazu gehört der Überfall auf den autonomen Sender „Radio Citta Futura"; bei diesem Überfall verletzten die Faschisten durch Schüsse fünf Frauen, die gerade eine Sendung über Abtreibungsprobleme machten und zerstörten durch eine Brandbombe Teile des Senders.

Nach dem Massaker von Bologna haben auch bürgerliche Politiker, Journalisten und Juristen zugegeben, daß man der faschistischen Terror-Szene in den letzten Jahren viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Diese Tatsache liegt freilich auf der Hand: So lagen die Ermittlungen gegen die NAR bei einem einzigen Mann, dem Richter Amato. Seit dieser am 23. Juni von der NAR erschossen wurde, hatten die Ermittlungen praktisch total „geruht". Polizei und Justiz sind vollauf damit beschäftigt, faschistische Verbrechen zu untersuchen (oder zu vertuschen), die sich vor 6 oder 10 Jahren zugetragen haben; der Prozeß über den Mailänder Anschlag von 1969 z.B. ist immer noch nicht abgeschlossen, der Prozeß wegen des „Italicus"-Anschlags von 1974 soll erst Anfang 1981 beginnen.



Die „internationale Spur"

Daß in Italien über den „faschistischen Stempel" des Massakers von Bologna allseits Einmütigkeit herrscht, ist freilich nur die eine Seite. Gleichzeitig nämlich wird mit der Parole „Internationale Spur" versucht, den Anschlag im Interesse der Herrschenden zu instrumentalisieren: Zwar sei der Anschlag gewiß von italienischen Faschisten a u s g e f ü h r t worden (oder trage zumindest deren Handschrift), aber die wahren Auftraggeber seien im A u s l a n d zu suchen. In Libyen vor allem, aber auch im Südjemen und im Libanon gebe es paramilitärische Lager, wo Seite an Seite rechte und linke Terroristen ausgebildet würden. Dort würden sie mit Hilfe einer totalen Gehirnwäsche zu mechanischen Killern gemacht.

Es gebe, so wird weiter spekuliert, möglicherweise irgendwo „eine einzige Zentrale", die die gesamten Terrorakte im Mittelmeer-Raum lenke und organisiere, von der Moro-Entführung bis zum Massaker von Bologna, vom Baskenland bis zur Türkei. Die Herrschenden Italiens sind auch schnell dabei, diese „einzige Zentrale" beim Namen zu nennen: Libyen und der „wahnsinnige" Ghadaffi. Der Gedanke ist zudem nicht neu: Als am 27. Juni eine DC-9 ins Mittelmeer abstürzte (die Ursachen sind immer noch ungeklärt), wurde sofort behauptet, sie sei möglicherweise von einem libyschen Kriegsflugzeug abgeschossen worden.

Pietro Longo, Chef der PSDI (Sozialdemokraten), erklärte nach dem Massaker von Bologna: *„Ich fordere vom Ministerpräsidenten prompte Antwort im Parlament über die internationalen Wurzeln des Terrorismus. Denn wir sind überzeugt, daß dieser mörderische Wahnsinn im italienischen Volk keine Heimstatt hat und daß die Organisierung, die Stützpunkte und die Kommandozentrale des Ganzen im Ausland liegen."* („Corriere della Sera", 4.8.). Labriola von der PSI (Sozialisten) hält es für „offensichtlich", daß es eine „ausländische Zentrale" des italienischen Terrorismus gebe. Es sei Zeit, „daß die Regierung sagt, was sie darüber weiß." Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen (zu Libyen und Südjemen) müsse erwogen werden. Rücksichten auf Geschäftsinteressen dürften dabei keine Rolle spielen.

Das Stichwort der „internationalen Spur" dient zum einen dazu, die Ermittlungen nach dem Massaker von Bologna in die Irre zu führen, die realen Verbindungen zwischen Faschisten und italienischem Staatsapparat wieder einmal im Dunkeln zu lassen. Es dient darüber hinaus aber auch einer aggressiven anti-arabischen und anti-islamischen, insbesondere antilibyschen Kampagne. Diese Kampagne setzt sich nicht nur eine Verschlechterung der diplomatischen und geschäftlichen Beziehungen zum Ziel, sondern ist auch im Rahmen der (gerade auch von Teilen der italienischen Bourgeoisie intensiv mitbetriebenen) Vorbereitungen zum Sturze Ghadaffis (zugunsten eines pro-imperialistischen Regimes) zu sehen.

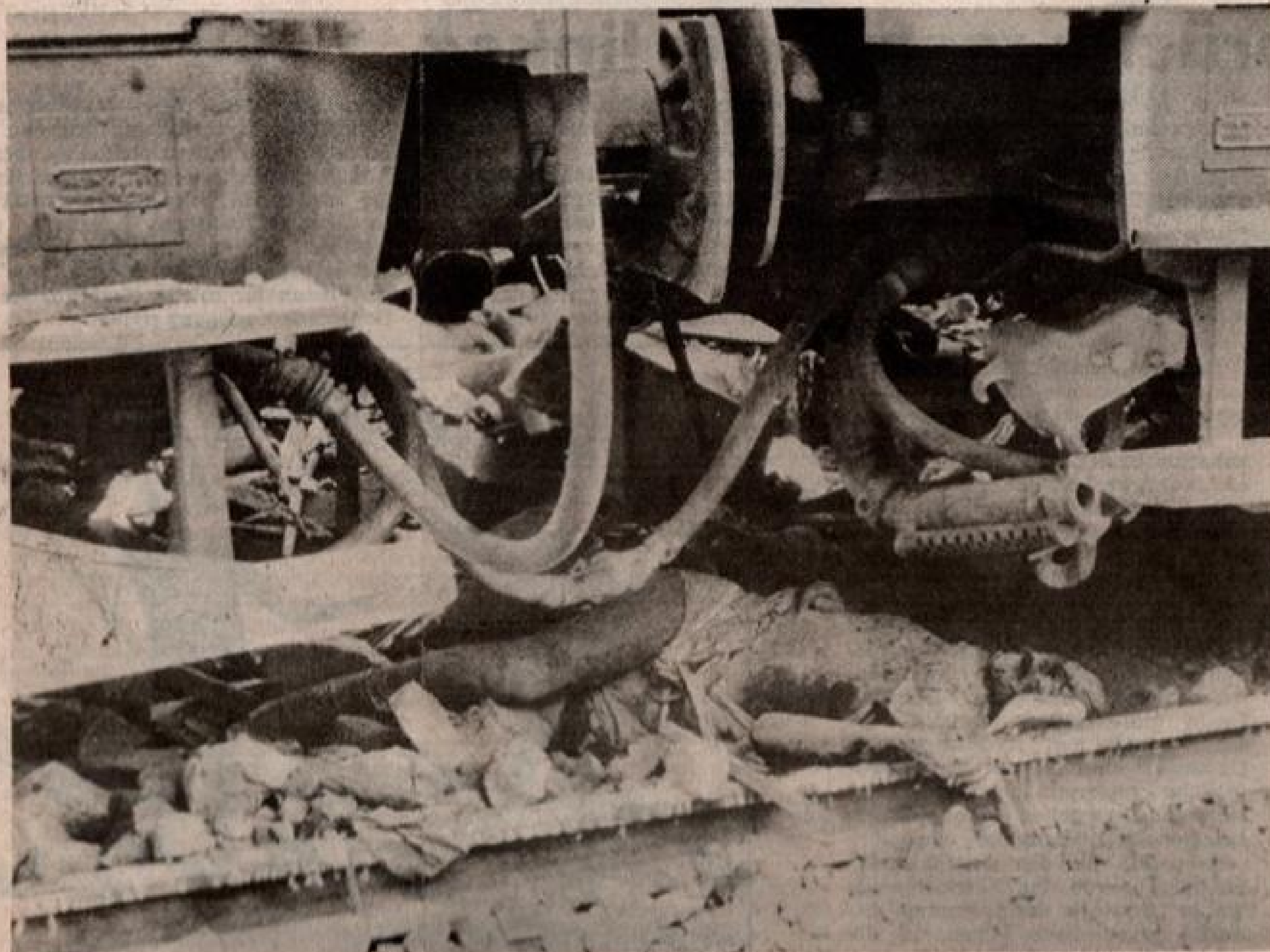
Der Stand der Ermittlungen

Gang und Stand der Ermittlungen werden vor der Öffentlichkeit geheimgehalten. Justiz und Polizei verkünden lediglich nichtssagend, sie hätten „Elemente", sie seien „in einer italienischen Stadt" am Ermitteln. Begründet wird diese Nachrichtensperre damit, man wolle den Tätern keine Hinweise geben. **Auf jeden Fall werden durch diese Nachrichtensperre die Ermittlungen jeder Kontrolle und jeder Mitwirkungsmöglichkeit der demokratischen Öffentlichkeit entzogen.**

Das Wenige, was bisher bekannt wurde (die Verhaftung des Faschisten Affatigato in Nizza), dient eher der Ablenkung und Verschleierung. Eine „Spur" zu dem Massaker von Bologna stellt Affatigato jedenfalls offensichtlich nicht dar. Die Tatsachen deuten darauf hin, daß dies den Ermittlungsbehörden von vornherein klar war: Affatigato wurde von Augenzeugen aus Bologna nach einem offiziellen Fahndungsfoto identifiziert als jemand, der sich zur Tatzeit im Bahnhof von Bologna verdächtig verhalten habe. Aber der Faschist trägt einen großen schwarzen Vollbart, während ihn das Fahndungsfoto noch bartlos zeigt. Da Affatigatos Aufenthalt in Nizza wohlbekannt war und da er auch von der französischen Polizei überwacht wurde, dürfte den italienischen Behörden durchaus klar gewesen sein, daß die mit viel Rummel abgefeierte Verhaftung des Faschisten auf einem veralteten Foto basierte.

Frühere Erfahrungen lassen voraussehen, daß noch weitere derartige nur zum Zweck der Ablenkung dienende Verhaftungen vorgenommen werden. Daß irgendwann die direkten Täter oder gar deren Auftraggeber bekannt werden, ist nach aller Erfahrung höchst unwahrscheinlich: Der Prozeß wegen des Mailänder Bombenanschlags von 1969 ist, wie gesagt, bis heute nicht abgeschlossen. Der Prozeß wegen des „Italicus"-Anschlags von 1974 soll Anfang 1981 beginnen. Auch für diesen Prozeß ist die Ausgangslage düster. Das einzige wesentliche Argument der Anklage sind Behauptungen eines Mitgefangenen von einem der Angeklagten über angebliche Geständnisse, die dieser ihm gemacht habe. In einem Prozeß gegen Linke könnte eine derart klägliche Beweislage ausreichen; im Prozeß gegen Faschisten aber kaum. Zudem ist der Hauptangeklagte Tuti ohnehin schon einmal lebenslänglich (wegen Erschießung zweier Polizisten) und einmal zu 20 Jahren (wegen eines anderen Bombenanschlags) verurteilt; der zweite Hauptangeklagte, Luciano Franci, sitzt eine 17jährige Haftstrafe ab. Es könnte sich also anbieten, lediglich diese beiden nochmals abzuurteilen und damit das Kapitel „Italicus" abzuschließen. Angesichts der dünnen Beweislage wäre noch nicht einmal gesichert, daß damit die tatsächlichen Täter überhaupt getroffen sind.

So oder so ist damit zu rechnen, daß die in der ersten Hälfte der 70er Jahre bekanntgewordenen Beziehungen der Geheimdienste, der Polizei, der Christdemokratie und der legalen faschistischen Partei MSI zum Terrorismus in den Ermittlungen über das Massaker von Bologna und andere faschistische Verbrechen keine Rolle spielen werden. Mit gnädiger Mithilfe der PCI, die sich dafür ganz vergeblich Belohnung erhoffte, sind die damals bekanntgewordenen Fakten gründlichst wieder vergraben worden.



„Strategie der Spannung"?

Für die Anschläge von Mailand 1969 bis zum „Italicus" 1974 wurde der Begriff „Strategie der Spannung" geprägt. Gemeint war eine konzertierte Aktion von Teilen des Staatsapparates mit den Faschisten, die darauf abzielte, durch Terror gegen die Bevölkerung einen Zustand der Spannung, der Angst und der Einschüchterung zu erzeugen. Dieses Klima sollte dann dazu dienen, mit mehr oder weniger putschistischen Mitteln eine diktatorische Rechtsregierung einzusetzen.

Es stellt sich heute die Frage, das Massaker von Bologna als Wiederaufnahme dieser „Strategie der Spannung" interpretiert werden kann. Gegen eine solche Interpretation scheinen mehrere Argumente zu sprechen:

1. Die italienische Situation bietet heute auch ohne faschistische Massaker „Spannung" genug, an die Forderungen nach einem „starken Staat" anknüpfen könnten. Daß sich vor dem Hintergrund des linken Terrorismus, der anhaltenden wirtschaftlichen Krise, der Mafia-Kriminalität usw. die Rechten von einem offensichtlich faschistischen Massaker Nutzen versprechen sollten, scheint wenig plausibel, sofern es um die Logik einer „Strategie der Spannung" geht.
2. Die innere Situation Italiens und die außenpolitische Situation im Mittelmeer-Raum war in der Zeit 1969 - 1974 anders als heute. Innenpolitisch verfügten die Faschisten damals im italienischen Staatsapparat über weit stärkere Positionen als heute (speziell in den Geheimdiensten). Außenpolitisch war die Lage gekennzeichnet durch den faschistischen Putsch in Griechenland (die italienischen Faschisten im Staatsapparat arbeiteten eng mit ihren griechischen Kollegen zusammen) und den anhaltenden Faschismus in Spanien, das damals – zusammen mit Portugal – geradezu das Hinterland des faschistischen Terrorismus in Italien war.

Sofern man in dem Anschlag überhaupt eine strategische Logik sehen will, die über einen bloßen „Stärke"-Beweis des Nazi-Terrorismus hinausgeht, so könnte diese Logik am ehesten in folgendem vermutet werden: Ziel des Anschlags ist nicht (wie s ä m t l i c h e italienischen Parteien einstimmig verkündeten) „unsere Demokratie", denn diese hätte mit mehr Signalwirkung in der Hauptstadt Rom getroffen werden können. Bologna als Ziel des Anschlags weist aber auf ein anti-l i n k e s Kalkül, auf einen Schlag gegen die Arbeiterklasse und gegen die PCI. Denn Bologna gilt in Italien als das M u s t e r einer Stadt, die seit Jahrzehnten von der PCI v o r b i l d l i c h (gemessen an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen) regiert und verwaltet wird. Bologna ist also auch ständiges lebendiges Argument für den Anspruch der PCI, an der Regierung des Staates beteiligt zu werden. So gesehen könnte der Anschlag in Bologna als „Warnung" der Faschisten (und/oder sonstiger Kräfte, Geheimdienste etc.) interpretiert werden, im Falle einer Regierungsbeteiligung der PCI weitere Terrorakte dieses Kalibers gegen die Bevölkerung auszuführen und auch sonst eine totale Konfliktstrategie zu betreiben.

Das Dilemma der PCI

In der Vergangenheit hatte die PCI ein paar Jahre lang „historischen Kompromiß" auf Vorschuß praktiziert, indem sie Regierungen der Christdemokraten (DC), die keine ausreichende parlamentarische Mehrheit hatten, „tolerierte", ohne dafür Gegenleistungen zu erhalten. Diese „Tolerierungs"politik vor allem wird von der PCI als wesentliche Ursache für die Stimmenverluste der letzten Zeit gesehen. Hinzu kommt,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 3

daß speziell mangelnde Abgrenzung von der Sozialistischen Partei (PSI) zu Gewinnen der PSI auf Kosten der PCI geführt zu haben scheint.

Der PSI hat diese Stärkung zu einer Beteiligung an der gegenwärtigen Regierung verholfen. Das bedeutet zugleich, daß die DC auf die „Tolerierung" der PCI nicht mehr angewiesen ist. Die PCI-Spitze ihrerseits hat aus den letzten Wahlverlusten die Konsequenz gezogen, deutlich schärfer als früher wieder Oppositionspolitik zu machen. Daß sie dies nun aber gegen eine Regierung tun muß, an der die PSI beteiligt ist, hatte Rückschläge für die schon recht weit gediehene Aktionseinheitspolitik der PCI gegenüber der PSI zur Folge. Die PCI-Spitze gibt sich wenig Mühe, ihr Nahziel – baldmöglicher Sturz der Regierung Cossiga – zu tarnen. Zu diesem Zweck versuchte sie im Juli die „Affäre Donat-Cattin" auszunutzen: Ein Sohn des (inzwischen zurückgetretenen) Ministers Donat-Cattin (DC) ist Aktivist der „Roten Brigaden". Cossiga soll dem Minister einen Hinweis auf die bevorstehende Verhaftung seines Sohnes gegeben haben, so daß dieser ihn zur Flucht veranlassen konnte. Die Beweislage für diese Version ist dürftig genug: Sie stützt sich ausschließlich auf Behauptungen eines inhaftierten Rotbrigadisten, der es vielleicht einfach nur witzig fand, das Staatsoberhaupt auf diese Weise in Schwierigkeiten zu bringen. Die PCI jedenfalls forderte – gemeinsam mit Radikalen, Neuer Linker und den Faschisten – im Parlament die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen Cossiga. Dieser Antrag wurde nach heftigen Debatten von der Parlamentsmehrheit abgelehnt. Als Ergebnis blieb eine Ver-

lehnt. Als Ergebnis blieb eine Ver-

schärfung des Klimas zwischen den Spitzen von PCI und PSI, da die PSI Front für Cossiga gemacht hatte.

Verärgerung bei der PSI rief auch der Kommentar des PCI-Vorsitzenden Berlinguer nach dem Massaker von Bologna („l'unita", 5.8.) hervor: Unter der Überschrift „Senza timone" (Ohne Steuerung) behauptete Berlinguer, d a s zentrale politische Element hinter dem Massaker sei das „Regierungsvakuum", das Fehlen einer fähigen politischen Führung, die dem Lande *„Gewißheit, Sicherheit und klare Ziele"* geben könnte. In dem konkreten Zusammenhang (Attentat in Bologna) wirkte diese These Berlinguers jedenfalls deplaziert und wurde sofort von der PSI als versuchte Instrumentalisierung des Massakers für die PCI-Parteipolitik kritisiert.

Bei alledem ist zu beachten, daß Berlinguer unter starkem innerparteilichen Druck von Kräften steht – besonders an der 'Basis' – die innen- und außenpolitisch eine radikalere Politik der PCI fordern. Dies zeigte sich sogar darin, daß in wohl recht breiten Teilen der PCI spontane Zustimmung zu der sowjetischen Intervention in Afghanistan aufkam. Die Strategie der PCI-Spitze („historischer Kompromiß") beruht aber gerade auf der Fähigkeit, diese radikaleren Tendenzen in der Partei zersplittern und ohnmächtig halten zu können.

Diese Faktoren zusammengenommen, scheint die PCI-Spitze heute noch weiter als vor einigen Jahren vom Ziel einer Regierungsbeteiligung entfernt zu sein.

»Die Toten sagen Nein zu diesem Staat«

Über 300.000 Menschen nahmen auf der Piazza Maggiore in Bologna wenige Tage nach dem faschistischen Terroranschlag Abschied von den über 80 Toten. Wie der zweistündige Generalstreik am Montag und die vielen Demonstrationen vom Montag, allein in Bologna kamen 70.000 Menschen zusammen, gestalteten sich diese Aktionen zu Anklagen gegen die Democrazia Cristiana (DC) und andere Regierungsparteien, deren Versäumnisse im Kampf gegen die Faschisten derartige Massaker begünstigen. In Bologna wurden Ministerpräsident Cossiga und andere Regierungsvertreter minutenlang ausgepfiffen und in Sprechchören angegriffen, die bis in die Kirche zu hören waren.

Es wurden überhaupt nur acht Särge in Bologna aufgebahrt – andere Hinterbliebene hatten ihre Angehörigen bereits vorher überführen lassen, weil sie nicht wollten, „daß hinter den Särgen unserer Lieben irgendein Politik-Hansel („Buffone") hinterherläuft". Und „La Repubblica" überschrieb ihre Ausgabe vom 6. August: „Die Toten sagen Nein zu diesem Staat".

In der Tat haben faschistische Terroristen in Italien kaum staatliche und gerichtliche Verfolgung zu fürchten.

Seit 1976 habe es - so Ministerpräsident Cossiga - 2236 Festnahmen „aus der rechten Szene" gegeben, wovon derzeit 78 Haftstrafen verbüßen und weitere 154 Faschisten auf ihren Prozeß warten. 461 seien vorläufig in Freiheit (!), 50 auf der Flucht (FAZ, 6.8.). Die anderen 1.500 sind augenscheinlich stillschweigend wieder entlassen worden.

Dabei bekennen sich die Faschisten ausdrücklich zu einer Politik der Massaker gegenüber „einfachen" Bürgern. So theoretisierte Mario Tutti, der nun in Bologna (sechs Jahre nach der Tat!) unter Anklage des „Italicus"-Anschlages steht und sich selbst gern als „Theoretiker der schwarzen Guerilla" bezeichnet: *„Es ist einfach, durch Sabotageakte auf Brücken, Viadukte und Tunnels das nationale Eisenbahnnetz zu unterbrechen. So gelangt man zur wirtschaftlichen Lähmung des Staates"* („Neue", 15.8.).

Die DC, die erst zwei Tage nach dem Anschlag offiziell von einem faschistischen Attentat sprach, räumt auch nach Bologna dem Kampf gegen die bewaffnete Linke einen größeren Stellenwert als gegen den faschistischen Terror ein: Die „Roten Brigaden" würden auf das „Herz des Staates" zielen, während die Faschisten (nur??) Massaker verüben (FAZ, 6.8.).

Die Kritik muß allerdings schon früher ansetzen. Verantwortlich zu machen sind die Regierenden, die es - unter Umgehung der Verfassungsbestimmungen - ermöglichten, daß sich wieder eine faschistische Partei (MSI) und eine Jugendorganisation („Ordine Nuovo" = Neue Ordnung) bilden durften, wobei sich aus der Basis dieser Jugendorganisation immer wieder die militanten Faschisten rekrutieren, die Anschläge a la Bologna verüben. So ist es zu verstehen, wenn auf der Piazza Maggiore die Parole - lange nicht gehört - „uniti si ma contro la dc" (Vereint ja, aber gegen die DC) immer wieder gerufen wurde. Mit demonstrativem Beifall wurden nur die Repräsentanten der PCI, Lucio Magri (von der PduP) und Staatspräsident Pertini bedacht. Leider machten die PCI-Ordner den Genossen der „Democrazia Proletaria" Schwierigkeiten, auf den Platz zu kommen; die Genossen vom „Movimento" (= Autonome) wurden erst gar nicht raufgelassen. DP und „Movimento" beendeten die Trauerfeierlichkeiten mit einer Demonstration von über 5.000 Teilnehmern durch die Innenstadt Bolognas: „Le nostre bandiere oggi sono a lutto, pagherete caro, pagherete tutto" - „Heute zeigen unsere Fahnen Trauer, aber ihr müßt teuer bezahlen, ihr müßt alles bezahlen".



Faschistische Terroranschläge

Faschistische Terroranschläge

in Italien

15. April 1969 +++ Bombenanschlag auf das Rektorat der Universität Padua.

25. April +++ Attentat auf den Fiat-Stand der Mailänder Messe und auf den Mailänder Bahnhof. Mehrere Verletzte.

8. August +++ Anschläge auf mehrere Züge in Norditalien. Mehrere Verletzte.

12. Dezember +++ Attentat auf die Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana in Mailand. 16 Tote, 90 Verletzte.

12. Dezember +++ Sprengkörperexplosion in einer Unterführung, die zur Zentrale der Banca Nazionale in Rom führt. 14 Verletzte.

22. Juli 1970 +++ Durch Lösen von Eisenbahnschwellen entgleist ein Zug in Gioia Tauro (Reggio Calabria). 6 Tote, 129 Verletzte.

10. September +++ Zwischen Trento und Mattarello beschädigt ein Sprengkörper die Gleise der Direktverbindung über den Brenner.

16. März 1972 +++ Carabinieris entschärfen rechtzeitig einen Zeitzünder mit 14 Sprengladungen an einem Eisenbahn-Elektromast bei Mailand.

21. und 22.. Oktober +++ Attentate auf Züge, die Arbeiter und Gewerkschafter zur „Konferenz des Mezzogiorno" nach Reggio Calabria bringen. Fünf Verletzte bei Latina; außerdem werden Sprengkörper gefunden oder explodieren bei Roccello Jonica, Valmentone Palmi, Lamerzia Terme, San Pietro a Maida und Gioia Tauro.

7. April 1973 +++ Der Neofaschist Nico Azzi wird schwer verletzt auf einer Toilette des Direktzuges Turin-Rom gefunden, wo er an einer Bombe mit Zeitzünder gebastelt hatte.

12. April +++ Faschisten liefern der Polizei in Mailand ein Gefecht mit Handgranaten. Ein Toter.

17. Mai +++ Ein Bombenanschlag bei der Trauerfeier für den ermordeten Polizeikommissar Calabresi in Mailand fordert 4 Tote und zahllose Verletzte. Der soeben aus Israel zurückgekehrte Täter ist als Faschist bekannt.

28. Mai 1974 +++ Bombenattentat auf eine antifaschistische Demonstration in Brescia. Acht Tote, 94 Verletzte.

4. August +++ Anschlag auf den „Italicus-Express" in San Benedetto bei Bologna. Zwölf Tote, 48 Schwerverletzte.

+++++ Nach 1974 verübten die Faschisten in erster Linie „gezielte" Anschläge gegen Parteibüros, staatliche Institutionen, Linke und Personen des öffentlichen Lebens.



Was ist die »NAR«

Was ist die »NAR«

In ersten Anrufen übernahm die „NAR" (Nuclei Armati Rivoluzionari - Bewaffnete Revolutionäre Zellen) die Verantwortung für das Massaker von Bologna. Bis heute steht nicht fest, ob die NAR tatsächlich dafür verantwortlich ist - bisher hatte sie hauptsächlich in Rom operiert -, ohne Zweifel ist sie jedenfalls eine der aktivsten und einflußreichsten faschistischen Terrorbanden Italiens.

Sie wurde in den letzten Monaten des Jahres 1977 von jungen Faschisten gegründet, die teilweise bereits Erfahrungen mit Kleinstanschlägen gemacht hatten, teilweise mit dem „zu lahmen" Kurs der MSI Almirantes unzufrieden waren. Aus dem Untergrund begannen sie mit kleineren Zerstörungsaktionen vor allem gegen PCI- und DC-Büros. Bei einem Überfall auf eine Waffenkammer kam einer ihrer Mitbegründer, Franco Anselmi, ums Leben. Danach wurden ihr Aktionen blutiger. Ihr erstes Opfer wurde Ivo Zini, der beim Einlegen einer „Unita" in einen PCI-Schaukasten von hinten erschossen wurde. Die NAR nahmen Kinos, Parteibüros, Autos bekannter Politiker und Einrichtungen von Staatsunternehmen aufs Korn. Bei einem Bombenanschlag auf ein PCI-Büro in Rom erlitten drei Genossen schwere Verbrennungen. Im Januar 1978 wurden bei einem Anschlag auf den linken römischen Sender „Radio Citta Futura", der gerade eine Frauensendung ausstrahlte, fünf Frauen schwer verletzt; bei zwei weiteren Handgranatenanschlägen auf PCI-Büros gab es 27 Verletzte. Anschläge auf das Kapitol und das Außenministerium, bei denen nur der Zufall Massaker katastrophalen Ausmaßes verhinderte, werden ebenfalls der NAR zugeschrieben. Offiziell hatte eine Gruppe MRP („Movimento populare rivoluzionario") die Verantwortung übernommen, die allerdings bis dahin völlig unbekannt war und später nie wieder auftauchte.

Dann folgt die Zeit gezielter „Exekutionen". Die NAR erschoß einen Polizisten vor einem Botschaftsgebäude, wo er Wache stand. Der Autonome Valerio wurde unter den Augen seiner Eltern „hingerichtet"; der 24jährige Arbeiter Antonio Leandri, fälschlicherweise mit einem Richter verwechselt, wurde ebenfalls erschossen. Der Gefreite Franco Evangelista starb unter den Schlägen eines NAR-Kommandos, zwei seiner Kollegen wurden verletzt. Am 23. Juni 1980 wurde der Richter Mario Amato in Rom von zwei Jungfaschisten der NAR erschossen. Wenige Tage vorher hatte der Staatsanwalt seine Bitte um einen kugelsicheren Wagen und weitere Kollegen zur schnelleren Aufdeckung neofaschistischer Strukturen abgelehnt.

Obwohl bereits einige NAR-Leute in den Gefängnissen sitzen, geht man davon aus, daß ihre logistische Struktur weiter intakt ist. Dabei ist sie sich der Hilfe der MSI-Jugendorganisation FdG, deren Grenzen zur terroristischen Rechten fließend sind, sicher.

»Gleiche Sprüche rechts wie links«

... So lautete nach dem Massaker von Bologna in der „Neuen" die Überschrift eines Artikels, in dem die *„Übereinstimmungen"* zwischen rechten und linken Terrorgruppen nachgewiesen werden sollten. Mit weit mehr Recht läßt sich die Überschrift aber auf die Identität der Argumentation zwischen „Neue" und DKP-„UZ" einerseits, „Frankfurter Allgemeine" andererseits, beziehen. So brachte die „FAZ" beispielsweise am 7.8.80 eine Karikatur, die als direkte Illustration zu den entsprechenden Kommentaren von „Neue" und „UZ" dienen könnte: Zwei bewaffnete Maskierte (*„Schwarzer Terror"* und *„Roter Terror"*) reichen sich die Hände.

Da von F a k t e n nicht die Rede sein kann, gerät die Rechts = Links-Hypothese immer zum platten Blödsinn, falls sie nicht auf der Ebene von Karikaturen stehen bleibt, die naturgemäß keine Sachbeweise nötig haben. Die „Neue" (15.8.) will die behaupteten *„Übereinstimmungen"* damit belegen, daß sie Ergüsse eines italienischen Faschisten zitiert, in denen von *„multinationalen Konzernen"*, *„Ausbeutern"* und *„revolutionären Kämpfern"* die Rede ist. Was aber wird dadurch mehr bewiesen, als daß sich Faschisten bisweilen eines „revolutionären" Vokabulars bedienen – was übrigens auch schon die NSDAP tat? Kann es den revolutionären Kampf diskreditieren, daß die griechischen Obristen seinerzeit die Frechheit hatten, ihren Putsch als „Revolution" zu titulieren?

Als weitere *„Übereinstimmung zwischen dem 'schwarzen' und dem 'roten' Terror"* nennt die „Neue": **„Beide sehen ihr Rekrutierungsfeld ... vornehmlich in der Masse der Unzufriedenen, in den Randgruppen".** Ja, worin denn sonst?! Belegt denn nun der Kampf der NSDAP beispielsweise um das Potential der Arbeitslosen die „Übereinstimmung" zwischen NSDAP und KPD?

Weiteres Argument der „Neuen": Die Faschisten *„agieren nach ähnlichem Muster"* wie die linken Terror-Gruppen. Das Massaker in Bologna kann wohl als Beweis für diese These dienen ?! ...

Die „UZ" (13.8.) behauptet kurzerhand, die „Roten Brigaden" seien *„von Neofaschisten zur Ablenkung gegründet"* worden. Die ersten Aktionen der „Roten Brigaden" seien vom italienischen Geheimdienst inszeniert worden. Beweise? ... Aber nicht doch!

Stattdessen zitiert die „UZ" gern den in Nizza verhafteten italienischen Faschisten Affatigato. Der hat nämlich gegenüber einer italienischen Zeitung von *„strukturellen Verbindungen"* und von *„Gipfeltreffen"* zwischen *„ 'roten' und 'schwarzen' Terrororganisationen"* fabuliert. Die Entführung Moros, so behauptete Affatigato bei dieser Gelegenheit, sei zwar von den „Roten Brigaden" ausgeführt worden, aber g e m e i n s a m mit faschistischen Terrorgruppen beschlossen und vorbereitet worden. In Italien selbst brachte es nur die allerrechteste Presse über sich, dieses Geschwätz überhaupt zu erwähnen: Affatigatos Erzählungen sind offenkundig zusammengeflunkertes Zeug eines Wichtigtuers und Provokateurs.

Unter dem Gesichtspunkt der Provokation ist der „UZ" und der „Neuen" vorzuwerfen, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit dieses Spiel der Faschisten m i t s p i e l e n : Man wird sich vielleicht noch an den Versuch der Faschisten erinnern, ihren Anschlag auf eine Mailänder Bank (12.12.69 – 16 Tote) den Anarchisten in die Schuhe zu schieben? Die mutmaßlichen Hintermänner dieses Anschlags, die Faschisten Freda und Ventura, tarnten sich schon damals mit „revolutionärem" Geschwätz und belieferten die bürgerliche Presse mit Lügen über „Aktionseinheit zwischen Nationalrevolutionären und Maoisten", über ihre „Sympathie für den Anarchismus" etc.pp. Die von den Faschisten gewollte **„Strategie der Spannung"** bedurfte genau dieser Lügen, um die Linken zu diskreditieren und sie als angebliche Komplizen der faschistischen Verbrechen zu diffamieren.

Tatsache aber ist, daß es buchstäblich kein einziges Beispiel dafür gibt, daß die Linken bereit gewesen wären, sich auf die provokatorischen Anbiedereien der Faschisten einzulassen. So ist es zwar richtig, daß nicht bloß Affatigato, sondern auch andere Nazi-Terroristen ihre angebliche Sympathie für die „Roten Brigaden" öffentlich zur Schau stellen – aber Anhaltspunkte oder gar Beweise für die von ihnen behaupteten *„strukturellen Verbindungen"* g i b t e s n i c h t . **Umso peinlicher ist es, daß sich die „UZ" und die „Neue" als Forum für solche Nazi-Provokationen zur Verfügung stellen.**



Bologna und die französischen Faschisten

Kurz nach dem faschistischen Attentat in Bologna wurde am 6.8. in Nizza Marco Affatigato verhaftet.

Am 11.8. gab das französische Innenministerium die Suspendierung von Paul Durand bekannt, Polizeiinspektor bei den „Renseignements généraux" (vergleichbar mit dem VS). Diese Suspendierung, so erklärte das Innenministerium, sei „nicht unbedingt" im Zusammenhang mit Bologna zu sehen (Le Monde, 13.8.80). Allerdings wurde er auch schon wegen Bologna ins Verhör genommen.

Wer sind diese zwei Menschen? Marco Affatigato (25) wurde bereits von zwei italienischen Gerichten zu insgesamt über 5 Jahren verurteilt: Wegen Wiedergründung der faschistischen Partei und wegen Fluchthilfe für Mario Tuti (Führer der „Nationalrevolutionären Front"). Tuti ist angeklagt der Organisierung des Bombenanschlags auf den „Italicus" (4.8.74), wo 12 Menschen ums Leben kamen, und wurde bereits zu lebenslänglicher Haft wegen Erschießung zweier Polizisten verurteilt.

Affatigato selber war im Oktober 76 verhaftet worden, im März 77 „provisorisch" freigelassen worden und seit 1978 „auf der Flucht". Die französische Polizei lehnte eine Auslieferung Affatigatos ab, weil sie das erste Delikt für „politisch" hält und die zweite Verurteilung noch nicht rechtskräftig ist. Die jetzige Verhaftung Affatigatos erfolgte denn auch nur auf Grund eines Vorwands (Diebstahl und Führerscheinfälschung).

Das sogenannte „Untergrundleben" von Affatigato in Nizza war eigentlich ganz gemütlich: zwar arbeitete er tagsüber in der Küche einer Klinik - allerdings konnte er sich mit seinem Spülerlohn gleich drei komfortable Appartements anmieten, vor kurzem noch ein viertes - wobei er ganz „legal" seinen Namen auch am Türschild hatte. Die französische Polizei gab freimütig zu, Affatigato sei ihr schon als „italienischer Staatsangehöriger mit rechtsextremistischen Ideen bekannt" gewesen. Affatigato war im Übrigen mal im Frühling dieses Jahres in Monaco von der Polizei angehalten worden. In seinem Auto wurden gefälschte Papiere und ein Adressenbuch mit Namen und Adressen von Faschisten der Region gefunden. Daraufhin hatte die monegassische Polizei den Fall an die italienische gemeldet - allerdings wurde ihnen angeblich nie darauf geantwortet - ein eindrucksvoller Fahndungswille ...

Affatigato wirkte in Nizza als Verbindungsmann zur französischen Faschistengruppe „FANE", die seit kurzem verstärkt in Nizza auftritt, vornehmlich mit antisemitischen Schmierereien. Kontakte pflegte Affatigato auch zur faschistischen PFN „Parti des forces nouvelles" (Partei der Neuen Kräfte).

In Venedig wurde anläßlich seiner jetzigen Festnahme behauptet (in einem Flugblatt der „NAR"), Affatigato sei bereits „von der nationalrevolutionären Justiz zum Tode verurteilt" worden. Er habe „Dutzende von Verhaftungen auf seinem Gewissen". Auch Mario Tuti sagt von seinem einstigen Freund, er sei „nichts anderes als ein Mythoman oder wahrscheinlicher ein Provokateur der Polizei" („Le Monde", 9.8.80).

Affatigato selber streitet jede Beziehung zur „NAR" ab, kommt anscheinend auch für das Attentat von Bologna nicht in Frage. Ansonsten erzählt er gerne von angeblicher „Zusammenarbeit zwischen ‚Ordine Nuovo' und Brigate Rosse". Auch bringt er angebliche „gemeinsame Treffs zwischen BR und Ordine Nuovo" ins Gespräch - „trotz der vielen strategischen Differenzen" („Le Monde", 9.8.80).

Nun zur zweiten Figur:
Paul Durand, der vom Dienst suspendierte Inspektor, war zumindest seinen Leuten innerhalb der Polizei auch nicht gerade eine unbekannte Figur: Als Mitglied des „Zentralkomitees" der „FANE" („Fédération d'action nationale et européenne"/ Föderation zur nationalen und europäischen Aktion) ist er dort für „Italien-Kontakte" zuständig und unterschreibt öfters mit seinem Namen Artikel in der faschistischen Presse.

Durand befand sich nach eigenen Angaben vom 12. bis zum 14. Juli dieses Jahres in Bologna. Dort soll er, neben anderen hohen Nazi-Vertretern, auch Francesco Domini, Generalsekretär der „Unione Socialista Nazionale", getroffen haben.

Anschließend ist Durand auf einem sogenannten „Sommerlager" gewesen („Campo Hobbit"), in einem verlassenen Dorf der Abruzzen. Rund 2000 Menschen waren dort versammelt; das Ganze war von der „Frente della Gioventu", der Jugendorganisation der MSI, organisiert. Mit von der Partie war auch Pino Rauti (Le Monde, 13.8.) (Anm. 1).

Die „FANE" wurde 1966 von einem gewissen Marc Frederiksen gegründet, als Fusion zweier Grüppchen aus der verbotenen Gruppe „Occident". Bevor er die „FANE" gründete, war Frederiksen Freiwilliger in der französischen Armee gewesen, um ein „französisches" Algerien zu „verteidigen".

Die „FANE" verteidigt nach eigenen Aussagen „die westlichen Werte" sowie die „rassische Reinheit der europäischen Nation". Sie betreibt in Frankreich eine Kampagne zur „Freilassung unseres Kameraden Rudolf" (Hess). Ihr Zeichen (dem Emblem der spanischen Falange gleich) wurde in der letzten Zeit häufig nach verschiedenen Attentaten gefunden, zuletzt nach der Zerstörung des Büros der „MRAP" (eine Bewegung gegen Rassismus und Antisemitismus) im Juni dieses Jahres in Paris.

In einem Telefoninterview wurde Frederiksen, Chef der „FANE", von „Libération" u.a. zu ihren Beziehungen zu Affatigato befragt: „ ... *Ich habe ihn ein Mal in Nizza getroffen, wo er uns als Zwischenmann diente, um eine kleinere Querele zwischen 'FANE' und 'PFN' zu regeln*". Affatigato stünde dem PFN näher als der „FANE", meint Frederiksen.

Frage von Liberation:
„Existiert die schwarze Internationale, ja oder nein?"
Antwort:
„Wenn man damit organische Verbindungen meint, dann täuscht man sich. Es ist eher eine Brüderschaft, die Solidarität der nationalsozialistischen Kameraden auf der ganzen Welt"
Liberation:
„Aber es gibt doch regelmäßige Treffs?"
Antwort:
„Regelmäßig zu Ostern findet das Treffen der 'Neuen europäischen Ordnung' statt, das die Malmö-Konferenzen abgelöst hat ... Es gab Treffen in Lyon 1974, und Treffen in Barcelona in 76 und 78. Aber es handelt sich dabei nicht um eine Koordinierung von Bewegungen, sondern das sind Treffen von Persönlichkeiten"...
Frage: **„Worin besteht die Solidarität?"**
Antwort: *„Es ist Hilfe für Leute in schwierigen Situationen, für Leute, die in der Illegalität leben müssen; in Italien besteht das Gesetz Scelba, das die Wiedergründung der faschistischen Bewegung verbietet und das alle Gruppen zur Semiillegalität zwingt. Die Notwendigkeit der Illegalität kann zum Terrorismus führen"*
Liberation: **„Und wie versteht sich die 'FANE'?"**
Antwort Frederiksen: *„Wir beziehen uns auf die historische Erfahrung von Adolf Hitler. Wir wollen diese Erfahrung nicht wiederholen, die unter spezifischen Bedingungen durchgeführt wurde, aber die Leitgedanken von Adolf Hitler sind heute immer noch gültig"* („libération", 11.8.).

Man mußte erst bis Bologna warten, bevor offiziell bekannt gegeben wurde, daß ein Verantwortlicher dieser Nazigruppe Polizeiinspektor ist. Bislang waren alle „Ermittlungen" über die Aktivitäten von faschistischen Kernen innerhalb der französischen Polizei — wie zum Beispiel das „Netz Delta" oder die Gruppe „Ehre der Polizei" „ergebnislos" verlaufen. Obwohl es genügend zu 'ermitteln' gäbe:

So hat das „Kommando Delta" (Der Name bezieht sich auf die Organisation 'Delta', die zur Zeit des Algerienkrieges existierte und die geleitet wurde von Roger Degueldre, Verantwortlicher der Sektion „Direkte Aktion" der faschistischen Parallelarmee OAS) zwei Verbrechen für sich 'reklamiert':
— Der Mord an Laid Sebai, „Concierge" (Hauswart) der Algerischen Freundschaftsgesellschaft in Europa am 2. Dezember 1977;
— Der Mord an Henri Curiel am 4. Mai 1978. Henri Curiel war einer der Initiatoren der ägyptischen kommunistischen Bewegung. Er wurde 1950 aus Ägypten ausgewiesen und bekam 1963 in Frankreich das Statut eines politischen Flüchtlings. 1976 wurde eine Kampagne reaktionärer Zeitungen gegen ihn gestartet, wobei er als „Leiter der terroristischen Netze" dargestellt wurde. Zunächst bekam er einen Ausweisungsbescheid, der wieder aufgehoben wurde. Am 4. Mai 1978 wurde er durch drei Kugeln auf offener Straße erschossen.

Die Gruppe „Honneur de la Police" (Ehre der Polizei) hat den Mord an Pierre Goldmann, einem linken Schriftsteller, am 20. September 1979 auf dem Gewissen.

Einige Monate vorher, am 9. Mai 79, hatte „Honneur de la Police" den Wagen eines CGT-Verantwortlichen in die Luft gejagt.

Jetzt am 13. August 80, wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Wohnung von Frau Curiel verübt. Auf den Wänden des Hauses stand „Tod den Curiels!" und „Kommando Mario Tuti".

Frau Curiel erklärte der Presse, sie habe bereits vor zwei Monaten einen Drohbrief erhalten, der von der „FANE" unterschrieben war. Daraufhin hatte Frau Curiel Schutz beantragt. Der wurde ihr nicht gegeben.

Da kann man dem Kommentar eines „Le Monde" Journalisten (Laurent Greisalmer) nur recht geben, der am 16.8. schrieb: „ ... *Die Wahrheit verpflichtet einen zu sagen, daß die Polizei aktiver ist, wenn es um den linksradikalen Terrorismus geht*".

Frankreich-Kommission

Anmerkung

Pino Rauti:
Pino Rauti wurde nach dem Krieg zu 13 Monaten Gefängnis wegen Mitgliedschaft in der FAR („Revolutionärer Aktionsbund") verurteilt. Danach trat er der MSI bei. 1956 trat er aus der MSI aus, die ihm und den anderen „zu schlapp" war, und gründete „Ordine Nuovo" (Neue Ordnung).

Zwischendurch war er Redakteur der Zeitung „Il Tempo". Kurz vor den Bomben des 12. Dezember (12.12.69 in Mailand und Rom) trat er der MSI wieder bei und bekam innerhalb der MSI sogleich einen Führungsposten. 1972 wurde Rauti vorübergehend verhaftet, wegen Komplizenschaft bei den Bombenanschlägen des 25. April 69 und 8./9. August 69. Die „Ermittlungen" verliefen freilich im Sande...

Die „Unita" veröffentlichte seinerzeit, 1972, ein Dokument, wonach Rauti unter anderem in den 50er Jahren Kontakte zur OAS und weiteren europäischen faschistischen Organisationen gepflegt habe.
(Aus „Unser Weg", „Von Pinelli zu Feltrinelli")

BRD-Jungnazis machen Ferien am Garda-See

Italien – ein schlimmes Land für deutsche Urlauber! Einen starken Beitrag zu diesem breitgetretenen Thema lieferte die Fernsehsendung „Monitor" am 19. August. Da hatte doch tatsächlich ein Gericht in Brescia (Norditalien) eine Gruppe junger deutscher Urlauber, halbe Kinder noch, zu mehrmonatigen Haftstrafen – freilich mit Bewährung – verurteilt. Dabei hatten die Kinder doch gar nichts Schlimmes getan, hatten nur ein paar harmlose Gaspistolen und Klappmesser in ihren Zelten gehabt, wie es halt Jungensart ist. Fassungslos auch der 28jährige Leiter der Gruppe, ein Sozialhelfer: Was die ihm anvertrauten Buben in ihren Zelten hatten, wußte er natürlich nicht. Ansonsten kann er nur den Kopf schütteln über die seltsamen Sitten in Italien. Auch der „Monitor"-Kommentar bebt vor Empörung über diese Mißhandlung deutscher Kinder durch wildgewordene Südländer.

Daß diese Darstellung total verlogen war, mag den „Monitor"-Verantwortlichen bekannt gewesen sein. Vielleicht aber haben sie auch einfach nur saumäßig schlecht recherchiert. Beides gilt im Deutschen Fernsehen wohl nicht als Schande.

Die Tatsachen: Am 9.8. wurden in einem Zeltlager am Gardasee 17 Deutsche – 16 Jugendliche und der 28jährige Sozialhelfer – verhaftet. In ihren Zelten fanden die Carabinieri 7 Gaspistolen und 9 Messer sowie 70 Tränengaspatronen. Der Besitz solcher Spielzeuge ist durch das italienische Waffengesetz verboten. Von den Carabinieri wurde festgestellt, daß die Jugendlichen zu einer „paramilitärischen Vereinigung" in der BRD gehören. Alle Jugendlichen waren uniformiert: ein blaues Hemd mit einem Totenkopf. Die Jugendlichen waren am 5.8. mit zwei Lastwagen in dem Zeltlager eingetroffen. Der Name des die Gruppe leitenden Sozialhelfers wurde mit Lothar Steiner (oder Leonhard Lothar Steiner) angegeben. Von den verhafteten Buben wurden folgende Namen bekannt: **Berni Hammerschmidt, Peter Papst, Alwin Engelbrecht, Jürgen Stratmann, Richard Kraus, Roman B., Stefan T., Dieter G., Helmut B., Roland R., Jürgen H., Josef K., Franz F., Christian H., Günther B. und Roland H.** Drei der Jugendlichen sind 15 Jahre alt, fünf sind 16, vier sind 17, drei sind 18 und einer 19 Jahre alt. Die meisten von ihnen sind aus München, einige aus anderen Orten Bayerns. (Angaben aus der größten italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera", vom 11.8.).

Ein neuer Fall...


6 Deutsche mit Dolchen
● Wieder nahmen italienische Zöllner bei Cuneo sechs Deutsche fest, die Messer, Dolche und eine Axt im Gepäck hatten. Die Achtzehnjährigen aus der Nähe von Lindau trugen auf ihren Lederjacken Hakenkreuze.
Bild 22.8.80

Bild rechts: Die jungen Deutschen vor Gericht und ihr Waffenarsenal



Am 13. oder 14. August standen die 17 Deutschen in Brescia vor Gericht. Gegen die Jugendlichen wurden Strafen zwischen 7 und 11 Monaten verhängt und zur Bewährung ausgesetzt. Die Anklage lautete auf „Besitz, mißbräuchliches Tragen und heimliche Einfuhr" von Waffen und Munition. Sozialhelfer Steiner wurde freigesprochen, da ihm Waffenbesitz nicht nachgewiesen werden konnte („l'unita, 15.8.).

Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn nicht auch die folgende Episode auf die mißhandelten Buben und ihren ahnungslosen Gruppenleiter zurückzuführen ist: Am 6.8. meldete die DKP-Zeitung „UZ" unter dem Titel „Neonazis abgewiesen": *„Als 'unerwünschte Personen' wurden Angehörige von neonazistischen paramilitärischen Wehrsportgruppen aus der Bundesrepublik von den österreichischen Sicherheitsbehörden am Wochenende an der Grenze zu Österreich abgewiesen ..."*. Es habe sich um 17 Männer und Jugendliche gehandelt, die mit zwei mit Tarnanstrich versehenen Militär-Lastwagen und in „uniformähnlicher" Kleidung nach Österreich einreisen wollten. Die Zahl 17 und der Hinweis auf die zwei Wagen läßt vermuten, daß die an der österreichischen Grenze abgewiesene Gruppe identisch ist mit den am Gardasee Verhafteten. Auch die zeitliche Abfolge bestätigt diesen Verdacht: Die Abweisung an der österreichischen Grenze erfolgte laut „UZ" *„am Wochenende"*, also am 2. oder 3.8. Am 5.8. kreuzte dann die Gruppe am Gardasee auf. Daß die Gruppe ihre Zelte gerade bei dem Örtchen Toscolano-Maderno aufschlug, ist gewiß nur ein weiterer komischer Zufall: kaum 10 Kilometer von dem Zeltlager entfernt liegt Salo, die letzte Zuflucht Mussolinis („Republik von Salo").

Es besteht begründeter Verdacht, daß „Monitor" sich – bewußt oder unbewußt – zum Anwalt militanter Nazi-Banden gemacht hat, um billige und schändliche anti-italienische Propaganda zu betreiben. Der unmittelbare Zusammenhang – die Verhaftung und Abschiebung der BRD-Jungnazis eine Woche nach dem faschistischen Bombenanschlag in Bologna – läßt diese Propagandasendung noch mieser und skrupelloser erscheinen.

Es besteht außerdem der begründete Verdacht, daß in der Person Lothar Steiners ein Nazi-Chef für seine jugendverderbende Tätigkeit vom Staat als Sozialhelfer besoldet wird. Dieser Verdacht sollte schleunigst geklärt werden.

P.S.: Zum Thema „Jungnazis auf Urlaub" könnte eventuell auch folgende Meldung gehören: *„Bei einer Explosion in einem schweizerischen Pfadfinder-Lager in der Nähe von Gstaad sind am Montagabend zehn Jugendliche verletzt worden, zwei von ihnen schwer. Das Unglück ereignete sich vermutlich durch Hantieren mit explosivem Pulver ..."* („Frankfurter Rundschau", 23.7.).

Oreste Scalzone in Lebensgefahr



Oreste Scalzone, 1968 Führer der Studentenbewegung in Rom und in den letzten Jahren bekanntes Mitglied der "Autonomia", schwebt in Lebensgefahr! Festgenommen am 8.April 1979 im Rahmen der Massenverhaftung gegen die "Autonomia", erkrankte er während der 500 Tage in italienischen Knästen schwer. Er war bis Mitte August auf 43 Kilo abgemagert. Der Knastarzt auf der Sonderabteilung von Rebibbia erkannte auf "weit vorangeschrittenen Prozeß psychischer Zerstörung", Lähmung des rechten Arms und fast der ganzen rechten Körperhälfte sowie Geschwüre im Magen und Zwölffingerdarm.

Die Anklage gegen Scalzone lautet im wesentlichen auf Mitgliedschaft in "kriminellen Vereinigungen", konkret wird ihm die Teilnahme an einem Bankraub im Jahre 1972 vorgeworfen, belastet durch Fioroni, der sich seit Dezember letzten Jahres dem Staat mit seinen angeblichen Insiderinformationen andient, um für sich Haftverschonung herauszuschlagen..

Mittlerweile hat sich in Mailand ein Komitee zur sofortigen Freilassung Scalzones gebildet (Franca Rame, asella postale 1353 Milano), das von allen Parteien und Gruppen der italienischen Linken unterstützt wird. Das Komitee weist darauf hin, daß auch die intensivere Behandlung, die Scalzone aufgrund des massiven öffentlichen Protestes mittlerweile erfährt, eine Haftverschonung nicht überflüssig macht.

Italien-Kommission

„Wir haben Grund genug zum Weinen, auch ohne Euer Tränengas"

Schweizer Jugendrevolte und „neue Militanz"



„Macht aus dem Staat Gurkensalat!" (Foto: tell)

Die „Welle der Gewalt", die mit den Amsterdamer Häuserkämpfen begann, übersprang nach Kopenhagen, wo ein Stadtteil sich gegen den Abriß eines Bauspielplatzes zur Wehr setzte, dann aufflackerte in Paris, in einem Höhepunkt militanten antimilitaristischen Kampfes in Bremen mündete, mit dem Freiburger Häuserkampf sich fortsetzte, hatte im Mai auch das Zürich der Bosse und Banker erreicht. Aus einer Besetzung des Foyers im Zürcher Opernhaus zum Ausdruck des Protestes gegen die völlige Vernachlässigung der Jugendkultur entwickelte sich binnen kurzem die heißeste Straßenschlacht, die Zürich je erlebt hatte. Und der einen Schlacht, dem Opernhauskrawall, folgten weitere, folgten vieltausendköpfige Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Einen Monat nach dem Opernhauskrawall hatte die Bewegung, wie sie selbstbewußt sich selber nennt, ihren ersten Erfolg erkämpft: Die Obrigkeit war dem „Druck der Straße" gewichen und hatte den Jugendlichen ein Fabrikgebäude für das geforderte Autonome Jugendzentrum überlassen. Die Verhältnisse waren gründlich ins Tanzen geraten ...

Eine KB-Genossin in einer Diskussion, als gerade die Punker vom Arbeiterkampf entdeckt worden waren: „Was mir vor allem stinkt, ist, daß es die Punker schon lange gibt, daß sie eine eigene Kultur aufgebaut haben, sich aber kein Linker darum gekümmert hat. – Aber jetzt, wo sie Putz machen, wo's politisch vielleicht was zu holen gibt, da sind sie mit einem Mal interessant für Euch!"

Linker darum gekümmert hat. – Aber jetzt, wo sie Putz machen, wo's politisch vielleicht was zu holen gibt, da sind sie mit einem Mal interessant für Euch!"

„Die Militanz ist nicht nur das Erste, das auffällt. Sie markiert auch den Bruch der aktuellen Bewegung mit den ganzen innerlichen Rückzügen und Resignationen der letzten Jahre" (der Altlinke R.L. im Schweizer „Zeitdienst").

Opernhauskrawall

Die letzten größeren militanten und längeranhaltenden Kämpfe hatte Zürich 1968 erlebt. Anlaß des damaligen „Globus-Krawalls" war wie heute der „Opernhaus-Krawall": Der Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum.

Während die Zürcher Jugendlichen mit gerade einem Prozent des städtischen Kulturetats abgespeist werden, befanden die Stadtväter und -mütter für rechtens, dem Opernhaus zusätzlich zu den laufenden Investitionen einen 60-Millionen-Kredit für einen Umbau zu spendieren.

Rund 300 Jugendliche besetzen daraufhin am 30. Mai das Foyer des Opernhauses: *„Wenn uns schon seit Jahrzehnten ein Jugendhaus vorenthalten wird, sollten auch die Opernhausbesucher mal eine halbe Stunde warten können."*

Aus dieser als friedlich und kurzfristig geplanten Besetzung entwickeln sich **„Straßenschlachten von einem Ausmaß, wie sie in der Schweiz bisher unbekannt waren"** („tell", 6.6.). Polizei nämlich ist in Kampfmontur angetreten und hat die Jugendlichen

fristig geplanten Besetzung entwickeln sich „Straßenschlachten von einem Ausmaß, wie sie in der Schweiz bisher unbekannt waren" („tell", 6.6.). Polizei nämlich ist in Kampfmontur angetreten und hat die Jugendlichen

unversehens mit Knüppeln und Tränengas angegriffen. Ebenso unversehens aber setzen die Jugendlichen sich mit Stein- und Farbbeutelwürfen zur Wehr und errichten Barrikaden.

Was lange gärt, wird endlich Wut: Die Scheiben von Nobelboutiquen und Schickerialokalen werden eingeworfen (das neben einer kleinen zerdepperten Boutique gelegene Gebäude des Vietnam-Napalm-Herstellers Dow Chemical kommt unbeschädigt davon), Restaurantgestühl teils zum Barrikadenbau, teils als Wurfgeschoß verwendet, in die Limmat fliegen Pelzmäntel und Fernsehgeräte.

Naserümpfend kommentiert die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ"): *„Die Krawallszenen ... sind, was die Haltung der jugendlichen Teilnehmer betrifft, höchstens ganz weit draußen am Rande Ausdruck eines politisch oder ideologischen Willens"* (3.6.). Als es jedoch auch nach zwei Wochen mit der Randale sein Bewenden nicht hatte, weiß die „NZZ" den „politischen oder ideologischen Willen" messerscharf zu orten: Jetzt sieht sie den „Rechtsstaat" bedroht...

Am nächsten Abend, dem 31.5., erneute Demonstration vorm Opernhaus. Stadtpräsident Widmer bietet an: Wenn jetzt alle brav nach Hause gehen, dann werde er die Forderung nach Überlassung der Roten Fabrik als Jugendzentrum im Stadtrat behandeln. Und erntet: Gelächter. — Während an einer Stelle noch das weitere Vorgehen diskutiert wird, beginnt an anderer Stelle schon die zweite heiße Nacht. Barrikaden werden errichtet, Polizei greift an, setzt auch Gewehre mit Hartgummigeschossen ein.

Am Abend des nächsten Tages, 1.6., sind aus den paar hundert Jugendlichen 2.000 geworden. Zu der Versammlung sind auch Vertreter der Stadt eingeladen, die jedoch — da sie mit *„Radaubrüdern"* nicht verhandeln wollen — nicht kommen mögen. Anschließend eine Demonstration zur Kaserne der Kantonspolizei, wo für

Versammlung sind auch Vertreter der Stadt eingeladen, die jedoch — da sie mit „Radaubrüdern" nicht verhandeln wollen — nicht kommen mögen. Anschließend eine Demonstration zur Kaserne der Kantonspolizei, wo für

die Freilassung der 47 bei den Kämpfen Verhafteten demonstriert wird. Die Polizei hält sich jetzt im Hintergrund, es kommt zu keiner weiteren Schlacht.

In den nächsten Tagen demonstrieren und versammeln sich jeweils mehrere tausend Jugendliche — fordern die Freilassung der Verhafteten, diskutieren ihre Forderungen.

3.000 sind es am 4. Juni im Volkshaus, wo eingangs der Film einer Arbeitsgruppe des Ethnologischen Seminars der Universität über den „Opernhaus-Krawall" gezeigt wird. Jetzt ist auch eine Delegation des Stadtrats zugegen, die sich aber, wie die „NZZ" (6.6.) beklagt, *„zweieinhalb Stunden gedulden (mußte), bis das Gespräch mit ihnen aufgenommen wurde"*. Das scheint ihr Einsichtsvermögen jedoch nur gefördert zu haben, den Jugendlichen werden erste Zugeständnisse gemacht: Ein leerstehendes Fabrikgebäude soll ihnen als Jugendzentrum überlassen werden. Die damit verbundenen Bedingungen — bestimmte Schließungszeiten, Aufsicht etc. — werden von den Jugendlichen einmütig abgelehnt. — Nach der mehrstündigen Versammlung wird wieder zur Polizei und zum Gericht demonstriert.

Am Nachmittag des 7.6. versammeln sich gut 1.000 Jugendliche im Platzspitzpark, um die Antwort des Stadtrats auf ihre Forderungen — Straffreiheit für die bei den Kämpfen Festgenommenen, Jugendzentren in der Roten Fabrik und der Fabrik an der Limmatstraße — zu diskutieren. Der Stadtrat teilte mit, *„unter gewissen Bedingungen"*, den Jugendlichen die Fabrik an der Limmatstraße überlassen zu wollen und stellt als Sofortmaßnahme die Rote Fabrik für das Wochenende zur Verfügung. Diese Zugeständnisse werden als erster Erfolg gewertet.

Auf der Vollversammlung in der Roten Fabrik wurden jedwede Bedingungen der Stadt für die Überlassung zurückgewiesen, für die Jugendhäuser ein 24-Stunden-Betrieb gefordert sowie die vollständige Autonomie, „in dem Sinne, daß die Vollversammlung entscheidet". — Das anschließende Fest muß rauschend gewesen sein, die „NZZ" (10.6.) weiß aber sauertöp-

Fortsetzung nächste Seite



Zürcher Stadtpolizei mit Spezialgewehren, aus denen Hartgummigeschosse auf die Demonstranten abgefeuert werden (Foto: tell)

Eine TV-Diskussion mit Herrn und Frau Müller

Eine TV-Diskussion mit Herrn und Frau Müller

In der TV-Live-Sendung „Tele-Bühne" wurde Jean Anouilhs Bearbeitung der „Antigone" vorgeführt. Ausgehend von diesem Stück sollte im Studio eine Diskussion mit geladenen Gästen über Widerstand gegen die Staatsgewalt geführt werden. Naheliegend, daß hierzu auch Jugendliche aus der Bewegung eingeladen wurden. Die aber mochten sich an die Spielregeln einer „ordentlichen Fernsehdiskussion" nicht halten, und es kam viel Leben ins Studio, das der Programmdirektor jedoch — fantasielos — durch den Abbruch der Sendung wieder auslöschte, weil, wie er später erklärte, *„zumeist jugendliche Gesprächsteilnehmer einzelne Votanten gestört und eine sinnvolle Durchführung der Diskussion verunmöglicht haben"* (zit. nach „NZZ", 5.7.).

Den Programmverantwortlichen wurde vom Stadtrat *„mangelnde Sorgfalt bei der Auswahl der Teilnehmer"* vorgeworfen — ein Anwurf, den man seit jener turbulenten Live-Ausstrahlung aus Den Haag mit Helmut Kohl („Bürger fragen — Politiker antworten nicht") in wacher Erinnerung hat.

Aber das war nur das Vorspiel.

Am 15.7., drei Tage nach dem Zürcher Polizeikrawall, unterlief der „CH"-Magazin-Redaktion des DRS-Fernsehens eine, will man der „NZZ" (18.7.) glauben, *„kaum mehr entschuldbare Fehlleistung"*. — Zu einer Live-Diskussion über die Jugendbewegung waren, was nach den Ereignissen bei der „Tele-Bühne" für die „NZZ" eh schon *„überzogener Goodwill oder ... Naivität"* war, selbstverständlich auch Vertreter der Bewegung selbst eingeladen — oder genauer: zwei Jugendlichen war zugemutet worden, mit dem Bullen-Oberboß, Stadtrat Frick, der sozialdemokratischen Stadträtin Lieberherr (die sich mit Demonstrationsverboten und Präventivhaft-Beschlüssen verdient gemacht hatte), dem Stadtzürcher Polizeikommandanten Bertschi und dem Präsidenten der Stadtzürcher Sozialdemokraten Fünfschilling eine „ordentliche" Diskussion zu führen.

Die Reaktion der Jugendlichen war brillant: Sie stellten sich ihren Gesprächspartnern als „Herr Müller" und „Frau Müller" vor, gingen in keiner Weise auf Fragen zur Bewegung ein, sondern stellten handfest „Volkes Stimme" dar. Während der Polizeikommandant zwecks Aufheizung der Stimmung ein Anarcho-Flugblatt verlas, wurde er von den „Müllers" fortwährend mit dem Bemerken unterbrochen, es müsse endlich die Armee eingesetzt werden, die Aufrührer gehörten ins Arbeitslager, wenn nicht gleich an die Wand gestellt. Den Bullen-Chefs und Politikern der „Diskussions"runde blieb nichts andres übrig, als sich untereinander zu erregen, wobei „Herr Müller", eine überdimensionierte Zigarre paffend, ein ums andere Mal dazwischenrief: *„Da kann ich nur noch sagen: Moskau. Moskau!"*

„Unbedachte Worte", klagt die „NZZ", *„die aus manch voreiligem Mund auf der Straße zu hören sind* [wie *‚Man sollte die Jugendlichen an die Wand stellen'* usw.] *gelangten durch das mit systematischem Zynismus, jedes Gespräch ad absurdum führende Vorgehen ... in die Fernsehstuben"* (20.7.) und kann nur noch *„hoffen, daß der neueste politische Reinfall des Fernsehens auch dort die kritische Auseinandersetzung mit dem Geist der zerstörerischen, indirekt auch fernsehzerstörerischen Revolte 1980 ein Stück voranbringt"* (18.7.).

Programmdirektor Kündig vom DRS, anstatt für die Belebung seiner Sendung dankbar zu sein, schmollt nun: Die Voraussetzungen für ein Gespräch mit Jugendlichen der Bewegung seien nicht mehr gegeben, das Fernsehen werde sich „bei allfälligen künftigen Ereignissen auf die unumgängliche Erfüllung der Informationspflicht ... beschränken" und ansonsten bestrebt sein, die Berichterstattung über die Situation der Jugendlichen „unverzüglich zu ergänzen durch eine Darstellung seriöser Jugendarbeit und Jugendpolitik" (zit. nach „NZZ", 18.7.) — es scheint wohl das unumgängliche Schicksal eines jeden verschmähten Liebhabers, in seinem Lamento etwas komisch zu wirken ...

Fortsetzung von Seite 6

fisch nicht viel mehr darüber zu sagen, als daß *„eine Berliner Punkgruppe mit ihren Bierflaschen ein Scherbenmeer"* geschaffen habe.

Anderntags werden die Forderungen an den Stadtrat weiter präzisiert:
— Die Trägerschaft des Jugendhauses ist als autonomes Organ allein für den Betrieb zuständig, Trägerschaft ist die Vollversammlung der Benutzer;
— Für den Fall eines Abbruchs der Fabriken hat die Stadt für gleichwertigen Ersatz zu sorgen, der mindestens einen Monat vor Abbruch des alten Gebäudes zur Verfügung stehen muß;
— Für Unterhalt und Ausbau hat die Stadt zu sorgen.

„Wir sind die Kulturleichen der Stadt"

Was für Leute sind das, die da — mit heißer Wut auf den Straßen und klaren Forderungen bei ihren Versammlungen — die Verhältnisse in Zürich zum Tanzen gebracht haben?

Noch sechs Wochen nach Beginn der Kämpfe klagt die „FAZ" (19.7.): *„So sind zwar die Diskussionen zahlreich bei den Politikern und ihren Gruppen in Zürich — aber herausgekommen ist dabei noch nicht einmal, daß irgendwer genauer sagen könnte, wer das denn nun sei, die Jugendbewegung."*

Obwohl (oder weil?) Leitartikler, Psychologen, Sozialarbeiter, Pfadfinderführer und Kantonalräte die Seiten der „NZZ" und ähnlicher Organe fast täglich mit seitenlangen „Bilanzen" und „Analysen" füllen, ist dabei in der Tat noch nicht mehr rausgekommen, als daß es halt größtenteils „Mitläufer" seien, darunter allerdings ein „harter Kern" von *„Außenseitern und Jugendlichen, die mehr als andere Schwierigkeiten bekunden, die Integrationsprobleme in dieser Lebensphase zu meistern"* („NZZ", 6./7.7.). Je nach politischem Standort des Kommentators und aktueller Lage wird aus diesen „Außenseitern ..." etc. ein *„Kern von Extremisten und Anarchisten"* („NZZ", 16.7.). Solcherlei Einschätzungen entsprechend reagiert der Staatsapparat auf die Bewegung.

Die (im weitesten Sinne) linke Presse — und hierunter besonders die Blätter der alternativen und autonomen Bewegung — wußten von Anbeginn konkreteres zu melden.

Von den ersten Tagen der Kämpfe berichtet die Studentenzeitschrift „konzept" (Juni '80): *„Dominierend sind ... eher proletarische bzw. subproletarische Typen aus unteren Schichten, weniger Mittelschüler und Studenten aus dem Bürgertum. Die entsprechenden Verhaltenskonsequenzen (Härte, Gewaltfähigkeit, Widerstandsfähigkeit) sind augenscheinlich"* — Ein Ratsmitglied der POCH Basel hebt hervor: *„Es ist kennzeichnend für die gegenwärtigen Demonstrationen, daß — im Unterschied zur 68er Bewegung — viele proletarische Jugendliche daran teilnehmen"* („POCH-Zeitung", 3.7.).

Ein Kommentator im „tell" (6.6.): *„Die Mehrheit der militanten Demonstranten war sehr jung. 15 bis 19jährig ... Beachtlich viele Einwanderer der zweiten Generation (junge Ausländer, die in der Schweiz geboren sind) waren darunter."*

Daß die Demonstranten erheblich jünger sind als in der „68er-Bewegung" bestätigt auch die altersmäßige Verteilung derer, die im Laufe des Mai/Juni bei den Kämpfen festgenommen wurden: Rund 25 % der eingeleiteten Verfahren sind gegen Jugendliche unter 18 Jahren gerichtet, rund 25 % gegen Jugendliche zwischen 18 und 20, die restlichen 50 % entfallen auf Demonstranten zwischen 20 und 25 Jahren (nach „NZZ", 25.7., die keine absolute Zahl, die der Prozentverteilung zugrunde liegt, angibt).

Die „Bresche" (Nr. 161, 23.6.), Zeitung der „Revolutionär-Marxistischen Liga", IV. Internationale) stellt fest, daß die Bewegung *„viele neue Schichten von Jugendlichen"* angezogen hat, die in dieser Bewegung *„endlich eine Möglichkeit sehen, ihren Unmut kollektiv auszudrücken"*; gleichzeitig ist die Bewegung für *„viele 68er-Veteranen und andere ältere Linke"*, die lange Zeit politisch resigniert waren, ein neues Aktionsfeld.

Allenthalben wird die *„sehr bunte Zusammensetzung dieser Bewegung"* („Pflasterstrand" Nr. 84, 12. - 25.7.) hervorgehoben: Altlinke und Jungpunks, Spontis, Studenten, Anarchos, Drogenabhängige, wohnungslose, arbeitslose Jugendliche, Lehrlinge, Angestellte, Schwule, Gelegenheitsjobber. Nicht unbedingt als Aktivisten der Bewegung, aber doch als Unterstützer kamen bei der (verbotenen) Demonstration am 21.6. (s.u.), wie G. Amendt in „konkret" (8/80) berichtet, *„Sozialdemokraten und Frauenbewegung, Kommunisten und Schwule, Behinderte und Gewerkschafter, Punks und Motorradfreaks"* zusammen. Die Bewegung selbst und ihren Unterstützern stehen jedoch gegenüber *„die Jugendlichen aus Discos, den Sportvereinen und den guten Familien (, die) die Auftritte der Jugendbewegung als links identifizieren und entschieden ablehnen"* („Tages-Anzeiger", zit. nach „FAZ", 19.7.).

Die „POCH-Zeitung" (Wochenzeitung der sozialistischen „Progressiven Organisationen der Schweiz" POCH, 26.6.) konstatiert: **„Die neue Bewegung ist eine Bewegung der Betroffenen, oder genauer: der unmittelbar Betroffenen. Die Jugend ließ sich nicht vertreten, sondern nahm ihren Kampf selbst in die Hand"** – und formuliert damit en passant einen der wesentlichen Unterschiede dieser Bewegung zu den Kämpfen der 68er und – wenn auch in eingeschränkterem Maße – folgende Jahre.

Studentenkrawall?

Am 6. Juni verbietet der (Universitäts-)Erziehungsdirektor Gilgen die Aufführung des Films der Ethnologen über den Opernhaus-Krawall, da hier mit universitärem Material politische Agitation betrieben werde. Das Ethnologische Seminar verweigerte ebenso wie sein Leiter die Herausgabe des Films.

Mit dem Verbot ist der Funke auf die Universität übergeschlagen. *„In den letzten zwei Jahren"*, schreibt die „PZ" (19.6.), *„war man froh, wenn 200 Studenten für ein politisches Anliegen zu gewinnen sind. Vergangenen Montag und Donnerstag kamen 2.000."*

2.000, die sich am 9.6. den mit einem Aufführungsverbot belegten Film ansehen, über ihre Lage an der Universität zu diskutieren beginnen. Ein großer Teil von ihnen zieht anschließend demonstrierend durch die Stadt. *„Eine weitere Krawallnacht"* jammert die „NZZ" (11.6.), nunmehr auch selbst betroffen.

War diese Hetzpostille und Stammblatt der Banker und Unternehmer den Jugendlichen in den ersten Nächten ihres Protests noch nicht als Feind bewußt gewesen, ist ihnen die „NZZ" jetzt auch einen Besuch wert. Den zur Auslieferung bereitstehenden Fahrzeugen wird die Luft abgelassen. Die Demonstranten verlangen nach einer eigenen Seite in der nächsten Ausgabe. Was die „NZZ" nicht will und sich damit eine einstündige Blockade der Auslieferung zuzieht, die erst von der Polizei unter massivem Knüppel- und Gaseinsatz gebrochen wird. Kleinere Demonstrantengruppen halten unter jeweils blitzschnellem Wechsel der Aktionsorte — bevorzugtes Ziel dieser Nacht: die Scheiben der Bankhäuser — die Polizei in Trab.

Der Stadtrat zieht unter Berufung auf die „neuen Krawalle" die Erlaubnis zur Nutzung der Roten Fabrik zurück: *„Lange Zeit übte der Stadtrat"*, erklärt sich derselbe, *„gegenüber der demonstrierenden Jugend Nachsicht. Mit Langmut suchten die Behörden der Stadt das Gespräch. Den Wünschen unruhiger Jugendlicher entgegenkommend"* hat die Direktion dieses Etablissements nicht Kosten noch Mühen gespart...

Die Vollversammlung findet nun in dem von der Schriftstellervereinigung „Gruppe Olten" angemieteten Volkshaus statt. Die Verhandlungen mit dem Stadtrat sollen weitergeführt werden, aber nur zwischen Stadtrat und Vollversammlung der Jugendlichen, Delegationen werden nicht gestellt.

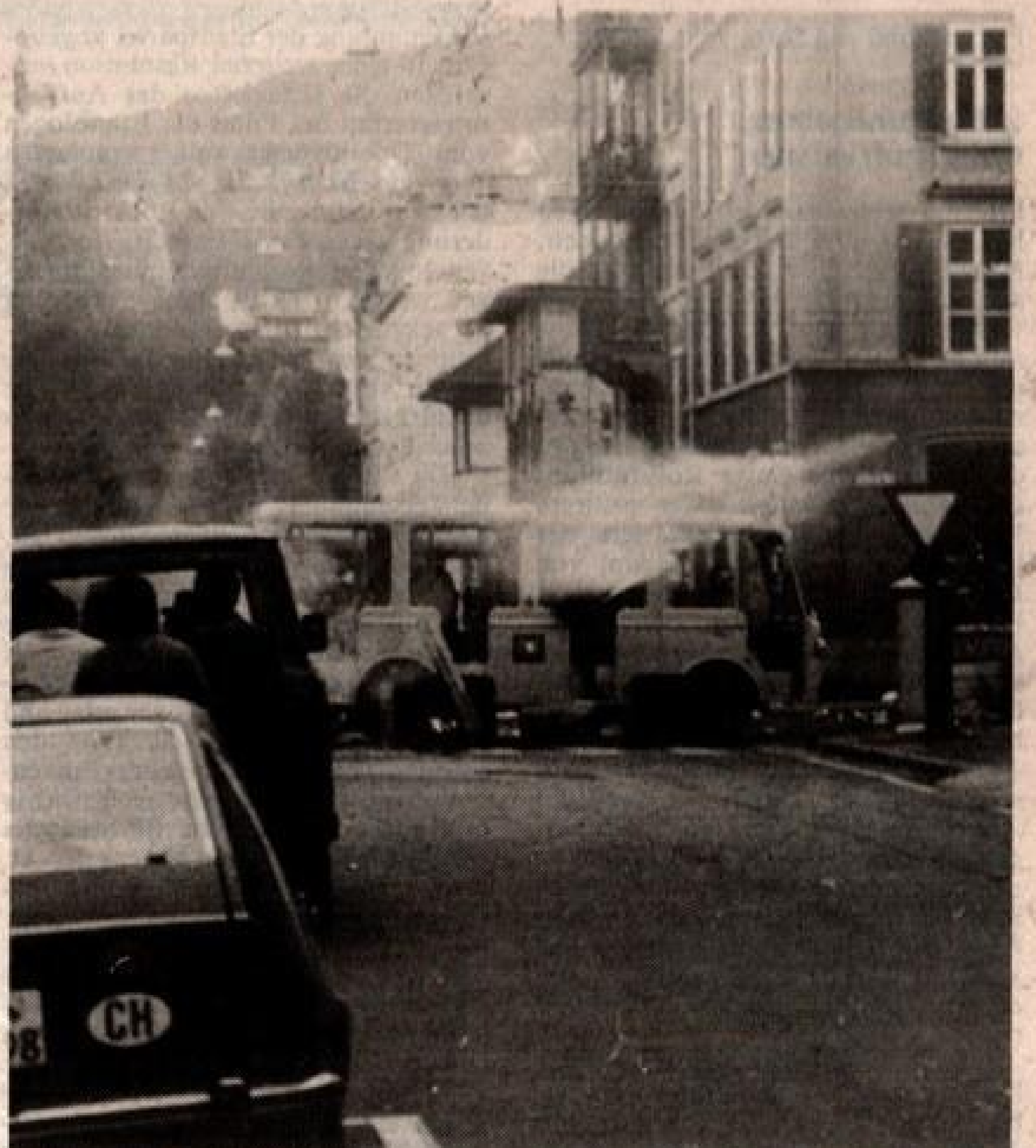
Am 12. Juni versammeln sich nochmals 2.000 in der Universität. Der Rücktritt Gilgens wird gefordert und ein Aktionstag an der Uni vorbereitet, der jedoch — als er am 30.6. stattfindet, nur ein geringes Echo hat und von den Teilnehmern selbst als Mißerfolg gewertet wird. Interessanterweise merkt die „NZZ" (2.7.) an, daß es der studentischen Protestbewegung *„nicht an Voraussetzungen in der Form von Problemen und tiefsitzendem Unwillen, wohl aber an Formen der politischen Artikulation"*, die — versäumte die „NZZ" fortzuführen, die Studenten durchaus von der Jugendbewegung lernen könnten.

Für den Abend des 14. Juni ist, nach der üblichen Vollversammlung, eine Demonstration „mit Überraschungen" angekündigt. Unter dem Motto *„Nackt gäge Gwalt"* führen 30 Frauen und Männer, maximal mit Strümpfen und Schuhen bekleidet, den Zug an: *„Lieber blutt* (bloß) *als kaputt"*.

Rathauskrawall

Während der Gemeinderatssitzung am 18.6. versammeln sich 600 Jugendliche vor dem Rathaus, um mit dem Gemeinderat über ihre Forderungen zu diskutieren. Im Rathaus selbst patrouillieren Hunde mit Polizisten, die Publikumstribüne ist zur Hälfte mit Zivilen besetzt. Die Vertreter der POCH und der (eurokommunistischen) Partei der Arbeit (PdA) sowie einige Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion verlassen die Sitzung, da sie nicht *„unterm Schutz von Polizeihunden"* tagen wollen.

Vor dem Rathaus zieht Polizei auf und geht sofort zum harten Einsatz über. Die Demonstranten gehen zwar zurück, errichten dann aber Barrikaden aus Baumaterial, ziehen eine Dampfwalze über die Hauptverkehrsstraße, rollen Mülltonnen auf den Weg und stellen geparkte Autos quer. Als die Polizei hiergegen nicht mehr anstinken kann, willigt sie in die Forderungen der Demonstranten nach ungehindertem Abzug ein. Darauf wird die Forderung — *„Größenwahn einiger Manifestanten"* („NZZ", 20.6.) — nachgeschoben, die Polizei habe zuerst abzuziehen. Sie tut's und Jubel geleitet sie.



Aus offenen Bussen versprüht die Polizei mit Wasser vermischtes CN-(Tränen) Gas, das zu schweren Augenverletzungen und Hautverätzungen führt (Foto: tell)

Stadtratskrawall

Am 19. Juni beschließt der Zürcher Stadtrat einstimmig, also mit den Stimmen der Sozialdemokraten, die für den 21. Juni angekündigte *„Großkundgebung der Unzufriedenen"* zu verbieten.

Die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei Zürich protestiert gegen das von den eigenen Stadtratsmitgliedern mitgetragene Demonstrationsverbot und lehnt nur knapp (71:69) einen Aufruf zu der verbotenen Demonstration ab. Einstimmig spricht sich die Versammlung für ein autonomes Jugendzentrum aus.

Anderntags bietet die Sozialdemokratische Partei (SP) an, die vorläufige Trägerschaft für eine autonomes Jugendzentrum in der Limmatsstraße zu übernehmen. Hierüber will der Stadtrat am 23.6. mit der SP in Verhandlung treten, *„vorausgesetzt, daß es der Partei gelingt, die angekündigten Demonstrationen am Wochenende unter Kontrolle zu halten und zu verhindern, daß es zu irgendwelchen Ausschreitungen kommt"* („NZZ", 22.6.).

Diese „Ausschreitungen" behält nämlich der Stadtrat sich selber vor: Er beschließt am 20.6. einstimmig — wiederum zusammen mit den sozialdemokratischen Stadträten — mehrere Personen, deren Auswahl er der Polizei überläßt, am 21.6. in Präventivhaft nehmen zu lassen.

Unmittelbare Folge ist eine scharfe Protestnote der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, die von POCH, PdA, Elternvereinigungen, Lehrerverbänden und anderen Kräften mitgetragen wird. Vom Info-Zentrum der „Bewegung" — wie es seit einiger Zeit schlicht heißt — wird die Stadtratspräsidentin in Kenntnis gesetzt: Sind die Verhafteten bis zum Kundgebungsbeginn am Nachmittag nicht wieder frei, ist mit schweren Unruhen zu rechnen! Und sie werden — termingerecht — freigelassen.

Fortsetzung nächste Seite



„Lieber blutt (bloß) als kaputt" führt eine Gruppe von dreißig nackten Frauen und Männern eine Demonstration der Bewegung durch die Stadt (Foto: tell)

„Die Pressefreiheit . . ."

Oder klarer: Polizeiwillkür geht vor Pressefreiheit — dies ist die Antwort eines Juristen auf die Klage von Journalisten, von der Polizei zunehmend an der Ausübung ihres Berufes behindert zu werden.

In Basel wurde ein (durch Armbinde ausgewiesener) Journalist von der Polizei gezielt mit Tränengas besprüht; in Zürich wurden Presse- und Fernsehleute am 12.7. längere Zeit nicht zum Ort des Geschehens vorgelassen, teils sogar tätlich angegriffen; an anderer Stelle wurden Journalisten von der Bullerei als „Sauhunde" beschimpft.

Abgesegnet wurde dies Vorgehen u.a. vom Zürcher Stadtrat, der Vertreter des DRS-Fernsehens und -Radios ins Rathaus befahl und dem DRS-Radio vorwarf, *„seine Nachrichten und Reportagen hätten die Stimmung der Demonstranten angeheizt statt gemäßigt, und mit der Berichterstattung von Ort und Stelle hätten die Mitarbeiter und Verantwortlichen des Radios durchweg und einfach durch Anwesenheit [!!] an Ort und Stelle Mißbrauch ihres Mediums betrieben"* (nach „NZZ", 10.7.).

Dem liberalen Zürcher „Tages-Anzeiger" wurde von einem Warenhauskonzern ein Anzeigenauftrag im Wert von mehreren hunderttausend Franken entzogen. Begleitet war die Auftragskündigung von einem Hinweis auf die *„jenseits der Toleranzgrenze liegende"* Berichterstattung über die Jugendrevolte. In einer Wirtschaftszeitung wurde zum Boykott des „Tages-Anzeigers" aufgerufen: *„Wie lange noch machen sich eigentlich Leser und Inserenten, vor allem Werbe- und Personalchefs Illusionen über Haltung und Standort dieser Zeitung?"* — Dabei war der „Tages-Anzeiger" keineswegs eine Hauspostille der Bewegung, sondern hatte lediglich nicht, wie in den anderen bürgerlichen Zeitungen, die Hintergründe der Revolte gänzlich verschwiegen.

Der Zürcher Presse-Verein, der Verband Schweizerischer Radio- und Fernsehangestellter, das Syndikat Schweizerischer Medienschaffender — Gruppe TV und die Schweizerische Journalisten-Union gaben eine Erklärung heraus, in der es u.a. heißt: *„Die Medienschaffenden wehren sich mit aller Entschiedenheit gegen die Tendenz und Forderung nach obrigkeitsnaher und behördenfreundlicher Berichterstattung; ebensowenig können die Medienschaffenden akzeptieren, daß Interessengruppen mit Boykottmaßnahmen die Berichterstattung und Meinungsäußerung beeinflussen."*

Am 9.8. demonstrierten — eine Schweizer Novität — Presse-, Fernseh- und Radiokollegen gegen die Pressionsversuche von Politikern und Wirtschaft. Auf einer Kundgebung mit 600 Teilnehmern wurde eine Resolution gegen den Versuch verabschiedet, *„Medienschaffende als Sündenböcke für gesellschaftliche Mißstände verantwortlich zu machen"*. Dem Zürcher Stadtrat wurde vorgeworfen, das SRG-Fernsehen und -Radio zerschlagen und einen behörden- und wirtschaftsfrommen Kommerzsender errichten zu wollen („PZ", 14.8.).

Fortsetzung von Seite 7

„Großkundgebung der Unzufriedenen"

Mit 300 protestierenden Jugendlichen hat es vor drei Wochen begonnen. Heute, am 21. Juni, sind es 5.000, die sich auf dem Helvetiaplatz zur Vollversammlung und Kundgebung versammeln — und es werden 7.000, als die (nach wie vor verbotene) Demonstration durch die Stadt beginnt. Voran geht ein Pfarrer mit seinem Esel, in der ersten Reihe einige Rollstuhlfahrer, neben und hinter ihnen mehrere Ketten, die von Parlamentariern der linken Parteien gebildet werden, von Intellektuellen und Künstlern. Das Haupttransparent *„Ohne Polizei kein Krawall!"* wird — hübsche Ironie — von dem Grafikerpaar getragen, das die Schweizer Banknoten entworfen hat.

Nach einem Zug durch die Stadt wird es auf der Quaibrücke kritisch: *„Einerseits stand die Polizei voll ausgerüstet da, um den Demonstrationszug auseinanderzutreiben ... Andererseits war die Menschenmenge im Umkreis der Quaibrücke derart angewachsen, daß ein Polizeieinsatz kaum mehr riskiert werden konnte"* („NZZ", 24.6.).

Nachdem ein völlig entnervter Polizeikommandant dem Oberbefehlshaber Stadtrat Frick („*....aagriffe mit Wasserwerfer!*") über Polizeifunk vorstottert: *„Ich füere dä Uftrag us, das ... das ... die Mönschemengi muess me gseh ha"* kommt der Befehl zum Rückzug und die Bewegung kann den Tag in Frieden und Freude beschließen.

Für die „NZZ" war's *„ein Schlag gegen die behördliche Autorität"* (24.6.), der Präsident der Stadtzürchicher SP Fünfschilling hatte — erstaunlich — mehr die Autorität der Massen im Sinn, als er zwei Tage darauf im Gemeinderat die Behörden aufforderte, im Sinne der Demonstranten zu verfahren, haben diese doch bewiesen, *„daß sie fähig sind, friedlich für ihre Anliegen zu demonstrieren, wenn sie nicht von Behörden und Polizei daran gehindert werden"* (nach „NZZ", 24.6.).

Verhandlung mit den Sozialdemokraten

Nachdem die Geschäftsleitung der Stadtzürcher SP bei der Großkundgebung die Zustimmung für Verhandlungen mit dem Stadtrat erhalten hat, teilt der Stadtrat seinerseits mit, willens zu sein, *„mit der Geschäftsleitung der SP in ein Vertragsverhältnis betreffend die Gebäulichkeiten Limmatstraße 18/20 und deren Betrieb für ein Versammlungszentrum zu treten"*. Bestandteil des Vertrages soll u.a. sein: *„Die Geschäftsleitung der SP übernimmt gegenüber der Stadt die volle Verantwortung für den Betrieb des Versammlungszentrums..."* (nach „NZZ", 27.6.). — Die „NZZ" warnt schon vorab, *„ob es überhaupt in der*

„NZZ", 27.6.). — Die „NZZ" warnt schon vorab, *„ob es überhaupt in der Macht dieses Partners steht, die zu übernehmende Verantwortung politisch, moralisch und rechtlich zu tragen"*; ob mit der Übertragung der Verantwortlichkeit für das AJZ an die SP *„die in den Krawallen aufgeflammte ‚Bewegung' tatsächlich besänftigt werden kann, ist höchst ungewiß"* (27.6.).

Auf einer Vollversammlung beschließen die rund 1.OOO Teilnehmer mit großer Mehrheit, auf das Angebot der SP einzugehen, sofern die SP keine Bedingungen an die Jugendlichen stellt und das Gebäude am 29.6. übergeben wird.

Unumstritten ist die Trägerschaft für das AJZ durch die SP jedoch durchaus nicht: Einerseits wird an den Beschluß erinnert, an niemanden etwas zu delegieren; andererseits wird betont, die gestellten Bedingungen — der Stadtrat will in dem Vertrag die *„möglichst große Selbstverwaltung"* auf den *„Rahmen der bestehenden Rechtsordnung"* festschreiben und „Betreuer" im AJZ einsetzen —, würden nur für die SP gelten, nicht aber für die Jugendlichen im AJZ. Wenn die SP Schwierigkeiten mache, werde man sich zu wehren wissen. SP-Präsident Fünfschilling, der an diesem Abend kräftig einstecken muß, wenn die Befriedungstaktik nicht an der Skepsis der Bewegung zerschellen soll, bestätigt der VV, die SP werde selbst keinerlei Bedingungen stellen.

Beim Parteitag der SP des Kantons Zürich verabschieden die 200 Delegierten eine Resolution, in der sie sich mit der Unterstützung der Jugendbewegung durch die SP-Stadtpartei solidarisieren; der Antrag, eine Verurteilung der SP-Stadträte, die Demonstrationsverbot und Präventivhaftbeschluß mitgetragen hatten, in diese Resolution mit aufzunehmen, wird unter Verweis auf eine noch ausstehende Versammlung der Stadtpartei abgebogen. In einer weiteren Resolution verurteilen die Delegierten das Aufführungsverbot des Films der Ethnologen vom Opernhauskrawall, veranlassen aber gleichzeitig die SP-Delegierten der Universität, die eine Rücktrittsforderung gegen Erziehungsdirektor Gilgen in diese Resolution mit einbezogen wissen wollten, diese Forderung zurückzuziehen. So sind beide Resolutionen zwar eine freundliche Geste, kosten aber nichts weiter, da eh nur nachträglich gutgeheißen wird, was eh schon lange passiert ist.

Die wenige Tage später stattfindende Versammlung der Stadtzürcher SP legt demgegenüber einen Zacken zu: Die Teilnahme von SP-Funktionären und -Mitgliedern an der verbotenen Demonstration wird in einer für die Presse geschlossenen Versammlung als Protestschritt gegen das Demonstrationsverbot des Stadtrats gewertet und nachträglich gebilligt, der (von den SP-Stadträten mitgetragene) Präventivhaftbeschluß wird als rechtswidrig bezeichnet. — Einer der SP-Stadträte tritt von seinem Posten ab!

Polizeikrawall

Am 28.6. war, ihrer Forderung entsprechend, den Jugendlichen das Gebäude an der Limmatstraße übergeben worden.

Die Bewegung hatte aus ihrer Mitte schon eine Pressegruppe für die Öffentlichkeitsarbeit, eine Knastgruppe zur Unterstützung der Verhafteten aufgebaut. Jetzt kommt eine Renovationsgruppe hinzu zur Vorbereitung der Planung der umfangreichen Erneuerungs- und Aufbauarbeiten. Die Bewegung legt binnen kurzem ihre Pläne und Materiallisten vor. Der Umbau beginnt.

Dann kam der 12. Juli. Die Bewegung hatte durchweg und zuletzt noch bei den Verhandlungen mit den SP-Vertretern deutlich gemacht, daß mit der Übergabe der Gebäude ihr Kampf nicht beendet sei. Jetzt gelte es der Forderung nach Amnestie für alle Festgenommenen Gehör und Nachdruck zu verschaffen.

Am Nachmittag sammelten sich vor dem Jugendhaus rund 250 Jugendliche zu einer Demonstration für Straffreiheit. Die Demonstration wird — der Anweisung des Stadtrats gemäß, künftig jede nicht-bewilligte Demonstration „im Keim" aufzulösen — noch während der Sammlung von schwerbewaffneter Polizei angegriffen und zerschlagen. Was die entfesselten Staatsbestien sich in den vergangenen Wochen bei vieltausendköpfigen Demonstrationen und entschiedener Gegenwehr nicht haben leisten können, das holen sie jetzt in einem Überraschungsschlag gegen die 250 Jugendlichen nach. Angesichts der Bullenbestialität an diesem 12.7. vergißt sogar „Der Spiegel" (21.7.) für einige Zeilen seinen sonst bei derlei Gelegenheiten geübten rotzigen Ton:

„Ein Rudel Polizisten durchkämmt im Morgengrauen die leeren Gassen. Jeder ist in dickes Lederzeug vermummt, das Gesicht unter dem riesi-

Jeder ist in dickes Lederzeug vermummt, das Gesicht unter dem riesi-**gen Kampfhelm und Gasmaske versteckt, in der einen Hand den Gummiknüppel, in der anderen das Tränengasgewehr. Sie sind hinter einem versprengten Demonstranten her, hetzen ihn durch dunkle Straßenfluchten, reißen ihn zu Boden, schlagen erst, dann treten sie, schleifen ihn zum Einsatzwagen. Wenig später entdecken sie den nächsten, nebeln die ganze Straße mit Tränengaspetarden ein. Auch er wird überwältigt ..".** Und der Schweizer „Zeitdienst" (18.7.) berichtet von anderer Stelle: **„Schwerbewaffnete Polizei stürmt die Johanneskirche. Ein Polizist feuert eine Tränengaspetarde in eine Schar Kleinkinder. Andere Polizisten schießen Tränengasgranaten in Restaurants. Andere Polizisten schießen Tränengasgranaten durch die eingeschlagenen -sie waren kaum eingekittet worden — Fenster des Autonomen Jugendzentrums. Noch andere Polizisten stürmen in wilder Jagd eine Wohnung und schleppen die Anwesenden hinaus. Noch andere Polizisten erproben die Berliner ‚Leberwurst'-Taktik: Demonstranten in die Mitte nehmen, alle Fluchtwege blokkieren, und dann dreinhauen. Noch andere Polizisten behindern Verletzte, die zur ärztlichen Behandlung gebracht werden sollen."** — Das Schlachten dauerte 14 Stunden. Zwei Schwerverletzte hat es gegeben, 124 sind festgenommen worden, von denen über 50 einen Tag später noch in Haft sind.

„Ach ja, man kann das Knüppelfest verstehen", meint der „Zeitdienst". *„Man kann verstehen, daß eine politische Führung, die vor einer Vollversammlung gedemütigt wurde, die sich von ihren eigenen Trägergruppen Laxheit vorwerfen lassen muß, und die überhaupt die Welt nicht mehr versteht, einmal zeigen will, wo Bartli den Most herholt ... Aber was man nicht verstehen kann: daß Leute, die Störungen ihres Gemütshaushalts mit solchen der Rechtsordnung verwechseln, nicht in ihrem Glauben irre werden, sie seien die Vernunft und das Recht, und wir die Unvernunft und die Unordnung."*

Die Geschäftsleitung der Stadtzürcher SP erklärt (und die sozialdemokratische Zeitung „Volksrecht" äußert sich entsprechend), die Polizei selbst erst habe **„die Eskalation ausgelöst, denn ihr provokatives Vorgehen führte zu Krawallen in mehreren Stadtquartieren mit Tausenden von Beteiligten ... Man mußte den Eindruck gewinnen, daß es hier nicht um die Auflösung einer Demonstration, sondern um die Zerschlagung einer Bewegung und die systematische Verhaftung ihrer Mitglieder ging."**

Woraufhin die SP-Stadträte auf Konfrontationskurs mit der eigenen Partei gehen und über eine Pressemitteilung erklären: *„Die SP-Stadträte mißbilligen die fragwürdige Haltung der beiden Parteiorgane. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion weiß sich einig mit der Mehrheit der Parteimitglieder und ist überzeugt, daß eine allfällige Urabstimmung der städtischen Partei dies bestätigen würde."*

Die Bewohner der Altstadt, die am 12.7. stundenlang fast völlig vom Tränengas eingenebelt war, scheinen sämtlich nicht zu dieser beschworenen SP-Mehrheit zu gehören, denn sie protestieren in einem Schreiben ebenfalls gegen den Polizeieinsatz: Durch brennende Petarden sind die Alststadthäuser gefährdet worden. Es wurden keine Maßnahmen ergriffen, die gesundheitliche Gefährdung von alten Menschen und Kindern zu verhindern. Als mindeste Maßnahme verlangen die Unterzeichner des Protestbriefes eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung bei derlei Polizeieinsätzen, verbunden *„mit Verhaltensanweisungen und Bekanntgabe eventueller Evakuierungsmöglichkeiten für besonders Gefährdete ... Falls die berechtigten Ansprüche der Altstadtbewohner bei zukünftigen Polizeieinsätzen nicht berücksichtigt werden, erwägen wir rechtliche Schritte gegen die verantwortlichen Einsatzleiter wegen gesundheitlicher Gefährdung."*

„Amnestie — aber subito"

Gut zwei Monate nach dem Beginn der Kämpfe, dem Opernhauskrawall am 30.5., steht die Bewegung trotz aller Angriffe im Wesentlichen ungebrochen. Auch die Versuche des Stadtrats und anderer interessierter Kreise, zwischen die *„aggressiven Gruppen"* und jene Jugendliche, die *„vor allem in baulicher Hinsicht erfreuliche Arbeit geleistet"* haben (Stadtrats-Erklärung), einen Keil zu treiben, scheitert an der Realität der Bewegung: wie sollte sich auch ein aggressiver Maurer im Jugendhaus von einem mauernden Aggressiven auf der Straße absetzen können ...?

„Weg mit dem Packeins — aber subito" heißt es aus vielen tausend Mündern ausgerechnet am 1. August, dem Schweizer Nationalfeiertag. Strahlend wie die Sonne ist die Stimmung der Demonstranten, ein massenhaftes Nacktbaden im Zürcher See wird zelebriert, ein in der Nähe gelegenes Nobel-Hotel kann sich großer Aufmerksamkeit der Jugendlichen für seine Alkoholbestände erfreuen. Die „NZZ", die ja immer mit der Rechenmaschine dabeisteht, zählt *„124 Flaschen"*, die in Volkseigentum überführt werden und sichtet auch einige (Havanna!)-Zigarren.

Obwohl es — engherzig gesehen — an „Plünderungen", „Sachbeschädigungen", „Erregung öffentlichen Ärgernisses" und pi-pa-pups keinen Mangel hat, wagt die Bullerei den Angriff nicht: es sind, ganz anders als beim Polizeikrawall am 12.7., zu viele. Und so bleibt es — alles in allem — ein schöner ruhiger 1. August — kein Demonstrant und kein Polizist kommt zu Schaden.

Im Autonomen Jugendzentrum wird weitergebaut, die — im doppelten Sinne — jüngste der vielen Arbeitsgruppen ist die „Junge Schwulengruppe": *„Altersbeschränkungen"*, läßt sie im Organ der Bewegung „subito" verlauten — *„Altersbeschränkungen kennen wir nach unten keine, nach oben ... na ja, wir möchten eine JUGENDBEWEGUNG bleiben"*.



„Großkundgebung der Unzufriedenen" mit 10.000 Teilnehmern am 21.6. in Zürich (Foto: tell)

„Alles jetzt" Die Bewegung und die Linke — Die Linke und die Bewegung

Zwar hatte es stundenlange Straßenschlachten gegeben, hatten die Krawallanten sich zerstörend und plündernd an geheiligtem Privateigentum vergriffen — dennoch erblickte die „NZZ" in all dieser Düsternis einen Sonnenstrahl, konnte sie doch von einer der ersten Vollversammlungen der Bewegung berichten: *„Viel Applaus ernteten Sprecher, die kritisierten, daß die linken Parteien mitmischen wollten ... Man verwahrte sich auch gegen das Angebot, daß Leute von 1968 Erfahrungen vortragen sollten."* (5.6.). Und ein „NZZ"-Kommentator teilte anderntags den Bankern und Bossen beruhigend mit: *„Die Jugend von heute verbindet wenig mit der Generation von 1968. Der Glanz linker Ideologien ist verblaßt"* (6.6.).

Weniger heiter gestimmt war einige Wochen später, als die Bewegung ihre Standfestigkeit und Ausdauer gezeigt hatte, die Freisinnig-Demokratische Partei (die zwar nicht die größte, aber die einflußreichste Partei der Schweiz ist). *„Die Abkehr von den weltverändernden Ideologien der 68er Jahre"*, ließ die FDP den Kantonsrat wissen, *„hat aber nicht nur zum Rückzug in die Privatsphäre ... umgeschlagen ... Sie hat zugleich auch die Entstehung von Subkulturen gefördert, die sich in unsere Gesellschaft nicht mehr integrieren können oder wollen und die sich heute als ‚Ausgestiegene' oder ‚Spontis' bezeichnen"* (nach „NZZ", 26.6.).

Die finstere Absicht, mit der diese Auffassungen vertreten werden, sind deutlich — faktisch richtig sind sie trotzdem: Die Bewegung hielt und hält nichts von der (organisierten) traditionellen wie Neuen Linken und will mit (den Erfahrungen) der 68er-Bewegung nichts zu schaffen haben; umgekehrt ist die Linke, wenn auch als Personen mehr oder weniger engagiert vertreten, weitgehend einflußlos in der Bewegung.

Bürgerliche Politiker und Presse bestätigten sich noch wochenlang gegenseitig, vom Ausbruch der Krawalle zur Gänze überrascht worden zu sein. Die Linke war jedoch nicht weniger perplex.

Ein „tell"-Kommentator berichtet vom ersten Opernhaus-Krawall am 30.5.: *„Die ‚klassische' Neue Linke [68er-Generation] war kaum vertreten, der davon in Parteien organisierte Teil überhaupt nicht."* Und ein Schweizer Genosse schreibt im „Pflasterstrand" (Nr. 85): *„... die politischen Clubs hingen in der ersten Zeit schlaff als Beobachter rum, suhlten sich wohlig in der Bewegung und ließen eigene Aktivität vermissen."*

Als am 4.6. erstmals Vertreter linker Parteien in einer Vollversammlung reden wollen, wird schon *„die Ankündigung eines RML-Sprechers und sein Auftreten ... mit einem Gegröle und Pfiffen eingeleitet, bevor er nur ein Wort gesprochen hatte"*.

Die vorhandene *„allgemeine Politik- und Parteienfeindlichkeit"* der Jugendlichen wurde *„von organisationsfeindlichen Nach-68er-Linken kräftig geschürt"* („bresche", Zeitung der „Revolutionär-Marxistischen Liga"/IV. Internationale, 23.6.); das Alternativ-Magazin „tell" (6.6.) berichtet von der gleichen Versammlung: „... ein Juso wurde ausgepfiffen, als er ein wenig Parteipropaganda machte".

Politisch sensibler und klüger als die RML, die es für nötig befand, sich in ihrer „bresche" von den *„erfolgten Plünderungen"* zu distanzieren und — was größtenteils heiße Wut auf den ganzen „Konsumscheiß" war — als *„Deckung individueller Konsumbedürfnisse"* zu diffamieren, berichtete und kommentierte die POCH (Progressive Organisationen der Schweiz), obwohl und weil von der Ablehnung der Bewegung gegenüber der (organisierten) Linken unmittelbar betroffen, in ihrer Presse: *„Die Bewegung braucht keine Bevormundung. Die Linke soll sie als ganzes unterstützen.*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 8

Ohne Distanzierungen. Ohne Wenn und Aber! Was die Linke aber nicht davon entbindet, sowohl in der Bewegung präsent zu sein, als auch eigene Vorstellungen und eine eigene Jugendpolitik zu entwickeln" („POCH-Zeitung", 3.7.).

Und mit schöner Selbstironie: „*Plötzlich fordert die Straße — mit einer Radikalität, daß uns alten 68ern die Ohren wackeln —, was schön, in rot gebunden, auf Seite 96 in unserem Parteiprogramm steht ... Jetzt will sich diese Jugend ihre eigenen Entfaltungsmöglichkeiten, ihr eigenes Leben, ihren eigenen kulturellen Ausdruck holen, und sie holt sich dies direkt und kompromißlos auf der Straße. Parteien und Politik interessieren sie nicht. Sie wollen alles und jetzt*" („PZ", 3.7.).

Die „Schweizerische Kommunistische Organisation" (SKO - zwischen KBW und „KPD"-Orientierung angesiedelt) mochte in ihrem „Kämpfer" vom 19.6. lieber noch gar nichts eigenes sagen, wofür sie etwa hätte haftbar gemacht werden können, sondern brachte „*nur persönliche Stellungnahmen sowie Dokumente aus der Bewegung selbst*". Zu mehr wird es bei der SKO auch in Zukunft nicht langen; nachdem auch diese „ML"-Organisation seit längerem von der allgemeinen Krise geschüttelt war, hat sich jetzt ihre Zürche Sektion (und Gruppen in weiteren Orten) aufgelöst. Den letzten Stoß gab der SKO offenbar die neue Jugendbewegung: „*Die Zeit der dogmatischen Abgrenzung und der sektiererischen Parteikonzepte ist vorbei*", schreibt einer der „Kämpfer"-Redakteure, „*gerade die neue Bewegung verlangt von der Linken, daß sie mit liebgewordenen Schemen und Modellen aufräumt, daß sie den Schritt in die 80er Jahre wagt*" (zit. nach „tell", 15.8.).

Die Haltung der Bewegung gegenüber der Linken — „*anti-grüppli, antikommunistisch im Sinne großer „Weltstrategien*" (ein Schweizer Genosse in „Pflasterstrand" Nr. 85, 26.7./8.8.) — ist mit den Erfahrungen der Jugendlichen mit bürgerlicher wie sozialistischer Politik nicht ausreichend erklärt. Eine ganz besondere Rolle spielten von Anbeginn die Leute, die gemeinhin als „68er" bezeichnet werden, diejenigen also, die in den Jahren 68 - 70 in den damaligen Kämpfen für ein autonomes Jugendhaus aktiv waren.

Der schon zitierte Schweizer Genosse, Teilnehmer der damaligen wie der heutigen Kämpfe, stellt fest, „*daß die Neuen die politische Kultur der Bewegung prägen, während die Alten daran suggeln und fast den eigenen*
Bewegung prägen, während die Alten daran suggeln und fast den eigenen
Kopf abgegeben haben".

In den Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei über die vorläufige Trägerschaft für das Jugendzentrum waren es „*die alten Moralisten, die Beschiß und Verrat bejammern, lieber grundsätzlichen Rigorismus sähen als das provisorische Jugendhaus*". Andererseits wird aber auch von eben diesen „ *‚Alten' hervorgehoben, wie erfrischend jetzt die politischen ‚Sektierergrüppli' abgelehnt und in den Dreck gezogen würden.*"

Delegationsbildung und Verhandlungen waren anfangs kein Thema für die Bewegung, woran „*die Alten wesentlichen Anteil hatten, sich daran aufgeilten, besonders radikal und basisdemokratisch früheren demokratischen Zentralismus und Autoritätsängste abschrubbten ... das Recht auf die Wut im Bauch wird am rabiatesten von den Intellektuellen der 68er-Generation gepredigt, denen zum Kopf nichts mehr einfällt.*"

Der Schweizer Genosse faßt zusammen: „*Kurz, was mir auffiel, war in der allgemeinen Begeisterung die Kopflosigkeit vieler eigentlich langjährig erfahrener Bekannter, eine Neuauflage linksradikalster Anschauungen wie gehabt, wobei die Erzspontis zu den coolsten und klarsten zählten.*"

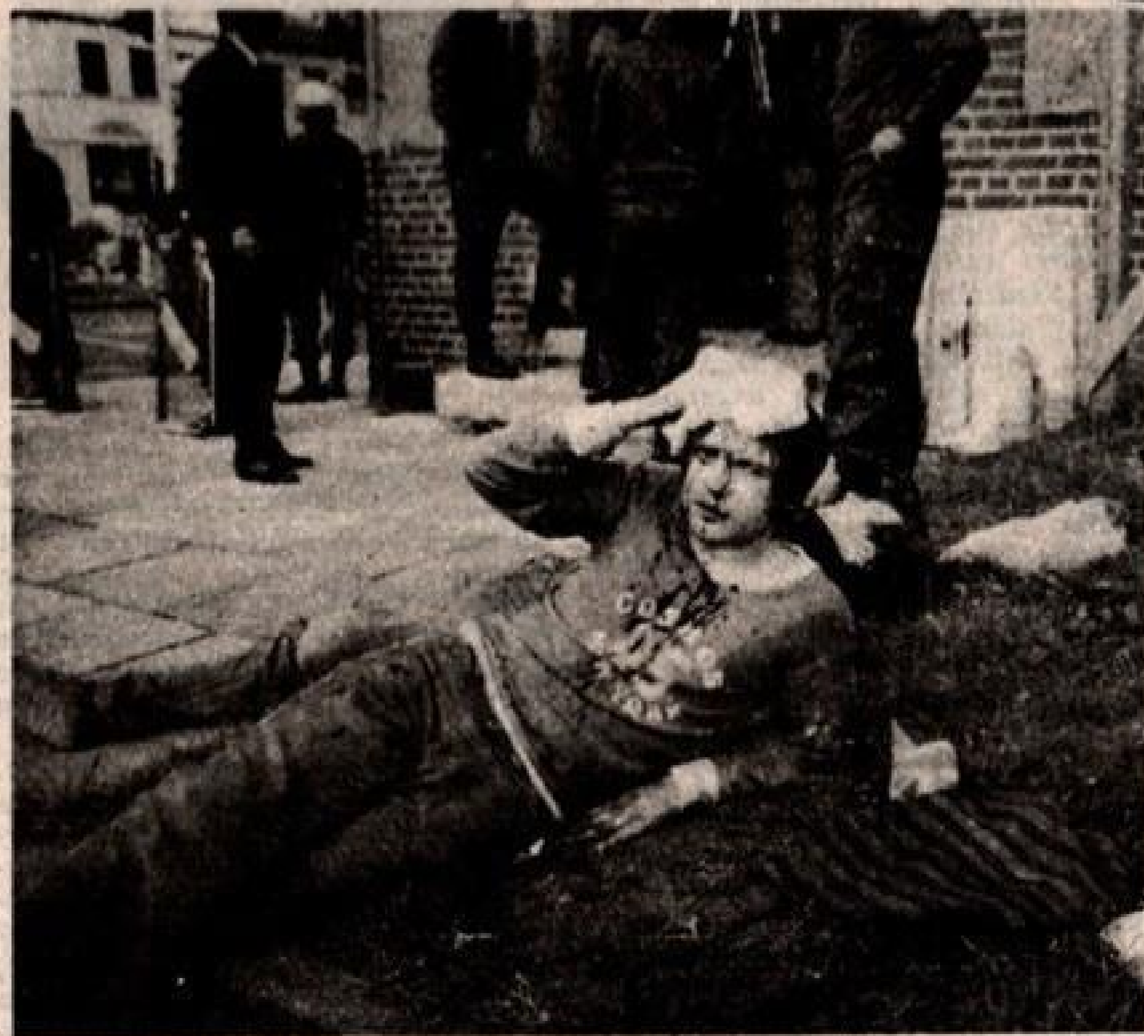
Während es den „*Jungen oder Erzspontis*" gelang, den „*Vollversammlungs- und Antidelegationsfetischismus*" zu durchbrechen, eine gewisse Struktur, arbeitsfähige Gruppen aufzubauen, waren „*die Alten ... eigentlich in der Bewegung als Genießer, Beobachter, Aktionisten, Eintagsfliegen dabei ..., die dafür um so mehr Egalitäts- und andere Träume formulierten.*"

(Do. und Re. von der Italien-Kommission haben mich bei dem Artikel unterstützt. Quellen: Sämtliche Ausgaben der „Neuen Zürcher Zeitung", des „tell", der „POCH-Zeitung", der „bresche", des „Kämpfer", des „zeitdienst" und der „Konzept" von Ende Mai bis Mitte August; außerdem div. Ausgaben von „taz", „Neue", „Spiegel" und „Pflasterstrand" aus dem gleichen Zeitraum)

K. (BO Hamburg-Barmbek)

Bremen:

Schlachthofhalle abgerissen — Besetzung blutig aufgerieben



Zwei verletzte Demonstranten



Die abgerissene Fleischmarkthalle; im Hintergrund der noch übriggebliebene Turmkomplex

Die abgerissene Fleischmarkthalle; im Hintergrund der noch übriggebliebene Turmkomplex

In der Morgendämmerung des 13. August ließ der Bremer Bausenator Abrißbagger und Polizeieinheiten anrollen: Die Fleischmarkthalle des alten Schlachthofes, in der verschiedenste Kulturgruppen und Initiativen ein selbstverwaltetes Kulturzentrum aufbauten, wurde das Opfer einer staatlichen Gewaltaktion. Die wenigen Bewacher, die während der Ferien in dem auch baukulturell wertvollen Gebäude übernachteten, wurden im Schlaf überrascht und hatten keine Möglichkeit mehr, Widerstand zu leisten. Nach wenigen Stunden hatte die Eisenbirne des Baggers unter dem Schutz von Polizeiknüppeln monatelangen Einsatz der Initiativen, Restaurierungsarbeit und Innenausbau zunichte gemacht.

Die Fleischmarkthalle war die letzte große Halle des ehemaligen Schlachthofes. Der größte Teil war bereits (ebenfalls gegen massiven Protest) mit der Zusicherung abgerissen worden, man werde die Fleischmarkthalle und einen nun letztlich allein noch übriggebliebenen kleinen Turmkomplex erhalten (siehe AK 181, S. 3). Mit Hinweis auf ein vom Senat bestelltes Gutachten, das dem Hallenboden Einsturzgefahr bescheinigte, beschlossen SPD-Fraktion und Senat dann den Abriß. Inzwischen war die Halle jedoch zur Behausung für die Arbeit vieler nichtprofessioneller Musik- und Kulturgruppen geworden. 40 Städteplaner und Architekten fertigten ein Gegengutachten an, das kurz vor der Fertigstellung stand und die Diagnose des Senatsgutachtens als völlig verfehlt entlarvt hätte (FR. 16.8.80).

Am Tag nach dem behördlichen „Mord" an der Schlachthofhalle fand eine als „Trauerzug" angekündigte Protestdemonstration statt, an der sich ca. 600 Leute beteiligten. Auf einer Spontan-Kundgebung ohne Lautsprecher und Megaphon wurde die sofortige Beschaffung von angemessenem Ersatz für das zerstörte Kulturzentrum gefordert. Wie der Presse zu entnehmen war (Bremer Nachrichten, vom 15. 8. 80), kritisierten auch die FDP, Jusos und einige andere SPD'ler, die Grünen und der Uni-Asta die Abrißpolitik des Senats. Die Alternative Liste protestierte in einer Presseerklärung.

Um der Forderung nach Ersatz für die Fleischmarkthalle Nachdruck zu verleihen, wurde gleich nach der Demonstration Ausschau nach einem geeigneten Objekt gehalten und ein leerstehendes Gebäude des Fernmeldeamtes als solches für gut befunden — und besetzt. Gut 120 Schlachthof-Freunde betraten das Haus, um es erstmal in Augenschein zu nehmen. Kaum zehn Minuten später hatte die Polizei mit einem irrsinnigen Aufgebot den ganzen Gebäudekomplex umstellt, sperrte die Straßen ab und forderte per Lautsprecher die Passanten auf, die Straßen zu räumen. Unterdessen versammelten sich die Besetzer in einem großen Raum der 1. Etage und diskutierten, ob es noch sinnvoll wäre, aktiv Widerstand zu leisten oder sich nur hinaustragen zu lassen. Zu einem Beschluß blieb keine Zeit mehr.

Wild um sich prügelnd stürmten die Bullen das Treppenhaus, drangen in den oberen Raum ein und droschen auf alle ein, die sie erreichen konnten. In panischer Angst versuchten die Besetzer zu entkommen, doch immer mehr brutal prügelnde Bullen quollen herein und versperrten beide Ausgänge. Einer der Bullen zerschlug seinen langen Holzknüppel auf einem Demonstranten, der schon blutend am Boden lag und nicht einmal mehr wimmerte. Helmträgern wurde ohne Öffnen der Schnallen der Helm vom Kopf gerissen, um dann besonders brutal draufzuhauen. Leute, die blutüberlaufene Gesichter von Platzwunden hatten, wurden weitergeschlagen. Der Eingang wurde von außen abgeriegelt, innen prügelten die Bullen weiter auf die Demonstranten, die in Panik nach draußen drängten. Schließlich ließ man die Eingekesselten einzeln heraus; die anschließende Durchsuchung war eine weitere Mißhandlung mit Faustschlägen in Gesicht und Magen. 48 Besetzer wurden dann bis zum nächsten Morgen in Arrestzellen eines Untersuchungsgefängnisses gesperrt, vier wurden ins Krankenhaus gebracht. Während der Nacht wurden alle Festgenommenen erkennungsdienstlich behandelt.

Anwälten, die versuchten, Kontakt zu ihnen zu bekommen, wurde der Zutritt verweigert; den Gefangenen wurde die telefonische Kontaktaufnahme zu Anwälten mit Sprüchen wie „das geht hier alles seinen sozialistischen Gang, das wißt ihr doch", verweigert.

Vor dem Untersuchungsgefängnis protestierten noch bis in die späte Nacht Demonstranten und forderten in Sprechchören „freilassen!" Dieser Menschenauflauf wurde von der Einsatzzentrale der Polizei als Begründung benutzt, um den Rechtsanwälten den Zutritt ins Gefängnis zu untersagen. Solange die Aktion laufe, sei Gefahr im Verzuge und solange würden sie keinen hereinlassen. Die Polizei weigerte sich sogar, Auskunft darüber zu geben, welche der Verhafteten im U-Gefängnis untergebracht waren und ob einzelne zu anderen Wachen transportiert worden seien. Die anwesenden Rechtsanwälte bezeichneten diesen rechtlosen Zustand als eine „Bremer Kontaktsperre".

Die Berichterstattung über die Ereignisse in der größten Bremer Tageszeitung „Weser-Kurier" (WK) machte dann das Maß endgültig voll: Kurz vor dem „Trauerzug" hatte die Polizei noch ein besetztes Haus geräumt und dort angeblich Molotow-Coctails gefunden, die sich später als haushaltsübliche Flaschen mit brennbarer Flüssigkeit herausstellten. Die Schlagzeile des „WK" am nächsten Tag lautete prompt „Polizei fand Brandbomben" mit dem Untertitel „600 Menschen protestierten gegen Schlachthof-Abriß" (WK, 15. 8. 80). Am 16. 8. erfuhr dann der schockierte Leser, die Besetzer des Fernmeldeamtes hätten der Polizei eine „Schlacht geliefert", „mit Eisenstangen zugeschlagen", die „Beamten mit fünfzackigen Metallsternen beworfen", alles verquickt wieder mit neuen Horrorstories über die „Brandsätze" (alles aus WK, 16. 8. 80). Neben dem Artikel war ein Hammer und ein Meißel („Brechstange") als angebliche Angriffswerkzeuge der Besetzer abgebildet. Gleich mit abgefertigt wurde die offenbar recht gute Berichterstattung über die Besetzung in der Jugendsendung „Pop-Carton" von Radio Bremen, die schon nach dem 6. Mai unter Beschuß gestanden hatte. Der „Weser-Kurier" hat anscheinend den Ehrgeiz, vollends zum Hofberichterstattungsblatt von Polizeipräsident Diekmanns Gnaden zu werden.

Hofberichterstattungsblatt von Polizeipräsident Diekmanns Gnaden zu werden.

Sowohl der handstreichartige Abriß der Fleischmarkthalle als auch die blutige Räumung des besetzten Fernmeldegebäudes entsprechen schon ganz der Politik, die der Polizeipräsident nach den Ereignissen vom 6. Mai in Bremen in einem „Analysepapier" gefordert hatte: kompromißlose Eindämmung aller eigenständigen Initiativen aus der Bevölkerung, um den Menschen ein „Gefühl der Allmacht des Bürgers" auszutreiben, und hartes Durchgreifen der Polizei gegen Demonstrationen etc. Wahrscheinlich ist auch, daß die entfesselte Polizeibrutalität noch ein Racheakt für den 6. Mai sein sollte.

Die Initiativenbewegung und die Linke werden sich jedenfalls auf einen verstärkten Kampf gegen polizeistaatliche Entwicklungen einstellen müssen.

KB-Gruppe Bremen

Geräumt!

Radolfzell. Das dort von vielen Jugendlichen besetzte und in ein Jugendzentrum umgestaltete Feuerwehr-Gerätehaus wurde Ende Juli in bekannter Manier geräumt: im Morgengrauen, mit Wasserwerfern und Chemischer Keule.

Und das, obwohl die Besetzung immer mehr Unterstützung fand. Einerseits wegen der berechtigten Forderungen der Jugendlichen, andererseits wegen des geplanten Abbruchs des denkmalgeschützten Gebäudes. Sofort nach der Räumung wurde das Feuerwehrhaus vernichtet.

Düsseldorf. Das Einfamilienhaus Lichtenbroicher Weg 137 war am 19.6.80 von Mitgliedern der AWN (Aktion Wohnungsnot e.V., dazu näheres weiter unten) und Unorganisierten besetzt worden. Dieses und andere Häuser sollen im Rahmen einer Erweiterung des Daimler-Benz-Werkes neuen Werkswohnungen weichen.

Da der Bau der Werkswohnungen in diesem Teil des Lichtenbroicher Weges erst in ein- bis eineinhalb Jahren beginnen kann, wenn alle Anwohner entsprechend der Abmachungen mit der Stadt weggezogen sind, forderten die Besetzer, das Haus nicht vorher abzureißen. Es solle solange der AWN zur Nutzung überlassen werden.

Dazu war die Stadt jedoch nicht bereit. Am 9.7. wurde das Haus von 100 Bullizisten umstellt. Die Besetzer (an dem Morgen waren nur zwei im Haus) hatten Fenster und Türen verbarrikadiert, so daß die Bullizisten das Dach abdeckten, um ins Haus zu gelangen. Dabei wurden sie mit einem Feuerlöscher eingenebelt. Die beiden Besetzer wurden zur Personalienfeststellung auf das Präsidium gebracht, das Haus sofort abgerissen.

Die Stadt hat Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gestellt.
(nach einem Flugblatt der Besetzer u. RP, 10.7.80.)

De./ Düsseldorf

Besetzt!

Basel. Gleich vier Häuser wurden in einer Straße besetzt und damit vorläufig vor dem Abriß bewahrt. Die Häuser befinden sich in gutem Zustand, und ein Abriß würde die ohnehin schon vorhandene Wohnungsnot in Basel verschärfen.

Die Polizei zögert mit einem Einsatz, da die Besetzer durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit breite Solidarität erfahren.

Hannover. Für einige Tage besetzte eine fünfköpfige türkische Familie eine leerstehende Wohnung, aus der sie aber nach massiven Drohungen seitens des Besitzers, der "Gemeinnützigen" Baugesellschaft, wieder ausziehen mußte.

Das 'Schicksal' dieser Familie ist typisch für das vieler anderer: aus der ersten Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern mit WC im Flur, fristlos gekündigt, beginnt das monatelange Suchen. Anzeigen aufgeben, sich vom städtischen Wohnungsamt verarschen lassen usw.

Weniger typisch dann, aber umso mutiger, besetzt die Familie schließlich eine leerstehende Wohnung und bittet den Besitzer um einen Mietvertrag. Der droht,"gemeinnützig", mit Gefängnis und Ausweisung, und die Familie muß kapitulieren. Zumindest vorerst. Denn es gibt in Hannover-Linden noch einige leerstehende Häuser.

Studentenbuden — Rh. P. 30.7.80

RCDS warnt vor Hausbesetzungen

Extreme Gruppen werden nach Einschätzung des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) die „katastrophale Situation" auf dem studentischen Wohnungsmarkt zum Wintersemester ausnutzen, um Häuser zu besetzen und so auf ungesetzlichem Wege Unterkünfte für zimmer-

Na sowas ... der RCDS soll nicht enttäuscht werden.

Prozesse gegen Hausbesetzer

München. Nach dem Motto: ‚Wir wollen keine Kraaker wie in Holland' will die Staatsgewalt jetzt 100 Leute vor den Kadi zerren, die im Februar ein lange leerstehendes Haus besetzt hatten.

In München gibt es wie fast überall leerstehende Häuser und gleichzeitig zig-tausend Menschen ohne Wohnung. Neben einer Diffamierung als Dauerdemonstranten hagelt es gegen die Besetzer nun Strafanträge und Verurteilungen. Einige sollen sogar die Kosten für die Räumung in Höhe von 150.000 DM bezahlen!

Daß es die Justiz ernst meint, zeigt, daß bisher 20 Jugendliche zu je 24 Stunden Zwangsarbeit verurteilt wurden. **Solidarisiert euch mit den Besetzern! Spendenkonto: Dresdner Bank München, Kto.-Nr. 511444500.**

• • •

Wuppertal. Die Leute, die im Juni für fast 4 Wochen die ehemalige Adler-Brauerei besetzt hielten, müssen sich ebenfalls gegen eine Prozeßwelle wehren. In einem Aufruf schrieben sie: *„Liebe Leute! Wir, die Adler-Initiative werden seit der Besetzung der ehemaligen Adler-Brauerei kriminalisiert und es wird versucht, uns durch Prozesse, die noch anstehen, einzuschüchtern bzw. wirtschaftlich zu schädigen. So haben 9 Leute von uns am Tag der Räumung der Brauerei eine einstweilige Verfügung zugestellt bekommen, die mittlerweile hinfällig ist, jedoch die Kosten für die Verfügung über 2000 DM wollen sie uns aufbrummen.*

Wir wollen jedoch nur einen Prozeß führen gegen das Vorgehen von Industrie und Staat, wofür wir einiges an Kohle benötigen. Dieser Prozeß ist sehr wichtig, denn bei Anerkennung der einstweiligen Verfügung kann damit gerechnet werden, daß sie uns noch die Kosten für den Bulleneinsatz oder die Kosten für die Abbruchfirma, die ja nicht abreißen konnte, während der Besetzung reinjagen ...

Außerdem wollen sie uns noch ein Ordnungswidrigkeitsverfahren anhängen, nachdem 33 Leute von uns bei einem Treffen am 2.7. auf dem Rathaus-Vorplatz in Barmen in GeStaPo-Manier vorläufig festgenommen worden sind, und vor allem die Personalien festgestellt worden sind. ...Während der Besetzung haben wir in Verhandlungen mit der Stadt die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugend-/Kommunikationszentrum allmählich entwickelt, und es ist eine Initiative daraus entstanden, die auch nach dem Abriß der Brauerei weiter arbeitet und Punkte wie Stadtsanierung, Wohnraumnot und fehlende Jugendzentren aufarbeiten will. Zu diesem Zweck haben wir uns einen Laden angemietet. Könnt ihr uns irgendwie unterstützen????

Kontakt: WG, Farbmühle 15, Wuppertal 2, Postscheckkonto: Amt: Essen, Nr. 300176-439, Evelyn Künstler, Stichwort: Adler.

Die Adler Leute".

Aktion Wohnungsnot e.V. Düsseldorf

Die AWN entstand 1972 aus einer Hausbesetzung. Damals hatte die regierende SPD die schlaue Idee, der möglichen Entwicklung einer Häuserkampf-Bewegung in Düsseldorf durch ein typisch sozialdemokratisches Integrationsmanöver vorzubeugen.

Sie forderte von den Hausbesetzern, daß sie einen Verein gründen. Im Gegenzug war sie bereit, dem dann gegründeten Verein AWN leerstehende Häuser, deren Abriß erst für später geplant war, zur mietfreien Nutzung durch Schüler, Studenten und Lehrlinge zu überlassen. Derzeit stehen der AWN 355 Wohnräume zur Verfügung.

Nachdem sich in den letzten Jahren die Wohnsituation in Düsseldorf drastisch verschärft hat, ist die integrierende, ruhighaltende Wirkung der AWN im Schwinden. Eine neue Häuserkampf-Bewegung ist entstanden.

Die Besetzung des (geräumten und abgerissenen) Hauses Kronprinzenstr. 90 im September/Oktober '79 hatte der damalige Vorstand nur sehr zögernd und zaghaft unterstützt. Inzwischen hat es personelle Veränderungen gegeben und die AWN ist offensiver geworden, beschränkt sich nicht mehr auf das Verwalten „ihrer" Häuser. So unterstützte sie die Besetzung des Hauses Lichtenbroicher Weg 137.

Auch die bisher übliche Praxis, daß die Häuser, die abgerissen werden sollen, ohne weiteres geräumt werden, hat sich zumindest in Ansätzen gewandelt. Derzeit sind zwei Häuser umstritten: Kopernikusstr. 53; in diesem Haus leben 30 Mitglieder der Selbsthilfe Düsseldorf, die dort auch ihren Laden hat. Das Haus soll 1981 für die Erweiterung einer Straßenkreuzung abgerissen werden. Die SHD hat erklärt, daß sie nicht bereit ist, das Haus zu verlassen.

Hauptstraße 57 ist das zweite Haus mit 10 Bewohnern. Dieses Haus soll für einen Parkplatz abgerissen werden. Die Bewohner haben erklärt, daß sie die Vernichtung billigen Wohnraums zugunsten von Parkplätzen unsinnig finden. Darüber hinaus haben sie eine Klage eingereicht, daß Bewohner von AWN-Häusern als reguläre Mieter zu betrachten sind und die geforderte recht kurzfristige Räumung des Hauses nicht zumutbar ist.

Der zuständige Beigeordnete Mayweg vom Liegenschaftsamt will die AWN zwingen, sich wieder auf das Verwalten der ihr überlassenen Häuser zu beschränken, anderenfalls hat er angedroht, *„daß die Stadt ihre Bereitschaft zur Hergabe von Wohnräumen an die Aktion nicht mehr aufrecht erhalten kann und gezwungen ist, die unverzügliche Freimachung von sämtlichen Objekten zu fordern"* (nach RP, 11.7.80 und „gekraakt, Nr. 1", Zeitung der AWN).

De./Düsseldorf

Zwei mieterfreundliche Urteile

Der Anspruch auf "Wohngeld" kann auch bei sogenannten "wilden Ehen" bestehen, wenn ein entsprechender Bedarf vorliegt. Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat entschieden (AZ: BVerwG 8 C 3879), daß es nicht auf den Trauschein ankommt, sondern darauf, ob durch die Gewährung von Wohngeld soziale Härten vermieden werden.

Welcher Wohngemeinschaft droht nicht Ärger mit 'Untervermietung'? Das Berliner Amtsgericht Wedding hat jetzt ein interessantes Urteil gesprochen, in dem es feststellte, daß 1. eine dem Vermieter über einen längeren Zeitraum bekannte Untervermietung auch dann kein Kündigungsgrund ist, wenn laut Mietvertrag eine schriftliche Einwilligung des Vermieters erforderlich ist, aber nicht vorliegt ("stillschweigende Duldung") und 2., daß es als ausreichend erachtet wird, wenn der Hauptmieter bzw. einer von ihnen lediglich von Zeit zu Zeit die Wohnung nutzt.

In dem Fall, auf den sich das Urteil bezog, genügte, daß der Hauptmieter angab, in der Wohnung noch ein Bett, einen Kleiderschrank und einen Kühlschrank zu besitzen und daß er das gelegentlich nutzt. – Die Kündigung wurde zurückgewiesen. (AZ 5 C 446/79 vom 29.11.79)

Krieg gegen die Kraker

Amsterdam, Dienstagmorgen, vier Uhr: Alle kommen, die gekraakten Wohnungen an der Prins-Hendrik-Kade sollen geräumt werden, 2.000 Mann Mobile Einheit aus dem ganzen Land sind eingetroffen. Jedoch: vorerst blinder Alarm...

48 sogenannte Luxusappartements in der Prins-Hendrik-Kade, die seit einem Jahr leerstanden, waren am 2. April gekraakt worden. Nach Hin- und Herprozessieren hatte der Hauseigentümer schließlich gegen die Kraker gewonnen, das Urteil erging am 1.8., die Räumung wurde auf den 19.8. angesetzt.

Und verlief dann insgesamt sehr merkwürdig. Schon Tage zuvor hatte der sozialdemokratische Bürgermeister Polak aufgefordert, am Tage der Räumung die Umgebung der Prins-Hendrik-Kade zu meiden – wie das bei einer unmittelbar am Hauptbahnhof gelegenen Straße möglich ist, blieb allerdings sein Geheimnis. Obwohl rund 2.000 Mann ME schon am frühen Morgen in Amsterdam bereit standen, begann die Räumung erst am späten Nachmittag, pünktlich zur rush-hour. Busse und Straßenbahnen konnten über Stunden nicht mehr fahren, der Autoverkehr lag bis tief in die Stadt hinein noch in den späten Abendstunden fast still.

Weiträumig und relativ locker, so daß wer entkommen wollte, auch noch entkommen konnte, rückt jetzt die Polizeimacht vor. Zehn der Staatsbestien fahren auf ihren Motorrädern in schnellem Tempo auf die in der Prins-Hendrik-Kade versammelten 200 Kraker und ihre Sympathisanten zu und – Barrikaden waren nicht aufgeworfen, sofortige Gegenwehr nicht möglich, da die Kade asphaltiert ist – drängen die Demonstranten zurück. Fünf Fahrzeuge stoßen nach: Zuerst werden drei jener Kanzeln bis hoch über die Dächer gefahren, von denen aus sonst Straßenlampen oder Oberleitungen repariert werden – in den Kanzeln Scharfschützen mit Schnellfeuergewehren. Dann kommen zwei Kranwagen, die zwei verschlossene Container auf das Flachdach hieven. Aus den Containern stürmen, auf dem Dach angekommen, 80 MEer. Dringen vom Dach her ins Haus ein und finden noch vor: einen Kraker und jede Menge Journalisten. Alle anderen Kraker der Prins-Hendrik-Kade nämlich waren zuvor durch einen unterirdischen Gang in eine nahegelegene Kirche übergesiedelt.

Bemerkenswerterweise war diese „Taktik" schon zehn Tage vor der Räumung beschlossen worden und somit mit Sicherheit auch der Staatsmaschine bekannt. Weshalb dann trotzdem eine Räumung mit diesem Aufwand, zu einer Zeit, wo sich die meisten Leute in dieser Gegend aufhalten, gerade von der Arbeit kommen: und weshalb wurde diesmal nicht wie sonst das (weittreibende) Brechgas eingesetzt – ? Hätte das dem beabsichtigten Schaueffekt beim „Publikum" vielleicht Abbruch getan . . .?

Zwei Stunden lang zieht sich der Kampf zwischen Demonstranten und ME auf der Straße hin. Dann kommt über „Radio Vrije Keijser" der Aufruf an alle, sofort zum Groote Keijser zu kommen, da gerade ein gekraaktes Haus in der Nähe von ME geräumt worden und ein nächster Angriff gegen die bisher uneinnehmbare Bastion gerichtet sein könnte.

Binnen kurzem haben sich 5.000 Kraker und Sympathisanten beim Groote Keijser versammelt, bauen sofort aus dem reichlich vorhandenen Baumaterial – Bohlen, Eisenträger, Steinen und allem, was sonst noch greifbar und transportabel – Barrikaden.

Gegen 21.30 Uhr läßt die Polizeiführung verlauten, die ME sei bereits im Abzug begriffen, eine Räumung des Groote Keijser nicht beabsichtigt gewesen, um so die Demonstranten zur Auflösung zu bewegen. In Wirklichkeit jedoch steht die ME in voller Stärke, Gewehre und Knüppel bei Fuß, einsatzbereit noch in der Nähe.

Uneinigkeit entsteht nun, wie weiter zu verfahren sei: eine Minderheit, darunter die Kraker aus dem Groote Keijser, vertritt, daß die Barrikaden bleiben sollen, bis die Polizei zurückgezogen und alle Festgenommenen wieder freigelassen sind. Die Mehrheit entscheidet sich jedoch für die sofortige Beseitigung der Barrikaden, da die nur zum unmittelbaren Schutz des Groote Keijser errichtet worden seien.

Nach einem Bericht eines Genossen aus Amsterdam

Am 14.8. demonstrierten in Amsterdam rund 7.000 Menschen unter den Forderungen

- Keine gewaltsamen Räumungen.
- Kein Anti-Kraak-Gesetz.
- Schnell viele und billige Wohnungen bauen.
- Freilassung der Verhafteten.

Zu der Demonstration aufgerufen hatten viele Jugendorganisationen, u.a. der Gewerkschaften und politischen Parteien, die Pacifisties-Socialistiese Partij, die Politieke Partij Radikalen, die Communistische Partij Nederland, mehrere Rechtshilfeorganisationen und die Vereinigten Kraakgruppen.

Die Forderung nach Freilassung bezog sich darauf, daß seit anderthalb Monaten vier der Kraker, die bei der Räumung des „Vogelstruys" (siehe AK 181) festgenommen worden waren, immer noch in Haft waren.

Drei Tage nach dieser Demonstration, einen Tag vor der Räumung der Prins-Hendrik-Kade, wurden sie freigelassen.

Das »Frankfurter Urteil« jetzt als Taschenbuch



Am 25.2.80 entschied das Frankfurter Landgericht, eine Gruppe schwedischer Körperbehinderter einzureihen und gleichzusetzen mit kaputten Klobrillen, schlechtem Essen – kurz: „Reisemängel" eines Hotels, gegen das eine deutsche Urlauberin auf Schadensersatz klagte und bekanntlich „Recht" bekam (siehe AK 178).

Der Journalist Ernst Klee (u.a. der Verfasser des „Behindertenkalenders 80") hat jetzt bei „Fischer-Taschenbuch" (Nr. 4229) eine Dokumentation über dieses Urteil herausgegeben. Diese Dokumentation beschränkt sich allerdings nicht darauf, die gesamte Urteilsbegründung zu veröffentlichen: Mensch findet weiterhin:

- eine Chronologie weiterer Behindertenfeindlichkeiten. So z.B. der Fall eines Badeverbotes für Behinderte aus „hygienischen Gründen". Oder die Annonce einer Versicherung: „Verkrüppelt für den Rest des Lebens ist schlimmer als tot!"
- Die Reaktionen auf das Urteil. Da war nicht nur die Demo in Frankfurt (die mit vielen Fotos dokumentiert wird!), sondern diverse Protestresolutionen, Offene Briefe an den Richter, Unterschriftensammlungen; selbstredend, daß hier unmittelbar Betroffene die Initiatoren sind;
- Stellungnahmen der schwedischen Gruppe selbst („Wir finden, daß es klingt wie eine Stimme der Vergangenheit"), sowie von westdeutschen Behindertenverbänden;
- Reisetips für Körper- und Geistigbehinderte.

Ernst Klee verklagt!

Dieselbe Urlauberin, die aufgrund der Anwesenheit einer schwedischen Körperbehindertengruppe in ihrem Hotel Schadenersatz einklagte, ist offensichtlich durch den skandalösen Urteilsspruch angestachelt worden, nunmehr gegen den Schriftsteller Ernst Klee juristisch vorzugehen. Vorwand bietet ihr vollständig abgedruckter Name in seinem Buch. Klee hat diese Urlauberin außerdem als *„drastisches Beispiel für die Unduldsamkeit gesunder Menschen gegenüber körperlich und geistig Behinderten"* charakterisiert. Wie Klee mitteilte, geht es in dem Prozeß um 500.000 DM Schadensersatz für die Klägerin.

Und das Urteil? Der „Fischer-Taschenbuch-Verlag" (als Mitangeklagter) ist verdonnert worden, den Namen der Klägerin aus noch sämtlichen ihm vorliegenden Exemplaren herauszuschwärzen!

Daß dieser „Behindertenprozeß" so ein breites Echo gefunden hat, ist bemerkenswert. Dies unterstreicht noch einmal die Wichtigkeit des von uns oben beschriebenen Buches.

Behinderten-Kommission



»Unliebsame Vergangenheit«?

Hamburg. Wenige Tage nachdem der „Kollegenkreis Alsterdorfer Anstalten" ein Flugblatt gegen den Rausschmiß eines seiner Mitglieder (siehe Presseerklärung im AK 181) aus Alsterdorf vor den Toren der Anstalt verteilte, meldete sich ein „unterdrückter" Chefpsychiater per Abteilungsrundschreiben zu Wort. Er fühlte sich deshalb so „unter Druck", weil in dem Flugblatt seine Spitzeltätigkeit auf dem Westberliner „Gesundheitstag" (der Kollegenkreisler ist u.a. deshalb aus Alsterdorf geflogen!) am Stand des „Kollegenkreises" angeprangert und veröffentlicht wurde.

„Wir finden es erschreckend", heißt es in seinem Rundschreiben, daß direkt an den „Kollegenkreis" gerichtet ist, *„daß ein Mensch – nach Ihrer Meinung – nicht darüber sprechen darf, was er auf einer öffentlichen Veranstaltung gesehen und gehört hat. Man spürt bei Ihnen 'den Druck auf kritische Menschen'. Das erinnert mich an sehr unliebsame Vergangenheit! Wo leben wir eigentlich...?! – Dr. Kaps".*

Anzumerken gibt es dabei zweierlei: 1. Abgesehen von dem Zynismus sollte mit dem Stichwort „unliebsame Vergangenheit" gerade in Alsterdorf von solchen Leuten wie Kaps sehr vorsichtig umgegangen werden. Denn im Jahre 1943 sind insgesamt 570 Alsterdorfer Geistig-Behinderte im Rahmen der „T-4-Aktion" in die Vernichtungslager verschleppt worden („Zeit", 20.4.78). Der damalige Anstaltspfarrer Lensch ist vom heutigen Direktor, Pastor Schmidt, voll rehabilitiert worden (obwohl er in die Abtransporte verwickelt war); geplant war gerade ein offizieller Besuch Lenschs in Alsterdorf, als er von seinem „obersten Dienstherrn" in den ewigen Ruhestand versetzt wurde. Bis 1979 arbeiteten einige von Lenschs Oberpflegern in leitenden Positionen der Anstalt. Eine „Entnazifizierung" hat es also in Alsterdorf nie gegeben...

2. Wenn sich ein spitzelnder Chefpsychiater durch ein Flugblatt einer Kollegengruppe „unterdrückt" fühlt, können wir nur sagen: Weiter so! Und da alles Reaktionäre nur dann fällt, wenn es kräftig gehauen wird, wünschen wir dem „Kollegenkreis", der SSK und allen anderen viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

Behinderten-Kommission

Bullenaufmärsche gegen »Radio freies Wendland«

Die Forderung nach mehr regionaler Berichterstattung im Rundfunk war für Atom-Albrecht bekanntlich ein Ansatz zur Zerschlagung des NDR. Daß dieser Herr inzwischen regelrechte Treibjagden gegen den ersten niedersächsischen Regionalsender „Radio Freies Wendland" inszeniert, zeigt allerdings, welchen Bammel diese Herren vor einem Regionalsender haben, der einmal nicht den Interessen der oberen Zehntausend, sondern einzig und allein der vom Atomstaat betroffenen Bevölkerung verpflichtet ist.

Jeden Sonnabend um 19 Uhr wird seit der Zerschlagung von 1oo4 der Landkreis Lüchow-Dannenberg zum Notstandsgebiet erklärt und die Jagd auf die 5-1o Minuten sendende gutversteckte Rundfunkstation eröffnet.

Die Fahndung wird nach folgendem Schema durchgeführt: 4 aus dem gesamten Bundesgebiet herbeigekarrte Peilwagen der Bundespost ermitteln im Laufe von maximal 2 Minuten im Groben den Standort des Senders. Sogleich werden im Landkreis zuvor postierte Bullenverbände (unterstützt von Beamten des MEK sowie drei Polizeihubschraubern) auf ihr Ziel gejagt. Um „flüchtenden Tätern" keine Chance zu geben, werden vorsorglich größere Gebiete polizeilich abgeriegelt und durchgekämmt, ein Verfahren, welches Waldspaziergänger, Pilzesammler etc. für vogelfrei erklärt:

- Ein Anlieger wurde beispielsweise mit Blaulicht (!) durch Waldwege verfolgt, dessen PKW ohne jede Begründung beschlagnahmt.
- Einem Pressefotographen geriet das Interesse an dem Hubschrauber zum Verhängnis: er wurde zur Polizeiinspektion nach Lüchow verschleppt und dort längere Zeit festgehalten.
- Wolf Römmig, der 2. Vorsitzende der BI, war als Besitzer eines CB-Funkgerätes (Autofunk) besonders verdächtig. Ihm wurde das Gerät kurzerhand von den Bullen beschlagnahmt, da es angeblich über eine zu hohe Reichweite verfüge.
- Gut Lebbien, ein einsam gelegenes Gehöft wurde Opfer einer großangelegten Razzia mit Hubschraubern, Einkreisung durch Bulleneinheiten usw. Der alte und völlig ahnungslose Besitzer mußte eine zweistündige Hausdurchsuchung (selbstverständlich ohne Durchsuchungsbefehl) über sich ergehen lassen.

Dieser Bullenterror stieß auf Widerstand. Wiederholt sammelten sich bis zu Hundert Aktivisten aus dem Landkreis zur „Wendlandralley", die immer dann in Gang kam, wenn über Polizeifunk der grobe Standort des Senders bekanntgegeben und die Bulleneinheiten in Marsch gesetzt wurden. „Zufällig" tauchten am Einsatzort der Bullen massenhaft „verdächtige PKW's" auf, die die irritierten Grünröcke vom eigentlichen Auftrag erfolgreich ablenkten. So ist es auch zu erklären, daß es den Bullen im Laufe von 12 Sendungen erst einmal gelang, den Sender aufzutreiben. (Er befand sich in einer unter einer Erdhöhle versteckten Aktentasche; die Antenne war in einem Baum befestigt.) In diesem Fall wurden zwei in der Umgebung aufgegriffene Landkreisbewohner ohne jeden Anhaltspunkt zum Bullenquartier geschleppt und erkennungsdienstlich mißhandelt.

Hier einige Auszüge aus ihrem Augenzeugenbericht:

„Als wir auf einen Feldweg fuhren und bereits einige Polizeifahrzeuge passiert hatten, ohne angehalten zu werden, setzte auf einmal ein Polizeihubschrauber zum Tiefflug an und stoppte uns durch eine Landung auf dem Weg, wo bereits auch eine Zivilstreife quergestellt war. Kurz darauf kamen aus allen Himmelsrichtungen Polizeiautos angefahren. Wir wurden aufgefordert, uns auszuweisen und Warndreieck und Autoapotheke vorzuzeigen, da es sich um eine normale Verkehrskontrolle handelte. Obwohl wir uns ordnungsgemäß ausweisen konnten, wurden unsere Papiere einbehalten und uns nach einigem Hin und Her mitgeteilt, daß wir vorläufig festgenommen seien. (. . .) Nachdem etwa acht Polizeibeamte unser Auto gründlichst durchsucht hatten und unsere Ausweise mehrmals überprüft wurden, machten sich nun Fernmeldespezialisten von der Post über unser Auto her. Diese Prozedur erstreckte sich über etwa zwei Stunden und uns war bald klar, daß die Polizei den Sender „Radio Freies Wendland" in unserem Auto vermutete. Es wurde natürlich nichts gefunden. (. . .) Ein Kriminalkommissar eröffnete uns, daß wir zur erkennungsdienstlichen Behandlung in die Polizeieinsatzzentrale nach Lüchow gebracht würden und unser Auto beschlagnahmt sei . . . In Lüchow weigerten wir uns, uns erkennungsdienstlich behandeln zu lassen, da wir dies als eine Schikane ansahen, da weder ein ausreichender Tatverdacht noch Beweise gegen uns vorlagen. Daraufhin wurden uns Knebelketten angelegt. Diese Eisenketten werden so fest zugezogen, daß sie tief ins Fleisch einschneiden, starke Schmerzen verursachen, die Blutzirkulation unterbrechen und die Nerven abtöten bis die Hand völlig gefühlslos ist, um dann gegen unseren Willen die Fingerabdrücke nehmen zu können. Einem der Beamten reichte die Quälerei mit den Knebelketten wohl noch nicht, denn er zog sie auch dann fester zu, wenn es gar nicht notwendig war, und äußerte dabei den Wunsch, uns zu verprügeln. Während dieser Zeit wurde unser Auto zum drittenmal durchsucht, die Motorhaube beschädigt und Kabel und Lüftungsklappen einfach abgerissen. Nach etwa 3 1/2 Stunden wurden wir dann mit der Begründung, es läge nichts gegen uns vor, entlassen." („EJZ" v. 19.8.)

Zur inhaltlichen Konzeption

Der illegale Sender besitzt eine Reichweite von ca. 3o km und erfreut sich bei den Atomgegnern des Landkreises großer Beliebtheit. Dies beweist u.a. eine Flut von Unterstützungsanzeigen in der Lokalpresse. Eine regelmäßig tagende Redaktion legt die inhaltlichen Schwerpunkte der Sendungen fest und bemüht sich um Interviews. Hieraus resultiert die Beliebtheit des Senders: die Betroffenen kommen selbst zu Wort. Landkreisbewohner berichten über die Ihnen zugefügten Polizeiübergriffe, eine Angeklagte weist auf ihren bevorstehenden Gorleben-

übergriffe, eine Angeklagte weist auf ihren bevorstehenden Gorleben-

prozess hin, Lüchower Kaufleute äußern sich über die geplanten Bullenkasernen und im Arbeitsamt wird herumgefragt, wer bereit sei, in einem Zwischenlager zu arbeiten. Auszüge aus der heimlich mitgeschnittenen polizeilichen Auswertungsveranstaltung zur Räumung von 1oo4 gehen ebenso über den Äther wie Glossen über den neuen Polizeieinsatzleiter und Klatsch und Tratschmeldungen über besonders verhasste Kommunalpolitiker. In Zukunft sollen noch stärker einzelne Widerstandsgruppen wie die bäuerliche Notgemeinschaft, die Gorlebenfrauen u.a. in eigener Regie Tonbänder für das Radio bearbeiten.

Um eine offizielle Anlaufstelle für bespielte Tonbänder zu etablieren, soll Anfang September im Rahmen eines großen Wendlandfestes eine „Gesellschaft für Medien und Kultur" gegründet werden.

Schafft zwei, drei, viele Sender

Der erste über längere Zeit kontinuierlich arbeitende freie Sender in der BRD ist das dreisprachig sendende „Radio Grün" aus Freiburg. Auch hier kam es zu juristischen Verfolgungen; Großeinsätze der Bullen (in einer Stadt ohnehin problematischer) unterblieben. Hinzu kommt, daß dieser Sender auch problemlos von Frankreich aus betrieben werden kann.

Neben kleineren, vorübergehend aktiven Sendestationen (z.B. Radio Klabautermann aus Hamburg) dürfte das „Radio Freies Wendland" der zweite bedeutende Versuch dieser Art sein. Die Bullen greifen hier zu Methoden, die an die Verfolgung „terroristischer" Vereinigungen erinnert. Gleichzeitig wird (wie auch gegenüber den Turmbesetzern von 1oo4) aufgrund des Fernmeldegesetzes mit Knaststrafen bis zu fünf Jahren gedroht. In diesem Zusammenhang ist die Solidarität mit „Radio Freies Wendland" besonders bedeutsam, wie auch ein Buchprojekt des Münsteraner „Freundeskreis Freie Radios" (Kontakt über taz- ini

bedeutsam, wie auch ein Buchprojekt des Münsteraner „Freundeskreis Freie Radios" (Kontakt über taz- ini

Münster, Bremerstraße 47, 44 Münster), welches u.a. genaue technische Anleitungen bzgl. der freien Sender beinhaltet und vermutlich noch im Herbst auf den Markt kommt. Spenden für „Radio Freies Wendland" (jeder neu zu installierender Sender kostet ca. 1ooo DM !) sind erbeten auf das Konto 7o35 der Volksbank Wendland, Trebel, Stichwort „Medieninitiative".

Ein Genosse aus Lüneburg

Großes Fest aller Wenden

Am ersten September-Wochenende (6./7.) soll in Gartow (Kreis Lüchow-Dannenberg) ein „Großes Fest aller Wenden" stattfinden - *„eine Fest für alle, die sich als Wenden fühlen oder mit anderen zusammen herausfinden wollen, was das eigentlich ist".* Es werden u.a. Theater- und Musikaufführungen sowie Selbstdarstellungen von Malern, Hobbyfilmern und Fotografen des Landkreises geboten. Dieses Fest wird der Höhepunkt eines „Trecks" sein, der über 6 Tage hinweg aus Anlaß der „Aktionswoche" gegen die Zwischenlagerung durch die Dörfer des Landkreises führen wird.

Trauer um Radio Freies Wendland?

Am letzten Sonnabend wurde der Sender Radio Freies Wendland entdeckt.
Diesen Sonnabend um 19 Uhr werden die Trauerfeierlichkeiten für das „Ende des Senders" auf 101 MHz vom Radio Freies Wendland original übertragen.
Wat mutt, dat mutt!

Pöhlandt, Gartow

Wir spitzen die Ohren:
Carla, Anke und Matthias Briesenick, Michael Henke, Susanne Hiller, Norbert Messerschmidt, Christian Quis, Gudrun Beerbohm, Helmut Koch, Gert Geffert

Frage:
Warum springen sonnabends um 19 Uhr alle Wenden in ihr Auto?
Weil Radio Freies Wendland im Autoradio viel besser zu empfangen ist!
B. Clausen, G. Kopiske, J. Bernhardt, Chr. Zimmermann
Tollendorf

Prozesse gegen Gleisbesetzer in Oldenburg

Am 14.9.79 besetzten 12o AKW-Gegner in der Nähe des Oldenburger Bahnhofs eine Stunde lang die Gleise, um gegen den Beginn der Tiefbohrungen in Gorleben zu protestieren. Die Aktion war 5 Stunden vorher bei der „NWZ", dem NDR, der Bundesbahn, Radio Bremen und DPA als gewaltlose Demonstration angekündigt worden und war zeitlich auf eine Stunde befristet worden. Kurz vor dem Ablauf der Stunde schritt die Polizei mit großer Härte ein.

Nach der gewaltsamen Räumung durch die Polizei wurden 24 Personen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Vier Leuten wurde bereits der Prozeß gemacht, fünf weitere Prozesse stehen nach der Sommerpause noch an.

Im ersten Prozeß wurde Heiko zu 1.ooo,-DM verurteilt, wobei der Staatsanwalt 9 Monate ohne Bewährung gefordert hatte. Im zweiten Prozeß vom 18.Juli war Harald auch wegen Nötigung nach § 24o StGB angeklagt. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, da sich die als Zeugen vorgeladenen Polizisten in Widersprüche verstrickten. Allerdings muß Harald eine Geldbuße von DM 6oo,- bezahlen. Thomas mußte mangels Beweisen freigesprochen werden. Ingrid hingegen wurde zum gleichen Anklagepunkt zu 45o,- DM verurteilt, nachdem der Staatsanwalt 3 Monate auf 3 Jahre Bewährung gefordert hatte.

In einem weiteren noch stattfindenden Prozeß ist Ingo wegen „Rädelsführerschaft" angeklagt.

Dig./Ol.

Endlich! Bundeskonferenz im November

Am 23.8. trafen sich in Kassel auf Initiative der BI-Lüchow-Dannenberg Vertreter von 13 BIs zur Vorbereitung einer Bundeskonferenz. Darunter waren BIs aus Kassel, Göttingen, Bremen, Bochum, Marburg, Lüneburg, Westberlin, Lüchow-Dannenberg, Kiel, Bonn, Hamburg und der BBU.

Das Bedürfnis, bundesweit wieder zu Diskussionen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu kommen, besteht schon lange und wurde verstärkt nach der Räumung von „1004" von vielen BIs geäußert.

Der genaue Termin steht noch nicht fest, die Bundeskonferenz soll aber Mitte/Ende November in Kassel stattfinden. Von allen Beteiligten wurde hervorgehoben, daß eine ausreichende Vorbereitung für die Konferenz unerläßlich ist. Dazu soll rechtzeitig eine Arbeitsmappe mit Beiträgen der BIs verschickt werden.

Gegenstand des Bundestreffens ist es in erster Linie, über die weitere Perspektive der Anti-AKW-Bewegung ins Gespräch zu kommen. Insofern wird nicht die Suche nach dem nächsten zentralen Demonstrationsort im Vordergrund stehen. Konkret soll an bestimmten Fragestellungen in Arbeitsgruppen diskutiert werden:

1. Auswertung der Besetzung von 1004, was hat das Dorf für den Kampf an anderen Standorten gebracht, haben sich die Organisationsformen bewährt, wie ist die Strategie von Staat und Polizei einzuschätzen? (Entgegen ursprünglichen Planungen wird es kein gesondertes Auswertungstreffen zu 1004 geben.)
2. Atomprogramm und drohende Kriegsgefahr;
3. Zwischenlagerung und Kompaktlagerung;
4. Energiediskussion, Sparkampagne der Bundesregierung, Bericht der Enquete-Kommission;
5. Kriminalisierung der AKW-Gegner, Stand der Prozesse.

Etwa Anfang September wird die Einladung zur Bundeskonferenz verschickt.

Wat mutt, dat mutt!

Gorleben-Einsatz mit illegaler Militärhilfe?

Am 1.7. kam es auf einer „Ausbildungs-Veranstaltung" der Polizei zu „offenen Worten" über den Gorleben-Einsatz. Ottokar Schulze dozierte: *„Und da sie ja selbst aktiv im Einsatz waren, ist es auch ein Bedürfnis des Kommandos, nun einmal hier einige Dinge auszubreiten, die vorher nicht gesagt werden konnten".* Bis 44 Stunden vor Einsatzbeginn war die gesamte Planung auf Kommandoebene geheimgehalten worden. Dennoch waren die AKW-Gegner vom Einsatzzeitpunkt (Dienstag) informiert, der dann auf höchste Anweisung gegen den Willen der Polizei noch einmal um einen Tag verschoben wurde. Auch darüber waren die AKW-Gegner ebenso früh wie die Polizeidienststellen informiert. Die Polizei vermutet die gleichen Quellen, aus denen jetzt die Tonbandaufzeichnung über die „Ausbildungs-Veranstaltung" sprudelten.

Ein größerer Teil des Textes wurde in der „taz" vom 20.8. veröffentlicht. Wir wollen deshalb hier nur auf einige Aspekte eingehen, allerdings auch Teile berücksichtigen, die die „taz" leider vollkommen unverständlich unterschlug.

Polizei fürchtete Großaufmarsch der AKW-Gegner

Von der Größe her, erklärte Ottokar Schulze, Polizeidirektor und einer der Einsatzleiter, war dies ein Einsatz – *„das muß man mal deutlich sagen – der bisher in der Nachkriegszeit bundesrepublikanischer Geschichte von der Größe her ohne Beispiel ist. Das heißt: auch Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Ohu und ähnliche Einsätze hatten vom materiellen und personellen Umfang her nicht solche Größen".*

Nun, das hatten wir bereits in unserer Auswertung behauptet (s. AK 181, S. 8). 17.000 BGS'ler und Polizeibeamte seien im Einsatz gewesen, davon 6.500 auf dem Platz, heißt es im Begleittext des Medienpakets von „Net-Work" (Schon bei Kalkar waren über 10.000 im Einsatz.). 17.000 also, deren Einsatzberechtigung im Übrigen einzig und allein rechtlich damit begründet wur-

heißt es im Begleittext des Medienpakets von „Net-Work" (Schon bei Kalkar waren über 10.000 im Einsatz.). 17.000 also, deren Einsatzberechtigung im Übrigen einzig und allein rechtlich damit begründet wur-

de, daß die gebauten Hütten baupolizeilich nicht genehmigt waren. Einen besseren juristischen Vorwand hatten die Bullen trotz intensivster Bemühungen nicht finden können.

Wozu diente dieser Großaufmarsch, der mehrmals noch aufgestockt worden war? Behauptet doch die Polizei, sie wäre in jedem Falle „Sieger" geblieben? Anfangs war überlegt worden, ob man nicht den „Schnee" hätte abwarten sollen, *„man hätte also zum Beispiel auch an einer anderen Stelle – eine andere Bohrstelle nehmen können"*, wenn das einzig vorhandene Bohrgerät bei 1002 fertig wäre. Der *„liebe Gott"* habe *„die unterstützt"*, d.h. man sah, das Dorf wuchs ständig: *„Wer weiß, vielleicht wäre es also gewachsen und wir wären kleiner als die Freie Republik Wendland geworden".*

Die offenbar witzig gemeinte Passage soll begründen, warum die AKW-Gegner auf jeden Fall einen Dämpfer haben sollten, wo doch die „Illegalen" sogar Abgesandte zu den Behörden als Verhandlungspartner schicken konnten, wo die Polizei schon 1979 500 Gesetzesverstöße zählte, ohne einen Täter greifen zu können, eine geradezu entsetzliche Vorstellung.

Als erstes wurde festgelegt, daß der Einsatz auf keinen Fall Freitag bis Montag stattfinden könne. Freitag, *„das wäre ja wohl horrender Wahnsinn gewesen"*, meint Schulze. *„Tausende"* wären zusätzlich gekommen. Auch am Montag ginge es nicht, da hätten die Bullen den auf der Abfahrt Befindlichen *„den Polizeiapparat auf Gorleben zurollen lassen"*, und das aus allen Richtungen. Aber auch am Mittwoch war es noch problematisch.

Um 16 Uhr, Stunden nach der Auslösung, hatten die Bullen die Bestätigung, daß die bundesweite Alarmkette der AKW-Gegner im vollen Gange war.

Die Bullensperre, die *„um halb drei ... nachts"* erst hatte aufgebaut werden sollen, schien nicht mehr ausreichend. Ohne die *„Reservefrage"* (für den nächsten Tag) geklärt zu haben, wurde für 17 Uhr Marschbefehl gegeben. 2.300 Personen, 800 Autos wurden dann bei der einen Sperre aufgehalten. Bei massiver Mobilisierung, ja schon durch diese Anzahl allein befürchtete der Einsatzleiter ein Übergewicht der Demonstranten.

Angesichts der Alarmkette mit 500 Telefonen hatte Schulze Unwohlgefühle: *„Wir hatten das Gefühl: Es kann der Fall eintreten, daß dort soviel Menschen erscheinen, daß wir das überhaupt nicht machen können. Denn es gibt genügend Gegner, es gibt in der Bundesrepublik inzwischen 1.000 BI's gegen diese Atomkraft; und ich muß Ihnen schon sagen, daß mir bei diesem Gedanken einigermaßen unwohl war."* Schon bei dreifacher Demonstrantenzahl (es war ja keineswegs in großem Stil mobilisiert worden, s. AK 181) wäre man *„unterlegen"* gewesen, heißt es dann später.

Militäreinsatz für Gorleben

cher Demonstrantenzahl (es war ja keineswegs in großem Stil mobilisiert worden, s. AK 181) wäre man „unterlegen" gewesen, heißt es dann später.

Militäreinsatz für Gorleben

Um ohne größeres Aufsehen die Bullen mobilisieren zu können, war man nicht zimperlich, man hat — völlig illegal — vermutlich sogar ausländisches Militär zur Hilfe genommen.

Bekanntlich ist ja schon der ständige BGS-Einsatz im Landkreis gesetzeswidrig. So lehnte es das Verteidigungsministerium auch ab, allzu offensichtlich Hilfe zu leisten: *„Es gibt also dort draußen sehr wohl eine Kaserne, die man hätte benutzen können; das ist vom Bundesverteidigungsministerium bisher schlicht abgelehnt worden. ... Es besteht die Auffassung, daß sie ausschließlich der äußeren Sicherheit sich zu widmen habe und solche Unterstützungsaktionen für die Polizei nicht durchführt"*, heißt es im Text. *„Vorsichtig"* gesagt, sei die *„Bundeswehr gehindert, ... uns zu helfen".*

Dieses ganze Theater — es gibt nämlich grundgesetzliche Festlegungen dafür — erklärt sich schnell, wenn man den Einsatzplan verfolgt; denn nur im Landeskreis hat sich die Bundeswehr verweigert. Um schnell und ohne großes Aufsehen vor Ort zu gelangen, wurde offenbar reichlich Bundeswehrhilfe in Anspruch genommen, da wäre es schlecht, wenn man den Polizisten erklärt, daß dies illegal ist. Der Einsatz wurde nämlich mit Hubschrauberstaffeln und zwar unter Nutzung zumindest einer Bundeswehrkaserne durchgeführt. Dabei ist offensichtlich auch reichlich Militär eingesetzt gewesen. Für den vorgezogenen Flug mußte nämlich erst eine Sondergenehmigung aus Bonn eingeholt werden, über die die Einsatzleitung der Polizei und die Innenministerien (Bonn und Niedersachsen) nicht verfügten. An anderer Stelle heißt es dazu: *„Ja sodann positiv war allerdings zu vermerken, daß uns alle, I n - und A u s l a n d umfangreich geholfen haben"* (Hervorhebungen durch uns). Das soll offenbar heißen, daß man gleich NATO-Hilfe in Anspruch genommen hat.

Alles, wie gesagt, weil man noch am Abend vor der Räumung einen Aufmarsch der AKW-Gegner fürchtete, der zumindest ab späten Abend (22.OO Uhr) gestoppt werden sollte.

Landesregierung befürchtete durchdrehende Polizei

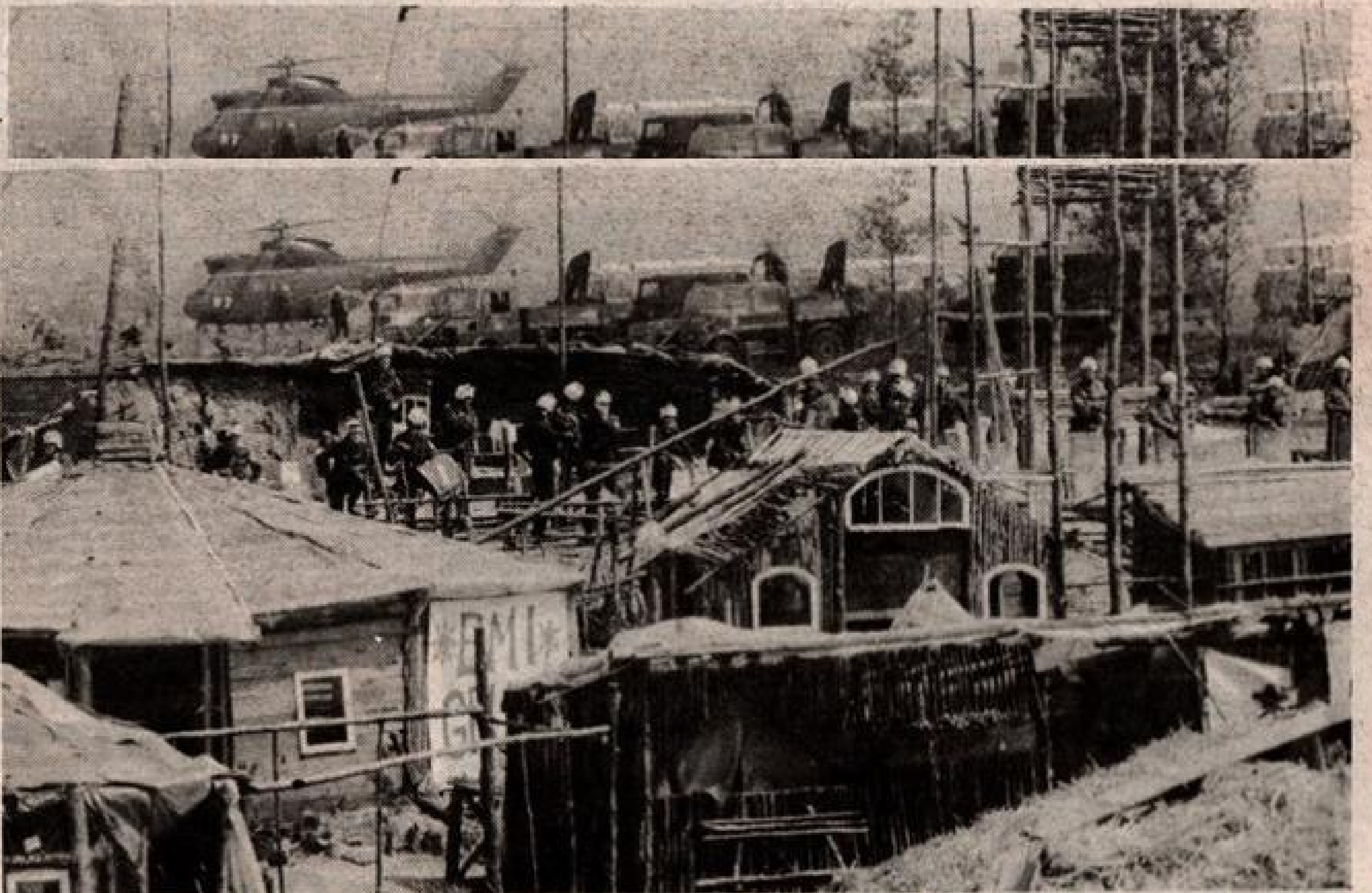
„Und schließlich bestand die Gefahr der Verletzung von Leuten auf den Türmen; stellen Sie sich nur mal vor, einer wäre uns da oben runtergefallen, vielleicht gar nicht mal durch einen Polizisten angefaßt, und wäre also zu Tode gekommen, was dann in der Bundesrepublik losgewesen wäre." Doch es ging keineswegs nur darum, ob sich ohne Bullen-Einwirkung ein Demonstrant zu Tode fallen könnte, denn — so Schulze — man habe *„ernsthaft überlegt"*, die Polizei ohne Schußwaffen zum Einsatz zu schicken. Er führt dann selbst aus, warum man sich vor einer schießwütigen Polizei fürchtete: Reaktionen auf „gewalttätige" Demonstranten, es herrschte *„eine widerliche Hochspannung, was nun wirklich aus dem ganzen Tag werden würde"*, die Polizei hätte auf dem Platz unterlegen sein können. Doch gegen diese Befürchtungen seitens der Politiker hat sich die Polizei mit Erfolg wehren können: *„Und ich muß Ihnen sagen, als ich davon das erste Mal gehört habe, hab' ich mich ganz energisch dagegen ausgesprochen, denn diese Nachkriegspolizei hat es nicht verdient, daß in einer solchen kritischen Situation das, was wir, glaub' ich, alle uns insoweit im Umgang mit Schußwaffen an pflichtgemäßer Dienstausführung und Vertrauen erworben haben in einer kritischen Situation hin zu einer Entwaffnung der Polizei führen soll. Und dann hat — Risiko ist in jedem — und dann haben wir gesagt: Nein, dann wird diese verantwortliche Polizeiführung nachhaltig dafür eintreten, daß ein solcher psychologisch negativer Effekt auf diese Beamten nicht ausstrahlt, daß man uns jetzt nicht zutraut, so mit den Dingen umzugehen, wie das jahrzehntelang nach dem Kriege bewiesen worden ist."*

Nun, der Schußwaffengebrauch hat natürlich soviel bewiesen, daß selbst die Politiker mißtrauisch waren, die sich sonst nach jedwedem Einsatz offen vor die Polizei stellen. Als Kompromiß hob dann „eine Weisung des Innenministers" den normalen Schußwaffengebrauch (außer „Notwehr") auf, der — so die Ausführungen Schulzes — jedem Polizisten auch ohne Befehl (wenn kein Leiter, bzw. Oberkommando direkt zur Hand ist) erlaubt, *„fluchtunfähig zu schießen, um einen flüchtenden Verbrecher zu stellen"*. Bezeichnend, daß Schulze dieses Verbot für Gorleben glatt als „Verzicht" begreift: *„Damit verzichtete also quasi der Staat auf ein Machtmittel, was er sonst j e d e n T a g gelten läßt. Alles in dem Bemühen, nur um Himmels Willen keine unnötige Eskalation, lieber auf die Strafverfolgung eines dann wirklich Flüchtenden zu verzichten."* Vor diesem Hintergrund wird auch verständlicher, welchen Nebeneffekt zumindest die erfundenen bzw. konstruierten Waffengeschichten seitens der Polizei für Gorleben sollte. Man hatte damit dem Ministerium folgendes Einsatzspiel zumindest abgetrumpft: *„Sie allesamt verlassen sofort das Gelände, nehmen volle Deckung ein"*, sollte der Befehl, der Waffeneinsatz androhte, lauten, falls — so Schulz — *„typische Bremer — ich denke jetzt an die Bremer Krawalle ... unter bestimmten Voraussetzungen davon* (ihren angeblich mitgebrachten Waffen — Anm.

Da mußte auch der Innenminister einsehen, daß bei dieser vorgeblichen Bedrohung die Polizei ja nicht ohne Waffe auf dem Platz hätte stehen können.

Die Geschichte mit den Waffen

Wie getürkt die Waffengeschichte war, entnimmt man dem Bullenbericht selbst. Die bereits zitierte Warnung war ein Fernschreiben, *„das das Land Bremen an den Bundeskanzler, an das Bundeskanzleramt, geschickt hatte"*. Später heißt es, daß für diese Behauptungen auch in Bremen selbst keine Bestätigung zu finden gewesen sei. Man habe zwar mit „der perfekten Aufklärung auf dem Platz" seitens der Spitzel *„Molotowcocktails und deren Vorbereitung"* (wozu ja schon leere Flaschen bzw. Benzinkanister zählen, S. AK 179, 181) gefunden, aber keine entsprechenden Waffen, sondern nur eine durchbohrte Schreckschußpistole, die offenbar ein Spitzel selbst mithatte, wie es in der „Neuen" zu lesen war (s. AK 181). Zumindest war das Anliegen, die „Entwaffnung" der Polizei damit vom Tisch zu bringen, durchgesetzt worden.



Kurzmeldungen

Japan will Atommüll im Pazifik versenken

Japan will im nächsten Sommer zwischen 5.000 und 10.000 Fässer mit schwachaktivem Atommüll rund 900 km südöstlich von Tokio im Pazifik versenken. Dabei handelt es sich nur um ein Vorexperiment, da Japan beabsichtigt, später seinen ganzen Atommüll auf diese Art „loszuwerden". Die Regierungen der Südseeinseln haben schon schwerste Proteste angemeldet, nachdem sie auf dem Bikini-Atoll erleben mußten, wie einige Inseln durch die Atombombentests unbewohnbar wurden („VWD", 6.8.80).

50 Jahre Erfahrung mit KZ-Gas

Die „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung" in Frankfurt (DEGESCH), während des Faschismus Lieferant des Mordgases Zyklon B für KZs, preist heute in der Bundesrepublik ungehindert ihr Zyklon-Blausäureverfahren als *„seit 50 Jahren bewährt"* an. Bei den Lieferungen in die KZs wurde als Verwendungszweck "Entwesung und Entseuchung" angegeben, was in Wahrheit die Vergasung von Millionen Menschen bedeutete. Doch unverfroren brüstet sich die DEGESCH-Tochter in Hamburg, die ebenfall Zyklon B vertreibt: *„Seit 60 Jahren betreiben wir Schädlingsbekämpfung und haben entsprechende Erfahrung".*

Nicht nur, das dies eine zynische Verhöhnung der Ermordeten des Nazi-Regimes bedeutet, es läßt zudem bei heutigen Aussprüchen über „Ratten und Schmeißfliegen" aufhorchen („UZ", 8.8.).

Rheinverschmutzung ist billig

Der Leiter des Hoechster Thiodanbetriebes in Griesheim ist zu 13.500 DM Strafe wegen „fahrlässiger Gewässerverschmutzung" verurteilt worden, sein Stellvertreter muß 10.8000 DM zahlen. Angesichts von 200.000 DM Schaden eher eine Ermunterung, weiterhin das Schließen von Behältern zu „vergessen", wie behauptet wurde.

Als dann kürzlich die Aktionsgemeinschaft „Rettet den Rhein" auf einer Rheinschiffahrt durch Probenziehen ermittelte, daß bei 16 Schadstoffen (bei 30 insgesamt) die Grenzwerte erheblich überschritten werden und deshalb Strafanzeige stellte, wurde sie von den Behörden zum „Dank" erheblich angegriffen: Die BASF bezweifelte schlicht die „Qualifikation und Kompetenz" der Gruppe, die Kommission zur Reinwaschung des Rheins erklärte, daß der Rhein immer sauberer und sauerstoffreicher würde; die biologischen Lebensgemeinschaften würden „bedeutend gesünder, arten- und zahlreicher", erklärte der Landwirtschaftsminister Meyer aus Rheinland-Pfalz.

Da kann dann ja wieder ordentlich Gift eingeleitet werden.

Tonbandprotokoll scheucht Polizei auf

Die breite Veröffentlichung eines Tonbandprotokolls eines Polizeilehrgangs zwecks Nachbereitung der Räumung von 1oo4 (die "taz" brachte fast den gesamten Text am 2o.8. — der vollständige Text ist auch in unserem Besitz) rief hektische Aktivitäten bei der Polizei hervor. Nach Bekanntwerden der Textveröffentlichung durch die BI Lüchow-Dannenberg wurden in der Nacht zum 12. August und am Vormittag gleich drei Hausdurchsuchungen durchgeführt. Unter der Leitung des Lüneburger Staatsanwaltes Feindt durchsuchten 11 Zivilbullen die Praxis des Rechtsanwaltes Wolf Römmig, zweiter Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg und ihr Pressesprecher. Vorher war man bereits in seiner Wohnung im Landkreis eingebrochen, die verwüstet zurückgelassen wurde. Die dritte Durchsuchung fand im Büro des Notars statt, welcher im Beisein von Römmig durch zwei Polizeibeamte die Echtheit des Tonbandprotokolls beglaubigt hatte. In keinem Fall wurde das Band gefunden.

Um derartige "Pannen" (Veröffentlichung eines polizeiinternenTonbandprotokolls) und ähnliche "Indiskretionen" zu vermeiden, bzw. eine Sympathieentwicklung der Polizei mit der gorlebener Bevölkerung zu vermeiden, werden schon seit langem die dort stationierten Bullen alle 14 Tage ausgewechselt. Die örtliche Polizei wird aus demselben Grund weitgehend aus den speziellen Gorleben-Maßnahmen herausgehalten.

Inzwischen haben zwei weitere Polizeibeamte ihre Gedanken über ihren "Job" in Gorleben in Tagebüchern festgehalten und dem Pastor von Gartow zur Veröffentlichung übergeben. Teile davon wurden bereits in der "taz" veröffentlicht, der Text wird in einer "Wendland-Dokumentation" von Günter Zint abgedruckt werden. Vorsorglich wurde gegen "verdächtige" Polizisten Strafanzeige gestellt. Das wäre ja noch schöner, wenn Polizisten sich eigene Gedanken machen wollten - und das in aller Öffentlichkeit.

»Kleine« WAA im Emsland?

Wie die Wirtschaftsministerin von Niedersachsen, Breuel, mitteilte, hat sie nicht nur vor, das Emsland mit AKW's zu pflastern, sondern ihm auch die zweite kleine WAA zu bescheren. Hierzu haben die emsländischen BIs eine treffende Erklärung verfaßt, aus der wir auszugsweise zitieren: *„Die emsländischen BIs haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß im Emsland eine Wiederaufbereitungsanlage für 35o Jahrestonnen gebaut werden soll. Sofern diese Anlage als „kleine" Anlage bezeichnet wird, ist wohl gemeint, daß es sich um die kleinste unter den ganz großen handelt. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß der Bau von vier 1300 MV Druckwasserreaktoren im Raum Lingen Meppen und die entsprechenden Planungen auf dem Rysumer Nacken (Emden) schließlich ein nukleares Entsorgungszentrum auf der Achse Wippingen/Gasselte (NL) nach sich ziehen werden ...*

. . .Auf die zum Teil skurrilen und lächerlichen technologischen Einlassungen bezüglich der Weiterverwendung von Spaltprodukten können wir vielleicht im Rahmen eines demnächst erscheinenden Witzblattes eingehen. . . .Die Behauptung, die radioaktiven Abfallprodukte wie Caesium und Strontium könnten z.B. in der Landwirtschaft und im Maschinenbau weiterverwendet werden, zielt auf eine bewußte Irreführung der Bevölkerung ab, ist nichts weiter als Bauernfängerei. Wichtig ist den Betreibern solcher Anlagen nur das Plutonium. Und ein Unfall kann in seinen Auswirkungen den Abwurf einer Atombombe überschreiten. Wiederaufbereitung ist Strahlenkrieg gegen die eigene Bevölkerung."

AKW-Nein-Kommission

Brunsbüttel: Das nächste Unglück durch menschliches Versagen?

Das BRD-Pannenrekord-AKW in Brunsbüttel soll Anfang September wieder in Betrieb gehen. Bis dahin soll das AKW offenbar wieder fit sein. Nach einer beispiellosen Pannenserie war infolge eines Unfalls im Juni 1978 das AKW vollkommen ausgefallen und nur knapp einer Katastrophe entgangen (siehe AK 133, S. 17). Der ursprünglich geplante Start am 7.8. ist jetzt zur Erleichterung aller Beteiligten und auch mit dem Einverständnis der Betreiber verschoben worden. Die Richter wollen bis dahin noch mehrere Klagen gegen die Wiederinbetriebnahme vom Tisch bringen. Wenn man sich nun das Ergebnis der Sicherheitsverbesserungen in den zwei Jahren anguckt, läßt sich schon vorausahnen, wo es das nächste Mal knallt.

Seinerzeit war ein Rohrstutzen abgerissen, obwohl das AKW nur 20 % der vollen Belastung fuhr. Die Besatzung schaltete danach das Sicherheitssystem aus, mit dem Ergebnis, erst recht einen großen Unfall hervorzurufen.

Inzwischen wurde der Stutzen wieder angeflickt. Trotz neuer Konstruktion dieses Stutzens könnte er ja wieder abfliegen, dennoch, ein gleicher Unfall ist nicht mehr möglich. Falls dieser Stutzen wieder abfliegt, wird sich das AKW auf jeden Fall abschalten.

Das Sicherheitssystem wurde so verändert, daß das Personal zukünftig nicht mehr 5 Minuten Zeit hat, um durch einige technische Schaltungen das Schutz-System auszuschalten, so daß der Reaktor dann trotz Unfall weiterläuft.

Das gilt aber nur für zwei Arten von Unfällen. Für alle übrigen bleiben 5 Minuten, im Gegenteil, es ist vermutlich noch einfacher geworden: Eine „Reaktorschutztafel" wurde inzwischen direkt in den Bedienungsraum verlegt: *„Sie bietet die Möglichkeit, das Reaktorschutzsystem von der Warte aus zu prüfen. Das Betriebspersonal kann zugleich das Reaktorschutzsystem dadurch besser überwachen."*

Nun, Fachleute wissen, daß damals die Meßgeräte ausgeschaltet wurden, indem diese Geräte auf „Prüfen" gestellt wurden (dann wird das Gerät statt des Reaktors geprüft, der dann unkontrolliert weiterläuft). Und dieses System wird nun dem Personal direkt in Reichweite vor die Nase gesetzt. Wenn ein Meßwert ein bißchen verrückt spielt: ein kurzer Blick auf die Tafel, Taste drücken: „Prüfen" und schon läuft alles wie geschmiert. Sollte das Meßgerät angezeigt haben, daß der Reaktor verrückt spielt, ist es danach schon passiert. Den Schuldigen können wir jetzt schon präsentieren: „menschliches Versagen" beim Betriebspersonal.

(Informationen aus: Anlage 1 zur Pressemitteilung der Landesregierung vom 24.7.80; neben den 3 erwähnten Änderungen im Reaktor gibt es noch 17 weitere: neue Pumpen, neue Aggregate, etc.)

AKW-Nein-Kommission

Es tönt nach jeder Flanke: Atomkraft – Nein danke!

HSV O.K. – ATOMKRAFTWERKE NEE! Mit diesem Schlachtruf zogen Hammer AKW-Gegner und Fußballfans am 10. August zum Spiel der Hammer Spielvereinigung gegen Sportfreunde Siegen (0:2/5000 Zuschauer). Nicht nur das Spiel war für die HSV-Funktionäre ein Mißerfolg (HSV-Trainer: „Mit dieser Niederlage hat für uns der Abstiegskampf begonnen"), sondern auch das große Transparent „zieht die Trikots aus – VEW macht Werbung draus", mit dem die Fußballfans und Kernkraftwerksgegner HSV-Vorstand und VEW die rote Karte zeigten. Hatten Vereinsetagen und Sportfunktionäre im DFB zu Argentinien „Fußball ja – Folter nein" notwendige Solidarität mit der unterdrückten Bevölkerung vermissen lassen, schickt sich nun der HSV an, „unpolitisch" für Kernenergie zu werben. „VEW – Kohle und Kernenergie" heißt die Trikotwerbung, mit der hierzulande besonders für den beschleunigten Bau des Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop Reklame gelaufen werden soll. Tanzen Spieler aus der Reihe (d.h. wollen nicht für Atomenergie spielen), so beraumt der Verein ein „klärendes" Gespräch zwischen Vertretern der VEW und seinem Spielerkader an. Dieses Gespräch entwickelte sich zu einem Zwiegespräch zwischen Rolf Falout (VEW-Abteilung Information) und Verteidiger Hermann Hummels (HSV). Behauptete Falout: „Wir machen keine Produktwerbung, sondern ein Programm zur Lösung energiepolitischer Probleme, die von der Mehrheit getragen wird" (wann gab es denn einen Volksentscheid?), wehrte sich Hummels als einziger dagegen, „in mieser Weise zu einer Meinungsmache mißbraucht zu werden." Scheinheiliger Sportkommentar der WAZ, Hamm, 12.8.80: *„Nachdem Hummels seinen Standpunkt unzweideutig dargelegt hat, bleibt ihm eigentlich nur der Vereinsaustritt, wie ihn der Werler Preuße Wilfried Mössing aus gleichem Grunde vollzogen hat. Auf der einen Seite fällt es nicht schwer, den Zwiespalt nachzuempfinden, der sich in Hummels Seele auftut: Der junge Mann (jaja, der alte Schreiberling ist hier am Werk) tut nichts lieber, als Fußball spielen; er müßte eine fünfmonatige Sperre in Kauf nehmen, und er fühlt sich bei der HSV pudelwohl."* Unser Kommentar: Es scheint, hier wird die Sperrklausel erpresserisch eingesetzt!

Damit Hummels mit seiner Meinung auch bei Auswärtsspielen der HSV nicht alleine dasteht, sollten Fußballfans und Atomkraftwerksgegner in den Städten der Oberliga Westfalen im Kampf gegen Atomanlagen und Atomwaffen Solidarität üben und ebenfalls mit Transparenten gegen die menschenfeindliche Technologie auf den Plätzen erscheinen.

Die Hammer AKW-Gegner planen einen Aufkleber herauszubringen: HSV O.K. – Atomkraftwerke – Nee. Für diese Losung gilt es jetzt, die Zuschauer zu gewinnen. Deshalb: Hört auf Uwe Seeler, Atomkraft ist ein Fehler.

Ein Genosse aus Münster



Kurzmeldungen

Argentinien: Atucha II genehmigt

Ende Juli genehmigte die argentinische Atomenergie-Kommission den Bau des 600 Megawatt-AKW Atucha II. Damit ist die letzte Hürde für das 2,5 Mrd. DM-Projekt von Siemens und einer Schweizer Firma, die speziell die Schwerwasseranlage liefert, gefallen. Ein deutsches Bankenkonsortium, unter Führung der Westdeutschen Landesbank, stellt einen Kredit von 850 Mio. DM zur Verfügung, die „Kreditanstalt für Wiederaufbau" sogar insgesamt 1 Milliarde DM; Entwicklungshilfe a la BRD!

Kanada hat inzwischen die Lieferung von Uran in die BRD eingestellt, um zu verhindern, daß solches auf diesem Umweg nach Argentinien gelangt („VWD", 23.7. und 8.8.).

2.300 Zwischenfälle in US-AKWs – bedeutungslos?

Nach einer Mitteilung von „Critical Mass", einer amerikanischen Anti-AKW-Initiative haben sich 1979 in den industriellen Atomanlagen der USA 2.300 Zwischenfälle ereignet. Keins der AKW hat weniger als zehn Zwischenfälle, die Spitzenreiter kommen auf über 100.

Diese Angaben wurden mittlerweile von der Atomenergiebehörde und den Atombetreibern voll bestätigt. Sie erklärten aber diese Zahl für „völlig bedeutungslos": *„Keinesfalls dürfe man den Fehler machen, die Zahlen als Anzeichen für das Vorliegen von Sicherheitsproblemen anzusehen."* Im Gegenteil: Die hohe Zahl der „Versager" beweise nur die Gewissenhaftigkeit der Atomindustrie, die nach Harrisburg „einfach alles" berichten würden, *„auch ganz triviale Betriebsunterbrechungen"* („Blick durch die Wirtschaft", 6.8.80).

Windscale: Tödliche Verseuchung

Acht Jahre lang lief aus einer Auffangwanne für radioaktive Abwässer durch ein Leck eines AKW in Windscale radioaktives Wasser aus. Nachprüfungen ergaben jetzt, daß noch in vier Meter Tiefe eine Strahlungsdosis von 600 rem pro Stunde meßbar ist, eine absolut tödliche Dosis.

Schon im Mai 1978 war eine Verseuchung in der Nähe des AKW festgestellt worden, doch nichts geschah. Wieder einmal zeigte ein Meßgerät völlig falsche Werte an, so daß erst im März 1979 das Leck gefunden wurde. Die britische Atomkontrollbehörde stellt in ihrem abschließendem Bericht fest, daß ein „fehlendes Sicherheitsbewußtsein" verantwortlich sei. Um mit dieser Tradition nicht zu brechen, kommt sie auch zu dem stereotypen Schluß, daß die Verseuchung von 1.700 cbm Erde *„gegenwärtig*

typen Schluß, daß die Verseuchung von 1.700 cbm Erde „gegenwärtig

keine Gefahr für die Arbeiter oder für die Öffentlichkeit darstellt" („taz", 4.8. und „VWD", 1.8.).

Schneller Materialverschleiß

Daß Atomkraftwerke aufgrund ihrer eigenen Strahlung auseinanderbröseln, ist jetzt auch der staatlichen schwedischen Kernkraftinspektion aufgefallen. Sie wies die Atomüberwachungsbehörden auf das „Phänomen der schnellen Materialermüdung der Röhren der Reaktorkühlsysteme" hin. In den AKWs Barsebäck II und Oskarshamn II waren in den Röhren der Kühlsysteme bei Ultraschalluntersuchungen im Juli dieses Jahres Risse festgestellt worden. Diese Risse waren auf erhebliche Materialermüdung infolge von Temperaturschwankungen zwischen 30 und 250 Grad zurückgeführt. Die Inspektion will jetzt prüfen lassen, ob die Risse eine Gefährdung bedeuten, bevor weitere Maßnahmen angeordnet werden.
(Nach „VWD" 29.7. und „FAZ" 28.7.80).

Auf die Fessenheim-Katastrophe vorbereiten

Der Landrat in Breisgau/Hochschwarzwald macht sich Sorgen um einen Nuklearunfall. Die medizinische Versorgung sei bei Unfall in Fessenheim *„zur Zeit nur bedingt gesichert"*. Mangelnde Information der Behörden, zu geringe Evakuierungszone (nur sechs statt zwölf Kilometer Umkreis), keine Bunker und keine griffbereiten Jodtabletten wurden von dem Landrat kritisiert. Kein Wunder über diese Sorgen. Denn schon wieder einmal meldete Fessenheim I nach dreiwöchigem Betrieb erneute Stillegung. Radioaktiver Dampf strömte ins Reaktorgebäude. Auch Fessenheim II lag still.

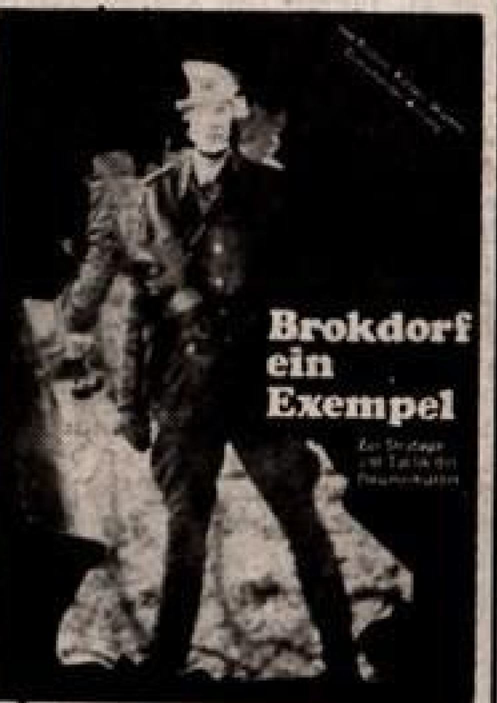
Aus bisherigen Kämpfen lernen um die künftigen zu meistern!



„Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?"

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atommacht zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft".
Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit.

48 Seiten A4 DM 2.–



Brokdorf – ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeiüberfälle auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienst-

ziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienstanweisungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für alle AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.

87 Seiten A4 DM 3,50



Kalkar am 24.9.

30 Seiten aktuelle Fotos DM 3,50

Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW-Demonstration mit mehr als 50. 000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt.
Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bilddokumentation enthalten, in dem die bisher größte bundesrepublikanische Polizeiaktion eindrucksvoll belegt ist.

64 Seiten A4 DM 3,50

Buchtip »Wir lassen uns unsere Angst nicht ausreden«

Buchtip »Wir lassen uns unsere Angst nicht ausreden«

Die Autorin Christina Perincioli (Regisseurin u.a. von „Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen"), besuchte ein halbes Jahr nach der (ersten) Harrisburg-Katastrophe die Orte rings um das AKW Three Miles Island und machte Interviews mit Frauen, die jetzt, zusammen mit Redebeiträgen von Frauen vor der US-Atomkontrollbehörde, als rororo-Bändchen veröffentlicht worden sind.

Nach dem AKW-Unfall hat sich gezeigt, daß es vor allem die Frauen sind, die sich am radikalsten für die Schliessung des Werks einsetzen und die Verantwortlichen anklagen. Frauen, die noch vor kurzem als typische amerikanische Mittelstandfrauen nur für ihre Familie lebten, das hübsche kleine Eigenheim und das Wohl des Gatten im Kopf hatten, organisieren jetzt Versammlungen, lassen sich beim Flugblattverteilen als Radikale beschimpfen und agitieren skeptische Nachbarn. Gerade durch ihr Verantwortungsgefühl für die Familie und die Gesundheit der Kinder haben die Frauen am deutlichsten die Menschenverachtung von Atombetreibern und Regierung gespürt. Die Entscheidungen, ob die Familie evakuiert worden soll, wohin die Kinder gebracht werden können, ob Schwangere es noch wagen können, ihr Kind auszutragen, mußten von den Frauen gefällt werden. Die Erfahrung, wie ihre Unkenntnis und Vertrauensseligkeit ausgenützt worden ist, hat sie zu kompromißlosen Gegenerinnen der Atompolitik gemacht.

Während des Unfalls weigerten sich die meisten Männer zu fliehen, teils aus berechtigter Sorge um ihren Arbeitsplatz, aber auch aufgrund ihrer Männlichkeits-Ideologie:

„Kurz nach dem Unfall haben wir einen Ausdruck geprägt: ‚nuclear macho', eine Art männliches Durchhaltesyndrom – das bedeutet, daß die Männer in der Gegend noch dem Unfall ernste Schwierigkeiten hatten, da ihre traditionelle Rolle als Beschützer von Hof und Heim und von Kind und Frau ihnen abgenommen wurde. Und noch dazu durch etwas, das man nicht sehen konnte, nicht schmecken konnte, nicht berühren konnte. Es war eine Situation, die völlig außerhalb ihrer Kontrolle lag. Sie konnten nicht dagegen ankämpfen; sie trugen auch keine Narben, die beweisen konnten, daß sie irgend etwas durchgemacht hätten. Das Ergebnis war ein deutlicher Anstieg von Beklemmungsanfällen bei den Männern." Nach dem Unfall:

„Die Männer betrachten den Widerstand als ziemlich hoffnungslos; sie sagen, wir haben bereits so viel verloren, jetzt wollen sie nur noch zusammenhalten, was ihnen geblieben ist und wursteln ums Haus herum... Fast alle Frauen, die aktiv sind, haben das Problem, egal ob die Männer dafür sind oder nicht: sie sind alle sauer, daß es soviel Zeit kostet. Es gibt eine Menge Streit deswegen. Sicher, das Werk muß geschlossen werden, aber warum mußt ausgerechnet du es tun...?"

Ein Buch, das Wut und Mut zugleich macht. Es sollte auf keinem Büchertisch fehlen.

C.Perincioli:
Die Frauen von Harrisburg oder „Wir lassen uns unsere Angst nicht ausreden"
rororo aktuell 4719

cha., Göttingen

Frankreich bestätigt Nuklearzusammenarbeit mit Irak

In einem Kommunique erklärte das französische Außenministerium, daß sich Frankreich durch niemanden von der Zusammenarbeit mit dem Irak abhalten lasse. Frankreich reagierte damit auf einen Protest des israelischen Außenministeriums, das vor einer irakischen Atombombe gewarnt hatte. Vor ein paar Wochen war bekannt geworden, daß Frankreich einen Versuchsreaktor inklusive hochangereichertem Uran in den Irak geliefert hat und ein zweiter Ende dieses Jahres folgen wird. Nach Schätzungen des israelischen Geheimdienstes ist der Irak damit bis Mitte der achtziger Jahre im Besitz von Atomwaffen.

Daß ausgerechnet Israel vor dem Bau von Atombomben warnt, ist mehr als makaber. Schon in den sechziger Jahren baute Israel mit Hilfe der USA und der BRD seine erste Atombombe. Und wie aus späteren Enthüllungen über den Jom-Kippur-Krieg hervorging, hatte es sogar atomwaffenbestückte Bomber mit 10 Atombomben über der Sinai-Halbinsel fliegen, die dann nicht zum Einsatz kamen, als sich das Kriegs„glück" zugunsten Israels wandte. So scheint der Protest eher auf den Befürchtungen zu beruhen, daß das Atomwaffen-Monopol Israels in dieser Region durchbrochen wird. Zudem zeigte Israel schon mehrfach, daß es nicht nur mit Worten protestieren will. Bei zahlreichen Sabotageakten in Frankreich und im Irak gegen Nuklearanlagen ist die Urheberschaft des israelischen Geheimdienstes ein offenes Geheimnis.

(Alle Informationen nach „VWD", 30.7.80 und „SZ", 19.7.80; s. auch AK 176 zu Israels Atombombe.)



»Unser Gorleben ist die Startbahn West«

Der Kampf gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens hat sich in den letzten 4 Wochen enorm zugespitzt: Ausgerechnet am gleichen Tag, an dem FDP- Generalsekretär Verheugen die FDP als d i e Partei des Umweltschutzes darzustellen versuchte und die Forderung aufstellte, das Recht der Menschen auf eine lebenswerte Umwelt müsse zu Verfassungsrang erhoben werden, genau an diesem 22.7. erklärte der hessische Wirtschaftsminister, Karry (FDP), den Bau der Startbahn „18 West“ auf dem Frankfurter Flughafen für „sofort vollziehbar“. Der Bau der Startbahn West – der seit über 10 Jahren von der betroffenen Bevölkerung bekämpft wird – würde für 3 Millionen (!) Bäume die Rodung bedeuten. Für das ohnehin stark belastete Rhein- Main-Gebiet hätte das fatale Folgen: Temperaturanstieg von 1–2 Grad, weitere Grundwasserabsenkung, weitere Lärmsteigerung usw.

Trotz noch ausstehender Gerichtsentscheidungen über die Genehmigung des Baus der Startbahn West, könnte durch diese Provokation Karrys der Bau bereits Anfang September beginnen.

Dagegen nimmt der massenhafte Widerstand in den umliegenden Gemeinden bereits heute Züge an, die – ohne Übertreibung– an den Kampf der Bevölkerung von Wyhl und Gorleben erinnern!

(Weitere Informationen zur Startbahn West im AK 153: „Noch ist Frankfurt nicht Narita“).

Karry lügt seine eigene Partei an

Karry lügt seine eigene Partei an

„Ich will die politische Absicht deutlich machen, den Flughafen auszubauen, und ich will mich nicht hinter den Beschlüssen eines Gerichts verschanzen“ (FR, 23.7.80). Dies ist die zynische Erklärung Karrys für die Vollzugsanordnung, deren rechtliche Grundlage mehr als umstritten ist. Denn die Städte Rüsselsheim, Flörsheim und Bischofsheim besitzen im für die Startbahn benötigten Gelände noch wesentliche Grundstücke und haben bislang auch nicht vor, diese für die Flughafenerweiterung zu verkaufen. Überhaupt besitzt die Flughafen AG (FAG) erst eine Drittel des benötigten Geländes.

In einem Brief an die hessiche FDP- Landtagsfragtion erläutert Karry, der sofortige Vollzug böte die Chance, die Startbahn West 1–2 Jahre früher auszubauen und bereits im Sommer 1984 damit fertig zu sein. Völlig typisch für die verkommenen bürgerlichen Parteien: Die FDP- Fraktion stellte sich voll hinter Karrys Entscheidung, obwohl sie von ihm hinters Licht geführt wurde.

Denn, daß es sich bei Karrys Worten tatsächlich um *„lügenhaftes Geschwätz“* handelt, wie der „Bund für Umwelt und Naturschutz“ (BUND) in einem Schreiben betont (FR, 15.8.80), belegt die Sitzung der FDP- Landtagsfraktion am 11. Juli in Groß-Gerau. Ganze 10 Tage vor seiner Entscheidung des sofortigen Vollzugs, hatte er während der Sitzung diese Möglichkeit vor seinen eigenen Fraktionsmitgliedern noch als „ausgeschlossen“ bezeichnet, *„weil nach seiner Meinung diesem Handeln ohnehin der Widerstand der Grundstückseigentümer, aber auch prozesstaktische Gründe entgegenstünden“* (FR, 29.7.80).

Börner wußte Bescheid

Während insbesondere von SPD-Kreisen versucht wurde, die unpopuläre Maßnahme Karry allein zur Last zu legen, erklärte er bereits am Tag der Anordnung, daß der hessische Ministerpräsident Börner (SPD) *„von der Absicht, die sofortige Vollziehbarkeit anzuordnen, Kenntnis gehabt (habe)“* (FR 23.7.80).

Lügt auch Börner?

Sollten sich die SPD- Landtagsfraktion und Ministerpräsident Börner nicht eindeutig von Karrys Anordnung distanzieren, wäre dies ein „eklatanter Verstoß gegen bisherige innerparteiliche Absprachen“, erklärte der SPD- Vorsitzende von Mörfelden— Walldorf, May, in der FR vom 24.7. Nach der Entscheidung Karrys, sehe er sich auch nicht mehr zur Verschwiegenheit über die Zusammenkunft der Flughafen - Kommission des SPD- Landesvorstands vom 16.7. in der Wiesbadener Staatskanzlei verpflichtet. Denn dort habe Börner auf Anfrage erklärt, daß er n i c h t für eine sofortige Vollziehbarkeit sei!

Nur ganze 6 Tage später stellte sich jetzt Börner hinter Karry, der *„abgewogen hat, wie die Interessen des Landes am besten zu wahren sind“* (FR, 23.7.80).

In einer Stellungnahme der SPD-Fraktion von Mörfelden-Walldorf erklärte Pfarrer Oeser (Umweltschutzbeautragter der evangelischen Kirche), die Entscheidung sei nicht nur

klärte Pfarrer Oeser (Umweltschutzbeautragter der evangelischen Kirche), die Entscheidung sei nicht nur

ein Coup Karrys, sondern eine auf eine Grundsatzentscheidung der hessischen Landesregierung hinzielende Anordnung (FR, 28.7.80).

Der Verdacht, daß es sich bei diesem abgekarteten Spiel um ein gemeinsames Unternehmen der SPD- und FDP- Führung handelt, verdichtet sich durch die Erklärung Oesers, daß Börner bereits vor Monaten, im Hinblick auf anstehende Enteignungsverfahren, damit gedroht hat, ein „Flughafen- Gesetz“ im Landtag beschließen zu lassen, um waldbesitzenden widersprenstigen Gemeinden die Möglichkeit zu nehmen, ihre Rechte zu wahren.

„Wir wollen keine Karry-Piste“!

Das Bekanntwerden der Verfügung löste in den umliegenden Städten und Gemeinden sofort heftige Proteste aus. Allen voran die „BI gegen die Flughafenerweiterung“, die Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf (CDU-SPD-DKP-FDP) und die „Kommunale Arbeitsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung“, in der einige der betroffenen Gemeinden sich zusammengeschlossen haben.

- Die BI hatte bereits vor einigen Wochen vorsorglich und nach bewährtem Muster auf dem Gelände der geplanten Startbahn eine „Schutzhütte“ errichtet und hält seitdem den Platz besetzt!
- Die Stadt Mörfelden-Walldorf und der Kreis Groß-Gerau haben sofort rechtliche Schritte zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ihres Widerspruchs durch einen Eilantrag beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel in die Wege geleitet. Darüber wird wahrscheinlich am 9. September entschieden.

Der FDP- Ortsverband Mörfelden-Walldorf hat die FDP- Landtagsfraktion und das FDP- Präsidium aufgefordert, sich bis zum 15. September von Karry zu trennen; andernfalls werde der Vorstand geschlossen zurücktreten. Der FDP-Ortsverband fühlt sich von Karry nicht mehr repräsentiert und kündigte auch gleich an, sich nicht am Bundestagswahlkampf zu beteiligen! Der Vorsitzende des FDP- Wahlkreisverbandes kündigte an, er werde sein Amt niederlegen, falls Karry bis zum 15.9. nicht von seinem Posten zurückgetreten ist (FR, 25.7.80). Das sind mutige Worte und eine scharfe Drohung. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie konsequent die Kommunalpolitiker der FDP u n d der SPD letztendlich wirklich sind.

Innerhalb einer halben Woche (!) organisierte die BI und die Parteienaktionsgemeinschaft eine Protestkundgebung in Mörfelden- Walldorf. Karry hatte die Anordnung ja voll in die Sommerferien datiert, um somit allzugroße Protestaktionen zu verhindern. Dies sollte ihm jedoch nicht gelingen: Die evangelischen Kirchen von Mörfelden und Walldorf läuteten kurz vor der Kundgebung 10 Minuten lang die Glocken, um die Bevölkerung dadurch zur Teilnahme aufzufordern. Über 3000 Menschen aus den betroffenen Gemeinden kamen am 25.7. zu einer kämpferischen Kundgebung zusammen, die deutlich machte, daß man und frau zum Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung bereit ist. H. Bernhard für den BUND: *„Wirtschaftsminister Karry hat Hessen mit einem Planungsterror überzogen, wie er einmalig in der Bundesrepublik*

H. Bernhard für den BUND: „Wirtschaftsminister Karry hat Hessen mit einem Planungsterror überzogen, wie er einmalig in der Bundesrepublik

ist. Standortsicherungsplan für Kraftwerke, Atomkraftwerk Biblis, Kompaktlager, Wiederaufbereitungsanlage und jetzt als härtester Schlag für diesen Raum, die geplante Startbahn West mit sofortiger Vollziehbarkeit“ (FR, 28.7.80).

Und Gerhard Wink, Vorsitzender der Vertrauensleute der Adam Opel AG Rüsselsheim erkärte: Daß die Startbahn West angeblich Arbeitsplätze bringe, in die dann die von Opel freigesetzten Kollegen eingewiesen werden könnten, sei ein Ammenmärchen. **Hingegen erklärte er die volle Solidarität der Opel-Vertrauensleute mit dem Kampf der BI.**

In einer von den 3000 angenommenen Resolution wird gefordert: *„1. Herr Ministerpräsident Börner veranlaßt Herrn Minister Karry umgehend, die Anordnung des sofortigen Vollzugs zum Bau der Startbahn West zurückzunehmen. Falls dies nicht geschieht, muß Minister Karry entlassen werden. Sollte Ministerpräsident Börner die Entlassung nicht einleiten wollen, wird der Ministerpräsident hiermit aufgefordert, sofort selbst von seinem Amt zurückzutreten.*

2. Der Hessische Umweltbeirat wird gebeten, unverzüglich zu einer Sondersitzung zusammenzutreten.

3. Der Hessische Landtag wird umgehend unter dem Thema Bau der Startbahn West zu einer Sondersitzung einberufen, Er wird aufgefordert, per Beschluß den Bau der Startbahn West abzulehnen. Die Bürger dieser Region erwarten vom Hessischen Landtag, daß er zu der sich abzeichnenden größten Umweltzerstörung in diesem Lande nicht länger schweigt. Die Bürger dieser Region wollen endlich vom Hessischen Landtag, gehört werden“ (FR, 28.7.80).

„Volksfrontpolitik“ der CDU?

Die CDU in Mörfelden-Walldorf, die in einer Parteienaktionsgemeinschaft mit der im Parlament vertretenen DKP zusammenarbeitet, gibt sich hier in der Gegend ‚liberal‘: *„Wenn nunmehr auch Karrys Mut zu dieser Anordnung gelobt werde, dann solle man lieber den Mut der Bürger und Politiker dieses Raumes im Auge haben, die sich gegen die von oben getroffenen Entscheidungen wehrte“.* Etwas scheinheiliger heißt es: *„Es gäbe bei der CDU auf Landesebene keine Entscheidung zugunsten des Startbahnbaus“* (FR, 30.7.80).

Nur einen Tag später machte der Frankfurter Oberbürgermeister und stellvertetende Vorsitzende der hessischen CDU, Wallmann, den „Volksfront“- CDUlern einen dicken Strich durch die Rechnung und versaute ihnen ihr schönes Argument. Wallmann stellte sich voll hinter Karry. Kein Wunder: Denn Wallmann gehört neben vielen hohen SPD-, FDP- und Gewerkschaftsführern auch dem Aufsichtsrat der FAG an.

Am 15.8. schließlich hat der SPD-Landtagsabgeordnete Lang aus Protest gegen die „Karry- Entscheidung“ sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrates der FAG niedergelegt. Dieser Schachzug scheint ein allzu gut erkennbares Täuschungsmanöver der SPD zu sein, denn 1. will Lang den Eindruck erwecken, als trage Karry allein die Verantwortung für die Vollzugsanordnung, und 2. hat Lang im Aufsichtsrat selbst dem Bau der Startbahn zugestimmt! Also was soll das ganze Theater? Nun, Lang

die Vollzugsanordnung, und 2. hat Lang im Aufsichtsrat selbst dem Bau der Startbahn zugestimmt! Also was soll das ganze Theater? Nun, Lang

ist Kandidat des Wahlkreises Groß-Gerau Ost. Hier, unmittelbar im Einzugsgebiet des Flughafens, ist der Widerstand so groß, daß ein weiteres Verbleiben im Aufsichtsrat der FAG mit großer Wahrscheinlichkeit einer erneuten Nominierung bzw. Wahl für den Hessischen Landtag hinderlich wäre.

Auf zur Großkundgebung am 31.8.!

Am 9. September will der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel seine Entscheidung über die sofortige Vollziehbarkeit des Baus der Startbahn West fällen. Nachdem der Antrag auf ein gesamtökologisches Gutachten abgelehnt wurde, haben sich die Chancen für einen Erfolg der Ausbau- Gegner auf juristischer Ebene sehr veringert.

Die BI hat bereits an die 40.000 Unterschriften gegen den Bau der Startbahn gesammelt und die Vorbereitungen für Aktionen laufen auf vollen Touren. Ein Alarmplan für die Verteidigung der „Schutzhütte“ auf dem besetzten Gelände ist so gut wie fertig. In die Alarmliste haben sich bereits 400 Leute – außer den BIlern– eingetragen! Die Demonstration am 31.8. am Frankfurter Flughafen, zu der über 10.000 Teilnehmer erwartet werden, soll *„auch mobilisierende Wirkung für den Tag des Baubeginns haben, damit zu diesem Zeitpunkt sehr viele der betroffenen Bürger das Baugelände gewaltfrei besetzt halten“*, schreibt die BI (FR, 8.8.80). Denn sollte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel die sofortige Vollziehbarkeit Karrys bestätigen, so wäre eine Bauplatzbesetzung die letzte Chance, diese neuerliche Umweltzerstörung zu verhindern.

Kommt alle am 31.8. zur Großkundgebung am Frankfurter Flughafen!

KB/ Frankfurt

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

41 Duisburg
Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg



Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Die Volksgemeinschaft marschiert: „Deutschland den Deutschen"

Von der NPD bis zur SPD sind sich alle einig: „Ausländer raus!". Die breit angelegte Rassismuskampagne unter dem Stichwort „Asylantenflut" trägt bereits erste Früchte: Zweimal schon wurde ein Sprengstoffanschlag auf sogenannte Flüchtlingsheime verübt: in Zirndorf am 30.7., in Lörrach am 17.8.; dabei wurde eine erithräische Frau verletzt.

Die erste Stadt, die einen Aufnahmestop für Asylsuchende verfügte, war das sozialdemokratisch regierte Essen. Im Juli folgten die CDU-regierten Städte Frankfurt und Offenbach dem SPD-Beispiel.

Bundesarbeitslosigkeits-Minister Ehrenberg erklärte im gleichen Zeitraum, der Anwerbestop für ausländische Arbeiter/innen würde „mindestens noch 20 Jahre" andauern. Kurz zuvor hatten sich mit jeweils größter Geschlossenheit SPD und CDU/CSU wieder einmal gegen die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer verwahrt.

Die hessische Asylanten-Kampagne

Seit Mai diesen Jahres vergeht kaum ein Tag, ohne daß man beim Aufschlagen der hessischen Tageszeitungen, heißen sie nun „FR", „Bild/Ffm", „FAZ", „FNP" oder wie auch immer — auf 1,2,3,4 Artikel zur sogenannten „Asylanten-Flut" stößt.

Systematisch suggeriert die Presse ihren Lesern, in Frankfurt würde man bald als deutscher Staatsangehöriger direkt auffallen.

Da heißt es: „*Asylanten überrollten das städtische Ordnungsamt. 400 drängten sich vor der Tür. Scheibe eingedrückt*" (FR, 25.5.), oder „*18 Beamte stöhnen hinterm Aktenberg. Im Ausländeramt stapelt sich die Arbeit*" (Abendpost, 17.7), oder: „*Ausländerbehörde dankt ab. Streß, Überstunden, hoher Krankenstand. Nichts geht mehr*" (FNP, 17.7.). Bereits Ende April meldet die gesämte Presse übereinstimmend, derzeit

„*Ausländerbehörde dankt ab. Streß, Überstunden, hoher Krankenstand. Nichts geht mehr*" (FNP, 17.7.). Bereits Ende April meldet die gesämte Presse übereinstimmend, derzeit

befänden sich in Frankfurt 9000 Asylanten. Seltsamerweise ändert sich an dieser Angabe während der nächsten Wochen und Monate nichts, obwohl tagtäglich in der Presse wieder neuer Zulauf am Rhein-Main-Flughafen gemeldet wird...

So begründet CDU-Oberbürgermeister Wallmann seinen am 2. Juli verfügten „Asylanten-Stop" für die Stadt Frankfurt wie folgt:

"*Die Stadt ist mit ihren finanziellen Möglichkeiten als auch hinsichtlich der Unterbringung absolut am Ende... In diesem Jahr wurden in Frankfurt bereits über 8000 Asylanträge gestellt, im Vorjahr waren es noch 4100... Der OB und der Sozialdezernent Trageser machten gestern deutlich, welchen sprunghaft angestiegenen Belastungen die Kommune ausgesetzt ist.*

Die Zahl der Asylbewerber ist bereits seit dem Jahr 1977 (1600 Anträge) in immer rascherem Tempo gestiegen. 1978 wurden 2100 gezählt, 1979 bereits fast die doppelte Anzahl" (FR, 3.7.). Dabei schreibt die FR am gleichen Tag an anderer Stelle:"*Im Mai 8o seien 671, im Juni schon 1182 Asylbewerber registriert worden*". Die Presse stimmt auch darin überein, daß der "Strom" vor allem seit März 8o eingesetzt habe. Rechnen wir einmal nach: Anfang Juli wird erneut behauptet, 9ooo Asylbewerber hielten sich in Frankfurt auf. Da OB Wallmann jedoch nur die Zahl der Anträge ("über 8ooo") bekanntgegeben hat, ist noch überhaupt nichts ausgesagt über die Zahl der real in Frankfurt Verbliebenen. Zweitens wird auch verschwiegen, wieviel Asylsuchende aus den Vorjahren in der für 198o angegebenen Zahl von 9ooo enthalten sind.

Wie dem auch sei: Wenn von einem plötzlichen Anstieg der Zahl der in Frankfurt Asylsuchenden seit M ä r z berichtet wird, für M a i eine Zahl von 671 und für J u n i "schon 1182" angegeben wird, dann meint das offensichtlich eine Steigerung der Zahl von Monat zu Monat mit dem höchsten Ergebnis im Juni. Geht man aber von Wallmanns angeblichen 8ooo Asylbewerbern allein im ersten Halbjahr 198o aus, dann müßten von Januar bis April bereits 6147 Anträge registriert worden sein, d.h. monatlich im Schnitt über 15oo. Die Presse hätte dann für Mai und Juni von einer 'Entspannung der Situation' berichten müssen! Tatsache ist, daß Wallmanns Angaben durch n i c h t s belegt sind. So beklagt sich denn auch ein "FAZ"-Kommentator (Ausgabe vom 11.7.) darüber, daß keine Behörde in der Lage sei, genaue Angaben zu machen. Sollte der einmalige Fall eingetreten sein, daß die deutsche Bürokratie versagt?? Eher ist davon auszugehen, daß in der Öffentlichkeit bewußt ungenaue Angaben gemacht werden, um mit manipulierten Zusammenstellungen den Eindruck eines gigantischen Ansturms von Ausländern nach Frankfurt zu erwecken. Daß jedoch mit Zahlen, die keiner Nachprüfung standhalten, ein Aufnahmestop begründet werden kann, ohne daß sich in den bürgerlichen Institutionen auch nur der Hauch eines Protestes vernehmen läßt, ist bemerkenswert.

Die Stadt Offenbach hat ebenfalls im Juli einen "Aufnahmestop" verfügt. Auch sie begründet dies mit einem schier unerträglichen Zuwachs an Asylbewerbern:"*Waren es vor dem 7.Juli im Durchschnitt drei pro Tag, so stieg der Strom der Asylanten auf 11 Personen täglich*" (Dreieichpost, 22.7.). Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sich darin nichts anderes ausdrückt, als daß ein Teil der in Frankfurt Abgewiesenen nach Offenbach gegangen ist.

Genauso wie mit den Zahlen hin und her jongliert wird, geschieht es auch mit der Angabe der Herkunftsländer der Asylbewerber. Meistens wird von aus Indien, Afghanistan oder Bangla-Desh stammenden Ausländern geredet. Doch ab und zu sikkert durch:"*In den ersten vier Monaten dieses Jahres kamen von den knapp 5o.ooo Asylbewerbern 3o.ooo aus der Türkei. Im April waren sogar 7o% der 1o.7oo Asylsuchenden Türken*" (FR, 31.5.). Auch im Hochtaunuskreis stellen "*türkische Staatsangehörige den weit überwiegenden Anteil von Asylsuchenden*" (FAZ,4.7.). In Dietzenbach sind die "*589 Türken die mit Abstand größte Gruppe*" von insgesamt 922 Asylbewerbern in diesem Ort (FR, 24.7.).

Oder:"*Die Türken stellen nach wie vor die größte Gruppe der Asylbewerber. Seit Anfang des Jahres kommen Monat für Monat 8ooo Türken*

sem Ort (FR, 24.7.).
Oder:"*Die Türken stellen nach wie vor die größte Gruppe der Asylbewerber. Seit Anfang des Jahres kommen Monat für Monat 8ooo Türken*

in die BRD" (FR, 24.6.). Dies dürfte sich seit Ende April spürbar geändert haben, da die Bundesregierung vorsorglich Visumspflicht zunächst für türkische Staatsangehörige eingeführt hat.

Die "Türkeihilfe" am Beispiel der Asylanten

Am 24.6. wurde in der FR ein Skandal bekannt, der seinesgleichen sucht. Es wird berichtet, daß die Zirndorfer Behörde (zuständiges Bundesamt für die Entscheidung über Asylanträge) seit dem 9. Mai als Ablehnungsbescheid für Kurden aus der Türkei ein hektographiertes Mai seien von den dort ausgestellten 9700 Ablehnungsbescheiden 5000 an Kurden gegangen. Aus diesem Formblatt können sich die Betroffenen die "passenden Aussagen" raussuchen, zum Beispiel:"*Die Behauptung, der Asylbewerber sei von Mitgliedern anders orientierter politischer Gruppen erpreßt oder bedroht worden, mag durchaus zutreffen. Daraus lasse sich aber kein Asylanspruch ableiten, weil es keine speziell gegen den Antragsteller gerichtete staatliche Verfolgungsmaßnahme darstelle. In der Türkei seien Armee und Polizei willens und in der Lage von Extremisten bedrohten Personen Schutz zu gewähren. Außerdem habe der türkische Staat alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ergriffen, die inneren Unruhen zu unterbinden. Unter anderem das Budget für die inneren Sicherheitskräfte wurde im Staatshaushalt 1979 erheblich erhöht und der Ausnahmezustand ist verlängert und erweitert worden*"!!! Es fehlt nur noch der Hinweis, daß sich auch die BRD "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" um Ruhe und Ordnung in der Türkei sorgt...

Im gleichen NS-Stil ist ein Urteil des hessischen Verwaltungsgerichts gehalten (in der CDU-nahen „Frankfurter Neuen Presse" vom 19.7. sinnigerweise unter der Rubrik ‚Das aktuelle Urteil' publiziert):"*Die Furcht vor politischer Verfolgung aufgrund von Terrorakten einander bekämpfenden politischen Gruppierungen ist kein ausreichender Asylgrund...*" und "*...Wer nicht eindeutig unter Artikel 16, Absatz 2, Satz 1 des Grundgesetzes fällt,* ('wer politisch verfolgt ist, genießt Asylrecht'-Anm.AK), *handelt rechtsmißbräuchlich, weil er mit dem Asylantrag Aufenthaltsrecht und Vergünstigungen zu erlangen versucht. Darunter haben die eindeutig Asylberechtigten zu leiden, weil ihre Verfahren damit unnötig verlängert werden.*"

Man stelle sich vor, ein Sozialdemokrat (es braucht ja gar nicht mal ein Kommunist zu sein!) hätte in den Jahren zwischen 1933 und 1945 zum Beispiel nach Norwegen emigrieren wollen. Man stelle sich vor, bei diesem Sozialdemokraten hätte es sich um Willy Brandt gehandelt. Dort hätte man ihm gesagt:"Die Furcht vor politischer Verfolgung aufgrund von Terrorakten seitens der SS ist kein ausreichender Asylgrund..... Schließlich habe der Hitlerstaat gezeigt, daß er willens und in der Lage ist, die inneren Unruhen zu unterbinden. Unter anderem das Budget für die Gestapo wurde erheblich erhöht und die vorhandenen KZ's ausgebaut..."

Damit aber nicht genug: Der abgewiesene Asylbewerber erfüllt noch einen Straftatbestand - denn wer abgelehnt wird, wird es immer "zu Recht".

Statt Sammellager vielleicht Einzelzelle? Diese o f f i z i e l l e Argumentation - Zirndorf ist ja eine Bundesbehörde - offenbart noch einmal den menschenverachtenden Charakter der bundesdeutschen "Türkeihilfe": Ein diktatorisches Regime wird mit gigantischen Subventionen unterstützt, um einerseits die türkische Arbeiterbewegung mit Gewalt und Terror zu zerschlagen und andererseits ein rigoroses Rationalisierungsprogramm durchzusetzen. Zehntausende werden dadurch auf die Straße gesetzt; wenn sie sich wehren, müssen sie um ihr Leben fürchten. Kommen sie jedoch in die BRD, so wird ihnen noch eine Bestrafung angedroht, da sie das Asylrecht "mißbrauchen" würden. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als zynisch, wenn die Bundesregierung ab und zu die von ihr finanzierten türkischen Rechtspolitiker mahnt, auf die Respektierung der Menschenrechte zu achten, während sich ihre eigenen Behörden faschistischer Praktiken bedienen.

Rechtspolitiker mahnt, auf die Respektierung der Menschenrechte zu achten, während sich ihre eigenen Behörden faschistischer Praktiken bedienen.

Ein Herz, ein Arsch

Gerade in der Asylantenfrage bedarf es größter Interpretationskünste, um noch Unterschiede zwischen "kleineren und größeren Übeln" bei den Politikern und ihren Parteien auszumachen. Es war, wie gesagt, der SPD-OB von Essen, Katzor, der zuerst den „Ernst der Lage begriff und einen Aufnahmestop verfügte. Dabei sind allerdings unsere "Brüder und Schwestern aus der Zone" ausdrücklich ausgenommen. Katzor meinte, 58o Asylanten seien für Essen mehr als genug. Bei einer Steigerung dieser Zahl würde es einen "*Aufruhr in der Stadt*" geben (FR, 26.6.), womit er rassistische Tendenzen sicher nicht beruhigt, sondern im Gegenteil noch zum "Aufruhr" anstachelt.

Dann preschte als einer der ersten Wehner vor, ebenfalls Sozialdemokrat und übrigens auch ehemaliger Sowjet-Asylant. In dem von ihm so genannten "*Dampfprogramm*" (warum nicht gleich "Gas-Programm"?) schlug er vor:

1. Eine zeitliche Verkürzung des Asylverfahrens. Dies ist in der Folgezeit präszisiert worden: nicht mehr Ausschüsse, sondern einzelne Beamte sollen über die Anträge bestimmen.
2. Ein schnelles Aussortieren von "aussichtslosen Asylbewerbern".
3. Zentrale Unterbringung aller Asylanten.
4. "*Um die Anreize zu vermindern*", solle abgesehen von ein paar DM Taschengeld die Lebensunterhaltung nur noch in Naturalien ausgegeben werden.
5. Arbeitserlaubnis erst nach einem Jahr Aufenthalt in der BRD (dies ist Bestandteil des sog. "Abschreckungsprogramms" - damit die Asylanten gleich merken, daß sie sich hier nicht schnurstracks in einen Mercedes Benz setzen können...).
6. Die behördlichen Entscheidungen sollen sofort vollzogen werden.

Die CDU/CSU hat da Mühe, sich zu profilieren. Sie schlägt über das Konzept von Wehner hinaus (das inzwischen verabschiedet wurde und bis 1983 gelten soll) die Einführung von "*Grenzrichtern*" vor, was die SPD (beschönigend) für "*sehr problematisch*" hält. Ein weiterer Unterschied besteht in der Frage der Berufungsmöglichkeit des Asylbewerbers. Während die CDU/CSU dies am liebsten gleich formal -gesetzlich verbieten möchte, beinhaltet der SPD—Vorschlag, daß der Asylbewerber bei Ablehnung sofort abgeschoben wird. Er kann dann aus seinem Heimatland gegen den Ablehnungsbescheid prozessieren. Wie man sieht, ein sehr kleiner "Unterschied". Schließlich fordert die CDU/CSU, daß "Scheinasylanten" bestraft werden. Laut Dregger haben wir es sowieso nur noch mit Scheinasylanten zu tun: "*9o% sind keine politischen Verfolgten*" (FNP, 3.7.). Wallmann räumte ein, daß sich hinter den Betroffenen "*oft ein tragisches Schicksal verberge. Aber Frankfurt könne nicht das Elend in der Welt ändern*" (FR, 3.7.). Welch ein weises Stadtoberhaupt! Es ginge nicht, so CDU-Bundestagskandidat Dr. Klaus Lippold, daß "*die BRD alle Menschen der Welt aufnehmen müßte, denen es schlechter geht als den Deutschen*" (FR, 25.7.). Sollen die sich doch auch ein Wirtschaftswunder besorgen!

Der OB-Kandidat der Frankfurter SPD für die Kommunalwahlen 1981 mühte sich redlich, Wallmanns zweifelhaften Ruhm, energisch gegen die "Asylantenschwemme" vorgegangen zu sein, für sich selber zu verbuchen! Martin Berg macht für sich geltend, schon viel früher in seiner ehemaligen Eigenschaft als "Sozial"-Dezernent auf das "Problem" aufmerksam gemacht zu haben. Schon 1978 habe er entsprechende Verhandlungen mit der hessischen Landesregierung geführt. Der Mann bringt es fertig, die SPD zu "profilieren", indem er sich damit brüstet, daß SPD-Katzor ja schon vor CDU-Wallmann auf die glänzende Idee eines Asylantenstops gekommen sei. Noch schlimmer Rudi Arndt (SPD, Vorgänger Wallmanns): Wallmann habe die Ausländer ja selber erst nach Frankfurt hereingeholt. Oppositionspolitik à la NPD im Frankfurter Rathaus, oder was?

Andere SPD-Abgeordnete kritisierten lediglich das "Spektakuläre" an dem Frankfurter Asylantenstop. Das sei nun wirklich nicht notwendig gewesen, da die hessische Landesregierung auch so gehandelt hätte (FNP,4.7.; FR, 1o.7.).

Ein 7-Punkte-Programm der Landesregierung lieferte erneut das Schauspiel der Einigkeit aller Parteien:

1. Einrichtung von neuen Sammellagern wird dem Bund empfohlen.
2. Hessische Sammellager.
3. Stärkere Visumkontrolle.
4. In den „Sammellagern" erhalten die Asylanten kein Bargeld mehr, sondern „Gemeinschaftsverpflegung". „*Mit dem Wegfall der Sozialhilfe, die die Asylanten materiell weitaus besser stelle als in ihren Heimatländern, entfällt nach Ansicht der Landesregierung auch ein hoher Anreiz für die Einreise von Scheinasylanten*".
5. Gemeinden und Landkreise sollen entsprechend ihrer Einwohnerzahl bestimmte Ausländerquoten aufnehmen, dafür übernimmt das Land die Kosten.
6. Weitere „Gemeinschaftsunterkünfte" sollen in Hessen ausgeguckt werden.
7. Ermittlung der bisherigen Aufnahmequoten.

Wenn auch in der Presse immer wieder der angebliche „große Streit" zwischen Landesregierung und Frankfurt hochstilisiert worden ist, so besteht die Kontroverse lediglich in der Frage: W o h i n mit den Asylanten?

Am besten im Wald ...

Innenminister Gries (FDP), der im übrigen nicht verheimlicht, daß er mit den bitter notwendigen „Sammelunterkünften" „*die Gefahr eines Gaza-Streifens in Hessen*" heranwachsen sehe, hat bislang wenig

Fortsetzung nächste Seite

Faschistische Anschläge auf Ausländerwohnheim

Faschistische Anschläge auf Ausländerwohnheim



In der Nacht zum Freitag, den 21.8. verübten in Hamburg faschistische Attentäter einen Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim. Sie warfen 3 Molotow-Cocktails in eine von Vietnamesen bewohnte Erdgeschoßwohnung. Dabei wurde ein 22jähriger Vietnamese getötet, ein 18jähriger lebensgefährlich verletzt. Vorher sprühten die Täter "Ausländer raus" an die Wände des Wohnheims, das überwiegend von Vietnamesen bewohnt ist.

Das ist innerhalb von einer Woche bereits der zweite Anschlag militant-faschistischer Kreise, die zuvor in Lörrach (Baden-Württemberg) einen Bombenanschlag auf eine Unterkunft von asylsuchenden Äthiopiern verübt hatten, bei dem zwei Frauen verletzt worden waren. Die Täter hatten einen Sprengkörper an ein Fensterbrett montiert.

Täterkreis offen?

Trotz der eindeutig rechtsradikalen Handschrift dieser Anschläge hält im Hamburger Fall die Polizei den Täterkreis offen. So überprüfte die Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei zwar "Personen, die für den tödlichen Anschlag verantwortlich sein könnten", behielt sich aber vor, daß es bisher "keinen Aufschluß" darüber gebe, wo die Täter zu suchen seien (HA, 23.8.). Im NDR I von Freitag erklärte die Polizei (sinngemäß), sie ermittle in allen Richtungen, ebenso kämen rechtsradikale Kreise wie provietnamesische Kommunisten infrage. Ob es nicht auch wegen "unterschiedlicher Mentalität" seitens der vor wenigen Tagen in diesem Heim untergebrachten Sintis (Zigeuner) zu diesem Konflikt gekommen sei, wurde zumindest als Vermutung erstmal in den Raum gestellt. Sintis würden allerdings ihre Konflikte normalerweise anders austragen...(Echo des Tages, NDR I). CDU-Perschau will jetzt dem "politischen Radikalismus mit noch größerer Entschlossenheit entgegentreten". Da die Polizei mal wieder völlig im Dunkeln tappt - in bewährter Manier - ist eine neue Gelegenheit da, den Kampf gegen linke Extremisten gleich mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Helga Schuchardt (FDP) meinte immerhin,"*der feige Mordanschlag muß die Bürger aufrütteln*" und sprach von "*zunehmenden Vorbehalten gegen ausländische Mitbürger*" (Hamburger Abendblatt, 23.8.). Sozialsenator Ehlers beklagte die Mengen eingehender Briefe, die nur so von Ausländerfeindlichkeit strotzen. Wen wundert das? Nach einer monatelangen Hetzkampagne seitens dieser Parteien gegen asylsuchende Ausländer in der BRD, die wie unadressiertes Postgut hin und hergeschoben werden oder aller Rechte beraubt in Lagern zusammengepfercht werden, ohne daß sich bei diesen Parteien Widerstand gegen diesen zügellosen Rassismus regt. Der Boden, auf dem militanter Rassismus zu Mordanschlägen führt, wurde in den letzten Monaten vorbereitet. Nun distanzieren sich die Politiker scheinheilig von den vorhersehhbaren Konsequenzen und spielen den Biedermann.

Ausländer-Kommission

Fortsetzung von Seite 15

Glück mit seinen Standortvorschlägen gehabt:
- auf dem Rhein-Main-Flughafen, wobei er die Hoffnung ausdrückt, *„mit diesem Zeltlager (!!) sollte potentiellen Asylbewerbern signalisiert werden, daß die Aufnahme in der BRD nicht so reibungslos und komfortabel ist, wie in Asien oder Afrika offensichtlich vermutet wird"* („FR", 4.7.).

Dagegen hat ein Lübecker Anwalt rechtliche Schritte angekündigt. Grund der Anklage: *„Verdacht vorsätzlicher Körperverletzung und des Verstoßes gegen die Lärmschutzvorschriften"*. Mit dem Ort der Unterbringung sollen Asylbewerber dem Fluglärm bewußt ausgesetzt werden, *„Damit sie ihren Aufenthalt in Frankfurt selber beenden"* („FR", 11.7.);
- auf dem Frankfurter Rebstockgelände (von RgR her wohl bekannt);
- auf dem ehemaligen Militärflughafen von Eschborn;
- in der Hindenburg-Kaserne (eigentlich dem BKA zugedacht)

oder
- der Rhein-Kaserne in Wiesbaden.

Gegen das Rebstockgelände wurde die Stimmung in der Bevölkerung angeführt. Es heißt, die Bürger hätten sich beim Frankfurter Magistrat *„mit einer Flut von Briefen, Telegrammen, Durchsagen auf dem Römer-Telefon"* gemeldet. Jedenfalls zeige die Bevölkerung *„wenig Verständnis für jene, die angesichts der enormen Leistungen der Stadt Frankfurt und eines Anteils von 20% ausländischer Mitbürger es immer noch für angebracht halten, dem OB vorschnelles, inhumanes und widersprüchliches Verhalten vorzuwerfen. Aus nahezu allen Mitteilungen geht hervor, daß die Bürger ebenfalls der Meinung sind, Frankfurt habe mehr als genug getan"* („FNP", 9.7.).

Die Bevölkerung begrüßt angeblich Wallmanns Vorgehen und würde es ablehnen, wenn die Landesregierung *„die Verantwortlichen im Römer zwingen würde, weitere Asylanten in die von Ausländern bereits überlaufene Stadt zu lassen oder ein Notlager aus Baracken, Zelten und Feldküchen am Rebstock zu errichten"* („FAZ", 4.7.).

Zwar sei *„die totale Kehrtwendung"* von Gries zu begrüßen (so Nassauer, innenpolitischer Sprecher der CDU – „FNP", 8.7.), da er den Vorschlag der CDU nach zentralen Sammellagern nun doch übernommen habe. Diese Lager düften aber nicht im Rhein-Main Ballungsgebiet, sondern müßten – so Wallmann – in *„abgeschiedenen Gegenden"* errichtet werden.

Gegen die Benutzung der beiden Wiesbadener Kasernen sprachen sich sogleich sämtliche CDU-Honoratioren aus. Wiesbadens Magistrat erklärte, dies sei „undurchführbar". Bereits heute würden *„einige Klassen der Biebricher Schulen* (Wiesbadener Stadtteil) *zum Teil von 70 bis 75% Ausländerkindern besucht"* („FR", 11.7.). Der CDU-Landtagsabgeordnete Firnhaber warnte davor, die „Kur- und Kongreßstadt" in ein „Flüchtlingscamp" umzuwandeln „mit allen dazu gehörenden Problemen" (Schwarzarbeit, Drogenhandel usw. usf.) („FR", 14.7.). Vorerst im Gespräch bleibt das ehemalige Flughafengelände in Eschborn.

Allerdings äußern die dortigen Kommunalpolitiker schwere Bedenken gegen die Sicherheit der ihnen anvertrauten Bürger, die durch ein Sammellager gefährdet werden könnte. Das Mindeste sei, daß die Verkehrsverbindungen zu dem Lager nicht durch die Gemeinde führen dürften (!) und daß der „Polizeischutz" verstärkt werde. Die derart aufgewiegelten Gemüter der Eschborner Bürger war Gries zu besänftigen bemüht. Man habe die Ausländer ja nicht gerufen. Da sie nun aber einmal da seien, müßten sie „human, nicht luxuriös" versorgt werden, bis ihr Antrag entschieden sei. Eine Nachbargemeinde hat auch diesen Ort inzwischen bei nur zwei (SPD-)Gegenstimmen und Enthaltung der FDP abgelehnt.

Gerade die schäbige und zynische Debatte, wo denn nun ein sog. Sammellager hin soll, zeigt den gezielten Versuch der Politiker auf, die bösen Geister des Rassismus einerseits selbst zu mobilisieren, andererseits dann wehleidig mit der Ausländerfeindlichkeit der Bürger zu argumentieren, um eine möglichst brutale Behandlung der Asylsuchenden durchzusetzen.

Abschreckung ohne Ende

Kurz nach dem Frankfurter Aufnahmestop setzte ein schauriges Treiben um die neu ankommenden Ausländer ein. Zum Teil wurden sie unmittelbar nach ihrer Ankunft in Frankfurt nach Zirndorf weitergeschickt: *„Sie hatten vom Frankfurter Sozialamt einen Marschzettel nach Zirndorf und eine Fahrkarte bekommen. Frankfurt nehme keine Asylbewerber mehr auf, stand lapidar auf dem Zettel"* („FNP", 7.7.). Kaum in Zirndorf angekommen wurden sie teilweise wieder nach Frankfurt zurückgeschickt. Aber auch in Zirndorf selber ließen sich die Behörden einiges an „Abschreckung" einfallen: so wurde streckenweise nur Frauen und Kindern gestattet, in Zimmern zu übernachten, die Männer mußten draußen schlafen.

In Frankfurt stand man dem nicht nach: so bekamen Ausländer, die am 3.7. ankamen, zwei Tage lang nichts zu essen. Wallmann, Gries und Berg haben sich auf „humanitäre Kompromisse" geeinigt: Dies heißt für Berg, daß zum Beispiel Kinder in Frankfurt bleiben dürfen, während die Eltern nach Zirndorf abgeschoben werden. Allerdings, so Berg, seien *„begründete Härtefälle"* sowieso *„die seltene Ausnahme"* („FR", 24.7.). Abschreckende Humanität ...

Zum „Abschreckungsprogramm" gehört wohl auch die Erwägung des Leiters des Frankfurter Ordnungsamtes, Schiller, die Schalterhallen der Ausländerbehörden mit *„schußsicherem Glas"* abzuschirmen („FNP", 15.7.). Wäre es nicht noch „humaner", die Beamten dort gleich mit Maschinenpistolen für ihre Tätigkeit auszustatten? Der Abschreckung dient auch ein Urteil gegen einen Inder, der wegen angeblich falscher Angaben acht Monate Gefängnis ohne Bewährung erhielt (ebenda).

Es gibt aber solche und solche ...

Minister Baum machte darauf aufmerksam, daß ja nicht alle Ausländer Linke sind: *„Wir sollten uns nicht durch den Extremismus der Ausländer in eine Situation bringen lassen, nun die Ausländer generell zu verdächtigen, als handelten sie nicht nach Recht und Gesetz. Die große Zahl der Ausländer verhalte sich völlig normal und verdiene unser Vertrauen"* („FR", 14.7.). Eben, es gibt ja auch noch die Grauen Wölfe, würde der Verfassungsschutz wohl noch hinzufügen ...

Damit stimmt auch die CDU-Presse überein: *„Ein undifferenziertes Türzuschlagen träfe Tausende der Ärmsten dieser Welt, denen niemand helfen kann, außer den reichen Industrienationen. Andererseits kommen Ströme von Einwanderern ins Land, die politischen Zündstoff hereintragen, beispielsweise die Türken, die angefangen haben, ihre heimischen politischen Zwiste in Gastländern auszutragen"* („FNP", 3.7.).

Den Vogel schoß aber der Vorsitzende der hessischen Freien Wählergemeinschaften (FWG), Dr. Siegfried Sorge, ab. Sorge äußerte sich Anfang Juni zur Asylanten- und Ausländerfrage in der „Oberhessischen Presse". Er selber ist im übrigen auch Landrat in Marburg: *„Bei konstantem Geburtentrend werde nach der 3. Generation die Zahl der Ausländer etwa der Zahl der Deutschen entsprechen"*. Panische Ängste äußert Sorge vor der Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer. Man stelle sich vor, „religiöse Fanatiker" hätten in unseren Gemeinden „das Sagen". **„Dann Gute Nacht 2000 Jahre abendländisch-christliche Kultur, dann Gute Nacht demokratische Freiheit und Menschenrechte. Dann war es umsonst, daß Karl Martell vor 1250 Jahren die Araber vor Tours und Poitiers geschlagen hat. Dann war die Mongolenschlacht bei Liegnitz 500 Jahre später umsonst, und dann hat Johann Sobieski vor 300 Jahren umsonst das von den Türken besetzte Wien befreit".** Deswegen empfiehlt Sorge einen **„Einreisestop für Ausländer asiatischer Herkunft".** Die Ausländer, die in der BRD bleiben wollen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen. Dazu müsse sich allerdings der Betreffende **„nach 10-jährigem Aufenthalt zum Deutschtum bekennen und sich der deutschen Volksgemeinschaft eingliedern wollen".** Insgesamt steht die Uhr 5 vor 12: *„Die Türken stehen nicht mehr vor Wien, sie sitzen bereits in Berlin und in Stadtallendorf* (Nordhessen)". Wogegen sich Sorge wehrt, ist, daß *„wir unbegrenzt Ausländer aufnehmen, die gar nicht Deutsche werden wollen, sondern ihre Sprache, ihre völkische Mentalität und ihre Lebensgewohnheiten behalten wollen, alles überlagert und von einem militanten Glauben durchsetzt"*. Im übrigen sei der **„deutsche Lebensraum viel zu klein, als daß wir uns im geteilten Deutschland noch einen Zweivölkerstaat leisten könnten"** („OP", 7.6.). Ein guter Ausländer ist groß, blond, ißt den ganzen Tag Sauerkraut mit Würstchen und drückt sich in einer vernünftigen Sprache, nämlich Deutsch, aus. Zwangsgermanisierung? Nein, Danke!

Notstandsübung gegen Ausländer

Was ist der große Unterschied zwichen einem KZ und einem „Sammellager" – außer dem Namen? Es erinnert fatal an andere Zeiten, wenn zum Beispiel ein Ministerpräsident Börner (SPD) sagt: **„Sammelunterkünfte" seien wohl die „hygienischste, die sauberste und verwaltungstechnisch beste Lösung"** („FNP", 8.7.).

Einer, der das wissen muß, nämlich der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Sendler, erwägt: *„Wenn der bedrohliche Anstieg von Asylsachen weiter anhält, müsse man gegebenenfalls sogar das im Artikel 16 des Grundgesetzes verbriefte Asylrecht, wie viele andere Grundrechte auch* (wie wahr!) *unter Gesetzesvorbehalt stellen. Noch sei allerdings eine Novellierung des Ausländergesetzes ausreichend"* („FR", 11.8.). Die Verteidigung des Asylrechtes ist eine elementare Pflicht aller Demokraten. Die bisherige Abstinenz bei der Bekämpfung der aktuellen rassistischen Indoktrinierung durch Parteien und Presse muß jetzt endlich abgelegt werden! Gemeinsam, Ausländer und Westdeutsche, sollten wir dagegen Aktivitäten, Informationsarbeit und Aktionen entwickeln!

Die Ermittlungen zu den Sprengstoffanschlägen müssen offengelegt werden (die geistigen Urheber haben wir schon).

Deutsche Arbeiter – ausländische Arbeiter
gemeinsamer Feind – gemeinsamer Kampf!

Nie wieder KZs!

E., KB/Gruppe Frankfurt



Am Samstag, den 9.8., veranstaltete die NPD auf dem alten Markt in Dortmund eine Wahlkampfkundgebung unter ihrer zentralen Wahlkampfparole „Ausländer raus aus Deutschland". Die Reden des NPD-Vorsitzenden Mußgnug und dem Landesvorsitzenden Lindner (Major der Bundeswehr) gingen allerdings in einem gellenden Pfeifkonzert der etwa 2000 Demonstranten (u.a. VVN, Falken, AstA) unter.

Nach den »Grauen Wölfen« jetzt die Thieu-Faschisten?

Wie bereits in der Presse berichtet, wurden Mitte Juli auf einem internationalen Fest in einem West-Berliner Studentenwohnheim Mitglieder des „Vereins Vietnamesischer Studenten" von vietnamesischen Anhängern des Thieu-Regimes („Flüchtlinge") brutal zusammengeschlagen. Ein vietnamesischer Student liegt noch heute mit Schädelbruch im Krankenhaus. Wir drucken nebenstehend die Presseerklärung der ESG-Berlin ab; aus ihr wird Ablauf und Vorsätzlichkeit des rechten Terrors deutlich.

Anzumerken ist noch, daß der Zwischenfall inzwischen den Charakter eines unglaublichen Skandals der Behörden annimmt. So berichtete der „Stern" vom 15. August, daß die vietnamesischen Faschisten *„von zwei ehemaligen Thieu-Offizieren"* gefährdet wurden. *„Zur Vernehmung des mit Schädelbruch im Krankenhaus liegenden Studenten"* schickte die Behörde als Dolmetscher just den, *„der bei dem Überfall in der TU als Einpeitscher aufgetreten war"*! Unglaublich ist weiter, daß überhaupt die Aktion, wie in der Presseerklärung geschildert, unter Anwesenheit von Polizei stattfinden konnte! Wenn verhindert werden soll, daß Thieu-Faschisten die vietnamesischen Flüchtlinge in der BRD als willkommenes Rekrutierungsfeld übernehmen, muß massiv für ein absolutes Verbot von Tarnorganisationen vietnamesischer Faschisten gewirkt werden.

Asien-Australien Kommission

Am Sonntag, dem 13.7.1980, fand im Studentenwohnheim Ei chkamp ein Ausländerfest statt. Auf diesem Fest informierten zahlreiche ausländische Gruppen über ihre Heimatländer. Veranstalter war das akademische Auslandamt (AKA) der Technischen Universität. Zu diesem Fest wurden alle an der TU registrierten ausländischen Studentenvereinigungen eingeladen. Unter ihnen auch zwei vietnamesische Vereinigungen, nämlich der **Verein vietnamesischer Studenten** in Westberlin und die **vietnamesiche Studentenvereinigung**, die sich erst nach dem 1.5.1975 gebildet hat. Vereinbart wurde mit dem AKA, daß die alte Thieu-Fahne nicht gezeigt werden sollte. Festzuhalten ist, daß jede Teilnehmerorganisation das Recht auf freie Meinungsäußerung hatte.

Bis 14 Uhr wurden nun auf dem Gelände des Studentenheims alle Stände aufgebaut. Gegen die getroffene Vereinbarung hängten die Vertreter der **vietnamesischen Studentenvereinigung** nun doch die Thieu-Fahne auf und zwar unter einem großen Transparent zwischen zwei Bäumen in ungefähr 5 Meter Höhe. Die Fahne war so von weitem sehr gut sichtbar. Diese Vorgehensweise löste bei allen Beteiligten einhellige Empörung aus. Die Vertreter des akademischen Auslandsamtes sprachen mit der vietnamesischen Studentenvereinigung und versuchten sie davon zu überzeugen, daß die Fahne wieder eingeholt werden müsse. Zunächst wurde zugesagt, die Fahne bis 14.30 Uhr einzuholen; diese Zusage wurde nicht erfüllt. Stattdessen drangen sie ans Mikrofon und beharrten auf ihrem Standpunkt. Alle anderen teilnehmenden Organisationen und der Veranstalter bestanden jedoch darauf, daß die Fahne entfernt werden müsse. Als die Mitglieder der **vietnamesischen Studentenvereinigung** spürten, daß sie mit ihrer Argumentation nicht weiterkamen, begannen sie damit, die anderen Vietnamesen, die sich bis dahin völlig in dem Hintergrund gehalten hatten, zu provozieren. Dadurch entstand eine sehr gespannte Situation. Als ein Organisator im Auftrag des AKAs versuchte, die Fahne zu entfernen, setzten sich die Thieu-Anhänger zur Wehr und versuchten die dazu aufgestellte Leiter umzuwerfen, der Mann auf der Leiter konnte sich gerade noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Von dem Moment an hat keiner mehr gewagt, die Fahne zu entfernen, da sichtbar wurde, daß die Thieu-Anhänger sich auf eine gewaltsame Auseinandersetzung vorbereitet hatten: Schlagstöcke und Steine lagen bereit!

Dann erschien Polizei. Bis zur Stunde ist ungeklärt, wer sie gerufen hat; der Veranstalter und alle teilnehmenden Organisationen haben auf einer einberufenen Sitzung während des Festes festgestellt, daß sie die Polizei nicht gerufen haben. Die Polizei erklärte nun den Vertretern der vietnamesischen Studentenvereinigung, daß die Fahne nicht gezeigt werden dürfe und daß sie heruntergeholt werden solle. Ein Polizist kletterte auf die Leiter und versuchte, die Fahne herunterzuholen. Unerwartet, auch für die Polizei, liefen ca. 10 Leute dieser Vereinigung in diesem Augenblick von ihrem Stand aus zu dem Stand des Vereins Vietnamesischer Studenten und schlugen mit ihren mitgebrachten Schlagstöcken auf die friedlich am Stand stehenden Studenten ein. Einer der Angreifenden stürzte die Ölpfanne um, das kochende Öl floß aus. Die angegriffenen Vietnamesen, die sich vorgenommen hatten, sich auf keine Provokation oder Schlägerei einzulassen, versuchten zu flüchten. Sie wurden daran gehindert, indem man ihnen ein Bein stellte. Auf die auf dem kochenden Öl Hingestürzten schlugen die Angreifenden mit Stühlen, Regenschirmen und Schlagstöcken ein. Drei Mitglieder des Vereins Vietnamesischer Studenten, die friedlich an ihrem Stand standen und nicht flüchten konnten, wurden mit schweren Brand- und Schlagwunden verletzt. Einer von ihnen befindet sich noch am Montag (14.7.1980) in stationärer Behandlung wegen einer schweren Kopfverletzung.

Nachdem die Selbstverwaltung des Studentenwohnheims aufgrund ihres Hausrechtes gefordert hatte , daß die gewalttätige Studentenvereinigung das Gelände verlassen sollte, hat die Polizei diese abgedrängt. Als sie beim Hinausgehen die anderen Vietnamesen erblickten, drohten sie und sagten: „Wenn wir euch einzeln antreffen, werden wir euch umbringen".

Das Fest konnte nun (17.30 Uhr) mit kulturellen Darbietungen vieler Art beginnen. Die Abscheu vor der Brutalität der gewaltsamen Aktion der **Studentenvereinigung** blieb aber bei allen Teilnehmern den ganzen Abend haften.

Man fragt sich, was das AKA bzw. der Präsident der TU B, d.h. der Veranstalter des Festes, nun unternehmen wird, um die friedlichen Teilnehmer, die ihrer Einladung gefolgt waren, vor derartiger Gewalttätigkeit einer an der TU B registrierten Studentenvereinigung in Zukunft zu schützen und um den von ihr so brutal verübten Überfall in der Öffentlichkeit eindeutig darzustellen. Zu betonen ist, daß die **Studentenvereinigung** in der Lage war, vor Augen der Öffentlichkeit und in Anwesenheit und trotz des schnellen Eingreifens der Polizei derart schwere Körperverletzungen und Sachschäden anzurichten (der Stand des Vereins Vietnamesicher Studenten und die Nachbarstände wurden völlig zertrümmert.

Festzuhalten ist erstens, daß der **Studentenvereinigung** das Recht auf freie Meinungsäußerung von allen Beteiligten zugesprochen worden war, daß sie aber dieses Recht zum Zweck der Gewalttätigkeit mißbraucht haben.

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß Mitglieder dieser gewalttätigen **Studentenvereinigung** teilweise als offizielle Dolmetscher und Betreuer der unter schwerem Schicksal hergekommenen Flüchtlinge eingesetzt werden.

Man fragt sich, ob die Behörden ausreichend zu unterscheiden wissen zwischen der notwendigen Hilfe für die Flüchtlinge und der politischen Aufwiegelung. Es hat den Anschein, daß Thieu-Anhänger die Flüchtlinge für ihre politischen Zwecke mißbrauchen.

Kiel: Demonstration gegen die Grauen Wölfe

Am 16.8. gab es in Kiel- Gaarden eine Demonstration gegen die „Grauen Wölfe", die gemeinsam von linken türkischen und westdeutschen Organisationen getragen wurde. Der Anlaß: Eine Woche vorher waren 2 fortschrittliche Türken von Mitgliedern der Grauen Wölfe mit Messern angegriffen und schwer verletzt worden. Der eine konnte nur durch eine Sofortoperation gerettet werden, da die Messerstiche auch seine Lunge getroffen hatten. Kennzeichnend wiederum das Verhalten der Behörden: Der festgenommene Haupttäter wurde von der Polizei kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Aus Protest gegen die zunehmenden Gewaltaktionen der türkischen Faschisten auch und gerade in Kiel-Gaarden (ein Arbeiterviertel, in dem auch die meisten der ausländischen, vorwiegend türkischen Arbeiter leben) wurde diese Demonstration geplant. Obwohl nur sehr wenig Zeit war, konnten doch immerhin über 400 Leute mobilisiert werden. Den Großteil bildeten dabei die 3 verschiedenen türkischen Blöcke; etwa 1/3 waren deutsche Teilnehmer.

Getragen wurde diese Aktion von folgenden Gruppen: Solidaritätsverein der Arbeiter aus der Türkei, Dritte-Welt-Initiative, Komitee gegen die Grauen Wölfe, KB, Grüne, Volksfront, „Gruppe Z", KPD/ML sowie KSG des KABD.

Genossen aus Kiel

Diksmuide 1980: Internationale Nazi-Szene schmiedet Pläne

Wie seit Jahren trafen sich auch 1980 Ende Juni in Diksmuide (Belgien) Nationalisten und Kriegsbegeisterte aller Länder und Schattierungen. Es kamen (nach Berichten von „searchlight", Juli u. August 80) u.a. **VMO** (Belgien), **League of St. George, British Movement, Column 88, National Front** (England); **Wiking Jugend, NPD, „NSDAP"-Trupps** (BRD); französische, italienische, US-amerikanische und brasilianische Gruppen. Auffällig war die starke Beteiligung Ex-SS'lern.

Neben den gewohnten Sauf- und Prügelereignissen (u.a. zwischen NPD und „NSDAP"-Leuten) fand parallel in **Brügge** ein „geschlossenes" Treffen verschiedener Prominenter statt: Beteiligt war u.a. ein führender US-Nazi, ein Leitungskader der britischen **Column 88** und ein Vertreter der **League of St George** (beides militant nazistische, paramilitärische Gruppen). Zur Debatte standen a) die Organisation der **Versorgung europäischer Nazi-Gruppen mit Waffen durch die US-Nazi-Szene** und b) der Plan – womöglich mithilfe einer internationalen „Einsatzgruppe" – , den verurteilten US-Nazi **J.B. Stoner** aus dem Gefängnis zu befreien. (Stoner, Chef der **National States Rights Party**, ist wegen eines Brandanschlags auf eine Kirche verurteilt). Im übrigen wurde vereinbart, daß zukünftig die internationale Kooperation verstärkt werden soll: So soll ein gegenseitiger Personal-Austausch bei der Erledigung bestimmter Aufgaben erfolgen; ebenso soll ein Kinder-Ferienaustausch stattfinden (offensichtlich betrifft diese Vereinbarung u.a. die **League of St. George** und die italienische **MSI**). In Großbritannien soll ein Lager-Treffen von der **League of St George** mit internationaler Beteiligung durchgeführt werden; ein zweites Treffen soll vom **British Movement** arrangiert werden, wobei u.a. türkische **Graue Wölfe** erwartet werden.

Einzelheit am Rande: Der seit 1979 von der BRD-Polizei „gesuchte" Nazi **Willi Kraus** aus München, der bereits Ende März in England gesichtet wurde (s. AK 178, S.17), ist mittlerweile in Cardiff untergekommen, wo er in einem „Wimpy"-Restaurant arbeitet, nebenbei Kontakte zu hilfreichen Nazi-Kupanen unterhält und sich, als er aufgespürt wurde, gerade reisefertig machte: nach Diksmuide . . .

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

LETTERS OF THE THIRD REICH

DIKSMUIDE 1980. Limited Edition — JUNE 29th 1980 — 30 Francs

BE TRUE-TRUE TO YOURSELF, TRUE TO MANKIND, TRUE TO YOUR COUNTRY.'

WITH HER WORLD IN RUINS..... A MOTHERS LETTER TO HER SON.

Magda Goebbels writing to her son Harald from the Führer's bunker. It was the 28th of April 1945.

In Diksmuide von der League of St. George verbreitete Nazi-Propaganda („Briefe aus dem Dritten Reich ... Magda Goebbels schreibt ... aus dem Führer-Bunker ...")

Dieter Vollmer – Ein Nazi muß abblitzen

Seit Anfang des Jahres arbeitete in der Schleswiger „Unabhängigen Bürgerinitiative Umweltschutz" ein älterer Herr aus Schleswig mit – Dieter Vollmer. Zu Anbeginn waren alle über diesen Zuwachs aus den Reihen der älteren Generation begeistert. Dies änderte sich jedoch, je mehr er seine politischen Anschauungen offenbarte. Am 14.5. faßte die BI schließlich den Beschluß, sich von Vollmer zu distanzieren und die Zusammenarbeit aufzukündigen.

Wer ist Dieter Vollmer?

Vollmer hat des öfteren über seine Mitarbeit bei den **„Unabhängigen Nachrichten" (UN)** erzählt und auch Exemplare der Zeitschrift verteilt. Dieser „monatliche Informationsdienst" trommelt seit Jahren für Rassismus, gegen „Kriegsschuldlüge", betreibt antisemitische Hetze usw. Der Kreis um dieses Blatt organisierte das Pfingsttreffen 1978 in Scharzfeld/Harz: Anwesend waren ca. 400 Nazis, darunter die „Creme" der westdeutschen militanten Rechtsradikalen, u.a. Thies Christophersen („Bauerschaft"), „Hansa"-Bande, Hoffmanns „Wehrsportgruppe". Das Treffen wurde von Polizei und Bundesanwaltschaft gestört (nachzulesen in AK 129). Heute sind die Ausgaben der „UN" geprägt durch die zwei derzeitigen Renner in der Nazi-Szene: „Überfremdungs"-Rassismus und Umweltschutz-Themen. Maßgeblicher Autor auf diesem Gebiet: Dieter Vollmer!

In der Zeit des Faschismus war Vollmer als Journalist tätig. Nach dem Kriege verzog er sich nach Argentinien, wie viele Nazis. Dort gab er mit einem „Herrn Rudol" die Zeitschrift „El Sendero" heraus; dann arbeitete er mit bei den kanadischen rassistischen Blättern „The Odinist" und „The Sun Wheel". Wieder in teutschen Landen zog es ihn zum Karl-Heinz Priester-Verlag (militant-rechtsradikal) und schließlich zum **Verlag K.W. Schütz**, und dort ist er dann auch geblieben. Immerhin fungierte dieser Verlag als Herausgeber der NPD-Organe „Deutsche Nachrichten" und „Deutsche Wochen-Zeitung". Unter anderem hat Vollmer dort ein „Politisches Lexikon" zusammengestellt (8 Bände), das die NPD als „Anti-Umerziehungswerk" feiern ließ. Heute schreibt er außer für die „UN" auch für die **„Nordische Zukunft" (NZ)** des Bredstedter Rechtsradikalen und Rassisten Wollatz (unlängst gestorben). Die Redaktion der in der Tradition der alten Nazi-„Nordischen Gesellschaft" stehenden NZ liegt nicht zufällig bei Jürgen Rieger. Dieser langbekannte Rassist leitet auch die „Gesellschaft für biologische Anthropologie", in deren Rassenzeitschrift „Neue Anthropologie" Vollmer auch schon schrieb. Und bei Thies **Christophersens „Kritik-Verlag"** erscheint von Vollmer „Volk-Staat-Nation" als Folge 35. Überhaupt hält er zu seinen alten, ehemaligen Kameraden, die er, wie er sagt, so gern weg vom Nazismus, hin zur Ökologie führen möchte. Das sieht dann so aus: Thies Christophersen lädt am 12.7.79 alle Freunde zu einer Fahrt ins Blaue ein. Abfahrt 12.8., 10.00 Uhr ab Hamburg Hbf. Was bietet er? Eine lustige Busfahrt, plattdeutsche Geschichten, Bericht zur Lage, usw. Und: *„Einen Vortrag von Dieter Vollmer zum Thema „Umweltzerstörung – ‚Karneval des Todes'"*. Tja, T. Christophersen weg vom Nazismus, hin zur Ökologie? Der hat schon 1976 zu „Brokdorf-Zeiten" versucht, in der damaligen Schleswiger BI Fuß zu fassen und ist alsbald dort rausgeflogen. Vollmer geht mittlerweile nach seinem Rausschmiß, mit der story hausieren, daß solche Enthüllungen nur vom VS stammen können.

Die BI hat einhellig der Resolution der Bundeskonferenz vom 6.5.79 zugestimmt, wo es hieß: *„Als AKW-Gegner, die wir für ein menschwürdiges Leben kämpfen, erklären wir: Wir werden nicht mit Menschen zusammenarbeiten oder auch nur diskutieren, die den Massenmord des Faschismus leugnen und dessen menschenverachtende Ideologie vertreten (. . .)".*

Einige Gen. aus Schleswig/ Flensburg

Spendenaufruf: Searchlight braucht Geld

Seit Jahren berichtet die englische antifaschistische Zeitschrift SEARCHLIGHT über die neusten Entwicklungen der britischen Nazi-Szene, ihr konservatives Umfeld und die vielfältigen internationalen Querverbindungen. Für Antifaschisten – nicht nur in England, sondern genauso in der BRD – ist die Arbeit der Zeitschrift eine erstklassige Hilfe durch genaue Erste-Hand-Informationen und gründliche Hintergrund-Berichte. In verschiedenen Fällen ist es SEARCHLIGHT gelungen, Nazi-Aktive und ihre Umtriebe zu entlarven; ihre genaue Berichterstattung hat nicht unwesentlich zur Stärke der antifaschistischen Bewegung in Großbritannien, besonders gegen die „National Front" und gegen den fortwährenden Rassismus, beigetragen. SEARCHLIGHT ist dabei an keine politische Organisation gebunden, sondern ist ein der Linken insgesamt verpflichtetes, unabhängiges Organ.

Wie viele linke Gruppen und Zeitschriften ist nun auch SEARCHLIGHT in finanzielle Bedrängnis gekommen, die langfristig die Untersuchungsarbeit und Publikation einzuschränken, wenn nicht ganz zu gefährden droht.

Wir rufen deshalb alle Antifaschisten auf, ihren Geldbeutel zu durchstöbern, um ein bißchen internationale antifaschistische Solidarität üben zu können. Dies kann entweder durch eine Spende oder natürlich auch durch ein Abonnement geschehen (wobei, soweit irgendein/e Englischleser/in zur Hand ist, man/frau sich auch noch etwas Gutes tut). Wer will, kann Spenden auch über die Antifa–Kommission weiterleiten lassen, an:

SEARCHLIGHT
21 Great Western Buildings,
6 Livery Street,
Birmingham 3

SEARCHLIGHT
THE ANTI-FASCIST MONTHLY INCORPORATING CARF — AUGUST 1980 — 40p

ARMS ACROSS THE SEA



Are Britain's Nazis preparing for terrorism

- SOME HOME TRUTHS ABOUT THE WAY INTERNATIONAL
- WHAT THEIR PAPERS SAY – THE LATEST ON THE NF SPLIT
- POLICE TO STUDY BLACK RELATIONS
- LATIN AMERICAN WOMEN RESIST

ANTIFASCHISTISCHE INFORMATIONEN



„BI Ausländerstopp"-Rassisten im Aufwind?
Rund um den 17. Juni — „Wehrsportgruppen" unter der Lupe

Liebe Antifaschisten!

Hiermit schicken wir euch je ein Ansichtsexemplar der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN Nr. 0 und Nr. 1 – kostenlos, versteht sich.

Wie ihr seht, handelt es sich um den Beginn einer Gemeinschaftsproduktion verschiedener (nicht DKP-beeinflußter) antifaschistischer Arbeitskreise und antifaschistisch tätiger politischer Gruppen. Mit dieser Zeitschrift wollen wir versuchen, zu einem effektiveren Austausch von Wissen und Erfahrung zwischen den Gruppen und einzelnen Antifaschistinn/en beizutragen und etwas unabhängiger vom spontanen Auf und Ab der jeweiligen Anti-Nazi-Aktionseinheiten zu werden.

Trotz aller (in Heft Nr. 0 und gegebenenfalls auch noch in einer extra zu bestellenden Dokumentation über den Entstehungsprozeß nachzulesenden) Diskussionen über die Konzeption des Infos suchen wir selbstverständlich im Konkreten noch nach dem besten Konzept. Wir sind ja alle keine professionellen „Blattmacher", Layouter, Vertriebsfachleute etc. und müssen uns daher sowohl an eine durchschlagende Heftkonzeption als auch an den „Markt" erst heranpirschen. Dabei haben wir Schwierigkeiten. Deshalb wenden wir uns mit diesem Brief an euch mit der Bitte um inhaltliche und finanzielle Hilfe.

In Heft Nr. 0 haben wir uns wesentlich selbst vorgestellt sowie unsere Vorstellungen über die zukünftigen Hefte, unsere Arbeitsstrukturen usw. In Heft Nr. 1 haben wir den Versuch gemacht, uns aktuell auf RGR Frankfurt/Eschwege zu beziehen. Das hat sich aufgrund unserer noch vorhandenen langfristigen Erscheinungsweise, technischer und Vertriebsschwierigkeiten als Fehler herausgestellt. Das Heft, zu RGR gedacht, war erst nach dem 17. Juni richtig auf dem Markt. Von daher ist der Absatz unter dem von Heft 0 geblieben (Heft 0 ca. 2.000, Heft 1 bisher 1.300). Dies reißt selbstverständlich ein finanzielles Loch. Wir möchten euch deswegen ausdrücklich darauf hinweisen, daß das Heft einige Analysen zur Nazi-Szene enthält, die auch unabhängig vom konkreten RGR-Datum zur Ausleuchtung des NPD/Nazi-Hintergrundes wichtig sind, so u.a. (im abgeschlossenen Leseteil) eine Analyse zur Wehrsport-Szene. In Zukunft wollen wir unsere Hefte unabhängig von der Tagesaktualität machen. Aktuell sollen die Hefte in dem Sinne sein, daß Analysen, Dokumente, Fakten, Literaturtips u.a. zu den Fragen des antifaschistischen Kampfes gegeben werden, die für die Bewegung auf der Tagesordnung stehen. Unser Ziel: Das Info soll ein unentbehrliches Arbeitsinstrument für die antifaschistische Praxis werden.

In Nr. 2 wird enthalten sein: Braune bei den Grünen, eine aktuelle Untersuchung von Jan Peters zu Rechtsextremen bei den Umweltschützern; eine Übersicht über die rechtsradikale Jugendpresse; eine Analyse von Zielsetzung, Arbeitsweise, Entstehung und Zusammensetzung der Gesellschaft für freie Publizistik; Nazi-Stimmen zu Strauß; Zusammenarbeit von CDU und Neonazis – also reichlich Infos, die aktuell gebraucht werden.

Für die folgenden Hefte möchten wir uns auf einige Bereiche konzentrieren, zu denen jetzt schon Vorarbeiten nötig sind und zu denen uns faktenreiche Untersuchungen von unseren Leserinn/en mehr als willkommen sind:

Heft 3: Zum Thema „Neuer Rassismus" verschiedene Aspekte: „Graue Wölfe"-Terror; „Graue Wölfe" und BRD-Nazis bzw. CDU/CSU; Hetze und Unterdrückung gegen Minderheiten (ausländische, Sintis u.a); die Praktiken der BRD-Bürokratie gegenüber Asylanten.

Für Heft 3 sind weiterhin bereits in Arbeit: Übersicht über rassistische Nazi-Publikationen im wissenschaftlichen Gewand; Stationen des „Neuen Antifaschismus" der „taz"; Fakten zu NRAO/Achberger Kreis.

Es liegt bereits vor: Untersuchung über KZ-Gedenkstätten in der BRD und ihre Behandlung durch den Staat (als abgeschlossener Leseteil).

Für Heft 4 haben wir anvisiert: Militarismus und Nazis; außerdem: CDU/CSU und Nazis – neue Gruppierungen – Verbindungen. Es liegt bereits vor (im abgeschlossenen Leseteil): Politik der KPD vor und nach 1933.

Also unsere Bitte an alle: Bestellt das Heft 1 noch nach – für euch selbst, für den Verkauf! Bestellt das Heft 2 jetzt bereits im Voraus, damit wir kalkulieren können! Macht nach Möglichkeit Abos!

Werdet darüber hinaus Mitglieder im Trägerkreis oder werdet Fördermitglieder!
Spendet – Spendet – Spendet!!!

Beteiligt euch mit eigenen Arbeiten an den geplanten Heften! Laßt uns regionale Veröffentlichungen zukommen, die es verdienen, allen Antifaschisten bekannt zu werden! Macht selbst Vorschläge, was in den nächsten Heften stehen sollte!

Der Redaktionsschluß für Heft 3 ist der 28. September 1980. Wir laden euch ein, an der erweiterten Herausgeberkreissitzung am 28. September in Bielefeld, Arbeiterjugendzentrum (AJZ), Heeperstr. 132, 10 Uhr teilzunehmen.

Bezugsbedingungen, Bestellbedingungen, Einsendebedingungen usw. findet ihr sowohl in Heft 0 als auch in Heft 1 („Aus dem Innenleben").

Mit antifaschistischen Grüßen
für den Herausgeberkreis
Kai

Hier unsere Redaktionsadresse:
Gerd Rübenstrunk
Laarerstr. 168
4900 Herford

Unsere Bezugsbedingungen

Die „Antifaschistischen Informationen" werden nur gegen Vorauskasse geliefert. Ausgenommen von dieser Regelung sind lediglich Buchläden.

Als Bestellung gilt der Eingang des Betrages auf dem Postscheckkonto Nr. 9137-434 (Andreas Berlin) beim Postscheckamt Essen. Auf dem Empfängerabschnitt der Zahlkarte oder Überweisung müssen Absender und Umfang der Bestellung lesbar angegeben sein. (Ein Tip: Schneller geht's mit einer Einzahlung per Zahlkarte).

Das Einzelheft kostet DM 2,50. Bei Bestellungen bis zu 20 Exemplaren müssen wir für Porto und Versandmaterial einen Aufschlag von DM 1,- pro Bestellung nehmen.

Ab 20 Exemplare braucht kein Porto mehr bezahlt zu werden. Ab 50 Exemplare gibt es 20 % Rabatt, kostet das Heft also nur noch DM 2,-. In der Nullnummer wurde versehentlich angegeben, daß für eine Bestellung von 50 Exemplaren DM 80,; überwiesen werden müßten. Richtig muß es natürlich heißen: 100 DM. Buchläden erhalten 30 % Rabatt.

Abonnements

Drei Ausgaben der „Antifaschistischen Informationen" kosten im Abonnement DM 10,– (einschließlich Porto). Dafür ist ein Vermerk auf der Zahlkarte/Überweisung notwendig (z.B. „Abo ab Nr. 0"). Das Abo wird nicht automatisch verlängert! Nach 3 Ausgaben wäre dann eine erneute Zahlung fällig. Wer will, kann natürlich auch von vornherein z.B. 20 DM für 6 Ausgaben überweisen – das sollte dann aber auf dem Empfängerabschnitt vermerkt werden.

Heute mehr denn je: Solidarität mit den Genossen der Bewegung 2. Juni

Wir informieren hier über die bisher letzten Ereignisse in und um den Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni, in dem voraussichtlich Mitte bis Ende September die Urteile gefällt werden.

Wenn wir im folgenden neue Beispiele der Unhaltbarkeit der von der Bundesanwaltschaft vorgelegten „Beweise" nennen, tun wir das in dem Wissen, daß für die Linke und auch viele unserer Mitglieder und Leser Solidarität mit diesen Gefangenen heute keine Selbstverständlichkeit ist. Die Gründe hierfür sind vielfältig und die Auseinandersetzung darum muß begonnen werden. Indem wir uns erneut bemühen, die Unhaltbarkeit der Anklage, die Beweisnot der Bundesanwaltschaft und deren kriminelle Praktiken aufzuzeigen, hoffen wir, den Weg frei zu machen für eine Diskussion um die Solidarität mit den Gefangenen, u n a b h ä n g i g davon, ob sie die ihnen vorgeworfenen Taten begangen haben mögen oder nicht.

Wir hoffen auch, daß die intensive Beschäftigung mit diesem Prozeß es ermöglichen wird, zum Prozeßende in Westberlin mit Veranstaltungen und Kundgebungen eindrucksvoll zu manifestieren, daß die Linke nicht gewillt ist, ein Terrorurteil widerspruchslos hinzunehmen und zur Tagesordnung überzugehen, während die Genossen für Jahre bis lebenslänglich hinter den Mauern des Hochsicherheitstraktes verschwinden.

Die Anklage gegen Fritz Teufel

Fritz wird jetzt möglicherweise nicht wegen der Banküberfälle der sogenannten Negerkußbande verurteilt werden (für den Zeitpunkt dieser Ereignisse hat er kein A-, wohl aber das B-Libi), sondern möglicherweise „nur" wegen Schußwaffenbesitz, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Hehlerei, da man bei seiner Festnahme Geld fand, das aus eben diesen Banküberfällen stammen soll. Das Gericht deutete diese Möglichkeit Ende Juli an. Ein Erfolg wär's schon, draußen haben wir Fritz damit aber immer noch nicht.

Gerald Klöppers Entlastung

Die Bundesanwaltschaft hat für Gerald 15 Jahre Knast gefordert.

Gerald wurde 1975 mit Ausweispapieren festgenommen, die ein Zeuge 1974 verloren hat. Die Bundesanwälte behaupten nun, Gerald habe diese Papiere bereits 1974 besessen und das wiederum soll Beweis für seine Mitgliedschaft beim 2. Juni seit 1974, also zum Zeitpunkt der Lorenz-Entführung sein. Wobei sich von selbst versteht, daß er damit nach der umwerfenden Logik der Bundesanwälte auch an der Lorenz-Entführung beteiligt war.

Alles hängt also davon ab, Gerald nachzuweisen, daß er die gefälschten Ausweispapiere schon 1974 verwendet hat. Und das geht so:

Im Herbst '74 wird ein Mann im Krankenhaus Westend eingeliefert mit Vergiftungserscheinungen und eine Platzwunde am rechten Kiefer, der angeblich die fraglichen Papiere vorzeigt. Es finden sich auch Zeugen, die behaupten, daß eine männliche Person zum fraglichen Zeitpunkt aus eben den Garagen getorkelt sein soll, die wiederum der Bewegung 2. Juni als Umrüstwerkstatt für geklaute Autos gedient haben soll. Beim Verlassen dieser Garagen soll die männliche Person gestürzt sein und sich eine Kieferverletzung zugezogen haben.

Nun ist „alles klar": die männliche Person muß Gerald gewesen sein.

Nur wurde dieses von keinem Zeugen vor Gericht bestätigt, geklärt werden konnte nicht einmal, ob die verletzte Person im Krankenhaus Westend überhaupt die fraglichen Papiere vorgezeigt hat. (Der Fahrer des Krankentransportes meint, er habe, das Krankenhauspersonal meint, er habe nicht.)

Auch die Ärztin, die im Westendkrankenhaus die Kieferverletzung nähte, stellt fest, daß Gerald im Gesicht keine Anzeichen einer „chirurgischen Versorgung" trägt („taz", 24.7.80). Als ehemaliger Boxer hat er allerdings viele Narben im Gesicht.

Mitschüler und Lehrer bestätigen außerdem, daß Gerald zum fraglichen Zeitpunkt die Schule für Erwachsenenbildung besucht hat. Und die Bundesanwaltschaft hatte doch so viel Mühe darauf verwendet, Gerald als „Fulltime-Jobber bei der Bewegung 2. Juni" aufzubauen. Weil dieser „Fulltime-Jobber" nach ihrem erklärten Willen für 15 Jahre hinter Trakt-Gitter gehört.

Wo bleibt Grünhagen?

Ein schlechter Bekannter, der VS-Agent Grünhagen, alias Rühl, alias Petersen, alias Peer, sollte am 1.8. im Prozeß aussagen. Grünhagen hatte versucht, Gerald Klöpper, Andreas Vogel und Klaus Viehmann in der Haft „umzudrehen".

Obwohl dieser Agent – unter dem Namen Rühl in den Schmücker-Fall verwickelt – selbst von der Bundesanwaltschaft als enttarnt bezeichnet wurde und vom Gericht geladen war, verweigerte Westberlins Innensenator Ullrich wiederum die Aussagegenehmigung, besorgt um das „Wohl des Landes" und um das Wohl des Agenten.

Stattdessen machte Ullrich das „großzügige" Angebot, Grünhagen im Senatsgebäude in Abwesenheit der Verteidiger und der Angeklagten zu verhören. Das war selbst dem Gericht zu plump. Es erwiderte Ullrichs Ansinnen mit der Anregung, Grünhagen könne sich ja mit falschem Bart, Schminke etc. „verschönen", damit er beim Verlassen des Gerichtsgebäudes von niemandem erkannt würde.

Der Öffentlichkeit freilich will das Gericht die Freude nicht gönnen, bei Grünhagens Vernehmung anwesend zu sein. Sie soll ausgeschlossen bleiben. Nun soll Grünhagen eventuell über seine Privatadresse geladen werden (die die Anwälte dem Gericht nannten). Die nächste Runde ist also eingeläutet.

Gerald Klöpper im Normalvollzug

Seit dem 1.8.80 ist Gerald Klöpper nicht mehr im Trakt, sondern im Normalvollzug im Knast Moabit. Vorausgegangen waren dieser Verlegung Gespräche zwischen der Haftanstalt, dem Gericht, Justizsenator Meyer. Insbesondere hat sich Pastor Albertz für Gerald verwendet. Zu seinen Verlegungsbemühungen hat Gerald am 10.7.80 im Prozeß eine Erklärung abgegeben, die wir (soweit sie uns durch die Veröffentlichung in der „taz" bekannt ist) im Wortlaut nebenstehend dokumentieren. Wir wünschen Gerald, daß er tatsächlich ‚Normalvollzug' erhält und nicht dieselben bitteren Erfahrungen machen muß wie Ilse Schwipper (Jandt) - siehe hierzu den Offenen Brief von I. Schwipper in diesem AK.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Erklärung von Gerald Klöpper

Vergangenen Freitag ist Gerald Klöpper, mitangeklagt im „LorenzDrenckmannProzeß", aus dem Hochsicherheitstrakt in den Normalvollzug für Untersuchungsgefangene verlegt worden. Klöpper hatte sich im Prozeß am 10.7. in einer Erklärung zu den inneren Zuständen des Trakts und zu politischen Kontroversen geäußert, die ein weiteres Zusammenleben unmöglich machen. Genossen außerhalb des Knastes haben an Klöppers Schritt Kritik geäußert, die bis zum Vorwurf des „Verrats" gehen. Dazu nimmt Klöpper in seiner Erklärung Stellung, die wir in Auszügen veröffentlichen.

Erklärung

(...)

Einerseits haben mich die bisher aufgetauchten Gerüchte belustigt, weil, wenn draußen einer oder eine umzieht, dann ist das allenfalls wert den Bekannten die neue Adresse mitzuteilen. Nicht so wenn dieser Vorgang sich im Knast ereignen soll. Wie gesagt: soll, er ist es noch nicht, dann wird der Vorgang zum Staatsdrama.

Andererseits war es auch eine Ernüchterung festzustellen, daß es nur ein kleiner Schritt ist, von der Vermutung durch bedingungslose Solidarität Leute aus dem Knast geholt zu haben; bis zur Vermutung nicht mehr aus Solidarität mit den anderen Traktkommunarden im selbigen bleiben zu wollen, sondern die Verlegung in den sogenannten Normalvollzug zu betreiben.

Beide Vermutungen sind falsch. Die erste vom juristischen Gesichtspunkt und die zweite, daß ich den Mitgefangenen gegenüber nicht die Solidarität aufgekündigt habe, sondern Ziel bleibt weiterhin, den Trakt für alle aufzulösen und Bedingungen zu schaffen, die nicht nur ein Dahinvegetieren bedeuten, wie jetzt, sondern echte Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, die eine Interaktionsfähigkeit gewährleisten. Aber ich bin mit keinem verheiratet und verpflichtet bis an mein Lebensende immer genau das zu tun, was von anderen für richtig befunden wird, sondern ich habe auch noch eigene Interessen. Darauf komme ich noch. Wer Wohngemeinschaftserfahrung hat, der kann sicherlich nachvollziehen, daß es Entwicklungsprozesse gibt, die dazu führen, daß die Überlegung angestellt wird, lieber mit anderen Leuten in anderen Zusammenhängen zu leben und zu arbeiten. Ein Vorgang, der sich täglich in der Szene abspielt. Der Knast ist davon nicht ausgeschlossen, da ist alles nur potenzierter. Es gibt nämlich keine Reproduktionsmöglichkeiten – nur jeden Tag das gleiche. Tag ein, Tag aus; jeden Tag das gleiche.

An der Taktik gegen den Trakt scheiden sich die Geister

Natürlich ist es nicht das gleiche oder ist nicht vergleichbar, ob man draußen die WG wechselt oder innerhalb dieses Knastes aus dem HST herausverlegt wird. Das habe ich so auch nicht sagen wollen, worauf ich hinweisen wollte, war, daß innerhalb einer Kleingruppe Probleme entstehen können, die sinnvoll nur noch durch räumliche Trennung zu lösen sind. Dies allerdings gilt drin wie draußen.

Unter den Gefangenen besteht keine Homogenität, sondern die unterschiedlichsten Ansichten. Dafür ist hier allerdings nicht der richtige Ort dies auszubreiten. Das geht das Gericht nichts an und die BAW erst recht nicht. Teilweise ist es aber auch öffentlich ausgetragen worden, dürfte somit Euch von den Inhalten her bekannt sein. Beziehe mich da auf die veröffentlichten Erklärungen, Artikel über Genfer Konvention, Knastkampf, Widerstand im allgemeinen und Guerilla im besonderen. Und nun kommt die Auseinandersetzung über den Trakt dazu. Wie gegen die Vernichtunsmaschine vorgehen, mit wem redet man, wer soll als Bündnispartner gewonnen werden usw.? Da scheiden sich die Geister restlos.

Wer sich das Desaster von Mogadischu in Erinnerung ruft, der wird mir vielleicht zustimmen, daß es für jeden Idealisten die größte Schande war, zu erleben, daß sich der Häuserspekulant Peter Lorenz, der keine Gelegenheit ausläßt, mit möglichst vielen Posten, noch auf die Schnelle ein paar Mark zu machen, mit Arbeiter/innen, Angestellten usw. sich an einen Tisch setzen konnte, um einen Club der Geiseln zu gründen. Besser kann man der Bildzeitung und Reaktion nicht in die Hände arbeiten. Aber wer nun glaubt, die verantwortlichen Genossen/innen würden in irgendeiner Art Selbstkritik üben, der irrt gewaltig. Nun gut, wenn die aufgehört haben zu denken, bedeutet das nicht es auch zu tun.

Stadtguerilla in der Sackgasse

Das Konzept der Stadtguerilla als Kampfform gegen Unterdrückung und Ausbeutung hat sich damit selbst diskreditiert und in die Sackgasse geführt. Auf diese Art sind keine breiten Bevölkerungsschichten davon zu überzeugen, daß der Kapitalismus im positiven Sinne verändert und überwunden werden kann. So lassen sich keine Mehrheiten schaffen, um einen grundsätzlichen Umwandlungsprozeß der Gesellschaft zu erreichen. Die sind aber nun mal notwendig, sonst läuft es auf eine Art Putschpolitik hinaus, die sicherlich keiner will.

Diese Erkenntnis habe ich aber nicht gepachtet, sondern in den letzten Jahren hat sich – ich muß ja sagen draußen – eine politische Entwicklung ergeben, die für mich im wahrsten Sinne des Wortes als Alternative zu bestehenden Sekten gewertet wird. Die konzeptionelle Verbindung der Basisarbeit, also der Zusammenschluß möglichst vieler Bürgerinitiativen zu Interessenlisten – wobei mir der Name völlig egal ist, ob sich nun AL, GLH, Grüne oder sonstwie genannt wird, wichtig sind die radikaldemokratischen Inhalte und wie Meinungsbidlungsprozesse ablaufen: nämlich von unten nach oben und nicht in Befehlsform von oben nach unten – ermöglicht es, eine starke außerparlamentarische Opposition zu bilden, die ganz neue Bevölkerungsschichten umfaßt, die auch durch die Teilnahme an Wahlen sich die Möglichkeit verschafft ebenfalls im Parlament die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen und auch dort die etablierten Parteien das Fürchten lehrt.

Oder wie Rosa Luxemburg mal schrieb: „Es geht nicht darum, sich sichere Posten zu verschaffen, sondern das Parlament als Forum für die Mobilisierung der Massen zu nutzen."

Die AL schrieb dazu im Programmheft zu den Wahlen: „Die Interessen von uns Betroffenen werden von uns selbst vertreten! Wir machen uns keine Illusionen über die Bedeutung der Parlamentswahlen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Das Ziel unserer Parlamentsarbeit, durch Anträge, Kritik und Anfragen den Senat zu zwingen, Stellung zu nehmen, und so zu erreichen, daß der Betrug am Wähler schwieriger wird. Die Abgeordneten der Alternativen Liste werden durch Veröffentlichungen von Regionalisierungs-, Sanierungs- und Sparplänen die Betroffenen informieren, damit diese ihre Interessen wahrnehmen und verteidigen können. Wir halten es für ein wichtiges Ziel, unseren Vorstellungen Öffentlichkeit zu verschaffen, was jetzt durch das Presse- und Rundfunkmonopol verhindert wird. In diesem Sinne werden wir unsere Arbeit im Parlament so nutzen, daß die demokratischen Rechte nicht weiter eingeschränkt, sondern erweitert werden.

Wirkliche Verbesserungen können wir nur durch unsere Aktivitäten *außerhalb* des Parlaments erreichen. Dies wird auch in Zukunft so bleiben."

Auf die beiden letzten Sätze kommt es mir besonders an, damit mir nicht unterstellt wird, ich hänge Illusionen nach, weil es unrealistisch ist, mit diesem doppelten Konzept etwas bewegen zu können. Durch die gegenseitige Ergänzung wird es zur realitischen Politik, die Erfahrung wird es beweisen.


Gerald Klöpper

Oberflächliche Kommunikation

Natürlich gibt es die unterschiedlichsten Vorstellungen darüber, wie so eine Arbeit aussehen kann. Sicherlich werden viele Einwände, Wenn und Aber kommen, aber ich habe nun mal die Erfahrung in den letzten Jahren gemacht, daß nicht die elitären, sich in der Selbstisolation gefallene Militanten, die die meiste Zeit davon noch im Ausland sind, die tägliche, mühselige Basisarbeit machen, sondern die Leute, die als Alternativler, Basisdemokratler usw. verlacht werden.

Um wieder zum Ausgangspunkt zu kommen: Meine Einschätzungen haben dazu geführt, daß eine Kommunikation untereinander nur noch in oberflächlichen Formen verlief und die letzten Gemeinsamkeiten „aufgekündigt" wurden. Unter anderen Bedingungen wäre es nicht mal der Rede wert, im Knast wird es aber lebensnotwendig. Durch den Knast sind wir aber gemeinsam betroffen, deshalb habe ich mich dazu entschlossen, eine räumliche Veränderung zu erreichen. (...)

aus „TAZ" 4.8.80

Presseerklärung

Der Tod meiner Mandantin Frau Juliane Plambeck wird in zahlreichen Presseveröffentlichungen zum Anlaß genommen, die Mutmaßungen der Ermittlungsbehörden über angeblich von ihr begangene Straftaten als schon sichere Erkenntnisse darzustellen. Wie auch im Lorenz-Drenckmann-Verfahren, dem sich Frau Plambeck durch Flucht entzog, werden Tatsachen, die sie entlasten konnten, heruntergespielt oder in der Öffentlichkeit verschwiegen.

Die Bundesanwaltschaft hat Fritz Teufel verübelt, daß er sein A-libi preisgab, als die Bundesanwaltschaft sich auf seine Tatbeteiligung mit völliger Sicherheit festgelegt hatte. Auch Frau Plambeck stand bei ihrer Inhaftierung (Sept. 1975) vor der Frage, ob sie erst die Ermittlungen und den Prozeß abwarten oder von vornherein ihre Nichtschuld im Sinne der Vorwürfe nachweisen sollte. Sie hat sich seinerzeit mit dem Argument gegen eine vorzeitige Preisgabe des Alibis gewehrt, Derartiges sei sinnlos, sie sei ohnehin schon verurteilt. Dennoch habe ich ihr Alibi am 9.10.1975 bezüglich der Lorenz-Entführung vorgetragen; die Strafkammer ließ dies jedoch völlig unbeeindruckt. Ein Gesichtspunkt, der die Richtigkeit der Prozeßstrategie Fritz Teufels deutlich macht.

Zwei Tage vor ihrer Flucht wurde ihr in einem neuen Haftbefehl die Beteiligung an der Ermordung des Vorsitzenden Richters v. Drenckmann gemacht. Hier stehen mindestens acht Zeugen zur Verfügung, die ihre Anwesenheit am Tattag und zur Tatzeit in München bezeugen.

Obwohl der 2. Strafsenat des Kammergerichts zunächst mit größter Sorgfalt ermitteln ließ, Frau Plambeck sei „die" Blumenverkäuferin, war die gerichtliche Reaktion auf das dann vorgetragene Alibi ausgesprochen bescheiden; in der Öffentlichkeit wurde das Alibi praktisch überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Das paßt in die Fahndungspolitik der Bundesanwaltschaft, denen Zweifel offensichtlich lästig sind, – benötigt sie doch in den Fällen, in denen sie in Beweisnot ist (Buback, Schleyer, Ponto, Lorenz, Drenckmann u.a.), erst einmal Beschuldigte. Daß die Bundesanwaltschaft in den Fällen Lorenz-Drenckmann in der Person von Frau Plambeck die Falsche beschuldigt hatte, erklärte vielleicht, daß sie nach ihrer Flucht auch in Zusammenhang mit allen anderen unaufgeklärten Taten an erster Stelle gesucht wurde. Diese geistige Haltung der Bundesanwaltschaft war meiner Mandantin, im Gegensatz zu mir, schon bei ihrer Inhaftierung im Jahre 1975 bekannt.

25.7.1980,
Philipp Heinisch, Rechtsanwalt


Juliane

Freiheit für Fritz Teufel

Die Nachricht, daß Fritz Teufel weiterhin in Berlin-Moabit gefangengehalten wird, ist auch nach Delmenhorst, einer kleinen Industriestadt zwischen Bremen und Oldenburg, gedrungen. Auch hier sind viele Menschen darüber empört, besonders nachdem Fritz mit seinem Alibi die skrupellosen Methoden des Staatsschutzes aufgedeckt hat: So fehlen der Staatsanwaltschaft zwar Beweise. Sie kann sich aber solange auf unbewiesene Behauptungen stützen, wie nicht der Angeklagte seine Unschuld beweisen kann. Gelingt ihm das sogar, wird rasch eine neue, ebenso fadenscheinige Anklage zusammengezimmert. So soll ein von den Staatsschutzbehörden zum Staatsfeind erklärter vor Gericht keine Chance mehr haben. 10 Jahre Knast fordert die Staatsanwaltschaft nunmehr nach genau diesem Vorgang im Falle Fritz Teufels. Aus Protest dagegen haben bisher folgende Bewohner und Besucher der Stadt Delmenhorst ihren Namen unter die Forderung gesetzt:

„Freiheit für Fritz Teufel!"

Christian Hiltawsky (Schüler, DEL), Ricardo Hudeczek (Auszubildender, DEL), Christel May (Schülerin, DEL), H.-U. Glorius (Student, Delmenhorst), Winfried Krüger (Schüler, Stuhr), Kloppenburg (Stuhr), Ralf Czaikowsky (Schüler, DEL), Frank Pfifke (Kaufmann, DEL), Günther Matthes (Lehrer, DEL), Petra Manthau (Studentin, DEL), Edgar Meister (Student, DEL), Andreas Ochsenberger (techn. Zeichner, Bad Soden), Gerd Meißner (kaufm. Angestellter, Bad Soden), Falk-Henning Peters (Handwerker, DEL), Gabriele Peter (Buchhändlerin, DEL), Gerd Stellamanns (DEL), Christa Matthes (Hausfrau, DEL), Holger Tomalik (arbeitslos, DEL), Joachim Pflüger (Angestellter, DEL), Franke (Berlin), Petershagen (DEL), Paul Tomalik (Student, DEL), Mechthild Pfeiffer (Schülerin, DEL), K.-H. Kotulla (Arbeiter, DEL), Eckhardt Kleine (DEL), Haas (DEL), Ellen Hilf (Schülerin, DEL), Jürgen Looschen (ZDLer, DEL).

Waltraud Siepert erneut festgenommen

Im August '79 kam Waltraud Siepert nach fast vier Jahren Knast, zu denen sie wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" verurteilt worden war, frei.

Am 22. Juli 1980 wurde Waltraud in Süditalien, wo sie gelebt und gearbeitet hat, erneut verhaftet; zwei Tage später wurde sie in die Bundesrepublik abgeschoben, ohne daß sie sich noch mit einem Anwalt in Italien hätte besprechen können. In München angekommen, wurde sie aus dem Flugzeug heraus verhaftet und nach Stadelheim in den Knast verschubt. Erst zum 8.8. war Waltraud wieder frei.

Man fragt sich, wozu dieser Aufwand – nach Waltrauds Worten wurde sie *„bewacht, als sei ich eine Schwerverbrecherin oder eine verdächtige Terroristin"* („Berliner Morgenpost", 9.8.80). Der Haftbefehl gegen Waltraud wurde wegen unentschuldigtem Fehlen in einem Verfahren wegen „Fahrens ohne Führerschein" ausgestellt, ein Delikt, daß sie 1979 „begangen" haben soll. *„Gegen Waltraud Siepert lag in Berlin ein Haftbefehl vor, weil sie zu zwei Gerichtsterminen, in denen das von ihr nicht bestrittene Verkehrsdelikt vom November '79 verhandelt werden sollte, nicht erschienen war. Obwohl der Berliner Richter nach eigenen Angaben kein Auslieferungsbegehren an die italienischen Behörden gestellt hat, hätten diese mit Daten aus den deutschen Gerichtsakten argumentiert, erklärte die Anwältin. Das Überlassen dieser Akten sei rechtswidrig. Ein Sprecher der Berliner Justizpressestelle erklärte auf Anfrage dazu: 'Ich kann mir nicht erklären, wie diese Angaben nach Italien gekommen sind'"* („TSP", 9.8.80).

Waltraud wurde zu 600 DM Geldstrafe und sechs Monaten Fahrverbot verurteilt. Der eigentliche Hintergrund dieser Aktion gegen Waltraud ist aber wohl der, daß sie erneut im 2. Juni-Prozeß aussagen soll – wäre doch gelacht, wenn eifrige Vertreter der „objektivsten Behörde der Welt" nicht was fänden, das sie Waltraud in die Schuhe schieben könnten.

Presseerklärung

des Angeklagten, seines Anwalts und der Prozeßteilnehmer zum Verlauf des Iran-Prozesses am 6.8.80 im Amtsgericht Mannheim.

Am 6.8.80 begann im Amtsgericht Mannheim der Iran-Prozeß gegen Haru Schuh. Der Prozeß bezieht sich auf die Festnahme vom 2.12.78 als eine geplante Demonstration zur Unterstützung der Volkskämpfe im Iran gegen die damals noch herrschende Schah-Diktatur durch brutale Polizeigewalt verhindert wurde.

Haru Schuh wurde von Gericht und Staatsanwaltschaft daran gehindert, eine vorbereitete politische Erklärung, die auf die Hintergründe der geplanten Demonstration einging, abzugeben.

Nachdem das Publikum eindringlich vom Gericht gefordert hatte diese Erklärung zuzulassen, versuchte der Angeklagte, mit der Verlesung seiner Erklärung fortzufahren.

Daraufhin wurde Haru Schuh mit Polizeigewalt aus dem Gerichtssaal entfernt und draußen auf dem Gerichtsflur von Polizisten zu Boden geworfen. Nur der Protest einiger Prozeßteilnehmer und des Anwalts verhinderte, daß der Angeklagte willkürlich in eine Gerichtszelle eingesperrt wurde.

Da der Angeklagte es für unter seiner Würde hält, nur eine Statistenrolle zu spielen, hat er den Gerichtssaal nicht mehr betreten und wird sich auch am weiteren Prozeßverlauf nicht mehr beteiligen.

Ein Großteil des Publikums wird ebenfalls am weiteren Prozeßgeschehen nicht mehr teilnehmen, da der Angeklagte nicht die Möglichkeit hat, seine politischen Motive in dem notwendig erscheinenden Maß darzulegen.

Mannheim, den 6.8.80

Haru Schuh

Klaut sie! Karl Heinz Roth, Fritz Teufel (Selbst-)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla
iva

Konkret und analytisch zugleich – wenn auch nicht leicht lesbar geschrieben – sind die Artikel von **Karl Heinz Roth** über **„Moral, Gehirnwäsche und Verrat"**, die sich mit bestimmten Zerfallserscheinungen der Linken befassen (u.a. zu Mahler, RAF, Alternativszene).

Der Erlös des Buches geht an den Öffentlichkeitsausschuß des „2.Juni"-Prozesses. – **die unbeugsamen von der spree / Karl Heinz Roth / Fritz Teufel, „Klaut sie! (Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla", iva-verlag bernd polke, Tübingen 1979, 120 Seiten, 11 Mark.**

Ilse Schwipper

Offener Brief

Ilse Schwipper (Jandt) wurde Anfang Januar 80 – kurz vor der Belegung des Hochsicherheitstrakts – vom Moabiter Turm (Kleingruppenisolation der in Moabit einsitzenden Frauen aus der RAF und der Bewegung 2. Juni) ins Frauengefängnis Lehrter Straße verlegt. Monika Berberich, Gabriele Rollnik, Angelika Goder und Gudrun Stürmer sind seit Januar im HS-Trakt.

Diese Verlegung von I. Schwipper in die Lehrter Straße verkaufte Westberlins Justizsenator Meyer in diversen Zeitungsartikeln und auf Veranstaltungen über den HS-Trakt als „Beweis", daß jede(r), der (die) sich vom Terrorismus distanziert, in den Normalvollzug kommt. Schon zum damaligen Zeitpunkt handelte es sich hierbei um eine reine Zwecklüge, da Ilse Schwippers kritische Haltung zur RAF-Politik den Behörden seit Monaten bekannt war, sie aber ebensolange eine Verlegung in die Lehrter Straße abgelehnt hatten.

In dem hier dokumentierten Offenen Brief an Justizsenator Meyer beschreibt Ilse Schwipper, was von diesem „Normalvollzug" zu halten ist.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Ilse Schwipper – Frauenhaftanstalt Lehrter Str. 61 – 1000 Berlin 21 –

an den Senator f. Justiz
G.M. Meyer

Berlin 21, 10.7.80

Sehr geehrter Herr Senator Meyer,

um zu verhindern, daß einer meiner Verteidiger wieder mal mit einem Ehrengerichtsverfahren oder Strafermittlungsverfahren belegt wird, wenn er seinen Mandatspflichten nachkommt, übernehme ich selbst mit diesem Offenen Brief die Beantwortung Ihres Schreibens vom 23.6.1980 an meinen Rechtsanwalt Philipp Heinisch.

Mit Schreiben vom 24.3.1980 hat mein Anwalt, Herr Heinisch, in Erinnerung an Ihre Zusage, mich in den Normalvollzug zu integrieren, Sie gebeten, meine Haftbedingungen denen der in der Untersuchungshaftanstalt untergebrachten Untersuchungsgefangenen anzugleichen, da sich meine Haftsituation im Vergleich zum Trakt Moabit nicht wesentlich verändert hat. Im Gegenteil, daß die im Trakt Moabit entstandenen Gesundheitsschäden sich hier im 'Normalvollzug' manifestieren, ausweiten und neue psychosomatische Erkrankungen hinzukommen, hat seine Ursache darin, daß ich im Gegensatz zu der in der Presse verbreiteten Behauptung, nicht im Normalvollzug integriert bin. Diese Behauptung im Berliner Tagesspiegel vom 16.1.80 ist eine Zwecklüge zur propagandistischen Nutzung, wie es gegenüber Amnesty International eine Augenwischerei ist, wenn, wie mit Schreiben vom 13.9.79, Sie, Herr Senator. Meyer schreiben: „Mein persönliches Anliegen ist es, den Gefangenen dieses Personenkreises (gemeint sind die Gefangenen aus den bewaffnet kämpfenden Gruppen) die Möglichkeit zu eröffnen, im Normalvollzug auf die Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorbereitet zu werden."

Der Normalvollzug sieht für mich nach fast 7 Monaten folgendermaßen aus:

Ausschluß von jeglicher Gemeinschaftsveranstaltung, die von anstaltsexternen Mitarbeitern geleitet werden; mit der Begründung, daß dies Gruppen seien mit freiwilligen Mitarbeitern. Jede andere Untersuchungsgefangene, die von Richtern/Richterinnen vom 24-Stunden-Verschlußvollzug mittels Freigabeerklärung befreit wurde, kann an solchen Gruppen-Aktivitäten teilnehmen. Es ist bekannt, daß jeder/jede Mitarbeiter/in der Vollzugsanstalten, ob als Beamte/r, Angestellte/r oder freiwillige Mitarbeiter/in, einer umfassenden Überprüfung durch den Verfassungsschutz und/oder Staatsschutz unterzogen wird.

Was ist also so „gefährlich" an den freiwilligen Mitarbeitern, daß ich nicht zu von ihnen geleiteten Gruppen zugelassen werden kann? Oder anders gefragt, was befürchten Sie, könnte bei meiner Anwesenheit in diesen Gruppen mit den freiwilligen Mitarbeitern geschehen? Oder sollten etwa auch Sie, wie die Anstaltsleitung der Frauenhaftanstalt hinter vorgehaltener Hand äußerte, die Vermutung hegen, daß ich „in die Lehrter Straße gegangen bin, um für die Terroristen Nachwuchs zu rekrutieren"? Die von ihnen angeführten Gründe – räumliche Begrenztheit und mangelndes Personal – , die Sie daran hindern, meine Haftbedingungen zu verändern, können es nicht sein, denn Räume wie Mitarbeiter für diese Gruppen sind vorhanden.

Der Verfolgungswahn der Nachwuchs-Rekrutierung für „Terroristen" ist auch der Grund dafür, daß ich im Gegensatz zu anderen Untersuchungsgefangenen auf der Verschlußstation II liege. Auf dieser Station können sich keine festen Beziehungen entwickeln, weil die Frauen mit denen ich es in der abendlichen Fernseh-Gruppe zu tun habe, ständig wechseln. So bin ich seit meinem Hiersein im Januar 80 bis heute, 10. Juli 1980, mit etwa 40 verschiedenen Frauen für jeweils sehr kurze Zeit zusammen gekommen. Das ist nur die Kehrseite der Unterwerfung unter eine über Jahre andauernde Kleingruppen-Isolation. Bedingt ist dieser ständige Wechsel dadurch, daß die Frauen auf andere Stationen verlegt werden, sobald sie von den zuständigen Richtern/Richterinnen zur Gruppenbeteiligung freigegeben worden sind. Die Station ist zudem noch eine Station von Drogenabhängigen, und Frauen, die in anderen Zusammenhängen beschuldigt sind, werden nach einigen Tagen ohne Freigabe sogar auf die Station IV verlegt. Auf den anderen Stationen sind die Zellentüren offen, bei gleicher Personalstärke und gleichen baulichen Bedingungen wie auf der Station II. Personelle Verhältnisse und räumliche Beengung sind es ja, die Sie im Antwortschreiben an meinen Anwalt, Herrn Heinisch, anführen, die angeblich die Angleichung an die Haftbedingungen aller anderen Untersuchungsgefangenen im Wege stehen.

Von ungeheurer Menschenfeindlichkeit und triefendem Zynismus aber, Herr Senator, ist Ihre Empfehlung, mich doch bitte sehr nach Westdeutschland verlegen zu lassen. Sie wissen sehr genau, daß a l l e meine sozialen Kontakte und emotionalen Bindungen hier in Berlin angesiedelt sind, die sich trotz aller Behinderungen und Versuche des Zerstörens von seiten der Justiz und des Staatsschutz, entwickelt und gefestigt haben. Ihre Bekundung, meine Haftbedingungen nicht denen aller im Normalvollzug befindlichen Frauen anzugleichen, sondern für mich repressive und restriktive Sonderbehandlungen aufrecht zu halten, ist nicht nur ein Erpressungsversuch, der mich dazu zwingen soll, einer Verlegung nach Westdeutschland gegen mein Interesse und Bedürfnis zuzustimmen, sondern nach wie vor der Versuch, mich in meiner Persönlichkeit zu zerstören, um auf diesem Wege Aussagen zur Sache von mir zu bekommen. Ihr Parteigenosse, Bundesinnenminister Baum, Herr Senator, wird nicht müde, in allen Medien, mit allen Mitteln dafür zu werben, daß Kämpfer aus den Guerilla-Gruppen, die aus dem Untergrund operieren, sich doch bitte sehr stellen mögen, denn für sie wird es fair und human bei Selbststellung und Rückkehr. Parallel dazu werben Sie, Herr Senator Meyer, bei Gefangenen aus diesen Guerilla-Gruppen, die im Hochsicherheitstrakt Moabit eingepfercht sind und führen in der Öffentlichkeit mich als Beispiel an. Das, Herr Senator Meyer, kann nur abschreckend sein, denn die Realität meiner Haftbedingungen haben nichts zu tun mit Ihrem Versuch, sich ein liberales Image zu verschaffen, um damit zu den Bundestagswahlen Ihrer Partei und Ihrem Parteigenossen Baum Stimmenanteile zu verschaffen. Der Liberalisierungs-Prozeß, den Sie und Ihre Kollegen in der Öffentlichkeit verkaufen wollen, findet nicht statt. Ich habe nur ein Drittel der Sondermaßnahmen angeführt, denen ich unterliege, sonst ginge es noch seitenweise so weiter. Nur von einer der letzten inhumanen Maßnahmen will ich hier noch berichten, weil sie am deutlichsten zeigt, wie weit zu gehen Sie bereit sind, um Zusammenbrüche bei mir zu provozieren.

Für den 24. Juni 1980 hatte meine jüngste Tochter eine Besuchsgenehmigung erhalten, weil sie es nach vier Jahren noch einmal wagen wollte, mich in dieser Gefängnisatmosphäre zu besuchen. Berechtigterweise ging sie davon aus, daß die entwürdigenden Kontrollen und Überwachungen wegfallen würden, die sie 1976 in Moabit tief schockiert hatten und sie zum Fernbleiben veranlaßt hatten. Sie war damals 12 Jahre alt und wurde sämtlichen Kontrollen unterworfen, wie sie an Erwachsenen praktiziert werden, die politische Gefangene besuchen wollen.

Ich hatte bei Gericht beantragt, den Besuch mit meiner Tochter statt von Vollzugsbeamtinnen vom Sozialdienst überwachen zu lassen, was des öfteren unter Berücksichtigung der Mutter-Kind-Beziehung so gehandhabt wird, und unter Berücksichtigung der vierjährigen Unterbrechung der Beziehung zu meiner Tochter eines besonderen sensiblen Umgangs bedarf. Zum Einen hat das der Vorsitzende Richter der 9. Strafkammer, Dr. Fitzner, abgelehnt, weil das den Zweck des Revisionsverfahrens gefährden könne. Zum anderen wurde mir strikt untersagt, meine Tochter zu begrüßen und zu umarmen, ganz zu schweigen von Zärtlichkeit in besonders verzweifelten Depressionsschüben meiner Tochter.

Von meinen sonstigen Haftbedingungen brauchte ich meiner Tochter gar nichts mehr zu erzählen, die konnte sie sich selbst plastisch ausmalen. Der Besuch hat meiner Tochter praktisch vermittelt, was von den Reden des Herrn Innenminister Baum und den Ihrigen, Herr Senator, zu halten ist. Insofern ist Ihr Antwortschreiben, Herr Senator, nur die Fortsetzung dieser Linie.

Ich kann nur jeden davor warnen, sich blenden zu lassen von scheinliberalen Reden, oder von rattenfängerischen Zusagen, denn die bundesrepublikanische Wirklichkeit ist terroristisch und repressiv. Die Verhältnisse dieser Republik bringen eher Guerilla-Kämpfer hervor als sie zu verhindern, aus welchen Gründen auch immer und wie falsch es sein mag.

Sie werden verstehen, daß dies nicht alles von meinem Anwalt geschrieben werden konnte, weil es eben auch zur bundesrepublikanischen Realität gehört, daß die Wahrheit entweder unter Verschluß gehalten wird (wie im Fall Astrid Proll 8 Jahre lang – wie im Schmücker-Verfahren noch bis heute) oder verbogen (wie bei den Anklagekonstruktionen gegen Fritz Teufel und die anderen Angeklagten im 2. Juni-Prozeß) oder mit Strafe bedroht wird (wie bei Rechtsanwälten, die ihre Stimme zu laut und zu deutlich erheben zum Schutze ihrer Mandanten).

Sie können meine Haftbedingungen, Ihren Machtmitteln entsprechend, noch so repressiv und inhuman halten, Sie werden mich weder zu Aussagen zur Sache bringen noch können Sie mich dazu treiben, meine Verlegung aus Berlin zu beantragen.

Wäre zum Schluß noch zu sagen, daß Staatsschutzrichter a l l e s unterschreiben und absegnen, was gewünscht wird. Insofern ist Ihr Verweis auf das richterliche Standhalten von überprüften Haftbedingungen nur noch lächerlich.

Hochachtungsvoll
Ilse Schwipper



4 1/2 Jahre und wie lange noch?

Solidaritätsaufruf für Thomas Reuter und Brigitte Schulz

Zwei Deutsche sitzen seit 4 1/2 Jahren in einem israelischen Gefängnis. Ist schon die Vorgeschichte des Falls verwunderlich genug, so ist es noch mehr die Haltung der Bundesregierung. Der Staat Israel hat Thomas und Brigitte seit über einem Jahr in geheimer Haft gehalten, d.h. keiner außer den Verantwortlichen Israels wußte, wo sie waren, ob sie überhaupt noch am Leben waren.

Die Festnahme

Am 27.Januar 1976 sind Thomas Reuter und Brigitte Schulz in einem Hotel in Nairobi, Kenia vom kenianischen Geheimdienst, unter Mitwirkung von israelischen Geheimdienstlern verhaftet worden. Sie wurden fünf Tage lang verhört. Bei den Verhören wurde schwer gefoltert. Nach fünf Tagen wurden sie im betäubten Zustand, bei Nacht und Nebel nach Israel verschleppt.

Keiner? Na ja, doch einer und zwar eine deutsche Stelle, die Akten über sie nach Israel überstellte. Dies in einer Phase des Geschehens, wo die Bundesregierung und natürlich der Staat Israel den Eltern gegenüber erklärte: *„Wir wissen nicht, wo Ihre Kinder sind"*. Dies in einer Phase, wo Thomas und Brigitte schwer gefoltert wurden.

Mit welcher Berechtigung, aus welchem Grund? Man warf ihnen vor, an der Planung (!) eines Flugzeugattentates beteiligt gewesen zu sein. Um ihnen dies "nachzuweisen", mußte man allerdings Geständnisse, notfalls mit Foltermethoden, aus ihnen herausholen, um nicht vor Gericht mit leeren Händen dazustehen. Dem Gericht (Verurteilungstribunal wäre vielleicht eine angebrachtere Bezeichnung) blieb jedoch nach einem zweijährigen Prozeß nichts anderes übrig, als die gesamte Anklage fallen zu lassen und zwei Wochen später Thomas und Brigitte zu zehn Jahren Gefängnis wegen *„gegen Israel gerichtete terroristische Aktivitäten"* zu verurteilen. Welche konkreten "terroristischen" Aktivitäten damit gemeint sind, weiß keiner.

Und so sitzen sie heute noch, ohne lauten Protest der Bundesregierung, einfach so.
WIE LANGE NOCH ?

Die Folter

Diese fand in einem geheimen Verhörlager, dessen Name und Standort unbekannt sind, statt. Hier wurden Thomas und Brigitte ein bzw. 1/2 Jahre festgehalten. In dieser Zeit wurden sie gefoltert, d.h.: Dunkelhaft, Hooding (dem Gefangenen wird eine undurchsichtige Kapuze über den Kopf gestülpt), Schläge, Drohungen. Dem Boden von Brigittes Zelle ließ man mit Wasser vollaufen, nachdem man alle Sitz- und Liegemöglichkeiten aus der Zelle entfernt hatte. Thomas stellte man an die Wand und "spielte" mit ihm Scheinerschießung. Dies und vieles mehr geschah dort. Die Folge dieser Behandlung: Die Gefangenen unterschrieben Geständnisse.

Der Prozeß

Das heißt: Militärgericht, Ausschluß der Öffentlichkeit, keine freie Wahl der Verteidiger (die Angeklagten bekamen eine Liste von Anwälten, von denen sie sich jeweils einen aussuchen durften) und Einschränkungen der Verteidigerrechte. So war es den Anwälten verboten, bestimmte Dinge, wie z.B. die Verschleppung nach Israel im Prozeß anzusprechen. So endete auch das Verfahren mit einer Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis.

Die Bundesregierung

Die Aktivitäten der Bundesregierung beschränkten sich bis jetzt auf etwa 20 Protestnoten an die israelische Regierung. Die Eltern von Brigitte Schulz führen stellvertretend für sie einen Prozeß wegen Nichttätigkeit gegen die Bundesregierung. Diese hat sich bei dem ersten Prozeßtermin geweigert, ihre Akten über den Fall rauszurücken. Die Sicherheit der Bundesrepublik und das Ansehen der Bundesregierung in der Öffentlichkeit seien dadurch gefährdet.

Wenn Sie Thomas und Brigitte unterstützen wollen, oder aber sich mit ihrem Schicksal auseinandersetzen wollen, können Sie folgendes tun:
1) Einen Brief an die Bundesregierung schreiben, und zwar an folgende Adresse: Bundesministerium des Auswärtigen, Adenauerallee 101, 5300 Bonn;
2) Eine Broschüre und nähere Informationen bei: I.Schücking, Von-Galen str.4, 4414 Sassenberg, Tel. 02583/1031 anfordern. Die Broschüre kostet 40 Pfg.

Horst Mahler entlassen

Ein Mann will nach oben



Vom Dialog...

Am 17.8. wurde Horst Mahler nach 10 Jahren Knast, davon jahrelanger Isolationshaft, endlich entlassen.

1970 verhaftet, dann verurteilt wegen Gründung der RAF und Bankraub zu insgesamt 14 Jahren, wurden nun die letzten vier Jahre auf Bewährung ausgesetzt.

Selbstverständlich ist diese Entlassung zu begrüßen, steht doch der "Fall Mahler" für Gesinnungsurteil, 'Bewertung' der Täterpersönlichkeit und einer Justiz, die willfähig den erpreßten und bestochenen Kronzeugen Ruhland als geläuterten Wahrheitsapostel aufbaute.

Nicht wegen dieses Fehlurteils allerdings wurde Mahler vorzeitig entlassen (wurde doch der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens 1979 verworfen), sondern weil die zuständige Strafvollstreckungskammer davon ausgeht, daß Mahler „seine Bestrebungen, politische Veränderungen zu erreichen, künftig nur im Rahmen der Gesetze, und vor allem unter Verzicht auf Gewalt fortsetzen wird" („Spand.Volksblatt", 15.8.80). Und deutlicher: „Meyer (Westberlins wird" („Spand.Volksblatt", 15.8.80). Und deutlicher: „Meyer (Westberlins **Justizsenator) begrüßte gestern in einer Stellungnahme gegenüber dpa die jetzige Entscheidung der Strafvollstreckungskammer und sprach die Hoffnung aus, daß Horst Mahlers Weg eine Signalwirkung auf andere Häftlinge aus der Terrorismus-Szene hat" (ebenda).**

Diese Signalwirkung wird mit Sicherheit ausbleiben. So schreibt die „FR" sehr hellsichtig: *„Befriedigt darüber, die reine Wahrheit gepachtet zu haben, mag nämlich die etablierte Welt nur allzu gern den einstigen Weggefährten von Ulrike Meinhof und Andreas Baader für eine Weile voller Stolz als 'geheilt' öffentlich vorzeigen, während dem Vierundvierzigjährigen seine verbliebenen alten Freunde dabei Stück für Stück verlorengehen. Denn als integrierter Bestandteil der linken Szene wird Mahler kaum noch gelten können. Und Szene, das sind nicht nur die 'Verrückten', als die der ehemalige Rechtsanwalt jene bezeichnete, die immer noch glauben, 'daß der Staat vor einer Handvoll Terroristen kapituliert' ... Es ist nicht auszuschliessen, daß der Wandlungsprozeß, in dem Horst Mahler derzeit allem Anschein nach steckt, sich schon bald auf die Kurzformel wird bringen lassen: Ein Mann will nach oben, auch wenn Mahler solche kurzen Nenner zutiefst verabscheut"* („FR", 18.8.80).

Die verschiedenen Wandlungen des Horst Mahler sind zur Genüge beschrieben worden: Vom RCDS zum erfolgreichen Wirtschaftsanwalt, zum SDS, zum RAF-Gründer, zum "KPD"-Mitglied (wobei er den Hungerstreik der RAF gegen Isolationshaft 1974 als sinnvollen Zeitpunkt für seinen Eintritt in die "KPD" und die damit verbundene Kritik an der RAF ansah).

Schließlich wurde er zum rechtfertigenden Verfechter bundesdeutscher Isolationshaft ('Der Foltervorwurf – eine Propagandalüge' / „Spiegel" 50/78) und zum Apologeten der Entsolidarisierung und eines neuen Staatsverständnisses vom Staat als „eine Vermittlung zwischen gegensätzlichen Gesellschaftskräften und in der Praxis auch veränderbar" („TAZ", 3.1.80/Baum–Mahler–Dialog im „Spiegel" 53/79).

Was uns nun erwartet, ist schon abzusehen: So will Mahler demnächst mit Rainer Langhans über Einsteiger und Aussteiger dieser Gesellschaft plaudern und am 28.8. in Köln mit Ulrich Klug, Rudolf Augstein und selbstverständlich seinem privilegierten Gesprächspartner Bundesinnenminister Baum über die Staatsgewalt und das Volk („FR", 18.8.80). Der Spiegel vom 18.8. ist noch besser unterrichtet: *„Das 'Ma-* *nagement Institut Hohenstein' bietet für Oktober im Frankfurter Euro-* *nagement Institut Hohenstein' bietet für Oktober im Frankfurter Euro-Crest Hotel ein Seminar mit Mahler als Lehrer an. Thema: Alternative Marxismus? Gemeinsam mit Jesuiten-Professor Rupert Lay soll der ehemalige Anwalt in Zwei-Tage-Kursen (Kosten 950 Mark plus Mehrwertsteuer) über marxistische Grundbegriffe sprechen und mit den Seminaristen aus der Wirtschaft üben, wie man mit den Linken diskutiert"*.

Frau/man sieht, der Möglichkeiten sind viele und vielfältige für einen reuigen Sünder. *„Ich weiche Gesprächen grundsätzlich nicht aus, weil ich keine Berührungsängste habe"*, kommentierte Mahler die schlichte Tatsache, daß er sich während der Anti-Terrorismus-Konferenz 1978 in Westberlin stundenlang mit David G.Hubbard, Direktor des US-"Instituts für abweichendes Verhalten" („Abberrant Behaviour") und einem ehemaligen, bekehrten Mitglied der zerschlagenen Us-amerikanischen Untergrundorganisation Weathermen unterhalten hatte.

Wegen der ausgewogenen Berichterstattung wollen wir unseren Lesern folgendes Zitat nicht vorenthalten: *„Horst Mahler ist zur bewußten Kollaboration mit dem Bundeskriminalamt und der Berliner Justiz – einer Marionette der politischen Polizei in Wiesbaden und Bonn – übergegangen. Er ist geblieben, was er immer nur war: Ein Zyniker, ein Chauvinist, ein Mandarin, jetzt offen Partei für den Staatsschutz – politisch eine belanglose, eine hauptsächlich lächerliche Figur"* (Monika Berberich für die Gefangenen aus der RAF im Prozeß Baader–Befreiung am 27.9.1974).

Westberliner Antirepressions–Kommission des KB



...zur "aktiven Partnerschaft"?

Pressebegehung des Hochsicherheitstrakts in Fuhlsbüttel (Hamburg):

Pressebegehung des Hochsicherheitstrakts in Fuhlsbüttel (Hamburg):

»Das Vorführen von Isolation ist die beste Methode, sie zu verharmlosen«

(Sigrid Weigel)

Ganz anders als z.B. in Westberlin wurde in Hamburg der Ausbau eines Hochsicherheitstrakts betrieben. Planung, Bau und Belegung verliefen in aller Stille.

Anfang des Jahres häuften sich die Anzeichen, daß der Hamburger Hochsicherheitstrakt bald fertig wäre (vgl. AK 173). In einem offenen Brief an die Justizsenatorin Leithäuser forderte die Dozentin Sigrid Weigel Aufklärung über die Umbauten im Hamburger Knast Fühlsbüttel. Dieser Brief wurde von mehreren Autoren, Journalisten und Hochschullehrern mitunterzeichnet, u.a. von Wolf Biermann, Margot Schröder und Uwe Friesel.

Am 24.7.80 hatten ausgesuchte Pressevertreter das erste Mal die Möglichkeit, den Trakt von Innen zu sehen. Wie kam es dazu?

„Sicherheitsstation"

In ihrem Antwortschreiben auf den offenen Brief gab sich Frau Leithäuser recht beschwichtigend. Der Trakt heißt da vorsichtig *"Sicherungsstation"*, über die gesagt wird: *„Ein eigener Eindruck von den Bedingungen in dieser Abteilung würde Sie sicherlich davon überzeugen, daß dem Sicherungsgedanken an diesem Platze zwar mehr als in anderen hamburgischen Vollzugseinrichtungen, aber keinesfalls in menschenverachtender oder gar menschenvernichtender Weise Raum gegeben worden ist."*

Sigrid Weigel nahm diese 'Einladung' an und forderte –gemeinsam mit sachverständigen und interessierten Jounalisten– eine Besichtigung. Reaktion der Justizbehörde: Möglich sei lediglich, daß sie (Frau Weigel) zusammen mit „geladenen Pressevertretern" an der Begehung teilnehmen könne. *„Andere Interessierte könnten sich dann ja aus der Presse informieren"* (aus dem Bericht von S.Weigel über die Begehung, vollständig abgedruckt in der „TAZ", 15.8.80). So wurden dann u.a. ein freier Journalist und ein Fotograf für eine holländische Agentur mit der Begründung "Platzmangel" von der Begehung ausgeschlossen („Mopo", 25.7.80).

Was nach Auffassung der Justizsenatorin *„mit dem Strafvollzugsgesetz durchaus vereinbar"* ist, entpuppte sich dann bei der Begehung am 24.7.80 als Knast im Knast. Die Abteilung hat zwölf Einzelzellen, einen Gemeinschaftsraum, der Mittelgang ist kameraüberwacht. Die "Sicherheitsfenster" haben einen verschließbaren Luftkanal und sperren die Außengeräusche fast aus. Laut Angabe der Behörde haben die Zellen aber keine Gegensprechanlage oder Kameras. Im Besucherraum ist vorsorglich gleich eine Trennscheibe eingebaut. Zum Trakt gehören dann auch noch die "Beruhigungszellen" im Keller. Sigrid Weigel beschreibt sie: *„Zwei Zellen, durch Panzerglas, Gitter und gepolsterte Türen verschlossen, kamera- und akustisch überwacht, ausgestattet mit nur einem in den Boden eingelassenen Aluminium-WC und einer gepolsterten Pritsche mit handbreiten Lederriehmen zum Anschnallen und schweren Hand- und Fußfesseln aus Metall."* Soll da 'beruhigt' werden, wem die Isolation im Trakt noch nicht reicht?

Denn mindestens vier Wochen lang in Totalisolation kommen die Gefangenen gleich bei ihrer Einlieferung, *„um ihr Verhalten zu beobachten"*. Gearbeitet wird auch meist allein oder zu zweit. Umschluß ist nur 2 1/2 Stunden nach der Arbeit. Eine interaktionsfähige Gruppe aufzubauen, steht da gar nicht erst zur Diskussion (alle Angaben aus dem Bericht von Sigrid Weigel).

Stillschweigend belegt

Wie man aus dem Brief der Justizsenatorin entnehmen kann, ist der Trakt für alle möglichen Gefangenen geplant, denn es wird betont, daß die jetzigen Insassen nicht dem *„Kreis terroristischer Gewalttäter zuzurechnen"* sind. *„In die Sicherungsabteilung der Aufnahmeanstalt werden Gefangene eingewiesen, für die aus den unterschiedlichsten (!) Gründen, sei es wegen ihres Verhaltens im Vollzug, wegen ihrer Gefährdung durch sich selbst oder durch andere Gefangene oder wegen der Gefährlichkeit von ihnen begangener Straftaten oder anderer in ihrer Person liegender Gründe Haftbeschränkungen notwendig werden."* Eine Andeutung dessen, was mit dieser dehnbaren Formulierung gemeint sein kann, wird mitgeliefert: „.... beschloß der Senat damals ein umfangeiches Programm zur Sicherung des in Hamburg schon seit längerem nach und nach eingeführten Behandlungsvollzuges gegen Störungen durch Ausbrüche, gewaltsame Gefangenenbefreiung oder in den Anstalten geschürte Unruhen."

Im Moment sind vier Gefangene im Trakt. Zwei davon sind auf Anzeige des Fuhlsbüttler Sicherheitsinspektors Rettinger dort hingekommen. Rettinger ist dadurch bekannt geworden, daß er einen Gefangenen wegen Rauschgiftbesitz im Knast angezeigt hat, was sich dann aber in der Gerichtsverhandlung als Falle herausstellte: Der Angeklagte mußte freigesprochen werden; gegen Rettinger u.a. wurde Anzeige erstattet wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage bzw. Meineids. Die "Ermittlungsgruppe ./. Rettinger", die sich daraufhin gebildet hat, bemüht sich insbesondere um Aufklärung dieses "Falls" (siehe AK 182, S.20). Der dritte im Trakt einsitzende Gefangene ist der Tötung eines Mithäftlings in Fuhlsbüttel angeklagt; der vierte Gefangene wird beschuldigt, Bedienstete der Anstalt angegriffen zu haben. Warum durfte mit diesen vier Gefangenen bei der Begehung des Trakts nicht gesprochen werden? *„Als zum Abschluß der Begehung die Pressevertreter im Hof standen, rief einer der vier Gefangenen durch die Luftschleuse im Fenster: 'Glaubt denen ja nichts, die erzählen Euch doch nur Lügenmärchen'. Die Frage, ob wir mit den Gefangenen –vorausgesetzt deren Einverständnis natürlich– sprechen könnten, wurde verneint."* (Bericht S.Weigel)

ARBEITERKAMPF - Seite über Trakt beschlagnahmt

Daß die Behörde die Belegung des Trakts reibungslos und stillschweigend über die Bühne bringen wollte, zeigt auch folgender Vorfall. Dem Gefangenen K.-H.Galander –Kandidat der "Grünen" für die Bundestagswahl– wurde die Seite vom AK 173 vorenthalten, auf der eine Skizze des neuen Trakts abgebildet war. Auf seinen Widerspruch hin bekam er folgenden Ablehnungsbescheid. *„.... Diese Beschreibung ist geeignet, möglicherweise geplante Befreiungsversuche von Insassen dieser inzwischen belegten Station zu unterstützen. Obwohl die H-S-Station nicht unmittelbar zur JVA Fuhlsbüttel gehört, so ist die JVA Fuhlsbüttel dennoch an der Sicherheit dieser Station interessiert, weil auch ein Teil der Insassen möglicherweise dorthin verlegt werden könnte."* Man höre und staune, die Behörde schreibt H-S-Station! Gibt sie etwa zu, daß es doch nicht bloß eine "Sicherungsstation", sondern ein Hochsicherheitstrakt ist?

Die Belegung des Hamburger Trakts hat gezeigt, was schon lange befürchtet wurde: mit der "Bedrohung Terroristen" wird das Konzept Hochsicherheitstrakt der Öffentlichkeit verkauft, um es hinterher klammheimlich zur Regel werden zu lassen.

IKAH Hamburg

HBV Oldenburg:
DGB-Chef Vetter mischt sich ein

In den Konflikt um die angebliche kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaft HBV, den vom Oldenburger HBV-Sekretär Albers initiierten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen DKP-Mitglieder und der u.a. daraufhin erfolgten Entlassung und Suspendierung des langjährigen Sekretärs hat sich Anfang August nun auch die DGB-Spitze eingeschaltet.

In einem vertraulichen Schreiben an die Vorsitzenden der 17 Einzelgewerkschaften soll der DGB-Vorsitzende Vetter mitgeteilt haben, *„der Fall Albers berühre auch die gewerkschaftliche Dachorganisation. Zugleich wird der entlassene Gewerkschaftssekretär in einer fünfseitigen Dokumentation als durchaus zuverlässiger Gewerkschafter geschildert"* („FAZ", 5.8.80).

Leider sind bisher aus dem Vetter-Brief keine weiteren Einzelheiten bekannt geworden. Jedoch die Tatsache, daß es eigentlich unüblich ist, daß sich der DGB in Belange der Einzelgewerkschaften einmischt sowie die umfassende Würdigung der Verdienste Albers lassen erahnen, daß der Oldenburger UVB gegen die DKP auch in der DGB-Spitze seine Sympathisanten hat. Für eine solche Haltung spricht außerdem, daß neben Löwenthal, DAG und rechter Ortspresse führende örtliche HBV-Funktionäre, SPD Bundes- und Landtagsabgeordnete bis hin zur SPD-Arbeitsgemeinschaft AfA zu denjenigen gehören, die am wüstesten gegen die Entlassung Albers und die anschließende Besetzung des HBV-Bezirksbüros hetzten.

Der langjährige bayerische DGB-Landesvorsitzende Rothe hat dem HBV-Pressereferenten Götz sogar unterstellt, daß „Leute mit einer Auffassung wie er die Einheitsgewerkschaft gefährden" würden.

Zum Anlaß für diesen unverschämten Vorwurf nahm Rothe eine Äußerung von Götz zu den „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion" von Stoiber CSU. Götz soll danach Zweifel angemeldet haben, ob eine CSU-Mitgliedschaft noch mit der in einer DGB-Einzelgewerkschaft vereinbar ist.

In der Zwischenzeit hat Götz diese Aussage dementiert und erklärt: *„Ich habe mich zu keinem Zeitpunkt für die Unvereinbarkeit von CSU-Mitgliedschaft und Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft ausgesprochen"* („FAZ", 14.8.80).

Das prompte Dementi von Götz ist bezeichnend, denn der eigentliche Vorwurf von Rothe (Gefahr für die Einheitsgewerkschaft) wird einfach unterschlagen. Und ähnlich wie Götz versucht der HBV-Hauptvorstand insgesamt mit Richtig- und Gegendarstellungen abzuwiegeln und den Konflikt zu entschärfen.

Die im Vetter-Brief enthaltene unterschiedliche Affassung erklärte der stellvertretende HBV-Vorsitzende terschiedliche Affassung erklärte der stellvertretende HBV-Vorsitzende Volkmar erstmal damit, daß diese auf einem unterschiedlichen Informationsstand beruhte.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß es der HBV-Führung mit einer derart defensiven Haltung gelingt, die Gemüter wieder zu beruhigen. Vielmehr ist zu befürchten, wenn sich wie im Vetter-Brief angekündigt der DGB-Bundesvorstand mit dem Konflikt befaßt, der Rechtsdruck gegen die HBV sogar noch zuspitzt. Ein Termin für dieses Treffen ist bis jetzt nicht bekannt.

HBV-Niederlage gegen Löwenthals ZDF-Magazin

Die HBV-Führung ist gegenwärtig eifrig damit beschäftigt, Beschwerden, Leserbriefe und Gegendarstellungen abzufassen.

Gegen die Berichterstattung und Stimmungsmache in der Oldenburger „Nordwest-Zeitung" wurde bereits zweimal eine Gegendarstellung durchgesetzt. Zusätzlich erhielt der Deutsche Presserat deswegen eine Beschwerde mit der Aufforderung, gegenüber der „Nordwest-Zeitung" eine Rüge auszusprechen.

An die Redaktion von „Capital" ging ein Leserbrief des HBV-Vorsitzenden Vietheer, in dem die in „Capital" Nr. 6/80 behauptete „kommunistische Unterwanderung" zurückgewiesen wird.

Doch selbst beim Durchdrücken von Gegendarstellungen hat der HBV-Hauptvorstand nicht immer eine glückliche Hand. Die Absicht, gegen die in der Sendung des ZDF-Magazins vom 16.7. vorgebrachten Behauptungen eine fünf Punkte umfassende Gegendarstellung durchzusetzen, entwickelte sich zu einer mittelschweren Pleite.

Nachdem es dem HBV-Hauptvorstand auf dem Rechtsweg nicht gelang, das ZDF-Magazin zu dieser Gegendarstellung zu zwingen, einigten sich beide Seiten auf einen Vergleich.

Nach diesem braucht das ZDF-Magazin seine Behauptung nicht zu widerrufen, *„kommunistenfreundliche Elemente"* seien in der Gewerkschaft HBV *„auf dem Vormarsch"*. Das ZDF darf auch weiterhin behaupten, der derzeitige stellvertretende und designierte erste Vorsitzende Volkmar gelte in der HBV *„als Exponent des kommunistenfreundlichen Flügels, dem auch die Mehrheit im künftigen Hauptvorstand zugerechnet wird"*.

Der HBV-Vorstand hat dagegen lediglich folgende Richtigstellung durchsetzen können. Der genannte Antrag der Ortsverwaltung Oldenburg hat nicht zu einr *„beinahe panikartigen Reaktion beim Hauptvorstand geführt"*. Dieser Antrag wird *„weitergeleitet und wie üblich behandelt"*. Und als zweiten Punkt, *„daß die Kündigung des Herrn Albers nicht aufgrund der genannten Antragstellung und nicht aufgrund der Intervention eines DKP-Funktionärs erfolgte, sondern auf anderen Gründen beruht."*

Am Ende wurde der HBV-Vorstand für diese Pleite auch noch kräftig zur Kasse gebeten. Von den Kosten des Verfahrens und des Vergleichs muß die HBV vier Fünftel tragen, nur ein Fünftel zahlt das ZDF.

Der HBV-Hauptvorstand hält nach wie vor an der bei Ausbruch des Konflikts eingeschlagenen Linie fest, diesen bürokratisch zu verwalten. Gleichzeitig ist man bestrebt, den Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung" sowohl innerhalb der Gewerkschaft als auch nach außen glaubwürdig zu widerlegen. In diesem Sinne wurde einem Mitgliederrundbrief ein Artikel aus dem „Rheinischen Merkur" vom 11.7. angehängt. Darin wird die Parole der Albers-Freunde *„Albers rein — Kommunisten raus"* folgendermaßen kommentiert: *„Auf einen Kenner der Gewerkschaftsszene mußte dies höchst merkwürdig wirken. Immerhin ist der Gewerkschaftsvorsitzende Heinz Vietheer bei vielen Kollegen als ‚Kommunistenfresser', also als ein erklärter und konsequenter Gegner jeder kommunistischen Unterwanderung bekannt"*.

Die ohnehin nicht zu bestreitende Tatsache, daß Vietheer ein erklärter Kommunistenfeind ist, wird mit diesem Zitat überzeugend nachgewiesen. Nur trägt eine solche Anbiederung nach rechts absolut nicht dazu bei, um aus dem Konflikt herauszukommen.

Mit einem solchen Bekenntnis lassen sich weder die „Freunde-Albers" befriedigen und zur Einstellung ihrer Hetze und Abwerbung bewegen, noch können hierüber durch die Vorstandsmaßnahmen zu Recht empörte und verunsicherte und sich mit Abwanderungsgedanken tragende Mitglieder gehalten oder sogar zurückgewonnen werden.

Etwa 600 bis 1.000 Aus- bzw. Übertritte zur DAG

Im vergangenen Monat sollen etwa 1.000 Mitglieder die Gewerkschaft HBV verlassen haben und zur DAG übergetreten sein. Diese Angaben machte jedenfalls ein DAG-Sprecher gegenüber der Öffentlichkeit.

Ein Vertreter des HBV-Bezirks Weser-Ems in Oldenburg bestätigte, daß über 600 Übertritte im Zusammenhang mit der Kündigung des langjährigen HBV-Sekretärs Albers stehen.

Bei der Oldenburgischen Landsbank haben nach Aussage des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Ehlert bislang 320 der insgesamt rund 800 Organisierten ihren Übertritt zur DAG erklärt, darunter auch alle 35 Gesamtbetriebsratsmitglieder. Weitere 80 sollen ihre Einzugsermächtigung für den Gewerkschaftsbeitrag gestrichen haben. Von den 191 HBV-Mitgliedern bei Horten in Oldenburg sollen 110 ihre Mitgliedsbücher zurückgegeben haben. In einem Offenen Brief erklärten Ausgetretene u.a., der DGB müsse darüber nachdenken, *„ob diese HBV noch unterstützt werden kann"*. Erneut wurde an den DGB die Frage gestellt, warum keine Auffang-Gewerkschaft angeboten wurde.

Der extrem hohe Aderlaß bei der Landesbank und Horten ist mit großer Sicherheit auf die entsprechenden Bestrebungen der jeweiligen Betriebsräte zurückzuführen.

Darüber hinaus soll es etwa noch 200 Einzelaustritte gegeben haben.

Inzwischen ist der Sühnetermin vor dem Arbeitsgericht ohne Einigung zwischen Albers und dem HBV-Bundesvorstand ausgegangen. Der HBV-Vorstand hat seine Vorwürfe gegen den entlassenen Sekretär nochmals etwas erweitert. Bei einer Revision der Geschäftsstelle soll auch „Spesenmanipulation" und „Spesenbetrug" festgestellt worden sein.

Demgegenüber hält Albers unverändert daran fest, daß ihm gekündigt wurde, weil die Delegiertenkonferenz von Weser-Ems einen Antrag für den Gewerkschaftstag beschloß, wonach die Mitgliedschaft in der DKP und HBV unvereinbar ist.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Betriebsräten wird nachspioniert

Im Frühjahr 1981 sind nach drei Jahren wieder Betriebsratswahlen. In vielen, meist Großbetrieben, laufen schon im Geheimen die Vorbereitungen. Nicht im Geheimen, sondern in der Öffentlichkeit versuchen viele Kapitalisten mit Hilfe ihrer Verbände derzeit verstärkt, fortschrittlichen und linken Betriebsräten ihre Arbeit so schwer wie nur möglich zu machen. Spekuliert wird wohl damit, daß so mancher Betriebsrat bzw. einzelne Mitglieder resigniert ihre Arbeit aufgeben. Sei es im Bauer-Verlag in Hamburg, wo gegen den ganzen Betriebsrat ein Amtsenthebungsverfahren läuft, oder bei Mercator in Westberlin, wo der Kapitalist nicht den Lohn für Betriebsratsmitglieder zahlen wollte, weil ihm (dem Kapitalisten) die Betriebsratssitzungen zu lange dauern würden. Diese Liste ließ sich noch unendlich erweitern. Ein Höhepunkt ist aber wohl derzeit ein Prozeß der Geschäftsleitung der Stuttgarter Druckerei W. Kohlhammer GmbH. Hier ist der Kapitalist vors Arbeitsgericht gegangen, *„um den Mitgliedern des Betriebsrates untersagen zu lassen, Einzelabteilungen aufzusuchen, es sei denn, sie hätten dem zuständigen Abteilungsleiter den Besuch unter Angabe des Grundes angezeigt',* (nach „Z O DruPa", 15/80). Ein in der BRD bisher einmaliger Fall von Einschränkung von Betriebsratsarbeit. Nach dem BetrVG ist es bisher notwendig, daß Betriebsratsmitglieder sich von *„ihrem Vorgesetzten"* abmelden müssen, wenn sie wegen Betriebsratsarbeit ihre Abteilung bzw. Arbeitsplatz verlassen wollen. Doch völlig neu ist: *„sich beim Leiter der aufzusuchenden Abteilung bzw. der Personalleitung anzumelden und sogar noch den Grund eines Gesprächs mit einem Arbeitskollegen anzugeben sowie erst recht, daß dies alles auch für den von der Arbeit freigestellten Betriebsratsvorsitzenden gelten soll"* („Z O DruPa", 15/80).

Es wird damit praktisch dem Betriebsratsvorsitzenden und auch den weiteren Betriebsratsmitgliedern unmöglich gemacht, sich überhaupt im Betrieb zu informieren, mit Kollegen zu sprechen usw. Die Betriebsräte der meisten Firmen stehen oftmals ganzen Stäben von fachlich geschulten Abteilungsleitern, Personalbearbeitern und wissenschaftlich ausgebildeten Mannschaften gegenüber. Diese brauchen niemanden zu fragen, wenn sie im Betrieb rumlaufen, zu den Arbeitgeberverbänden gehen usw. Die Geschäftsleitungen sind über ihre leitenden Angestellten laufend informiert, was im Betrieb gerade los ist usw. Von den Betriebsräten dagegen verlangt die Geschäftsleitung nun, daß sie an ihrem Arbeitsplatz bleiben müssen und nur dann Betriebsratsarbeit machen dürfen, wenn Kollegen mit Fragen usw. zu ihnen kommen. Auch der BR-Vorsitzende darf praktisch n i c h t sein Büro verlassen und muß warten, daß Kollegen zu ihm kommen. Eine wirklich einmalige Vorstellung.

Eine zentral gesteuerte Aktion der Unternehmerverbände?

Der Arbeitsgerichtsprozeß der Druckerei Kohlhammer scheint aber kein unglücklicher Ausrutscher eines Kapitalisten zu sein, denn schon vor drei Jahren schrieb der Arbeitgeberverband der Metallindustrie an seine Mitgliedsfirmen: *„Von den Betriebsratsmitgliedern muß grundsätzlich verlangt werden, daß sie beim Vorgesetzten um Arbeitsbefreiung nachsuchen und sich abmelden, bevor sie ihren gesetzlichen Aufgaben nachgehen. Dazu gehört, daß sie den Grund für die gewünschte Arbeitsbefreiung jeweils in groben Zügen mitteilen... Nützlich ist es, wenn Personalabteilung die für die Freistellung angeführten Gründe in geeigneter Weise schriftlich festhält... Darüber hinaus ist es zweckmäßig, die vom Betriebsrat verursachten Kosten zu ermitteln und auszuweisen... Derartige Aufzeichnungen werden vielfach dazu beitragen, daß Betriebsratsmitglieder sich nur im erforderlicher Umfang von der Arbeit befreien lassen"*.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

wie ein protokoll der kriminalpolizei

Zu welchen methoden die geschäftsleitung der W. Kohlhammer GmbH und ihr prozeßbeauftragter, der Verband der Druckindustrie in Baden-Württemberg, greifen müssen, zeigt ihr schriftsatz an das arbeitsgericht. Wie in einem protokoll der kriminalpolizei heißt es dort:

- "16. november 1979: der antragsgegner (d.i. der betriebsratsvorsitzende) betrat um 11.3o uhr die abteilung repro und unterhielt sich mit zwei mitarbeitern.
- 23. november 1979: der antragsgegner hielt sich ab 15.5o uhr ca. 5 minuten im bildschirmbereich der abteilung satz auf.
- 29. november 1979: der o.g. zeuge bemerkte, dass der antragsgegner sich mindestens von 12.2o uhr bis 12.3o uhr im bereich montage der abteilung satz befand.
- 7. dezember 1979: gegen 8.2o uhr fiel dem abteilungsleiter der abteilung [illegible]

Weiterhin Überwachung der Belegschaft von Gruner & Jahr

Nach einem Beschluß des Hamburger Arbeitsgerichts ist es dem Verlag Gruner und Jahr („stern" usw.) verboten, weiterhin in der Telefonvermittlung zwecks Aufnahme eingehender Telefongespräche einen Kassettenrekorder mitlaufen zu lassen.

Das ganze begann damit, *„daß bereits seit Mai 1976 sämtliche Gespräche auf eine Tonbandschleife aufgenommen wurden. Die Aufnahmen endeten allerdings, sobald das Gespräch weitervermittelt war"* (nach „Z O DruPa" 10/80).

Ohne daß die Belegschaft oder der Betriebsrat davon informiert war, lief dieses Gerät drei Jahre lang, und erst durch einen Zufall wurde der ganze Vorgang auf einer Betriebsversammlung im Februar 1979 bekannt. Durch den massiven Protest der Belegschaft und des Betriebsrates ließ die Geschäftsleitung zwar erstmal die Anlage abstellen, war aber nicht bereit, den ganzen Vorgang auch juristisch klären zu lassen. So hätte sich die Geschäftsleitung immer den Weg offen gehalten, jederzeit wieder die Anlage in Betrieb setzen zu können. Deshalb blieb dem Betriebsrat nichts anderes übrig, als vors Arbeitsgericht zu gehen, um seine Ablehnung dieser Anlage auch juristisch abgesegnet zu bekommen.

– Mit Erfolg. Das Arbeitsgericht verbot die weitere Benutzung der eingebauten Anlage mit folgender Begründung: *„Erstens ist das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates verletzt. Die Tonbandanlage ist eine technische Einrichtung, die dazu bestimmt ist, das Verhalten von Arbeitnehmern zu überwachen... Zweitens stellte das Arbeitsgericht fest, daß durch die Aufzeichnungsanlage auch Persönlichkeitsrechte der betroffenen Arbeitnehmer nachhaltig berührt werden. Auch deshalb sei ein sofortiges Verbot durch einstweilige Verfügung notwendig"* (nach „Z O DruPa" 10/80).

Der nächste Schritt: Die Kameras

Hatte die Geschäftsleitung von Gruner und Jahr nun mit der Telefonüberwachung nicht ihr Ziel erreicht, kam nun der nächste Schritt. *„Danach sollen rund 30 elektronisch gesteuerte Kameras das Verlagshaus und seine Umgebung lückenlos und rund um die Uhr überwachen"* („Morgenpost", 4.8.80). Stieß die Geschäftsleitung schon in Sachen Telefonanlage auf den massiven Protest von Belegschaft und Betriebsrat, so auch über die Einführung der geplanten Kameras. *„Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute ... fragten die Mitarbeiter nach ihrer Meinung über das geplante elektronische Zugangskontrollsystem. 872 Kolleginnen und Kollegen haben daraufhin den Appell unterschrieben ... davon Abstand zu nehmen. Sie lehnen weitergehende Kontrollmaßnahmen ab"* (nach „BR info" 5/80). Mit dieser Unterstützung im Hintergrund lehnte der Betriebsrat diese Einrichtung entschieden ab und forderte die Geschäftsleitung auf, *„die Einigungsstelle aufzulösen und damit das eindeutige Votum von Belegschaft und Betriebsräten zu akzeptieren"* („BR info" 5/80). Leider erreichte die Geschäftsleitung mittels der Einigungsstelle, die der Aufstellung von elektronischen Kameras *„grünes Licht"* gegeben hat, ihr Ziel, was sogar die SPD-Fraktion in der Eimsbüttler Bezirksversammlung neuerdings beunruhigt. *„Der Gesamtbetriebsrat hat (nun) am 25.7. beschlossen, vor Gericht eine Beschwerde gegen die Betriebsvereinbarung über das Kontrollsystem einzureichen. Damit soll festgestellt werden, ob die gegen den Willen des Betriebsrates per Einigungsstelle beschlossene Betriebsvereinbarung gegen geltendes Gesetz verstößt. Das betrifft insbesondere das Persönlichkeitsrecht aus dem BGB § 628 nach dem Datenschutzgesetz"* („BR info" 8/80). So dringend notwendig diese Klage auch ist, dringender ist aber doch, daß die DruPa bundesweit wie bei der Telefonkontrolle eine Öffentlichkeit gegen diese Maßnahmen herstellt, um die Belegschaft von Gruner und Jahr i m B e t r i e b zu unterstüzen und nicht nur vor Gericht.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Bauer-Betriebsrat bleibt im Amt

Ende Juli fand in Hamburg vor dem Arbeitsgericht ein in der BRD bisher einmaliger Prozeß gegen einen Betriebsrat statt. Es ging um die Amtsenthebung eines ganzen (elfköpfigen) Betriebsrates. *„Ursache dieses neuen Streits zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat waren Ereignisse vom März. Damals waren vor einer Betriebsversammlung auf einem Informationstisch der DruPa auch Fotokopien eines Artikels der DGB-Jugendzeitung ‚ran' ausgelegt, der sich kritisch mit der Berichterstattung einzelner Bauer-Blätter auseinandersetzte. Die Betriebsleitung sah darin einen Höhepunkt der Aktivitäten, die der Betriebsrat zum Schaden des Verlages und einiger Redaktionen inszeniert habe"* („FR", 6.8.80). Da nun zwei Mitglieder des Bauer-Betriebsrates um den Gewerkschaftstisch rum standen, hätte sich der Betriebsrat, aber zumindest diese zwei BR-Mitglieder mit dem *„unerträglichen Pamphlet"*, so der Bauer-Rechtsanwalt Romatka (bekannt als Prozeßbevollmächtigter von F.J. Strauß in dem Verfahren gegen die IG Metall) solidarisiert *„und es sich auch inhaltlich zu eigen"* gemacht (nach „Die Neue", 2.8.80). Für den Bauer-Rechtsanwalt war das Stehen neben dem Gewerkschaftstisch mit den Fotokopien dasselbe, als wenn die beiden BR-Mitglieder die Fotokopien s e l b e r verteilt hätten. Diese Argumentation rief im überfüllten Gerichtssaal großes Gelächter unter den Besuchern hervor und auch der Vorsitzende Richter schüttelte nur mitleidig den Kopf. Aber die Argumentation des Bauer-Rechtsanwaltes kam noch blöder. Da der gesamte Betriebsrat sich nicht von seinen beiden Mitgliedern distanziert habe (die um den Tisch standen), sei davon auszugehen, daß auch der gesamte Betriebsrat hinter den Artikeln in der „ran" stehen würde. Deshalb sei die Amtsenthebung des Betriebsrates notwendig. Der Rechtsanwalt vom Bauer-Verlag verlangte sogar vom Betriebsrat, daß er Informationstische der Gewerkschaft überprüfen und untersuchen müsse, ob nicht Pamphlete gegen die Geschäftsleitung darauf liegen würden. Aber auch dieser Argumentation konnte der Richter nicht folgen und wies die Klage der Geschäftsleitung vom Bauer-Verlag zurück. Irgendwie tat einem der Bauer-Rechtsvertreter ziemlich leid, der aus n i c h t s eine Amtsenthebung machen sollte. Aber er bekommt dafür wohl ganz gut bezahlt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Montan-Mitbestimmung: Ein Kompromiß bahnt sich an

Zweifellos hat der Streit um die Montanmitbestimmung bei Mannesmann nicht die Bedeutung, die ihm in den Veröffentlichungen der letzten Wochen zugemessen worden ist. Es waren die Gewerkschaftsführer, denen hier ein Teil ihrer sozialpartnerschaftlichen Verantwortung abgenommen werden soll, sowie SPD-Kreise um Herbert Wehner, die einen Wahlkampfschlager witterten, die diese Frage systematisch hochgespielt hatten. Wehner sah einen „Angriff auf einen Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Systems in der Bundesrepublik Deutschland" sowie „Hand an den Nerv unseres Staates" gelegt („Metall", 25.6.80). Eugen Loderer sah den „sozialen Frieden in diesem Land bedroht" („Metall", 23.8.80) und kündigte „harte Arbeitskämpfe" an („Welt", 14.7.80). Um so peinlicher ist das sich jetzt abzeichnende klägliche Ergebnis: Die IG-Metall signalisierte das Einlenken auf einen Kompromiß, bei dem ihre Mitbestimmungsrechte eingeschränkt würden; auch als Wahlkampfschlager für die SPD mag die Montanmitbestimmung nicht mehr so recht taugen.

Nach der ersten Verhandlungsrunde zwischen der IG-Metall-Führung und Konzernchef Overbeck mußte Loderer feststellen, *„daß von ernsthaften Verhandlungen bisher nicht die Rede sein kann. Overbeck ist nicht bereit, von seinen Vorstellungen abzurücken"* („Metall", 23.7.80). Durch kämpferische Begleitmusik aus den Betrieben und durch ein kompromißbereites Auftreten in der zweiten Verhandlungsrunde hoffte die IG-Metall-Führung, die Konzernspitze doch noch zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen. Entsprechend wurde die Stimmung in den Betrieben angeheizt. Am 25.7. fand in der Dortmunder Westfalenhalle eine Versammlung von 1.000 Betriebsräten statt, auf der mit Streiks gedroht wurde, falls Mannesmann bei der zweiten Verhandlungsrunde am 30.7. nicht einlenke. Die IG-Metall verteilte ein Flugblatt, in dem es heißt: *„Die Belegschaften in den Betrieben sind fest entschlossen, den Arbeitskampf um die Sicherung der Montanmitbestimmung zu führen"* („Die Neue", 30.7.80). Die Verhandlungen wurden von einstündigen Warnstreiks von 50.000 Stahlarbeitern begleitet. Zur Unterstreichung der Streikdrohungen hatte die IG-Metall einen Entwurf für einen Tarifvertrag zur Sicherung der Montanmitbestimmung ausgearbeitet. Der Verhandlungsführer der IG-Metall, Judith, erklärte dazu, es sei *„kein Problem, für die Durchsetzung eines Tarifvertrages zu streiken"* („FR", 30.7.).

Interessanterweise blieb nun allerdings dieser Tarifvertragsentwurf bei den Verhandlungen mit der Konzernspitze am 30.7. in der Tasche. Es nützte jedoch alles nichts, die Mannesmann-Bosse blieben hart. Allein die Zusage der Konzernchefs, die Verhandlungen am 11.8. weiterzuführen, konnte die IG-Metall ihren Mitgliedern als *„ersten Erfolg der so eindrucksvoll bewiesenen Kampfkraft"* („Metall", 6.8.80) verkaufen. Dabei stand von vornherein fest, daß diese Verhandlungsrunde nicht mit einer Einigung enden würde.

Die IG-Metall legte zur dritten Verhandlungsrunde ihren zuvor zurückgehaltenen Tarifvertragsentwurf vor, die Streikdrohungen wurden jedoch erheblich zurückgenommen. Die Mannesmann-Bosse demonstrierten gegenüber der Öffentlichkeit Kompromißbereitschaft, indem sie einen Vorschlag vorlegten, der bis zur Mitte des Jahres 1981 eine gemeinsame Betriebsführung der Röhren- und Hüttenwerke vorsieht (eine solche — unbefristete — gemeinsame Betriebsführung, bei der die Montanmitbestimmung erhalten bliebe, fordert die IG-Metall). Anschließend solle die vom Konzern beabsichtigte Verpachtung der Hütten an die Röhrenwerke vollzogen werden. IG-Metall und Konzernleitung sollen sich gemeinsam darum bemühen, daß dann das Mitbestimmungsergänzungsgesetz aus dem Jahre 1956 (und nicht das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951) für den Konzern gelte. Diesen Vorschlag bezeichnete die IG-Metall zu Recht als „unseriös". Da die Verhandlungen mit dem Konzern gescheitert waren, hoffte die IG-Metall zu diesem Zeitpunkt nur noch auf ein Gesetz zur Sicherung der Montanmitbestimmung. Die Bilanz des IG-Metall Vorstands zur dritten Verhandlungsrunde: Die andere Seite habe *„die Tür zugemacht"* („Welt", 15.8.80).

„Wehner macht's"

Dem widersprach Willy Brandt nur wenige Tage später. *„Bei Mannesmann seien nocht nicht alle Türen zugeschlagen"* („FAZ", 18.8.80), erklärte er. Und Herbert Wehner sekundierte, daß die Verhandlungen im Mannesmann-Konzern noch nicht als endgültig gescheitert anzusehen seien.

Mit diesen Äußerungen ließen die SPD-Politiker die Gewerkschaftsführer, die auf ein Gesetz zur Sicherung der Montanmitbestimmung hofften, im Regen stehen. Der SPD-Fraktionsvorstand beschloß unter Federführung von Herbert Wehner, vorerst keine Gesetzesinitiative zu starten und schwenkte damit auf die Linie von Schmidt ein, der sich schon früher zu einem derartigen Gesetz ablehnend geäußert hatte. Der SPD-Rückzieher ist umso peinlicher, da Wehner u.a. schon im Juli einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Montanmitbestimmung ausgearbeitet hatten, der ihnen fortan als Zugpferd im Wahlkampf diente. Die Gewerkschaftsführer hatten diese Initiative gebührend honoriert: *„Wir alle wissen aus vielen praktischen Beispielen, daß Herbert Wehner ein verläßlicher Freund der Arbeiterbewegung ist, und wir danken ihm für diese Haltung"* („FR", 26.7.80), erklärte beispielsweise das IGM-Vorstandsmitglied Dieckerhoff. Hatten die SPD-Politiker zuvor bei jeder Gelegenheit erklärt, daß sie bei einem Scheitern der Verhandlungen eine Sondersitzung des Bundestages zur Verabschiedung ihres Mitbestimmungssicherungsgesetzes beantragen würden, so kam jetzt, als Taten gefordert waren, der Rückzieher. In die offene Wunde stieß sogleich die CDU, die nun *„keine Veranlassung habe, vorzupreschen, zumal die SPD selbst entgegen ursprünglichen Einlassungen dieses Thema bis nach dem Wahltag verschoben habe"* („Welt", 20.8.80). Jetzt, wo die CDU-Politiker nicht mehr durch eine Abstimmung im Bundestag gezwungen sein könnten, Farbe zu bekennen, lassen es ihre Politiker an Erklärungen, sie wollen die Montanmitbestimmung sichern, nicht mangeln. Selbst Strauß hat sich inzwischen für die Sicherung der Montanmitbestimmung ausgesprochen. Durch ihr Verhalten haben sich also die SPD-Politiker ihren Wahlkampfschlager selbst aus der Hand geschlagen.

Ein Kompromiß bahnt sich an

Overbeck hatte in seinem zur dritten Verhandlungsrunde vorgestellten *„sehr weitgehenden Kompromißangebot"* (Overbeck) vorgeschlagen, daß künftig das Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz aus dem Jahre 1956 auf den Mannesmann-Konzern Anwendung finden solle. Dies könnte durch eine Gesetzesänderung geschehen, bei der die Bestimmung, daß unter dies Gesetz fallende Konzerne 50% ihres Umsatzes in der Stahlerzeugung haben müssen, auf z.B. 30% gesenkt würde. Auch Norbert Blüm (CDU-Sozialausschüsse) favorisiert das Mitbestimmungsmodell von 1956 als *„eine generelle und dauerhafte Lösung"* („FR", 21.8.80). Der Verhandlungsführer der IG-Metall, Judith, hat inzwischen auf die Frage, ob er mit

mungsmodell von 1956 als *„eine generelle und dauerhafte Lösung"* („FR", 21.8.80). Der Verhandlungsführer der IG-Metall, Judith, hat inzwischen auf die Frage, ob er mit

dem 56er-Gesetz als Modell für den Mannesmann-Konzern einverstanden sei, erklärt: *„Uns hindert gar nichts daran. Der Vorstand der IG-Metall hat beschlossen, daß er mit allen drei Fraktionen sprechen wird. Wir wollen eine gesetzliche Regelung haben"* („ZDF-Bilanz", 20.8.80). Das 56er-Gesetz beschränkt den Einfluß der Gewerkschaften gegenüber dem Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 erheblich. Bei der Wahl der dem Unternehmen angehörenden Aufsichtsratsmitglieder haben die Gewerkschaften kein Einspruchsrecht mehr. Die Gewerkschaften können nur vier (gegenüber sechs 1951) dem Unternehmen nicht angehörende Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat delegieren. Der Arbeitsdirektor kann auch gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiter-Vertreter im Aufsichtsrat gewählt oder abberufen werden. Bei Entscheidungen im vom Konzern abhängigen Unternehmen sind die Arbeitervertreter im Aufsichtsrat weitgehend ausgeschlossen. *„Bei der Beschlußfassung über die Auflösung, Verschmelzung oder Umwandlung des anderen Unternehmens, über dessen Fortsetzung nach seiner Auflösung, über die Übertragung seines Vermögens"* (§15 MBErgG — Mitbestimmungsergänzungsgesetz) entscheiden ausschließlich die Aufsichtsratsmitglieder der Kapitalisten. Mit der Zustimmung zur Anwendung des 56er-Gesetzes bei Mannesmann würde die DGB-Führung einer weiteren Aushöhlung der Montanmitbestimmung den Weg bereiten. Denn die Politiker, die dieses Gesetz, das gegenwärtig nur beim Salzgitter-Konzern angewendet wird, als generell bessere Lösung des 51er-Gesetzes feiern (z.B. Norbert Blüm) stehen schon bereit.

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft
KB/Gruppe Hamburg**



Ein „verläßlicher Freund der Arbeiterbewegung" macht einen Rückzieher: Wehner im Kreise der Gewerkschaftsführer Loderer (li.) und Vetter (re.). Im Hintergrund stehend Urbaniak von der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

IG Metall-Vorstand boykottiert „taz"

Die „taz" erhält vom IGM-Vorstand keine Presseerklärungen, Auskünfte und Einladungen mehr. Ihre Vertreter werden nicht mehr wie bisher üblich zu den Konferenzen der IG Metall eingeladen. Der Gewerkschaftsvorstand hat nach längeren Beobachtungen den Eindruck, daß er keine Chance hat, *„fair und korrekt"* behandelt zu werden. Ein wirklich klassisches Beispiel für das merkwürdige Demokratieverständnis dieser Leute. Meinungs- und Pressefreiheit hört dort auf, wo sie dem IGM-Vorstand nicht mehr in den Kram paßt. Selbstherrlichkeit und Anmaßung wie aus dem Lehrbuch. Auch der zweite Vorwurf zeigt die kaum noch zu überbietende Arroganz dieser Leute. Eine kritische Haltung gegenüber dem Gewerkschaftsvorstand bedeutet für ihn, die Grundlage *„jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit"* infrage zu stellen. Daß der Vorstand im gleichen Schreiben von sich behauptet, daran gewöhnt zu sein, *„auch ungerechtfertigt erscheinende Kritik mit Fassung"* zu ertragen, entbehrt angesichts solcher Selbstüberschätzung nicht der Komik. Als Alternative zum „taz"-Redakteur sitzt der Gewerkschaftsvorstand jedenfalls lieber mit so exponierten Gewerkschaftsfeinden wie den Schreiberlingen der Springerpresse an einem Tisch.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Industriegewerkschaft Metall, Vorstand

Die Tageszeitung
Regionalredaktion Ruhr
Alsenstr. 30
4630 Bochum

Frankfurt, 27.Juni 1980

Sehr geehrte Frau H.,

Herr Lang hat mich gebeten, Ihren Brief vom 25.6. zu beantworten. So will ich Ihnen denn auch noch schriftlich geben, was ich Ihnen am Telefon schon gesagt habe: "Die Tageszeitung" bekommt von uns keine Presseerklärungen, Auskünfte und Einladungen. Ihre Vertreter sind auf unseren Konferenzen nicht erwünscht. An einer Berichterstattung in Ihrer Zeitung sind wir nicht interessiert.
Ich will Ihnen auch den Grund dafür mitteilen: Nach längerer Beobachtungen Ihrer Berichterstattung und Kommentierung haben wir nicht den Eindruck, daß der Vorstand der IG Metall eine Chance hat, in der Tageszeitung fair und korrekt behandelt zu werden. Mit wenigen Ausnahmen wird in Ihrer Zeitung alles, was der Vorstand der IG Metall macht, mit negativen Vorzeichen versehen, kritisiert und beschimpft. Ohne die grundsätzlichen politischen Unterschiede negieren zu wollen, muß ich Ihnen leider sagen, daß sich insoweit die Tageszeitung nicht vom Bayernkurier und vom ZDF-Magazin unterscheidet. Auch diese beiden "Institutionen" laden wir nicht zu unseren Veranstaltungen ein.
Ihr Grundmuster, nämlich daß "die da unten" gut sind und von "denen da oben" gegängelt und verraten werden, ist nicht die Grundhaltung der IG Metall, in der gewählte Repräsentanten aufbauend auf dem Vertrauen der Mitglieder politisch handeln. Wer nicht bereit ist, diese Grundhaltung zu akzeptieren, der sagt damit zugleich, daß Gewerkschaften für ihn keine demokratischen Organisationen sind und genau an diesem Punkt hört die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei uns auf. Wir sind gewöhnt, kritisiert zu werden und wir ertragen auch manche uns ungerechtfertigt erscheinende Kritik mit Fassung. Wer aber die Grundlage jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit, nämlich den demokratischen Aufbau der Willensbildung und der Organisation, infrage stellt, der ist gar nicht in der Lage zur Zusammenarbeit, sondern der kann nur noch bekämpfen. Die TAZ tut das.
Können Sie mir vielleicht sagen, warum wir jemanden, der uns so bekämpft, auch noch zu uns einladen sollen?

Mit freundlichen Grüßen
– Pressestelle –
Jörg Barczynski

bekämpft, auch noch zu uns einladen sollen?

Mit freundlichen Grüßen
– Pressestelle –
Jörg Barczynski

Bei Ford sollen 6.000 Arbeitsplätze vernichtet werden

Die Ford-Werke wollen bis Ende September in den beiden Werken Köln-Niehl und Düren die Belegschaft um insgesamt 6.000 Beschäftigte reduzieren. Geplant sind hierfür Entlassungen auf sogenannter freiwilliger Basis. Mit Abfindungen und über ein vorzeitiges Pensionierungsprogramm — die Werksleitung hat hierfür insgesamt 135 Millionen DM veranschlagt — sollen die Beschäftigten zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes veranlaßt werden.

Nach Angabe der Werksleitung sollen bereits in den ersten Tagen etwa 1.000 Beschäftigte ihr Interesse bekundet haben, gegen eine Abfindung ihren Arbeitsplatz aufzugeben.

Bereits im Juni war bei Opel mit einer ähnlichen Aktion wie jetzt bei Ford die Belegschaft drastisch verringert worden. Etwa 5.800 Beschäftigte gaben über Aufhebungsverträge ihren Arbeitsplatz auf.

Um die bei Ford beabsichtigten 6.000 Entlassungen möglichst reibungslos durchzuziehen, werden folgende Auflösungsangebote gemacht: Den in der Produktion beschäftigten Arbeitern wird gestaffelt je nach Beschäftigungsdauer eine Abfindungssumme zwischen 8.000 und 12.000 DM gezahlt. Bei den Angestellten be-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 22

trägt diese zwischen fünf und neun Monatsgehältern. Ausgenommen von diesem Angebot sind Spitzenfacharbeiter. Für alle über 59jährigen besteht das Angebot auf frühzeitige Pensionierung und Verrentung verbunden mit Ausgleichs- und Entschädigungszahlungen.

Begründet wird der Personalabbau mit der Nachtragsflaute für Autos der Mittel- und Oberklasse. In den Werken Köln-Niehl und Düren, wo die Entlassungen anstehen, laufen die Modelle Granada und Capri von den Bändern. Von beiden Typen zusammen wurden im ersten Halbjahr nur noch rund 35.000 Autos verkauft, was eine Halbierung des Absatzes gegenüber den ersten sechs Monaten des letzten Jahres bedeutet.

Bereits seit neun Monaten wird in den Kölner Werken an 72 Tagen kurzgearbeitet. Gleichzeitig wurde seit dieser Zeit die Belegschaft durch vermehrte Kündigungen und Nichtersetzung des sogenannten natürlichen Abgangs kontinuierlich um bis jetzt 900 Arbeiter reduziert.

Unabhängig von der Abfindungsaktion wird die Kurzarbeit voraussichtlich bis November weitergehen. Bis zu diesem Zeitraum soll die Umrüstung der Bänder auf die Produktion des Kleinwagens „Fiesta" abgeschlossen sein, der eine eingeschränkte aber kontinuierliche Beschäftigung sichern soll.

Die IG Metall-Führung hat die Pläne der Konzernleitung als *„Nacht- und Nebel"*-Aktion bezeichnet ohne ausreichende Information an den Betriebsrat, dessen Auswirkungen wieder einmal die Betroffenen zu tragen hätten. Demgegenüber erklärte das Vorstandsmitglied Gaeb, daß der Gesamtbetriebsrat ebenso wie die Vertrauensleute der IG Metall informiert gewesen seien.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original-Dokumenten

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA" zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlußterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „F ä l l e" aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG DruPa, HBV und GEW (darunter mehrere M a s s e n ausschlüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,–

Buntbuch-Verlag, Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

Aus aktuellem Anlaß:

Zur Lage der japanischen Arbeiterklasse

Seit dem Japan-Besuch des Wirtschaftsministers und offenen Arbeiterfeindes Graf Lambsdorff gibt es in der Presse eine breit angelegte Propagandakampagne mit dem Tenor: „Wir" müssen den Gürtel enger schnallen und mehr leisten, um „uns" im internationalen Konkurrenzkampf behaupten zu können. Nachdem wir uns im letzten ARBEITERKAMPF mit den Hintergründen dieser Kampagne auseinandergesetzt haben, wollen wir jetzt versuchen, einen Einblick zu geben in die Lebensbedingungen der japanischen Arbeiterklasse und die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Sicherlich wäre es einmal interessant, auf den laufenden Wahlveranstaltungen bürgerliche Politiker mit den japanischen Fakten zu konfrontieren.

Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung

Die japanischen Gewerkschaften wurden zu Beginn des Zweiten Weltkrieges aufgelöst und durch Zwangsorganisationen der Kriegswirtschaft ersetzt. Obwohl es schon nach dem Ersten Weltkrieg gewerkschaftliche Strukturen auf Industrieebene gab, wurde dies in der japanischen Verfassung erst nach dem Zweiten Weltkrieg berücksichtigt. Vorher versuchten die japanischen Kapitalisten überbetriebliche Zusammenschlüsse zu verhindern. Sie unterstützten stattdessen betriebliche, sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Arbeitergruppen. Nach dem Zweiten Weltkrieg überzog die japanischen Gewerkschaften unter Federführung der amerikanischen Besatzungsmacht eine antikommunistische Säuberungswelle. In diesem Zusammenhang wurden u.a. alle Kommunisten aus dem Öffentlichen Dienst entfernt. Gleichzeitig wurde auf Regierungsbeschluß der 1947 von dem „kommunistischen" Gewerkschaftsverband Sanbetsu und dem „gemäßigteren" Verband Sodomei gegründete Dachverband Zenroren aufgelöst. Die Spaltung der japanischen Arbeiterbewegung hat also eine lange Tradition und ist das Produkt kontinuierlicher politischer Unterdrückung durch die japanische Regierung und die US-Besatzungsmacht.

Nachdem die Gewerkschaften nach 1945 wieder legal waren, wuchsen die Mitgliederzahlen schnell an. Im Oktober 1945 gab es nur acht Gewerkschaften mit 4.026 Mitgliedern, aber schon im Juli 1946 waren es 12.923 Gewerkschaften mit 3.813.665 Mitgliedern. (1)

Die japanischen Gewerkschaften sind heute zu 90 % als Betriebs- und Unternehmensgewerkschaften organisiert. Gewerkschaftlich organisiert sind von den 12,6 Millionen Lohnabhängigen nur 34,7 % (Zahlen von 1975). (2)

Auf nationaler Ebene gibt es heute vier Dachverbände: „*Sohyo (4,6 Millionen Mitglieder) unterstützt die Sozialistische Partei* (grob bezeichnet: links von der SPD), *Domei (2,2 Millionen Mitglieder ist mit der Demokratisch-Sozialistischen Partei* (rechts von der SPD) *verbündet, Churitsuroren (1,3 Millionen Mitglieder) und Shinsanbetsu (61.000 Mitglieder)* sind parteipolitisch unabhängig. Und jede dritte der insgesamt 34.163 Betriebsgewerkschaften gehört überhaupt keinem Zentralverband an" (3).

Der linkere Verband Sohyo setzt sich zum Großteil aus Kollegen/innen zusammen, die aus staatlichen Betrieben kommen. Da im öffentlichen Sektor das Streikrecht verweigert wird und das Kollektivvertragsrecht eingeschränkt ist, kommt es häufiger zu härteren Auseinandersetzungen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit sollen diese Bereiche auch Hochburgen der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung gewesen sein. (1)

Die Spaltung der Arbeiterklasse wird u.a. auch durch die Aufnahmepraxis der Betriebs- und Unternehmensgewerkschaften begünstigt. In der Regel werden nur solche Beschäftigte als Mitglieder aufgenommen, die in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen. (2) Das bedeutet, daß nur 40 - 50 % der Gesamtbelegschaften der Großbetriebe die Möglichkeit haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren, da nur sie eine „lebenslange Beschäftigungsgarantie" haben, im Gegensatz zu dem Rest der Kollegen/innen, die „Beschäftigte auf Zeit" sind, meist weniger verdienen und im Krisenfall fristlos entlassen werden können. (4) Diese Leiharbeiter setzen sich wiederum aus folgenden besonders benachteiligten Personengruppen zusammen: Bauern, die nur einen Teil des Jahres in der Industrie arbeiten, Frauen, die oft Kurzarbeit verrichten, und Jugendlichen. (2) Noch ein Wort zu der Anstellung auf „Lebenszeit". Dieses System hat keine rechtliche Basis und bröckelt zusehends ab, zwar noch nicht durch Massenentlassungen, so doch durch Einstellungsstopp und Zunahme des Anteils von Teilzeitarbeit. (8)

Was das Herz so manches westdeutschen Kapitalisten höher schlagen läßt, ist z.B. das teilweise stark ausgeprägte sozialpartnerschaftliche Denken der Arbeiter. So gibt es z.B. sogenannte Jishu Kanri-Gruppen (d.h. „Mitverantwortung für das Betriebswohl" oder auch „freiwillige Selbstverwaltungsaktion"). „*Gruppen von fünf oder sechs Kollegen treffen sich nach Feierabend, um sich für bessere Arbeit zu trimmen, suchen nach Produktionsfehlern oder danach, wie man Material und Energie einsparen kann ... Ein Viertel des Gewinns von Nippon Steel — dem größten privaten Stahlkonzern der Welt — geht auf solche Freiwilligen-Aktivitäten zurück... In der gesamten Stahlindustrie Japans sind 30.000 JK-Gruppen mit über 220.000 Mitgliedern aktiv, 90 % davon aus der Arbeiterschaft.*" (3)

Diese Darstellung soll jedoch nicht den Eindruck vermitteln, als gäbe es in Japan keine Arbeiterbewegung. Es gibt z.B. jährlich die sogenannte „Frühjahrsoffensive", die 1954 von Sohyo initiiert wurde. Inzwischen beteiligen sich an diesen Aktionen alle vier Dachverbände. Während sich 1955 nur 734.000 Gewerkschafter an diesen Kämpfen beteiligten, sind „*in den siebziger Jahren ... rund 70 % aller organisierten Gewerkschaftsmitglieder betroffen. Hierbei versucht die Gewerkschaftsseite, in einem Betrieb mit hohem Organisationsgrad und guter wirtschaftlicher Lage unter dem Druck einer Streikdrohung Erfolge durchzusetzen und anschließend das erzielte Ergebnis zu verallgemeinern.*" Diese Kampfaktionen reichten dieses Jahr jedoch nicht aus, um zu verhindern, daß die japanische Arbeiterklasse 1980 mit einem gesunkenen Reallohn leben muß. (2)

Die amtlich geschätzte Inflationsrate betrug dieses Jahr 6,4 %. Inzwischen beträgt die Teuerungsrate jedoch schon 8 %. Die bisherigen Abschlüsse liegen hingegen nur zwischen 5,3 % (Schiffbau) und 7,3 % (Autoindustrie). (3)

Recht deutlich wird der Charakter der japanischen Gewerkschaft auch, wenn man sich ihre Stellung zur fortschreitenden Automation in den Großbetrieben ansieht. Diese Automation, die sogar für US- und BRD-Kapitalisten vorbildlich ist, ist tatsächlich schon sehr weit vorangeschritten. Im Zama-Werk von Datsun z.B. werden täglich über 1.300 Autos mit nur 67 Arbeitern produziert, die Automaten-Fließbandarbeiter überwachen. 97 % der Montage erledigen die Maschinen. (3) An einem Experimentalband arbeiten Roboter schon Seite an Seite mit den Menschen. (4) Die Haltung der japanischen Gewerkschaften zu dieser Entwicklung hält sogar die „metall" (Zeitung der IG Metall) für kritikwürdig. Sie schreibt: „*Weil die meisten japanischen Gewerkschaften ... schwach sind, gibt es keine öffentliche Debatte über die Roboter... In den Gewerkschaftszentralen verweist man darauf, daß der Kollege Roboter Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten reduziert*". (3)

„Mehr arbeiten, weniger krankfeiern, die Produktivität steigern!"

Das waren die Worte des westdeutschen Grafen nach seinem Japan-Besuch. Nicht, daß er als „Liberaler" Kritik an den Arbeitslosenzahlen hatte oder an der mangelnden sozialen Versorgung der Bevölkerung, nein — ganz im Gegenteil — er wünscht sich diese Zustände auch für die BRD.

Offiziell sind in Japan 1,1 Millionen Menschen arbeitslos. Die Zahlen der Gewerkschaften liegen bei drei bis vier Millionen. Die Frauen tauchen in diesen Zahlen noch gar nicht auf. Denn nach der Logik der Bosse gehören sie ins Haus. Wenn sie nicht freiwillig heiraten, sucht die Firma einen Mann. Auch die Rentner gehören zum Abfall der Produktion. Wenn sie mit 55 ausgelaugt sind, werden sie von den Großbetrieben pensioniert. In den Autofabriken ist eh kaum einer älter als 35 Jahre. (5) Kein Wunder bei dem mörderischen Arbeitstempo, zu dem der VW-Betriebsrat Gerhard Mogwitz meint: „*Bei diesen Bandgeschwindigkeiten würden bei uns die Brocken fliegen*". (4)

Den mörderischen „Produktionsvorteil" zeigt ein Vergleich zwischen dem größten Automobilkonzern in Japan und in der BRD. Toyota baut und verkauft mit 50.000 „Mitarbeitern" rund 2,8 Mio Fahrzeuge im Jahr, VW dagegen ca. 2,1 Mio Fahrzeuge mit 180.000 Beschäftigten.

Von den 12 Millionen Rentnern erhielten 5 Millionen im Jahre 1977 nur die Mindestrente von umgerechnet 120 DM. (2) Die Selbstmordrate alter Menschen liegt in Japan doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. (3) Da die staatlichen Rentenzahlungen erst ab 65 Jahre gewährt werden und Abfindungszahlungen sowie Ersparnisse nicht ausreichen, sind die „Pensionierten" gezwungen, sich in einem der Klein- und Mittelbetriebe einen Job zu suchen. Dort sind die Löhne um 30 - 40 % niedriger als in den Großbetrieben. Gearbeitet wird dann zehn Stunden am Tag und sechs bis sieben Tage in der Woche. Die großen Automobilkonzerne wiederum machen sich die Konkurrenz der Klein- und Mittelbetriebe zu Nutze. Die gesamte Zulieferindustrie eines Konzerns wird von 200 - 300 Klein- und Mittelbetrieben geleistet. (2, 4) Die soziale Versorgung in den Betrieben sieht ähnlich beschissen aus. Zum Vergleich: Während bei Toyota die Lohnnebenkosten nur 14 % betragen, sind es bei VW 75 %. (6) Eine Arbeitsstunde kostet den japanischen Kapitalisten nur halbsoviel wie eine Arbeitsstunde in der BRD, nämlich 11,77 DM. (7)

Die Frauen verdienen durchschnittlich die Hälfte von dem der Männer. (3) Ins Bild paßt dann auch, daß die 1,3 Millionen Heimarbeiterinnen mit einem Stundenlohn von 2,10 DM abgespeist werden. (3)

Wie schon erwähnt, kommt nur knapp die Hälfte der Kollegen/innen der Großbetriebe in den Genuß einer garantierten „Lebenszeitanstellung". Doch das ist nicht die einzige Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse. Auch das Lohnsystem hat es in sich. So setzt sich das monatliche Einkommen der Kollegen/innen mit „Lebenszeitanstellung" folgendermaßen zusammen:

1. Grundlohn (unter Berücksichtigung von Dienstzeit und Lebensalter)
2. Leistungslohn (für Produktionsarbeiter), Akkordlohn etc.
3. Leistungsanreizzulagen: „Anwesenheitszulage" (wenn man sich trotz Krankheit in den Betrieb schleppt)
4. fixe Zulagen: Positionszulage, Schichtarbeiterzulage etc.
5. Beihilfen zu Lebenshaltungskosten. Diese werden jedoch nicht von allen Betrieben gezahlt. (1)

Die Krankheitsrate beträgt in den westdeutschen Autofabriken stets 10 bis 15 %. In Japan ist sie praktisch gleich Null. (4) Kein Wunder, wenn man sich vom betrieblichen Hospital wieder zusammenflicken lassen muß. Der Jahresurlaub beträgt zwischen sechs und 20 Tagen. Nur durchschnittlich acht Tage nehmen die japanischen Kollegen in Anspruch. (2)

Die gesamte soziale Versorgung durch den Staat ist teilweise zu vergleichen mit der eines E n t w i c k l u n g s l a n d e s. Das japanische Bruttosozialprodukt ist zwar das zweithöchste der Welt, das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung liegt jedoch in der Rangliste der Länder an elfter Stelle (1973). Der öffentliche Wohnungsbau ist überdurchschnittlich rückständig, das städtische Verkehrswesen unterentwickelt - was für Millionen von Arbeitern eine zusätzliche Verlängerung der An- und Abfahrtszeiten zur Arbeit mit sich bringt. Auch die übrige soziale Infrastruktur ist unzureichend. In der Hauptstadt Tokio z.B. ist nur jedes dritte Haus an die Kanalisation angeschlossen. (2)

Wenn Graf Lambsdorff uns diese Verhältnisse als erstrebenswert anpreist, so wird ungefähr deutlich, wo der Spar- und Rationalisierungsfeldzug der westdeutschen Imperialisten noch hinführen soll.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Quellen:
1. „Arbeiter unter der roten Sonne – Japans Unternehmensgewerkschaften", Gertraude Horke, Europaverlag 1976.
2. „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" 4/80, Sozialistische Studiengruppen.
3. „Metall", Zeitung der IG Metall, 11.6.80.
4. „Spiegel", 21.7.80.
5. „Anzeigenblatt Süderelbe", 24.7.80 (Reisebericht).
6. „Frankfurter Rundschau", 1.8.80
7. „Die Welt", 22.7.80.
8. „Welt der Arbeit", 21.12.78.



Das Ende des »alten NDR«?

Nun ist der neue Staatsvertrag zwischen den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen für den NDR endgültig unterschrieben. Das Schlimme ist: Die CDU-Rundfunkpolitik hat sich trotz Erhalt des NDR weitgehend durchgesetzt; die SPD (vertreten durch Hamburgs Bürgermeister Klose) hat in allen entscheidenden Punkten nachgegeben.

»Kurz zur Vorgeschichte: Im Juni 1978 kündigte Gerhard Stoltenberg zum 31.12.80 den NDR-Staatsvertrag. Zusammen mit CDU-Albrecht aus Niedersachsen nahmen die beiden die Hamburger NDR-Metropole in die Zange. Stoltenberg stritt unter dem Stichwort „mehr Regionalisierung" für stärkeren CDU-Einfluß auf das NDR-Programm, Albrecht unter dem Stichwort „Rundfunkfreiheit" für die Öffnung von Funk und Fernsehen für die privatwirtschaftlichen Medienhyänen a la Axel Springer.

Am 28. Mai kam der scheinbare Rückstand: Per Gerichtsurteil wurde der Weiterbestand des NDR verfügt, Schleswig-Holstein drohte auf einmal mit seiner Kündigung außen vorzustehen.

Was sieht der neue Staatsvertrag im einzelnen vor? Der NDR bleibt bis 1990 bestehen. Allerdings entfällt 1983 die **Monopolklausel**. Ab Januar 1983 können dann die Länderregierungen auch privatwirtschaftliche Rundfunk- und Fernsehbetreiber zulassen. Albrecht hat sich hier voll durchgesetzt. SPD-Klose vertröstet: man werde alles tun, dies politisch zu verhindern, nämlich über einen SPD-Wahlsieg in Niedersachsen. Doch wer der SPD vertraut, hat wie so oft auf Sand gebaut. Springers WELT weist darauf hin, daß mit dem Fall der Monopolklausel die Länder nicht mehr die „Fernsehfreiheit" verhindern können; sie wird dann einfach eingeklagt – auch unter SPD-Regierungen (Welt, 19.7.). Damit ist der Weg frei nicht nur für Kabel- und Satelliten-Fernsehen und Videotext, sondern auch auf den UKW- und Fernsehfrequenzen. Springers „Radio Luxemburg" wird wohl spätestens in drei Jahren seinen Betrieb aufnehmen. Zusätzlich haut Springer der SPD heute schon um die Ohren, daß die finanzkräftigen Medienkapitalisten bereits überlegen, wie sie das öffentlich-rechtliche Fernsehen finanziell kaputtkriegen: *„Ob man dann jeden, der nur freies Fernsehen einschalten will, zwingen kann, dem öffentlich-rechtlichen Sender seinen Obolus zu entrichten – wird die Zukunft zeigen"* (ebenda).

Einen ersten unmittelbaren Erfolg konnten die Privatkapitalisten schon verzeichnen: zukünftig ist auf einem Kanal im NDR-Hörfunk der private **Werbefunk** erlaubt. 42 Minuten am Tag, unterteilt in Sendeblöcke a 5 Minuten, können jetzt die segensreichen Produkte der Wirtschaft feilgeboten werden. Auch dies eine wesentliche CDU-Bedingung, die der frischgewählte NDR-Intendant Räuker – CDU – (siehe Kasten) Markenzeichen „Ausgewogenheit") umgehend realisieren will. Entgegen Entscheidungen einer NDR-Betriebsversammlung, des Redakteursausschusses und der Mediengewerkschaft RFFU hat er nur drei Tage nach Unterzeichnung des Staatsvertrags die Aufnahme des Werbefunks ab 1. September angekündigt.

Begründet wird der Werbefunk mit den zusätzlich entstehenden Kosten durch die stärkere **Regionalisierung**. Das bedeutet, daß zukünftig in jedem Bundesland ein eigenes Länderprogramm nicht mehr unter Gesamt-NDR-Regie, sondern unter Länderregie erstellt wird. So steht uns also demnächst im Rahmen der NDR-Programme Stoltenbergs und Albrechts CDU-Funk ins Haus.

Weitere wichtige Vereinbarungen sind: Von Albrecht und Stoltenberg wird der neu zusammengesetzte Rundfunkrat als Ausdruck der **Zurückdrängung des Parteieneinflusses** gefeiert. Zukünftig sollen die 3 Länder nur noch mit 5 Mitgliedern im 30köpfigen Rundfunkrat vertreten sein, dazu allerdings Vertreter aller „gesellschaftlich relevanten Gruppen" so daß demnächst CDU-Mitglieder als Kirchen- oder Unternehmervertreter dieses Gremium majorisieren. Noch in einem weiteren Punkt hat Albrecht sich durchgesetzt: Niedersachsen erhält in allen Aufsichtsgremien, Rundfunk- und Verwaltungsrat, mehr als die Hälfte aller Sitze.

Neugefaßt wurden auch die **Programmgrundsätze**. Danach ist zukünftig der NDR verpflichtet, *„zur Verwirklichung der freiheitlich demokratischen Grundordnung beizutragen"* und *„für die Einheit Deutschlands in Freiheit und Frieden"* einzutreten. Auch hier hat sich deutlich die CDU durchgesetzt und für die Realisierung dieser Verpflichtung steht der neue Intendant. Originalton Springer: *„Ganz sicher wird es keinen ‚Kahlschlag' unter den linken NDR-Journalisten – vom Betriebsratsvorsitzenden Wolfgang Bombosch bis zu Hörfunkmoderator Ortwin Löwa geben. Ebenso sicher ist freilich, daß Räuker und Plog Auswüchse im Programm wie sie unter dem Stichwort ‚Brokdorf-Berichterstattung' in Erinnerung sind, nicht akzeptieren werden"* (Welt, 18.7.).

Und schließlich hat die CDU direkte **Eingriffe** in den Sender und offiziell geförderte Schnüffelzensur durchgesetzt. Die Regierungen haben das Recht, Organe des NDR *„durch schriftliche Mitteilung auf Maßnahmen oder Unterlassungen im Betrieb des NDR hinzuweisen"*. Als „mehr Rechte für Hörer" verschleiert ist das „Recht auf Gegendarstellung" erweitert worden. Hörer – das „gesunde Volksempfinden" – so hofft die CDU, können zukünftig Einspruch erheben, wenn „ihre Rechte berührt" worden sind.

Albrecht und Stoltenberg waren mit dem Vertrag zufrieden. Klose und die SPD spiegeln vor, daß ja der Erhalt des NDR gesichert sei. Der „alte NDR" wird es kaum sein. Auf die NDR-Mitarbeiter und die Rundfunkhörer kommen nach dieser Kapitulation der SPD schwarze Zeiten zu.



Trotz zahlreicher Proteste, gerade auch von NDR-Mitarbeitern (wie hier auf dem Bild), gelang es nicht, den CDU-Vormarsch im NDR zu stoppen

auf dem Bild), gelang es nicht, den CDU-Vormarsch im NDR zu stoppen

NDR-Redakteurs-Ausschuß: Zur geplanten Programm-Reform

Die geplante Hörfunkwerbung auf NDR 2, die Regionalisierung und die dazu geplante Umwandlung des gemeinsamen NDR/WDR 1 in Funkhäuserprogramme sind Anlaß für eine sog. Programm-Struktur-Reform, die hinausläuft auf ein magaziniertes Fließprogramm auf NDR 2 als Hauptprodukt des NDR mit strikt begrenzten Wortanteilen. Eine Fülle von Wortsendungen und Wort-Musik-Sendungen werden dafür geopfert. Zum Beispiel:

Im 2. Programm: aus 9 - 1/2 1: die Anrufestunde mit Hörerbeteiligung (mo), die Behindertenreihe (di), Außenübertragungen (mi), Small-Talk (fr), Plattenkiste (mo-sa).

mo-fr: Musik nach der Schule
mi: Treffpunkt für junge Leute
sa: Pop und Politik
sa: Politik für junge Leute
sa: Reisemagazin
so: Meckerecke

1. Programm: Schichtwechsel (mo-

1. Programm: Schichtwechsel (mo-sa), Schulfunk (mo-fr), Feature (sa-vorm.), Informationen für die ältere Generation (fr), Wir lesen vor (mo-do), Kontakte (mo-fr), Vor unserer Tür (so), Rätsel-Magazin, 17 + 14 (sa, di)

3. Programm: Junge Autoren im Gespräch, Wirtschaft regional und div. andere Wirtschaftsreihen.

Was bedeutet das fürs Programm:

1. Es sind Sendungen weggestrichen, in denen Zeit für Analyse und umfassende Darstellung von Zusammenhängen war. Es sind Sendungen entfallen, an denen Hörer beteiligt waren. Es sind Sendungen entfallen, die zu gesellschaftspolitischen Themen Informationen liefern und Stellung beziehen. Sendungen, die so aufbereitet werden, daß der Programmauftrag zur Förderung der selbständigen Urteilsbildung der Bürger erfüllt wird (vergl. neuer Staatsvertrag § 7,1).

Es sind Sendungen für Jugend, Frauen, ältere Menschen, Behinderte, Arbeitnehmer weggefallen. Für Gruppen also, die besondere Probleme und Ansprüche haben. Es erscheint dem RA nicht gewährleistet, daß diese Gruppen – wie es der neue Staatsvertrag im § 7.1.1 und §.1.3 vorsieht – angemessen zu Wort kommen und berücksichtigt werden.

Zum Beispiel Jugend: Die starke Einbuße an Jugendfunk-Sendungen ist besonders beklagenswert in einer Zeit, in der erschreckend viele Jugendliche Staatsverdrossenheit zeigen und zum Aussteigen in Drogen, Sekten usw. neigen. Das öffentliche Gespräch mit ihnen über ihre Probleme, wie es der Jugendfunk als Forum ermöglicht, wird nun abgebrochen. Hinzu kommt, daß der Zugang und die Überzeugungskraft für viele Jugendliche mit der Authentizität und Nähe wächst; ein Weg dazu ist die ausgiebige Verwendung von O-Ton und Selbstbeteiligung von Jugendlichen, die aber nur in ausführlichen Wort-Sendungen möglich ist – kaum jedoch in Magazinen, deren Wortanteil pro 1/2 Stunde auf 5 Minuten begrenzt sind.

Zum Beispiel Frauen: Berufstätige Frauen sind im neuen Programmschema völlig vergessen worden. Kontakte, die Sendung mit ausführlichen Analysen und Diskussionen zu Themen aus der Arbeitswelt von Frauen, ist ersatzlos gestrichen. Ebenso die Reihe „Schichtwechsel", die Arbeitnehmer-nahe Sendung, in der gerade Themen für berufstätige Frauen zu einer guten Hörzeit placiert werden konnten.

Angesichts dessen, daß allein in Hamburg von rund 890.000 Frauen insgesamt 310.500 berufstätige Frauen sind – (in Schleswig-Holstein 413.000 berufstätige Frauen; in Niedersachsen 1.083.000 berufstätige Frauen) ist die Mißachtung dieser Gruppe im Programm unverzeihlich. Bedenkt man zudem, daß diese Frauen in der Mehrzahl außerdem Mütter und Familienfrauen sind, wird deutlich, daß unser Programm auf eine große Hörerschaft nicht eingeht, die wichtige gesellschaftspolitische Probleme haben. Da diese Frauen nicht permanent Radio hören können, brauchen sie wiedererkennbare Zeiten – Zufallsbeiträge erreichen sie nur zufällig.

Zum Beispiel alte Menschen: Der

Zum Beispiel alte Menschen: Der NDR war – mit BR – die erste Anstalt, die ein eigenes Hörfunkprogramm für die ältere Generation einrichtete. Nachdem andere Anstalten dieser frühen Erkenntnis folgten, ist der NDR nun die erste Anstalt, die diese Zielgruppe wieder fallen läßt. Das geschieht ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da alte Menschen an Zahl immer mehr werden. Zum Beispiel Schleswig-Holstein: hier sind allein 1/4 der Bevölkerung über 60. Zum Beispiel Hamburg: hier sind ca. 388.000 Einwohner über 60, und in Niedersachsen z.B. sind bereits 1.419.231 Menschen über 60. Ältere Menschen brauchen andere Sendeangebote, in denen „ihre" Themen didaktisch einfühlsam vermittelt werden. Die schnell eingestreuten Informationen erreichen sie nicht.

Zum Beispiel Behinderte: Behinderten sind bisher ohnehin nur 5 Minuten pro Woche eingeräumt, in denen sie allerdings selbst zu Wort kommen, was gerade für die Aktivierung und den Selbsthilfegedanken nicht zu unterschätzen ist. Selbst dieses Minimum hat nun keinen verankerten Platz mehr im Programm.

Zum Beispiel Arbeitnehmer: Sozialpolitik und Wirtschaftsredaktion haben, wie die Familienredaktion, mit den Reihen „Kontakte" und „Schichtwechsel" die Möglichkeit verloren, auf wirtschaftliche, gewerkschaftliche, Berufsbildungs-, Renten- und Verbraucherfragen usw. ausführlich einzugehen bzw. Sachvertreter dieser Bereiche zu Wort kommen zu lassen. Arbeitnehmerfragen finden aber anderswo im Programm keinen Platz. Eine 1/2 Stunde am Samstag-Vormittag (9.30-10.00 Uhr) für fünf verlorene Kontakte-Sendungen pro Woche ist kein Ersatz, sondern für die Hörer ein Almosen.

2. Wo werden diese Publikumsgruppen im neuen Programm entschädigt?

Nur scheinbar wird für den Verlust, den diese Gruppen erleiden, Ersatz angeboten. Wenn z.B. – wie im neuen Schema vorgesehen – für den **Jugendfunk** auf NDR 2 von 19.05 - 21 Uhr zwei Stunden Jugendfunk vorgesehen sind, so ist das Augenwischerei. Erstens gehen in den zwei Stunden die sonst täglich gesendeten 1 1/2 Stunden „Musik für junge Leute" auf. Zweitens ist der Wortanteil auf 5 Minuten pro 1/2 Stunde begrenzt. Das entspricht insgesamt ziemlich genau dem bisherigen Wortanteil im Club. Also: kein Zugewinn an Programminhalten, sondern Verluste allein im Club. Ganz abgesehen von den anderen gestrichenen Jugendfunk-Sendungen.

Es ist auch kein Ersatz für die Reihe „Kontakte" und „Schichtwechsel", wenn für Themen der **Familienredaktion** die Magazine am Vor- und Nachmittag offenstehen sollen. Es ist auch kein Ersatz, wenn am Samstag-Nachmittag im 2. Programm von 14.00 - 16.00 Uhr ein sog. Familienmagazin angekündigt wird. Der Samstag-Nachmittag ist bekanntlich wenig geeignet für Themen wie gleicher Lohn, EG-Anpassungsgesetz, § 218 usw., also für essentielle Frauenfunkthemen. Im übrigen erlaubt auch das sog. Familienmagazin max. 4 Beiträge á 5 Minuten, denn auch am Samstag läuft die Werbung und somit die Wortbegrenzung.

grenzung.

D.h.: Angesichts so vieler Defizite im Ablauf der Woche scheint es dem RA nicht gerechtfertigt, NDR 2 (neu) ein **Vollprogramm** zu nennen, wie es in den Vorbemerkungen zum vorgelegten Reformschema als Prämisse für die Reform gefordert wird.

Auch die **journalistische Begründung** für ein solches Programm, die dort ebenfalls postuliert wird, vermag der RA nicht zu sehen. Zu den genannten Prämissen der Reform gehört auch, daß die Werbung integriert werden müßte. Noch ist aber nicht entschieden, ob der Verwaltungsrat der Einführung von Hörfunkwerbung zustimmen wird. Schon jetzt allerdings ist klar, daß das vorgelegte Fließband-Programm-Schema auch dann installiert wird, wenn die Werbung **nicht** kommt. Was sind die Gründe dafür?

Regionalisierung und Werbung sind zwar die offiziell genannten Gründe. Aber nicht die Werbung ist der wesentliche Motor für die sog. Reform, sondern eine ökonomische Zukunfts-Spekulation. Das NDR Programm soll als aktuelles Service-Programm, d.h. als unproblematisches Fließprogramm die Einschaltquoten ankurbeln. Einschaltzuwachs und Gewöhnung an dieses Fließprogramm bei den Hörern braucht der NDR, um der evtl. Konkurrenz später hinzukommender Privatsender gewachsen zu sein.

Verkaufbarkeit um jeden Preis ist also die eigentliche Prämisse (Programm als Konsumartikel), Inhalte stehen erst an zweiter Stelle.

3. Der RA gibt zu bedenken

a. kann der jetzt noch amtierende Interims-Verwaltungsrat überhaupt über eine so wichtige Sache entscheiden, wie es diese sogenannte Reform ist? Kompetent dazu scheint uns eher der nach Maßgabe des neuen Staatsvertrages erst zu konstituierende neue Verwaltungsrat.

b. Das Publikum, also die Hörer des NDR, sind zu dieser Reform nie um ihre Meinung gefragt worden; auch nicht zur Einführung von Werbung im Hörfunk. Sie sind auch durch keine Vorinformation in die Lage versetzt worden, zu durchschauen, was sie von „ihrem" Radio demnächst zu erwarten haben. Es ist dasselbe Publikum, das der NDR im Kampf um den Erhalt der Anstalt so stark mobilisiert hat.

CDU-Mann mit den Stimmen der SPD zum neuen NDR-Intendanten gewählt

Seit dem 31.5.80 hat der NDR einen neuen Intendanten. Friedrich-Wilhelm Räuker (CDU) wurde einstimmig gewählt, ebenso sein Stellvertreter Jobst Plog (SPD). Beide wurden überraschend auf einer Sondersitzung des NDR-Verwaltungsrates, drei Tage nach dem NDR-Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, in Amt und Würden gehoben. Nach 35 Jahren steht erstmals ein CDU-Mann an der Spitze des NDR!

Auf dem Posten des Programmdirektors des Fernsehens (seit 1975) hat Räuker schon klargemacht, wie er sich als Zensor betätigen will. Zum Beispiel: Im „Freitagsmagazin" vom 27.1.77 sollte der Degenhardt-Song zur Befragung eines Kriegsdienstverweigerers im Zusammenhang mit einem Bericht über Kriegsdienstverweigerung und Zivildienstleistenden ausgestrahlt werden. Der Song wurde durch den Eingriff Räukers nicht gesendet. Zur Begründung sagte er gegenüber der „MoPo" (28.1.77): *„Im Zusammenhang des Beitrages war der Songtext journalistisch problematisch und bildet einen klaren Verstoß gegen das Grundgesetz."* Als langer Arm der Arbeitgeberverbände zeichnete Räuker auch für die vorläufige Absetzung der NDR/WDR-Serie „Der Betriebsrat – ein Kurs für Arbeitnehmer" verantwortlich. Der Unternehmerlobbyist im Rundfunkrat verlangte nach der Vorführung zweier Folgen Korrektur der „einseitigen Sendereihe". Und flugs übte Räuker die verlangte Zensur. Er stellte nach dem „diagonalen Studium" eines Teils der Manuskripte die Diagnose: *„einseitig parteilich, marxistisch ausgerichtetes Material"* („WdA", 20.8.76).

Einen Tag nach seiner Wahl zum Intendanten des NDR jubelte „Bild" mit dem Aufmacher: *„Der neue Intendant: Ein Programm nur für Autofahrer und Werbung"* (2.6.80). Die „Welt" notierte zufrieden: *„Sachkompetenz und Härte; Spielwiese und Sprachrohr für Systemüberwinder soll der NDR unter Räukers Führung nicht sein"* (2.6.80).

Räuker erklärte, daß er den NDR II zu einer „Service-Welle mit Werbung" umstrukturieren wolle. Und er will mehr: Er möchte einige „Übergewichtigkeiten" im Programm abbauen: *„So würden etwa Kritik an der Industrie, 'grüne' Themen, antiautoritäre Auffassungen in Jugend- und Kirchensendungen, Kritik an der Handhabung des Abtreibungsparagraphen überbetont"* („Rheinische Post", 2.7.80). Zynisch beschreibt diese Gazette, auf welche Weise Räuker sich durchsetzen will: *„Es wird kaum der Knüppel der programmatischen Auseinandersetzung geschwungen, sondern mehr mit den feinen Mitteln der Personalpolitik gearbeitet werden"* (ebenda).

Dieser reaktionäre CDU-Büttel wurde mit den Stimmen der SPD zum Intendanten gekürt. Noch vor einem Jahr sprach ihm die SPD die „Qualifikation für den Intendantensessel" ab. Während die „Rundfunkfreiheit" mit dem Urteil über das Weiterbestehen des NDR nach SPD-Meinung *„einen Sieg errungen"* hat, ja selbst die Wahl des Herrn Räuker zum Intendanten noch bejubelt wird (*„der NDR ist wieder handlungsfähig"*! ...), wird über die praktische Machtergreifung der CDU/CSU kein Wort verloren.

**Medien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg**

1. September Antikriegstag

Antikriegstag in Hamburg

Die Planungen für den Antikriegstag stehen. Außer den in der Hamburger Initiative „Beendet das Wettrüsten" mitarbeitenden Kräften, die sich am 1. September nur an den DGB anhängen und dann ihre eigene Friedenswoche durchziehen, trägt die übrige Linke in Hamburg (fast) geschlossen ein gemeinsames Konzept für den Antikriegstag. Die Bedingungen dafür sind speziell in Hamburg gut, weil es hier eine schon seit den Aktionen zum 8.5. (Tag der Befreiung vom Faschismus) arbeitende „Hamburger Friedenskoordination" gibt, in der Unorganisierte und Organisationsvertreter zusammenarbeiten (Friedenspolitische Gesellschaft, Werkstatt 3, Ohne Rüstung Leben, SOdZDL, Plenum der BUU, Altonaer Fraueninitiative, ASTA HfbK, Landesvorstand der Grünen, SB, KB, Z, Jungdemokraten, Volksfront, KPD, Gruppe Arbeiterpolitik unterschrieben gemeinsam den Aufruf zum 1.Sept.). Zur Mobilisierung für den 1. September wird auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz ein ‚Bunter Friedensmarkt' veranstaltet. Daran können sich alle mit eigenen Beiträgen (Ständen, Musik und Kultur) beteiligen.

Am 1. September selbst findet eine Demonstration der DGB-Jugend statt. Im letzten Jahr hatte es lediglich eine Kundgebung gegeben, in den Jahren davor gar nichts. Diese begrüßenswerte Aktivität in diesem Jahr ist sicher auch aufgrund des linken Drucks von außen im DGB beschlossen worden. So hatte die „Hamburger Friedenskoordination" bereits seit längerem eine Demonstration angemeldet gehabt. Um aber nicht nur die inhaltlich begrenzte Kritik des DGB z.B. an der Bundesregierung am 1. September hören zu müssen, ruft die „Friedenskoordination zu einer Kundgebung v o r der Demonstration der DGB-Jugend auf,

ken Drucks von außen im DGB beschlossen worden. So hatte die „Hamburger Friedenskoordination" bereits seit längerem eine Demonstration angemeldet gehabt. Um aber nicht nur die inhaltlich begrenzte Kritik des DGB z.B. an der Bundesregierung am 1. September hören zu müssen, ruft die „Friedenskoordination zu einer Kundgebung v o r der Demonstration der DGB-Jugend auf,

um dann von dort geschlossen zur Demo zu gehen. Diese Taktik hat sich als goldrichtig erwiesen, zumal die DGB-Jugend inzwischen auf eine eigene Kundgebung vollständig verzichtet hat.

Die Auseinandersetzungen um diese Taktik waren zwar manchmal zäh, aber auch sehr positiv, ja vorbildlich. Klar war, daß ein Teil der „Friedenskoordination" (KPD, Volksfront, die Gruppe Arbeiterpolitik und ganz wenige Einzelpersonen) die Kundgebung vor der DGB-Demo nicht mittragen wegen ihrer – kurz gesagt – prinzipiellen Haltungen zu den Gewerkschaften. Hätte sich in früheren Jahren noch so ein Bündnis an dieser Frage gegebenenfalls gespalten, gelang es in der „Friedenskoordination", sich auf gegenseitiges Tolerieren der jeweiligen Vorstellungen zu einigen: Auf dem Aufruf-Flugblatt wird ohne Diskriminierung angemerkt, daß bestimmte, namentlich genannte Organisationen nur zur DGB-Demonstration aufrufen, und die Genossinnen und Genossen der Arpo, KPD und Volksfront stimmten zu, daß trotzdem d i e „Friedenskoordination" zu einer Kundgebung vor der DGB-Jugend-Demo aufruft.

Eine wichtige Erfahrung wird es am Wochenende nach dem 1. September geben. Am 6./7. September veranstaltet die „Friedenskoordination" ein „Offenes Friedensseminar" zu vielen verschiedenen Themen, bei dem jede(r) mitdiskutieren kann.

Veranstaltungen

Sonnabend, den 30.8.: **Bunter Friedensmarkt in der Innenstadt**
10 - 14 Uhr am Gerhard Hauptmannplatz
Alle Hamburger Friedenskräfte sind aufgerufen, sich daran mit Informations- und Plakatständen, Straßentheater, Musik und Kultur und anderen Aktivitäten zu beteiligen.

Montag, den 1. September

Demonstration zum Antikriegstag

40 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges gilt mehr denn je: Nie wieder Krieg!

ab 16.15 Uhr: Beginn der **Kundgebung der Hamburger Friedenskoordination** am Gerhard Hauptmann-Platz

Wir werden uns dann geschlossen an der Demonstration der DGB-Jugend beteiligen
17.00 Uhr: **Demonstration der DGB-Jugend** ab 17.00 vom Legien-Platz (Gewerkschaftshaus)

Ein Teil der Friedenskoordination, bzw. ein Teil der Unterzeichner, KPD, Volksfront, Gruppe Arbeiterpolitik ruft nur zur DGB-Demonstration auf

Demonstration durch Hamburg-St-Georg, Abschlußkundgebung am Gerhard-Hauptmann-Platz

1. - 6. September: **Ausstellung „Nie wieder Krieg"** jeweils abends in der ESG (Grindelallee 9, Martin-Luther-King-...)

6./7. September: **Offenes Friedensseminar in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32 - 34)**
zu Themen wie Entspannung und Aufrüstung, Militarisierung an den Schulen, Friedensunterricht, Krieg ums Öl, Gewaltfreier Aufstand, Krieg dem Krieg – Pro und Kontra, Ökologie und Frieden, Militärischer Aspekt des Atomprogramms, Kindermilitarisierung

Es sollen Einleitungsreferate gehalten werden, aber vor allem Raum für die Diskussion aller Beteiligten gegeben werden. Es können noch weitere Arbeitsgruppen aus verschiedenen Initiativen gebildet werden: z.B. zur Frauenmilitarisierung, Christen für den Frieden etc.

1. - 6. September: Ausstellung „Nie wieder Krieg" jeweils abends in der ESG (Grindelallee 9, Martin-Luther-King-...)
6./7. September: Offenes Friedensseminar in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32 - 34)
zu Themen wie Entspannung und Aufrüstung, Militarisierung an den Schulen, Friedensunterricht, Krieg ums Öl, Gewaltfreier Aufstand, Krieg dem Krieg – Pro und Kontra, Ökologie und Frieden, Militärischer Aspekt des Atomprogramms, Kindermilitarisierung
Es sollen Einleitungsreferate gehalten werden, aber vor allem Raum für die Diskussion aller Beteiligten gegeben werden. Es können noch weitere Arbeitsgruppen aus verschiedenen Initiativen gebildet werden: z.B. zur Frauenmilitarisierung, Christen für den Frieden etc.

Bremer Antikriegstag
Teilweise wird im Weserstadion protestiert

Nach den Bremer Ereignissen vom 6. Mai mußten die Jusos auf Druck des Parteivorstandes eine „Selbstkritik" bezüglich ihrer „Volksfrontpolitik" leisten. Dies führte jetzt dazu, daß sie aus dem Bündnis für ein Friedensfest am 31.8. (u.a. mit DKP-Organisationen) ausstiegen.

Die vorgeschobene Begründung heißt: in dem Veranstaltungsaufruf hätte neben der Kritik an den USA und den NATO-Nachrüstungsbeschlüssen eine Passage gegen die Sowjetunion wegen Afghanistan stehen müssen. Gleichzeitig kündigten sie eigene Aktivitäten an.

Auch der DGB, Kreis Bremen, sah sich genötigt, *„entgegen allen anderen Verlautbarungen"* mitzuteilen, daß er natürlich am 31.8. nicht im Weser-Stadion dabei sei („FR", 16.8.80).

Und jetzt noch ein Wort zur CDU. Die fühlte sich auf den Schlips getreten, weil die Veranstalter das Weser-Stadion als Ort gewählt hatten. Sie glaubten – nicht zu Unrecht ... – an eine Reaktion auf das öffentliche Gelöbnis und hätten die Veranstaltung dort am liebsten verboten gesehen.

Westberlin:
Protest gegen Militär-Show

Eine militärisch inszenierte Veranstaltung bekam ein buntes Beiprogramm. Um die „deutsch-amerikanische Freundschaft" zu feiern, trat auf einem „Volksfest" ein „US-Drill-Team" auf — und wurde mit Farbeiern beworfen. Die Demonstranten wollten viel lieber auf die *„bevorstehende Intervention der US-Imperialisten in El Salvador"* hinweisen. Deshalb verteilten sie Flugblätter mit diesem Inhalt unter den Anwesenden und entrollten ein Transparent. Drei Akteure wurden festgenommen. In einer Erklärung zu ihrer Aktion schreiben sie: *„Nachdem ein paar Soldaten dieser 'Drill-Show' (...) Farbeier in die Fresse gekriegt hatten, war nicht nur dieses widerliche Spektakel unterbrochen, sondern in kürzester Zeit eskalierte sich die Situation: Man kann sagen, daß praktisch die ersten Reihen des 'Publikums' nur aus Bullen bestanden, denn in wenigen Sekunden waren deutsche und US-Zivilbullen zur Stelle, die gleich drauflos droschen. (...) Wir gehen davon aus, daß diese Typen, welche von den hier in Berlin stationierten 'Special Forces' (oder 'Green Berets', wie diese speziellen Killereinheiten zur Aufstandsbekämpfung auch genannt werden) waren. Davon sind — laut 'Süddeutsche Zeitung' vom 19.5.80 — "100 oder mehr in Berlin stationiert, wo sie 'ohne ihre Uniform die schöne Stadt beobachten und Bilder machen'". Daß die Yanks bei dieser öffentlichen Veranstaltung so schlagartig und brutal vorgegangen sind, hat uns erstmal ziemlich überrascht, aber war für uns auch die praktische Erfahrung, daß diese Typen genau die gleichen sind, die in El Salvador jetzt das Napalm abwerfen".*

„Tag der Bundeswehr" in Kalkar abgesagt (?)

Zieht die Angst vor Bremen in Westdeutschland's vorherbstlicher Wahlkampfzeit durch die Lande? Jedenfalls soll die geplante Militär-Show in

ge Datum der Stadt nur in einem demokratischen Staat mit starker Armee so richtig gefeiert werden kann ...

Nachdem aber bundesweit Proteste

„Tag der Bundeswehr" in Kalkar abgesagt (?)

Zieht die Angst vor Bremen in Westdeutschland's vorherbstlicher Wahlkampfzeit durch die Lande? Jedenfalls soll die geplante Militär-Show in
dem Schnellen-Brüter-Ort Kalkar auf Anordnung höchster Stellen (Bundeskanzler Schmidt, Kriegsminister Apel) abgesagt worden sein. Das letzte Wort scheint aber noch nicht gesprochen, denn so schreibt der BBU in einer Pressemitteilung (19.8.80): *„Die beteiligten Organisationen werden jedoch wachsam darauf achten, daß die Stadt die Militärschau nicht doch noch auf Umwegen durchzusetzen versucht".*

Zur 750-Jahr-Feier wollte sich die Stadt Kalkar im militärischen Glanz zeigen. Waffenschauen, Flugzeugvorführungen, Fallschirmspringen und Armeekapellen sollten die Bürger daran erinnern, daß dieses denkwürdi-

ge Datum der Stadt nur in einem demokratischen Staat mit starker Armee so richtig gefeiert werden kann ...

Nachdem aber bundesweit Proteste
und Aktionen angemeldet worden waren, erklärte schließlich ein Generalmajor Jungkurth der Presse, das „Kalkar-Manöver" ist abgesagt. „Gewalttätigkeiten" seien nicht auszuschließen, noch entscheidender aber: Die Militaristen sehen sich vor unlösbaren Problemen, die guten von den bösen Besuchern zu trennen. Kommentar des CSU-Abgeordneten Biehle: „kommunistisch unterwanderte Organisationen wie die BBU (!)" bräuchten nur mit einer Demonstration zu winken und schon werde eine Bundeswehrveranstaltung abgesagt („FR", 20.8.80). Ein guter Tip!

31.8.-27.9. Kölner Friedenswochen

- 30.8. : In **Dortmund** findet eine „Antimilitaristische Fahrrad-Stadtrundfahrt" statt. Besucht werden sollen die Orte, die im 2. Weltkrieg und während der Nazizeit eine Rolle gespielt haben. Es ruft ein breites Bündnis auf (Antifaschistische Gruppe, Antimilitaristische Aktionseinheit 3.5., Bücherstube, DFG/VK, Frauenaktion Dortmund, Die Grünen, Bücherstube, Humanistische Union Dortmund, FAU, Klügelkerl, KB, RgR, KPD-Rote Garde, SOdZDL, TAZ-Bochum, Volksfront).
- 30.8.: In **Düsseldorf** macht der DGB eine zentrale Veranstaltung.
- 3.9.: In **Unna Königsborn** lädt die SO zu einer Diskussionsveranstaltung im ev. Gemeindehaus , um 19.00 Uhr ein. Themen u.a.: Öffentliche Gelöbnisse, Krieg und Frieden.
- 6.9.: Auf dem neuen Markt in **Kamen** wird ein Friedensmarkt mit Kulturprogramm ab 11.30 Uhr organisiert. Die Veranstalter sind das Dortmunder (s.o.) und das Kamener Aktionsbündnis.
- 9.9.: Die Volkshochschule **Kamen** macht zum Thema „Wehrmacht und Faschismus " eine Diskussionsveranstaltung.

31.8.-27.9. Kölner Friedenswochen

Der Jugendclub „Courage" ergriff die Initiative, und jetzt machen noch verschiedene Gruppen bei Podiumsdiskussionen, Friedensgottesdiensten, Kriegsspielzeug - Umtauschaktionen usw. mit. Auf der Auftakt-Veranstaltung am 31.8., 11 Uhr, sollen u.a. Pastor H. Albertz und Vertreter des DGB sprechen. Folgende Fragestellungen wollen die Veranstalter während der Friedenswochen behandeln:

— Die Auswirkungen der steigenden Rüstungshaushalte;
— Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen;
— der Zusammenhang zwischen Rüstung, Rüstungsexport und Unterentwicklung;
— Militarisierung der Gesellschaft;
— militärische Einrichtungen in und um Köln;
— der Beitrag des Einzelnen für den Frieden (nach „Neue", 19.8.80).

Kontakt:
Kölner Friedenswochen
c/o Jugendclub Courage
Cleverstraße 9
5000 Köln 1
Tel.: 217960 oder 875674

USA: 500.000 Kriegsgegner lassen sich nicht erfassen

„Wehrerfassung = Wehrpflicht = Krieg!" Unter dieser Parole protestierten die Kriegsdienstgegner gegen den ersten Akt von Carters Plan, den männlichen Teil der Nation für jederzeitigen Kriegsdienst erfassen zu wollen. Recht eigenwillig hatte sich auch ein Bundesgericht in Philadelphia in die Front gegen Carter eingereiht. Es berief sich auf ein neun Jahre altes Urteil gegen die Wehrpflicht, welche *„die Verfassung verletzt, weil sie Frauen ausschließt"* (International Harald Tribune, IHT, 19.7.80). Doch mit der juristischen Solidarität war es nicht weit her. Der Oberste Gerichtshof erließ flugs eine Einstweilige Verfügung für die Regierung, welche den Start der Erfassungsaktion am 21.7. sicherte (SZ, 21.7.80).

An diesem Montagmorgen nun öffneten überall in den USA die Postämter und hielten Formulare bereit, auf denen sich die rund vier Millionen 19- und 20-jährigen Männer mit Namen, Anschrift und weiteren Angaben melden sollten. Wer sich nicht meldet, riskiert fünf Jahre Knast, 10.000 Dollar Geldstrafe oder beides.

Doch die Kriegsgegner ließen sich davon nicht einschüchtern, sondern bekundeten ihren Protest auf vielfältige Weise. So marschierten vor der New Yorger Hauptpost einige hundert Demonstranten auf, die riefen: *„Hell no, we won't go! We won't fight for Texaco!"* In Kansas ketteten sich vier Frauen an einen Schreibtisch im Postamt. Sit-ins, Demos und Info-Tische vor den Postämtern zur Beratung waren zahllos (IHT, 22.7.80).



„Hier melden, dem Adler helfen" „Pfui Deibel"

Nach Abschluß der Meldefrist am 2.8. nun frohlockten beide Seiten. Allerdings läßt die Bekanntmachung der Erfassungsbehörde, daß Karten auch noch eine Woche später angenommen würden, vermuten, daß ihnen nicht wenige fehlen! Genaueres hat hier die „New York Times" vom 5.8. zu berichten: Fehlquote in Seattle 31 %, Phoenix 20%, Chicago 33 %, Boston 40%, Atlanta 44 %. Alles in allem rechnen die Kriegsgegner mit 500.000 nicht erschienenen Betroffenen („Workers World", 8.8.80).

* * *

Mit der Bewilligung des Militäretats für das neue Haushaltsjahr hat sich inzwischen schon der Vorhang zu einem weiteren Akt in Carters Horrorshow gehoben. Neben zahllosen großen und kleinen Posten wurde auch ein Projekt genehmigt, das unglaublich und doch nur beispielhaft für alles Übrige ist. Unter den chemischen Waffen sind die binären Sprengköpfe das ‚Tüpfelchen auf dem i'. In getrennten Kammern werden zwei an sich gefahrlose Substanzen bei der Explosion vermischt und zu einem tödlichen Kampfstoff. So werden für den Hersteller und Verwender viele Risikenausgeschlossen – sie sind *„viel leichter und sichererer herzustellen, zu lagern, zu handhaben, zu transportieren und auch zu vernichten als gewöhnliche chemische Sprengsätze"* („Washington Post", 4.8.80). Seit Zehn Jahren war die Herstellung von chemischen Waffen in den USA offiziell untersagt, seit 1975 sogar durch einen direkten Beschluß des Kongresses. Jetzt ist ein Ausschuß des Repräsentantenhauses zu der Erkenntnis gekommen, daß – *„soweit der Ausschuß betroffen ist"* – das Verbot von 1975 *„sich nicht auf den Bau von Produktionsstätten erstreckt"* und hat letzteres genehmigt (IHT, 5.8.80).



USA-Kommission

Am 11.9. in Kamen – verhindern wir das öffentliche Gelöbnis im Jahnstadion

Auf den Tag genau zum 7. Jahrestag des faschistischen Militärputsches in Chile haben sich Spitzenpolitiker der SPD für Kamen etwas ganz besonderes einfallen lassen. Ganz im Sinne des Bundeskabinettbeschlusses, *„wonach feierliche Gelöbnisse außerhalb der Kasernen zu bestimmten Gelegenheiten stattfinden sollen"* (Mittlerweile findet jede Woche ein derartiges Spektakel statt!), sollen am 11.9. 1000 Rekruten der 7. Panzergrenadierdivision Unna im Kamener Jahnstadion ein feierliches Gelöbnis ablegen. Daß dieses Militärspektakel stattfinden wird, bekräftigte am Montag der extra aus dem Kriegsministerium nach Kamen gereiste Staatssekretär v. Bülow. *„Er sehe keinen Anlaß, die Einladung der Stadt Kamen abzulehnen"* („WR-Unna", 19.8.80).

Das, obwohl mittlerweile zahlreiche Protesterklärungen aus der Kamener Bevölkerung und den Nachbarstädten vorliegen. Selbst die SPD (Unterbezirk Unna) und die FDP/Kamen äußerten Bedenken. Doch es gilt, *„sich mit allen Konsequenzen mit der Bundeswehr zu identifizieren"* (CDU-Fraktions- und Parteichef Kollin - „WR-Unna", 19.8.80). Zumal es nach dem antimilitaristischen Erfolg in Kalkar dem Kriegsministerium und den verantwortlichen Politikern auch darum geht, das Gesicht und das Prestige der Staatsgewalt zu wahren. *„Sonst werde sich der Staat bald keinerlei repräsentative Veranstaltung mehr leisten können"* (v.Bülow/„WR-Unna", 19.8.). Ganz besonders muß diese im Ruhrgebiet geschehen, *„denn wir leiden noch heute darunter, daß man es in der Kaiserzeit nicht gewagt hat, im Revier Kasernen zu bauen"*, so v. Bülow am 18.8. in Kamen.

Will die SPD/FDP Koalition nun endlich das durchsetzen, was Kaiser und Faschismus nicht schafften, fragt sich hier mancher Antimilitarist/in?

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Kollin hat das gegenwärtige Verständnis der verantwortlichen Politiker am treffendsten ausgedrückt: *„JETZT ERST RECHT"!*

In Kamen hängt der Haussegen schief

Die heile Welt des SPD- und FDP-Himmels über Kamen und Unna ist dennoch getrübt. Jemand mußte für Ordnung sorgen. Die Kamener FDP sah sich außerstande, ihren sicherheitspolitischen Bundestagsfraktionssprecher, Möllemann, zu unterstützen. Dieser hatte in der Woche davor *„ganz spontan"* seine Teilnahme an dem öffentlichen Gelöbnis zugesagt.

Innerhalb des SPD-Unterbezirks Unna kam es zu Auseinandersetzungen. Die Kamener SPD, mit Bürgermeister Ketteler und Vorstandsmitglied Pöhler an der Spitze, tritt vehement für Säbelrasseln und militärisches Brimborium ein. Militarist Ketteler zum öffentlichen Gelöbnis: *„In dieser Frage fühle ich mich ausschließlich den örtlichen Gremien meiner Partei und der Kamener Bürgerschaft verantwortlich, von der ich überzeugt bin, daß sie mit überwältigender Mehrheit unsere Bemühungen bejaht ..."*. Er fände *„nichts schrecklicher, als wenn wir die Bundeswehr in den Kasernen isolieren würden"* („WR-Unna", 9.8.80).

„Schließlich handelt es sich bei den Wehrpflichtigen um unsere Söhne, die auf unsere Verfassung vereidigt werden, was man doch nur bejahen kann" („WR-Unna", 7.8.).

Eine andere Auffassung vertraten zwei Unnaer SPD-MdBs und der Unnaer Unterbezirksvorstand der SPD. Deren Bedenken richteten sich dabei nicht grundsätzlich gegen die Bundeswehr oder die „Verteidigungsbereitschaft". M. Schulte (ein SPD-MdB) betonte ausdrücklich, *„er stehe vorbehaltlos zur Landesverteidigung, zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht, außerdem lehne er es ab, die Bundeswehr zu verstecken, im Gegenteil, er sei für das Konzept, die Bürger in Uniform stärker in die Gesellschaft zu integrieren"* („Hellweger Anzeiger", 18.8.).

Vielmehr soll das öffentliche Gelöbnis aus „Sicherheitsgründen" ausfallen oder in die Kaserne verlegt werden. Der Unterbezirksvorstand der SPD war am Freitag dem 15.8. zu der Überzeugung gelangt, *„daß man das Risiko erneuter Ausschreitungen bei dieser Veranstaltung nicht eingehen könne – nach den Krawallen in Bremen und den Wuppertaler Verhaftungen im Vorfeld des Gelöbnisses von Remscheid"* („WR Kamen", 18.8.).

Ein Erfolg des breiten Protestes der Antimilitarist/inn/en ?

Oder Dilemma der SPD?
Auf jeden Fall war für M. Schulte klar, *„daß so etwas im Wahlkampf für uns nicht gut ist. Was auch gemacht wird, es wird der SPD angelastet werden"* („Hellweger Anzeiger", 18.8.). Wahrlich, wahrlich die SPD hat es nicht leicht.

Jusos, DGB und DKP verkriechen sich

Kurz nach Bekanntwerden der Kamener Planungen, bildete sich in Dortmund ein spontanes Aktionsbündnis (s. AK 182), das einen „Offenen Brief" (unterschrieben von Einzelpersonen aus Kamen/Dortmund/Münster) an den Rat der Stadt Kamen schickte, mit der Aufforderung, die Einladung an die Bundeswehr zurückzuziehen. Öffentliche militärische Auftritte seien in einer Zeit weltweit wachsender Kriegsgefahr eine Provokation für jeden friedliebenden Menschen.

Die Juso AG/Kamen-Mitte stellte in ihrem Ortsverein den Antrag, das öffentliche Gelöbnis am 11.9. abzublasen, da *„bei der aktuellen Weltlage ein Säbelrasseln konservativer Kräfte nicht sinnvoll"* („WR Unna", 13.8.) sein könnte. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Für den Ortsverband Kamen der Grünen war am 15.8. in der „WR Kamen" eine Erklärung abgedruckt, in der sich die Grünen entschieden gegen die geplante öffentliche Rekrutenvereidigung wenden. Neben der Einbindung der Bundeswehr in die weltweite Kriegsmaschinerie, wurde in der Erklärung auch auf den Einsatz der Bundeswehr im Innern hingewiesen.

Am 16.8. wandten sich die Jungdemokraten Kamen/Bergkamen, die „Grünen", Jusos, Falken, SdAJ, VVN, DFG/VK (alle Kamen/Hamm) in einem öffentlichen „Appell" an die Planer der Militärshow. Auch sie forderten, die Einladung an die Bundeswehr zu widerrufen.

Allerdings grenzten sie sich eindeutig von den Bremer Ereignissen ab und forderten „stattdessen" die Bevölkerung auf, die Vereidigung zu boykottieren.

Obwohl der DGB Kreis Unna ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß keine Abteilungen des DGB an Gegen- oder Boykottveranstaltungen teilnehmen werden („Die Bundeswehr ist ein Teil des demokratischen Staates. Seit 1964 sind Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit Mitglied der Gewerkschaft ÖTV"; „RN Kamen", 16.8.), haben sich die IGBE-Ortsgruppe Kamen und der Betriebsrat der Zeche Monopol gegen das öffentliche Gelöbnis ausgesprochen („RN Kamen", 16.8.).

Schon in Bremen hatten sich die Jusos laut Juso-Chef Ziegert überhaupt nur an den Protesten beteiligt, um die K-Gruppen und andere „Chaoten" zu isolieren. Nach Bremen ist der Rahmen noch enger gesteckt. Vertreter verschiedener Gewerkschaften, der Judos, Jusos, Falken und in ihrem Schlepptau auch der SdAJ, VVN und der DFG/VK (aus Kamen/Hamm) erklärten, daß sie auf keinen Fall mit Gruppen zusammenarbeiten werden, die das Ziel haben, direkt am Jahnstadion zu demonstrieren. Dies teilten sie den Vertretern des Dortmunder Bündnisses auf dem Treffen am 20.8. in Kamen mit. Da nutze es auch nichts, daß das Dortmunder Bündnis erklärte, es wolle nur „passiven Widerstand" leisten und nur mit friedlichen Mitteln demonstrieren. Um ihren SPD-Oberen einen klaren „Trennungsstrich" vorweisen zu können und um sicherzugehen, nicht in Berührung mit den Demonstrierern zu kommen, will dieser Kreis „alternativ" zum öffentlichen Gelöbnis in einer Nachbargemeinde zu einer Saalveranstaltung aufrufen (man munkelt, die Jusos wollen ihren Treueschwur zur SPD dort öffentlich geloben).

Die DKP scherte aus dem Dortmunder Bündnis aus, um dieses „attraktive" Bündnis nicht zu verpassen. Dies erfuhren die Dortmunder zuerst aus der Kamener Presse, wo das „Ausbrechen" der DKP aus dem Bündnis bekannt gegeben wurde, weil diese *„Links Front in Kamen eine militante Gegendemonstration"* veranstalten wolle („WR Kamen", 16.8.80). Dafür erklärten umgekehrt die Kamener Grünen, sie wollten lieber mit dem Dortmunder Bündnis zusammenarbeiten, das in Kamen demonstriert. Die DFG/Lünen, einige Falken-Ortsverbände schlossen sich neben einer Reihe von Einzelpersonen dem an.

Mittlerweile sind auch das Linken-Plenum aus Bochum und die Grünen aus Essen und Dortmund eingestiegen.

Da die Jusos und DKP'ler selbst wissen, daß ihr Vorhaben alles andere als attraktiv ist, und wenig geeignet ist, die Antimilitaristen aus Kamen wegzulocken, wird das Ganze mit Diffamierungen gegen das Dortmunder Bündnis und Bangemachen untermauert. Wer in Kamen demonstrieren wolle, sei ein Chaot, ein Militanter bzw. Provokateur.

Das Dortmunder Bündnis, das sich schwungvoll im Ruhrgebiet verbreitet, hält selbstverständlich an seiner Planung, in Kamen zu demonstrieren und durch passiven Widerstand die Militärshow zu behindern, fest. Der Stein, den die Militärs erhoben haben, wird ihnen auf die Füße fallen.

Faschisten als Retter der „Ehre des Vaterlandes" ?

Um bei soviel Protesten diese Militaristenschau zu verteidigen, trat nun die NPD in Kamen an; unter dem Motto *„Ja zur Bundeswehr"* wollen auf einer Kundgebung der NPD-Landesvorsitzende K.H. Linder und Oberstleutnant Georg Pemler vom Parteivorstand sprechen. Da zeigt sich wieder, wie *„Soldatenfreundlich"* die NPD ist, was der MAD bereits 1974 öffentlich feststellte (um zu begründen, daß er in diese Richtung kaum tätig zu werden braucht, nach „Stern", 21.2.74). Die NPD ist so *„Soldatenfreundlich"*, daß sie nach offiziellen Untersuchungen über 20 - 25% Anhänger unter dem Bundeswehroffizierkorps besaß („FR", 29.1.69), während auch in der SPD solche Kritiker wie Bastian keinen Platz mehr haben.

Nach früheren NPD-Angaben sind ja auch mehrere Tausend NPD-Mitglieder Offiziere. Doch diese allzu öffentliche Unterstützung, wie sie in Kamen geplant ist, ist dann doch weniger gern gesehen. Der Oberstadtdirektor und Polizeigewaltige von Unna erklärte, eine Entscheidung über ein Verbot wolle er je nach Lage, aber *„erst nahe am Ereignis fällen"* („Hellweger Anzeiger", 21.8.). Aber dann sollen gleich beide Demonstrationen *„am gleichen Tag wohl besser nicht genehmigt werden"*. Das wird ja immer toller: Jetzt soll es schon nicht mehr erlaubt sein, gegen Bundeswehraufmärsche in einer Stadt zu demonstrieren, und anschließend angemeldete Proteste der NPD sollen für solche Vorhaben auch noch den Vorwand liefern. Proteste gegen die Militarisierung mit Faschistenaufmärschen auf eine Stufe zu stellen, wo immerhin unter dem Faschismus der 2. Weltkrieg angefangen wurde, ist ja wirklich das Allerletzte.

Weg mit der Militärschau in Kamen; Verhindern wir, daß die Neonazis wieder offen für Militär und Krieg die Trommel rühren können.
Kommt nach Kamen am 11. September!
KB/Gruppe Dortmund

Remscheid/Wuppertal: Rekrutenvereidigung wird zur Notstandsübung

Zur 750-Jahr-Feier der Stadt sollte am 15.8. ein „feierliches Gelöbnis" von 100 Rekruten eines Flugabwehrbataillons im Stadion Lennep durchgezogen werden.

Die Proteste dagegen waren spärlich. Eine Aktionseinheit, ein gemeinsames Vorgehen der linken Kräfte gegen diese Militärschau gab es nicht. Die Grünen Remscheid und die DFG/VK Wuppertal forderten z.B. auf, ins Stadion zu gehen und den Rekruten den Rücken zuzukehren, um so den friedlichen Protest zum Ausdruck zu bringen.

Der KBW hatte zwei Demonstrationen angemeldet, durfte aber nur in der Wuppertaler Innenstadt demonstrieren. Eine Demonstration am Eingang des Stadions war wegen einer angeblichen *„unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung"* von der SPD-Polizei verboten worden. Diese „Gefährdung" wurde nur mit dem Hinweis auf die „Bremer Krawalle" begründet. Damit lassen sich künftig a l l e Aktionen gegen Militär-Schaus verbieten. Das Verbot wurde kurz darauf von einem Düsseldorfer Verwaltungsgericht bestätigt („FR", 16.8.).

Um überhaupt eine spektakuläre Aktion zustande zu bringen, hatten sich ein paar Leute vorgenommen, die Redaktion einer Lokalzeitung zu besetzen und dort eine Presseerklärung abzugeben. Ganz offensichtlich müssen die „Staatsschützer" von dieser Aktion Wind bekommen haben, denn im Morgengrauen des Tages der Rekrutenvereidigung kamen sie.

Um 5 Uhr stürmten je 20-30 Bullen des Landeskriminalamtes (LKA) Düsseldorf und der Bereitschaftspolizei mit MP's und Knarren im Anschlag zwei Wohnungen in Wuppertal. Alle zehn Anwesenden wurden festgenommen. Die Bullen hatten die Adressen von drei Leuten, die in diesen Wohnungen leben, gehabt. Sie hatten sie beim Kleben von Plakaten mit dem Text „Es gibt viele Arten Menschen einzusperren" erwischt. Und gegen diese drei hatten sie nun einen Durchsuchungsbeschluß auf § 129 a – ‚Bildung einer terroristischen Vereinigung'! Dafür genügt es offensichtlich schon, in einer Wohngemeinschaft zu leben und etwas gegen eine Militaristen-Schau unternehmen zu wollen! Der Zeitpunkt der Razzia war ganz eindeutig auf das Datum der Rekrutenvereidigung abgestimmt, denn der Durchsuchungsbefehl gegen die drei stammte vom 11.8., vier Tage vor der Militär-Schau.

Alle zehn wurden den ganzen Tag bis zum späten Abend (22 Uhr) in Haft genommen, um sie als potentielle (!!) Störer der Rekrutenvereidigung auszuschalten. Das Amtsgericht Wuppertal begründete diese V o r b e u g e haft so: *„Da die zu erwartenden (!) Straftaten – Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstand und Körperverletzung, sowie der Verstoß gegen das Versammlungsgesetz – von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit sind, ist die Fortdauer der Haft bis zum Ende (der Rekrutenvereidigung, Anm. AK) erforderlich. Angesichts der zu erwartenden (!) Ausschreitungen kommt eine mildere Maßnahme nicht in Betracht"* (aus einer Erklärung der Betroffenen). Während des Tages wurden alle erkennungsdienstlich behandelt und von LKA-Bullen verhört. Mehr als 12 Stunden wurden ihre Wohnungen gefilzt. Was dabei alles mitgenommen wurde ist unklar, ein Beschlagnahmeprotokoll fehlt. Gegen alle zehn wird jetzt nach § 129 a „ermittelt"! Diese Bullenaktion mit ihren lächerlichen Anlässen im Kleinen gegen die beiden Wohngemeinschaften wurde während der Rekrutenvereidigung zu einer wahren Notstandsübung.

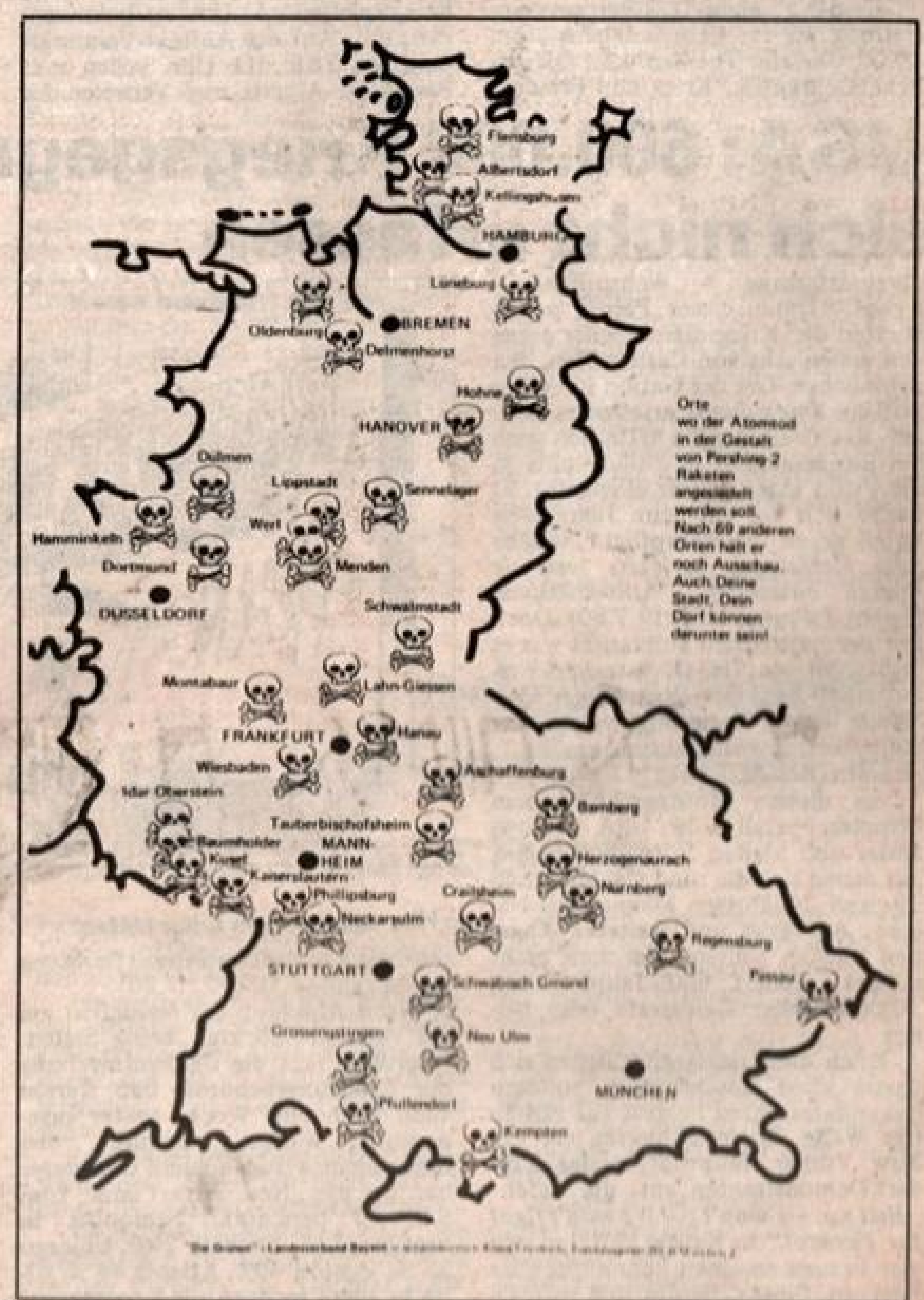
Ein halbes Kalkar-Aufgebot in einer Kleinstadt

Um Ruhe und Ordnung für die Militär-Schau zu schaffen, wurden in der sozialliberal regierten Stadt 5.000 Bullen eingesetzt! Die Bullen kontrollierten nicht nur den Ort, sondern auch die Zufahrtsstraßen. Auf in die Stadt führende Autobahnen und Zufahrtsstraßen waren wie schon bei der Bullen-Aktion gegen die Freiburger Hausbesetzer Straßensperren errichtet. Leute aus den beiden durchsuchten Wohnungen geben an, daß das riesige Bullen-Aufgebot noch unterstützt wurde *„durch Hubschrauber, mindestens 7 Wasserwerfern, Unmengen von Zivilen auf Dächern und anderswo und sogar 650 Fallschirmspringern in Bereitschaft"* (aus der oben zitierten Erklärung)!

Dieses Bullenaufgebot in der Kleinstadt Lennep ist ungefähr halb so groß wie der Polizei-Aufmarsch bei der großen bundesweiten (!) Kalkar-Aktion.

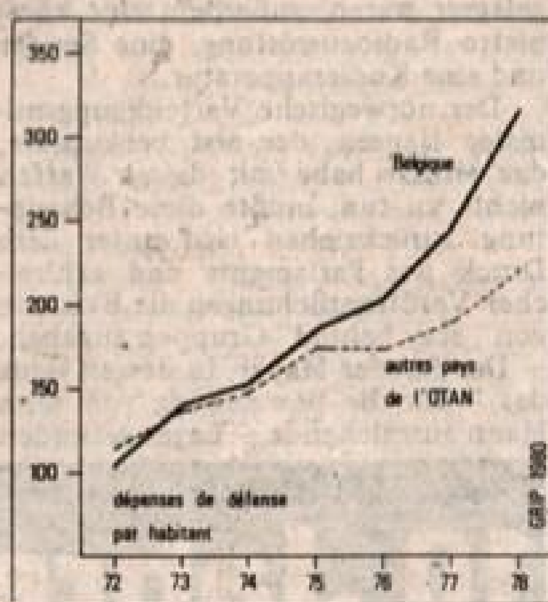
Trotz des Polizei-Terrors kamen noch ca. 200 Leute, um gegen die Militär- und Bullen-Schau zu demonstrieren. Bei insgesamt rund 6.000 eingesetzten Bullen und Teilen der Bundeswehr, heißt das: auf einen (!) Demonstranten kamen 30 (!) Bullen.

Daß diese großangelegte Polizeiaktion als eine N o t s t a n d s ü b u n g angelegt war, wird zusätzlich dadurch unterstrichen, daß die gesamte Stadt zum „militärischen Sicherheitsbereich" erklärt worden war. D.h. in Anwendung der Notstandsgesetze: Schießerlaubnis für Soldaten „zur Widerstandsbekämpfung im Innern."



Grassiert die »holländische Krankheit«?

108 Pershing II-Raketen sowie 464 Cruise Missiles vom Typ Tomahawk sollen ab 1983 aufgrund des „Nachrüstungs"-Beschlusses der NATO in Westeuropa stationiert werden. Während die BRD-Regierung die Stationierung der Pershing-Raketen und einer Anzahl Cruise Missiles auf westdeutschen Boden bereits beschlossen hat, gestaltet sich die politische Durchsetzung der „Nachrüstung" in anderen westeuropäischen Ländern schwieriger. Neben Norwegen und Dänemark, die prinzipiell die Stationierung von Atomwaffen auf ihren Territorien ablehnen, verweigerte auch das niederländische Parlament im Dezember letzten Jahres der „Nachrüstung" seine Zustimmung und verschob die endgültige Entscheidung auf Ende 1981. Dieser Beschluß war Gegenstand zahlreicher „besorgter" Kommentare, die damit den Anfang vom Ende des „atlantischen Bündnisses" gekommen sahen. „Die holländische Krankheit ist gefährlich", sorgte sich die „Welt" am 3.11.79, „weil sie ansteckend wirken könnte".
Nun ist auch Belgiens „Bündnistreue" ins Gerede gekommen.



aus „Pour", 31.7.80

„Verteidigungs"-Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung – Belgien und übrige NATO-Länder

Nachdem der sozialdemokratische Außenminister Simonet den USA bereits Belgiens Zustimmung zur Stationierung von 48 Cruise Missiles signalisiert hatte, verschob dann im Dezember vergangenen Jahres das damalige Kabinett Martens die Entscheidung darüber um 6 Monate. Im Mai dieses Jahres vertagte sich die inzwischen neugebildete Regierung – jetzt ohne den Stationierungsbefürworter Simonet – wiederum, diesmal auf unbestimmte Zeit.

Diese Entscheidungen gehen vor allem auf den Druck der flämischen Sozialdemokraten (SP) zurück, die inzwischen per Parteirats-Beschluß bekundet haben, ihre weitere Regierungsbeteiligung davon abhändig zu machen, daß keine endgültige Entscheidung über die Stationierung vor Ende 1981 getroffen wird. Sie hoffen, *„daß dann die Niederlande und Belgien gemeinsam eine definitive Absage formulieren werden"*, so beschreibt die niederländische radikaldemokratischen Wochenzeitung „Vrij Nederland" die Intention diesesBeschlusses („VN", 19.7.80). Alle anderen Parteien in der Koalitionsregierung haben sich entweder – bis auf einzelne Dissidenten – für die Stationierung ausgesprochen (Christdemokraten und Liberale) oder exponieren sich gegenwärtig nicht in dieser Frage (wie die wallonischen Sozialdemokraten). Allerdings ist die Position der flämischen SP deswegen relativ stark, weil ohne sie kaum eine regierungsfähige Mehrheit gefunden werden könnte. Die „progressiven" flämischen Sozialdemokraten werden also bald Gelegenheit haben, die Konsequenz ihrer Haltung unter Beweis zu stellen und zu dokumentieren, daß sie nicht etwa doppeltes Spiel betreiben – eine Vermutung, die vor allem durch den Umstand genährt wird, daß ja bereits im Dezember '79 die Stationierungsfrage durch eine konsequente Ablehnung seites der SP zu Fall gebracht worden wäre – statt daß, wie geschehen, nur eine Verschiebung erfolgte. Und: grundsätzlich in Frage gestellt wird die NATO von keiner SP-Größe. Aus-

(wie die wallonischen Sozialdemokraten). Allerdings ist die Position der flämischen SP deswegen relativ stark, weil ohne sie kaum eine regierungsfähige Mehrheit gefunden werden könnte. Die „progressiven" flämischen Sozialdemokraten werden also bald Gelegenheit haben, die Konsequenz ihrer Haltung unter Beweis zu stellen und zu dokumentieren, daß sie nicht etwa doppeltes Spiel betreiben – eine Vermutung, die vor allem durch den Umstand genährt wird, daß ja bereits im Dezember '79 die Stationierungsfrage durch eine konsequente Ablehnung seites der SP zu Fall gebracht worden wäre – statt daß, wie geschehen, nur eine Verschiebung erfolgte. Und: grundsätzlich in Frage gestellt wird die NATO von keiner SP-Größe. Aus-

schlaggebend für ihre jetzige kritische Haltung gegenüber der „Nachrüstung" dürften Überlegungen sein, die die Integration der in Belgien relativ stark angewachsenen Friedensbewegung zum Ziel haben. Zur Erinnerung: im vergangenen Dezember demonstrierten in Brüssel 50.000 Menschen gegen die NATO-Beschlüsse,darunter der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund ABVV, die Jugendorganisation der christdemokratischen CVP, Gruppen der katholischen Arbeiterbewegung und die besonders in Flandern sehr aktiven antimilitaristischen Basisinitiativen. Die seit etwa zwei Jahren laufende „Modernisierung" der flämischen SP, zu der eben auch ein kräftiger antimilitaristischer „Touch" gehört, ist ganz darauf abgestellt, die Sozialdemokratie für diese Bewegung wieder attraktiv zu machen.

SPD als Wachhund aktiv

Ein wesentlicher Faktor für die Gestaltung sozialdemokratischer Politik in Belgien fehlt allerdings noch: In einem aufsehenserregenden Interview mit „Vrij Nederland" enthüllte Ende Juli der Fraktionsvorsitzende der SP im belgischen Parlament, Louis Tobback, daß von der SPD Ende des letzten Jahres schwere Geschütze aufgefahren worden waren, um die Entscheidung der SP zugungsten der „Nachrüstung" zu beeinflussen. Sowohl Helmut Schmidt als auch sein „Krisenmanager" Wischnewski hatten damals persönlich interveniert und dabei mit dem Entzug der westdeutschen Stützung des belgischen Franc gedroht („VN", 19.7.80)!

Tobbacks Beteuerung, seitdem habe sich die SPD jeder weiteren Einflußnahme enthalten, klingt in diesem Zusammenhang nicht sehr glaubwürdig und ist wohl eher der Ablehnung geschuldet, die in Belgien dieser Art Einmischung seitens der „großen Nachbarn" entgegengebracht wird. Im Juni wurde dann NATO-Generalsekretär Luns in gleicher Mission unangemeldet beim belgischen Ministerpräsidenten Martens vorstellig. Trotz des verständlichen Wunsches der Regierung, diesen Besuch vertraulich zu behandeln, wurde die Presse vom NATO-Hauptquartier über den „Besuch" und seinen Zweck unterrichtet.

Neben der zögernden Haltung in Bezug auf die „Nachrüstung" haben zusätzlich einige Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit ihrer

flußnahme enthalten, klingt in diesem Zusammenhang nicht sehr glaubwürdig und ist wohl eher der Ablehnung geschuldet, die in Belgien dieser Art Einmischung seitens der „großen Nachbarn" entgegengebracht wird. Im Juni wurde dann NATO-Generalsekretär Luns in gleicher Mission unangemeldet beim belgischen Ministerpräsidenten Martens vorstellig. Trotz des verständlichen Wunsches der Regierung, diesen Besuch vertraulich zu behandeln, wurde die Presse vom NATO-Hauptquartier über den „Besuch" und seinen Zweck unterrichtet.

Neben der zögernden Haltung in Bezug auf die „Nachrüstung" haben zusätzlich einige Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit ihrer

rigorosen „Sparpolitik" den Argwohn der NARO-Scharfmacher und speziell der BRD-Imperialisten hervorgerufen. So wurde in diesem Jahr der „Verteidigungs"-Etat um 2,2% gekürzt, was durch Treibstoffeinsparungen ermöglicht werden soll. Seit aus diesem Grund Belgien die Teilnahme an den NATO-Herbstmanövern und anderen Übungen abgesagt hat, gilt es für den „Spiegel" beispielsweise als *„bedrohliche Schwachstelle der atlantischen Allianz"* („Spiegel", 7.7.80)! Über den *„nunmehr endgültig als politisch unkalkulierbar und militärisch unzuverlässig abgestempelten"* Aussteiger (ebenda) ergoß sich ein Schwall großmachtchauvinistischer Hetze, ähnlich wie über die Niederlande ein halbes Jahr zuvor (vgl. „Arbeiterkampf" 168, S. 2). Neben der allgemeinen Ordnungsfunktion, die sie so in Westeuropa wahrnimmt, ist die Erpressungspolitik der BRD gegenüber Belgien auf ein weiteres Moment zurückzuführen: auf ein spezielles Interesse an dem „kleinen Nachbarn", der nicht nur drittgrößter Handelspartner der BRD ist, sondern auch als Rohstofflieferant (Zink aus Zaire, raffiniertes Kupfer u.a.) mit an vorderster Stelle rangiert und an zweiter Stelle der Zielländer für BRD-Direktinvestitionen steht (nach „KVZ" vom 21.4.80). Daher das Interesse an „geordneten Verhältnissen"!

Belgischer Imperialismus „zerrüttelt"?

Nun geht es bei dem gegenwärtig auf Belgien ausgeübten Druck natürlich nicht darum, einen wohlmöglich „innerlich zerrütteten", in den „Neutralismus taumelnden", „führungslosen" Bündnisparter „zur Raison zu bringen". Sondern es geht um eine möglichst rasche und vollständige Anpassung an den Kriegskurs des US-Imperialismus . Formulierungen, die Belgien eine „fehlende Verteidigungsbereitschaft" andichten, dienen allein der propagandistischen Untermauerung dieser Absichten und entbehren jeder realen Grundlage. Einige Fakten belegen das:

Belgischer Imperialismus „zerrüttelt"?

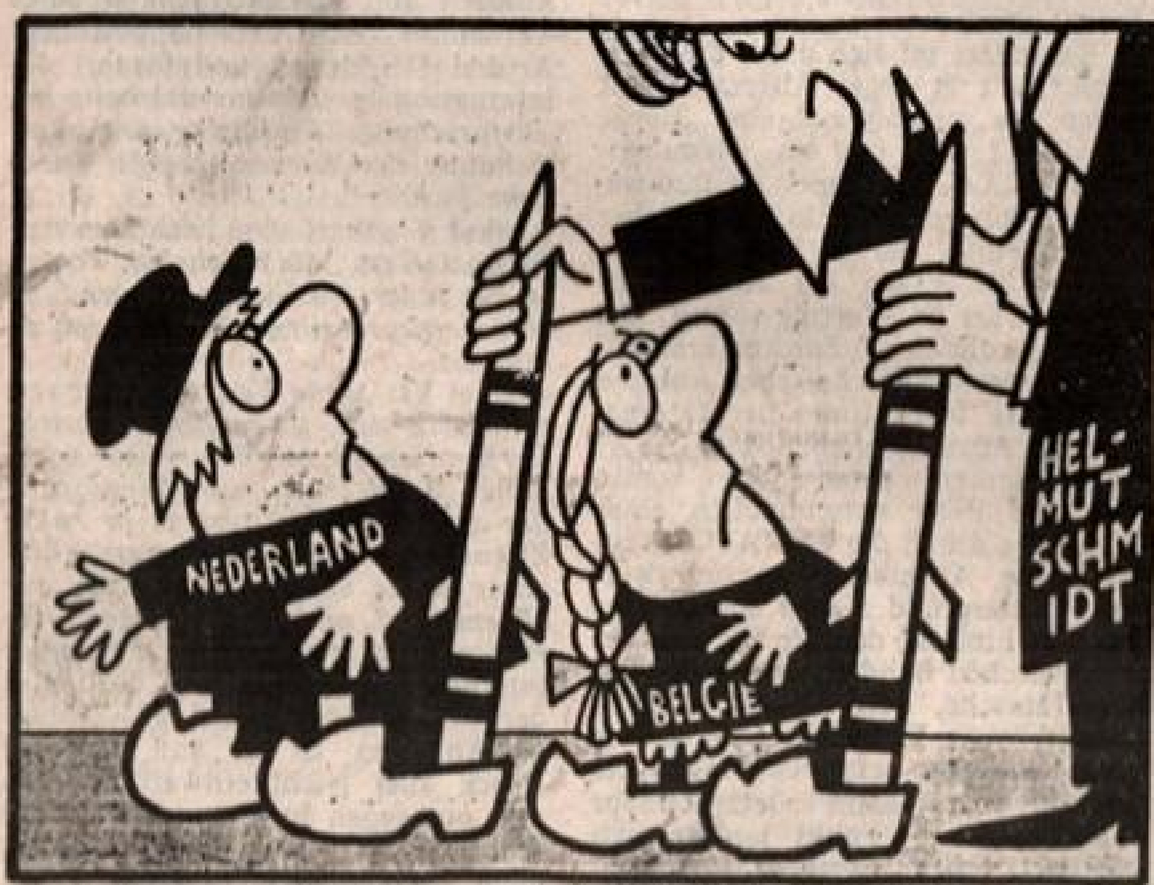
Nun geht es bei dem gegenwärtig auf Belgien ausgeübten Druck natürlich nicht darum, einen wohlmöglich „innerlich zerrütteten", in den „Neutralismus taumelnden", „führungslosen" Bündnisparter „zur Raison zu bringen". Sondern es geht um eine möglichst rasche und vollständige Anpassung an den Kriegskurs des US-Imperialismus . Formulierungen, die Belgien eine „fehlende Verteidigungsbereitschaft" andichten, dienen allein der propagandistischen Untermauerung dieser Absichten und entbehren jeder realen Grundlage. Einige Fakten belegen das:

- Belgien gehörte zu den Mitgründern der NATO und stellte mit dem Sozialdemokraten P.H. Spaak einen früheren Generalsekretär. Gegenwärtig befinden sich das NATO-Hauptquartier und weitere wichtige Einrichtungen auf belgischem Boden!
- Der „Verteidigungs"-Etat ist in den letzten Jahren ständig und stärker als in anderen NATO-Ländern gesteigert worden. In diesem Licht wird die gegenwärtige Kürzung um 2,2 % relativ bedeutungslos (siehe dazu Schaubild).
- Die Intervention gegen den Shaba-Aufstand gemeinsam mit der französichen Fremdenlegion belegt die Aggressivität des belgischen Imperialismus und die Einsatzbereitschaft seiner Armee.
- Die Rüstungsindustrie – keinerlei gesetzlichen Beschränkungen unterworfen – besitzt großes Gewicht innerhalb der belgischen Wirtschaft. Interessant ist dabei die enge Verflechtung mit westdeutschen Rüstungsfirmen: so konnten westdeutsche und belgische Militärs bereits 1976 die Montage des 2000-sten in Belgien montierten Leopard-Panzers feiern („FAZ", 5.11.76)!

So erfeulich das Auftreten der „holländischen Krankheit" jetzt auch in Belgien ist – es gibt nach wie vor für die antimilitaristischen Kräfte in diesem Land noch große Aufgaben zu bewältigen; wobei sie allerdings – im Unterschied zu der Friedensbewegung in unserem Land – auch Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien ausnützen können.

Belgien-Kommission

ONKEL HELMUT



aus „Virg Niederland", 18.7.80

„Huhu, liebe Kinder, ich habe Onkel Jimmy versprochen, daß ihr auch welche von seinen neuen Knallbonbons wollt".

»Nachrüstung« auf englisch ...



Die britische Regierung hat in der vergangenen Woche einen bedeutenden Beschluß gefällt: Die nuklearen Seestreitkräfte sollen erneuert werden durch den Bau von vier atomgetriebenen U-Booten (mit jeweils 16 modernsten amerikanischen „Trident"-Interkontinentalraketen, Reichweite: 7.200 km).

Jede dieser insgesamt 64 „Trident"-Raketen wird mit acht unabhängig voneinander lenkbaren Atomsprengköpfen (MIRV) mit einer jeweiligen 2,5-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe „bestückt", so daß insgesamt von allen vier U-Booten 512 verschiedene Ziele erreicht werden können. Die Kosten belaufen sich derzeit auf rund 21 Milliarden DM, dürften erfahrungsgemäß aber weitaus höher liegen. Außerdem erwägt die britische Regjerung den Bau eines fünften U-Bootes („Frankfurter Rundschau" → „FR", 17.7.80).

Atomsprengköpfe und U-Boote baut die britische Rüstungsindustrie allein, die USA verpflichten sich, die „Trident"-Raketen, die *„derzeit modernsten und treffsichersten U-Boot-Raketen der Welt"* („Spiegel", 21.7. 1980) zu liefern.

Außerdem installieren die USA in Zusammenarbeit mit dem britischen Imperialismus das Luftabwehrsystem „Rapier", um einen besseren Schutz der auf England stationierten amerikanischen strategischen Bomberflotte („Forward Based System") zu gewährleisten („taz", 18.7.80). Schon zuvor erklärte die Regierung Thatcher, daß sie 165 cruise-missile-Raketen in den dichtbesiedelten Gebieten Südenglands (Berkshire und Cambridgeshire) stationieren möchte. Damit ist Großbritannien das erste Nato-Land, das dem „Nachrüstungsbeschluß" der Nato vom vergangenen Jahr nachkommt („Zeit", 18.7.80).

Mit diesen jüngsten Beschlüssen der britischen Regierung könnte England *„möglicherweise zur drittstärksten Atommacht aufsteigen"*, kommentiert der „Spiegel".

So außergewöhnlich ist dieser Beschluß des britischen Imperialismus jedoch nicht: Im Abkommen von Nassau aus dem Jahre 1962 erhielt Großbritannien 64 „Polaris"-Raketen auf derzeit vier U-Booten mit jeweils drei Kernsprengsätzen. Die Reichweite beträgt „nur" 4.630 km und auch die Treffsicherheit war erheblich geringer als bei der „Trident", was deren Schlagkraft erheblich erhöht. Heimlich in Forschungsetats versteckt war mit 4 Mrd. DM das System schon zwischenzeitlich mit besseren Lenksystemen ausgestattet worden („Zeit", 18.7.80). Das bereits erwähnte Abkommen von Nassau lief Ende 1979 aus. Schon Anfang der siebziger Jahre war erwogen worden, die „Polaris" durch „Poseidon"-Raketen zu ersetzen („Wehr und Wirtschaft" 1/75, S. 18), jetzt allerdings war eine Entscheidung notwendig. Den Beschluß wiederum diktierten die USA. Sie erklärten kurzerhand, daß ab 1985 keine „Polaris"-Raketen mehr geliefert würden, die neuen Raketen werden wiederum dem Kommando der Nato und damit auch der US-Verfügung unterliegen („Spiegel", ebenda).

Neben dem seegestützten Atompotential verfügt der britische Imperialismus auch noch über mehrere Staffeln von Kampfflugzeugen, die atomar bestückt werden können; dazu gehören 84 Bomber des Typs „Vulcan B 2", 56 Bomber vom Typ „Buccaneer S 2", „Harrier"-Kampfbomber sowie rund 100 „Tornado"-Atombomber.

Die britischen Luftstreitkräfte in Westdeutschland („Rheinarmee") sind mit amerikanischen „Phantom"-Bombern ausgestattet.

Eines ist jedenfalls sicher: Allein das britische und französische Atomwaffenpotential würden ausreichen, einen vernichtenden Atomkrieg o h n e Einbeziehung der USA gegen die Sowjetunion zu führen. Denn bereits eine einzige „Trident"-Rakete könnte ca. 50 Prozent des gesamten sowjetischen Industriepotentials und rund 100 Millionen Menschen vernichten.

Antimilitarismus-Kommission

So außergewöhnlich ist dieser Beschluß des britischen Imperialismus jedoch nicht: Im Abkommen von Nassau aus dem Jahre 1962 erhielt Großbritannien 64 „Polaris"-Raketen auf derzeit vier U-Booten mit jeweils drei Kernsprengsätzen. Die Reichweite beträgt „nur" 4.630 km und auch die Treffsicherheit war erheblich geringer als bei der „Trident", was deren Schlagkraft erheblich erhöht. Heimlich in Forschungsetats versteckt war mit 4 Mrd. DM das System schon zwischenzeitlich mit besseren Lenksystemen ausgestattet worden („Zeit", 18.7.80). Das bereits erwähnte Abkommen von Nassau lief Ende 1979 aus. Schon Anfang der siebziger Jahre war erwogen worden, die „Polaris" durch „Poseidon"-Raketen zu ersetzen („Wehr und Wirtschaft" 1/75,

B 2", 56 Bomber vom Typ „Buccaneer S 2", „Harrier"-Kampfbomber sowie rund 100 „Tornado"-Atombomber.

Die britischen Luftstreitkräfte in Westdeutschland („Rheinarmee") sind mit amerikanischen „Phantom"-Bombern ausgestattet.

Eines ist jedenfalls sicher: Allein das britische und französische Atomwaffenpotential würden ausreichen, einen vernichtenden Atomkrieg o h n e Einbeziehung der USA gegen die Sowjetunion zu führen. Denn bereits eine einzige „Trident"-Rakete könnte ca. 50 Prozent des gesamten sowjetischen Industriepotentials und rund 100 Millionen Menschen vernichten.

Antimilitarismus-Kommission

Geheimes Waffenarsenal entdeckt

Unverhofft kommt oft – manchmal sogar ein geheimes Waffendepot zutage, und da ein geheimes Waffendepot selten alleine kommt ... aber der Reihe nach:

Einige Leute, die – was eine Art Hobby in dieser Gegend ist – mit Metalldetektoren nach Waffenresten aus dem Zweiten Weltkrieg suchten, stießen Anfang April in Heythuysen (in der südniederländischen Provinz Limburg) auf ein umfangreiches Waffendepot. Die Polizei, der sie ihren Fund meldeten, nahm an, daß es sich um Waffen aus dem letzten Krieg handelte. Bei näherer Untersuchung der rund 20 Aluminiumkisten stellte sich jedoch heraus, daß der Inhalt insgesamt brandneu war: Über hundert Pistolen belgischen Fabrikats, Maschinenpistolen, Sprengstoffe, Ersatzteile, Pflegezubehör und passende Munition kamen zutage.

Sämtliche zuständigen Behörden verfielen fortan in tiefstes Schweigen. Zwölf Tage nach dem Fund, am 16. April, erklärte das Verteidigungsministerium, noch keine Auskunft über Herkunft und Zweck des Waffenlagers geben zu können, und drei Tage später hieß es von der gleichen Stelle, weitere (?!) Informationen würden nicht mehr erteilt.

So schweigsam Behörden und Polizei waren, so beredt wurde das „Limburgs Dagblad", das sich zu einer Art regionaler „Washington Post" entwickelte.

„Insider sind der Meinung", schrieb diese Zeitung am 10.4., *„daß der Zweck der Waffen gewesen ist, um, wenn nötig, Aktionen gegen vor einer Frontlinie gelandeten Fallschirmtruppe führen zu können, wenn die normalen Waffenvorräte nicht mehr erreichbar sind; um nach einer schnellen Besetzung durch einen eventuellen Angreifer Guerilla- oder Partisaneneinheiten bewaffnen zu können oder um Aufstände unterdrücken zu können, wenn das Heer hierfür nicht mehr erreichbar ist."*

Und am 17.4.: *„Insider fürchten, daß über den Waffenfund keine Informationen erteilt werden, weil dies mit der Tätigkeit in- und ausländischer ziviler und militärischer Sicherheitsdienste im engen Zusammenhang steht."* Nach Darstellung besagter Insider werden in den Niederlanden *„noch eine Reihe weiterer geheimer Waffendepots unterhalten."*

Die Personen, die davon Kenntnis haben, seien an den Fingern einer Hand abzuzählen.

„Staatsinteresse"

Fred van der Spek, Mitglied der Zweiten Kammer (des „Bundestages") für die Pacifisties-Socialistiese Partij, der Mitte Mai eine schriftliche Anfrage nach der Herkunft und dem Zweck des Waffendepots an den Verteidigungsminister Scholten (CDA - Christdemokraten) richtete, wurde unter Verweis auf die *„Staatsinteressen"* jede Auskunft verweigert. Selbst Van der Speks Frage, wem das (jedermensch) zugängliche Grund-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsezung v. S.27

stück gehört, auf dem die Waffen entdeckt worden waren, wurde zum Staatsgeheimnis erklärt. Aufgefordert, dann doch zumindest eine Begründung für die Informationsverweigerung zu liefern, erklärte Scholten auch dies – nicht gerade einfallsreich – als dem *„Staatsinteresse"* entgegenstehend.

Scholten wollte nicht einmal die Kammerkommission für Nachrichten- und Sicherheitsdienste vertraulich informieren.

Die Sache stank also ganz gewaltig, und Van der Spek wollte sich so billig nicht abspeisen lassen.

Am 11.6. wurde Verteidigungsminister Scholten in der Zweiten Kammer in Form einer Interpellation von Van der Spek mündlich befragt. Scholten zog sich, wie schon einen Monat zuvor, auf den Standpunkt zurück: *„Das Interesse des Staates erlaubt die Beantwortung nicht"* (Protokoll der 89. Versammlung der Zweiten Kammer).

„Was der Minister Staatsinteresse nennt", brachte Van der Spek auf den Punkt, *„scheint mir nur das Interesse einiger, sich jeder Kontrolle entziehender Geheimdienste zu sein"* (ebd.).

Der Fraktionsführer der sozialdemokratischen Partei PvdA und frühere Ministerpräsident Den Uyl äußerte intern, Scholten habe mit der Informationsverweigerung richtig gehandelt. Hieraus wird geschlossen, schreibt die „Volkskrant" (12.6.), daß die Waffenlager auch schon unter dem Kabinett Den Uyl bestanden.

Der letzte auf parlamentarischem Wege mögliche Versuch, Verteidigungsminister Scholten zu Auskünften über das Waffendepot zu veranlassen, scheiterte. Van der Speks entsprechender Antrag am 17.6. wurde nur von den Radikaldemokraten (PPR) und der revisionistischen KP (CPN) unterstützt, auch die sozialdemokratische Partei stimmte gegen seinen Antrag.

Allerdings sagte Scholten in der Kammer-Sitzung am 17.6. zu, jetzt doch die Kommission für Nachrichten- und Sicherheitsdienste vertraulich zu informieren. Zuvor war schon über die „Volkskrant" (16.6.) bekannt geworden, daß der Vorsitzende dieser Kommission, Den Uyl, und sein Parteibruder, der ehemalige Verteidigungsminister Stemerdink, über die Waffenlager informiert sind, sich aber weigern, darüber öffentlich Auskunft zu erteilen. – Scholtens Vortrag in der Kommission war eh für die Katz: Diese Kommission besteht aus den Fraktionsvorsitzenden der „vier großen Parteien" (Sozialdemokraten, Christdemokraten, Rechtsliberale, Liberale), die, wie Van der Spek es formulierte, *„so ausgesprochene Stützen des Staates"* sind, daß ihre Informierung mit einer *„Herstellung von Öffentlichkeit"* absolut nichts zu tun hat. – Die Kammer-Kommission bestätigte Scholten dann auch erwartungsgemäß, nachdem sie „eingeweiht" worden war, daß er zu Recht mit Berufung auf das „Staatsinteresse" geschwiegen habe.



Fred van der Spek, Abgeordneter der Pazifistisch-Sozialistischen Partei im niederländischen Parlament, der sich um Aufklärung von Herkunft und Zweck des entdeckten geheimen Waffenlagers bemüht

Van der Spek, der einen Zusammenhang zwischen dem geheimen Waffendepot und den Plänen der NATO, guerilla-artige Trupps zu bilden, vermutet, hat angekündigt, sein Bemühen um Aufklärung fortzusetzen. U.a. hat Van der Spek beim Kongreß der Vereinigten Staaten angefragt, ob dort etwas über Herkunft und Zweck der Waffen und Sprengstoffe bekannt ist. Der Hinweis auf eine eventuelle Verwicklung des CIA in die Affäre ist deutlich.

Militär-Zentrum Limburg

Der Lageplatz des Waffendepots – *„ausreichend, um 100 bis 150 Mann zu bewaffnen, genug, um umfangreiche Gebäude, Brücken und Militärfahrzeuge zu vernichten"* („De Nieuwe Linie", 18.6., und andere Zeitungen berichteten ähnlich) –, der Lageplatz dieses Waffendepots also ist durchaus nicht willkürlich gewählt.

Die südniederländische Provinz Limburg ist für die NATO von grosser militär-strategischer Bedeutung. Dort liegt das NATO-Hauptquartier Afcent. Die Provinz ist von einer Reihe Militärflughäfen auf niederländischem, belgischem und westdeutschem Gebiet umgeben. Auf der (auf westdeutschem Boden gelegenen) R.A.F.-Basis Brüggen befinden sich Atomraketen, die binnen zehn Minuten abschußbereit sind, im belgischen Klein Brogel sollen 48 Raketen mit Atomsprengköpfen installiert werden.

Der Fundplatz, Heythuysen, liegt inmitten dieses mit militärischen Einrichtungen vollgepflasterten Gebietes.

Es ist nicht ausgeschlossen, meint die „Nieuwe Linie", daß im Kriegsfalle Brüggen und Klein Brogel von einem Feind „ausgeschaltet" werden. Um die dann aufrückenden feindlichen Truppen hinzuhalten, müssen Brücken, strategisch wichtige Gebäude, Flugplätze und Straßen gesprengt werden. Dies ist einer kleinen Kommando-Einheit, wenn sie über Waffen und Sprengstoffe verfügt, wie sie in dem geheimen Depot gefunden wurden, durchaus möglich. Für die Menschen im mittleren Limburg ist das jedoch dann schon reichlich gleichgültig: Bei einem Angriff auf Brüggen und Klein Brogel haben sie keine Überlebenschancen. Wenn der Kommandotrupp nachrückende feindliche Truppen aufhält, ist Limburg längst eine Wüste.

Geheime Waffenlager auch in Norwegen

In Norwegen sind schon 1973 und 1978 geheime Waffenlager entdeckt worden, die *„viel Ähnlichkeit"* („Volkskrant", 1.7.) mit dem Waffendepot in Heythuysen aufweisen.

1973 war ein kleines Mädchen beim Spielen auf ein Waffenlager in der Nähe von Urdalen (bei Stavanger an der Südwestküste) gestoßen. In der Regierungshauptstadt Oslo, berichtet der Korrespondent der „Volkskrant", *„brach daraufhin eine ungekannte Panik aus. In aller Eile wurden Agenten des norwegischen Sicherheitsdienstes nach Urdalen gesandt. Die Umgebung wurde abgesperrt, Neugierige in weitem Abstand gehalten, Fotografen mit Gewalt entfernt."* Den Zeitungsredaktionen in der Umgebung Stavangers wurde von Agenten des Geheimdienstes geraten, nicht über die Entdekkung des Waffenlagers zu berichten. Die meisten Redaktionen hielten sich daran, und so wurde es recht schnell wieder still um den geheimnisvollen Fund von Maschinengewehren, Pistolen, Sprengstoffen und Notrationen.

Die Affäre kam erst wieder ins Gespräch, als der ehemalige CIA-Agent Colby 1978 seine Erinnerungen veröffentlichte.

Colby war in den fünfziger Jahren in der amerikanischen Botschaft in Stockholm stationiert gewesen. Dort, enthüllte er, hatte er sich in Zusammenarbeit mit dem CIA, dem britischen und dem norwegischen Geheimdienst mit der Bildung von „stay behind"-Gruppen befaßt; Gruppen, die als geheimer Nachrichtendienst für den CIA und im Kriegsfalle als Sabotagetrupp im besetzten Land fungieren.

Wenige Monate nach Colbys Enthüllungen wurde – peinlicherweise von übereifrigen Polizisten – ein zweites geheimes Waffenlager entdeckt. Zwecks Aufklärung eines Alkoholschmuggels war auch das Sommerhaus des Reeders Hans Otto Meyer auf einer Insel in der Nähe von Stavanger durchsucht worden. Hier fanden die Polizisten hinter einer Geheimtür eine Kammer, in der Maschinenpistolen, automatische Gewehre, eine Bazooka, diverse andere Waffen und haufenweise Munition gelagert waren, außerdem eine komplette Radioausrüstung, eine Sender und eine Kodierapparatur.

Der norwegische Verteidigungsminister Hansen, der erst behauptete, das Militär habe mit diesen Waffen nichts zu tun, mußte diese Behauptung zurückziehen und unter dem Druck des Parlaments und zahlreicher Veröffentlichungen die Existenz von „stay behind"-Gruppen zugeben. – Der Reeder Mayer, in dessen Haus das – für die Bewaffnung von zehn Mann ausreichende – Lager gefunden worden war, wurde nicht nur nicht wegen illegalen Waffenbesitzes angeklagt, sondern erhielt sogar das ganze Arsenal zurück.

Trotz Hansens Eingeständnis sind bisher wichtige Fragen unbeantwortet geblieben. Unbekannt ist nach wie vor, wieviele dieser Waffenlager für „stay behind"-Gruppen in Norwegen angelegt sind. Unbekannt ist ebenfalls die Zusammensetzung der Gruppen selbst. Es besteht nur die Vermutung, daß die Gruppen bei ihrer Bildung in den fünfziger Jahren u.a. aus „streng selektierten ehemaligen Widerstandskämpfern" bestanden haben, die jedoch mittlerweile allesamt jüngere Nachfolger gefunden haben müssen.

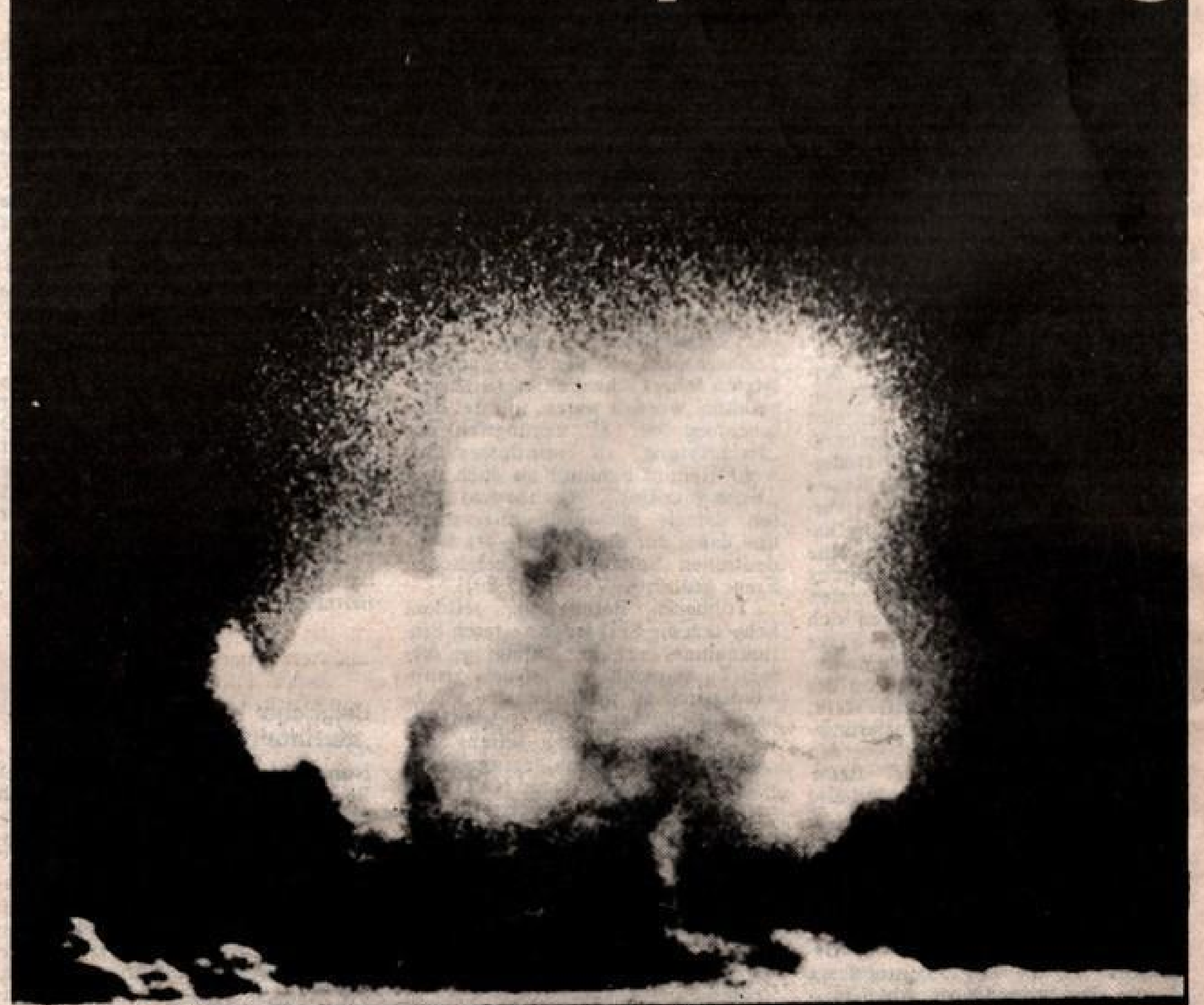
Van der Spek, dem die Entdeckungen in Norwegen nicht bekannt gewesen waren sieht sich in seinen Annahmen über die Funktion des Waffenlagers in Limburg bestätigt, daß es sich *„einerseits um ein Lager nicht so sehr für militärische Ziele, sondern für einen geheimen Nachrichtendienst"* handelt, das andererseits *„Widerstandsgruppen in einem Guerillakrieg"* dienen soll.

(Nach „de Volkskrant", 12., 16., 18., 27.6., 1.7.; „Bevrijding", Ztg. d. PSP, 14.6.; „De Nieuwe Linie", 18.6.; Handelingen van de Tweede Kamer 1979-80, 89ste Vergadering, 11.6.80)

Niederlande-Kommission

P.S.: Die Niederlande-Kommission des KB schlägt vor: Fred van der Spek wird niederländischer Verteidigungsminister – dann hat's zumindest dort mit den geheimen Waffenlagern ein Ende und mit dem Militär überhaupt ... !

10 Jahre Atomwaffensperrvertrag



— zur 2. Überprüfungskonferenz in Genf

Die Geschichte des Nichtverbreitungs-Vertrags

Die Idee des NV-Vertrags geht bereits zurück auf die sogenannte Irische Resolution der Vereinigten Nationen vom Dezember 1961. Seitdem hatte es eine Reihe ergebnisloser Debatten zwischen der Sowjetunion und den USA gegeben. Wesentlicher Streitpunkt war die Stoßrichtung des Vertrags: Während es den USA in erster Linie darum ging, den Kreis der Großmächte, die über Atomwaffen und ihren Einsatz verfügen, möglichst klein zu halten, d.h. um die Absicherung ihrer Monopolstellung, griff die SU immer wieder das Atomstreben der BRD an und betonte die Gefahr, die von einer atomar aufgerüsteten BRD ausgehen würde. Erst ab 1966 war eine Annäherung von SU und USA zu verzeichnen. Auch die SU stellte nun die weltpolitischen Aspekte der Nichtverbreitung von Atomwaffen in den Vordergrund (nach Europa-Archiv, EA 1968, S. 295).

Kern des geplanten Vertrages war der Gedanke, daß über 95 % aller Staaten der Erde auf etwas verzichten sollten, was einige wenige Nationen – USA, SU, Großbritannien, Frankreich, China – für sich in Anspruch nahmen: Verwendung und Kontrolle von Atomwaffen.

Das führte zu erheblichen Widersprüchen seitens der Nichtkernwaffenstaaten, die befürchteten, sich mit der Unterzeichnung des Vertrages erhebliche Nachteile einzuhandeln. Dabei wären im wesentlichen zwei Interessengruppen zu unterscheiden:

– Einerseits die sogenannten „Schwellenmächte", d.h. diejenigen Staaten, die aufgrund ihrer technologischen und ökonomischen Möglichkeiten ein eigenes Atomprogramm entwickelten oder entwickeln wollten. Diese Staaten verlangten den ungehinderten Umgang mit Kernbrennstoffen sowie die Möglichkeit zum Im- und Export sämtlicher Atomanlagen.

– Andererseits solche Länder, für die die „Sicherheitsfrage" im Vordergrund stand: Sie verlangten deshalb zum einen Nichtangriffs- und zum anderen Beistandsgarantien der Atomwaffenmächte, d.h. sie wollten verhindern, daß sie selbst einmal Opfer ihrer Nichtverbreitungsbereitschaft werden könnten.

Die Grenze zwischen diesen beiden Interessengruppen war nie exakt zu ziehen, und es ergab sich eine ganze Liste von Argumenten gegen und Forderungen an den NV-Vertrag, die von den verschiedenen Staaten mit wechselnden Schwerpunkten eingebracht wurden.

Besonders tat sich dabei die BRD hervor, oft in enger Absprache mit Japan. Sie verfaßte z.B. eine „Denkschrift" (7.4.67) und ein „Memorandum" (6.3.68), in denen sie ihre Bedenken formulierte. Ein wesentlicher Angriffspunkt der BRD war immer wieder die Frage der Kontrollen: während der NV-Vertrag vorsah, daß die Kontrolle des Brennstoffkreislaufes und der kerntechnischen Anlagen durch die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vorgenommen werden sollten, wollte sich die BRD ausschließlich einer Kontrolle durch die EURATOM (europäische Atombehörde) unterwerfen. Hintergrund waren sowohl der größere Einfluß, den die BRD in der europäischen Behörde besaß, als auch die Tatsache, daß die Kontrollvorschriften von EURATOM ein ganzes Stück lockerer gefaßt waren als bei der IAEA. In diesem – letztlich sehr wesentlichen – Punkt konnte sich die BRD voll durchsetzen und machte damit ein erklärtes Ziel der SU, nämlich gerade die BRD-Atomgeschäfte durch die IAEA kontrollieren zu lassen, zunichte.

Der Nichtverbreitungs-Vertrag

Über drei Jahre zogen sich die Verhandlungen, Absprachen und Konferenzen hin, bis schließlich 1970 der Vertrag zur Unterzeichnung bereitlag. Hier ein kurzer Überblick über seine elf Artikel:

Artikel I und II: Alle Kernwaffenstaaten verpflichten sich, keine Kernsprengkörper weiterzugeben oder andere in die Lage zu versetzen, selber welche herzustellen. Jeder Nichtkernwaffenstaat verpflichtet sich; keine Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber anzunehmen.

Artikel III regelt die Frage der Kontrollen. Wichtig daran ist, daß die Staaten nicht unbedingt d i r e k t mit der IAEA verhandeln müssen, sondern auf die Möglichkeit eines Verbandes (EURATOM!) bestehen.

Artikel IV fordert und fördert die internationale Zusammenarbeit bei *„Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke"*.

Artikel V sichert allen Nichtkernwaffenstaaten zu, *„die möglichen Vorteile aus jeder friedlichen Anwendung von Kernsprengungen"* ausnutzen zu können.

Artikel VI: *„Jede Vertragspartei verpflichtete sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung und strenger und wirksamer internationaler Kontrolle"*. So lautet der vollständige Artikel VI. Zustandegekommen ist er auf massiven Druck aller Nichtkernwaffenstaaten und nur gegen äußersten Widerstand von USA, SU und Großbritannien, denn letztendlich stellt er die ganze Intention der Großmächte – die nukleare Überlegenheit aufrechtzuerhalten – in Frage. Deshalb haben sie

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 28

auch jede Konkretisierung – etwa terminlicher Art – strikt abgelehnt.

Die **Artikel VII–XI** regeln wesentlich formale Fragen und beinhalten einen Passus, der nach fünf Jahren eine Überprüfungskonferenz und als Möglichkeit weitere Konferenzen im Abstand von fünf Jahren vorsieht. Eine Kündigung ist innerhalb von drei Monaten möglich, es brauchen nur *„ungewöhnliche Ereignisse"* aufzutreten, die die nationale Sicherheit gefährden...

1975: Erste Überprüfungskonferenz in Genf

Bis zu seinem Inkrafttreten am 5. März 1970 hatten 98 Staaten den NV-Vertrag unterzeichnet, allerdings nur 51 davon ratifiziert. Weitere 25 Unterzeichner hinterlegten ihre Ratifikationsurkunden bis zum Dezember 1974. Von den fünf Atomwaffenmächten hatten nur USA, SU und Großbritannien unterzeichnet, Frankreich und China lehnten den Vertrag grundsätzlich ab, machten aber mehr oder weniger offen klar, daß sie sich an ihn halten werden.

Interessant ist besonders, w e l c h e Staaten bis Dezember 1974 noch nicht ratifiziert hatten: so u.a. sämtliche EURATOM-Staaten und Japan. Erst nachdem klar war, daß bei der Überprüfungskonferenz nur Vertragsstaaten stimmberechtigt sein würden, ratifizierten auch die fünf EURATOM-Staaten BRD, Belgien, Luxemburg, Niederlande und Italien: Am 2. Mai 1975, also drei Tage vor Beginn der Konferenz.

Es nahmen schließlich 58 Vertragsstaaten teil, das Fehlen von fast 40 weiteren Vertragsstaaten ging ausschließlich zu Lasten der Staaten der 3. Welt (EA, 1975, S. 607).

Schon bei Beginn der Überprüfungskonferenz stand eigentlich fest, daß der NV-Vertrag in seinen wesentlichen Zielen längst gescheitert war: Fast genau ein Jahr zuvor hatte Indien seine „friedliche" Atombombe unterirdisch gezündet. Geradezu triumphierend hatte die indische Regierung die ganze Welt aufgefordert, Konsequenzen aus diesem Ereignis zu ziehen. *„Nach offizieller indischer Äußerung sollte die Explosion der Weltöffentlichkeit vor allem die Notwendigkeit bewußt machen, daß der diskriminierende NV-Vertrag beseitigt und durch etwas ‚Sinnvolleres und Substantielleres' ersetzt werden müsse"* (EA 1974, S. 623).

Indien wies darauf hin, daß es ausschließlich über den Weg der „friedlichen Anwendung der Kernenergie" und aus eigenen Mitteln zu dem Atomsprengkörper gelangt sei.

Damit war die grundsätzliche Widersprüchlichkeit des NV-Vertrages ins Schlaglicht gerückt: Jede internationale Verbreitung der Atomtechnologie – die ja vom Sperrvertrag ausdrücklich gefordert wurde – leistete der Verbreitung von Atomwaffen Vorschub. Der NV-Vertrag präsentierte sozusagen selbst die Mittel, mit deren Hilfe er unterlaufen werden konnte.

Und auch in einem zweiten wesentlichen Punkt hatte er vollständig versagt: Der Artikel VI (Abrüstung der Atomwaffenstaaten) war ein Fetzen Papier geblieben. Das zeigte in aller Deutlichkeit der Streit um die Schlußerklärung der Konferenz:

Die unabhängigen Staaten, vor allem der 3. Welt („Gruppe 77"), forderten eine deutliche Präzisierung des Artikels VI, so z.B. die Verpflichtung der Kernwaffenstaaten, gegenüber Nichtkernwaffenstaaten auf jeden Einsatz von Atomwaffen und die Drohung damit zu verzichten. Die drei Kernwaffenmächte lehnten das rundweg ab, und so drohte die Konferenz zu platzen. USA, Großbritannien und SU waren nicht einmal bereit, eine Resolution über eine Art Moratorium für Atomwaffentests zu akzeptieren. Sie wollten der Verabschiedung nur unter der Bedingung zustimmen, daß diese Resolution *„als Auffassung der Mehrheit der Teilnehmer,nicht aber der Konferenz selbst gekennzeichnet waren"* (EA 1975, S. 612).

Letztendlich setzten sich dann doch die Atom-Großmächte durch. Es wurde eine Schlußerklärung verabschiedet, aus der alle strittigen Punkte (Rüstung) eliminiert worden waren, ausschließlich technische Fragen der Sicherheitsmaßnahmen wurden behandelt.

Neben diesem rücksichtslosen Durchsetzen ihrer Interessen gegenüber den Staaten der 3. Welt kennzeichnet nichts so deutlich die offen provokative Haltung der Großmächte USA und SU wie die Tatsache, daß die SU am Vorabend der Genfer Konferenz einen nuklearen Sprengsatz zündete und die USA während der Konferenz zwei atomare Tests durchführte.

Am Schluß der 1. Überprüfungskonferenz lag also das Ergebnis auf der Hand: Der „Atomwaffensperrvertrag" war vollkommen gescheitert. Er hatte weder die „horizontale Proliferation" (internationale Verbreitung) noch die „vertikale Proliferation" (Verbreitung in den Kernwaffenstaaten selbst) verhindern oder auch nur meßbar eindämmen können.

Fünf Jahre später: 25 Schwellenmächte und atomare Aufrüstung wie noch nie

Vom 11. August bis zum 5. September findet in Genf die 2. Überprüfungskonferenz statt. Von inzwischen 114 Unterzeichnern nehmen rund 80 teil. Nach zehn Jahren Atomwaffensperrvertrag stehen sie vor folgender Situation:

·Bis zum Jahr 2000 wird die Anzahl der Staaten, die über eine entwickelte Atomtechnologie verfügen, auf rund 30 bis 40 ansteigen, so schätzt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI. Weiter hat es errechnet, daß dann sämtliche Atomkraftwerke der Welt insgesamt 250.000 kg Plutonium enthalten werden. Dies genügte, um 50.000 Bomben vom Hiroshima-Typ herzustellen (nach „Diskofo" 36).

Die fünf Atommächte verfügen zur Zeit über 50.000 Atomwaffen, deren Sprengkraft zusammen über eine Million Male größer ist als die Hiroshima-Bombe, genug, um innerhalb weniger Stunden die gesamte Menschheit mehrfach zu vernichten. Auf jeden Bewohner der Erde kommen damit gut 15 Tonnen atomarer Sprengstoff, hier in Europa sogar 60 Tonnen für jeden (nach „FAZ", 13.8.80 und „Diskofo" 35).

Seit der letzten Genfer Überprüfungskonferenz vor fünf Jahren hat sich auch sonst einiges getan:

- von 1975 bis 1978 haben die USA 53 und die UdSSR 75 Kernsprengungen und Testexplosionen durchgeführt („Vorwärts", 1.5. 1980);
- das deutsch-brasilianische Atomabkommen wurde abgeschlossen;
- das deutsch-argentinische Atomabkommen wurde abgeschlossen;
- ununterbrochene Lieferungen sensitiver Anlagen aus der BRD nach Südafrika;
- Zündung einer Atombombe vor der Küste Südafrikas im September 1979, wahrscheinlich ein israelisch-südafrikanisches Gemeinschaftsunternehmen;
- Verhandlungen zwischen Südkorea und Frankreich über Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage;
- Verhandlungen zwischen Pakistan und Frankreich über Lieferung einer WAA;
- Verhandlungen zwischen USA und Indien über Uranlieferungen;
- „nukleare" Kontakte der Schwellenmächte untereinander: Argentinien-Indien, Argentinien mit Peru, Chile, Equador, Uruguay, Paraguay, Kolumbien, Israel - Südafrika, Libyen - Pakistan, usw. usw. ...

Diese Liste ist nicht annähernd vollständig, aber sie macht deutlich, daß die Atomtechnologie und mit ihr die Verfügung über Atomwaffen wie ein Ölfleck über die ganze Welt ausgebreitet wird.

Gleichzeitig machen neue Entwicklungen gerade die Bombenproduktion immer leichter. So wurde im vergangenen Jahr in den USA eine Methode entwickelt, mit Hilfe von Lasern zu einer schnellen und billigen Anreicherung von Waffenuran zu kommen („FR", 21.8.79).

Die BRD-Regierung hat in dieser Situation die eigenen Interessen sehr deutlich gemacht. Bundesforschungsminister Hauff hat zur Vorbereitung der Konferenz Unterlagen verschickt, die noch einmal eindeutig belegen, daß friedliche und militärische Nutzung der Atomtechnologie nicht zu trennen sind und daß es letztendlich eine politische Frage ist, wie sie verwendet wird. Diese Haltung ist ein Beleg dafür, wie selbstsicher und offensiv die BRD derzeit ihre Verbreitungs- und Exportpolitik betreibt und verteidigt.

Auch auf der 2. Überprüfungskonferenz werden sich deshalb die wesentlichen Auseinandersetzungen um den Artikel VI drehen. Einige Staaten (Peru) haben bereits angedeutet, daß sie mit dem Gedanken spielen, aus dem Vertrag auszuscheren, wenn nicht in diesem Punkt endlich verbindliche Zusagen seitens der Atomwaffenmächte gemacht werden. Das hätte den totalen Zusammenbruch des Vertrages zur Folge. Aber auch so ist er inzwischen nichts als eine leere Hülse.

KB/Gruppe Nürnberg

Kriegsstrategie des Imperialismus

Protokoll eines Schulungswochenendes

Trotz Ferienzeit hatten wir für Ende Juli noch eine Schulung zur Kriegsgefahr angesetzt, und — siehe da — es kamen tatsächlich 25 Leute, für Baden-Württemberg sicherlich ein gutes Ergebnis. Da auch einige unorganisierte Freunde und Kontakte (zum Teil aus anderen politischen Strömungen) gekommen waren, konnten wir auf lebhafte Diskussionen gespannt sein.

Weltweite Zuspitzung

Eingangs stellten wir in kurzen Referaten anhand von AK-Artikeln und aktuellen Pressemeldungen die Situation in wichtigen Spannungsgebieten dar. Aktuell am stärksten sind die Kriegsdrohungen im Nahen Osten, wo mit der Hochrüstung von Militärregimes und dem Training von Interventionstruppen schon begonnen worden ist. Anhand einer selbst angefertigten Stützpunkt-Karte des Indischen Ozeans wurde die Konzentrierung des Imperialismus auf dieses Gebiet deutlich und seine strategische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion.

Eine längere Diskussion entwickelte sich dann an der Frage, wieso der Imperialismus in diesem Gebiet Krieg führen wolle, wo er es doch über Währungsmanipulationen und Exportpreissteigerungen geschafft habe, die Ölpreissteigerungen der OPEC-Staaten wettzumachen. Hier wurde so gegenargumentiert, daß sich natürlich die Interventionsdrohungen in der Tat nicht aus den Ölpreiserhöhungen der letzten Zeit ableiten lassen. Vielmehr spiele der Verlust des Iran und die Krise von Saudi-Arabien als traditionelle ,,Kettenhunde des Imperialismus" in diesem Gebiet eine Rolle, die es dem Imperialismus angemessen erscheinen lassen, zur altbewährten Kanonenbootpolitik zurückzukehren.

Weiterhin wurde das Ausspielen der ,,chinesischen Karte" ausführlich thematisiert. Ein Rückgriff auf die Analyse chinesischer Kriegsstrategie (AK 148 - 150) bildeten dabei die Grundlage eines Referates. Der Rahmen der Schulung ließ es leider nicht zu, über die innenpolitischen Hintergründe der chinesischen Außenpolitik (verschärfte revisionistische Entwicklung, Herausbildung von Klassenstrukturen) mehr als skizzenhaft zu diskutieren.

Afghanistan-Debatte

Hier war eine scharfe Kontroverse vorprogrammiert, hatte doch die Heidelberger Gruppe schon im AK 176 Widerspruch zur bisherigen KB-Position angemeldet.

Während man sich in der Verurteilung der sowjetischen Intervention vom Grundsatz her einig war (mit Ausnahme eines trotzkistischen Genossen, der sich den ,,Sieg der Roten Armee" wünschte), gab es insbesondere an drei Punkten Kontroversen.

• Haben wir bislang die moslemische Rebellenbewegung zu pauschal als reaktionär angegriffen? Die Heidelberger billigen ihnen nämlich zu, sie seien zumindest *,,insofern fortschrittlich (...), als sie für die nationale Unabhängigkeit Afghanistans kämpfen."*

Dieser Position wurde die enge Bindung dieser ,,Rebellen" an die pakistanische Diktatur und ihre CIA-Unterwanderung entgegengehalten. Mehr allgemein wurde festgestellt, daß wir bisher davon ausgegangen waren, daß ein nationaler Befreiungskampf o h n e gleichzeitigen Klassenkampf keinen Fortschritt bringt. Insbesondere im vorliegenden Fall, wo die ,,Rebellen" unter der Fahne eines ,,Heiligen Kreuzzugs gegen den Kommunismus" eine Islamische Republik bzw. das alte Königreich wiedererrichten wollen.

Leider konnte die Position einer angeblich linken Rebellengruppe nicht besprochen werden, da das betreffende Interview mit der französischen Zeitung ,,l'étincelle" nicht vorlag.

• Wie beurteilen wir die Politik der Revolutionsregierungen unter Taraki und Amin? Müssen wir dabei nicht von einer ,,Solidarität im Grundsätzlichen" ausgehen, weil sie doch die Agrarreform, die Alphabetisierung und die Befreiung der Frau auf ihre Fahnen geschrieben haben (,,Freiburger Papier")? Hier wurde entgegnet, daß selbst revisionistische Quellen davon ausgehen, daß die Regierungspartei gerade in ländlichen Gebieten nur schwach verankert gewesen sei und ihre Reformen praktisch mit Gewalt habe durchsetzen müssen. Dies habe den Feudalismus eher gestärkt als ihm geschadet. Außerdem sei es falsch, nur den I n h a l t einer Politik zu sehen, aber die F o r m ihrer Durchführung als untergeordnet anzusehen. Dies beweisen die Beispiele Pol Pot und die Stalinsche Agrarreform. Besonders bei diesem Punkt fiel auf, daß doch die Fakten über Afghanistan (Wer unterstützte wirklich das Regime?/Wie sah die Agrarreform konkret aus?) sehr mager sind und eine endgültige Beurteilung erschweren.

• Die sowjetische Besetzung. Die Heidelberger plädierten für eine ähnliche Politik wie bei Chinas Überfall auf Vietnam (,,China raus!") und vertraten darüber hinaus die These, daß ein sowjetisches Eingreifen prinzipiell eine sozialistische Entwicklung diskreditiere (im Land) und verunmögliche. Dem wurde mit Hinweis auf das Beispiel Angola widersprochen. Sowjetische Hilfe sei nur dann eine heikle Sache, wenn eine Regierung/Bewegung keinen Rückhalt in der eigenen Bevölkerung habe, dann gerate sie in die Gefahr der Abhängigkeit.

Bei der Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen wurde problematisiert, daß das z.B. zu Jahresanfang identisch mit einem Sieg der Rebellen gewesen sei und damit die Rückkehr zum Feudalismus und eventuell die Errichtung imperialistischer Stützpunkte bedeutet hätte. Deshalb sei der Vorschlag aus der Blockfreienbewegung sinnvoll, zur Vorbedingung eines Truppenabzuges Garantien des Westens zu machen, in denen er eine Nichteinmischung zusichert. (Zur Vorbereitung der Diskussion waren insbesondere AK 170 und 179 sowie die ,,blätter des iz3w" 83 - 85 nützlich).

Der 3. Weltkrieg

Nach einer einleitenden Darstellung der gewachsenen ökonomischen und militärischen Stärke des BRD-Imperialismus (Quelle: AK 142 ,,Dollarsturz und Weltwährungskrise" und ,,Blätter für dt. und int. Politik" 4/80) stellten wir uns die Frage nach der Bedeutung der NATO-Nachrüstungsbeschlüsse für den 3. Weltkrieg. Dabei wurde festgestellt, daß im Zuge der Modernisierung imperialistischer Waffentechnik (die Raketen werden immer schneller, treffen immer genauer und härter und sind immer schlechter in der Luft abzufangen — Cruise Missile z.B.) die NATO in wenigen Jahren in der Lage sein wird, durch einen überraschenden ,,Erstschlag" (Flugzeit der Cruise Missile in die UdSSR nur wenige Minuten!) alle Atomraketen der Sowjetunion auszuschalten, also die Sowjetunion atomar zu entwaffnen. Damit sei es dann vorbei mit dem ,,Gleichgewicht des Schreckens", das so ausgesehen hatte, daß die USA die Sowjetunion nicht mehr anzugreifen wagte, weil sie einen atomaren Gegenschlag hatte befürchten müssen. Die Sowjetunion könne ihren Rückstand in der Waffentechnologie nicht aufholen, da ihre Wirtschaftsstruktur es ihr nicht erlaube, noch mehr Geld als bisher in die Rüstung zu investieren — die USA aber werden in den nächsten 5 Jahren 1000 Milliarden Dollar in den Kriegsetat pumpen!

Obwohl diese Einschätzung überwiegend akzeptiert wurde, war man sich über die daraus zu ziehenden Schlüsse uneins. Eine These war, daß die NATO sofort gegen die UdSSR atomar zuschlagen werde, wenn in einigen Jahren die oben beschriebene Technologie in Dienst gestellt werde und das Bewußtsein der Bevölkerung revanchistisch genug hochgeputscht sei. Diesem Zweck diene auch die Kandidatur von Leuten wie Strauß und Reagan.

Dagegen wurde gehalten, daß der Westen nicht unbedingt den Wunsch nach einem Atomkrieg gegen die Sowjetunion habe. Dies würde die Sowjetunion in ihrer Wirtschaftskraft (Industrieanlagenzerstörung; Millionen Opfer) und als Markt für Warenexport kaputtmachen, und gerade in diesem Bereich habe z.B. der BRD-Imperialismus hohe Profite zu verzeichnen. So eine ,,Kriegsbeute" sei nahezu wertlos für den Imperialismus. Außerdem ließe sich das Ziel der vollständigen Rückgewinnung des RGW für das kapitalistische Weltsystem eventuell auch ‚friedlich' erreichen, z.B. durch stärkere wirtschaftliche Infiltration und Abhängigmachung, Förderung oppositioneller Strömungen, Schüren von inneren Unruhen.

Von dieser Seite wurde die Lage so dargestellt, daß die ,,Nachrüstung" der NATO vor allem die UdSSR einschüchtern und bedrohen soll, damit sie sich nicht den Raubzügen des Imperialismus in der 3. Welt in den Weg stellt, z.B. durch Unterstützung für Befreiungsbewegungen. Die Hauptgefahr aber liege in einem umfassenden Krieg (,,2, 3, viele Vietnam") des Imperialismus gegen die 3. Welt, wobei dann auch taktische Atomwaffen (z.B. Neutronenbombe) eingesetzt würden, weil die konventionelle Kriegsführung nicht mehr ausreicht. Die mitteleuropäischen Atomwaffen hätten in dieser Theorie vor allem das Ziel, die Sowjetunion durch nukleare Erpressung noch stärker aus der 3. Welt rauszuhalten und auch durch weiteres Wettrüsten ‚auszubluten' und dadurch verstärkt westlicher Handels/Kapital-Infiltration zu öffnen. Erst untergeordnet würde beabsichtigt, diese Waffen auch gegen die Sowjetunion e i n z u s e t z e n. (Eventuell könnte eine solche Situation eintreten, wenn die Sowjetunion als Machtdemonstration chinesische Stützpunkte atomar angreift — eine entsprechende Drohung soll Breschnew beim Staatsbesuch von Giscard ausgesprochen haben. Er wolle damit den Imperialismus vom Spielen der ,,chinesischen Karte" zurückhalten und zur friedlichen Koexistenz bringen . . .) Aus diesen Überlegungen entwickelte sich noch eine Kontroverse um die Bedeutung der 3. Welt als Weltkriegsschauplatz. Während ein trotzkistischer Genosse vertrat, die Länder der 3. Welt seien erstens für den Imperialismus nicht unbequem (wobei er ausgerechnet Nicaragua nannte) und könnten zweitens im Notfall auch konventionell (mit der ,,Eingreiftruppe") ,,befriedet" werden, wurde als Gegenthese ein prinzipieller, zum Krieg treibender Widerspruch zwischen 3.-Welt-Staaten (vor allem Erdölstaaten) un Imperialismus konstruiert (Hier stand der Aufsatz von W. Maier in ,,hefte für demokratie und sozialismus" 3/80 Pate).

Gegenüber beiden Überspitzungen hielten wir fest: Natürlich gibt es sehr viele 3. Welt-Staaten, deren Oberschicht und Militär sich nie gegen den Imperialismus erheben würden, weil nur dieser mit seiner Entwicklungs- und Militärhilfe diese Cliquen vor einer Revolution schützt. Hat diese antiimperialistische Revolution aber einmal stattgefunden, können diese Staaten sehr wohl unbequem für den Imperialismus werden (z.B. durch Preiserhöhungen für die Rohstoffexporte), und hier könnte sich der ,,Westen" dann zum Schutz seiner ,,Lebensinteressen" zum Zuschlagen genötigt sehen. Das Beispiel Vietnam zeigt, daß der Imperialismus dabei mit einer ,,Eingreiftruppe" allein nicht auskommt und sehr wohl bei noch mehr derartigen Kriegsschauplätzen zu einem atomaren Amoklauf Zuflucht nehmen könnte.

Manöverkritik

In einer Schlußkritik wurde angemerkt, daß es uns an einigen Punkten an Hintergrundwissen mangele. Dies sei besonders an ökonomischen Fragestellungen deutlich geworden, z.B. habe eine Analyse der Ursachen ökonomisch-politischer Kräfteverschiebung durch die Wirtschaftskrise gefehlt. Hier und auf dem Gebiet ,,Was heißt Imperialismus" fehlt es uns oft an einfachstem theoretischen Handwerkszeug. Einige Sympathisanten und Unorganisierte wollen sich jetzt freundlicherweise überlegen, wie wir am besten eine Untersuchungs- und Schulungsarbeit zu diesen Punkten aufziehen könnten.

Trotz dieser Mängel hat die Schulung insgesamt fast allen eine Fülle von Informationen gebracht und — was vielleicht am wichtigsten ist — Motivation und Einsicht darüber verschafft, wie wir uns mit der Thematik weiterbeschäftigen können.

Lebhaft wurde auch noch darum gestritten, inwieweit die Männer durch ein bestimmtes Diskussionsverhalten (unbeherrschtes Dazwischenrufen; Protzerei mit dem Wissen von marxistischen Fremdworten und unwichtigen Zusatzinformationen; Unaufmerksamkeit beim Reden von Frauen) den Frauen ein stärkeres Eingreifen in die Debatten erschwert haben. Auch das Einführen von bestimmten Vorzugsrechten (z.B. Erstrederecht) von Frauen mochte einigen nicht einleuchten, obwohl doch gerade die genannten Vorkommnisse ein Beleg für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen waren.

Ein Genosse aus Freiburg 22.7.80

»Haus für das Leben« oder wie man einen »aktiven Widerstand« gegen Abtreibungen organisiert

LASSET DIE KINDLEIN ZU MIR KOMMEN...

Seit dem 1. März 1980 gibt es in Straubing (Niederbayern) ein sogenanntes „Haus für das Leben“. In einem Flugblatt des Vereins, der dieses Haus gegründet hat und denselben Namen trägt, heißt es u.a.: „*Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, ein Haus zu bauen, in dem in Not geratene Schwangere aufgenommen und betreut werden. Der Verein verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke.*“

Da heißt es aufhorchen, denn seit wann sorgt man sich in Bayern um die Interessen von Frauen? Sieht man sich dann aber an, wie und wann diese Idee, so ein Haus einzurichten, entstanden ist und wer dahintersteckt, so wird schnell offensichtlich, daß sich in diesem Projekt die gesamte Mafia der reaktionären Abtreibungsgegner in Bayern zusammengefunden hat. Vom Rotary-Club über sämtliche katholischen und CSU-Verbände Niederbayerns bis hin zum Papst wird das Haus unterstützt und damit das Ziel, zunächst die soziale Indikation abzuschaffen, um schließlich Schwangerschaftsabbrüche wieder vollständig zu illegalisieren.

Wie alles anfing

- Im April 1979 fordern 63 Ärzte aus Niederbayern und der Oberpfalz die Einstellung der „*sanktionierten Tötung ungeborener Kinder*“. In einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt, Gesundheitsministerin Antje Huber, den bayerischen Ministerpräsidenten F.J.Strauß sowie an die Kirchen und die ärztlichen Vereinigungen fordern sie anstelle der „*faktisch straffreien Abtreibung wirkliche Hilfen* (?)“ für die Frauen. Die Ärzte sind Mitunterzeichner des offenen Briefes ihres Wiesenfelder Kollegen Krätzschmar, in dem er die Einstellung der Bezahlung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen fordert. Zusätzlich weisen sie darauf hin, daß die Abtreibung auf Krankenkassenkosten in den USA für verfassungswidrig erklärt wurde und halten den Kirchen vor, ihnen sei es nicht gelungen, die Gläubigen zum aktiven Widerstand gegen das unchristliche Gesetz zu bewegen.

In den USA, wo Schwangerschaftsabbrüche seit 1976 legal sind, finden diese Ärzte wirklich ein leuchtendes Beispiel für den Kampf gegen liberale Abtreibungsparagraphen: Am 1.7.80 beschloß der Oberste Gerichtshof in Washington mit 5 gegen 4 Stimmen, daß die Kosten für die Abtreibungen nicht von der Sozialversicherung getragen werden. Die Regelung gilt auch für Abtreibungen nach medizinischer Indikation. Nur Sonderfälle, in denen das Leben der Mutter in Gefahr ist, oder Fälle von Inzest oder Vergewaltigung werden ausgenommen („FR“, 2.7.80). Ein solches Grundsatzurteil, das den § 218 wieder zu einem absoluten Klassenparagraphen machen würde, wollen diese Ärzte auch in der BRD erreichen.

- Am 13.7.79 bringt die „Landshuter Zeitung“ (LZ) einen langen Bericht über die mittlerweile konkret gewordenen Aktionen der Mediziner, die Klage gegen die Barmer Ersatzkasse beim Landshuter Sozialgeicht eingereicht haben. In dem Artikel werden die üblichen Hetztiraden gegen die Reform des § 218 gebracht und eine Reihe von Veranstaltungen mit Filmbeiträgen (!) angekündigt, die den Bürgern die „*Problematik des Schwangerschaftsabbruchs und der Reform des § 218 nahebringen soll*“.
- Am 14./15. Juli zitiert Holzgartner in seiner berühmt-berüchtigten Rede vor dem Gesundheitspolitischen Arbeitskreis der CSU in München (Auschwitz-Vergleich) mehrere Passagen dieses Artikels in der „LZ“, die haargenau in seine eigene Hetze gegen den § 218 passen.
- Einige Wochen später konstituieren sich die Mitglieder der „Niederbayerischen Ärzteaktion“ und ihr Initiator Dr. Manfred Krätzschmar zu einem „Aktionskreis Niederbayern/Oberpfalz der Europäischen Ärzteaktion“.

Was sich dahinter verbirgt, wird aus der „Gründungserklärung der Ärzte Europas und der USA vom 5.6.1973 (Paris)“ deutlich. Die Grundlage ihres Handelns soll sein: „*Zu jedem Zeitpunkt ihrer Entwicklung ist die Frucht der Empfängnis ein lebendes Wesen, wesentlich unterschieden vom mütterlichen Organismus, der sie aufnimmt und nährt. Von der Befruchtung bis zum Alter ist es das gleiche Lebewesen, das sich entfaltet, reift und stirbt. Seine Eigentümlichkeiten machen es einzigartig und somit unersetzlich. In gleichem Maße, wie die ärztliche Heilkunde dem Leben bis zu seinem Ende dient, so beschützt sie dieses auch von seinem Anfang an. Die dem Patienten absolut schuldige Achtung hängt weder von dessen Alter noch von der Krankheit oder Gebrechlichkeit ab, von der er befallen werden kann. Gegenüber Notlagen, die durch tragische Umstände hervorgerufen werden können, ist es Pflicht des Arztes, alles in Bewegung zu setzen, um der Mutter und dem Kind gleichzeitig zu helfen. Deshalb ist der vorsätzliche Abbruch einer Schwangerschaft aus Gründen der Rassenhygiene oder um einen moralischen, wirtschaftlichen oder sozialen Konflikt zu lösen, nicht die Handlung eines Arztes!*“



NS-Frauenpropaganda

In den folgenden Monaten mobilisiert die „Niederbayerische Ärzteaktion“ mit ihrer Klage gegen die Krankenkassen und wenig später mit dem Modell eines „Hauses für das Leben“ fast das gesamte Spektrum der Abtreibungsgegner aus kirchlichen und rechten politischen Kreisen in Niederbayern und der Oberpfalz.

- Das „Straubinger Tagblatt“ und die „Landshuter Zeitung“ bringen die Aktion gegen die Krankenkasssen ins Rollen, per Beilage wird die Unterschriftensammlung in sämtlichen niederbayerischen Zeitungen und katholischen Publikationsorganen verbreitet.
- Bischof Dr. Rudolf Graber (Regensburg) begrüßt das Engagement der Ärzte für das ungeborene Leben und sagt den Ärzten seine Unterstützung zu.
- Beim Sozialgericht gehen im Juli 120 Klagen gegen die Barmer Ersatzkasse ein, weitere 300 sollen unterwegs sein. Der Kreis der Ärzte, die der Aktionsgemeinschaft angehören, hat sich auf 120 erweitert.
- Im August veröffentlicht die „LZ“ eine Erklärung der „Niederbayerischen Ärzteaktion“ zu dem neuen Projekt, ein „Haus für das Leben“ einzurichten: „*Unsere Aktion, ... der sich inzwischen eine Reihe von Lehrern und Erziehern vor allem aus dem Kreis der KEG (Kath. Erziehergemeinschaft) angeschlossen hat, strebt mit Unterstützung des Erzbischöflichen Ordinariats von München folgendes an: Wir wollen für den niederbayerischen Raum in Straubing ein Haus für werdende Mütter, die sich in einer wie auch immer gelagerten Notlage befinden, einrichten, so daß sie nicht zum letzten, zur Abtreibung gezwungen werden . . .*“

Unterzeichner: Dr. Dehmer, Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Straubing, Dr. Everke, Chefarzt der chirurgischen Abteilung des Elisabeth-Krankenhauses (Haus 2) in Straubing, Dr. Fennefrohn, Chefarzt der gynäkologischen Abteilung des gleichen Krankenhauses, Dr. Krätzschmar, Wiesenfelden und Dr. Rixner, Vorsitzender des Ärztlichen Bezirksverbandes u.a.



- Der Sprecher der katholischen Ärztegilde Sankt Lukas, Regensburg, schließt sich der Argumentation gegen die Bezahlung der Abtreibung durch die Krankenkassen an.
- Zur gleichen Zeit trifft sich erstmals ein Gremium, bestehend aus Vertretern der Ärzteschaft, der Caritas, der kath. Arbeitnehmerbewegung, der KEG, des BRK, der Kommunen und der Presse, um über die Schaffung des „Hauses für das Leben“ zu beraten und einen Arbeitsausschuß einzurichten.
- Am 3.10.79 wird in Straubing offiziell der Verein „Haus für das Leben e.V.“ gegründet.
- Eine Woche davor hatte die Junge Union Niederbayern auf einer Klausurtagung größeren Schutz für das ungeborene Leben und deshalb eine Änderung des „Abtreibungsparagraphen“ 218 gefordert. Die Mitglieder des Bezirksausschusses erklärten sich ausdrücklich solidarisch mit der Aktion der niederbayerischen Ärzte „*gegen den Mißbrauch des § 218*“. In 7 Thesen zu einer Neuordnung der Krankenversicherung wird u.a. die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus „*wesensfremden (sozialen) Gründen*“ aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen verlangt.

5 Wochen später veranstaltet die JU im ganzen Regierungsbezirk eine Aktion „Ja zum Leben — Nein zur Abtreibung“, um Spenden für das „Haus für das Leben“ zu sammeln und gegen den „*Skandal in einem Sozialstaat*“ zu protestieren, denn „*80 000 Schwangerschaftsabbrüche aus angeblich sozialer Indikation könnten nicht mit Schweigen hingenommen werden*“.

- Anfang Dezember werden auch die Frauenverbände aktiv. Auf einem gemeinsamen Treffen beschließen die Frauenunion Niederbayern, die im Katholischen Frauenbund organisierten Landfrauen, die im Bayerischen Bauernverband organisierten Landfrauen, der Katholische Frauenbund der Diözese Passau und der Katholische Frauenbund der Diözese Regensburg mit einer großangelegten Aktion die Errichtung des „Hauses für das Leben“, durch Spenden zu beschleunigen. Dieser Aktion schließt sich dann auch die Frauenunion Landshut an.
- Am 12.1.80 überreicht dann die Frauenunion Niederbayern in Plating an den Verein einen Betrag von 5500 DM.
- Einige Tage später spendet die Katholische Erziehergemeinschaft 5000 DM für das „Haus für das Leben“. „*Es verstehe sich von selbst, daß sie als unabhängiger Verein von Pädagogen aus allen Erziehungsbereichen, sich zutiefst dem werdenden Kind verpflichtet fühlen*“. (Wohl Angst um den Arbeitsplatz, oder wie?)
- Der Diözeserat Passau unterstützt auf seiner Frühjahrskonferenz, die unter dem Motto „Schutz des ungeborenen Lebens“ steht, das „Haus für das Leben“. Hauptredner auf der Veranstaltung ist der Vorsitzende des Diözesanrates der Erzdiözese München-Freising, E.Brießmann, der, welch Zufall, gleichzeitig Vorsitzender der „Aktion für das Leben“ ist.
- 31.5.80: Erste Bilanz des „Hauses für das Leben“ in der „LZ“: Die Plätze sind voll belegt, es wird jetzt nach einem zweiten Haus gesucht. Seit Vereinsgründung sind 1/4 Mill. DM Spenden eingegangen und 400 Leute in den Verein eingetreten.

Auch außerhalb Bayerns zieht die Kampagne Kreise. Auf dem 83. Ärztetag in Westberlin wird folgender Antrag von Dr. Krätzschmar angenommen: „*Die Zunahme der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland zeigt einen beträchtlichen Mangel an Verständnis für menschliches Leben an. Dieses Verständnis muß wieder neu geweckt werden, denn die Ehrfurcht vor dem Leben ist Grundlage allen ärztlichen Handelns und jeder menschlichen Gesellschaft*“. In das sogenannte „Blaue Papier“, das die gesundheitspolitischen und sozialpolitischen Vorstellungen der Deutschen Ärzteschaft wiederspiegeln soll, wird u.a. folgendes aufgenommen: „*Ausdrücklich bietet die Ärzteschaft ihre Mitarbeit bei der Erarbeitung eines Hilfsprogramms für in Not geratene Schwangere an. Die Erfahrungen, die man bisher bei den verschiedenen Eigeninitiativen (z.B. ‚Haus für das Leben‘, Straubing, ‚Lübecker Programm für das Leben‘) sammeln konnte, sollten dabei verwendet werden*“.

- Kurz danach nimmt Krätzschmar an einer Reise zum Papst nach Rom teil, die von der europäischen „Schutz dem ungeborenen Leben“-Bewegung Pro Vita veranstaltet wird. Papst Johannes Paul II. zeigt sich bei der Privataudienz sehr angetan von den Aktivitäten in der BRD und bittet die Delegierten, in ihren Bemühungen um den Schutz des ungeborenen Lebens nicht nachzulassen.
- Und das darf natürlich nicht fehlen zum Schluß: Am 25.6.80 überreicht die Frau des bayerischen Ministerpräsidenten, Marianne Strauß, auf dem 2. niederbayerischen Landfrauentag in Ruhsdorf einen Scheck über 4000 DM als Spende für das „Haus für das Leben“.

Angesichts der breiten Kampagne, die mit diesem Projekt betrieben wird und die eindeutig auf die Illegalisierung der Abtreibung hinzielt, fragt man sich, wie denn dieses ach so viel gelobte Haus aussieht, das angeblich die soziale Indikation überflüssig machen soll. Zuvor aber noch ein kurzer Blick auf die Zusammensetzung des Vereins, die die Beteuerung, daß der Verein von „*jeder Parteipolitik freibleiben will*“ als Lüge entlarvt! 1. Vorsitzender des Vereins wurde Dr. Manfred Krätzschmar. Dem Vorstand gehören weiterhin der Redakteur Franz Hirtreiter (Mitterfels) und der Leiter des Straubinger Caritas-Sekretariats Alois Eherer an. In dem 40köpfigen Kuratorium, das dem Vorstand zur Seite stehen soll, sitzt als 1. Vorsitzender Staatsminister Alfred Dick, daneben Marianne Würdinger, Bezirksvorsitzende der Frauenunion Niederbayern und Waltraud Wild, Diözesanvorsitzende des Katholischen Frauenbundes.

Die Betriebsführung hat der Caritas-Verband übernommen. Und nun zu dem Haus selbst: Die Männerkongregation Straubing (!!) hat dem Verein das zu der Zeit freistehende Präseshaus mietfrei zur Verfügung gestellt. In dem Haus ist für 5 Frauen und 5 Kinder Platz, kein Wunder also, daß es so schnell „vollbelegt“ war. Zur Zeit wohnen in diesem Haus 5 Frauen zwischen 18 und 23 Jahren, die alle ledig sind. Aufgenommen werden grundsätzlich nur volljährige Frauen. Der überwiegende Teil hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Innerhalb der Einrichtung gibt es keine speziellen Ausbildungsangebote, eine Kinderkrippe fehlt ebenfalls bis jetzt. Hauptsache scheint ja sowieso zu sein, daß die Frauen ihr Kind zur Welt bringen und dabei tatkräftig unterstützt werden. Die JU drückt sich da so aus: „*Dieses Haus soll schwangeren Frauen ... Wohnung, Arbeit und Betreuung während der Schwangerschaft und auch eine Zeit darüber hinaus bieten*“. Haben diese Leute dabei vielleicht übersehen, daß die Schwangerschaft zwar nur 9 Monate dauert, die Zeit danach aber mindestens 16 Jahre beträgt, in der das Kind versorgt werden muß, oder geht es ihnen vielleicht gar nicht um das Kind? Der absolute Heimcharakter dieses Hauses, der nur einem ganz geringen Teil von Frauen eine Alternative zum Schwangerschaftsabbruch bietet und dies auch nur als Notlösung, zeigt, wie lächerlich das Argument der Betreiber dieser Einrichtung ist, man könne mit solchen Häusern die soziale Indikation überflüssig machen. Hier nur einige Beispiele aus der Heimordnung:

1. Die Mahlzeiten werden von den Frauen gemeinsam mit der Heimleitung selbst zubereitet. Der Speiseplan wird in einem Gruppengespräch zusammengestellt. Im Klartext: man darf sich nichts eigenes kochen.
2. ... Das eigene Zimmer muß von der Bewohnerin einmal in der Woche gründlich gereinigt werden.
3. Die Mutter ist für die Betreuung ihres Kindes selbst verantwortlich.
4. In Zimmern, in denen sich auch Kinder aufhalten, ist ... vom Rauchen abzusehen.

Man könnte ebensogut gleich schreiben, daß Rauchen verboten ist, da das eigene Zimmer von Mutter und Kind zusammen bewohnt wird.

5. Baden und Duschen ist bis 22 Uhr möglich.
7. Besuch kann bis 22 Uhr empfangen werden.

Ein Haus für 5 Frauen, deren Konflikt anscheinend damit behoben ist, daß sie in einem Heim ein Zimmer bekommen, bis sie das Kind zur Welt gebracht haben, macht also die soziale Indikation überflüssig!

Mittlerweile ist dieses Modell auf dem Weg, ein weitverbreitetes Symbol für den Widerstand der reaktionären Abtreibungsgegner zu werden. Diese haben erkannt, daß sie mit einem solchen Beweis ihrer „Wohltätigkeit“ gegenüber den Frauen mehr „Bürger“ agitieren können als mit bloßer Hetze.

- So hat die Kolpingfamilie in Pfarrkirchen (Passau) beschlossen, das örtliche Kolpinghaus zu einem „Haus für das Leben“ ähnlich wie in Straubing umzufunktionieren („PNP“, 6.8.80).
- Das Diakonische Werk in Hessen und Nassau beschließt, am 1.4.80 in Wiesbaden eine „Wohngemeinschaft“ für 9 alleinstehende schwangere Frauen zu eröffnen. Finanziert wird das ganze u.a. durch die Stiftung „Hilfe für das Leben“ der Hessen-Nassauischen Kirche. Auch hier werden nur volljährige Frauen aufgenommen und das auch nur für höchstens 1 1/2 Jahre („FR“, 6.3.80).
- Selbst die AsF Landhut stellt sich angesichts dieser „Wohltätigkeitskampagne“ unter Zugzwang und bringt im April folgenden Antrag in das Landshuter Stadtparlament ein: „*Die Stadt Landshut wird beauftragt zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht, zwei Wohnungen für besondere Notfälle als flankierende Maßnahme zum § 218 auf Dauer zur Verfügung zu stellen ... Auf diese Weise kann auch die Stadt Landshut einen Beitrag zum „Ja für das Leben“ entsprechend den Intentionen bei der Neuregelung des § 218 leisten*“. Die AsF will zumindest die unzureichende Reform nicht abschaffen, bringt sich selbst aber in die Nähe dieser Leute, wenn sie die Funktion dieser Einrichtungen nicht aufdeckt und selber übernimmt.

Eine Genossin/KB-Gruppe Nürnberg

Frauenbewegung in Nordirland

Die holländische Journalistin und Feministin Els Van Hout, die an einem Tribunal zu den Haftbedingungen im Frauengefängnis von Armagh teilgenommen hatte, sitzt jetzt selber im Armagh-Knast. Sie wurde von der nordirischen Polizei RUC verhaftet, als sie in Belfast den Zug aus Dublin verließ. Zusammen mit fünf anderen holländischen Feministinnen wollte sie beim Aufbau eines Frauenzentrums im katholischen Teil Belfasts mithelfen. Sie hatten über 3.000 Mark gesammelt und wollten eine Belfaster Frauengruppe bei den Installations- und Renovierungsarbeiten unterstützen.

Im folgenden wollen wir einen Überblick über Aktivitäten der nordirischen Frauenbewegung geben, den wir der „Hibernia", einer liberalen Wochenzeitung aus der Republik Irland, entnahmen („Hibernia" v. 24.7.80).

Die Gruppe, die Els Van Hout nach Belfast eingeladen hat, „Women Against Imperialism", hatte sich in den letzten zwei Jahren die Aufgabe gestellt, feministisches Gedankengut in dem katholischen und republikanischen West-Belfast zu verbreiten, indem sie versuchten, die Frauenbewegung mit militantem Republikanismus zu verbinden. Sie wurden bekannt durch die Demonstrationen, die sie zur Unterstützung der weiblichen Gefangenen im Armagher Knast organisierten.

Wegen dieser Proteste wurden sie mit Geldstrafen belegt und einige von ihnen, bekannt geworden als die „Armagh 11" sitzen selber im „dirty protest" in Armagh. („dirty protest" meint, daß die Gefangenen in Armagh und in Long Kesh für ihre Anerkennung als politische Häftlinge kämpfen, deshalb das Tragen von Gefängniskleidung verweigern und nur mit einer Decke bekleidet ohne sanitäre Anlagen in völlig verdreckten Zellen liegen) Eine von ihnen, die Dramatikerin und Schauspielerin Margaretta D'Arcy, sitzt immer noch. Sie wurde am Internationalen Frauentag, dem 8. März 1979 verhaftet.

Märsche gegen Vergewaltigung auf der Falls Road (die Straße zum katholischen Stadtteil Andersontown), Kundgebungen vor Kneipen der „Provisionals", in denen Frauen diskriminiert werden, und Reden auf Zusammenkünften der Provos, in denen die häusliche Gewalt gegen Frauen angeklagt wird, gehören zur alltäglichen Szene in West-Belfast.

„Women Against Imperialism" wurde im April 1978 von Frauen aus Andersontown und früheren Mitgliedern des „Belfast Women's Collective" gegründet. Sie wollen in West-Belfast den antiimperialistischen Kampf verstärken, *„weil wir uns hier im Krieg befinden"*, erklärt Ann Marie Loughran, eine der Sprecherinnen. *„Frauen haben einen weit höheren Grad an Sensibilität und Bewußtsein, weil sie so viel mehr gelitten haben. Wir kennen Frauen, die in verschiedenen Komitees arbeiten; sie durchbrachen das Ausgehverbot auf der Falls Road, organisierten Angehörigen-Komitees zur Unterstützung der Häftlinge und traten auf Rundreisen in den Staaten und in Europa als Rednerinnen auf. Frauen beginnen sich selbst als eigenständige Persönlichkeiten zu entdecken und nicht nur in ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau zu sehen."*

Die Mitglieder der Gruppe setzen sich zusammen aus Frauen aus angesehenen republikanischen Familien, Mitgliedern republikanischer und sozialistischer Organisationen und anderen Frauen, die im Bürgerkrieg aktiv wurden. Sie verstehen sich alle als sozialistisch und revolutionär. Sie beginnen mit der Voraussetzung, daß erst die Briten aus Irland verjagt werden müssen, ehe die Frauen ihre Befreiung erreichen können. „Women Against Imperialism" kritisieren, daß andere Frauengruppen in Nordirland losgelöst vom Bürgerkrieg, den Gefängnissen, den Straßenkämpfen arbeiten. *„Sie kämpfen innerhalb eines korrupten Systems, das wir zerschlagen wollen."*

Ihre Zeitung „Saorbhean" (Freie Frau), bislang in fünf Ausgaben erschienen, enthält so verschiedenartige Themen wie Vergewaltigung, ‚wie man einen Lichtschalter repariert', weibliche Sexualität, die Situation in den Gefängnissen.

Wie reagieren Frauen aus der katholischen Bevölkerung, z.B. auf Artikel über die Menopause, ein Thema, das in republikanischen Kreisen normalerweise tabuisiert wird? *„Großartig"* sagt Ann Marie Loughran, *„weil sich endlich jemand der Probleme annimmt, bei denen diese Frauen niemals richtig Hilfe bekommen haben."*

Trotzdem stellt „Women Against Imperialism" die nationale Frage an die Spitze ihrer Prioritätenliste.

In den letzten fünf Jahren sind aber noch weitaus mehr Frauengruppen in Nordirland entstanden. Die „Women's Law and Research Group", die hauptsächlich aus Akademikerinnen zusammengesetzt ist, hat sich erfolgreich für Veränderungen der Scheidungs- und Familiengesetze eingesetzt; „Women's Aid" hat in Belfast ein Frauenhaus für geschlagene Frauen aufgebaut; das „Belfast Women's Comittee" führt Kampagnen gegen Vergewaltigung, für bessere medizinische Versorgung von Frauen und für Kinderbetreuung durch. Seit neuestem läuft eine Kampagne gegen das Abtreibungsgesetz.

Sogar die „Provisional Sinn Fein", bislang kaum Vorkämpfer für die Rechte der Frauen, spürte den Druck der Frauengruppen. Auf dem letzten Kongreß wurde ein Koordinationsgremium für Frauenpolitik eingesetzt, ein erster Schritt, um die bisherige Vernachlässigung der Frauenpolitik innerhalb der Sinn Fein aufzuheben.

Alle Frauengruppen haben die Erfahrung gemacht, daß die Verankerung von Frauenarbeit in Nordirland eine schwere Aufgabe ist. Eine Frau wurde sogar niedergebrüllt, als sie für ein nationales Treffen der „Smash-H-Block-Komitees" (Zerschlagt die H-Blocks in Long Kesh) eine Kinderbetreuung forderte. Auch Provo-Frauen meinen, daß sie in der Sinn Fein einen schweren Stand haben: *„Man nennt uns Pillenhändlerinnen, nur weil wir fordern, daß auch solche Themen diskutiert werden."* Feminismus ist in republikanischen Kreisen ein Schimpfwort.

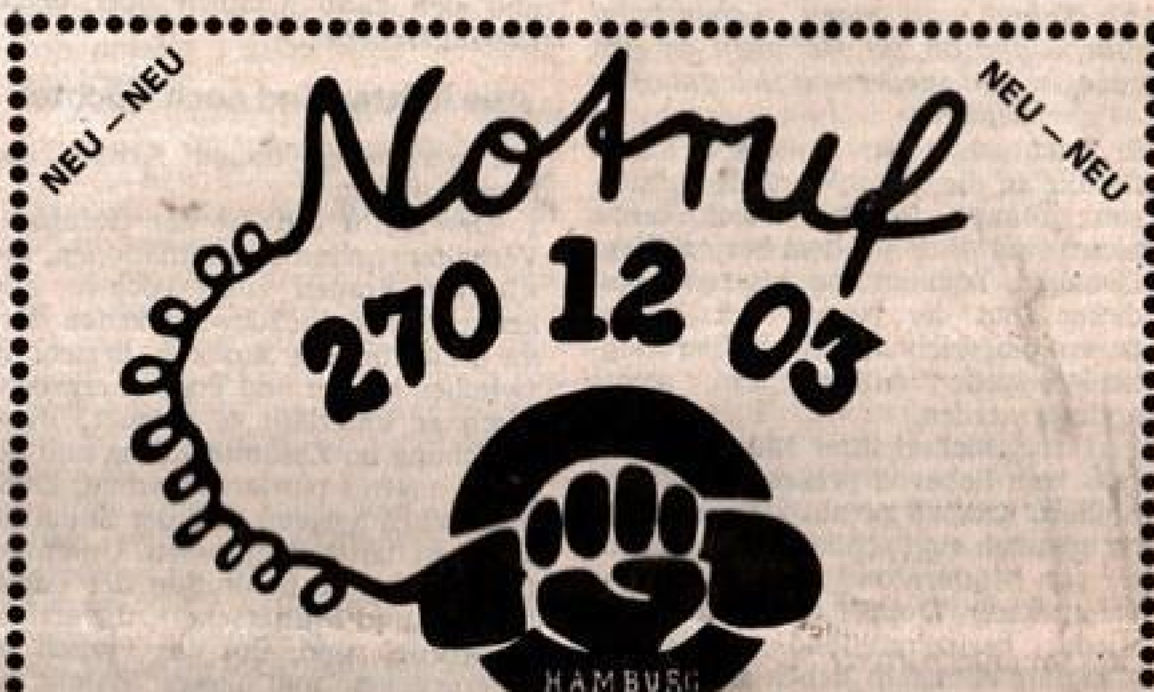
Die größte Öffentlichkeit wurde bislang an der Frage der weiblichen Gefangenen in Armagh hergestellt. Sue Pentel, eine der „Armagh 11", hält Armagh für die Schlüsselfrage für irische Feministinnen, eine Politik, die auch von anderen Frauengruppen in Nordirland unterstützt wird.



Unterstützung kam auch aus England und anderen europäischen Ländern: Frauen aus 13 Städten Englands kamen im Januar zum Protest gegen Armagh, 250 Frauen zum Protest am Internationalem Frauentag, europäische Feministinnen wie Vanessa Redgrave und Els Van Hout nahmen im April am Tribunal gegen Armagh teil, in Paris wurde im Mai ein Unterstützungskomitee gegründet. Die Verhaftung Els Van Hout's konnte für eine breite Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. Ihr Schicksal ist noch ungeklärt.

Zu den „Störerinnen" der UN-Frauenkonferenz in Kopenhagen gehörten auch nordirische Frauen mit den Rufen *„Was ist mit den gefangenen Frauen in Nordirland?!"*

Eine Genossin und ein Genosse aus Göttingen, nach einem Irland-Urlaub



und Beratung für
VERGEWALTIGTE FRAUEN

Sonderkonto -N-
Postscheckkonto Hamburg 20, Kto Nr. 40411-207

Erreichbar z. Z. noch nur Do. von 16 - 23 Uhr
(die Gruppe beginnt erst mit ihrer Arbeit)

Wenn Frauen nein sagen, meinen sie auch Nein!

Göttingen. In den letzten Wochen häufen sich in Göttingen Anmachen von Frauen bis hin zur Vergewaltigung: Anpöbelungen und Bedrohungen auf der Straße, Belästigung durch Exhibitionisten und Spanner, seit April allein vier Vergewaltigungen und drei Vergewaltigungsversuche, die bekannt geworden sind!

Aus diesem Grund haben sich vor kurzem einige, z.T. betroffene Frauen zusammengesetzt, um gemeinsam zu überlegen, wie wir uns wehren können. Auf einem ersten Treffen, das lediglich per Mundpropaganda bekannt gemacht worden war, waren bereits über 10 Frauen, die oben beschriebene Erfahrungen gemacht hatten. Auf fast jedem der folgenden Treffen wurden neue Fälle bekannt!

Immer wieder die gleiche Reaktion: Wir haben Angst, fühlen uns betroffen, hilflos: Ist es nicht wirklich leichtsinnig und zu gefährlich, abends allein nach Hause zu gehen? — Selbst auf belebten Straßen sind Frauen verfolgt worden. Kann ich nachts überhaupt noch ein Fenster auflassen? — Zweimal ist der Vergewaltiger durch ein offenes Fenster eingestiegen bzw. hat die Scheibe eingeschlagen. Was mache ich, wenn ich allein in der Wohngemeinschaft bin? — Der Typ sucht sich offensichtlich gezielt Frauen, die allein sind, ist über die Örtlichkeiten bestens informiert. Viele von uns fangen an, sich selbst in ihrer Wohnung nicht mehr sicher zu fühlen, auf jedes Geräusch zu achten, die Gardinen zu schließen, vor dem Zubettgehen überall zu gucken, ob die Fenster verschlossen sind . . .

Aber wir kriegen auch Wut, eine grenzenlose, fast körperlich spürbare Wut: Sollen wir uns ein Leben lang einschränken (und selbst das ist kein Schutz!), sollen wir nicht mehr allein in die Kneipe gehen, uns selbst in unserer Wohnung vor Angriffen nicht sicher fühlen können? Wir müssen endlich was unternehmen, wir wollen nicht im lebenslänglichen Knast leben!

Wir beschließen, gemeinsam Selbstverteidigungekurse zu machen, einige von uns haben so etwas bereits gemacht und berichten, daß sie erstmals das Gefühl entwickelt haben, auch körperlich stark zu sein, Überraschungstricks gelernt zu haben etc. Einige von uns gehen zu den Bullen, weniger weil wir uns Unterstützung erhoffen, sondern um genauere Informationen zu bekommen. Die Bullen sind über die Vorfälle bestens informiert, verfolgen angeblich eine heiße Spur, weigern sich jedoch, irgendetwas zu veröffentlichen: „ Es könnte ja eine Massenhysterie ausbrechen". Die Zusammenarbeit der Bullen mit der örtlichen Presse klappt hervorragend, die konsequent Stillschweigen bewahrt, mit dem Hinweis, „nicht in laufende Ermittlungen eingreifen zu wollen".



Das Frauenzentrum in Düsseldorf muß geschlossen werden! Durch einen Wasserrohrbruch im Juni sind die Räume unbenutzbar geworden. Die Düsseldorfer Frauen suchen dringend neue Räume und bitten um Spenden, um den entstandenen Schuldenberg abzutragen.
Kto.Nr.: 269149-437, Sonderkonto A. Klebedzon, Postscheckamt Essen.
(aus „taz", 24.7.80) *Foto: Hanne Horn*

Uns wird immer klarer, daß wir zur Selbsthilfe greifen müssen: Wir machen ein Einlegeblatt für die „Göttinger Stadtzeitung", indem wir über die Vorfälle berichten und unsere Gruppe bekannt machen. Mittlerweile ist immerhin auch ein recht guter Artikel in einem Göttinger Anzeigenblatt erschienen und somit das Schweigen der Presse immerhin ansatzweise durchbrochen.

Bisheriger Höhepunkt der Aktivitäten ist ein Fackelzug. Anläßlich des Films „Der Schrei aus der Stille", der endlich auch in der südniedersächsischen Provinz anläuft, rief die Gruppe mit einem Flugblatt zu einer Demonstration nach dem Film auf. Trotz der kurzfristigen Mobilisierung kamen ca. 200 Frauen (und einige Männer), die liedersingend und parolenrufend ihrer Betroffenheit und Wut in einem Zug durch die noch recht belebte Innenstadt Ausdruck verliehen.

Unser Gefühl der Stärke und Entschlossenheit wird allerdings etwas getrübt durch etliche Typen, die sich durch den Anblick von 200 DEMONSTRIERENDEN Frauen nicht etwa — wie frau vielleicht gedacht/gehofft hatte — eingeschüchtert fühlten, sondern sich bemüßigt fühlten, ihre (bislang noch!) ungebrochene Männlichkeit durch Anpöbeleien unter Beweis zu stellen.

Dies macht uns allerdings nur entschlossener:

FRAUEN, WIR EROBERN UNS DIE NACHT ZURÜCK!

AG Frauen/KB-Gruppe Göttingen

Vergewaltiger bezog Prügel

Hamburg. Vor ca. sechs Wochen wurde eine Frau aus unserer Klasse von einem uns bekannten Typ vergewaltigt. Daraufhin diskutierten wir, ob es besser sei, einen Prozeß zu führen oder selbst etwas zu unternehmen. Wir entschieden uns dafür, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Einen Prozeß hielten wir für schlecht, weil folgende Punkte — aufgrund unserer frauenfeindlichen Rechtsprechung — auf jeden Fall gegen die Frau ausgelegt würden: Wir waren in der Kneipe, der Typ kam dazu und lud uns zum Bier ein. Anschließend bot er sich an, die Frau nach Hause zu fahren. Nach reichlichen Diskussionen einigten wir uns darauf, den Typ vor der Schule abzufangen, ihn zu verprügeln, mit Eiern zu beschmeißen und ihn mit einem Schild um den Hals, auf dem steht: „Ich bin ein Vergewaltigerschwein", zu fotografieren. (Leider ist das Bild nichts geworden). Wir fuhren also kurz vor Schulschluß zu seiner Schule und warteten auf ihn. Als er uns sah, kam er freudestrahlend auf uns zu. Als Antwort bekam er von uns (15 Frauen) eins in die Fresse und einen Tritt in die Eier. Außerdem hagelten Massen von Eiern auf ihn nieder. Obwohl ihm seine Schweinerei entgegengeschrien wurde, schien ihm überhaupt nicht klar zu sein, warum ihm diese ganze Aktion galt! Er redete nur immer davon, „man" müsse doch fair sein, er fände Vergewaltigung auch 'ne Schweinerei, aber er wolle eine Gegenüberstellung. Plötzlich wandte er sich zu einer von uns Frauen und fragte sie, ob er sie vergewaltigt haben soll. Frau und mann stelle sich das mal vor...

Unsere Aktion ist zwar nicht ganz so verlaufen, wie wir uns das gedacht hatten, aber immerhin ist ein Anfang gemacht. Das nächste Mal werden wir schlauer sein! Wir können nur allen Frauen raten, sich auch zusammenzutun und sowas gegen Vergewaltiger zu unternehmen. Wir müssen den Vergewaltigern die Hölle bereiten und unsere Aktionen veröffentlichen. Denn wir sind im Recht.

P.S.: Da der Typ in der gleichen Werkstatt wie wir seine praktische Ausbildung macht, haben wir uns vorgenommen, zu verhindern, daß er jemals wieder die Werkstatt betreten kann.

Umschülerinnen, Hamburg

»Töchter gegen die Mütter«

. . . so die glorreiche Überschrift eines Artikels im „Spiegel" Nr. 22 zu der Problematik Mutter-Tochter-Beziehung. Wir, zwei Frauen aus einer Schülerinnen-Frauengruppe haben zu diesem Thema einiges zu sagen!

Die Männer jeglicher Generation haben endlich Verbündete in ihrem Kampf gegen die herrschsüchtigen Frauen gefunden — die Töchter, die „Mutter-Emanzen". Freut euch, ihr Männer, es kann abgerechnet werden:

- die Söhne mit den Müttern
- die Ehemänner mit den Müttern und den Ehefrauen
- die Großväter mit ihren Müttern, Ehefrauen und Töchtern,

denn endlich fangen die Töchter an, was die armen unterdrückten Männer bisher nicht schafften: den allmächtigen, besitzergreifenden, sie zerstörenden Müttern den Kampf anzusagen. Sie erkennen den unverzeihlichen Irrtum der Frauenbewegung, die armen unschuldigen Männer zu bekämpfen, die ja selbst Opfer ihrer Mütter sind.

So könnte ungefähr der Tenor des Artikels von eben solch einem bemitleidenswerten Opfer, Herrn Peter Brügge, beschrieben werden. Zum besseren Verständnis wollen wir den werten Autor in einigen Zitaten nochmals selbst zu Wort kommen lassen:

1. „.... *wovon Dagmar sich getrennt hatte, das waren ihre Männer. Immerhin drei Ehemänner hatte sie binnen 20 Jahren in einen Lebensbund hinein- und bis zur Hörigkeit an sich gezogen und wieder von sich gestoßen — unerbittlich*".
2. Jetzt geht's der deutschen Kleinfamilie an die verschleierte Hauptperson. Frauen (Männer noch lange nicht) sind dazu auf dem besten Weg. Genauer: Töchter von Müttern, von diesen und der Natur rücksichtslos darauf eingerichtet, sollen selber möglichst wieder Mütter und nichts anderes werden.
3. Das Schicksal ihrer Mütter droht, falls kein liebevoll präsenter Vater es hindert, Knaben ganauso. Deren Mütter nämlich sind schließlich die Töchter von Müttern und oft schon eingedenk dieser Doppelgottheiten selber wieder besitzergreifend. Und ihre allererste Allmacht haben sie ja nach dem Gebären sowieso.
4. ... „sag bitte nichts Papa" ... der möglicherweise hilfreiche Dritte im Bunde wird planmäßig wegretuschiert.
5. Als Mächtige in der Rolle von Unterdrückten, als Mann — Abhängige — waren die Mütter da nicht verurteilt zu diesem Weg gewisperter Revanche, mit der sie allerdings das Szenerario für ihre Töchter nolensvolens vorzeichneten?
6. Väter, letztlich Leidtragende derlei Überlieferungen, spielen mit Eifer den Assistenten ...
7. ... die mütterliche Spezialität einer Mobilisierung der Kinder gegen ihren Vater.
8. Der arme, unbedarfte Mann, selbst Opfer der Bestie Mutter, tritt nichtsahnend in die Ehe ein — mit einer Tochter-Frau, „*die vielleicht sogar ihn anstelle der Mutter erledigt*".

Doch die armen, seither von allen weiblichen Ungeheuern unterdrückten und erledigten Männer können wagen aufzuatmen, denn: „*Aus therapeutischen Erfahrungen und Beobachtungen in der Szene aggressiver Feministinnen verdichtet sich bei der Gießener Analytikerin Marina Moeller Gambaroff sogar der Eindruck einer politisch fortwirkenden Verschiebung der Feindbilder. In programmatischem Männerhaß offenbare sich der nichtgewagte Konflikt der Emanzen mit der Mutter*".

Eine Frau kann sich nämlich nicht emanzipieren durch Geschlechterkampf, indem sie ihren Mann für ihre Unterdrückung in der Ehe verantwortlich macht, nein, in Wirklichkeit handelt es sich hierbei nämlich um eine verzweifelte Suche nach Teilhabern am Muttergeschäft, da die Frauen aufgrund ihrer Sozialisation (der „Mutter-Tochter-Beziehung") Kinder nicht alleine erziehen können. So die These der Analytikerin.

Dies sind nur einige „Leckerbissen" aus diesem delikaten Artikel für Fein(sch)mackerzungen, der uns allerdings bis zum Brechreiz im Halse stecken blieb. Bezogen sich die bisherigen Aussagen auf eine Abrechnung mit den Müttern, so ist der Autor doch auch bemüht, den Töchtern gehörig eins draufzugeben, indem er Szenen aus diesen Beziehungen beschreibt. So z.B., daß die Töchter die Mütter bei Verabredungen versetzen und sich dann heimlich über deren Unmut freuten ...

Alle Mütter sind auch Töchter

Wir verurteilen diesen Artikel aus zwei Gründen:

1. Der Autor arbeitet mit Gefühlen, Verhaltensweisen und Situationen, die wir als Frauen und Töchter alle kennen, er stellt Schwierigkeiten dar, die sich für uns aus der Beziehung zwischen Mutter und Tochter ergeben. Doch er unterläßt es bewußt, diese Beziehung im Zusammenhang und als Folge unseres patriarchalischen, kapitalistischen Systems und der Situation der Frau darin darzustellen. Unhinterfragt bleibt die Institution der Familie, Ehe und Mutterschaft, die errichtet worden sind, um uns Frauen zu unterdrücken und dieses System zu erhalten. Mit Hilfe dieser Taktik entwickelt er dann seine chauvinistische These:

Die Mütter sind an der gesellschaftlichen Unterdrückung schuld — die Hauptleidtragenden und unterdrücktesten sind die Männer. Frauen erledigen anstatt ihrer eigenen Mütter ihre Ehemänner. Mütter belegen ihre Kinder mit vernichtendem Besitzanspruch, verhindern deren Entwicklung zu selbständigen Menschen, wovon besonders die Söhne betroffen sind, die in erster Instanz von den Müttern, in zweiter von den Ehefrauen zerstört werden. Zu guter Letzt sind die armen, unschuldigen Männer dann auch noch die Opfer der aggressiven Feministinnen, die ihren unverarbeiteten Mutterhaß an ihnen auslassen. Mit dieser Theorie arbeitet nicht nur dieser Autor, sondern auch in ‚linken' Männerkreisen wird fleißig damit gehandelt, so z.B. im Männerkalender. Schon ein Siegfried Knittel hatte derlei vor 2 Jahren verkündet! Er „befreite" sich mit Tritten in den schwangern Bauch seiner Freundin von dem „Mutter-Alptraum" . . .

2. Der Autor setzt die Mutter-Tochter-Beziehung der Mutter-Sohn-Beziehung gleich. Eine spezifische Beziehung der Mütter zu den Töchtern ergibt sich für ihn nur daraus, daß die Söhne noch von den Vätern gerettet werden. Mit stümperhaften psychologischen Erklärungsversuchen und freudianischer Theorie versucht er dann noch, die spezifischen Aspekte der Mutter-Tochter-Beziehung zu erklären.

Da wir uns gerade mit diesem Thema beschäftigen, wollen wir im folgenden die Theorien des Autors widerlegen und unsere Standpunkte darlegen. Wir hoffen, daß noch mehr Frauen auf diese Diskussion einsteigen und sich im AK eine Auseinandersetzung zu diesem Thema entwickelt.

Die Mutter-Tochter-Beziehung

Im Artikel wird erklärt, daß das Mädchen beim frühesten Erwachen seiner Sexualität auf grausige Erkenntnisse stößt: „.... *das Liebesobjekt Mutter, Quelle von Nahrung und Geborgenheit ist gleichzeitig vom gleichen Geschlecht, also Rivalin um den Vater und mehr. Alles, wonach es sexuell strebt, steht im Widerspruch zu Mutters Interessen*". Überlagerung von Herrschaft und Realität im gleichen Objekt zwinge das Mädchen, seinen Wünschen zu entsagen — so die französische Psychoanalytikerin Maria Torok. Dies führe dazu, daß das Mädchen zur widerstandslosen Puppe wird, die sich später der Männerherrschaft beugt und das von den Medien verbreitete Programm der mütterlich-dienenden Rolle einspeichert.

Zum einen widerspricht sich der Autor hier selbst, da er noch drei Abschnitte vorher aussagt, daß der Vater in den ersten drei Monaten noch gar keine Relevanz im Blickfeld des Kindes hat, oder er spricht den Mädchen in den ersten Monaten völlig eine Sexualität ab. Diese entwickelt sich wohl erst, wenn der erste Mann auf der Bildfläche erscheint! Heterosexualität wäre also angeboren?

In Wahrheit wissen wir doch heute, daß Mütter aufgrund der Unterdrückung weiblicher Sexualität in dieser Gesellschaft und daraus folgend ihrer Unsicherheit in bezug auf das eigene Geschlecht und die eigene Sexualität ihre Töchter anders behandeln als ihre Söhne. Dem Pimmel wird Aufmerksamkeit geschenkt, der Klitoris sowie der ganzen Sexualität des Mädchens nicht. Die Unsicherheit der Mutter wirkt sich auf die gesamte körperliche Zuwendung dem Mädchen gegenüber aus. Z. B. Stillen, Zärtlichkeiten, Schmusen . . . all dies erfährt die Mutter als ständige Konfrontation mit dem weiblichen Geschlecht, und genau dies ist ihr ja durch die eigene Erziehung von Seiten der Mutter, aber mindestens zu gleichen Teilen durch die gesellschaftliche Prägung immer verboten worden (Heterror!!!)!

So kommt kleinen Mädchen ein wesentlich geringerer Teil an Zuwendung zu als kleinen Jungen. Dazu kommt, daß die Institution „Mutterschaft" von uns Frauen verlangt, asexuell zu sein, keine erotische Ausstrahlung und sexuelle Bedürfnisse haben, — mit Ausnahme des Ehemannes natürlich, dem hat frau jederzeit zwecks Befriedigung seiner Bedürfnisse zur Verfügung zu stehen. Genau diese Konflikte der Mutter und daraus folgend ihr Verhalten dem Mädchen gegenüber führen dazu, daß das Mädchen — im Gegensatz zum Jungen — in ständiger Angst lebt, die



Mutter zu verlieren. Diese Angst verhindert, daß Mädchen sich von den Müttern lösen können und eine eigene Identität iherer Person — getrennt von der der Mutter — entwickeln können. Es identifiziert sich mit ihr und ist stehts bemüht, auch eigenen Bedürfnissen widersprechend oder mit ständiger Angst und schlechtem Gewissen der Mutter gegenüber, sich selbst als „schlecht" begreifend, den Anforderungen der Mutter nachzukommen. Wie diese gesellschaftlich-erzieherischen Anforderungen, die eine „gute Mutter" einem Mädchen anzutrainieren hat, aussehen, wissen wir alle: sauber sein, wenn wir es körperlich noch gar nicht bewältigen können, was uns früh das Gefühl der Kontrollosigkeit in bezug auf unseren Körper gibt, brav, still, am besten schon nach der Geburt alleine essen ... all dies wird von den Herren der Schöpfung wesentlich später verlangt. Zum einen Teil sind diese gesellschaftlichen Erziehungsmaßstäbe Mädchen gegenüber (damit wollen wir deutlich machen, daß die Mütter sich diese nicht ausgedacht haben, sondern nach den gleichen konditioniert worden sind und als Mütter lediglich als ausführendes Objekt zur Stabilisierung und Erhaltung des patriarchalischen kapitalistischen Systems und der Unterdrückung der Frau eingesetzt werden) seit Generationen üblich, um zu garantieren, daß sich Frauen später an den Männern orientieren, sich deren Interessen unterordnen, wenig Selbstbewußtsein haben und keine eigene Sexualität und kein positives Bewußtsein ihrem Körper gegenüber entwickeln können. Diese Mädchen-Erziehung soll gewährleisten, daß Frauen weiterhin unterdrückt gehalten werden, und alle diese anerzogenen Unsicherheiten und Ängste haben wir ein Leben lang — auch wenn wir selbst Mutter sind !!

Die Identifikation der Mütter mit den Töchtern

„*Eigene, abgewürgte Entwicklungen in den Töchtern vollenden, das wollen sie genauso (selbst wenn dann später Drop-outs daraus werden) ... Insbesondere möchten sie ebenfalls so jemanden haben, der ihnen ganz gehört*" so die Autorin Alice Miller. Auch dieser Vorwurf wird den Frauen ins Gesicht geknallt. Erwähnt Brügge zwar diesmal sozialisationsbedingte Hintergründe: Diese Sorte Wunsch entspringt dem Drama, daß sich einem einst die eigene Mutter entzogen hat, ersetzen soll sie das Kind. Dazu komme die Isolation der Stadtmütter, die wie im Glaskasten sitzen, abgeschnitten von allen gesellschaftlichen Vorgängen, die doch fortwährend ihr Leben bestimmen.

Doch dies genügt uns keinesfalls, um die Situation, in der Mütter heute leben, zu beschreiben. Die Arbeit einer Mutter, hat sie ihre Gebärpflicht erfüllt, wird gesellschaftlich nicht anerkannt. Als gute Mutter hat sie der Familie zu dienen, ihre Sexualität findet im Status der Mutter keinen Platz, „gute Mütter" gehen natürlich auch nicht arbeiten — in Arbeiterfamilien sieht das zwar anders aus, bringt der Mutter aber anstelle von Anerkennung nur eine Doppelbelastung ein. Eigene Interessen und Bedürfnisse sind einer „guten Mutter" fremd. Un wo bekommt sie nun die Anerkennung, daß sie ihre geleistete Arbeit als positiv und wertvoll einschätzen kann und ein Selbstwertgefühl entwickeln kann? Durch den ehrenwerten Familienvater vielleicht, den der Autor hier mal wieder ganz vergessen hat, denn die Frau gehörte nicht nur früher der Mutter, sondern auch jetzt ihrem Mann, nicht nur ihre Mutter hat sich ihr entzogen, sondern Ansprüche an den Angetrauten zu stellen gehört auch nicht zu den Rechten einer Frau!

Das sind die Bedingungen, aufgrund welcher sich die Mütter mit ihren Töchtern identifizieren, in diesen Anerkennung suchen, Ansprüche sich selbst gegenüber und Vorstellungen vom eigenen Leben auf die Töchter übertragen, sich in den Töchtern verwirklichen wollen, denn ihnen selbst wird es ja unmöglich gemacht. Für die Töchter hat das dann die Auswirkungen, daß sie ihre eigenen Interessen, stehen sie im Widerspruch zu den Vorstellungen der Mutter, als negativ erfahren, sich von ihnen abgelehnt fühlen und eine negetive Einstellung gegenüber sich selbst entwickeln.

Was der Autor nicht weiß: Wir lieben unsere Mütter auch grenzenlos, leiden mit, wenn es ihnen schlecht geht, haben immer ein schlechtes Gewissen, wenn wir Dinge tun, die sie ablehnen, und wir haben Angst, daß sie uns in unserer eigenen Entwicklung einschränken und unterdrücken. Das macht unsere Beziehung zu unseren Müttern aus.

Doch was wir als Frauen, die sich emanzipieren wollen, tun, ist nicht, wie dieser Oberchauvi es gerne hätte, unsere Mütter zu hassen!! Nein! Wir fühlen uns solidarisch mit ihnen, auch wenn die Konflikte dieser Beziehung bestehen, wir wollen, daß sie uns verstehen und mit uns zu dem Kampf gegen euch Macker antreten. Wir bleiben die „aggressiven Feministinnen" und werden alles tun, daß unsere Mütter es auch werden.

Viele Grüße an Herrn Brügge, in der Hoffnung, daß er sich mal einen AK kauft und die Frauenseiten sorgfältigst studiert!

Eine Schülerin aus dem KB/Frankfurt
1. aus Frankfurt

Mütter-Diskussion auf der KB-Frauen-VV

Wir waren Frauen aus Bremen, Hamburg, Braunschweig, Lübeck, Bochum, Hannover und anderswoher, davon die Mehrheit Mütter, jedoch auch einige, die es noch werden wollen oder Ersatzmütter bzw. Erzieherin in einer Baby-Initiative sind. Folgende Punkte haben wir diskutiert:

1. Wir finden es nicht richtig, daß auf der Einladung zur Frauenvollversammlung eine AG „Mütter" nicht aufgeführt war und halten eine Begründung „Die Mütter sollen nicht auch noch bei diesem Termin auf ihr Muttersein zurückgeworfen werden" für falschverstandene Fürsorglichkeit. Gerade weil die Mütter im KB sehr isoliert sind, ist es sehr notwendig, daß sie solche Gelegenheiten nutzen, um endlich einmal anzufangen, ihre Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam zu überlegen, wie Verbesserungen erreicht werden können. Also in Zukunft auch immer eine Mütter-AG auf Frauen-VVs bitte!
2. Wir waren einhellig der Meinung, daß eine Genossin, die selbst Mutter ist, in der Frauenleitung vertreten sein muß, die dort als Spezialistin zur Mütterproblematik mitarbeitet.
3. Wir hielten die bisherige Formulierung im Frauen-Statut zu „Mütter" für unzureichend und zu allgemein und haben beantragt, eine Abstimmung hierüber nicht vorzunehmen, sondern uns Zeit zu geben, eine alternative Formulierung in der Organisation zur Diskussion zu stellen und der nächsten Frauenvollversammlung zur Abstimmung vorzulegen. Dieser Antrag wurde von der VV einstimmig befürwortet. Im Rahmen unserer Überlegungen, daß im Statut Erfahrungen von Müttern im KB und Anforderungen zur Unterstützung der Mütter ihren Ausdruck finden sollen, diskutierten wir über folgende Aspekte:

- Mann und Frau haben ungleiche Ausgangsbedingungen für die Geburt und Erziehung eines Kindes. D.h. der biologische Grund und die rollenspezifische Erziehung tragen dazu bei, daß die Frauen die größere Last mit Kindern tragen. Im Widerspruch dazu aber steht, daß Männer, die sich um die Kindererziehung kümmern und dabei sogar ihren Kopf gebrauchen, unheimlich gelobt werden über ihre „große Tat", während dies bei den Frauen als Selbstverständlichkeit betrachtet und kaum Verständnis für die Belastungen entwickelt wird.
- Daß Müttergenossinnen aus der Organisation immer noch ein Klima aus Unverständnis und Desinteresse für ihre neue Situation entgegenschlägt, daß noch nicht einmal nachgefragt wird, warum die Genossinnen nicht zu Terminen kommen, geschweige denn daß versucht wird, Termine so zu legen, daß die Genossinnen voll berücksichtigt werden und alles versucht wird, ihnen eine Teilnahme zu ermöglichen. Kinderhaben wird quasi einem Austritt gleichgesetzt.

Es ist notwendig, daß sich die Genoss(inn)en aus der Organisation für die Probleme von Müttern interessieren und vor allen Dingen auch d i e Z e i t genommen wird für ausführliche Gespräche mit den Betroffenen, weil es oft auch nur so möglich ist, eine konkrete Unterstützungsmöglichkeit zu entwickeln.

- Daß Unterstützung gerade auch im Haushalt (waschen, einkaufen etc.) notwendig ist, um den Müttern mehr Zeit mit dem Kind zu ermöglichen.
- Daß sich mit dem Dasein eines Kindes alte Freundschaften plötzlich in Luft auflösen, es wird nicht mehr angerufen, um überhaupt noch gemeinsame Aktivitäten zu planen, meistens besteht die Vorstellung, Mütter haben ja wenig Zeit und sind deshalb von vornherein „out".
- Daß man/frau zwar mit der Genossin gern zusammenwohnen würde, aber auch noch mit ihrem Kind, das ist dann zuviel.

Diese Erfahrungen haben wir unter dem Stichwort „Mütterfeindlichkeit/ Diskriminierung von Müttern" zusammengefaßt und wollen die Sammlung auf unserem nächsten Treffen fortsetzen.

— Widerspruch haben wir zur von der Kinderkommission auf dem KB-Kongreß und im AK geäußerten Position, daß es unverantwortlich sei, wenn getrenntlebende Eltern beide das Kind in zwei verschiedenen Wohnungen erziehen, daß dies auf Kosten der emotionalen Sicherheit des Kindes geht. Wir fragen nach der Alternative für Frauen, die sich in ihren Emanzipationsbestrebungen von einer Clinch-Beziehung zu einem Mann lösen wollen. Ist die Kinderkommission dagegen, daß Frauen einen solchen Schritt im Interesse der Kinder vollziehen? Wir würden uns über eine Aufklärung und einen alternativen frauenfreundlichen Vorschlag der Kiko freuen.

— Ist das Kinderhaben identisch mit der Verpflichtung, schwerpunktmäßig in der Kinderinitiative zu arbeiten? Diesen Punkt haben wir noch nicht ausdiskutiert, stellten jedoch bereits fest, daß die praktische Arbeit in der Initiative in der Regel von Frauen getragen wird, sich die Herren jedoch mehr den „politischen" Aufgaben sprich Bündnisgesprächen und Verhandlungen mit Behörden widmen.

Das Resümee unseres ersten Gespräches war, daß der Aufbau von Müttergruppen an den Orten genauso selbsterständlich sein und vorangetrieben werden muß wie von Frauengruppen.

Zur Fortsetzung dieser Diskussion soll ein nationales Müttertreffen am 7.9.80, um 11 Uhr in Hannover stattfinden.

Tagesordnung (bisher):
— Statut-Formulierung zu „Mütter"
— Warum wollen wir Kinder? (Thema Gebärstreik)
— Mutterideologie, auch in uns selbst
— Mütterfeindlichkeit

Eine Genossin aus Hannover im Auftrag der AG Mütter

Hurra, wir haben ein Frauen-Statut!

Auf einer Frauen-Vollversammlung am 19./20. Juli 1980 wurde der Text für ein Frauen-Statut im KB beschlossen. Damit gibt es zum ersten Mal in einer linken Organisation der BRD ein spezielles Statut für die organisierten Genossinnen. Aus Feriengründen ist der geplante Artikel über Diskussion und Inhalt dieses Statuts nicht mehr rechtzeitig für diese AK-Nummer fertig geworden. Wir müssen deshalb die Leser/innen um Geduld bis zur nächsten Nummer bitten.

Frauenleitung des KB



Come-out

Meine erste, einzige, beste Freundin. Mit der ich in die gleiche Klasse gehe, mit der ich mittags nach der Schule Teilchen beim Bäcker kaufe, obwohl unsere Mütter wollen, daß wir auf ihre Mittagsmansche Hunger haben; mit der ich für Percy Stuart schwärme und spiele, daß ich aufs Klo muß, obwohl ich überhaupt nicht muß.

Dann wird alles anders. Ihre Reden werden unverständlich, ihre Bewegungen ändern sich, das Gesicht verschwindet hinter einer Schicht Farben, sie dreht mit den Rücken zu und redet mit einer anderen. Ich stehe sprachlos vor dieser Veränderung, mache auch keinen Versuch, unsere wortlose Übereinkunft durch Reden wieder herzustellen. Eine Auseinandersetzung zu erzwingen, wäre mir erschienen wie „Hinterherlaufen".

Hinterherlaufen! Nur nicht die miesen Erfahrungen von früher wiederholen: zwei ständig zerstrittene Freundinnen, die mich wechselseitig als ihre Verbündete brauchten. Wenn sie sich wieder vertrugen, konnte ich sehen, wo ich blieb. Das nicht wieder!

Ich suche einen Kampfschild, einen Zauber gegen die geisterhafte Welt um mich herum. Leute mit gelangweilten, verfetteten, ekligen Gesichtern, grauer Beton, Schulgefängnis, schöne Worte, die einem den Haß und die Träume ausreden wollen.

in endless dreams
over rolling plains
through the tall grass
over rolling plains
through the tall grass
I run
wind
carries me along.

Ich vergrabe mich in Büchern und meine Träume wandern aus nach Amerika. Ich lerne viel: Schmerzen aushalten, Reiten, ein Zelt bauen, Fußballspielen, stundenlang im Gras sitzen und horchen.
Ich bin ein Indianer.
Ich lerne, mit den Toten zu reden und mit den Bäumen. Wind gibt mir ein Geheimnislied. Ich träume das Geheimnis und die Kraft. Ich werde eine Frau der Geheimnisse. Das ist die eine Seite.

Die andere ist; ich bin eine Fremde unter den Menschen. Die Leute starren nach meiner braunen Haut, abweisend, ich lande im Gefängnis und man redet schlecht über mich. Im Schulgefängnis wird mir meine Heimat entrissen, aber ich bekomme keine neue. Ich lebe zwischen zwei Welten und jedes Wort wird zur Lüge.

Das ist der Preis für die Geheimnisse. Ich bin die „andere". Und ich bin stolz darauf. Es stört mich, daß niemand ein äußeres Zeichen meiner Fremdheit sehen kann - ich durch kein äußeres Zeichen mit den Indianern verbunden bin. Nur Wortlosigkeit und Traumaugen.

Eine einzige dringt durch diese Träume zu mir durch, holt mich jeden Tag in die Schule, stört mich aus meinen Träumen auf, läßt mich Tagebuchseiten vollschreiben. Wie darf ich von einer weißen Lehrerin träumen, wo ich eine Frau der Geheimnisse werden will?! Des Nachts mit ihr Hand in Hand spazierengehen im Traum, statt Tipi zu sehen?!
Anna, Anna, wo soll ich hin mit meiner Zärtlichkeit. Brennend, wohin, mein Herz, meine Hände, mein Schoß. Du, kühl und klar wie die Bäche. Eintauchen meine Hände, meinen Durst stillen. Aber meine tastenden Hände finden nur den eigenen zitternden Körper.

Entlassung aus dem Schulgefängnis. So hat mich Anna schon gepackt, daß ich fast traurig bin. Und das Leben geht ja auch weiter hin zwischen Scheinen und Nummern, nur ohne Anna. Anna heiratet. Einen Griechen. Und bekommt ein Kind.
666 P; 1,9 DN;
NC EHW 2,3;
Computer controlliert,
ZVS akzeptiert,
61244414
aus 0,5, NRW
in 109 RFWU immatrikuliert,
das ist relevant.
Ich aber träume
Bach und Wind.

Die Uni ist erstmal eine Enttäuschung. Die vage Hoffnung, hier Menschen zu treffen, die mehr im Kopf haben als Prüfungen, Noten und ihre letzten Männergeschichten; wenn schon nicht die Geheimnisse, so doch den Kampf um ein Leben mit aufrechtem Gang.

Keine Menschen, nur tote Augen und unverständliche Münder. Meine Einsamkeit gibt mir aber nicht mehr Kraft und Stolz wie früher. Nur noch immer unerträglicher, gefangen sein, Haß und ein unersättliches Bedürfnis nach Zärtlichkeit. Das Gefühl, so scharf zu sehen, daß es weh tut. Ein kaltes, erstes Unijahr.

Mescaleros sind eine Stammesabteilung der Apachen. Ein Mescalero in Göttingen schreibt ein paar wütende Worte und die ganze zivilisierte BRD schreit auf. Ich habe eine Fährte gefunden, öffentlich übers Radio BRD schreit auf. Ich habe eine Fährte gefunden, öffentlich übers Radio angekündigt und finde bald die Menschen, die sie gemacht haben.
traumaugenmenschen
unverhofft.
mitten im feindland
lachen
kämpfen
trauern
träumen.
mitten im feindland
nicht mehr allein
schwarz vor augen
atemlos
die freude.

Ich arbeite mit in der Gruppe der Bonner Buback-Nachruf-Nachdrukker und verliebe mich in W., einen von ihnen.

Gleichzeitig lerne ich in meinem Semester G. kennen: lachende Maske aber dahinter spüre ich etwas von meinen eigenen Wunden. Ich fange an, von ihr zu träumen.

Zu Ostern bin ich mit W. und ein paar anderen zusammen in Ferien. Jemand sagt nebenbei, Lesben könne man auch an bestimmten Sachen im Schriftbild erkennen. Auf einmal habe ich ganz stark das Gefühl, jetzt mußt du sagen, daß du lesbisch bist. Das einzige Wort, das dem, was ich für G. empfinde/ für Anna empfunden habe, angemessen ist. Ich hatte auch keine Angst, weil es heißt, „anders" zu sein. Anders war ich ja schon die ganze Zeit und das hieß immer auch besser, zumindest mir selbst näher zu sein, etwas, auf das ich stolz bin. Noch mehr „anders" konnte ich durch das lesbischsein auch nicht werden.

Ich wußte auch, daß dieses anderssein nicht so allein sein würde, wie meine Träume: es gab andere Lesben und Lesbengruppen und ich traute mir zu, die zu finden, wenn ich spürte, das es nötig wurde.

Aber hatte ich auch die Berechtigung zu sagen, ich bin lesbisch, wo ich doch noch nie tatsächlich zu einer anderen Frau eine Beziehung hatte?

Außerdem: wie sollte ich W. erklären, daß ich auch mit ihm schlafen wollte, wenn er wußte, daß ich lesbisch bin.

Das Wort bisexuell habe ich nicht gedacht.

Eines Tages habe ich dann W. mit zitternden Knien gesagt, daß ich eine Beziehung zu ihm möchte, aber er wollte nicht. Ich sitze da, mal wieder sprachlos und erwarte den Schmerz, aber der kommt nicht. Stattdessen, ziemlich verwirrt: Erleichterung.

Meine Träume von G. werden immer stärker und ich weiß, daß ich ihr was sagen muß, wenn ich nicht dran ersticken will. Viele kleine Andeutungen, bis es endlich ganz raus ist.

Solang es nichts mir ihr persönlich zu tun hatte, war es ja alles ganz interessant, jetzt ist sie auf der Flucht, einfach unmöglich, noch ein Wort zu reden, versteckt hinter der lachenden Maske, „Oh, ich muß ganz schnell noch dahin und dorthin!"

Ich gehe auf der Straße und wundere mich, warum ich nicht vor dem nächsten Auto hinfalle. Die Krankenwagen heulen an meinem Fenster vorbei und drin liege ich, warum nicht: Körper aufgeschwemmt von zurückgewiesener Zärtlichkeit, vergiftet von Bitterkeit, Kopfschmerzen, die Gedanken winden sich immer wieder um dieselbe Stelle, immer wieder, immer wieder, sie zum Reden bringen! Jemand anders suchen?

Endlich gehe ich in die Lesbengruppe. Ich habe etwas Schiß, so Endlich gehe ich in die Lesbengruppe. Ich habe etwas Schiß, so ohne „Erfahrungen", aber da sind noch ein paar Frauen, denen es genauso geht. Es dauert noch ein halbes Jahr, ehe ich das erste Mal mit einer Frau schlafe, heulend, wie sich die jahrelange Anspannung löst.

Jo., Lesbengruppe des KB

AG Auseinandersetzung Lesben und Hetero-/Bi-Frauen auf der KB-Frauen-VV

Mit neunzehn Frauen war die AG Auseinandersetzung von Lesben und Hetero-/Bi-Frauen die am besten besuchte.

Von der Lesbengruppe aus hatten wir ein Papier vorbereitet. Einstieg in die Diskussion war unsere These, daß jede gelebte Heterobeziehung uns unter den heutigen Bedingungen diskriminiert:
Wie selbstverständlich dominieren heute noch „Pärchen" das gesellschaftliche Leben auch der linken Scene;
in Frauengruppen ist es wesentlich leichter, Probleme mit den jeweiligen Typen einzubringen, während die Beziehung der Frauen untereinander selten, wenn überhaupt, Gegenstand der Diskussion sind;
Frauenfreundschaften werden oft unwichtig, sobald ein Typ auftaucht; eine Frau erzählte, daß ihr Lesbischsein von ihrer Gruppe ohne Kommentar hingenommen wurde (obwohl deren Innenleben sicher anders aussah!).

Weiter hieß es in unserem Papier, daß wir unsere Erotik und Sexualität auf Terminen vor der Tür lassen müssen. (Das betrifft natürlich zunächst mal auch andere. Selbst heute ist es noch weitgehend üblich auf „ordentlichen Polit-Terminen" alles „Persönliche" auszuklammern).

Danach haben wir dann aus Zeitmangel nicht mehr an dem Papier weiterdiskutiert, sondern sehr viel von unserer persönlichen Betroffenheit geredet.

Viele Frauen stellten fest, daß bei ihnen ein Widerspruch zwischen der „politischen Klarheit" und ihrer Unfähigkeit, selber mit der Frage umzugehen, besteht.

So behauptete eine Frau, sie kenne keine Lesbe und habe persönlich mit der Frage auch nichts zu tun. Gleichzeitig erzählte sie jedoch von einer Freundin, die Frauenbeziehungen hat und daß sie darauf etwas neidisch sei.

Eine andere sagte, daß sie genau wisse, woher ihr Abblocken Lesben gegenüber kommt:
Als sie 13/14 gewesen ist, hat ihre Freundin Hausverbot bekommen, und sie selber ist geschlagen worden, obwohl eigentlich überhaupt nichts zwischen ihnen „gelaufen" ist. Als ihre Schwester dann lesbisch wurde, ist sie aus der Familie verstoßen worden.

Darauf erzählte eine andere Frau, daß sie kürzlich mit ihrem Freund Schluß gemacht habe und dann mit anderen Frauen zusammengezogen sei. Als ihre Eltern davon erfuhren, war die erste Frage des Vaters, ob dabei auch „lesbische Regungen" eine Rolle spielten, worauf die Mutter sagte, sowas fragt man nicht. Erst daraufhin fing sie an, sich zu fragen, was sie früher alles schon mitgekriegt hat, ohne es bewußt wahrzunehmen.

Die weitere Diskussion kreiste immer wieder um unsere Aufteilung in die Kategorien „lesbisch" und „hetero". Viele der Frauen wollten sich mit keinem der Begriffe identifizieren oder fühlten sich unter Entscheidungszwang gesetzt:
Mehrere Frauen erzählten, daß sie sich sowieso schon gezwungen fühlen, ständig sexuelle Bedürfnisse zu entwickeln, um als vollwertig und „erwachsen" anerkannt zu werden. Durch die Einteilung in homo-s e x u e l l und hetero-s e x u e l l scheint Sexualität wieder zum entscheidenden Kriterium zu werden.

Weiter wurde die Frage aufgeworfen, was ist eigentlich Sexualität? Keine von uns will Lust ohne Zärtlichkeit, aber was bedeutet für uns Zärtlichkeit ohne Lust? Einige Frauen folgerten aus ihrer Skepsis vor Beziehungen überhaupt, daß sie nicht lesbisch sein wollten. Doch wieso setzt lesbische Sexualität (und Identität) notwendig Frauenbeziehungen (im engeren Sinne) voraus?

Schließlich kamen wir noch auf ein beliebtes Ritual der Frauenbewegung zu sprechen: die schwesterliche Umarmung. Diese wird von Heterofrauen manchen Lesben gegenüber oft auch dann noch beibehalten, wenn sie wissen, daß diese in sie verliebt waren/sind. Für uns kann das ein Ignorieren unserer Gefühle/ Sexualität bedeuten, was allerdings für die anwesenden Heterofrauen nur schwer zu verstehen war.

Trotz der kurzen Zeit, die uns nur zur Verfügung stand, tauchten also sehr viele Fragen auf.

Für die weitere Auseinandersetzung machten wir einige Vorschläge:
- Gründung einer AG Sexualität (6 spontane Meldungen, weitere unbedingt erwünscht!);
- Beantwortung unseres Lesben-Fragebogens;
- Diskussion (mit Berichten und gegebenenfalls Kritikpapieren) unseres Papers (für die Auseinandersetzung können auf Wunsch auch Genossinnen der Lesbengruppe zugezogen werden);
- Verteilung der Einladungen/Protokolle der KB-Lesbengruppe in die Frauenstrukturen.

Ul. und Jo.
Lesbengruppe des KB



Baskische Schwulenbewegung:

Aktiv, wachsend — und illegal ...

Erst waren sie nur eine kleine Gruppe – nicht mehr als 10 oder 15 Leute, die sich einmal in der Woche in einer Eckkneipe in Bilbao trafen. Aber es wurden immer mehr. Sie schrieben Artikel für linke Zeitungen, die sich um Sexualfragen kümmern. In Demonstrationen für Amnestie, Unabhängigkeit und Frauenrechte tauchten Gruppen mit dem Zeichen der Schwulen auf. Sie machten von sich reden: EHGAM – Euskal Herriko Gay Askapen Mugimendua, Baskische Schwule Befreiungsbewegung.

1977 bildete sich eine Gruppe in San Sebastian, 1979 in Vitoria und in Irun. Die Gruppen arbeiteten zusammen.

Da der Zuwachs anhielt, wurden ein Büro und ein Saal angemietet. Regelmäßige Veranstaltungen zogen bis zu 200 Leute an. Am Gay Pride Day 1979 war EHGAM eine politische Kraft geworden. Einer der größten Plätze Bilbaos wurde besetzt, eine Bühne, eine Bar, Ausstellungen aufgebaut. Zur Demo kamen 4.000, zur „Fiesta" gar 8.000 Leute.

Im August 1979 durfte EHGAM mit festem Infostand und Snackbar auf dem Hauptplatz der Stadt an den einwöchigen offiziellen „Fiestas de Bilbao" teilnehmen. Durch Verkauf von Broschüren, Ansteckern, Essen und Trinken kamen 9.000 DM in die Kasse. Aus diesem Geld wurde das erste schwule Kommunikationszentrum im Baskenland, das Txoko Lambda, finanziert.

Ein Txoko ist eine traditionelle baskische Einrichtung, in der sich Mitglieder treffen, um zu feiern. Das Zentrum umfaßt darüberhinaus Gruppenräume, Büros, Bibliothek, Archiv und einen Telefondienst. *„Ein Grund für das Txoko, im Gegensatz zur offeneren Form einer Bar oder eines Nachtklubs, ist, daß wir immer noch eine illegale Organisation sind und keine Alkohollizenz bekommen".*

Die Legalisierung wird für die ständig wachsende EHGAM immer wichtiger. Obwohl die Gruppe von den städtischen Offiziellen und den meisten Oppositionsparteien anerkannt wird, weigert sich Madrid beharrlich, irgendeine Schwulen- oder Lesbengruppe im Land anzuerkennen.

EHGAM beschreibt sich selbst als autonom und revolutionär. *„Schwule Befreiung heißt zugleich Überwindung der sexuellen und menschlichen Beziehungen der traditionellen Familie. Dies ist nur möglich im Rahmen einer antipatriarchalischen Alternative und mit dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft, wo es keine Ungerechtigkeit mehr gibt zwischen Menschen oder Gruppen von Menschen".*

Autonom heißt: nicht-parteigebunden. EHGAM will alle Schwulen aufnehmen, unabhängig von deren Glauben und Ideologien.

Auf den ersten Blick scheint dies unvereinbar. Revolutionär und gegen Klassen sein, schließt doch einiges an Glauben und Ideologien aus. Zumin-

Fortsetzung nächste Seite

Aktiv, wachsend — und illegal ...

Fortsetzung von Seite 33

dest in Nordamerika gibt es eine Menge militante schwule Aktivisten, die mit dem revolutionären Kampf für eine klassenlose Gesellschaft absolut nichts zu tun haben wollen.

In Euskadi sieht die Welt anders aus. Die Trennung von links und rechts ist tief und grundlegend. Die Rechte – neofaschistisch, religiös, monarchistisch und schwulenfeindlich – klammert sich als Francos Totenwache an die Macht. Die einzige Opposition zu diesem politischen und moralischen Konservatismus ist die Linke – selbsternannte revolutionäre Parteien der Arbeiterklasse, die (trotz aller internen Streitereien) alle für radikale Veränderungen eintreten. Die Linke ist die einzige Alternative zum Status Quo und alle, die sozialen Wandel wünschen, finden sich darin wieder, einschließlich der Schwulen.

Und im Gegensatz zu den sexistischen Vorstellungen, die alle Teile der spanischen Gesellschaft durchziehen, ist die Linke relativ offen für die Forderungen und die Gesellschaftskritik der Schwulen.

Das heißt noch nicht, daß es in der spanischen Linken keine Schwulenfeindlichkeit oder Sexismus gibt. Eben gerade wurde die junge Gruppe in Irun aus den Räumen der sozialistischen Partei hinausgeworfen. *„Aber das waren die alten Knacker; die jungen Mitglieder haben uns alle unterstützt. Es war wohl eher ein Generationskonflikt"*.

In EHGAM's Strategie kommt der Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern und unter der „normalen" Umwelt im Allgemeinen besondere Bedeutung zu. EHGAM will weniger spezielle Rechte für eine schwule Minderheit gewinnen, als vielmehr das Bewußtsein der gesamten Gesellschaft verändern. Unter den Hauptzielen von EHGAM sind *„die Anerkennung des homosexuellen Verlangens als ein weiteres Element der grundlegenden menschlichen Sexualität"* und *„die Überwindung der ideologischen Kategorien ‚homosexuell' und ‚heterosexuell', die gemeinsam die Unterdrückung der Homosexualität bewirken. Genauso muß den Rollen des starken Mannes und der zarten Frau, Kerl und Weibchen, aktiv und passiv, überlegen und unterlegen, ein Ende gesetzt werden."*

Dabei berufen sie sich auf die Erkenntnisse Kinseys, der sonst nur von den Anhängern der mehr oder weniger stabilen 10-Prozent-„Minderheit" der Schwulen zitiert wird. Doch EHGAM stellt mit Kinseys Entdeckung, daß mindestens jeder zweite einmal schwulen Sex erlebt hat, die heterosexuelle „Mehrheit" in Frage.

EHGAM tritt nicht für eine Gesellschaft ein, die Schwule akzeptiert, sondern für eine Gesellschaft, in der schwul und normal nicht mehr existieren.

(Diesen Artikel entnahmen wir der großen kanadischen Schwulenzeitung „The Body Politic", August 80, deren Mitarbeiter Tim McCaskell über seine Zeit im Baskenland darin einen vierseitigen Bericht gibt).

Kontaktadresse:
The Body Politic
P.O.Box 7289, Station A
Toronto, Ontario
M 5 W 1 X 9
Canada

USA-Kommission

Anita Bryants Früchte :

Anita Bryants Früchte : Schwulenmorde

Anita Bryant, Sprachrohr der Schwulenfeinde, ist längst von der Bildfläche verschwunden, geschieden und ausgewandert – doch ihre Saat geht auf. Immer häufiger berichten die Zeitungen von Übergriffen auf Schwule, und aller Jubel über Massendemonstrationen in San Francisco kann von den zunehmenden Morden an Schwulen nicht ablenken.

In weniger als vier Wochen wurden in Boston drei Schwule ermordet. Am Rande einer ausgedehnten Grünanlage, den West Fens, wo zuletzt Charles Kimball tot aufgefunden wurde, begann daraufhin am Abend des 26. Juni ein Protestmarsch mit brennenden Kerzen. Siebenhundert Menschen kamen und hörten anschließend Reden eines schwulen Priesters und des Abgeordneten Mel King (vom Bundesstaaat Massachusetts), die eine direkte Verbindung zu den rassistischen Aktionen an den Bostoner Schwulen in den vergangenen Jahren zogen.

Ebenfalls in Boston sind Lesben immer häufiger Ziel von Angriffen, insbesondere in der Umgebung der Bar „Somewhere". Nachdem die Übergriffe andauerten, obwohl Polizeischutz für die Bar gestellt wurde, haben die Lesben selbst Wachen organisiert.

In Houston (Texas) wurde in den frühen Morgenstunden des 28. Juni Fred Paez von Polizisten ermordet. Fred, der sich auf dem Heimweg von seinem Dienst als Busfahrer befand, wurde von zwei Polizisten gestoppt. Diese führten ihn hinter ein Haus, wo sich „unbeabsichtigt" ein Schuß löste – direkt in Freds Hinterkopf. Der Mörder, K.M. McCoy, ein Polizist von Houston, befand sich nicht im Dienst.

Fred war den Behörden schon lange ein Dorn im Auge. Er ist als Organisator und einzige bezahlte Kraft des „Gay Political Caucus" wesentlich an allen schwulen Aktivitäten in Houston beteiligt. Außerdem wirkt er an einem schwulen Programm des fortschrittlichen Radiosenders Pacifica KPFT mit.

Der Polizeimord kommt nicht von ungefähr. Bereits eine Woche zuvor waren bei der Razzia einer Bar 61 Männer festgenommen worden, einer Bar, die den höchsten Betrag für die Gay Pride Parade gespendet hatte. Am Tag darauf erhielt KPFT zwei Bombendrohungen. Bereits in den sechziger Jahren hatte der KuKluxKlan den Sender in die Luft gejagt.

Nach der Hiobsbotschaft versammelten sich am 29.6. in Houston 8.000 Menschen voller Zorn und Trauer trotz eines massiven Polizeiaufgebots, welches allerdings den geplanten Marsch verhinderte (Workers World, 4.7.80).

Weitere Märsche werden noch von Chicago (5.000), Seattle (2.000), Milwaukee und Tucson berichtet, doch eine vollständige Auflistung ist selbst der US-Presse unmöglich gewesen.

USA-Kommission


rosa
EINE ZEITUNG DER SCHWULEN BEWEGUNG
BESTELLUNGEN UND ZUSCHRIFTEN AN →
ROSA, HEEPER STR. 84, 4800 BIELEFELD 1

Gegen das Kinder-Sterben auf den Straßen!

Seit Jahrzehnten wachsen die Jugendverkehrsschulen der Deutschen SHELL und ebenso wächst das Kinderunfallrisiko. 25 Millionen Kinder wurden vom "Überlebenstraining" im Verkehr erfaßt: Mit welchem Erfolg? Gibt Shell unseren Kindern Sicherheit?

So lernten rund 25 Millionen Kinder und Jugendliche durch Pädagogen und Polizeibeamte frühzeitig die Praxis kennen – zum Schutz für sich und für alle anderen. Jährlich kommen über 3 Millionen hinzu. Die 745 Jugendverkehrsschulen sind eine Gemeinschaftsarbeit von Ministerien, Behörden, Verkehrswachten und dem Jugendwerk der Deutschen Shell.

Als Mitglied des Deutschen Verkehrssicherheitsrates wird Shell alle Bemühungen, die Sicherheit zu erhöhen, mit Entschiedenheit fortsetzen.

Shell gibt unseren Kindern Sicherheit.


Regine A. ist acht Jahre alt. Sie wohnt in einer Hauptverkehrsstraße in Hamburg. Zubringer zur Autobahn. Ab und zu will sie morgens beim Bäcker Brötchen holen. Der liegt genau ihrem Hause gegenüber. Die Straße ist ca. zehn bis zwölf Meter breit. Um acht Uhr früh donnern bereits LKWs, häufig fünf bis sechs hintereinander, Lieferwagen und PKWs mit Leuten, die zur Arbeit wollen. Die LKWs brausen oftmals so schnell vorbei, daß kind fast zur Seite gepustet wird. R. will auf die andere Seite. Der Verkehrsstrom reißt nicht ab. Zwar gibt es Fußgängerampeln in der Straße. Die eine liegt ca. 250 m, die andere ca. 300 m weit weg, d.h. von Ampel zu Ampel sind es 500- 600 m. R. wird ungeduldig. Die anderen warten oben auf die Brötchen. Jetzt, nach ca. fünf Minuten Wartezeit, hofft sie, einfach in einer verkehrsstillen Pause über die Straße sausen zu können. Der ankommende LKW scheint ihr noch weit weg. Sie rennt los, hat aber nicht gesehen, daß gerade in diesem Augenblick ein PKW den LKW überholt. Mit einem Satz kommt sie gerade noch auf der anderen Seite an. Nochmal gut gegangen ...

Letztes Jahr im Dezember verunglückte ein Kind an gleicher Stelle.

R. hatte Glück gehabt, aber ...

66.761 Kinder hatten 1976 Pech. Sie verunglückten auf der Straße. 1.393 davon tödlich. 1975 wurden von 100.000 Kindern, die als Fußgänger oder Radfahrer am Straßenverkehr teilnahmen, 348 verletzt oder gar getötet. Vergleichszahlen zu anderen europäischen Ländern: Niederlande, ein Land mit noch größerer Bevölkerungsdichte: 195; in den USA 149; in Schweden sogar nur 68.

In den letzten 30 Jahren befinden sich über 1,5 Millionen Kinder unter den Opfern im Straßenverkehr. Davon starben über 60.000. Hinzu kommt die große Zahl von verkrüppelten, behinderten, lebenslang ans Bett oder an den Rollstuhl gefesselten Kindern. Lange Krankenhausaufenthalte (so lag z.B. ein Junge nach einem Autounfall über acht Monate im Krankenhaus, was später sein gesamtes weiteres Leben stark belastete), in denen die Kin-
über acht Monate im Krankenhaus, was später sein gesamtes weiteres Leben stark belastete), in denen die Kin-
der meist von ihren Eltern und Spielkameraden getrennt sind, hinterlassen zudem erhebliche psychische Schäden.

Kinder-Verkehrstod auf den Straßen – Staatsfeind Nr. 1?

Eigentlich wäre angesichts solch erschreckender Zahlen von verkehrsgeschädigten Kindern anzunehmen, daß sich öffentliche Stellen und Behörden, vor allem auch eine Bundesregierung und Opposition, die sich über die Zukunft unseres Volkes derart viele Gedanken machen, daß sie Milliardenbeträge für die „innere und äußere Sicherheit" ausgeben, intensiv dieses Notstands annehmen. Beispielsweise einen Verkehrscomputer (warum nicht, haben die doch mit Nadis, Polis, Terroristenprogramm, Drogenfahndung genug Erfahrung!), der bundesweit alle Verkehrsunfallkriterien zusammenfaßt, analysiert, so daß daraus Vorschläge erarbeitet werden können, wie z.B. dem Verkehrstod von Kindern mit „präventiven Maßnahmen" begegnet werden könnte. Mitnichten! Hier begnügen sich die öffentlichen Stellen mit ihrem Allheilmittel, Jahr für Jahr neu angepriesen: der Verkehrserziehung, angefangen im Kindergarten in Zusammenarbeit mit Polizisten und „Verkehrskasper", fortgesetzt in der Schule.

Aber diese von der Autolobby (so führt z.B. Shell eigene, teuer bezahlte Verkehrserziehung durch; ADAC, Ford und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat ebenso) geforderte Verkehrserziehung ist kaum in der Lage, die Kinder vor dem zunehmend aggressiveren Straßenverkehr zu schützen: *„Je mehr verkehrserzogen wurde, je mehr stiegen gleichzeitig die Kinderunfälle an. (...) Über Jahrzehnte hinweg entspricht die Unfallentwicklung der steigenden Zahl von Kraftfahrzeugen und ihrer Fahrleistung. Offensichtlich hat Verkehrserziehung bei diesen Verkehrsverhältnissen keine Chance und dient damit als Alibi, um das Auto aus der Schußlinie zu bringen"* („Kind und Verkehr", herausgegeben vom Arbeitskreis Verkehr im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Juni 1979).

Ob z.B. sich verkehrserzogene Kinder besser, sicherer im Straßenverkehr verhalten als andere, ist wissenschaftlich nicht bestätigt. Dagegen haben verschiedene Untersuchungen bestätigt (u.a. von Inge Peter Habermann, Stuttgarter Studie, „Zeit" 25.6.76
verschiedene Untersuchungen bestätigt (u.a. von Inge Peter Habermann, Stuttgarter Studie, „Zeit" 25.6.76
und 4.2.77), daß die Kinder von vornherein als „verkehrsbehindernde Gruppe" anerkannt und entsprechend in das Verkehrsgeschehen miteinbezogen werden müssen: Was Verkehrserziehung nicht erreichen kann, da sie ja an dem Verhalten von Kindern kaum etwas verändert:

- Verunglückte Kinder besitzen gleich gutes Verkehrswissen wie nicht verunglückte;
- wegen der geringen Laufhöchstgeschwindigkeit hat z.B. ein fünfjähriges Kind ein doppeltes Risiko bei der Straßenüberquerung im Vergleich zu Erwachsenen;
- Kinder können hinter parkenden Autos oft den Kraftfahrer nicht erkennen und umgekehrt. Protokollierte Unfallursache in 30 % der Kinderunfälle: „Plötzliches Hervortreten hinter Sichthindernissen".
- Kinder sind wegen ihres körperlichen Wachstums motorisch unsicher, sie besitzen erheblich geringere Fähigkeiten zur Rechts-Links-Orientierung, zur Entferungseinschätzung, zur Geschwindigkeitseinschätzung und können akustisch Fahrzeuge oft nur schlecht örtlich bestimmen.
- Hinzu kommt, daß spielende Kinder oft in ihr Spiel so versunken sind, daß sie den Verkehr nicht wahrnehmen (Ball rollt auf die Straße). Sehen sie eine Bezugsperson auf der anderen Straßenseite, rennen sie oft — auch bei bester Verkehrserziehung — spontan hinüber.

Das soll nicht heißen, daß Kinderverkehrserziehung nicht notwendig ist, aber sie darf a) nicht als Alibi benutzt werden, und kann b) einfach nichts gegen das extrem hohe Unfallrisiko von Kindern ausrichten.

Verkehrserziehung o h n e andere weitgreifende, verkehrstechnische Veränderungen in Wohngebieten kann lediglich verstanden werden als Versuch, das „autogerechte Kind" herzustellen.

Hier werden nämlich nicht die Bedingungen verändert, unter denen die Kinder im Straßenverkehr leben, sondern das Kind wird als der „Störfaktor" erkannt und den Erfordernissen des Straßenverkehrs angepaßt. Eine sehr billige und kinderfeindliche Methode.

Radikale Veränderung der Verkehrssituation in Wohngebieten!

der Verkehrssituation in Wohngebieten!

Das Eingangsbeispiel zeigt das eigentliche Problem auf: Die Verkehrsverhältnisse in Wohngebieten entsprechen den Anforderungen des Straßenverkehrs, d.h. der Unternehmen, Betriebe usw., den Interessen des Kapitals: Schnelle Wege zu Betrieben, Arbeitsplätzen, Industriegebieten usw., und nicht den Interessen der Anwohner! Richtig „verkehrserzogen" hätte R. einen Weg von ca. 300 m zur Ampel zurückgelegt, auf die Grünphase gewartet, dann 300 m zum Bäcker zurückgelegt, Brötchen eingekauft, 300 m zur Ampel zurück, wieder die Grünphase abgewartet und 300 m zurück zur Haustür. R. hätte also, alleine zum Bäcker und zurück zu kommen, der direkt gegenüber ihrer Haustür liegt, getrennt durch den fast autobahnartigen Verkehr, etwa 1.200 m zurückzulegen. So kommt R. gut und gerne auf etwa 10 Min. Wegzeit. Rechnet kind nun Ampelwartezeit (2-3 Min.) ein, ist es bereits eine Viertelstunde.



Für die Kinder kaum 1 m Platz zum Spielen! Hinter den eng geparkten Wagen rasen LKWs und PKWs oftmals mit über 60/70 km vorbei.

Was läge bei verantwortungsbewußten Stadtplanern und Behörden näher, als die Ampel genau dahin zu bauen, wo sie hingehört: Dort, wo die Menschen im Wohngebiet von Geschäft zu Geschäft über die Straße müssen. Und weiter: Der Gehweg ist hier etwa 3 - 3,50m breit. Auf diesem Gehweg parken die Anwohner ihre PKWs. Zieht kind die Breite eines PKW mit etwa 2 m von der Gehwegbreite ab, bleiben für kind gerade noch 1 - 1,50 m Spielfläche. In besagter Straße parken die Wagen stoßstangeneng, d.h. die Kinder können auch den rasenden Straßenverkehr überhaupt nicht sehen, geschweige denn einschätzen. Ein Ball, der über die Straße rollt, ein Umfahren eines parkenden PKW mit dem Rade, beides endet auf der Straße! Hinzu kommt, daß für diesen Bereich k e i n e Spielfläche in nächster Nähe liegt.

Der nächhte Park liegt ca. 800 m weiter weg, der Spielplatz etwa 500 m; zu beiden Stellen müssen Straßen überquert werden.

R. mußte an der Ampel ca. 2-8 Min. warten, je nach Verkehrslage. Alleine diese Zeit ist für Kinder zu lange. Da will soviel gemacht werden, soviel eilt, kind will endlich nach Hause oder auf den entfernt liegenden Spielplatz! Ist dann endlich die Grün-Phase, dauert sie lediglich Sekunden! Anderswo, etwa in einem anderen Schnellstraßengebiet (Karolinenstraße - Messehallen) haben die Kinder mit Doppelampeln klarzukommen. (Übrigens liegen auch hier die beiden Ampeln 800 - 1.000 m auseinander, dazwischen die Wohnhäuser) Doppelampel bedeutet, rübersprinten bei einer Ampel, wenn die Grün-Phase ist – warten, bis die zweite Ampel „grünt", und dann ab zur U-Bahn, die ja eh gleich ankommt!

Ein noch drastischeres Beispiel für die Ignoranz und Kinderfeindlichkeit der Behörden: In Eimsbüttel (einem starkbewohnten Hamburger Arbeiterviertel) befinden sich an einem stark befahrenen Straßenabschnitt (Eimsbüttler Chaussee, liegt zwischen drei Durchgangs- und Zufahrtsstraßen, Zufahrt zur City und Entlastungsstraße, Hauptverkehrsstraße des dortigen Stadtteils, s. Skizze) neben den Einkaufsgeschäften für den täglichen Bedarf, Arztpraxen, Reinigungen auch drei Kindertagesstätten mit ca. 250 Kindern (ein kirchlicher, ein alternativer und ein portugiesischer Kindergarten). Die verkehrstechnische Anlage der Straßenführung trägt dem aber, trotz mehrfacher Proteste der Anlieger und Kitas, keine Rechnung.

Über Kopfsteinpflaster (man denke an den Bremsweg bei Regen!) rasen PKWs und LKWs durch die ca. 8 m breite Straße. Die Ampeln liegen ca. 500 - 600 m auseinander, nämlich an zwei Kreuzungen; d.h. wenn die Kinder mal zum anliegenden Supermarkt wollen, um Süßigkeiten zu kaufen, oder nach Hause wollen oder auf den einzigen in der Nähe liegen-

Kinder mal zum anliegenden Supermarkt wollen, um Süßigkeiten zu kaufen, oder nach Hause wollen oder auf den einzigen in der Nähe liegen-

den Spielplatz und Park usw. müssen sie diese überlastete Straße überqueren ohne irgendwelche Sicherheiten. Die Ampelschaltung zwischen den beiden Ampeln läuft zudem nicht parallel, d.h. wenn die obere Ampel rot hat, läuft die andere auf grün, um den Verkehrsfluß zügig zu halten. Das wiederum bedeutet ständigen Verkehr. Da in diesem Straßenabschnitt auch noch zwei kleinere Anliegerstraßen mit Abbiege- und Entlastungsverkehr liegen, müssen die Kinder zumeist mehr als 5 Minuten am Straßenrand warten, um mal rüberzukommen. Verkehrszeichen, die auf die drei anliegenden Kitas hinweisen, fehlen. Nicht einmal ein halbwegs absichernder Zebrastreifen, der für Kinder und Anwohner eine gewisse Hilfe wäre, ist vorhanden. Natürlich sind es dann die Kinder, die „ungeduldigen" oder „unaufmerksamen", wenn es mal zu einem Unfall kommt.

Das mußte mal so ausführlich geschrieben werden, um zu veranschaulichen, in welchen Situationen sich Kinder im Straßenverkehr befinden, bevor überhaupt ein Unfall passiert. Ähnliche Beispiele wird es überall geben.

Ein weiteres Beispiel: Wenn R. mit dem Fahrrad (dem beliebtesten und häufigsten Kinderverkehrsmittel) fahren will, kann sie dies nur auf der Straße tun: der Gehweg ist zu schmal und Fahrradwege gibt es hier nicht!

Ein etwas weiterliegender Fahrradweg endet vor einem Eisengitter, das die ganze Straßenecke umfaßt (s. Bilder). Will sie ihre Radtour fortsetzen, muß sie zunächst auf die stark befahrene Straße ausweichen, um dann die gegenüberliegende Fahrradspur zu erreichen.

Auch hier kann R. entweder nur weiterfahren, wenn k e i n Auto mehr kommt (das dauert in der Regel 10 Minuten) oder aber sie stürzt sich ins Abenteuer! Ebenso können Autofahrer R.s Absichten kaum erkennen,



Um auf die Weiterführung des Radweges zu gelangen müßen die radfahrenden Kinder auf den stark befahrenen Autobahnzubringer abbiegen. Gedankenlosigkeit oder Fahrlässigkeit der Behörden?! Und auf wessen Kosten!

sind zu Notbremsungen oder sonstigen Reaktionen, bzw. keinen, gezwungen.

Dies sollen nur ein paar alltägliche Beispiele sein, die belegen, daß es unsere Wohnsituationen sind, die die verkehrsgefährlichen Situationen wesentlich schaffen.

Eine vor längerer Zeit in Stuttgart durchgeführte Untersuchung belegt dies: *„Die Mehrzahl der Kinderverkehrsunfälle passiert in dichtbesiedelten Wohngebieten mit besonders hohem Verkehrsaufkommen und minimalen Spielmöglichkeiten für Kinder, die zu Hause oft in beengten Verhältnissen leben. 73 % der verunglückten Kinder hatten keine Möglichkeit, im direkten Umkreis der Wohnung zu spielen. In solchen Stadtgebieten sind Kinder um ein v i e l f a c h e s g e f ä h r d e t e r als Kinder in besseren Wohnvierteln"* („Kind und Verkehr...").

60 % aller Unfälle konzentrierten sich in dieser Stadt auf 9 von 54 Wohngebieten. 70 % der Unfälle ereigneten sich auf Straßen, auf denen sich in zwei Jahren 2 bis 12 Kinderverkehrsunfälle gehäuft hatten. Zugleich kam heraus, daß die Behörden in den meisten Fällen nichts zur Entschärfung der Unfallstrecken unternommen hatten. (Hier stünde eine weitere Untersuchung an, wie z.B. der „Vorrang des Autoverkehrs" die Spielstraßen, Spielplätze usw. in den letzten 30 Jahren verdrängt hat, worauf hier nicht eingegangen werden kann).



Verkehrsberuhigung der Straßen wäre das e i n z i g e geeignete Mittel, um dem Kindersterben auf der Straße beizukommen. Ein Beispiel alternativer Verkehrsplanung: Nach Auskünften der Stadtverwaltung im holländischen Delft hat sich dort nach einer konsequenten Verkehrsberuhigung k e i n schwerer Kinderverkehrsunfall mehr ereignet.

„Mit Verkehrsberuhigung wird aber noch sehr viel mehr erreicht, als Unfälle durch Zwang zum Langsamfahren zu vermeiden und Schwerverletzte und Tote praktisch auszuschließen. Denn statt einer Stätte der Angst für Anwohner, besonders für Eltern, Kinder und Alte, wird die Straße wieder ein Platz zum Bummeln, zum Gespräch, und ein Treffpunkt für alle Altersgruppen ... Verkehrsberuhigung kann auch nicht nur – wie oft praktiziert – nur als verkehrstechnische Maßnahme verstanden werden: Es geht um die bewohnbare Straße, um Spielstraßen für Kinder. Es geht um prinzipielle Verkehrsberuhigung, die Autoverkehr vermeidet und das zu Fuß gehen und das Radfahren attraktiver macht".

Kampagnen für Verkehrsberuhigung von Straßen!

Das „Jahr des Kindes" hat auch für die Kinder im Straßenverkehr nichts gebracht. Es sei denn, man hält die BILD-Aktion „Ein Herz für Kinder" für einen Erfolg.

Das Schicksal der Kinder auf der Straße müssen die betroffenen Eltern und Kinder schon selber in die Hand nehmen. Wohnt kind/frau/man in einer solchen verkehrsgefährdeten Straße, ist es am sinnvollsten, eine Bürgerinitiative zu gründen und gemeinsam mit anderen Kindern/Eltern gegen die ständige Gefährdung der Kinder durch den Straßenverkehr anzugehen. Der „Arbeitskreis Verkehr im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V." hat Forderungen in diesem Sinne aufgestellt:

1. Grundsätzliches Umdenken in Verkehrsplanung und Verkehrspolitik, Humanisierung statt Brutalisierung der Straße, das Grundrecht auf Leben und Gesundheit hat Vorrang vor der „freien Fahrt des freien Bürgers".
2. Statt vergeblicher Versuche, Kinder autogerecht an die Verkehrsverhältnisse anzupassen, sind diese an den schwächsten Verkehrsteilnehmern, den Kindern, aber auch Alten und Behinderten, auszurichten.
3. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs, besonders in städtischen Bereichen, muß vermindert werden, die Verkehrsbedingungen für Fußgänger, Radfahrer und öffentlichen Nahverkehr müssen attraktiver werden. Daher: prinzipielle Verkehrsberuhigung.
4. Die 15 Milliarden DM, die jährlich der Straßenausbau verschlingt, müssen umgelenkt werden in den verkehrsberuhigen-

Verkehrsberuhigung.
4. Die 15 Milliarden DM, die jährlich der Straßenausbau verschlingt, müssen umgelenkt werden in den verkehrsberuhigen-

den Straßenumbau.
5. Verkehrsberuhigung in Wohngebieten, um den Kraftverkehr zu verlangsamen und zu reduzieren und um Kinderunfälle zu verhindern. Die Maßnahmen müssen großflächig erfolgen und dürfen sich nicht auf Renommierstraßen beschränken.
6. Erstellung von Stadtkarten durch die Verkehrsbehörden, auf denen die Kinderverkehrsunfälle der letzten Jahre verzeichnet sind und die der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind.
7. Vorrangige Durchführung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten, die Kinderunfallschwerpunktgebiete darstellen.
8. Anlage kraftverkehrsfreier Spielstrassen, besonders in Wohngebieten mit schlechter Spielplatz- und Grünflächenversorgung, sowie in Straßen, die an Kindergärten und Schulen angrenzen.
9. Anlage von verkehrssicheren Fußwegverbindungen.
10. Konsequenter Ausbau/Instandsetzung des Radwegnetzes in Städten und Gemeinden, wobei Schulen, Schwimmbäder und andere Freizeiteinrichtungen für Kinder besonders berücksichtigt werden müssen.
11. Ergänzung der besonders gefährdeten Landstraßen durch Radwege.
12. Attraktive Pausenhofgestaltung an Schulen. Öffnung der Spielflächen am Nachmittag. Verlängerung der Pausenzeiten, damit Kinder nicht motorisch-emotional aufgeladen in den Verkehr entlassen werden.
13. Herrichtung von brachliegenden Grundstücksflächen für das Kinderspiel.
14. Stop dem Spielverbot auf Rasen, Höfen, usw., das Kinder auf die Straße treibt.
15. Statt steriler kinderfeindlicher Spielplatzgestaltung: Kindgerechte Spielplätze, insbesondere Einrichtung pädagogisch betreuter Aktivspielplätze.
16. Stop dem Autoverkehr erzeugenden Stadtautobahnbau durch ruhige Wohngebiete und besonders für Kinder wichtige Grünanlagen.
17. Gesetzliche Änderung der Schuldfrage beim Kinderverkehrsunfall: Der Kraftfahrer, der das besondere kindliche Verhalten im Verkehr nicht in seiner Fahrweise berücksichtigt, haftet beim Unfall.

Kinderkommission Hamburg

Hält die herrschende Mutterideologie nun Einzug im KB?

Kritik am Art. "Sind wir zu hart zu unseren Kindern" (180)

Unter dieser Überschrift wird in einem Rundumschlag die Situation der Kinder von KB-Genossen bejammert, um die Notwendigkeit der im November 1979 aufgestellten Thesen zu beweisen. Ich will im Folgenden im Wesentlichen auf den ersten Absatz des AK-Artikels eingehen, der meiner Ansicht nach die bisherige Grundlage der Erziehung von Kleinstkindern in Kinderinitiativen revidieren und letztlich die These „Das Kind gehört zur Mutter" bekräftigen soll.

Unter der Überschrift *„Fraueninteressen gegen Kinderinteressen"* wird eine Mutter kritisiert, die nach Ablauf des Mutterschutzes als Erzieherin in einer Kinderinitiative weiterarbeiten will und die ihr eigenes Kind in eine andere Initiative gibt, da keine zu starke Fixierung zwischen Mutter und Kind aufkommen soll und sie nicht den ganzen Tag mit dem eigenen Kind zusammensein will. *„Unserer Meinung nach wird das Kind nach einiger Zeit dahinterkommen, daß die Mutter, mit der es gern zusammen ist (das setzen wir voraus), jeden Tag in eine andere Initiative geht, um mit Babys zu spielen, kind selbst aber woanders hin muß. Wir halten es für ausgeschlossen, daß kind dem irgendwelche positiven Aspekte abgewinnen wird. Es wird sich wohl eher die Frage stellen: hat ... mich noch lieb?"* (AK 180). Aus dieser Kritik wird die allgemeine These abgeleitet: das Kind hat ein Anrecht auf einen Platz in der Initiative der Mutter. Der Umstand, daß Mutter und Kind in verschiedene Initiativen gehen, geht angeblich zu Lasten des Kindes, unterstellt der AK-Artikel, während er als Lösung des Problems den gemeinsamen Besuch derselben Initiative offeriert.

In dem angeführten Zitat wird das Wohlbefinden des Kindes einzig davon abhängig gemacht, was die Mutter tut. Es wird dem Kind jede Eigenständigkeit abgesprochen, es ist nur noch Anhängsel der Mutter, abhängig davon, was diese tut. Grundlage für die Errichtung von Kinderinitiativen war aber die Überzeugung, daß Kinder selbständige Persönlichkeiten sind und ein Recht haben, als solche behandelt zu werden, was meiner Meinung nach auch heute noch gilt. Folglich muß genau umgekehrt an das Problem rangegangen werden, d.h. wichtig für das Kind ist in erster Linie seine eigene Situation: ob es eine Kindergruppe hat, in der es sich wohl fühlt, ob es Vertrauen zu den Erziehern hat, ob in der Initiative

Linie seine eigene Situation: ob es eine Kindergruppe hat, in der es sich wohl fühlt, ob es Vertrauen zu den Erziehern hat, ob in der Initiative

sinnvoll auf die Kinder eingegangen wird, ob ihm die nötige emotionale Sicherheit gegeben werden kann. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, wird das Kind seine Mutter auch nicht vermissen und schon gar nicht fragen, ob es noch geliebt wird. Erst in dem Moment, in dem das Kind selbst, aus seiner eigenen Situation heraus, Schwierigkeiten hat, z.B. mit einzelnen Kindern oder Erziehern, schlechte Gruppenkonstellation oder Probleme zu Hause, wird es diese natürlich artikulieren – und da sind Trennungsängste in der Regel die erste Reaktion. In diesem Fall muß natürlich der Grund für solche Reaktionen gesucht werden, aber man kann nicht, wie bürgerliche Erziehungswissenschaftler es uns unentwegt vormachen, als Ursache allen Übels die Trennung von der Mutter ansehen, was in diesem Fall von den Genossen der KB-Kinderkommission schon gemacht wird, b e v o r Probleme auftauchen.

Weil die Genossin nun zufällig Erzieherin in einer Kinderinitiative ist, hat sie die Möglichkeit, ihr Kind den ganzen Tag bei sich zu haben, was sie dann auch auf jeden Fall tun sollte. Das heißt aber nichts anderes, als daß Kinderinitiativen eine Notlösung sind. Es wäre eigentlich sinnvoller, es täten sich einige Mütter zusammen, damit die Kinder Gleichaltrige zum Spielen haben, auf keinen Fall aber sollten die Kinder von ihren Müttern getrennt werden. Genau solchen Vorstellungen sollte aber meiner Ansicht nach mit dem Aufbau von Kinderinitiativen entgegengetreten werden. Es ging doch darum, die Kinder in ihrer Entwicklung zur Selbständigkeit zu fördern, aus der Praxis ein Konzept für die kollektive Kleinkindererziehung zu entwickeln und unter Beweis zu stellen, daß die Erziehung in der Initiative der Entwicklung der Kinder förderlicher ist und ihren Bedürfnissen viel mehr entspricht, als die individuelle Erziehung in der Familie. Für die Mütter war mit dem Aufbau von Kleinkinderinitiativen die Möglichkeit geschaffen, in der Praxis zu erfahren, daß es richtig ist, die traditionelle Mutterrolle in Frage zu stellen und für sich selbst „Muttersein" neu zu definieren, was nichts anderes heißt, als sich zu emanzipieren.

Nun nutzt eine Mutter diese Möglichkeit und nimmt für sich das Recht in Anspruch, ihren Beruf auszuüben und zu sagen, ich w i l l mein Kind nicht mitnehmen, da wird ihr im AK die herrschende Mutterideologie um die Ohren geschlagen. Sie allein wird für das Wohl und Wehe ihres Kindes verantwortlich gemacht, muß immer für das Kind dasein, nur noch verbal wird ihr das Recht zugestanden, Ansprüche an Vater und Initiative zu stellen. Dabei scheint mir die Entscheidung dieser Mutter die einzig sinnvolle zu sein, da ich den Konflikt, gleichzeitig Mutter und Erzieherin sein zu müssen, für momentan nicht lösbar halte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es möglich ist, soweit mit den herkömmlichen Vorstellungen von Mutter-Kind-Beziehungen aufgeräumt zu haben, daß das Verhältnis zu den anderen Kindern dem zum eigenen Kind entspricht. Das ist aber die Voraussetzung dafür, daß es nicht zu Konflikten kommt, die den Rahmen dessen, was in Kinderinitiativen üblich und lösbar ist, sprengen. Da das Kind die Unsicherheiten der Mutter spürt und darauf reagiert,

üblich und lösbar ist, sprengen. Da das Kind die Unsicherheiten der Mutter spürt und darauf reagiert,

werden beide sich gegenseitig unentwegt behindern. Diese Konflikte werden natürlich ihre Fortsetzung im „privaten" Bereich finden. Demgegenüber ist das Verhältnis Mutter-Kind viel unbelasteter und erfährt viel mehr Impulse von außen, wenn beide in verschiedenen Initiativen die Möglichkeit haben, unabhängig voneinander ihre Erfahrungen zu machen und ihren Bedürfnissen nachzugehen.

Bis jetzt ist auf diese neue Linie im AK noch keine Kritik erfolgt. Bleibt zu hoffen, daß diese Frage in den Kinderinitiativen selbst problematisiert wird und den Genossen ihre eigenen ehemaligen Ansprüche, nämlich eine fortschrittliche Erziehung zu machen und Kinder nicht als ein individuelles Problem Einzelner zu begreifen, in Erinnerung gerufen werden.

Eine Sympathisantin der „Gruppe Z", Flensburg

ANZEIGE



Aus dem Inhalt:
- Gerichte und Sozialämter entscheiden:
KINDERURLAUB gehört nicht zur MENSCHENWÜRDE!
- Wenn Kinderhauskinder in die Schule kommen...
incl. A 2-Poster DM 2,00



zu beziehen über:
Kinderhaus, Heinrichstr. 14 a
2000 Hamburg 50

Hamburger Landesverband weiter im Schußfeld

Auf der Bundeshauptausschußsitzung am 12./13. Juli in Bremen wurde von verschiedenen Seiten der Hamburger Landesverband unter Beschuß genommen. Ihm wurde vorgeworfen, von der Z-Gruppe majorisiert zu werden und eine Kandidatenliste aufgestellt zu haben, die eher bunt-alternativ als ökologisch grün sei.

Hoss: „Randgruppenpolitik" der Z

Willi Hoss, baden-württembergischer Spitzenkandidat der Grünen, war einer der Wortführer gegen den Hamburger Landesverband. In einem Interview mit der „taz" wiederholte er seine Vorwürfe. Die Hamburger Landesliste, *„die nicht nur von Wertkonservativen abgelehnt wird"*, halte unter anderem als Argument dafür her, *„daß einige nicht mehr bei den Grünen mitmachen können, sich zurückziehen oder aus der Partei austreten"* („taz", 15.8.). Grund sei, ein Homosexueller auf Platz eins und ein Gefangener auf Platz drei. Diese bereits aus der Bunten Liste bekannte *„Randgruppenpolitik"* lenke *„die Aufmerksamkeit des kritischen Teils der Bevölkerung auf ein Nebenproblem grüner Politik ..., anstatt auf die Hauptfragen"*. Denkwürdig ist dann die Aussage von Hoss: *„Die Homosexuellen-Frage wird nicht die Hauptfrage im Kampf gegen das Atomkraftwerk Wyhl sein"*. Wer hätte das gedacht? Umgekehrt wird allerdings ein Schuh draus: Löst denn der Kampf gegen das AKW Wyhl die Unterdrückung der Schwulen?

Hoss befindet sich mit seiner Argumentation gegen die Hamburger Landesliste in trauter Eintracht mit der „Fünf vor Zwölf"-Linie von Olaf Dinné, die besagt, daß alle anderen Probleme zunächst einmal hinter der Lösung des Hauptproblems, dem Lösen der ökologischen Krise, zurückstehen müssen. Wie viele ehemalige Linke bei den Grünen (auch Hoss wirft der Z und anderen Linken vor, sie seien *„noch verhaftet in der Weise, wie sie früher Politik gemacht haben"*) löst er sich dabei zunehmend von seinen einstigen sozialistischen Zielsetzungen, was er in zitiertem „taz"-Interview am Beispiel seines eigenen Hauptarbeitsfeldes, dem Betrieb, verdeutlicht. Der Z-Gruppe wirft er vor, daß sie *„die Frage der Umverteilung nach wie vor in den Vordergrund stellt"*, sprich: daß sie daran festhält, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu verändern (ein sympathischer Zug an der Z).

Munter wirft der Betriebsrat und Gewerkschafter Hoss dann kapitalistische Überproduktion, Produktion und Konsum *„unnötiger Dinge"* sowie *„Umverteilung"* durcheinander als Produkte der von den Grünen zu lösenden *„Wachstumsfrage"*.

Sein Wandel vom Sozialisten zum Ökologen, seine Nähe zu ausgetretenen oder zurückgezogenen Grünen wie Gruhl, Springmann, Dinné oder

desliste in trauter Eintracht mit der „Fünf vor Zwölf"-Linie von Olaf Dinné, die besagt, daß alle anderen Probleme zunächst einmal hinter der Lösung des Hauptproblems, dem Lösen der ökologischen Krise, zurückstehen müssen. Wie viele ehemalige Linke bei den Grünen (auch Hoss wirft der Z und anderen Linken vor, sie seien *„noch verhaftet in der Weise, wie sie früher Politik gemacht haben"*) löst er sich dabei zunehmend von seinen einstigen sozialistischen Zielsetzungen, was er in zitiertem „taz"-Interview am Beispiel seines eigenen Hauptarbeitsfeldes, dem Betrieb, verdeutlicht. Der Z-Gruppe wirft er vor, daß sie *„die Frage der Umverteilung nach wie vor in den Vordergrund stellt"*, sprich: daß sie daran festhält, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu verändern (ein sympathischer Zug an der Z).
Munter wirft der Betriebsrat und Gewerkschafter Hoss dann kapitalistische Überproduktion, Produktion und Konsum *„unnötiger Dinge"* sowie *„Umverteilung"* durcheinander als Produkte der von den Grünen zu lösenden *„Wachstumsfrage"*.
Sein Wandel vom Sozialisten zum Ökologen, seine Nähe zu ausgetretenen oder zurückgezogenen Grünen wie Gruhl, Springmann, Dinné oder
Brandt ist unverkennbar. Die Kritik an der Hamburger Landesliste ist der Versuch, sozialistische Positionen sowie die Positionen der Bunten und Alternativen Listen bei den Grünen weiter zu isolieren. Die „taz" hat auch hierbei mit ihrem Interview wieder brav mitgeholfen (bisher wurde noch niemand aus dem angegriffenen Hamburger Landesverband interviewt).

Karl-Heinz Galander antwortet

Bereits am 17. Juli hat Karl-Heinz Galander, Gefangener und Dritter auf der Hamburger Landesliste, Hoss geschrieben und ihm ein Gespräch angeboten. In dem Brief schreibt er: *„Wenn jetzt der Hamburger Landesverband DIE GRÜNEN kaum noch Berührungsängste mit Schwulen, Gefangenen und Minderheiten usw. zeigt, ihnen einen dermaßen hohen Vertrauensbeweis entgegenbringt, sie als Kandidaten zur Bundestagswahl zu nominieren, sollte man erwarten, daß du als fortschrittlicher Betriebsrat aus Deinem politischen Verständnis heraus diese Kandidaten auch akzeptierst und unterstützt"*.

Und in einem Leserbrief an die „taz" schreibt Galander: *„Es wäre eine Heuchelei, aus wahltaktischen Erwägungen den Schwulen oder den Gefangenen vor der Wahl ‚verschwinden' zu lassen und würde von abgestandener spießbürgerlicher Moral zeugen; zudem wäre das ein Wahlbetrug. Diese Taktik ist uns ebenfalls von den Etablierten zur Genüge bekannt"* („taz", 22.8.).

Rücktritte von der Hamburger Landesliste

Die am 12./13. Juli eröffnete Kampagne gegen die Hamburger Liste hat erste Auswirkungen in Hamburg selbst. Zwei der sieben Kandidat(inn)en sind zurückgetreten, ohn e daß dies bisher offiziell bekanntgemacht wurde: Auf Platz vier die Grafikerin Thea Röschert (die offensichtlich die von rechts kommende Kritik der „Unausgewogenheit" der Liste teilt) und auf Platz sechs der Betriebsratsvorsitzende Helmut Kynast. Kynast, der auf der Bundeshauptausschußsitzung die Hamburger Liste noch verteidigte, deutete in einem Schreiben vom 16.7. die Begründung hierfür schon an, wenn er schreibt: *„Sicherlich entspricht die Kandidatenaufstellung dem Selbstverständnis der Mehrheit der noch an Versammlungen teilnehmenden Grünen. Aber diese Mehrheit muß sich darüber im Klaren sein, daß sie damit lediglich die eigenen Anhänger und Sympathisanten mobilisiert — vielleicht 3% — und keinen Wähler darüber hinaus. Sollte sich an diesem Selbstverständnis nichts ändern, werden die Grünen ihren Anspruch aufgeben müssen, von den kritischen, sich von den etablierten Parteien gerade abwendenden Wählern als ernsthafte Alternative in Betracht gezogen zu werden"* („Info der Grünen Hamburg", Nr. 1).

Der Hamburger Grünen-Pressesprecher Jürgen Reents bezeichnete die Rücktritte auf einer Sitzung seines Kreisverbandes als „parteischädigend" ...

Landesmitgliederversammlung der Grünen Rheinland-Pfalz

Anläßlich der Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl fand am 9.8. in Ludwigshafen ein Landesparteitag statt. Nach einer heftigen Diskussion über Formen und Gefahren von Parlamentsarbeit wurde mit 32 zu 21 zu 1 beschlossen, daß sich eventuelle Vertreter der Grünen im Parlament im routierenden System nach zwei Jahren ablösen sollen.

Dabei sollen durch Teilung der Abgeordnetenbezüge stets vier Grüne in Bonn arbeiten.

Einstimmig beschloß man, daß ein Abgeordneter kein Vorstandsamt auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene innehaben darf.

Mit 60 von ca. 67 anwesenden Stimmberechtigten wurde anschliessend Roland Vogt (bis zu seiner Aufstellung als Direktkandidat im Wahlkreis Bad Dürkheim Vorstandsmitglied der BBU) auf Platz 1 der Landesliste gewählt.

Auf die weiteren drei relevanten Plätze kamen: die Koblenzer Fremdsprachensekretärin Anni Pott, die sich als „Feministin" vorstellte und für die Streichung des § 218 eintrat, der Sozialpädagoge Harald Paulitz und der Bitburger Bauer Alfred Hauer. Diese beiden vertraten eher kleinbürgerliche Positionen, so forderten sie zwar die Entflechtung der Großkonzerne, aber bei Beibehaltung überschaubarer mittelständischer Betriebe.

Als erfreulich kann gewertet werden, daß der vor Karlsruhe als Initiator von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen linke Grüne aufgefallene, durch sein offenkundig karrieristisches Verhalten und seine innerparteilichen Polemiken umstrittene Geschäftsführer Norbert Klein nicht gewählt wurde.

Zum Schluß kam es dann in der ohnehin gereizten Atmosphäre doch noch zum Knall, als Roland Vogt beantragte, den Aufruf von BBU und DFG-VK zu den Anti-Kriegs- und Anti-AKW-Demonstrationen in Kal-

Stimmberechtigten wurde anschliessend Roland Vogt (bis zu seiner Aufstellung als Direktkandidat im Wahlkreis Bad Dürkheim Vorstandsmitglied der BBU) auf Platz 1 der Landesliste gewählt.
Auf die weiteren drei relevanten Plätze kamen: die Koblenzer Fremdsprachensekretärin Anni Pott, die sich als „Feministin" vorstellte und für die Streichung des § 218 eintrat, der Sozialpädagoge Harald Paulitz und der Bitburger Bauer Alfred Hauer. Diese beiden vertraten eher kleinbürgerliche Positionen, so forderten sie zwar die Entflechtung der Großkonzerne, aber bei Beibehaltung überschaubarer mittelständischer Betriebe.
Als erfreulich kann gewertet werden, daß der vor Karlsruhe als Initiator von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen linke Grüne aufgefallene, durch sein offenkundig karrieristisches Verhalten und seine innerparteilichen Polemiken umstrittene Geschäftsführer Norbert Klein nicht gewählt wurde.
Zum Schluß kam es dann in der ohnehin gereizten Atmosphäre doch noch zum Knall, als Roland Vogt beantragte, den Aufruf von BBU und DFG-VK zu den Anti-Kriegs- und Anti-AKW-Demonstrationen in Kal-
kar und in Lingen/Nordhorn (s. AK 182) zu unterstützen.

Einige angeblich ML-geschädigte Grüne erzürnten sich darüber, daß auf dem Vorbereitungstreffen in Bonn eine durch gezielte Einladungen vorhandene DKP nahestehende Mehrheit einen ebenso mit DKP-Positionen gespickten Aufruf (es fehle die ausreichende Kritik an der Aufrüstung des Ostblocks) durchgesetzt hätten. Damit würde man sich im anstehenden Wahlkampf nur schaden. In der allgemeinen Turbulenz und dem wirklich nicht mehr alternativen Geschreie – Roland Vogt durfte den Aufruf noch nicht einmal vorlesen – entschied man, den Aufruf durch Veröffentlichung im „Grünen Landboten" (Zeitung der rheinland-pfälzischen Grünen) zur Diskussion an die Basis zurückzuverweisen.

Alles in allem ein Landesparteitag, der eher die allmähliche Verselbständigung der parteiformalen Bürokratie als die Handlungsfähigkeit und Einheit der Grünen dokumentierte.

* * *

Die Trierer Grünen wählten am 13.8. Richard Maxheim zu ihrem Direktkandidaten. Von Beruf ist er Polizist und würde deshalb auch nicht an Demonstrationen teilnehmen. Abtreibung ist für ihn Mord. Da er noch keine drei Monate bei den Grünen mitarbeitet, scheint er aus karrieristischen Motiven kandidieren zu wollen.

Ein Großteil der jüngeren und fortschrittlicheren Trierer Grünen war aufgrund des Wahlgesetzes nicht stimmberechtigt, da sie ihren 1. Wohnsitz nicht in Trier haben. Sie wollen sich nun nicht am Wahlkampf beteiligen und es wird nun auch in Trier zu einer immer stärkeren Kontroverse zwischen den nur ökologischen, parlamentsorientierten und den meist undogmatisch linken Grünen kommen.

Ein Sympathisant des KB bei den Grünen

Veröffentlichung im „Grünen Landboten" (Zeitung der rheinland-pfälzischen Grünen) zur Diskussion an die Basis zurückzuverweisen.
Alles in allem ein Landesparteitag, der eher die allmähliche Verselbständigung der parteiformalen Bürokratie als die Handlungsfähigkeit und Einheit der Grünen dokumentierte.
* * *
Die Trierer Grünen wählten am 13.8. Richard Maxheim zu ihrem Direktkandidaten. Von Beruf ist er Polizist und würde deshalb auch nicht an Demonstrationen teilnehmen. Abtreibung ist für ihn Mord. Da er noch keine drei Monate bei den Grünen mitarbeitet, scheint er aus karrieristischen Motiven kandidieren zu wollen.
Ein Großteil der jüngeren und fortschrittlicheren Trierer Grünen war aufgrund des Wahlgesetzes nicht stimmberechtigt, da sie ihren 1. Wohnsitz nicht in Trier haben. Sie wollen sich nun nicht am Wahlkampf beteiligen und es wird nun auch in Trier zu einer immer stärkeren Kontroverse zwischen den nur ökologischen, parlamentsorientierten und den meist undogmatisch linken Grünen kommen.
Ein Sympathisant des KB bei den Grünen

Landesversammlung der Grünen NRW

Auf ihrer Landesversammlung am 16./17.8. in Köln haben die NRW-Grünen ihre Wahlkampfkonzeption und ihre Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt.

Die Wahlkampfkonzeption sieht fünf Schwerpunkte vor:

1. Beteiligung an Aktivitäten gegen die „Internationale Polizeischau" am 6. September in Kalkar sowie an Aktionen gegen den mittlerweile abgesagten „Tag der Bundeswehr".
2. Beteiligung an Gegenaktivitäten gegen die öffentliche Vereidigungsschau der Bundeswehr in Kamen am 11.9. durch die umliegenden Kreisverbände.
3. Lokale Aktionen am von der Bundeswahlkampfkommission Kultur vorgeschlagenen bundesweiten Aktionstag am 20.9.
4. Beteiligung am „Alternativen Produktionskongreß" vom 12. - 14.9. in Essen.
5. Unterstützung des „anachronistischen Zuges" nach Brecht gegen Strauß in den NRW-Städten, die von diesem Zug erreicht werden.

Neben diesen recht vielversprechenden Aktionsvorhaben blieb allerdings die bundesweit geführte Kontroverse um die Wahlkampfgrundlage (NRW-Landtagswahlprogramm, Dortmunder Wahlplattform, und/oder Saarbrücker Programm) ungeklärt, bzw. wurde gar nicht geführt.

Die Landesliste ergab auf den vorderen Plätzen die Reihenfolge:

1. Josef Beuys
2. Anne Neugebauer (als Linke bekannt, Landesvorstand)
3. Werner Vogel (GAZ)
4. Marianne Hürten (linke Betriebsrätin)
5. Wilhelm Knabe (Landesvorstand)
6. Gerda Degen (Landesvorstand)

Letztere bekennt sich nach wie vor zu ihrer Unterzeichnung der 24er Erklärung von Gruhl. Da vier Landesvorstandsmitglieder auf der Kandidatenliste vertreten sind, mußte dieser neu zusammengesetzt werden. Für den Restvorstand wurde auf der Versammlung u.a. Martin Schata als Sprecher vorgeschlagen, was allerdings nach heftiger Kontroverse abgelehnt wurde. Schata wurde vor allem von Eckart Strathmann als Helfer der „K-Gruppen" angegriffen, wofür u.a. sein Interview im letzten ARBEITERKAMPF als Beleg bemüht wurde. Strathmann, der sich zur Mitgliedschaft bei den „undogmatischen Sozialisten" in den Grünen bekennt, benutzte die Angriffe gegen Schata zur „Generalabrechnung" mit den Unterwanderungsversuchen durch die „K-Gruppen", denen er sich entgegenstellen wolle. Seine Ausführungen wurden vor allem von rechteren Grünen beifällig begrüßt. Schata hat sich angesichts dieser Angriffe völlig aus dem Landesvorstand zurückgezogen.

Insgesamt war dieser Vorfall typisch für die Situation der Linken bei den Grünen, die sich entweder ganz zurückgezogen haben, oder auf offensive Auseinandersetzungen verzichten. Gegenüber den Vorbereitungen der Landtagswahl war eher Resignation und Stärkung der rechteren Grünen (u.a. auch bei der Listenaufstellung) zu verzeichnen, wenngleich es verfehlt ist, von einem Rechtsruck zu sprechen.

Offener Brief: Kleine Anfrage an das »Leidende Gremium«

Sehr geehrte Damen und Herren,
hochverehrtes Publikum!

Mir ist zu Ohren gekommen, daß Sie eine Diskussion über eine Wahlempfehlung bzw. -unterstützung in Ihrem Zentralorgan begonnen haben. Offensichtlich beabsichtigen Sie, die Partei DIE GRÜNEN dort zu unterstützen, wo fortschrittliche Kandidaten(innen) gewählt wurden und ebensolche Programmpositionen vertreten werden. Da ich — peinlich, peinlich — der Spitzenkandidat der Hamburger GRÜNEN für die Bundestagswahl bin, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einige bescheidene Fragen:

1. Da ich bislang nicht den Hauch von Unterstützung Ihrerseits erfahren habe, drängte sich mir die bange Frage auf: bin ich fortschrittlich? Da ich sicher bin, daß Sie zur Beantwortung dieser Frage über geeignete Kriterien verfügen, bitte ich Sie, baldmöglichst die „linke Elle" an mich zu legen und mir das Ergebnis mitzuteilen. Sollten darüberhinaus weitere „Fortschrittlichkeitsprüfungen" Ihrerseits für notwendig gehalten werden, bitte ich Sie um baldige Übersendung der Prüfungsunterlagen.

2. Aus Ihren überaus differenzierten Stellungnahmen habe ich leider nicht ersehen können, ob Sie die Frage einer Wahl*empfehlung* oder die einer Wahl*kampfunterstützung* erörtern. Da Sie frühere Wahlkämpfe auch unter dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man *tut es*" bestritten, kann ich mir nur schwerlich vorstellen, daß Sie sich mit einem plumpen Wahlaufruf in Ihrem Zentralorgan begnügen wollen. In diesem Zusammenhang interessiert mich die Frage, welche Formen der aktiven Wahlkampfunterstützung, insbesondere in Hamburg, Sie beabsichtigen?

3. Da Sie die Diskussion in der letzten Ausgabe Ihres Zentralorgans gerade erst „begonnen" haben, möchte ich gerne wissen: stimmt das Gerücht, daß er KB beim Bundeswahlleiter und den zuständigen Behörden eine Verschiebung des Wahltermins um mindestens 6 Monate beantragt hat, um die Wahldiskussion in der angemessenen Breite führen zu können?

Mit der Bitte um Abdruck und Beantwortung meiner Fragen in Ihrer Volksillustrierten

Hochachtungsvoll errötend

Ihr

(Corny Littmann)

Lieber Corny

Vielen von uns sind Deine Späße als witzig und häufig politisch spitz und treffend bekannt. Doch nicht jeder undogmatisch-witzig klingende Spaß muß treffen, wie Dein „Offener Brief" zeigt. Ich halte ihn eher für dumm-frech und peinlich. Am 7.8. lädt uns Aram Ockert für Die Grünen Hamburg zu einem Gespräch ein, da Ihr „erfreut erfahren habt", daß unsere Organisation den Wahlkampf der Grünen unterstützt, um mit uns Möglichkeiten und Formen der Unterstützung zu diskutieren. Darüber läßt sich reden. Genauso wie Ihr akzeptieren könntet, daß im KB lange und ausführlich über die Frage Wahlkampfunterstützung oder Empfehlung diskutiert wird. Wir gehören zum beachtlich großen Teil der Linken, die sich nicht fest in den grünen Sattel geschwungen haben, das müßte doch auch dem Spitzenkandidaten der Hamburger Grünen verständlich zu machen sein?!

Dein Brief, lieber Corny, sagt allerdings: Scheiß auf die Unterstützung der Linken, bzw. ausgewählter Teile der Linken. Diese Erfahrung ist für uns nicht neu. Eine solche Selektion in gute und schlechte Linke hat den

Lieber Corny
Vielen von uns sind Deine Späße als witzig und häufig politisch spitz und treffend bekannt. Doch nicht jeder undogmatisch-witzig klingende Spaß muß treffen, wie Dein „Offener Brief" zeigt. Ich halte ihn eher für dumm-frech und peinlich. Am 7.8. lädt uns Aram Ockert für Die Grünen Hamburg zu einem Gespräch ein, da Ihr „erfreut erfahren habt", daß unsere Organisation den Wahlkampf der Grünen unterstützt, um mit uns Möglichkeiten und Formen der Unterstützung zu diskutieren. Darüber läßt sich reden. Genauso wie Ihr akzeptieren könntet, daß im KB lange und ausführlich über die Frage Wahlkampfunterstützung oder Empfehlung diskutiert wird. Wir gehören zum beachtlich großen Teil der Linken, die sich nicht fest in den grünen Sattel geschwungen haben, das müßte doch auch dem Spitzenkandidaten der Hamburger Grünen verständlich zu machen sein?!
Dein Brief, lieber Corny, sagt allerdings: Scheiß auf die Unterstützung der Linken, bzw. ausgewählter Teile der Linken. Diese Erfahrung ist für uns nicht neu. Eine solche Selektion in gute und schlechte Linke hat den
gesamten grünen Parteibildungsprozeß begleitet. Erstaunen tut uns nur, daß der Spitzenkandidat eines Landesverbands, der selber als Linker ins Schußfeld rechter und sich links nennender Grüner geraten ist, in der Weise verfährt. Lieber Corny, die Probleme, die Euer Landesverband hat, fangen erst an, und nicht wenige Grüne liebäugeln damit, Euch von der Gesamtpartei abzukoppeln. Unterstützung von links könnte da doch eigentlich willkommen sein, oder seid Ihr bereits so stark in Hamburg, daß nichts Euch mehr aus dem Sattel haut?

Unser Eindruck ist, daß gerade nach der jüngsten Entwicklung (Rücktritte von der Landesliste) ein Vergleich der Grünen mit der Bunten Liste von 1978 erlaubt sein muß: die von Euch erreichte Bündnisbreite war sicher auch in der BuLi erreicht. Es gibt allerdings zwei wichtige Unterschiede: das Bunte-Liste-Bündnis war breiter nach links ausgelegt und hatte reichlich mehr aktive Unterstützer. Eine Zeit lang mag es gehen, von der Ausstrahlung grünen Glanzes zu leben, aber auf Dauer läßt sich damit auch nicht Politik machen; solcher Glanz kann schnell verblassen.

Bezüglich der Verschiebung der Bundestagswahlen ist mir nichts bekannt, allerdings möchte ich nicht ausschließen, daß hier ganz besonders gewiefte KB-Taktiker am Werk sind. Die gehen davon aus, daß ein weiteres halbes Jahr Grüne und Wahldiskussion deren begonnenen Zerfallsprozeß zum Abschluß gebracht hat, und der KB dann mit einer Alleinkandidatur den großen Durchmarsch macht. Diese Fraktion im KB arbeitet aller-

zung von links könnte da doch eigentlich willkommen sein, oder seid Ihr bereits so stark in Hamburg, daß nichts Euch mehr aus dem Sattel haut?
Unser Eindruck ist, daß gerade nach der jüngsten Entwicklung (Rücktritte von der Landesliste) ein Vergleich der Grünen mit der Bunten Liste von 1978 erlaubt sein muß: die von Euch erreichte Bündnisbreite war sicher auch in der BuLi erreicht. Es gibt allerdings zwei wichtige Unterschiede: das Bunte-Liste-Bündnis war breiter nach links ausgelegt und hatte reichlich mehr aktive Unterstützer. Eine Zeit lang mag es gehen, von der Ausstrahlung grünen Glanzes zu leben, aber auf Dauer läßt sich damit auch nicht Politik machen; solcher Glanz kann schnell verblassen.
Bezüglich der Verschiebung der Bundestagswahlen ist mir nichts bekannt, allerdings möchte ich nicht ausschließen, daß hier ganz besonders gewiefte KB-Taktiker am Werk sind. Die gehen davon aus, daß ein weiteres halbes Jahr Grüne und Wahldiskussion deren begonnenen Zerfallsprozeß zum Abschluß gebracht hat, und der KB dann mit einer Alleinkandidatur den großen Durchmarsch macht. Diese Fraktion im KB arbeitet aller-
dings konspirativ und am „Leidenden Gremium" vorbei.

Ansonsten eine Bitte: Sprecht Euch doch noch einmal ab, ob eine Wahlkampfunterstützung vom KB überhaupt gewünscht wird; hat Aram da unabgesprochene Alleingänge gemacht?

Mit freundlich-leidenden Grüßen
hr (KB/Hamburg)

Grüne offen nach rechts?

Selbst der „TAZ" erschien dieses Interview als *„fragwürdig"*. Wolf-Dieter Hasenclever, Landtags-Spitzenkandidat in Baden-Württemberg, gab der faschistischen italienischen Zeitung für Italiener im Ausland, „Oltre Consine", ein ausführliches Interview. Diese Zeitung unterstützt offen die faschistische MSI in Italien. Der Hasenclever-Beitrag erschien auf Seite eins, aufgemacht neben einem Beitrag des MSI–Führers Almirante. Laut „TAZ" haben in dieser Zeitung bereits Otto von Habsburg und Strauß geschrieben. Wichtig erschien den Interviewern vor allem festzustellen, ob die Grünen nun links oder rechts sind. Hasenclever hält diese Unterscheidung natürlich für *„veraltet"*. *„. . . Wenn man unter rechts die Erhaltung grundlegender Werte versteht, wie die Erhaltung menschlicher Wärme in familiären Beziehungen, der Erhaltung der Natur und die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen, dann bin ich sicherlich rechts"* („TAZ", 15.8.). Das Herz der faschistischen Zeitungsmacher dürfte höher geschlagen haben angesichts solcher Äußerungen.

Hasenclever erklärte gegenüber der „TAZ", daß er die Zeitung nicht gekannt habe, und sich diese bei ihm als *„Zeitschrift für italienische Gastarbeiter"* vorgestellt habe. So habe sie u.a. *„wesentliche Passagen, die seine Identifikation mit wesentlichen Zielen der Linken zum Inhalt (hatten), weggelassen"* („TAZ", 15.8.)

Ob er so naiv ist ? Zweifel dürfen aufkommen, wenn man weiß, daß Hasenclever und eine Reihe prominenter Grüner demnächst im CSU-nahen Seewald-Verlag (der bekannt ist für seine reaktionären, Strauß-freundlichen Publikationen sowie Militärschriften!) als Autoren in einem Buch „Die Grünen – Personen, Projekte, Programme" an die Öffentlichkeit treten. Neben Hasenclever schreiben hier: Carl Amery, Herbert Gruhl, Wilfried Heidt, Petra Kelly, Holger Strohm, Baldur Springmann, Roland Vogt u.a.. Herausgeber: Olaf Dinne und Hans Werner Lüdke. Die Aufgabe des „veralteten Koordinatensystems links - rechts" scheint zunehmend eine aufweichende rechte Flanke zu bewirken – oder gehört es nicht zum alternativen Anspruch der Grünen, daß man der Reaktion nicht die Vermarktung der eigenen Ansichten gestattet ?

Strauß in Hamburg Demonstration verboten

Nun hat sich der Kandidat für Montag, den 25. August in Hamburg angekündigt, um auch seine nördliche Anhängerschaft für die letzten Wochen vor der Wahl noch einmal ordentlich aufzuputschen. Die Hamburger SPD-Regierung und ihre Organe scheuen keine Mühen, ihm einen möglichst störungsfreien Verlauf seiner Hetzreden zu gewährleisten. 3000 Polizisten, 2000 aus Hamburg und 1000 aus Niedersachsen, Bremen und vom Bundesgrenzschutz, werden nach offiziellen Angaben aufgeboten (tatsächlich werden es wohl noch mehr sein). Straßen im Umkreis von einigen Kilometern um den Veranstaltungsort, die Ernst-Merck-Halle, werden zur Hauptverkehrszeit selbst für die öffentlichen Verkehrsmittel völlig dicht gemacht.

Eine vom „Initiativkreis gegen Strauß" angemeldete Demonstration direkt an der Ernst-Merck-Halle vorbei wurde vom Verwaltungsgericht v e r b o t e n, u.a. weil Strauß „auf nicht unerhebliche Kreise der Bevölkerung nicht nur provozierend, sondern aggressionsauslösend wirkt". Diese Begründung läßt sich ebenso wie die weiteren Verbotsgründe auf j e d e Demonstration, die direkt zum Ort eines Strauß-Auftrittes führen soll, anwenden. Es ist zu vermuten, daß es der Staatsapparat darauf anlegt, zukünftig derartige Proteste grundsätzlich zu kriminalisieren und allenfalls noch Kundgebungen weit ab vom Ort des Geschehens zuzulassen.

Eine von der „Initiative gegen Rechts – Stoppt Strauß" (wesentlich von DKP und Jusos getragen) angekündigte Demonstration – die natürlich nicht an der Veranstaltungshalle vorbeiläuft – wurde denn auch n i c h t untersagt, allerdings mit erheblichen Auflagen versehen: Schminkverbot, Halstücher dürfen nicht getragen werden, Fahnenstangen nicht länger als eineinhalb Meter sein. SPD- und DGB-Spitze haben ihren Mitgliedern untersagt, an Demonstrationen anläßlich des Strauß-Besuches teilzunehmen und mit eventuellen Sanktionen gedroht.

Die Zeitungen, allen voran die Springer-Presse, beschwören geradezu eine „Neuauflage der Bremer Krawalle" und liefern damit die Legitimation für das Verbot und schon vorab die Erklärung für zu erwartende „Ausschreitungen" durch die Polizei.

In keinem Demonstrationsaufruf ist jemals ein „Aufruf zur Gewalt" erfolgt. Der „Initiativkreis gegen Strauß" hat sich lediglich das Recht genommen eine Demonstration anzumelden, die sich unmittelbar zur Strauß-Veranstaltung bewegt. Glaubt man jedoch den Darstellungen der Presse und Polizei, so möchte man meinen, die zahlreichen Waffenlager in den Hamburger Wohngemeinschaften seiein schon auf Vollständigkeit überprüft und Pflastersteine griffbereit in Säcke verpackt worden. Die Polizei erließ eine Verbotsverfügung gegen die Demonstration, sowohl innerhalb als auch in unmittelbarer Nähe der Absperrung, da sie die *„öffentliche Sicherheit gefährdet"* sieht. Aufgrund der Erfahrungen in Essen und Bremen meint sie *„nahezu mit Gewißheit"* davon ausgehen zu müssen, daß es zu *„Ausschreitungen"* kommen würde. Die an diesen Gewalttätigkeiten beteiligten Gruppierungen seien teilweise identisch mit dem „Initiativkreis" – meint jedenfalls die Polizei. Ihrer Beweispflicht tut sie dadurch Genüge, daß sie auf die Beteiligung *„anarchistischer Randgruppen"* an der Demonstration gegen die Bremer Rekrutenvereidigung hinweist.

Das Aufrufflugblatt des Initiativkreises selber räumt auch die letzten Zweifel beiseite: *„Wir rufen ... auf, gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes zu protestieren, denn dieser Mann ist nicht durch Wahlen und nicht im Parlament zu schlagen, sondern nur auf der Straße!"* Es ist wirklich kein Witz, dieses Zitat wurde allen Ernstes als Beweis für die zu erwartenden Gewalttätigkeiten herangezogen.

Eine Klage des Initiativkreises hatte keinen Erfolg. Das Gericht bestätigte kurz und bündig das Verbot und die Ausführungen der Polizei: **„Es ist gerichtsbekannt, daß der Kanzlerkandidat der Union, Dr.h.c. Franz-Josef Strauß, auf nicht unerhebliche Kreise der Bevölkerung nicht nur provozierend sondern aggressionsauslösend wirkt."** Der Grund für ein Verbot liegt also gar nicht bei den Demonstranten, sondern in der Person des Kandidaten. Es ist demnach überall, wo dieser Aggressionsauslöser auftaucht, gerechtfertigt, Grundrechte und Gesetze außer Kraft zu setzen und den „Belagerungszustand" auszurufen. Langwierige Untersuchungen über örtliche und zeitliche Bedingungen können sich die Gerichte zukünftig sparen; es reicht aus, daß ein gewisser Dr.h.c. kommt, um Demonstrationen zu verbieten.

Ein Alibi hat sich die SPD jedoch erhalten. Schließlich soll keiner behaupten können, es dürfe in „ihrer" Stadt nicht mehr demonstriert werden. Man muß nur – wie es DKP und Jusos getan haben – die „richtige" Route wählen, den Protest nicht so nahe an den Provokateur herantragen und – man darf nicht Mitglied der SPD sein. Denn diesen ist die Teilnahme an Anti-Strauß-Demonstrationen untersagt. Die SPD ruft stattdessen zu einer Veranstaltung mit Herbert Wehner auf. Der SPD-Landesvorstand ist der Meinung, Gegendemonstrationen seien *„grundsätzlich kein geeignetes Mittel der politischen Auseinandersetzung"*. Daß die Jungsozialisten weiterhin zur Demonstration aufrufen, werten Mitglieder der Parteispitze als *„glatte Rechtfertigung für einen Rausschmiß"* aus der SPD (laut „FAZ", 16.8.).

Jusos und DKP einig mit dem Polizeikonzept

Zur Vorbereitung des Strauß-Besuches hatte sich der Koordinierungsausschuß der Hamburger Anti-Strauß-Initiativen getroffen. Jungsozialisten und DKP-Kreise brachten einen fertigen Demo-Aufruf in 20.000-fach gedruckter Auflage gleich mit und standen wegen der Route bereits „in Verhandlungen" mit der Polizei. Wer diese geschaffenen Tatsachen nicht sofort akzeptieren wollte, wurde kurzerhand als *„Spalter"* diffamiert.

Der Juso-Vertreter erklärte ausdrücklich, er sei zu keiner Änderung im Text bereit und zur Verhinderung von „Provokationen" werde man organisatorische Voraussetzungen schaffen, womit natürlich nicht die Polizeiprovokationen gemeint sind. Nachdem Juso- und DKP-Anhänger auch einen Kompromißvorschlag abgelehnt hatten, verließen rund drei Viertel der Anwesenden den Raum und bildeten den „Initiativkreis gegen Strauß", der dazu aufrief, erst gemeinsam mit DKP- und Juso-Anhängern loszumarschieren, später aber einen eigenen Weg Richtung Veranstaltungshalle zu wählen. Auch die Grünen beteiligten sich nicht an einer gemeinsamen Aktion (siehe hierzu den Artikel in diesem AK).

Innerhalb der Jungsozialisten und der DKP scheint sich die Befürchtung breit zu machen, daß sich viele Menschen das Recht auf eine Demonstration vor Ort nicht nehmen lassen werden. *„Vielen ‚brennt es auf den Nägeln', direkt zur Ernst-Merck-Halle zu gehen, sei es um ‚vor Ort' zu protestieren, sei es, um ‚einfach mal zu sehen, was dort los ist'. Die Empörung über Strauß ist berechtigt, die Neugierde verständlich. Aber die Gefahr der Provokation gewaltsamer Auseinandersetzungen vor der Halle ... ist am 25.8. außerordentlich groß"* (Erklärung der „Initiative gegen Rechts").

Die Schuldigen für eventuelle Gewalttätigkeiten werden nicht etwa im SPD-Senat und dem massiven Polizeiaufgebot gesucht, sondern bei den Demonstranten, die ihren Protest nicht auf Abwege leiten lassen wollen. Der Initiativkreis wird beschuldigt, die *„schädlichen Folgen bewußt eingeplant"* zu haben (ebenda). Der Asta der Universität versteigt sich gar in die Behauptung, dieser Kreis *„versucht so bewußt, viele von der Demonstration abzuschrecken"*.

Hauptargument ist immer wieder die Angst vor der Springer-Hetze. Doch gegen Straußfeinde werden CDU und Springer immer hetzen, um so toller, je mehr sie in die Enge getrieben werden. Kann es tatsächlich das Anliegen der Strauß-Gegner sein, ihr Handeln nach dem Urteil der Strauß-Freunde auszurichten? Wohl kaum! Jusos und DKP sollten sich entscheiden: e n t w e d e r ein konsequenter Kampf gegen Strauß o d e r ein Lob der Springer-Presse und der SPD-Spitze!

Grüne verlassen Aktionseinheit gegen Strauß

Anläßlich des Strauß-Besuches in Hamburg hatte sich ein „Initiativ-Kreis" gebildet, welcher eine Demonstration direkt zum Ort der Strauß-Kundgebung durchführen wollte. Der erste Teil der Route sollte gemeinsam mit der von Jusos und DKP angemeldeten Demo verlaufen (s. Artikel in diesem AK: „Strauß in Hamburg"). Die Hamburger Grünen und die Z – Gruppe lehnten eine Teilnahme an der Juso-, DKP – Demonstration generell ab. Dies sei ausschließlich *„Wahlrummel für die SPD"*. Die Grünen (radikal, wie sie nun mal sind) schlugen vor, sich sofort an der Ernst-Merck-Halle, in der Strauß spricht, zu treffen, um gleich „vor Ort" zu demonstrieren. Sämtliche anderen Teilnehmer des Treffens lehnten diesen Vorschlag ab. Denn erstens birgt er die Gefahr in sich, daß die einzeln vor den Polizeisperren eintreffenden Demonstranten sofort aufgerieben werden. Zweitens werden dadurch Möglichkeiten genommen, auch noch Teilnehmer der Juso-, DKP-Demonstration für einen Marsch Richtung Ernst-Merck-Halle zu gewinnen. Nun, die Grünen wollten ihren eigenen Wahlrummel. Sie zogen aus und verkündeten, sie würden das tun, was s i e für richtig hielten. Die radikalsten aller Strauß-Gegner brachten umgehend ein Flugblatt heraus, dessen erste Seite keineswegs zum Treffen vor der Polizeisperre aufruft, sondern zur Wahl der Grünen.: *„Würden Sie sich auch freuen, wenn dieses nette junge Paar* (die beiden Spitzenkandidaten) *diesem* (Strauß) *nach dem 5. Oktober im Bundestag eine Sahnetorte über den Kopf haut'?* Radikal und volksnah ist der Wahlslogan. Fehlt nur noch der Fußball, möchte man meinen. .... und schon wird er im nächsten Flugblatt nachgeliefert: *„Es reicht, daß Bayern München deutscher Meister ist – jetzt nicht auch noch Strauß als Kanzler !"*

Abgesehen von der schon peinlich „alternativen" Wahlkampfführung ist es empörend, daß das Verbot der Demonstration des „Initiativkreises" nur ganz beiläufig erwähnt wird, die umfassenden Auflagen für die Juso-, DKP-Demonstration überhaupt nicht. Dem Alleingang der Grünen werden sicherlich nicht viele Menschen folgen. Aber was macht das schon. Allem Anschein nach geht es den Grünen und der Z-Gruppe weniger um ein machtvolles Auftreten gegen Strauß als um ein möglichst werbeträchtiges Auftreten ihrerseits, um Kreuzchen für die Wahl zu sammeln.

Oh, tun mir die Ohren weh Strauß in Frankfurt

Fortsetzung von Seite 1

vornherein eine Stimmung der Einschüchterung zu verbreiten. Strauß-Gegner, die den 22.8. mit heiler Haut überstehen wollten, sollten sich an diesem Tag bloß nicht auf der Straße blicken lassen.

Genüßlich zählten alle Frankfurter Zeitungen tagelang vor dem Strauß-Auftritt die „Sicherungsmaßnahmen" der Polizei auf, berichteten über die Vollmobilisierung der gesamten Bereitschaftspolizei, spekulierten über den Einsatz des BGS etc. Auf Parteibefehl hin zog auch der Frankfurter Juso-Vorstand mit: In einer Presseerklärung distanzierte er sich von „organisierten Störmanövern" während der Kundgebung. Strauß müsse die Freiheit der Meinungsäußerung zugestanden werden, *„auch wenn er diese Freiheit beschneiden wolle"*.

Dies war eine gezielte Attacke gegen ein Anti-Strauß-Bündnis, an dem auch die Falken und einzelne Juso-Ortsvereine beteiligt waren. Mit dieser Stellungnahme, die – gewollt oder ungewollt – einen massiven Polizeieinsatz gegen die geplante Protestdemonstration zu rechtfertigen schien, setzte der Vorstand die Juso-AGs unter Druck, aus dem Bündnis auszusteigen; ein Druck dem zwei der drei Gruppen nachgaben, die Juso-AG Nordend I stand den Beschuß durch. Mit diesem Verhalten fiel der Frankfurter Juso-Vorstand auch anderen Jusobezirken in den Rücken, die trotz der Drohung mit innerparteilichen Disziplinarmaßnahmen seitens der SPD-Spitze beispielsweise in Hamburg an ihrem Protest gegen Strauß zusammen mit anderen Gegnern des Kandidaten festhielten.

Ein Bubenstück leistete sich ebenso die SPD-nahe Staeck-Initiative „Freiheit statt Strauß", die den Strauß-Gegnern empfahl „ins Grüne" zu fahren, statt gegen ihn zu demonstrieren, denn „das nütze nur Strauß"!

Der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik unterwarfen sich letztlich auch die Frankfurter Sponti-Szene, das SB und die GRÜNEN; sie alle hatten argumentiert, mit Aktivitäten gegen Strauß laufe man Gefahr umgekehrt mit Schmidt identifiziert zu werden. Doch es kam anders: Mit der Parole, sich in „offensivem Nichtstun" zu üben, fanden sie sich in trauter Eintracht mit den sozialdemokratischen Ordnungspolitikern.

Die DKP-nahen Gruppen hatten anfangs versucht, das „Rock gegen Rechts"-Symbol für die Anti-Strauß-Aktivitäten einzusetzen. Dies wurde SDAJ, MSB etc aber untersagt, z.T. wegen der großen Uneinheitlichkeit über den Stellenwert von Anti-Strauß-Politik, vor allem aber auch wegen der schlechten Erfahrungen mit den Revis bei RgR in diesem Jahr.

Nachdem man sich den Titel „Rock gegen Rechts" nicht hatte unter den Nagel reißen können, sank bereits das Interesse von SDAJ und Anhang am Anti-Strauß-Bündnis spürbar.

So blieb dann der für Frankfurter Verhältnisse „harte Kern" von KB, Devrimci Isci, Frauen gegen Strauß, Frauen zum Bund - Nein Danke, GIM, KL, GLH, Initiative gegen Graue Wölfe, SAG, einem Mororradclub, der „Volksfront" und eben der einen Juso-AG sowie dem Falken-UB.

Diese brachten ein gemeinsames Flugblatt heraus, das erstmals seit Jahren wieder vor Frankfurter Betrieben verteilt und dort von den Kollegen überrascht und durchaus mit Interesse entgegengenommen wurde.

Zu der Demo des Bündnisses, zwei Stunden vor der CDU-Kundgebung, kamen jedoch trotz der großenteils auf das Bündnis bezogenen Gewalthetze und der Ignoranz eines großen Teils des linken Spektrums knapp 800 Teilnehmer, 5 Hundertschaften, 4 Wasserwerfer und darüber zwei Hubschrauber der Polizei kreisten die Demo ein und eskortierten sie bis zum Platz der Abschlußkundgebung, wo ein Vertreter des Bündnisses und der ehemalige Chefredakteur der IGM-Zeitung „Metall", Jakob Moneta, Ansprachen hielten.

Für den Kreis derjenigen Gruppen, die zur Demo aufgerufen hatten, war das angesichts der beträchtlichen Gegenpropaganda gar nicht mal ein schlechtes Ergebnis - für die Anti-Strauß-Bewegung insgesamt jedoch blamabel. Weit besser sah es dann auf dem Römer selber aus, wo die Zahl der *„Links-Popper"* und *„keifenden Kinder"*, wie es in einem faschistoiden „FAZ"-Kommentar heißt, in die Tausende ging. Sie waren direkt dahin gegangen, wo die „action" ist. Politisch ließen sie sich weder einer der linken Gruppen, noch der „Szene" und schon gar nicht den Jusos zuordnen, die nun selbst von der „FR" für ihre (natürlich nicht stattgefundene) „Fahrt ins Grüne" getadelt werden. Allein anhand der zahlreichen lila-gelben Rock-gegen-rechts-Plaketten ließ sich einigermaßen ausmachen, wer da aktiv war ...

KB/Gruppe Frankfurt



Anzeige in der "FR" v. 22.8.

Vielleicht sollten wir doch der neuen "pardon" mehr Glück wünschen als der schon wieder etablierten "Titanic"?

....am gleichen Tag, an dem FJS in Frankfurt auftritt! So traurig es ist- aber als Zeichner ist wohl eindeutig Clodwig Poth ("Titanic") auszumachen.



Anti - Strauß - Demonstration in Frankfurt

Interview mit Klaus Wolschner

Das Bündnis mit den Wertkonservativen suchen

AK: Du bist seit einem Jahr für die Grünen engagiert – wie sind seinerzeit deine Erwartungen an die Grüne Partei gewesen, und was ist heute von deinen Erwartungen aufgegangen?

Klaus Wolschner: Ich will auf die Frage allgemein antworten, auf einer Ebene, auf der sich nichts geändert hat.

Die Linke hat sich traditionell gegenüber der Sozialdemokratie definiert. Auf der Links-Rechts-Achse also ein Stückchen links von der Sozialdemokratie. In Hinblick auf gesellschaftstheoretische Fragen hat dies Karl Korsch in den zwanziger Jahren kritisiert. In Hinblick auf die politische Praxis zeigt sich das an einem zentralen Bereich, an der Einheitsfrontpolitik, die ja immer in der einen oder anderen Variante das Modell einer realistischen kommunistischen oder linken, links von der Sozialdemokratie angesiedelten Gewerkschaftspraxis war. Oder wenn man es von den politischen Biographien einfacher Mitglieder her betrachtet; die haben – wenn sie von der revolutionären Gruppierung zur Sozialdemokratie gewechselt sind – ihre politische Art und Weise zu denken nicht aufgegeben, sie waren halt etwas resignierter oder haben andere Lebensumstände gehabt, sind älter geworden usw. Solche Elemente haben eine Rolle gespielt und nicht die Veränderung der Denkweise. Ich glaube, daß sich die Linke ihr eigenes Selbstverständnis traditionell durch Abgrenzung von der Sozialdemokratie gewonnen hat, und mir scheint, daß diese Form der Fundamentalopposition der Geschichte angehört und daß seit Ende der fünfziger Jahre sich eine ganz andere Form von Fundamentalopposition entwickelt, die sich auch gegenüber Wertkonservativen – bestimmten Traditionen konservativer Strömungen – definiert. Und die Grünen interessieren mich halt in dem Maße, wie ich den Eindruck habe, daß sie eine Organisationsform sind in diesem historischem Prozeß.

Eine gewisse Anzahl der Mitglieder der Grünen waren früher Parteigänger von politischen Gruppen, die dem rechten Lager zuzuordnen waren. Leider vertreten sie die wertkonservativen Positionen oft sehr schlecht, vielleicht auch deshalb, weil sie von den Linken in Einzelfragen in Defensivpositionen gedrängt wurden, bevor eigentlich ein Dialog begonnen hatte.

Die neuen Formen von Fundamentalopposition, die sich in den außerparlamentarischen Protestbewegungen entwickeln, die waren ja in den sechziger Jahren – z.Zt. der Studentenbewegung – schon politisch wirksam, nur sind sie Anfang der siebziger Jahre versackt und von ihrer politischen Relevanz her zurückgedrängt worden. Einerseits durch die

dentenbewegung – schon politisch wirksam, nur sind sie Anfang der siebziger Jahre versackt und von ihrer politischen Relevanz her zurückgedrängt worden. Einerseits durch die

‚Retraditionalisierung' in Form der m/l Gruppen KPD, KB, KBW, die so eine Art Proletkult und Mummenschanz getrieben haben und die viel von diesem Oppositionspotential absorbiert haben. Ein anderer Teil der Fundamentalopposition war in die SPD reingegangen, hat gehofft, da etwas ändern zu können, und ist integriert worden. Viele von diesen Leuten kommen wieder raus aus dieser Partei. Sie gehen nicht zu traditionell orientierten Gruppen, sondern versuchen neue Perspektiven zu entwickeln. Andererseits gehen diejenigen Gruppen, die Mummenschanz getrieben haben, kaputt, oder sie müssen Mummenschanz mehr und mehr aufgeben.

Und das ist der Rahmen, in dem ich die Grünen interessant finde.

AK: Das hört sich nach einer Verschmelzung linker und wertkonservativer Strömungen und Positionen in einer neuen Fundamentalopposition – sprich die Grünen – an. Geht das überhaupt – kann man die doch äußerst unterschiedlichen Strömungen überhaupt zusammenbringen bzw. verschmelzen?

K.W.: Auf der oberflächigen Ebene können sich verschiedene Gruppen verschmelzen. Eine andere Frage ist die der Inhalte – und dabei drückt Verschmelzung das nicht aus, was derzeit vorgeht.

Beispielsweise zum Thema Zentralismus: Traditionell stellte sich für die Arbeiterbewegung die Frage, ob dem Zentralismus des Kapitals nicht der Zentralismus der Arbeiterorganisation entgegengesetzt werden muß. Wir haben heute eine Fragestellung, die auf Dezentralisierung abzielt und die die strukturellen Verschiedenheiten beider Zentralismen gleichermaßen kritisiert.

Ein anderes Beispiel: Das Problem des Konsums. Es gibt eine traditionell konservative Kritik des Konsums, die im 19. Jahrhundert sicherlich reaktionär war und gegen die Versuche der Arbeiterbewegung gerichtet war, das Lebensniveau der Arbeiter einigermaßen anzuheben.

Seit Ende der fünfziger Jahre gibt es das Stichwort des ‚Konsumismus' von links her, also eine Kritik an der Struktur des Konsums als eine Form, mit der die Arbeiter in diese Gesellschaft auch integriert werden. Das wird gern im Sinne des reaktionären Konservatismus des 19. Jahrhunderts mißverstanden. Aber ich glaube, wenn man mal ein bißchen Marcuse gelesen hat, dann wird man schon verstehen, daß in der Kritik an der Konsumstruktur eine ganz fundamentale Kritik der Integrationsmechanismen dieser Gesellschaft angesprochen wird.

Oder ein anderes Beispiel: Ende der fünziger Jahre ist dieses Stichwort ‚Revolutionierung des Alltagslebens' in die Debatte gekommen. Das

sprochen wird.

Oder ein anderes Beispiel: Ende der fünziger Jahre ist dieses Stichwort ‚Revolutionierung des Alltagslebens' in die Debatte gekommen. Das

ist auch eine Zeit gewesen, wo z.B. die Arbeiterviertel, wo sie durch den faschistischen Krieg noch nicht zerstört waren, ganz systematisch durch eine Architektur zerstört worden sind und Wohnsilos und Mischviertel produziert worden sind, wo also dieses Arbeitermilieu – das für die Arbeiter ganz wesentlich gewesen ist – ganz massiv kaputt gemacht worden ist.

Die damals entwickelten Fragestellungen sind in der Politik heute relevanter als das, was so traditionell vom linken Selbstverständnis her die Abgrenzung vom sozialdemokatischen Selbstverständnis gewesen ist.

AK: Die damalige Kritik an der Konsumgesellschaft der sechziger Jahre richtet sich doch gegen die Methoden der Monopole, über die Gewährung von Kleinstkrediten, Konsumbedürfnisse produzierende Werbung etc. die Profite zu steigern; also eine Kritik, die sich gegen das Monopolkapital richtete. Konservativer Konsumverzicht richtet sich weniger an die Monopole, sondern an die Bevölkerung. Und das trägt doch deutliche Züge der Sparpolitik und des ‚Gürtel enger schnallen'?

K.W.: Nein. An keiner Stelle weichen Henri Lefebvre in der „Kritik des Alltagslebens" oder Marcuse in „Triebstruktur und Gesellschaft" auf solch' ein abstraktes Schema aus. Beide Bücher sind übrigens 1957 erschienen. Sie nehmen die vorhandenen Konsumbedürfnisse ernst als Träger gesellschaftlicher Herrschaft. Die Rechten haben das schon lange getan: Bildung geordneter Familienverhältnisse (in denen die Hoffnung auf ein besseres Leben auf die Kinder projiziert wird), Schaffung von Bindungen durch Eigentum und durch das Zuhause – Wohnungspolitik – waren im späten 19. Jahrhundert bewußte politische Strategien zur Integration der unteren Klassen. Hinzugekommen sind vor allem die Instrumente zur Enteignung des Bewußtseins, die Bewußtseinsindustrie. Bald die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung lebt heute abends ‚aus zweiter Hand', konsumiert das Fernsehen. Überall da, wo es nicht mehr um unmittelbare materielle Not geht, wird für mich konservative Konsumkritik interessant.

AK: Kannst du sagen, daß die Situation der Grünen nach Saarbrücken und Dortmund deinen Erwartungen an die Partei entspricht? Sind deine Hoffnungen nach einem Jahr aufgegangen? Oder siehst du Mängel?

K.W.: Das ist eine sehr schwierige Frage. Vor einem Jahr hat man sich natürlich überhaupt nicht vorstellen können, wie es bei den Grünen laufen könnte.

Ich glaube, daß es ein sehr negativer Prozeß ist, was jetzt nach Dortmund abläuft. Weil viele, gerade derjenigen, die nicht zur Jugendrevolte

könnte.

Ich glaube, daß es ein sehr negativer Prozeß ist, was jetzt nach Dortmund abläuft. Weil viele, gerade der-

zu zählen sind, sich zurückziehen, nicht mehr so aktiv sind, wie sie es vor Monaten gewesen sind, weil der Dialog zwischen den verschiedenen Strömungen und politischen Traditionen, die in der Partei zusammenkommen sollten, nicht richtig läuft. Darin sehe ich eine sehr gefährliche Entwicklung, womit die Chance, die ich in den Grünen sehe, verspielt werden könnte.

AK: Leute aus der Jugendrevolte von Ende 60 / Anfang 70 haben sich damals gegen die Rechtsentwicklung in der BRD engagiert und sind für mehr Demokratie, mehr Bildung und Chancengleichheit, bessere Sozialleistungen und Sozialreformen eingetreten. Alles Dinge, die den Staat Geld kosten. Fallen die damals verfochtenen Ansichten der APO jetzt nicht dem von den Grünen propagierten Wachstumsverzicht zum Opfer? Verlieren nicht gerade deswegen viele Linke das Interesse an den Grünen?

K.W.: Es sind weniger die Linken, die Interesse verlieren, es sind Konservative, es sind diejenigen, für die nicht die Basis der Grünen Partei entscheidend ist, sondern die Galionsfiguren der Medien, ich meinte aber vor allem die Berufstätigen, 30 und mehr Jahre alten Grünen, die die Motive ihres Engagements hinter der Apparaterangelei nicht mehr wiedererkennen.

Aber zu deiner eigentlichen Frage: Es war ja die Juso-Strategie, einzelne Ziele der APO über den Staatshaushalt zu realisieren. Die ehemaligen Sozialdemokraten bei den Grünen sind deshalb heute die schärfsten Gegner dieser Strategie. In der Studentenbewegung gab es neben dieser Juso-Komponente auch eine stark anti-institutionelle Komponente, die nicht so staatsfixiert war. Und wenn man nicht bei jeder gesellschaftlichen Veränderung dem Geld und dem Staat eine zentrale Rolle zuschreibt, kommt man auch zu Alternativen und Modellen, die „mehr Demokratie", Selbstorganisation erfordern.

Es war auch ein Essential der Juso-Strategie, auf das Wachstum dieser kapitalistischen Ökonomie zu setzen: Nur so konnte das Geld in den Staatshaushalt kommen. Dabei würde die Masse des gesellschaftlich produzierten Reichtums bei einer völlig anderen Struktur des Konsumiererens, des Bedarfs und der Bedürfnisse und einer sozial gerechten Verteilung nicht nur ausreichen, sondern auch eine anständige Vergütung der Produkte ermöglichen, die wir aus der Dritten Welt beziehen. Die Juso-Strategie hingegen baute ja nicht nur auf die kapitalistische Zivilisation, sondern auch auf die imperialistische Ausbeutung. Mit der Erhöhung der Ölpreise war sie erledigt.

AK: Einige profilierte Leute aus der Jugendrevolte haben vor einigen Jahren –76/77– auf Seminaren die Chance einer sozialistischen Partei erörtert. Unter ihnen z.B. Dutschke, Horaczek, Fritz Villmar etc. – Einige von ihnen sind heute bei den Grünen wiederzufinden.

Gibt es noch eine Chance für eine sozialistische Partei, und wie würdest du das Verhältnis von Soz. Partei zu Grünen definieren?

K.W.: Jetzt im Moment über das Projekt einer sozialistischen Partei zu diskutieren, halte ich für lächerlich. Und wahrscheinlich ist es auch falsch.

Eine sozialistische Partei aufzubauen, setzt voraus, über eine ausformulierte Strategie zu verfügen. Und ich kenne niemand, der hier und heute klare Antworten auf die offenen Fragen geben kann.

Die Art und Weise, wie über eine sozialistische Partei diskutiert wird, bestätigt auch, daß es lächerlich ist.

Diese damalige Versammlung von Linken (Dauerwald) – na gut; das war eine Ansammlung von Intellektuellen, die einen Wunsch in ihrem Herzen bewegt haben. Aber das hatte machpolitisch überhaupt kein ‚Hand und Fuß', keine Basis.

So macht man keine sozialistische Partei. Und wenn eine sozialistische Partei in den Köpfen von Sozialdemokraten herumspukt, von enttäuschten Sozialdemokraten, die im Grunde genommen eine bessere SPD wollen, dann säge ich auch: das hat politisch keinen Sinn. Mir scheint im Moment ein großer Pluralismus notwendig zu sein, der sich in ganz unterschiedlichen organisatorischen Strukturen ausdrückt.

Wenn ich mir den zentralen Bereich der Basis für eine sozialistische Partei nach traditionellen Verständis, die Betriebspolitik einmal ansehe, z.B.

Strukturen ausdrückt.

Wenn ich mir den zentralen Bereich der Basis für eine sozialistische Partei nach traditionellen Verständis, die Betriebspolitik einmal ansehe, z.B.

wie sie im ARBEITERKAMPF diskutiert wird, da scheint mir das Verlangen nach einer solchen Partei eher ein Produkt von Identitätsängsten zu seien: daß Leute sich in der politischen Rivalität nur verhalten zu können glauben, wenn sie angeleitet, vereinheitlicht oder sonstwie ausgerichtet werden.

AK: Meinst du, daß Leute dieser Diskussion ihre politische Heimat in den Grünen finden können oder siehst du da Schwierigkeiten wegen des Charakters der Grünen Partei? Offenbar bist du der Ansicht, daß heute unter die Überlegungen Sozialistische Partei ein Strich gezogen werden muß, im Sinne aus und vorbei.

K.W.: Wenn man eine ganz feste Vorstellung von einer Soz. Partei hat, dann denke ich, daß man damit an die Grünen nicht herangehen kann, weil die Grünen-Mitglieder in ihrer Mehrzahl das nicht wollen. Das wollen die nicht, die aus der konservativen Tradition kommen. Das wollen die nicht, die aus der Sozialdemokratie kommen, und das will ein anderer Teil derer, die aus der explizit sozialistischen Tradition kommen, auch nicht.

Das ist eine Situation, die man verstehen muß. Diese Versuche, aus den Grünen eine traditionelle sozialistische Partei zu machen, würden eine Zerschlagung der positiven Paxisansätze bedeuten, die in den Grünen drinstecken. Und wenn ich über sozialistische Perspektiven nachdenke, dann denke ich nach über Praxisansätze, wo ich sehr gut mit Konservativen zusammenarbeiten kann. Ich möchte da an das Beispiel des von mir genannten ‚Konsumismus' erinnern. Oder wenn ich über den Staat diskutieren will: warum nicht zusammen mit Leuten, die sich selbst als konservativ verstehen und die rebellisch sind gegenüber dieser kapitalistischen Gesellschaft?

Ich sehe also einen Schmelztiegel, wo im Moment ganz verschiedene Positionen drin sind, und ich denke, daß es ein langer Prozeß sein wird, damit sich aus diesen verschiedenen Positionen eine klar definierbare Fundamentalopposition zusammenschmilzt.

Ich glaube nicht, daß alte Hüte die Leute wieder schick machen können.

AK: Bremen – du kennst den Verlauf der Diskussion vom 15.7.80. Du als ehemaliges AL-Bremen Mitglied hast ja zumindest eine Zeitlang die BGL unterstützt und massiv gegen die Aussagen des KB Front gemacht, Dinne etc. würden spalten.

Wie bewertest du heute die Politik der Grünen in Bremen und das, was seinerzeit gelaufen ist?

K.W.: Es gibt zwei Elemente dabei zu beachten. Ich hab – obwohl es im ARBEITERKAMPF immer anders dargestellt wird – nie die BGL unterstützt. Ich habe vor der Wahl in der letzten Phase der Verhandlungen und Auseinandersetzungen zwischen der Alternativen Liste und der BGL praktisch keine der beiden Seiten unterstützt. Und zwar aus einem speziellen Grund, da muß ich ganz kurz die Spaltungsgeschichte referieren, wie sie sich mir darstellt. Ich hab ja selber mit einem KB-Genossen im Dezember 78 mit Delphine Brox und Olaf Dinne die Verhandlungen geführt. Und da waren wir uns auch einig darüber, daß die Inhalte für Olaf Dinne eigentlich nur eine taktische Frage waren. Er wollte nicht zu Einigung kommen. Aber ich hab damals nicht gewußt, was dahinter steckt und habe das erst hinterher erfahren – das hat eben zu tun mit KB Politik. Delphine Brox hat ja auch mal eine gewisse Zeitlang sehr eng mit dem KB zusamengearbeitet und wurde von einigen als KB-Sympathisantin bezeichnet. Dann plötzlich nicht mehr. Es hat da einen Bruch gegeben. Ich glaube einen Bruch an der Stelle, wo einzelne Bremer Grüne Angst bekommen haben vor dem Machtanspruch des Appartes KB. Und in dem Moment haben sie – egal über welche Inhalte – die Spaltung betrieben. Von KB-Seite wurde gesagt, ein KB-Mitglied soll auf aussichtsreichem Platz Kandidat sein.

Das war der Punkt, bei dem Olaf Dinne und Delphine Brox die Schotten runtergegangen sind. Und das ist der eine Teil des Hintergrunds, der sicherlich noch nachwirkt. Der andere Teil des Hintergrunds für die aktuelle Situation in Bremen ist der, daß Olaf Dinne immer noch eine Politik betreibt, die sehr eigensinnig ist und daß er im Grunde genommen alles selber bestimmen will, daß er sich kaum einbinden läßt in einen demo-

litik betreibt, die sehr eigensinnig ist und daß er im Grunde genommen alles selber bestimmen will, daß er sich kaum einbinden läßt in einen demo-

kratischen Zusammenhang. Und das ist ihm, glaube ich, nur möglich aufgrund eines Dilemmas der grünen Politik insgesamt: des Mangels an politischer Praxis. Wenn die Grünen in Bremen mehr politische Praxis gemacht hätten, dann hätte ein Olaf Dinne sich mit seiner Eigensinnigkeit auch nicht durchsetzen und absetzen können. Dadurch, daß sie sich sehr auf Sitzungen beschränkt haben – eben den Organisationskram zu diskutieren – dadurch war es möglich, daß sich Eigensinnigkeiten einer Person in so eklatanter Weise niederschlagen konnten.

AK: Dinne hat sich auf dem Treffen am 15.7.80 dafür ausgesprochen, mit der GLSH, der GAZ, Teilen der Grünen aus Bayern und Baden-Württemberg eine Organisation aufzubauen und damit von außen Druck auszuüben auf die Grünen. Was hältst du davon, und wie reagierst du darauf?

K.W.: Ja. – Olaf Dinne hat ja viel Schlimmeres vorgehabt. Zum Glück hat sich das, was er wollte und auch der KB wollte, nicht ereignet – nämlich die Spaltung in Dortmund.

Zum Glück sind nur einzelne ausgetreten. Das ist wohl die Spitze des Eisbergs derjenigen, die sich aus der politischen Praxis der Grünen zurückziehen bzw. zurückgezogen haben. Diejenigen, die ausgetreten sind – und das hat auch Olaf Dinne erklärt –, wollen keine Gegenorganisation aufbauen. Die werden sich zusammensetzen in dieser ökologischen Förderation.

Und andererseits hat Olaf Dinne ja auch gesagt, daß er darauf spekuliert, daß nach dem Bundestagswahlergebnis – was sicherlich nicht weit über 3 % liegen wird – daß dann innerhalb der Grünen Partei seine Fraktion

Fortsetzung nächste Seite



Springmann: „Mmh, wertkonservativ – das klingt wirklich gut!"

Fortsetzung von Seite 38

IST DAS KLEINSTE ÜBEL GRÜN?

etwas Oberwasser bekommt.

Ich glaube, daß man auf dieser Ebene der Taktiererei nicht weit kommen kann. Man muß sehen, daß Olaf Dinne sich im Rahmen der Bremer Kommunalpolitik ungeheuer verdient gemacht hat, daß es eine Latte von Erfolgen gibt, die für die Stadt Bremen enorm wichtig sind, die für die Lebensinteressen der Bevölkerung sehr wichtig sind, und wenn die Grünen es schaffen, sich in der Kommunalpolitik in Bremen in einer ähnlichen Weise zu engagieren, dann wird Olaf Dinne der erste sein, der mit ihnen zusamenarbeitet. Was er nicht abkann, ist Gerede, und deswegen denke ich, daß es nicht das Problem ist zu spekulieren über die grüne Föderation oder über das, was er mal hier und mal da sagt: Das Problem ist, eine politische Praxis zu entfalten, die dann eben auch die Bündnismöglichkeiten und die Zusammenarbeit mit Olaf Dinne ermöglichen wird. Und daß er von der politischen Praxis her keine reaktionäre Vorstellung hat, das hat er m.E. in den letzten zehn Jahren in Bremen zu Genüge unter Beweis gestellt.

AK: Da fällt mir dann doch der Beitrag von Olaf Dinne in der Bremer Etat-Debatte zu den Sozialleistungen ein: Und dann kann ich dir bei der Bewertung Dinne'scher Politik nicht ganz folgen.

K.W.: Ich habe den Bericht über die Etat-Rede im ARBEITERKAMPF gelesen und glaube, der entsprechende Autor hat ganz gezielt mißverstanden, was der Olaf Dinne da gesagt hat. Was Dinne gesagt hat, ist sicher diskutabel, aber einfach mit dem Etikett reaktionär kann man da nicht kommen. Da stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis, von Gerede und Praxis. Denn er hat ja nicht so generell gesagt, Sozialleistungen reduzieren. Er hat ein Beispiel genannt und das bezieht sich auf Kinderspielplätze.

Und da hat er eine spezifische Praxis, die er gemacht hat, im Hinterkopf gehabt: nämlich einen antiautoritären Kinderspielplatz im Zentrum von Bremen, den er mit anderen vor Jahren durchgesetzt hat. Und er hat gesagt, dieser Kinderspielplatz ist für den Staat viel billiger gekommen, und es hatte eine Mitarbeit und Selbstverwaltung der Eltern gegeben.

In diesem Zusammenhang hört sich das Argument, daß man ja gar nicht so viel Geld für Kinderspielplätze bräuchte, ganz anders an, als wenn man das nur auf der Schablone von abstrakten Zusamenhängen sieht. Auch seine Polemik gegen den Bremer Haushalt bezieht sich auf seine Erfahrung mit der Politk der Neuen Heimat. Das muß man sehen, um seine Position zu verstehen.

Und wenn man das auf dem Hintergrund seiner politischen Praxis in den vergangenen zwölf Jahren sieht, kann man nicht sagen, daß das reaktionäre Positionen sind, die er in der

Und wenn man das auf dem Hintergrund seiner politischen Praxis in den vergangenen zwölf Jahren sieht, kann man nicht sagen, daß das reaktionäre Positionen sind, die er in der
Debatte vertreten hat.

AK: Nun, antiautoritäre und alternative Kinderläden sind sicher billiger als staatliche. Als reaktionär würde ich es ansehen, wenn den Initiativen und Eltern eine intensive Arbeit in diesem Bereich aufgedrückt wird, damit der Staat spart.

K.W.: Im Moment werden den Eltern die staatlichen Kindergärten aufgedrückt, weil die Arbeitszeit viel zu lang ist und weil die Lebensformen der Kleinfamilie einer kollektiven Kindererziehung entgegenstehen. Wenn Eltern fordern, daß ihnen die Steuern nicht abgenommen werden, mit denen die Kindergärten betrieben werden, fände ich das sehr gut. Das wäre alles andere als reaktionär. Olaf Dinne hat nun in seiner Haushaltsrede kein Modell für Kindererziehung entwickelt, sondern gegen systematische staatliche Verschwendung polemisiert. Er begründet seine Anti-Strategie mir dem Keynesianismus – da wäre ich gar nicht einverstanden, weil das eine sehr immanente Sicht des Verhältnisses von Staat und Ökonomie ist, die zu Folgerungen führt, wie etwa der Ablehnung der 35-Std.-Woche.

Gleichzeitig sind aber die Bremer Grünen viel radikaler, viel antiautoritärer in ihrem Verhältnis zum Parlamentarismus als mancher Bunte oder Alternative: Dinne hat in seiner Haushaltsrede keine Einzelanträge gestellt, sondern nur das Parlament als Tribüne genutzt, sozusagen. Die bürgerlichen Parlamentarier waren deshalb sehr enttäuscht. Ihr seid ja gute Parteihistoriker und kennt sicher die Auseinandersetzung in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 um diese Frage. Wenn ich dagegen manchen alternativen Parlamentarier sehe, der sich den Respekt der anderen Parlamentarier durch seine anständige Arbeit auf dieser Ebene erwerben will, dann graust mir.

Daß ausgerechnet ein SPD-Mann mir bei einer Mai-Kundgebung erzählt, er habe es schon mehrfach erlebt, daß sich Leute nicht trauten, ihren Namen unter eine Anzeige gegen Strauß zu setzen, und da könne man mal sehen, wie weit es schon gekommen sei, ist ein absoluter Hammer. Wer regiert denn eigentlich in Bonn? Und wer hat die ganze Bespitzelung denn erst richtig durchorganisiert? - Mich hat es jedenfalls dazu gebracht, einige Gedanken zu Papier zu bringen, die mir schon einige Zeit durch den Kopf gehen, zumal mir scheint, daß eine Reihe der nun folgenden Aspekte bislang zuwenig beleuchtet wurden, dà alle Welt darauf fixiert ist, erst einmal Strauß zu verhindern.

Ein kleines Planspiel von Eckhard Marwitz

0. Wer sich nicht lange mit Begründungen aufhalten möchte, kann gleich bei 10 weiterlesen.

1. Nicht wählen und gegen Strauß sein, verträgt sich schlecht. Nach allem, was man jetzt (im Mai 1980) sagen kann, wird die CSU/CDU bei der Bundestagswahl die meisten Stimmen erhalten. Wäre nun unser Wahlrecht so, daß bei fehlender Wahlbeteiligung auch weniger Sitze im Bundestag vergeben würden, wäre Nichtwahl eine gute Möglichkeit, Kandidaten zu ärgern, die dann aufgrund eines verkleinerten Bundestags keinen Sitz mehr abbekämen. Leider werden aber immer alle Sitze verteilt, was bedeutet, daß ein Nichtwähler nach der ermittelten Prozentverteilung mitverteilt wird. Wer nicht wählt, wählt also mit dem größeren Teil seiner nicht abgegebenen Stimme die CSU/CDU als Einzelbewerber mit. Wem das egal ist, der kann hier die Lektüre des Artikels beenden. (Wie wir erkennen, ist dieser Aufsatz nach ökonomischen Gesichtspunkten geschrieben.)

2.1 Obwohl diese Verteilung auch gilt, wenn eine Partei die 5% nicht erreicht, kommen für diesen Fall weitere Gesichtspunkte hinzu.
2.2 Wähler, die völlig ohne Bauchschmerzen die SPD zu wählen vermögen, erfreuen uns immer mit der Argumentation, daß jede Stimme für sogenannte Splittergruppen verschenkt sei. (Wir wollen uns hier nicht damit auseinandersetzen, daß die Koalition ja noch nicht einmal einen Ansatz dazu gemacht hat, die Fünfprozenthürde zu beseitigen, weil da noch die Beschäftigung mit einigen Vorurteilen betrieben werden müßte, was jetzt zu weit führt.) Wenn aber beispielsweise die Grünen über 5% kommen, fallen viele der jetzigen

noch die Beschäftigung mit einigen Vorurteilen betrieben werden müßte, was jetzt zu weit führt.) Wenn aber beispielsweise die Grünen über 5% kommen, fallen viele der jetzigen
Argumente wie ein Kartenhaus zusammen. Wie ich meine, ist es interessant, aus den bisherigen Erfahrungen heraus für diesen Fall zu untersuchen, wie rechtschaffen die Argumentation eigentlich ist.

2.3 Was kann denn so alles geschehen, wenn die Grünen im Bundestag sind? Daß diese nicht mit Strauß regieren, steht außer Frage. Und wie ist es mit den anderen?
2.4 Die FDP könnte mit der CSU/CDU koalieren. Dann bliebe uns Strauß vermutlich erspart. Ist Albrecht eine Alternative? Siehe dazu Punkt 8.
2.5 Die SPD geht mit der CSU/CDU eine große Koalition ein. Mit unseren Erfahrungen von 1967 soll uns die SPD erst einmal glaubhaft machen, daß s i e nicht mit Strauß koaliert. Wie wäre es denn so: Kanzler Schmidt und Außenminister Strauß? Siehe dazu Punkt 9.
2.6 Schon jetzt wird Ertl, der ja nicht ganz ohne Einfluß in seiner FDP ist, nicht müde, eine Allparteienregierung zu propagieren. Das wird ihm erst recht günstig erscheinen, wenn die Grünen im Bundestag auftauchen sollten.
2.7 Wie der aktive Mitleser erkennt, ist die Panikmache der Linken in der SPD, die Grünen könnten, wenn sie schon kandidieren, die 5% verfehlen, gar nichts gegen die Furcht, die sie hegen müssen, wenn die Grünen mehr als 5% erreichen, und zwar nicht, weil sie dann irgendwelchen Einfluß der Grünen befürchten müßten, sondern weil ihre Partei ganz unerwartet (für sie) reagiert.
2.8 Die Trotzdem-Wahlkämpfer für die SPD müßten dann nämlich wieder einmal sämtliche Illusionen begraben, die sie sich jetzt vor der Wahl machen. Wie wir erkennen, werden die Bauchschmerzen erst richtig beginnen, wenn die Grünen die 5% überklettern.

3.1 Nun lohnt es sich natürlich noch, sich mit dem „Idealfall" zu beschäftigen, daß die Grünen kräftig abgeschmettert werden und die FDP/SPD es noch einmal schafft? Alles geritzt? Na, wollen mal sehen. Die Argumente des Wahlkampfes für 1984 stehen jetzt schon fest: Noch nie wird es so wichtig gewesen sein wie 1984, die SPD zu wählen, denn es wird darauf ankommen, Albrecht zu verhindern. Begründung siehe Punkt 8.
3.2 Nur was ist inzwischen alles geschehen? Die FDP-SPD-Koalition als Konstruktion beinhaltet ja in keiner Weise, daß man innerparteiliche Gegenströmungen damit beantwortet, daß man darauf eingeht, sondern erst in einem Wahlkampf weist man darauf hin, daß es so etwas gibt. Aber dann bedeutet Demokratie anschließend wieder bedingungslose Unterordnung unter Mehrheiten. (Wie diese entstehen, muß gesondert nachgewiesen werden.) Wir kennen die Beispiele, etwa Coppik und andere während der Terrorismus-Debatten.
3.3 Es gibt Führungskräfte in Kreisverbänden der Jungen Union, die sind gegen Strauß, betrachten das aber ganz cool und vor allem gänzlich anders, als Linke denken. Strauß ist für sie im Gegensatz zu Albrecht eine Negativfigur. Außerdem meinen sie, sind die Gesetze noch nicht alle fertig, die man braucht, um die Macht für längere Zeit (die nächsten 1000 Jahre, wie kurz die dann auch immer ausfallen mögen) zu übernehmen. Wen wundert es da noch, daß die norddeutschen CDU-Verbände so ruhig geblieben sind? Sie sind nämlich gar nicht zu Kreuze gekrochen, wie die SPD mit der kurzen tagespolitischen Optik wähnt, sondern sie haben nur den besseren Kalkül.
3.4 Strauß soll die Wahl verlieren. Sie können es gar nicht brauchen, daß das gesamte Ausland und dazu die Linke im Inland, dazu noch im Parlament die SPD, argwöhnisch auf eine deutsche CSU/CDU-Regierung starren. Denn eine mit Argusaugen betrachtete Regierung Strauß könnte verbalreadikal nationalistisch herumklotzen, aber keineswegs die noch ausstehenden Gesetze machen können. Und rein legal möchte man schon an die Macht, um kein unliebsames Aufsehen zu erregen.
3.5 Nach den Erfahrungen der fünfziger Jahre kommt nach einer verlorenen Bundestagswahl die SPD auch wieder stärker in die Länderparlamente und damit in den Bundesrat.
3.6 Wenn sie das alles zusammennehmen, haben sie lieber eine FDP-SPD-Regierung unter einem CDU-Politik betreibenden Kanzler Schmidt

te und damit in den Bundesrat.
3.6 Wenn sie das alles zusammennehmen, haben sie lieber eine FDP-SPD-Regierung unter einem CDU-Politik betreibenden Kanzler Schmidt
und machen der Koalition im Bundestag gerade so viel Opposition vor, wie die SPDbraucht, um ihre Linke mit dem gerade noch Machbaren ruhig zu halten.

4.1 Wie verhält sich die Linke in der SPD? Sie ist in Wahlzeiten solidarisch zur Parteiführung und schlägt mit auf alles ein, was ihrer Meinung nach der SPD gefährlich werden könnte. Ihre an sich begrüßenswerte prinzipielle Solidarität läßt sie nicht darüber nachdenken, daß Gefährlichkeit für die SPD gut für diese Partei und besonders gut für ihre Linke sein kann. Da insbesondere die sozialdemokratische Linke auch im Umweltschutz engagiert ist, verdient Beachtung, wie sich die bloße Existenz der Grünen auf das innere Gefüge der SPD ausgewirkt hat. Wenn sich SPD-Linke je Hoffnung auf eine Mehrheit in Fragen Nachrüstung und Atomkraft machen konnte, dann auf ihrem letzten Parteitag in Berlin, und zwar, w e i l es Grüne gab. (Allerdings hat noch nicht einmal das in der SPD gereicht.)
4.2 Ein SPD-Landesverband, dem keine Grünen im Nacken sitzen, verhält sich wie der hessische. Wo kann man die 40% Atomkraftgegner unter Börner merken, auf die Hauff in Fernsehdiskussionen so stolz ist? Es heißt dann immer, die 40% müssen verstärkt werden, damit sie mehrheitsfähig sind. Sicher müssen sie das, aber von außen. Wie schnell wandelte der immer als konservativ eingeschätzte Bürgermeister Klose sich zum nachdenklichen Menschen in Sachen Stamokap und Berufsverbote, als 25% der Erstwähler bunt gewählt hatten?
4.3 Im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf hoben besonders die Jungsozialisten immer auf Klose ab und natürlich auf ihre „linke" Landespartei. Die dortige Grüne Liste, die die Abspaltung linkerer Teile betrieben hatte, kam auf weit weniger als 4%. Und siehe, nun modifiziert auch die SPD in Schleswig-Holstein ihre früher so ablehnende Haltung zur Atomkraft.

5.1 Trotzdem reichen die paar Prozente, die die Grüne Liste dort auf sich vereinigte, die SPD sagen zu lassen, das sei nun der Grund dafür, daß der NDR zerschlagen werden konnte. Mich hat die Begeisterung, mit der auch nachdenkende Linke auf die NDR-Kampagne der SPD hereingefallen sind, immer gewundert.

5.1.1 Doch zuvor gehört noch angemerkt, wie merkwürdig es ist, daß die SPD über ein Jahrzehnt Politik macht, um einige CDU-Wähler an sich zu zerren (Subventionen z.B.), jetzt aber nicht etwa die beschimpft, denen sie so viel Gutes getan hat, wo sich sich herausstellt, daß solche Leute die SPD trotzdem nicht wählen, sondern sie erwartet von denen, die sie ebenso lange vor den Kopf gestoßen hat, daß sie SPD wählen, um weitere Kopfnüsse entgegenzunehmen.
5.1.2 Wenn Sozialdemokraten heute sagen, daß ihnen gerade die Stimmen gegen Stoltenberg gefehlt haben, denke ich daran zurück, wie böse Sozialdemokraten werden konnten, wenn ihnen einer 1969 erzählte, sie hätten ihren Sieg in der Bundestagswahl nur der NPD zu verdanken, deren Wählerstimmen ja bekanntlich nicht mehr ausreichten. Jeder weiß, wo die Stimmen geblieben wären, wenn die NPD gar nicht kandidiert hätte.
5.2 Läßt man eine mehr emotionale Bindung an den NDR beiseite, kann die Forderung nur heißen: Dezentralisation des Rundfunks und Freigabe von Frequenzen an Sender von Bürgerinitiativen. Hat sich schon einmal ein führender Sozialdemokrat positiv mit dem Anspruch des BBU auf Sendezeit auseinandergesetzt? Oder haben die Umweltschützer vielleicht eigene Sendeanstalten dort, wo nur die SPD den Rundfunk beeinflußt?
5.3 Die Brokdorf-Berichterstattung ist ein ungeeignetes Feigenblatt. Sie nur deshalb als positiv darzustellen, weil Stoltenberg dagegen war, reicht nun wirklich nicht aus. Man konnte im NDR höchstens Töne vernehmen, die die SPD-Genossen unter den Reportern gerade noch an ihrer eigenen Parteiräson vorbeibekommen haben. Weiter nichts. Der NDR an sich ist doch noch nicht empfehlenswert.

6.1 Die SPD hat sich jahrelang als das kleinere Übel verkauft, was sie zweifellos auch war. Sie hat aber dabei nicht bedacht, daß das in dem

6.1 Die SPD hat sich jahrelang als das kleinere Übel verkauft, was sie zweifellos auch war. Sie hat aber dabei nicht bedacht, daß das in dem
Augenblick nicht mehr ausreicht, wo ein noch ein kleineres Übel auftaucht. 1984 mag es wirklich zu spät sein, die Sozialdemokraten in die Opposition zu schicken.

6.2 Sollte man jetzt in auf nehmen, daß die SPD nach dieser Wahl, sofern es für die Grünen trotz allem nicht reicht, auf den harten Oppositionsbänken platznimmt, ist daran nur ironisch, daß die Linken (in der SPD) am meisten davon profitieren, obwohl sie sich jetzt am heftigsten dagegen wehren.

7.1. Gemessen an diesen Ausführungen mag sich jeder die Frage, ob das kleinste Übel grün ist, selber beantworten und die Lektüre beenden oder bei 10 weiterlesen.

7. 2 Die daraus resultierenden Schlußfolgerungen sollten aber auch den Grünen selbst zu denken geben. U n d denen, die unbedingt in die grüne Partei hineinwollen, um dabei alles aufzulösen, von wo sie herkommen.

8.1 Die Art und Weise, wie Albrecht die Zerschlagung des NDR angegangen ist, verdient Beachtung, nicht nur wegen der geplanten Regierungsabhängigkeit des neuen NDR (öffentlich-rechtliche SPD-Argumentation kaschiert nur ein bißchen geschickter den Wunsch nach einem sozialdemokratischen Rundfunk, siehe 5.3), sondern vor allem wegen der Ausnutzung des vorhandenen Rechtsvolumens, an dem die FDP–SPD ja zwölf Jahre lang in anderer Richtung hätten drehen können, als sie es getan haben. Die Zerschlagung des NWDR durch CDU-Arnold hätten sie ja gut vor Augen haben können.

8.2 Inzwischen offenbar längst von allen politisch Informierten verdrängt wird das Buch von Ernst Albrecht aus dem Jahr 1976, in dem es auf Seite 174 heißt, daß bei entsprechender Notwendigkeit schon auch einmal gefoltert werden dürfe. Zwar schiebt Albrecht einige wenn und aber davor, die seine Ansicht auch fast plausibel machen könnten. Aber er verrät sich, in dem er nicht etwa nur in Kauf nimmt (es gibt ja immer die untergeordneten Dienststellen, die „auch 'mal härter zupacken"), nein, er hält es „für sittlich geboten, eine Information durch Folter zu erzwingen".

9.1 Im Jahr 1967 entstand eine grosse Koalition aus SPD und CDU/CSU unter dem CDU-Kanzler Kiesinger. Dabei war es nicht etwa so, daß die SPD zur Bedingung gemacht hätte, wenn überhaupt, dann nur ohne Strauß. Schließlich waren die Skandale, die die SPD durch ihre Initiativen jetzt immer wieder ausgraben läßt, damals ganz frisch.

Sie ging auch nicht wiederstrebend in ein Regierungsbündnis mit Strauß, sondern es entstand eine ausgesprochen „produktive" Zusammenarbeit zwischen CSU-Strauß und SPD-Schiller, für deren Herzlichkeit der Volksmund den Begriff „Plisch und Plum" prägte.

Wenn also überhaupt eine Partei dazu beigetragen hat, den völlig abgehalfterten Politiker Strauß wieder salonfähig zu machen, dann war es die SPD, auch wenn sie es heute nicht mehr wahrhaben möchte. Schließlich brauchten wir heute alle nicht die Suppe auszulöffeln, wenn sie sie uns damals nicht eingebrockt hätte.

9.2 Die gesamte Entwicklung der sechziger Jahre, soweit APO bis RAF davon ausgegangen sind, ist auf die Existenz der großen Koalition und die fehlende parlamentarische Opposition zurückzuführen, auch wenn einige Genossen im linken Lager das nicht sehr gerne hören.

10.1 Nicht wählen bedeutet Verstärkung der jeweils stärksten Fraktion.

10.2 Eine neue FDP–SPD-Koalition und geringer grüner Stimmmenanteil bewirken die sichere Machtübernahme der CSU/CDU im Jahr 1984 (!).

10.3 Eine FDP–SPD-Koalition mit Stimmenanteil der Grünen eben unter 5% bringt beide Parteien in den folgenden Landtagswahlen zu erheblichen Zugeständnissen an die eigenen linken Flügel.

10.4.1 Erreichen die Grünen 5%, so ist von CDU/CSU–FDP-Koalition über große Koalition (CDU/

10.4.1 Erreichen die Grünen 5%, so ist von CDU/CSU–FDP-Koalition über große Koalition (CDU/
CSU–SPD) bis ganz großer Koalition (auch noch unter Einschluß der FDP) alles möglich. Und man wird sich wundern (nur SPD-Linke werden sich wundern), wie schnell alle Ressentiments gegen Strauß vergessen sind.
10.4.2 Oder es gibt eine Minderheitsregierung der SPD mit oder ohne FDP, die bei bestimmten uns interessierenden Sachfragen auf die Grünen angewiesen sein wird.

10.5 Also ist bei dieser Wahl das kleinste Übel grün.

ABTEILUNG: GRÜNES ELEND

„Der Kommunistische Bund (KB) will stärker in den Grünen mitarbeiten, um eine Spaltung der Grünen einerseits in sozialistische Kräfte und andererseits in konservative Kräfte zu erreichen. So jedenfalls ist der mit Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedete Schlußteil einer Resolution der Delegierten-Konferenz des KB am 5./6. Juli 80 zu verstehen. Der Text der Resolution aus dem Arbeiterkampf 181, vom 14.7.80:
(Es folgt der Schlußteil der vorgeschlagenen Wahlresolution - Anm. AK)
Ganz offensichtlich will der KB die Grünen instrumentalisieren für seine leninistische Kaderpolitik. Dies ist mit den Grundsätzen der Zusammenarbeit innerhalb der Grünen unvereinbar.

gez. M. Zieran"

(wörtlich aus: Rundbrief Nr. 5 des Frankfurter Kreisverbandes der GRÜNEN, vom 26.7.80)

Anm.: M. Zieran ist Mitglied der Gruppierung „Basisdemokratische, undogmatische Sozialisten" (BUS) bei den GRÜNEN.

Zur Wahlempfehlung

Die Wahlempfehlung des KB sollte m.E. keineswegs pauschal zur Wahl der Grünen aufrufen. Wir haben kein Interesse daran, rechts-ökologischen Verzichtsideologen Wahlerfolge mitzuorganisieren. Im Gegenteil, es ist zu hoffen, daß die Wähler diesen eine deutliche Abfuhr erteilen. Daran mitzuwirken, darüber auch die Position der linken Grünen zu stärken, sollte unser Ziel sein. Deshalb trete ich für für einen Wahlaufruf zugunsten der fortschrittlichen Grünen ein.

Ein derartiger Wahlaufruf beinhaltet auch, daß der KB zur Nichtwahl der Bremer Landesliste der Grünen aufruft. Denn trotz des Abganges von Dinne und Co. ist es unwahrscheinlich, daß ein anderer als ein rechtsökologischer Wahlkampf von Bremen zu erwarten ist.

Der Aufruf, fortschrittliche grüne Kandidaten zu wählen, sollte mit der Erstellung von „Wahlprüfsteinen" verbunden werden. In diesen „Wahlprüfsteinen" sollen die Kriterien aufgelistet werden, an denen die grünen Kandidaten zu messen sind. In die „Wahlprüfsteine" sollten m.E. folgende Punkte rein:

- Verhältnis Ökologie – Ökonomie, Stellung zur grünen Verzichtsideologie
- Frauenfrage
- Stellung zur Friedenspolitik
- Demokratische Rechte
- Demokratisches Verhalten innerhalb der Grünen selbst.

Dort, wo die Grünen nicht wählbar sind, ist eine Empfehlung, DKP, KBW oder „Volksfront..." zu wählen, wohl kaum die Alternative.

Diese Kandidaturen sind sektiererisch und mithin nicht nur nicht unterstützenswert, sondern aufs schärfste zu bekämpfen.

Die Politik dieser Gruppen war bisher nicht darauf gerichtet, gemeinsam mit anderen Kräften den Widerstand gegen das „Modell Deutschland" zu entwickeln. Vielmehr sind sie, sofern sie überhaupt in den Protestbewegungen mitarbeiten, oftmals spalterisch und desorientierend in Erscheinung getreten.

Konsequenter Ausdruck dieser Politik ist ihre Kandidatur. Und deshalb ist der Vorschlag „*auf dieses Spektrum (Grüne, DKP, KBW, 'Volksfront...', Anm. von mir) von 'Protestparteien' möglichst viele Stimmen zu vereinen, d.h. die unvermeidliche Darstellung linker Schwäche durch das Wahlergebnis nach Möglichkeit abzumildern*" (Resolutionsentwurf) ein schlechter Witz.

Auch die im ursprünglichen Resolutionsentwurf enthaltene Aussage, daß die DKP „gegenüber den Grünen das insgesamt fortschrittlichere, gesellschaftskritischere Programm (hat)" und, da eh keine der kandidierenden Protestparteien in den Bundestag reinkommen wird, „*eine Stimme für die DKP (oder selbst für die 'Volksfront...') als Ausdruck der radikalen Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen Grünen (wiegt)*", geht in die falsche Richtung. Mal abgesehen davon, daß damit durch die Hintertür die vom KB bisher abgelehnte „rrrevolutionäre Programmkandidatur" eingeführt worden wäre, hat der KB keinen Grund, die klaren Programme der DKP, KBW und „Volksfront..." den Grünen in irgendeiner Weise vorzuziehen.

Denn der KB hat (hoffentlich) eine andere Sozialismusvorstellung als DKP, KBW und „Volksfront...", die sich an dem eher abschreckenden „realen Sozialismus" a la DDR, VR China und Albanien orientieren. Und daraus resultiert auch, daß ein noch so sozialistisches Programm z.B. der DKP uns eigentlich genauso wenig befriedigen kann wie das Programm der Grünen.

Deshalb ist eine Wahlempfehlung zugunsten dieser Gruppen m.E. abzulehnen. Im Gegenteil hege ich die Hoffnung, daß das zu erwartende Desaster sich zumindest bei der DKP so auswirkt, daß die schon vorhandenen innerorganisatorischen Widersprüche stärker werden. Und sich z.B. die „Euros" in der DKP zu einer offenen Opposition formieren.

10.8.80 Detlef / Düsseldorf



Wahldiskussion der KB-Frauen

Bei der Frauenvollversammlung am 19/20. Juli 1980 hat es auch eine Arbeitsgruppe "Wahlen" gegeben. Wir wollen hier einen kurzen Bericht von dieser Diskussion geben und gleichzeitig dazu auffordern, weiter zu dem Thema Stellung zu nehmen.

•

Die meisten anwesenden Genossinnen waren oder sind in der bunt/alternativen Wahlbewegung aktiv.

Die Diskussion wurde wesentlich an zwei Schwerpunkten geführt, zum einen: Wie verhält sich die Frauenbewegung zum Thema Wahlen, am Beispiel der Broschüre der "Emma" zum Wahlboykott. Zum anderen: Sollen wir in der Grünen Partei mitarbeiten oder die antiparlamentarischen Kräfte in ihrem Kampf gegen diesen Staat stärken? Zur Disskussionsgrundlage wurde der Artikel "Die Grünen und die Frauen" (AK 181) herangezogen.

In der Diskussion um die „Emma"-Broschüre „Wahlboykott?" arbeiteten wir heraus, daß die Propaganda von Alice Schwarzer, einen Wahlboykott unter den Frauen zu entwickeln, eine große Illusionsmacherei ist. Wir konnten keinerlei Ansätze in der Frauenbewegung zu einer Kampagne für einen Wahlboykott feststellen.

Einen Wahlboykott halten wir deshalb für eine entpolitisierende Perspektive. Daß A. Schwarzer daran selbst nicht recht glaubt, beweisen mehrere Tricks, die sie anwenden mußte, um den "Emma"-Leserinnen den Wahlboykott als Kampfmittel zu verkaufen. Eine Umfrage wird in der Auswertung von Alice Schwarzer so verfälscht, daß bei genauer Rechnung der Wahlboykott erst an vierter Stelle (prozentual) liegt; die meisten "Emma"-Leserinnen würden danach heute wieder die SPD wählen, dann kommen die Grünen – und wenn es eine Frauenpartei gäbe, würden genau so viele diese wählen.

Insgesamt läuft die Argumentation von Alice Schwarzer auf die Wahl des „kleineren Übels" oder zumindest auf Nicht-Wahl einer Alternative hinaus. An allem, was links von der SPD ist, läßt A. Schwarzer kein gutes Haar, vor allem bei der Grünen Partei. Hinzu kommt, daß unklar bleibt, welche oppositionellen oder außerparlamentarischen Bewegungen unter den Frauen A. Schwarzer heute unterstützt. An eine Frauenzeitung wie die "Emma" hätten wir andere Ansprüche, wie: Informationen über die Linke und ihre Frauenpolitik, über die bunt/alternative und grüne Wahlbewegung, und eine klare Absage an die Bonner Parteien.

Der zweite Diskussionspunkt zur bunt/alternativen und grünen Wahlbewegung konzentrierte sich vor allem auf den letzten Absatz ("Wie verhalten wir uns gegenüber der Grünen Partei?") des Artikels "Die Grünen und die Frauen" (AK 181, S.26). Besonders diskutiert wurde die Frage, ob die Grünen heute tatsächlich das Zentrum bzw. wesentlicher Ansatzpunkt für eine zu entwickelnde sozialistische Partei sind, bzw. ob nicht die außerparlamentarische Bewegung genauso viele Ansätze bietet.

Festgehalten wurde, daß es selbstverständlich kein Gegeneinander-Ausspielen beider Seiten (Grüne und außerparl. Bewegung) geben darf. Unbedingt wichtig ist die Wahldiskussion in den Frauengruppen, die nicht in der Grünen Partei mitarbeiten, weil gerade in der Frauenbewegung ein Rückzug aus der Wahlbewegung stattgefunden hat. So hatten zum Beispiel seinerzeit die Frauen der Bunten Liste Hamburg einen sehr aktiven Wahlkampf geführt; heute jedoch besteht kaum noch Interesse ihrerseits an der Bunten Liste wie an der Wahlbewegung überhaupt. Allerdings hat dabei die Entwicklung der Grünen Partei und die vielen, zum Teil unfruchtbaren Auseinandersetzungen darum, eine maßgebliche Rolle gespielt. Im übrigen könne frau genausowenig von Aktivitäten der Hamburger grünen Frauen berichten – die zwar Frauengruppen gebildet haben, aber kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten.

Damit soll nicht bestritten werden, daß, ob in Baden-Württemberg, West-Berlin, NRW, Hamburg oder auch anderswo, Frauengruppen innerhalb der Grünen aktiv sind (siehe dazu die Stellungnahme von Ch. Muscheler, AK 182). Anderswo, wie z.B. im Landesverband Hessen, ist bisher die Frauendiskussion aus dem grünen Leben nach innen und außen total verbannt worden. Dies ist dem Fakt zuzurechnen, daß die grünen Frauen keine einheitliche Front darstellen, sondern politisch auch unterschiedliche Meinungen haben, manche mehr, andere weniger, bzw. überhaupt nicht der bunt/alternativen Wahlbewegung zuzurechnen sind.

Während manche Genossinnen einer Mitarbeit in der Grünen Partei immer noch recht skeptisch und kritisch gegenüberstehen, fanden andere es wichtig, bei den Grünen mitzuarbeiten, um die bunten Positionen zu stärken und die Aktivitäten der fortschrittlichen grünen Frauen zu unterstützen.

Zur Frage einer sozialistischen Partei:

Nach Meinung einiger Genossinnen könne frau bei der Gesamtentwicklung der Grünen nicht gerade einen Trend hin zur sozialistischen Entwicklung sehen. Eine sozialistische Alternative, die auch auf parlamentarischer Ebene vertreten ist, müsse Ausdruck und Interessenvertretung der außerparlamentarischen Bewegungen sein. Bislang habe aber die Grüne Partei so gut wie keine Verbindung zu den "Basisbewegungen". Hinzu kommt noch die Frage der bunten/alternativen Wahlbewegung, die, wenn sie auch mancherorts heute geschwächt sei, dennoch weiter existiere und unter Umständen nach den Bundestagswahlen wieder einen Aufschwung nehmen könne. Insofern sei die Grüne Partei auch nicht das alleinige Zentrum der Wahlbewegung.

Das heißt zusammengefaßt: Die für eine langfristige sozialistische (auch parlamentarische) Alternative zu gewinnenden Kräfte seien nicht allein bei den Grünen, sondern auch in den Basisbewegungen und in der nach wie vor existierenden bunten/alternativen Wahlbewegung zu gewinnen.

2 Genossinnen des LG und AK-Redaktion

Keine Wahlempfehlung für die DKP

Stellungnahme zum Resolutionsentwurf

Im Bezirk Barmbek haben wir den Resolutionsentwurf diskutiert. Danach ergab sich folgendes Bild: Die Mehrheit der Genoss/inn/en entschieden g e g e n eine Wahlempfehlung für die DKP oder irgendeine andere Gruppierung als Alternative für rechte grüne Kandidaten. Die meisten sprachen sich für eine klare Empfehlung für die Grünen aus. Dort, wo exponierte rechte Kandidaten auftreten: keine Stimmabgabe (bzw. Splitting, was besonders bei einem Genossen umstritten ist). Ein Genosse wollte die Entwicklung in den Grünen erst noch weiter abwarten. Die Gegenposition kam von einem Genossen, der die Resolution in diesem Punkt voll unterstützt und für die DKP-Wahl auch noch weitere Argumente in die Diskussion einbrachte. Während dieser Genosse seine Position selber noch einmal schriftlich darstellen wird, sind wir aufgefordert, stellvertretend unsere herausgearbeiteten Standpunkte auszuführen.

Eine klare Wahlempfehlung für die Grünen

Mit dem ersten Teil der Resolution sind wir soweit einverstanden. „*Verglichen mit den außerparlamentarischen Aktionen kommt dem Protest im parlamentarischen Rahmen, dem Protest mit dem Stimmzettel, nur eine sehr geringe Bedeutung zu, soweit es konkret diese Bundestagswahlen angeht*". Der letzte Halbsatz macht die Aussage unserer Meinung nach falsch. Sind wir auch der Meinung, außerparlamentarische Aktionen und Kämpfe viel bedeutsamer zu finden als den Protest mit dem Stimmzettel, so finden wir allerdings auch, daß g e m e s s e n a n d e n B u n d e s t a g s w a h l e n 1972 und 1976 (z.B.) dem Protest mit dem Stimmzettel in diesem Jahr mehr Bedeutung zukommt. Schließlich gibt es 1980 eine Bewegung, die diesen Protest organisieren und ihm mehr Gewicht verleihen will. Dies war 1972/76 nicht der Fall.

„*Für die Grünen spricht andererseits, daß sie zweifelsfrei die stärkste Partei des Protestspektrums (auf der Stimmzettelebene) sind. Sie sind überhaupt die einzigen innerhalb des Protestspektrums, die — zusammen mit den örtlichen und regionalen Bunten/Alternativen Listen — langfristig eine Chance als parlamentarische Alternative bzw. als Keimform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bieten die Grünen die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit für die revolutionäre Linke. Anders als die total verkalkte und finanziell abhängige DKP bieten die Grünen eine Chance, Teil des Prozesses der Herausbildung einer sozialistischen Alternative zu werden.*"

Diese Aussage zu den Grünen unterstützen wir. Trotz aller Widersprüchlichkeit zeichnet sich die Chance für eine weitere Linksentwicklung in den Grünen ab. Diese Tendenz möchten wir auch mit dem Stimmzettel unterstützen. Gerade jetzt springen einige rechte Grüne ab (Springmann, Bremer Rechte etc.). Ihnen ist das Programm trotz seiner Kompromisse viel zu links. Die Kandidatur der Grünen ist *gegen* die Rechten durchgesetzt worden (in aller Schärfe in Bremen). Die Rechten haben seit Saarbrücken ein großes Interesse an einem Mißerfolg im Wahlkampf, um diesen gegen die linken Grünen ins Feld zu führen. Das Programm ist ihnen zu links, zu wenig ökologisch ausgerichtet, würde die Wähler abschrecken.

Ein relativ gutes Wahlergebnis würde also die Position der Rechten schwächen und ist weiter lebenswichtig für die alternative Wahlbewegung überhaupt, d.h. die jetztige oder eine zukünftige, da es wichtig ist zu zeigen, daß eine Alternative bundesweit überhaupt eine Chance hätte, die 5 % zu schaffen. Deswegen sind wir für eine eindeutige Wahlempfehlung für die Grünen.

Zum Opportunismus der marxistischen Kräfte in den Grünen: Angenommen, diese Einschätzung ist richtig (bei uns gibt es dazu unterschiedliche Standpunkte), so dürfte ein schlechtes Wahlergebnis die Kompromißbereitschaft gegenüber den rechten Kräften eher stärken.

„*Wir werden deshalb* d i e *Kandidaten der Grünen unterstützen, die ohne Zweideutigkeit für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die Grünen nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der Proteststimme, in erster Linie für die DKP bzw. durch Nichtwahl.*"

Was heißt das konkret: „ohne Zweideutigkeit"? Jemand, der sagt, er vertrete das Saarbrücker Programm, ohne gleichzeitig alle Unzulänglichkeiten und rückschrittlichen Teile zu benennen? Dann würden wir wahrscheinlich in nur ganz wenigen Bundesländern die Grünen wählen können. In Anbetracht der Gesamtbewegung würden wir dagegen vorschlagen, Kandidaten, die erklärte und exponierte Rechte und als solche bekannt sind oder werden, die Stimme zu verweigern. Die Proteststimmen in diesem Fall auf konkurrierende Gruppierungen zu verteilen, halten wir nun überhaupt nicht für sinnvoll, letztlich hieße das, der alternativen Wahlbewegung in den Rücken zu fallen.

Die *besondere* Bedeutung der Programmwahl (weil wenig Aussicht auf parlamentarische Vertretung) und damit verbunden eine Wahlempfehlung für die DKP ist uns nicht einleuchtend. Eine Wahlentscheidung aufgrund des Programms? Wer hat eigentlich das Programm der DKP gelesen? Gerade eine linke Gruppe wird daran gemessen, welche Bewegung sie repräsentiert und an ihrer politischen Praxis. Man kann nicht abgehoben von den langjährigen Erfahrungen mit der DKP auf ihr fortschrittliches Programm verweisen. Was ist es wert? Die meisten fortschrittlichen Menschen haben erstmal im Kopf, daß die DKP einen Sozialismus à la DDR, Polen, UdSSR etc. will, da sie diesen ablehnen, wählen sie sie nicht. Die Linke identifiziert mit der DKP weiter folgende Dinge: antimonopolistische Demokratie, das Beharren, mit beiden Beinen auf dem Grundgesetz zu stehen, friedlicher Übergang, These 41, gewalttätige Verhinderung von Auseinandersetzung (DKP-Schläger) etc. Noch eine kurze Kostprobe aus dem Wahlkampf 1976: Herbert Mies erklärte auf einer Veranstaltung, „daß seine Partei die Bundeswehr *nicht* ablehne. Die DKP trete aber entschieden gegen die Bestrebungen des Rüstungskapitals auf, aus der Bundeswehr ein Aggressionsinstrument nach außen und ein Unterdrükkungsinstrument nach innen *zu machen*. Die DKP habe deshalb kein destruktives, sondern ein *konstruktives Verhältnis* zur Bundeswehr..." und weiter: Er verwahrte sich gegen „reaktionäre Kreise", die behaupten würden, die DKP wolle die „Bundeswehr zersetzen". Dies sei, so Mies, „eine alte Verleumdung, wie sie schon zu Kaisers Zeiten gegen die SPD, die Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts vorgebracht worden sei" („DVZ", 9.9.76, Hervorhebungen durch uns).

Weiter halten wir die Eigenkandidatur der DKP — besonders zu dieser Bundestagswahl — für sektiererisch! (Das gleiche gilt für KBW, Volksfront etc.) Sie hat sich auch nicht im geringsten darum bemüht, zu einer gemeinsamen Kandidatur mit anderen Gruppierungen und Listen zu kommen, sondern beharrt nach wie vor auf ihrem Alleinvertretungsanspruch, unabhängig von den politischen Bedingungen. Sie repräsentiert bei der Wahl nichts außer sich selbst. Mit ihrer Kandidatur fällt sie einem großen Teil des Protestpotentials in den Rücken. Diese Politik sind wir nicht bereit, mit der Stimme zu unterstützen. Zudem hat die DKP bei den letzten Wahlen nur Stimmenverluste hinnehmen müssen. Wir wissen selbst von DKP-Mitgliedern, die bunt/grün gewählt haben bzw. es wollen. Dieser Entwicklung sollten wir — besonders angesichts des Sektierertums der DKP — nicht noch entgegenwirken.

Letztlich wird uns eine solche Wahlempfehlung bei den Grünen nicht gerade glaubwürdig erscheinen lassen, was kein besonders guter Start für eine verstärkte Mitarbeit ist.

Pe. und Ma. BO/Barmbek



Wahlkampf in Hamburg

Bolivien, Domitila: »Wer neutral ist, ist stummer Komplize des Völkermordes«

Mit diesen Worten umriß Domitila Chungara, bolivianische Bergarbeiterfrau, am 6. August auf einer Pressekonferenz in Westberlin ihr Verhältnis zum derzeitigen faschistischen Putschregime.

Daß der jüngste Putsch nach chilenischen und argentinischem Muster ablief, ist mittlerweile mehr als deutlich geworden. Nicht nur, daß die Reaktion versucht , durch künstlich geschürte Lebensmittelverknappung und unzählige Attentate auf fortschrittliche Menschen ein Klima von Angst, Terror und Not herbeizuführen, nicht nur, daß bereits schon Wochen vorher auf schwarzen Listen feststand, wer gefoltert und getötet werden würde, nicht nur die Fußballstadien, die zu KZ's umgewandelt wurden, die Bombardements von Arbeiter- und Armenvierteln, die Gorillas aus dem Cono Sur haben sich anscheinend auch direkt am Putsch mit „Spezialisten" beteiligt. Bei den Folterknechten fiel der argentische Akzent auf, die Truppe, die am Tage des Putsches die Gewerkschaftszentrale stürmte und mehrere Gewerksschafter und Politker ermordete, setzte sich z.T. aus argentinischen Banden zusammen, die bereits Banzer ins Land geholt hatte. *„Der gesamte Operationsplan des Putsches in Bolivien glich bis ins Detail der Machtübernahme des argentinischen Genrals Videla im Jahre 1976"* („Spiegel", 28.7.80). Nach Angaben des bolivianischen Nationalkomitees zur Verteidigung der Demokratie" (CONADE) befindet sich auch der „Schlächter von Lyon", Klaus Barbie, als Folterspezi im Stab der bolivianischen Faschisten. Der Gestapo-Chef war in Frankreich wegen Folterung und Hinrichtung zahlreicher Widerstandskämpfer 1947 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden.

Nach Berichten von CONADE hat der Putsch 1.500 Tote und 2.500 Verhaftete gefordert („NZZ", 5.8.80). Die Bergbauzentren sind weiterhin besetzt. Die Faschisten haben versucht, durch Unterbrechung der Wasserzufuhr und der Lebensmittelversorgung die Arbeiter buchstäblich auszuhungern.

Einiges zur Solidaritäts - bewegung

In der BRD bildeten sich unmittelbar nach dem Putsch Solidaritätskomitees, zumeist auf Iniative von bereits arbeitenden Bolivien-Gruppen.

Bolivien-Gruppen und -Komitees aus 12 Städten der BRD beschlossen die Spenden für das bolivianische Volk in Hamburg zu zentralisieren, während die Solidaritätsaktionen über die FDCL in Westberlin koordiniert werden soll.

In Bonn fand eine friedliche Botschaftsbesetzung statt, ähnlich wie in anderen europäischen Städten. Dies tat in Hamburg nicht nötig: der dortige Generalkonsul, Emilio Sanchez, erklärte in einer gemeinsam mit dem Bolivien-Komitee vorbereiteten Pressekonferenz seinen Amtssitz als „Generalkonsulat des Widerstandes" und stellte dem Komitee seine Räume für seine Sitzungen zur Verfügung. Überdies verfügte er, die bolivianische Flagge auf halbmast zu setzen und wies die ihm unterstellten Konsulate an, das Gleiche zu tun.

In einer öffentlichen Erklärung des Generalkonsuls heißt es: *„Ich werde in meinem Amt bleiben, solange man es mir erlaubt. Aber ich werde es nicht benützen, um einer antidemokratischen Regierung zu dienen, die Menschen ermordet und unterdrückt. Im Gegenteil, ich werde es dazu benutzen, um diese Regierung zu verdammen und ihre gewaltsam eingesetzte Autorität nicht anzuerkennen. Ich hoffe, mit diesem Schritt etwas zum Widerstand unseres Volkes beizutragen und zur Wiederherstellung des demokratischen Prozesses".*

Zwei weitere Faktoren waren für die Solidaritätsbewegung in der BRD von besonderer Bedeutung: die Anwesenheit des Exekutivkomitees der bolivianischen Bergarbeitergewerkschaft FSTMB unter Führung von Victor Lopez sowie der Besuch von Domitila. Wahrscheinlich hat sie ihr Auslandsaufenthalt zum Zeitpunkt des Staatsstreiches vor Repressionen oder gar Ermordung gerettet. Victor Lopez machte unumwunden klar, daß die Einstellung jeglicher Wirtschaftshilfe und der Abbruch jeglicher Beziehungen die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Junta wären. Bei offensichtlicher Kenntnis der Situation im DGB in punkto internationale Solidarität bestanden die bolivianischen Gewerkschafter darauf, zunächst den Kollegen an der Basis ihre Situation zu schildern, um erst im Anschluß daran die DGB-Spitze, speziell die IG-Bergbau, zu konsultieren. So konnten sie sich insbesondere in den Gewerkschaftsmedien eine relativ gute Öffentlichkeit verschaffen. Illusionen haben sie aber offenbar, was das Verhalten der BRD- und US-Regierung anbelangt.

Auf unsere Frage, ob die USA den Wirtschaftsboykott aufrechterhalten, vertrat Victor Lopez: *„Das muß man erstmal abwarten. Den USA haben die Diktaturen in ihrer Machtsphäre angefangen zu schaden. Sie standen in krassem Widerspruch zu dem von Carter vertretenen Konzept der langsamen Demokratisierung und haben die amerikanische Politik unglaubwürdig gemacht. Ich denke, jetzt müssen die USA konsequent sein, und mit allen Mitteln daran festhalten, daß der eingeschlagene Weg weitergeführt wird."*



Domitila

Anders zur Rolle Carters und der US-Interessen äußerte sich Domitila auf einer wenige Tage später in Hamburg stattfindenden Veranstaltung (sinngemäß): *„Wer hat denn diese Leute, die heute in Bolivien Menschen morden, ausgebildet? Wer hat denn dieses Militär überhaupt geschaffen? Das waren doch die USA und die CIA."*

Und an die Adresse der Bundesregierung gerichtet: *„Jede Hilfe, auch*
Und an die Adresse der Bundesregierung gerichtet: „Jede Hilfe, auch
Entwicklungshilfe wird das Putschregime länger im Sattel halten... Jede Regierung, die die Junta anerkennt, macht sich der Unterstützung des Völkermordes, der heute am bolivianischen Volk verübt wird, schuldig". Und schließlich: *„Ich bin hier, um die Rechte eines Volkes zu verteidigen, das im Blut erstickt."*

Auf dieser Veranstaltung meldeten sich auch die Vertreter der zweieinhalb großen „Volksparteien" zu Wort und bekundeten ihre Solidarität zum kämpfenden bolivianischen Volk. Domitila indes konnte von den gut 1.000 DM, die von den Veranstaltungsteilnehmern spontan gesammelt wurden, kaum ihre Weiterreise finanzieren. Hier ein paar Märker beizusteuern, war den „Volksvertretern" von CDU/SPD/FDP so kurz vor der Wahl dann doch zu teuer.



Bolivien 1980



Domitila, die während des Putsches zusammen mit Julietta Montana, der Vorsitzenden des bolivianischen Frauenkomitees, auf der UNO-Frauenkonferenz in Kopenhagen war, weiß noch immer nichts über das Schicksal ihres Mannes und ihrer sieben Kinder. Bekannt geworden ist sie durch einen Hungerstreik von Bergarbeiterfrauen, die 1978 das Ende der siebenjährigen Banzer-Diktatur einleitete (Vgl. AK-Interview mit Domitila in AK 179) sowie durch ihr Buch „Wenn man mir erlaubt zu sprechen".

In Europa reist sie als Vertreterin von CONADE, einem Komitee, das sich überall in Bolivien angesichts des drohenden Putsches gebildet hatte. An der Spitze von CONADE steht der bolivianische Gewerkschaftsverband COB. In CONADE arbeiteten Vertreter des gesamten Volkes mit, d.h. alle Parteien außer den Faschisten, Mitglieder der katholischen Kirche, Nachbarschaftsvereinigungen, die von Domitila organisierten 34 Hausfrauenkomitees, die Studenten, etc.

CONADE hatte im Falle des Putsches den sofortigen Generalstreik und die Blockierung der Straßen in die Bergbauzentren beschlossen. Domitila ruft dazu auf, auch in Europa Solidaritätskomitees nach dem Vorbild von CONADE zu organisieren. Hauptziel sollte die totale Isolierung der faschistischen Junta und die Organisierung von Solidaritätsarbeit sein. Das Bolivien-Komitee Hamburg hatte bereits am 30.7. einen Forderungskatalog mit acht Punkten aufgestellt, von denen **k e i n e** bisher erfüllt ist:

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf und bitten sie:

1. um eine sofortige und scharfe Verurteilung des durch Gewalt regierenden Militärregimes;

2. um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Bolivien, wobei Asylsuchende auch über andere Botschaften in die BRD aufgenommen werden könnten (die Schweiz soll bereits dahingehende Angebote gemacht haben);

3. sich für eine schnelle und unbürokratische Asylgewährung von verfolgten Bolivianern einzusetzen und die Länder zur Aufnahme von Asylanten zu bewegen;

4. um die Einstellung jeglicher wirtschaftlicher Hilfe, einschließlich der Wirtschaftshilfe durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und mit Ausnahme der vor Ort arbeitenden
Zusammenarbeit (BMZ) und mit Ausnahme der vor Ort arbeitenden
deutschen Entwicklungshelfer;

5. die unter 4. freiwerdenden Mittel umgehend für evtl. entstehende Flüchtlingslager und bolivianische Flüchtlinge in Peru und anderswo zu verwenden, solange in Bolivien selbst noch keine Hilfsmaßnahmen möglich sind;

6. um die ernsthafte Prüfung einer Anerkennung der bolivianischen Untergrundregierung und deren Vertreter in der BRD;

7. ihren Einfluß innerhalb der EG geltend zu machen, um die oben genannten Maßnahmen auch durch die EG-Staaten zu verwirklichen und sich gemeinsam für die Einreise von Rotem Kreuz und Menschenrechtsorganisationen sowie für die Freilassung aller politischen Gefangenen einzusetzen;

8. ihren Einfluß im internationalen Währungsfond und ähnlichen Institutionen geltend zu machen, um sämtliche Kredite an Bolivien zu sperren.

30.7.80 Bolivien;Komitee Hamburg

Warum das so ist, liegt offenbar an den ökonomischen Interessen der BRD, die immerhin größter Außenhandelspartner Boliviens ist. Daß eine Einstellung der Entwicklungshilfe nur „den Ärmsten der Armen schaden" würde, ist eine Propagandalüge von Entwicklungsminister Offergeld, die diese Interessen nur verschleiern soll. Immerhin stehen 70 deutsch-bolivianische Projekte auf dem Spiel:

„Nach Angaben eines Sprechers des Bonner Entwicklungsministeriums ist die Bundesrepublik Deutschland hinter den USA, wenn auch mit Abstand, das zweitgrößte Geberland für Bolivien. Seit 1977 belaufen sich die jährlichen deutschen Hilfszusagen bei der Kapitalhilfe auf rd. 30 Mio. DM und bei der technischen Hilfe auf rd. 16 Mio. DM. Die Gesamthöhe der deutschen Zusagen beträgt rund 523 Mio. DM. Damit liegt Bolivien zusammen mit Kolumbien an dritter Stelle bei den lateinamerikanischen Empfängern der Bonner Entwicklungshilfe".
(„Nachrichten für Außenhandel", 28.7.80).

Hier noch einmal die zwei zentralen Adressen:
Für die Koordinierung der Soli-Arbeit: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/3135065
Das zentrale Spendenkonto lautet:
Christian Wienberg: Sonderkonto B PschA Hamburg, Hamburg, Kt.Nr. 46496-205

Deutsche in Bolivien

Daß Lateinamerika ein Eldorado für sogenannte „ehemalige" Nazis ist, dürfte keine sensationelle Neuigkeit sein (1). Davon zeugen stellvertretend für viele andere schon die Namen von Bormann (Führersekretär), Mengele („Gehirnforschungs"-Arzt in Birkenau-Auschwitz), Rauff (SS-Obersturmbannführer), SS-Kolonel Rudel oder auch Eichmann (bis 1960 in Argentinien).

Bormann fand Zuflucht in Argentinien und baute dort die Naziorganisation „La Arena" (Die Spinne) mit auf. Zeitweise hielt er sich in Chile und Bolivien auf. Rauff stellte seine Erfahrungen Pinochet zur Verfügung – als Mitarbeiter der DINA. Rudel baute das „Kameradenwerk" auf – eine Hilfsorganisation für Nazis in Schwierigkeiten. Er hielt sich jahrelang in Argentinien auf, bevor er in die BRD zurückkam. Mengele genoß politisches Asyl beim paraguayischen Diktator Stroesser. Jetzt soll er sich in Bolivien aufhalten.

Im Zusammenhang mit dem Putsch in La Paz kam der Name von Klaus Altmann alias Barbie wieder an die Öffentlichkeit. Barbie – auch „Schlächter von Lyon" genannt – ist der ehemalige GeStaPo-Chef der französischen Stadt Lyon. In dieser Eigenschaft war er verantwortlich für die Deportation zahlreicher jüdischer Kinder in deutsche KZ's. Außerdem war er persönlich an der Ermordung des französischen Widerstandshelden Jean Moulin beteiligt. Für seine Verbrechen wurde Klaus Barbie in Abwesenheit von einem französischen Gericht zum Tode verurteilt.

Bereits 1973 wurde Barbie in Bolivien entdeckt. Die französische Regierung stellte damals einen Auslieferungsantrag – wie man sieht, erfolglos. Ihn aufzuspüren dürfte keine große Mühe gekostet haben, denn Barbie diente bereits unter der Banzer-Diktatur als Polizeiberater (vgl. „die tat", 25.7.80). Unmittelbar nach dem Militärputsch in La Paz konnte beobachtet werden, wie Barbie das Gebäude des Generalstabs verließ. Die Madrider Zeitung „El Pais" berichtete, daß Barbie *„ein enger Freund des Junta-Innenministers Arce Gomez ist, als Chef der ‚Sektion II' der politischen Abteilung des militärischen Geheimdienstes vor*
‚Sektion II' der politischen Abteilung
des militärischen Geheimdienstes vor dem Putsch".

Barbie lebt komfortabel und sicher in La Paz. Neben seinem Job bei der Polizei gehört ihm auch eine Seefrachtgesellschaft. Innerhalb der hohen bolivianischen Gesellschaft verfügt er über entsprechende Freunde. So wurde 1974 zu seinen Förderern gezählt: Admiral Alcibiado Ruiz, Befehlshaber der Seestreitkräfte Boliviens, Innenminister Alberto Taborga, Kolonel Carlos Souza und „sogar" ein Erzbischof, nämlich Abel Atenzana aus La Paz (Ladislas Farago: „Aftermath", New York 1974, Seite 243).

Mit seinem gesellschaftlichen Einfluß nimmt Barbie beileibe keine Sonderstellung unter den „deutschen Siedlern" ein. Bis 1914 konnte man die Deutsch-Bolivianer in Hunderten zählen: 1914 gab es nur 500 sogenannte „Reichsdeutsche" in Bolivien. Insbesondere in der Zeit nach 1950 erfreute sich das Land eines regen deutschen Einwandererzustroms („Wirtschaftsasylanten" oder „politisch Verfolgte"? Eine aktuelle Debatte ...). Heute beläuft sich die Gesamtzahl der Deutschen in Bolivien auf rund 11.000 Menschen. Die „deutsche Kolonie" konzentriert sich besonders auf die Gegend um Santa Cruz, von wo aus der letzte Putsch übrigens seinen Ausgang nahm.

Der Einfluß der Deutschen in Bolivien ist bedeutend: Nach Schätzungen der deutsch-bolivianischen Handelskammer von La Paz beherrschen die Deutschen über 30% der gesamten Privatindustrie des Landes. In der Hauptstadt selber sind die deutsch-bolivianischen Unternehmen zu 23 % am gesamten Umsatz beteiligt.

Die Brüder Oskar und Erwin Gasser unterhalten bei Santa Cruz die größte Zuckerfabrik des Landes. Einer der größten Großgrundbesitzer Boliviens ist die in La Paz ansässige Firma „Estancias Gebrüder Elsner SA" („SA" meint in diesem Falle eine Firmenbezeichnung). Diese Gesellschaft gehört den Familien Bauer und Elsner. 30.000 Rinder auf 140.000 Hektar eigenem Weideland zählen zu ihrem Eigentum. Außerdem besitzen die Elsners das Warenhaus „Casa Bernardo" in La Paz. In „deutscher Hand" ist auch das größte pharmazeutische Unternehmen des Landes, „Laboratorio Inti". Es gehört der Familie Schilling, von der es heißt, sie sei auch im Kokaingeschäft „aktiv".

Die bedeutendsten Großgrundbesitzer sind Deutsche: Zeller-Moser, Bauer, Schnack, Kegel, Elsner. Im Jahr 1972 veröffentlichte der „Stern" (Nr. 51/72) einen Artikel unter der Überschrift „Bolivien fest in deutscher Hand": *„...In deutschen Clubs trifft sich die Elite des Landes ... In der deutschen Schule von La Paz wird diese Elite erzogen, sie gilt als das sicherste Sprungbrett für einflußreiche Positionen ... Deutsche drukken die Briefmarken und Staatsformulare, Deutsche versorgen die Tische der Wohlhabenden mit Steaks, Deutsche brauen das Bier, brennen den Schnaps, weben die Stoffe, gründeten die nationale Luftlinie, mehrere Telefongesellschaften und schufen eine moderne Elektrizitätsversorgung.*
Deutsch ist auch der Name des gung.
Deutsch ist auch der Name des Staatspräsidenten, Hugo Banzer Suarez, Nachkomme deutscher Einwanderer ... Zwar schrien jahrelang linke Studenten bei Demonstrationen ‚Yankees raus!' – doch in den einflußreichen Handelshäusern spricht man deutsch".

Im gleichen Jahr traten deutsche Großgrundbesitzer aus Bolivien im ARD (Sendung „Monitor", 28.2.72) auf und rühmten sich ihrer Unterstützung für den blutigen Putsch von Banzer im Jahr 1971 ...

Eine Genossin/KB-Gruppe Frankfurt

(1) Es soll nicht behauptet werden, alle deutschen Einwanderer in Lateinamerika seien ausnahmslos Reaktionäre. So haben gerade auch in Argentinien die ersten deutschen Emigranten eine fortschrittliche Rolle gespielt. Sie gaben die erste sozialistische Zeitung Argentiniens heraus (der „Vorwärts", der von 1886 bis 1901 erschien) und organisierten am 1. Mai 1890 die erste Mai-Demonstration in Buenos Aires.

Nachhilfeunterricht für die Militärs aus El Salvador

Nun ist schon seit längerem bekannt, daß die CDU in der Militärjunta El Salvadors eine *„reformwillige und tüchtige"* Regierung sieht, die von einer kleinen Zahl von Leuten durch *„Terror, Attentate und Einschüchterung der Zivilbevölkerung"* gestürzt werden soll (so der Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten, Kai Uwe von Hassel). Die CDU unterstützt das Folterregime vor allem mit Hilfe der auf solche Aufgaben spezialisierten „Konrad Adenauer Stiftung". Auf Grund einer Einladung dieses Unterstützerkreises Terroristischer Vereinigungen überall in der Welt, bereisten mehrere Spitzenpolitiker der salvadorianischen Militärdiktatur die BRD.

Ein besonderer Skandal ist die Reise einer 8-köpfigen Delegation, angeführt vom Innenminister Hernandez Delgado, die sich aus verschiedenen Militärs und Polizeioffizieren zusammensetzte, so dem Chef des Generalstabs der Streitkräfte oder dem Vize-Generaldirektor der Nationalgarde. Auf dem Programm standen Besuche beim Bundeskriminalamt, im Außenministerium, in der Bundeswehrschule für Innere Führung und bei der Berliner Polizei. Bei diesen Besuchen hielten s o z i a l d e m o k r a t i s c h e Politiker und Beamte wie selbstverständlich Referate über „die Aufgaben der Polizei in einem Rechtsstaat" und hielten „Erfahrungsaustausch".

Darauf angesprochen, daß die Sozialistische Internationale das Folterregime verurteilt habe und daß sich auch führende deutsche Sozialdemokraten gegen die Junta ausgesprochen haben, erklärte der Leiter des Westberliner Staatsschutz, Kittlaus: *„Nur muß ich hinweisen auf die Problematik unseres Berufs. Politische Überlegungen dürfen da überhaupt keine Rolle spielen....Sozialdemokrat bin ich nur privat".* (TAZ, 16.7.80).

Viva Bolivia libre y democratica!
Aufruf zur Solidarität

In Bolivien haben sich bereits vor dem Putsch die „Komitees zur Verteidigung der Demokratie" (CONADE, „Comite Nacional de Defensa de la Democracia en Bolivia") gegründet, die von allen fortschrittlichen Kräften Boliviens getragen werden. Auf einem ersten nationalen Treffen der westdeutschen Bolivien-Komitees in Hannover Ende Juli wurde für die Solidaritätsarbeit folgendes beschlossen:

„Das bolivianische Volk hat sich durch heldenhaften und mühevollen Kampf seine politischen, sozialen und demokratischen Rechte erobert. Seit dem Sturz der Banzer-Diktatur bis zum 17. Juli 1980 hat sich die politische Situation dank organisierter und kämpferischer Aktionen des bolivianischen Volkes grundlegend geändert. Angeführt von seinen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen wurde ein wichtiger demokratischer Spielraum erreicht.

Der blutige Staatsstreich von Militärs um Garcia Meza ist eine unverschämte Gewalttätigkeit gegen den Willen des Volkes, der sich am 29. Juni an den Wahlurnen und in öffentlichen Aktionen ausdrückte, mit dem Ziel der sozialen, politischen und ökonomischen Befreiung. **Bolivianer und Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin, die sich im Komitee zusammengeschlossen haben, identifizieren sich mit diesem heldenhaften Kampf und sind entschlossen, ihn vorbehaltlos und ungeachtet von politischen Differenzen zu unterstützen.**

Aus diesem Grund haben wir uns im „Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien" organisiert und suchen die Unterstützung breiter fortschrittlicher und demokratischer Sektoren der deutschen Öffentlichkeit auf der Grundlage folgender Punkte und Forderungen:

1. Verurteilung des blutigen Putsches von Garcia Meza und seiner paramilitärischen faschistischen Kommandos und der direkten Einmischung der repressiven argentinischen Kräfte.
2. Internationale Isolierung und totale Einfrierung aller finanziellen Mittel für die Putschisten.
3. Gegen die ausländische Penetration, den transnationalen Imperialismus und den brasilianischen Subimperialismus,
4. Verteidigung der natürlichen Reichtümer,
5. Unterstützung für den bolivianischen Gewerkschaftsverband (COB), die Gewerkschaft der Bergbauern (FSTMB) und anderer repräsentativer Organisationen der arbeitenden Bevölkerung und anderer Volkschichten im Kampf um ihre Rechte,
6. Unterstützung für das „Nationale Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien" – CONADE – und seiner politischen Plattform, die einen breiten Beschluß des bolivianischen Volkes ausdrückt".

* * *

Eine Reihe von Filmen können bei Veranstaltungen zur Solidarität mit dem bolivianischen Volk eingesetzt werden:

– „Das Blut des Kondors", ein Film über Zwangssterilisationen von Indio-Frauen,
– „Der Mut des Volkes",
– „Der Schrei des Volkes",
– „Die Stunde der Generäle".

Filmverleih:
Deutsche Kinemathek, Wellerstr. 25, 1 Westberlin 30

– „Musik für Padamena",
– „Der Weg des Zinns",
– „Jonny Cocaina",
– „Domitila aus dem 20. Jahrhundert", (über das Leben der Bergarbeiterfrau und -Kämpferin Domitila Barrios de Chungara und der „Mineros" im „Siglo XX").

Filmverleih:
Lamuv-Verlag, Martinstraße 7, 5303 Bornheim-Merten.

Empfohlen sei allen das Buch „Wenn man mir erlaubt zu sprechen, Zeugnis von Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens", ebenfalls im Verlag Lamuv erschienen.

* * *

Trotz Ferien und gähnender Funkstille in der Szene gibt's erfreuliches zu berichten: am 7.8. luden das Lateinamerika-Komitee, das Auslandsreferat des TU-Asta und der KB zu einer kleinen Infoveranstaltung über Bolivien ein. Mit gut 50 Besuchern waren's die Veranstalter zufrieden und die Besucher mit der Veranstaltung offensichtlich auch: nach einer einleitenden Ton-Dia-Serie, die sehr komprimiert die Entwicklung der letzten Jahre in Bolivien darstellte und dem Referat eines bolivianischen Genossen stellte das Publikum viele interessierte Fragen. Dieses Interesse an den Klassenkämpfen in Bolivien drückte sich auch in der Spendensammlung aus: ca. 250,; DM wurden gesammelt. Insgesamt konnte innerhalb einer Woche in Kneipen, in der Stadt und auf dem Flohmarkt gut 400,; DM gesammelt werden, die dem bolivianischen Widerstand zugute kommen werden. Ein schöner Erfolg. Hoch die internationale Solidarität!

KB/Gruppe Braunschweig

Am 6. August, dem nationalen Feiertag Boliviens, führte die frisch gegründete Frankfurter Bolivien-Initiative eine erste Veranstaltung durch. Überraschend und erfreulich war die Teilnehmerzahl – trotz kurzfristiger Bekanntgabe und allgemeiner Urlaubszeit waren 150 Leute gekommen.

Zunächst trugen bolivianische Genossen Lieder aus ihrem Land vor. Danach wurde der Film „Domitila aus dem Siglo XX" gezeigt. Anschließend wurden kurze Beiträge gehalten, zur aktuellen Situation in Bolivien, zur Rolle Argentiniens und schließlich zur Bedeutung der „deutschen Kolonie" in der bolivianischen Wirtschaft. Weitere Veranstaltungen sollen jetzt in Frankfurt und Umgebung folgen.

KB-Gruppe Frankfurt

Volkskrieg in El Salvador

Mit schweren Verlusten auf beiden Seiten ist Anfang August in El Salvador die erste „Operation verbrannte Erde" zu Ende gegangen, ohne daß die Regierungstruppen ihr Ziel erreicht hätten, die Guerilleroverbände zu zerschlagen. Bei den Kämpfen in den Provinzen Cabanas, Morazan und San Salvador, die bis auf 30 km an die Hauptstadt heranreichen, wurden durch amerikanische Kampfhubschrauber zahlreiche Dörfer total zerstört. Nach Berichten des Roten Kreuzes sind dabei mindestens 400 Campesinos ums Leben gekommen, Tausende sind zum Teil schwer verletzt worden. Sowohl die Guerilleros als auch die Armee haben nach eigenen Angaben *„ernstliche Verluste"* erlitten. Die Armee hatte erstmals etwa 5.000 Mann für eine derartige Operation eingesetzt.

Etwa 10.000 Landarbeiter konnten mit ihren Familien rechtzeitig flüchten. Die Flüchtlingstrecks sind jedoch verschiedentlich von Hubschraubern aus beschossen worden, außerdem fehlen Wasser, Lebensmittel, Verbandsmaterial etc..

Die Grenzwälder zu Honduras, hierhin flüchteten viele Campesinos, werden jetzt vom Hubschrauber aus entlaubt und mit Napalm verbrannt, gleichzeitig werden dabei die Wasserläufe vergiftet, um die Guerilleros zur Aufgabe zu zwingen, die insgesamt etwa 3.000, meist junge Kämpfer, eingesetzt haben sollen. Obwohl diese erste große Feldschlacht der Armee unerwartet große Verluste zugefügt und damit die Moral der Truppe geschädigt hat, spricht der „Verteidigungs"-Minister, Garcia nur von „Scharmützeln"; angesichts des Mißerfolgs, die Guerillaverbände aufzulösen, wird geleugnet, daß überhaupt eine größere Aktion stattgefunden habe (nach „FAZ", 3.8.80).

ZUR ERINNERUNG

Am 15. Oktober des letzten Jahres putschten sich die Obersten Majano und Guiterez mit wohlwollender Unterstützung seitens der USA an die Macht. General Romero, bisheriger Chef einer brutalen Militärdiktatur, setzt sich ohne ernsthafte Gegenwehr ins Exil nach Guatemala ab. Die Aufgabe der neuen Regierung ist es, *„etwas zu verändern, damit sich nichts wirklich verändert".* Die bürgerliche Opposition sollte mit Versprechungen beruhigt werden, während gleichzeitig die militante Linke, aber auch streikende Arbeiter, die ganze Härte einer Militärdiktatur zu spüren bekamen.

Zunächst beteiligten sich Sozial- und Christdemokraten, Liberale und Revisionisten an der neuen Regierung, aber diese an sich relativ breite Basis war schnell verspielt. Schon nach drei Monaten traten praktisch alle zivilen Regierungsmitglieder zurück, aus Protest gegen die Morde und Folterungen der Sicherheitskräfte in Zusammenarbeit mit den rechten Terrorgruppen, und weil von den vielen Reformversprechungen bisher nichts in die Tat umgesetzt wurwurde.

Die Christdemokratische Partei spaltete sich, lediglich ein kleiner Kreis von Parteiführern um den Vorsitzenden Duarte herum wollte sich weiterhin als Aushängeschild für die Militärs hergeben.

Der traditionell stark zersplitterten Linken gelang es relativ schnell, sich zu einer einheitlichen Opposition zusammenzuschließen und selbst in die Offensive zu gehen. Demonstrationen mit bis zu 200 000 Teilnehmern, Generalstreiks und zahlreiche bewaffnete Aktionen beweisen die Stärke der Opposition.

Die Ermordung des Erzbischofs von San Salvador, Arnulfo Romero, durch rechte Scharfschützen ist in der Bundesrepublik besonders bekannt geworden. Romero war ein prominenter Sprecher des Widerstandes, bei den Herrschenden seit langem verhaßt. Seine Ermordung hat noch einmal verdeutlicht, daß die Reaktion auch gegen die bürgerlichen und unbewaffneten Teile des Widerstandes mit brutaler Gewalt vorgehen.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres findet in El Salvador eine sog. Argrarreform statt, von der die Regierung behauptet, daß sie die bisherigen Ungerechtigkeiten beseitigen soll. Wurde schon bisher bekannt, daß die Agrarreform benutzt wird, um die Organisation der aufständischen Landarbeiter zu zerschlagen, so vergleicht die mexikanische Tageszeitung „Exzelsior" die „Agrarreform" unumwunden mit dem 'Programm Phoenix', das vom CIA Ende der 60er Jahre in Vietnam durchgeführt wurde. Die Zeitung veröffentlichte die Erklärungen hoher Staatsbeamter bezüglich des "Führens eines sauberen Antiguerillakrieges" und beruft sich auf eine Veröffentlichung von Dr. Roy Prostermann, Professor an der juristischen Fakultät der Universität von Washington, Berater der salvadorianischen Junta für die Durchführung der Agrarreform und Leiter des in Vietnam durchgeführten 'Programms Phoenix'. Er behauptet daß bei adäquater Anwendung der „Reformen" in El Salvador die bewaffnete Offensive der Linken bis Ende 1980 zerschlagen sei. Bezüglich des von Dr. Prostermann geleiteten 'Programm Phoenix' schreibt „Exzelsior": *„Das Programm ist hauptsächlich wegen der „Befriedung" des ehemaligen Südvietnams durch die Tötung von 25.000 bis 40.000 mutmaßlicher Vietkong in Erinnerung"* (nach „Infodienst El Salvador", Nr. 4).

Diese Entwicklung drängt immer mehr auf eine direkte militärische Intervention der USA hin. Schon heute wird die Militärdiktatur nur durch die offene Unterstützung durch den US-Imperialismus an der Macht gehalten. Hierunter fallen die Waffenlieferungen, der Aufbau von Militärstützpunkten durch die USA, die Ausbildung der Truppen sowie die Stationierung von amerikanischen Spezialtruppen und amerikanischen Söldnerheeren. Die direkte Intervention wird jedoch noch hinausgezögert, aber alle Mittel, den revolutionären Prozeß aufzuhalten, die unterhalb dieser Schwelle liegen, sind absehbar ausgeschöpft.

Was noch bleibt, ist der Versuch einer „indirekten" amerikanischen

Fortsetzung n.S.

Fortsetzung v. S. 42

Intervention mit einer sog. „Friedenstruppe". Eine besondere Schlüsselrolle spielt hierbei neben Honduras und Guatemala, die von der mittelamerikanischen Revolution selbst betroffen sind, Venezuela. Schon heute wird ein großer Teil der Militärhilfe der USA an die Junta über Venezuela nach El Salvador gebracht. In der venezolanischen Waffenschmiede Cavom (Compania Anonima Venezolana de Industiras Militares) werden zur Zeit ca. 1 Million Projektile des Nato-Kalibers 7,62mm hergestellt. Sie erhalten keinen Firmenaufdruck und sind für das G 3-Gewehr der salvadorianischen Militärs bestimmt. Das gleiche gilt für 25000 FAL-Gewehre aus venezolanischer Produktion, die ebenfalls ohne Firmenzeichen hergestellt wurden. Ferner haben die USA eine größere Menge von „Antiaufruhrmaterial" bei Cavom eingelagert. Es handelt sich hauptsächlich um Tränengasgranaten, die die wegen Überalterung kaum noch wirksamen Granaten der salvadorianischen Nationalgarde ersetzen sollen. Darüberhinaus werden aber auch Bomben verschiedener Größe bereitgehalten, um die aufständischen Dörfer zu bombardieren (vergl. „TAZ", 7.7.80).

Venezuela bemüht sich zusammen mit den Andenpaktstaaten eine von den Amerikanern gewünschte „Interamerikanische Friedenstruppe" aufzustellen, ist aber bisher bei den Andenpaktländern mit dieser Idee abgeblitzt.

Seit Wochen wird in der bürgerlichen (und linken) Presse über den Zeitpunkt des Volksaufstandes in El Salvador spekuliert; tatsächlich drängt alles auf eine baldige Entscheidung. In einem Interview mit der „TAZ" (7.8.80) sagte Ana Guadalupe Martinez, Kommandantin des Revolutionären Volksheeres, dazu:

„Ich glaube, es gibt für El Salvador keine vergleichbaren Modelle hinsichtlich eines Aufstandes oder eines revolutionären Volkskrieges. Man sieht schon auf der Landkarte, daß es ein äußerst kleines Land ist, keine Berge hat und außerdem stark überbevölkert ist. Daher können wir die traditionellen Modelle der Guerilla – der Guerilla in den Bergen – hier nicht anwenden. Viele Leute dachten noch vor zehn oder zwölf Jahren, eine Guerilla sei in El Salvador wegen der geographischen Bedingungen überhaupt unmöglich.

Durch die Kreativität der politischen Leitung ist aber die Organisierung der Bevölkerung bis zum Äußersten erreicht worden. Das hat den Organisationen die Möglichkeit zu leben gegeben. Was für die Guerilla anderer Länder die Berge sind, ist für uns das Volk. Für uns sind die Berge das Volk. Wir haben einen Grad der Organisierung der – wie wir glauben – für ganz Lateinamerika beispielhaft für ein organisiertes Volk ist. Wir glauben, wenn wir von Erhebung sprechen, daß die Bevölkerung hierzu fähig ist.

Bisher hat die Phase der großen militärischen Aktionen noch nicht begonnen, denn dazu fehlten noch einige Bedingungen – eben auch eine vereinigte Leitung. Ohne sie gibt es kein Vorankommen auf militärischem Gebiet. Seit Mai machen wir spürbare militärische Fortschritte, über die vielleicht die internationalen Agenturen nicht berichten, die zumeist an dem, was in der Hauptstadt geschieht, kleben. Doch ist San Salvador nicht exemplarisch für das, was täglich in den halburbanen Gebieten passiert, denn man kann in El Salvador nicht von ländlichen Zonen sprechen.

Es finden täglich hunderte von kleinen Aktionen statt, die jedoch immer größere Ausmaße erreichen, Dorfbesetzungen, Hinrichtungen usw. An Dorfbesetzungen beteiligen sich inzwischen hunderte von Menschen, die dann mehrere Stunden dort bleiben. Oft warten sie sogar verschanzt auf die Ankunft der Militärs.

Mitte Juni fanden viele solcher militärischer Aktionen im Osten des Landes statt und unsere Organisation, die ERP, die den Osten des Landes kontrolliert, hat sogar eine der größten Offensiven zurückgeschlagen, die das Militär in dieser Region unternommen hat. In vier Tagen erbitterter Kämpfe hat sie ein Kontingent von 1800 Soldaten vertrieben, die mit 300 Toten und Verletzten abrücken mußten. Wir hatten 27 Verluste. In der Bevölkerung waren es 70. Auch an technischer Ausrüstung hat das Militär viel eingebüßt. Vor allem Lastwagen, mit denen sie in die Zone eindringen wollten, aber auf verminte Wege gerieten und nicht durchkamen.

Sie hatten ihre Aktion mit dem honduranischen Militär zusammen geplant, das die Grenze abgeriegelt hatte, um die vertriebenen Bauern aufzuhalten. Bei dieser Aktion haben sich erste dauerhafte heeresartige Militärstrukturen in der Guerilla gebildet. Ab Juni trennten sich diese Organismen ab und bilden seit dem die ersten Streitkräfte des revolutionären Heeres in dieser Zone.

In diesem Moment haben wir also einen großen qualitativen Sprung vollzogen. Ohne vereinigte Leitung wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen."

ORGANISATIONEN DES WIDERSTANDES

Seit Ende April 80 ist praktisch die gesamte Opposition El Salvadors in der „Revolutionären Demokratischen Front" (FDR) zusammengeschlossen, insgesamt gehören der FDR über 130 einzelne Gruppierungen an.

Die FDR entstand aus einem Zusammenschluß der „Revolutionären Koordination der Massen" (CRM), mit der kurz zuvor gegründeten „Salvadorianischen Demokratischen Front" (FDS). Die FDS vertritt die bürgerliche Opposition, an ihr beteiligen sich sozialdemokratische Bewegungen, Abspaltungen der Christdemokratie, Vereinigungen von Technikern, Berufsverbände sowie die nationale und die zentralamerikanische Universität.

Die CRM wurde am 22. Februar gegründet. Am Gründungstag fand die bisher größte Demonstration San Salvadors mit rund 200 000 Teilnehmern statt. (rechte Provokateure erschossen damals 41 Demonstranten). In der CRM sind die vier großen linken Massenorganisationen zusammengeschlossen: Der „Revolutionäre Volksblock" (BPR), die „Front der einheitlichen Volksaktion" (FAPU), die „Volksligen des 28. Februars" (LP 28) und die „nationale demokratische Union" (UDM).

Die CRM veröffentlichte bei ihrer Gründung ein Programm, das so gehalten ist, daß sich auch die bürgerliche Opposition damit identifizieren kann. Das Programm der CRM ist Grundlage für die FDR. Die CRM stellt vier der sieben Mitglieder im Exekutivrat der FDR, zum Ausgleich ist der Vorsitzende Mitglied im FDS und hat Vetorecht. (Es ist der ehemalige Landwirtschaftsminister und Großgrundbesitzer Enrique Alvarez).

Die vier linken Massenorganisationen arbeiten jeweils mit einer politischen/militärischen Organisation zusammen:
Der BPR mit den „Volksbefreiungskräften Farabundo Marti" (FPL), die FAPU mit dem „Nationalen Widerstand" (RN), die LP 28 mit dem „Revolutionären Volksheer" (ERP) und die UDM mit der Kommunistischen Partei (PCS). Die Guerillaorganisationen und die KP arbeiten bereits seit mehreren Jahren in El Salvador. Die FPL hat sich schon sehr früh, aus der Kritik am friedlichen Kurs, aus der KP abgespalten, die RN hat sich von der ERP abgespalten, aus Kritik an der Überbetonung des militärischen Kampfes. Seit Anfang des Jahres gibt es eine Koordination dieser Parteien (außer ERP), seit dem 22. Mai gibt es sogar ein gemeinsames Oberkommando aller vier Organisationen, die „Direktion der revolutionären Einheit" (DRU).

Die FPL ist am stärksten im Norden Chalatenangos, in Santa Ana, Cabanas; die ERP im nördlichen Osten des Landes; es gibt Gegenden, in denen die RN am stärksten ist und in anderen Bereichen ist die PCS stärker, etwa auf dem Industriearbeitersektor. Es kann also keine Schlußoffensive ohne dieses vereinigte Oberkommando geben, denn keine der Organisationen kann ihr politisch-militärisches Programm alleine durchsetzen.

Südkoreas neue Militärjunta — terroristischer als Park



Alltag in Südkorea: Panzer vor dem Fernsehsender in Seoul

Mit dem Beginn des Schauprozesses gegen den Oppositionsführer Kim Dae Dschung und weitere 23 Angeklagte hat die seit Monaten andauernde „Säuberungs"-Kampagne der südkoreanischen Militärjunta unter General Tschon Du Hwan einen neuen Höhepunkt erreicht. Hatte die Bevölkerung nach dem Tode des verhaßten Diktators Park Dschung Hi gehofft, jetzt zumindest eine Liberalisierung durchsetzen zu können, so waren solche Hoffnungen schnell zerstört worden. Bereits am 12. Dezember 1979, keine zwei Monate nach dem Tode Parks, hatte Tschon Du Hwan (innerhalb des Militärs Verfechter einer „weicheren" Linie) verhaften und teilweise hinrichten lassen. Er selbst hatte an Parks Grab, den er als seinen Vater betrachtet, Rache geschworen.

Trotzdem gab es gleichzeitig einige Maßnahmen, die eine Liberalisierung signalisierten. Zum ersten Mal seit Jahren gab es eine Amnestie für politische Häftlinge. Unter anderem wurde der Oppositionsführer und Gründer der Neuen Demokratischen Partei, Kim Dae Dschung, aus seinem Hausarrest entlassen und erhielt die vollen Bürgerrechte zurück. Kim, ein bürgerlicher Politiker, galt vielen als Symbolfigur des Widerstands gegen die Park-Diktatur. Insbesondere, nachdem er 1973 von Agenten des die Park-Diktatur. Insbesondere, nachdem er 1973 von Agenten des südkoreanischen CIA mit Unterstützung des japanischen Geheimdienstes aus seinem Tokioer Exil gekidnappt worden war.

Der *„Seouler Frühling"* („Le Monde", 4.5.80), war allerdings von kurzer Dauer. Nachdem es im April zum *„gewalttätigsten Arbeitskonflikt in der Geschichte Südkoreas"* kam („SZ", 25.4.80), in dem Bergarbeiter drei Tage land eine Stadt besetzt hielten, einen Polizisten getötet und Verwaltungsgebäude in Brand gesteckt hatten, um eine Lohnerhöhung von 20 % durchzusetzen, begannen die Militärs, wieder gewalttätiger gegen die sich regenden Freiheitsbestrebungen vorzugehen. Neben Arbeitern, die Lohnerhöhungen verlangten, waren es vor allem die Studenten, die gegen den militärischen Drill an den Hochschulen und für Meinungsfreiheit demonstrierten. Mitte Mai nahmen die Auseinandersetzungen an Schärfe zu, so daß Staatspräsident Tschoe Kyu Ha sogar vorzeitig von einer Auslandsreise zurückkehrte. Am 15. Mai fand dann eine Demonstration von 100.000 Regimegegnern in der Hauptstadt Seoul statt, auf der unter anderem die Aufhebung des (seit Parks Tod bestehenden) Kriegsrechts in Teilen des Landes und der Rücktritt des Ministerpräsidenten Shin Hyon Hwack gefordert wurden. Daraufhin wurde das Kriegsrecht auf das ganze Land ausgedehnt und das Militär übernahm praktisch die Macht, während bisher eine zivile Regierung bestand, die allerdings keineswegs unabhängig war. Als erste Maßnahme wurden zahlreiche Regimegegner, aber auch Politiker der Park-Ära, verhaftet. Unter den Verhafteten war auch Kim Dae Dschung.

In der Provinzhauptstadt Kwangdschu, der Heimat Kims, erhoben sich darauf fast die gesamten Einwohner und lieferten den Soldaten des Regimes erbitterten Widerstand. Erstmalig in der südkoreanischen Geschichte bewaffneten sich die Widerstandskämpfer und hielten ihre Stadt neun Tage lang unter Kontrolle, bevor sie in einem blutigen Militäreinsatz gestürmt wurde. Von den damals erbeuteten 5.000 Gewehren sind zahlreiche von untergetauchten Widerstandskämpfern in Sicherheit gebracht worden (wir berichteten ausführlich in AK 178).

Indirekte Hinweise darauf, daß die Untergetauchten weiterhin aktiv sind, gibt das amtliche Dossier gegen Kim, in dem von heftigen Demonstrationen auf einem Fabrikgelände südlich von Seoul die Rede ist, an denen geflüchtete Kwangdschu-Rebellen beteiligt gewesen sein sollen („FR", 11.7.80).

Die Diktatur marschiert

Hatten die fast zwanzig Jahre unter Park es kaum möglich scheinen lassen, daß man noch schärfer gegen das koreanische Volk vorgehen könnte, so belehrte die Junta mit Tschon Du Hwan an der Spitze die Welt rasch eines besseren. Nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Kwangdschu wurde zielstrebig darangegangen, alle möglichen „Unruheherde" auszuschalten.

„Die Regierung hat Kopfgelder von umgerechnet bis zu 300.000 Mark auf eine Führungsgruppe von 25 geflüchteten Widerstandskämpfern ausgesetzt. [...] *Wo immer sich eine größere Gruppe junger Leute zusammenfindet, kommen Sicherheitsbeamte zur* *ßere Gruppe junger Leute zusammenfindet, kommen Sicherheitsbeamte zur* *Ausweiskontrolle. Nur in einzelnen Kirchen wird sonntags noch ungestraft gegen das Regime gepredigt"* („FR", 11.7.80).

— Die Universitäten wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen. Zahlreiche Studenten und Lehrer wurden festgenommen, sofern es ihnen nicht gelang, rechtzeitig unterzutauchen.

— Parteien wurden verboten, das Parlament geschlossen. Ein „Oberster Rat für nationale Sicherheit", der wesentlich aus Militärs besteht, übernahm auch formell die Regierungsgewalt.

— Unter den Journalisten wurde aufgeräumt. Alle, *„die keine überzeugten Antikommunisten seien, die aus Protest gegen die von der Junta verhängte Zensur über die Berichterstattung aus Kwangju gestreikt hatten, die enge Kontakte zu Politikern haben, ferner alle Journalisten, die als korrupt bekannt sind und die von der Gesellschaft der Korruption angeklagt worden sind"* („SZ", 1.8.80), wurden verhaftet. Alle anderen sollen sich zu einer „Umschulung" in sogenannten „Trainigslagern" einfinden. Insgesamt sollen nach Angaben des Journalistenverbands 10.000 Beschäftigte betroffen sein. 172 Zeitschriften wurden unter dem Vorwand, sie seien *„korrupt, unzüchtig oder vulgär und lösten gesellschaftlichen Verfall sowie Jugendkriminalität aus"* (ebenda) verboten.

Der letzte Punkt ist interessant, denn die ganze Säuberungskampagne wird in der Öffentlichkeit nicht etwa als Schlag gegen die politische Opposition, sondern als *„soziale Säuberungen"* von *„Gaunern und Strolchen, Gangstern, Verbrechern, Schwindlern, Betrügern, Schmugglern und Drogenhändlern"* dargestellt („FR", 5.8.80).

Während allerdings solche Hyänen wie der frühere Chef der Park-Partei, Kim Jong Pil, nach der (angeblichen) Einziehung ihres Vermögens wieder freigelassen wurden, erwarten politische Gegner des Regimes oder Arbeiter, die für mehr Lohn gekämpft haben, drakonische Strafen. So wurden 31 der im April streikenden Bergarbeiter zu Gefängnisstrafen zwischen einem und fünf Jahren verurteilt!

Sechs katholische Priester und eine Nonne wurden festgenommen, weil sie Tonbänder mit Aussagen von *„Augenzeugen sexueller Übergriffe von Soldaten gegen Frauen bei der Erstürmung der Stadt Kwangdschu"* gebracht und dort veröffentlicht hatten („FAZ", 19.7.80).

Nach Angaben des Regimes sind im Laufe der „Säuberungskampagne" insgesamt 30.578 Menschen verhaftet worden, von denen 1079 mit einem Kriegsgerichtsverfahren rechnen müssen, 20.674 sollen in Umerziehungslager gesteckt werden und lediglich 8.180 sollen nach Verhören auf freien Fuß gesetzt worden sein (FAZ 16.8.80).

Der Prozeß gegen Kim Dae Dschung

Die Anklage gegen Kim, die 156 Seiten umfaßt, ist so offensichtlich konstruiert, daß der Prozeß durchaus zum Bumerang für die Junta werden kann.

Um den beträchtlichen Einfluß Kims in der demokratischen Bewegung Südkoreas abzubauen, unternimmt die Junta jetzt im Prozeß den allzu durchsichtigen Versuch, ihn als Agenten der sozialistischen Koreanischen DVR („Nordkorea") und Agenten der sozialistischen Koreanischen DVR („Nordkorea") und „Kommunisten seit 1945" (der Befreiung Koreas von der japanischen Besatzung) hinzustellen.

Unter Folter wurden in der Haft entsprechende „Bekenntnisse" Kims erpreßt, die dieser aber bereits am zweiten Prozeßtag widerrief.



Kim Dae Dschung

Er wird als Urheber der Unruhen von Kwangdschu und Finanzquelle der oppositionellen Studenten angeklagt, obwohl er bereits einen Tag v o r dem Aufstand verhaftet worden war. In einer Analyse der politischen Situation in Südkorea, die von der „Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinde" in Auftrag gegeben wurde, heißt es über Kim: *„Die politische Gedankenwelt Kim Dae Dschungs ist durchweg liberal. Nach bundesrepublikanischen Maßstäben würde man sie der FDP oder dem liberalen Flügel in der CDU zuordnen"* („FR", 17.7.80). Zu den angeblichen Einmischungsversuchen der KDVR heißt es: *„Vor kurzem hat die nordkoreanische Regierung ihre Strategie geändert.* [...] *Der nordkoreanische Rundfunk hat diesmal ausgesprochen objektiv über die Ereignisse"* (in Kwangdschu - Anm. AK) *„berichtet. Vielleicht spielt dabei der chinesische Einfluß in Nordkorea eine gewisse Rolle, aber bedeutsamer ist die Überzeugung der nordkoreanischen Regie-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 43

rung, daß eine 'Vietnamisierung' Südkoreas, d.h. eine kommunistische Umorientierung der Bevölkerung bald bevorsteht.

In der Tat wächst in Südkorea das Gefühl, von den westlichen Demokratien im Stich gelassen worden zu sein, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die Bevölkerung hilfesuchend nach Nordkorea blicken wird. [...] *Wenn nun, wie zu befürchten ist, die Symbolfigur des demokratischen Widerstands, Kim Dae Dschung, hingerichtet werden würde, dann wäre die Sache der Amerikaner in Südkorea endgültig verloren, und die bisher noch bestehende antikommunistische Einstellung der Bevölkerung würde rapide dahinschwinden''.*

Allerdings haben die 40.000 amerikanischen Soldaten und diverse Atombomben, die in Südkorea stationiert sind, ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. In der Tat ist es aber bemerkenswert, daß der seit 30 Jahren systematisch geschürte und in breiten Teilen des Volkes tief verwurzelte Antikommunismus jetzt mehr und mehr in Frage gestellt wird — gerade auch angesichts solch absurder Anklagen, wie sie gegen Kim Dae Dschung erhoben werden.

Solidaritätsbewegung mit Kim

Der Prozeß gegen Kim hat in der demokratischen Öffentlichkeit breite Proteste ausgelöst. Zahlreiche Wissenschaftler und Theologen aus der BRD und Westberlin haben in einem Brief an Willy Brandt darum gebeten, daß dieser seinen Einfluß als Chef der ,,Sozialistischen Internationale'' geltend macht; um sich für Kim, dem die Todesstrafe droht, einzusetzen. Insbesondere, da dieser sich im Frühjahr, *,,als er für wenige Wochen frei war, gegenüber dem Hörfunkkorrespondenten des Westdeutschen Rundfunks über die mangelnde Solidarität der Deutschen während seiner damaligen Haft''* (,,FR'', 15.8.80) beklagt hatte.

Ähnliche Erfahrungen machten auch Eltern von in Kwangdschu verschwundenen Studenten und Widerstandskämpfern. Über den Verbleib der teilweise aus den Krankenhäusern Verschleppten gibt es keine Auskunft. Ihre Zahl geht in die Tausende. Als sich daher die Eltern an die westdeutsche Botschaft wandten, sah diese sich nicht in der Lage, eine *,,Petition an das Regime weiterzuleiten, in der um die amtliche Veröffentlichung der Gefangenennamen gebeten wurde''* (,,FR'', 11.7.80)!

Daß internationale Solidarität durchaus erfolgreich sein kann, erlebte der 1967 aus der BRD entführte koreanische Komponist Yun I Sang: Sein Todesurteil wurde revidiert; heu-

Daß internationale Solidarität durchaus erfolgreich sein kann, erlebte der 1967 aus der BRD entführte koreanische Komponist Yun I Sang: Sein Todesurteil wurde revidiert; heu-te lebt er in der BRD. Wenn man allerdings liest, was Willy Brandt unternommen hat, dann dürfte das keinen allzu großen Eindruck auf die Militärjunta machen: *,,In Anbetracht der Eröffnung des Prozesses gegen den Vorsitzenden der demokratischen Oppositionspartei in ihrem Lande,''* (stimmt übrigens nicht, das ist Kim Young Sam - Anm. AK) *,,Herrn Kim Dae Jung, übermitteln wir ihnen unsere starke Beunruhigung und Betroffenheit und bitten Sie, alles zu tun, um eine faire und gerechte Gerichtsverhandlung zu gewährleisten. Die Stellung Ihres Landes in der internationalen Gemeinschaft würde ernsthaft beeinträchtigt, wenn weltweit akzeptierte Grundrechte bei diesem Prozeßverfahren nicht angewandt würden''* (ebenda). Das war's ...

Um ernsthafte Solidarität mit Kim, der am Prozeß durch Folter verletzt, in Handschellen und ohne Wahlverteidiger teilnimmt, bemüht sich dagegen ein breites Bündnis in Japan. In Japan leben ca. 600.000 Koreaner, und die japanischen Behörden haben bei der Entführung Kims 1973 eine unrühmliche Rolle gespielt. Außerdem gibt es Hinweise dafür, daß *,,der japanische Geheimdienst jetzt sogar der Tschon-Regierung und der koreanischen Armee belastendes Material über ihn zugespielt''* hat (,,FR'', 17.7.80).

Der japanische Gewerkschaftsdachverband Sohyo, die ,,Sozialistische Partei'' und die KP (Revisionisten) haben gemeinsam mit den demokratischen Organisationen der Auslandskoreaner in Japan eine Unterschriftenkampagne zur Rettung Kims gestartet, Ziel ist es, 15 Millionen Unterschriften zu sammeln. Am 8. August, dem Jahrestag der Entführung Kims, fand in Tokio eine Demonstration mit 15.000 Teilnehmern statt (,,Le Monde'', 14.8.80).

Asien/Australien-Kommission

Indien: Aufruhr in den Provinzen

In den letzten Wochen entbrannten in den indischen Ostprovinzen massive Auseinandersetzungen. In Assam, Tripura, Mizoram, Manipur und Nagaland — praktisch im gesamten — künstlich zu Indien geschlagenen — Ostzipfel konnte die indische Zentralgewalt ihre Herrschaft nur durch Kriegsrecht und militärische Besatzung halten.

Vordergründig richteten sich die Unruhen gegen eine ,,Überfremdung der Gebiete'' durch Flüchtlinge und Einwanderer aus Burma und Bangla-Desh. In Tripura (hier stellen Einwanderer bereits die Bevölkerungsmehrheit) wurden in verschiedenen Überfällen ca. 2.000 Einwanderer niedergemacht, ein ganzes Dorf mit 1.000 Einwohnern wurde ausgerottet. In Assam nahmen die Auseinandersetzungen zwar nicht ein solche brutales Ausmaß an — aber auch hier starben mehrere hundert Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen Einwanderern und Assamesen (,,SZ'', 10.4., 19.4., ,,FAZ'', 21.4.). In Assam wurden die Ölförderung blockiert und öffentliche Einrichtungen belagert (,,SZ'', 22.4.). Massenstreiks in den Ölanlagen und Industriezentren Assams hielten wochenlang an (,,SZ'', 28.4.). Im Juni/Juli erklärte die indische Zentralregierung praktisch das gesamte Gebiet zum Kriegsgebiet. Die Industrieanlagen von Assam (vor allem die Ölförderanlagen) wurden *,,zu Sperrgebieten erklärt''* (,,SZ'', 28.4.. Zusätzliche Truppen wurden nach Assam, Tripura, Manipur und Nagaland entsandt, ein allgemeines Ausgehverbot in Assam, Tripura und Manipur verhängt. Zur Sicherung der Ölförderung erhielten Truppen und Polizeieinheiten *,,Schießbefehl''*. Bei den darauf folgenden Protesten, Demonstrationen und Streiks griffen die Sicherheitskräfte massivst durch: Massenverhaftungen werden laufend in der Presse berichtet (,,SZ'', 21.6., ,,FAZ'', 23.6., ,,FAZ'', 26.6., ,,SZ'', 1.7., ,,TAZ'', 8.7., ,,SZ'', 11.7., 15.7. u.a.).

Praktisch steht damit das gesamte Gebiet unter Kriegsrecht und militärischer Besetzung. Nach wie vor ist die Lage explosiv — offenbar kann auch das Militär ein neues Aufflammen der Kämpfe nur mühsam verhindern.



Assam — Unterdrückung und Ausbeutung durch den indischen Zentralstaat

Nur vordergründig geht es bei diesen Auseinandersetzungen um ,,Fremdenhaß'', religiöse Widersprüche u.ä. *,,Assam erregt die Gemüter der Inder, weil es an den Nerv der Nation rührt: das Zusammenleben ethnisch, kulturell, religiös und sprachlich verschiedener Volksteile''* (,,FAZ'', 19.6.). Tatsächlich geht es in diesen Auseinandersetzungen um den Versuch der Assamesen und anderer nationaler Minderheiten, ein Minimum an nationaler Eigenständigkeit innerhalb des indischen Zentralstaates zu behaupten. Die östlichen — räumlich durch Bangla-Desh von Indien getrennten — indischen Provinzen sind Ergebnis des Geschachers zwischen den ehemaligen britischen Kolonialisten, dem neu zusammengezimmerten Pakistan und Indiens Herrschern. Willkürlich, losgelöst von den tatsächlichen nationalen Gebieten, Grenzen usw. wurde Assam — aufgeteilt in fünf Provinzen — zu Indien geschlagen, das heutige Bangla-Desh als Ostpakistan zu Pakistan gezählt. Völlig unberücksichtigt blieb das Recht der Assamesen auf nationale Eigenständigkeit ebenso wie die Rechte zahlreicher nationaler Minderheiten in diesen Gebieten. Assam, d.h. die fünf heutigen indischen Assamprovinzen, wurden von der indischen Zentralmacht wie eine Kolonie ausgebeutet. Einige Zahlen verdeutlichen die Situation:

- Assam fördert 35 % der indischen Ölproduktion und über 60 % der indischen Tee-Ernte — beides ganz wesentliche Elemente der indischen Wirtschaft.
- Die Ölförderung wird jedoch direkt von einigen Großkonzernen betrieben, Assam selber profitiert überhaupt nicht hiervon. Weiterverarbeitende Ölindustrie, Raffinerien, chemische Industrie usw. bestehen in Assam nicht.
- So seiner Rohstoffe und Reichtümer beraubt lebt die assamesische Bevölkerung weit unter dem ohnehin viel zu niedrigen indischen Existenzminimum von 300 DM.
- Fast sämtliche Behörden, Verwaltungen, Post, Bahn usw. werden von Bengalen, nicht von Assamesen geführt.

Eigenständige politische Rechte gibt es für die Assamesen unter diesen klassischen Kolonialzuständen nicht. Obwohl Assam ,,an sich'' ein reiches Land ist, muß es auf diesem Hintergrund *,,80 % der Konsumgüter und Maschinen einführen''* (,,FAZ'', 19.6.80).

Proteste und Unruhen gegen diese Ausbeutung durch Indien hat es seit eh und je gegeben — in einigen Provinzen hat die indische Zentralgewalt seit Jahren Militär stationiert.

Daß sich die Auseinandersetzungen momentan gegen ,,die Fremden'', d.h. die Einwanderer aus Bangla-Desh richten, ist wiederum Folge einer recht geschickten Spaltungspolitik.

Die massenhafte Einwanderung in diese Gebiete wurde von den jeweils regierenden Parteien Indiens mit allen Mitteln gefördert, besonders Indira Gandhis Kongreßpartei tat sich hervor. *,,Delhi hat die Einwanderung der Bengalen geduldet oder gar gefördert, denn die Einwanderer wählten regelmäßig Kongreßpartei...''* (,,FAZ'', 20.6.). Die schnelle Eintragung in die Wählerregister, damit die schnelle Erreichung der indischen Staatsbürgerschaft brachte der Kongreßpartei in der Tat viel Zulauf aus den Einwandererkreisen. Gleichzeitig wurde versucht, über die Einwanderer die ansässige Bevölkerung zu majorisieren und so langfristig das Assamproblem durch eine neue Bevölkerung zu lösen (,,FAZ'', 20.6.). Dieser Hintergrund ist es, der den Protest in diesen Provinzen v o r e r s t gegen ,,die Fremden'' richtet und nicht in erster Linie gegen die indische Zentralregierung. Innerhalb der Kampagne gegen die Einwanderung werden aber auch Rufe nach Lostrennung von Indien laut.

Asien-Australien-Kommission



6. August — Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs. Wie jedes Jahr demonstrierten auch 1980 Zehntausende in Japan, Australien und den Pazifischen Inseln aus Anlaß des 35. Jahrestages des ersten Atombombeneinsatzes in Hiroshima und Nagasaki gegen die atomare Bedrohung. In zahlreichen Kundgebungen wurde der ca. 300.000 Soforttoten und den unzähligen Spätopfern gedacht.
Gleichfalls zu diesem Zeitpunkt machte die japanische Regierung deutlich, wie sie trotz Hiroshima und Nagasaki zur atomaren Gefahr steht: Sie kündigte an, im Pazifik ihren Atommüll zu versenken!!!

6. August — Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs. Wie jedes Jahr demonstrierten auch 1980 Zehntausende in Japan, Australien und den Pazifischen Inseln aus Anlaß des 35. Jahrestages des ersten Atombombeneinsatzes in Hiroshima und Nagasaki gegen die atomare Bedrohung. In zahlreichen Kundgebungen wurde der ca. 300.000 Soforttoten und den unzähligen Spätopfern gedacht.
Gleichfalls zu diesem Zeitpunkt machte die japanische Regierung deutlich, wie sie trotz Hiroshima und Nagasaki zur atomaren Gefahr steht: Sie kündigte an, im Pazifik ihren Atommüll zu versenken!!!

Terrorist Begin verhindert Aufklärung von Mordanschlägen

Nach einem Bericht des ,,Washington Star'' ist der israelische Regierungschef Begin verantwortlich dafür, daß die Attentäter, die am 2. Juni dieses Jahres Anschläge auf drei palästinensische Bürgermeister verübt haben, weiterhin frei herumlaufen können. Nach Angaben des Korrespondenten des ,,Washington Star'', David Halevi, waren nach den Anschlägen sechs Siedler der ,,Gush Emunim'' beschuldigt worden, zwei von ihnen kommen aus der Siedlung Bethlel. Die Attentäter seien Mitglieder von Elite-Kommandos. Sobald dies bekannt geworden war, habe Begin dem israelischen Geheimdienst die Anweisung gegeben, die Untersuchung zu verzögern bzw. einzustellen.

Inzwischen ist der Chef des Geheimdienstes, Abraham Akhitouv, zurückgetreten. Das israelische Fernsehen gab bekannt, Akhitouv sei zurückgetreten, um gegen den Druck von Begin, die Untersuchungen zu verschleppen, zu protestieren.

Doch Bassam Shakaa, der Bürgermeister von Nablus, dem durch die Bombe an seinem Auto beide Beine abgerissen wurden, bezweifelt, daß es irgendwelche Konflikte zwischen Begin und dem Geheimdienst gegeben haben soll.

Er erklärte, daß die Untersuchungen überhaupt noch nicht begonnen hätten; weder seine Nachbarn, seine Familie noch er selbst sind bisher befragt worden; bis jetzt ist noch nicht untersucht worden, weshalb z.B. sein Telefon, das kurz vor dem Anschlag noch funktionierte, gleich danach abgeschnitten war, ebenso wie die Telefone des nahegelegenen Krankenhauses. Offensichtlich sollte versucht werden, jede mögliche Hilfe zu verhindern. Die Kinder von Shakaa hatten die Polizei auf Fußspuren hingewiesen — die Polizei hat die Spuren beseitigt und auch gleich Holzplatten verschwinden lassen, die von den Tätern zurückgelassen worden waren (,,NZZ'', 30.7. u. 12.8.).

Diese ganzen Tatsachen machen deutlich, daß die Söldner der ,,Gush Emunim'' die Mordanschläge mit vollster Unterstützung — wenn nicht sogar im Auftrag — von Regierung, Besatzungsbehörden und Geheimdienst verübt haben. Shakaa berichtete in einem Interview mit ,,Le Monde'' (14.8.), nach Gesprächen mit dem früheren israelischen Verteidigungsminister, Ezer Weizman, und dem Verantwortlichen für die besetzten Gebiete, David Elazar, habe er Schlimmes erwartet. Weizman hatte ihm erklärt, daß der Kampf, den er gegen Israel führe, unerträglich geworden sei, und ihm angekündigt, *,,wenn Sie ihre aufrührerischen Aktivitäten fortsetzen, werden Sie körperlich bestraft werden''*. Elazar hatte ihm erklärt, er müsse *,,sich auf das Schlimmste gefaßt''* machen.

Ausweisung von Palästinensern gerichtlich bestätigt

Der Oberste Gerichtshof Israels hat die Ausweisung von drei palästinensischen politischen Führern für rechtmäßig erklärt. Die Bürgermeister von Hebron, Fahd Kawasme und Khalkhoul, Mohammed Milhem und der geistliche Richter von Hebron, Scheich Rajib Tamini, waren Anfang Mai in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in den Libanon ausgeflogen worden, ohne eine Möglichkeit des Einspruchs gehabt zu haben. Dieses ungesetzliche Vorgehen wurde von der Regierung mit dem ,,Schutz der Sicherheit des Staates'' begründet. Den Bürgermeistern wurde die Möglichkeit der Berufung eingeräumt, wenn sie schriftlich der Gewalt abschwören und versprechen, ,,nicht gegen den israelischen Staat zu hetzen''! Dem dritten Ausgewiesenen, Tamini, der zum ,,Heiligen Krieg'' gegen Israel aufgerufen haben soll, wurde nicht einmal diese Möglichkeit gegeben (,,SZ'', 20.8.).

Nachdem Bassam Shakaa im Dezember vergangenen Jahres erfolgreich gegen seine Ausweisung klagen konnte, ist mit diesem Gerichtsbeschluß den israelischen Behörden eine weitere Methode an die Hand gegeben, gegen den palästinensischen Widerstand vorzugehen.

Nahost-Kommission

Israel: Zwei palästinensische Gefangene sterben nach Zwangsernährung

Nach mehr als einwöchigem Hungerstreik starben am 22. und 24.7. zwei palästinensische Gefangene im israelischen Gefängnis von Ramle.

Die beiden hatten mit 77 anderen Gefangenen des Nafha-Sondergefängnisses in der Negev-Wüste einen Hungerstreik begonnen, um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in Nafha zu protestieren und waren am 22.7. mit 24 anderen Gefangenen zur medizinischen Betreuung nach Ramle gebracht worden. Für die israelischen Behörden heißt die Todesursache ,,Lungenentzündung'' — dagegen mußte die Gefängnisverwaltung von Ramle Meldungen der Presse bestätigen, daß die Häftlinge gestorben seien, weil die Nahrung, die ihnen gewaltsam eingeflößt worden war, in die Luftröhre und die Lungen gelangt war (,,NZZ'', 25.7.)!

Die Anwältin Lea Semel erklärte, daß die Gefangenen außerdem bei ihrer Ankunft in Ramle von den Aufsehern verprügelt worden waren.

Das neue Gefängnis von Nafha war erst am 2. Mai belegt worden, es ist nur für die ,,Anführer'' unter den palästinensischen Gefangenen vorgesehen. Die Gefangenen hausen zu 8 - 10 Leuten in Zellen von 3 x 6 Metern, die nur durch Öffnungen in der Decke belüftet werden und kein Tageslicht haben. Es gibt weder Tische noch Stühle, so daß die Gefangenen nicht nur auf dem Fußboden schlafen, sondern auch vom Fußboden essen müssen. Mit dem Hungerstreik wollen die Gefangenen erreichen, daß sie zumindest wie die jüdischen Gefangenen behandelt werden.

Nach dem Tod der beiden Gefangenen gab es in den besetzten Gebieten zahlreiche Protestdemonstrationen. Mehrmals streikten in Jerusalem die arabischen Händler und Geschäftsleute. Auf einer Rotkreuz-Station in Ostjerusalem schlossen sich auch einige Mütter von Gefangenen dem Hungerstreik an. Der Hungerstreik weitete sich auch auf andere Gefängnisse aus. Anfang August waren insgesamt 600 palästinensische Häftlinge in den Gefängnissen von Ramle, Beercheba, Jerusalem, Ashkalon und Nafha im Hungerstreik (,,Le Monde'', 5.8.)!

Nahost-Kommission

Erste Ergebnisse der Diskussion

AK-Preiserhöhung und AK-Konzeption

Seit der Aufforderung im letzten AK („Wat mut dat mut"), über AK-Preiserhöhung, Verkaufssteigerung und AK-Konzeption zu diskutieren, trafen trotz spürbarer Urlaubszeit eine Reihe von Stellungnahmen ein. Einen Teil veröffentlichen wir nachstehend.

Zur Preiserhöhung erhielten wir aus der Organisation Stellungnahmen der Ortsgruppen Frankfurt, Marburg, Trier, Bielefeld, Münster, Dortmund, Bochum, Essen/Duisburg, Pinneberg, Braunschweig und Lüneburg sowie dem SSB/Studenten. Neun dieser Ortsgruppen plädieren für eine Anhebung auf 3 DM und einen Förderpreis von 5 DM, zwei für die Anhebung auf 4 DM (eine davon schrittweise über 3 DM). Der SSB fordert eine Verschiebung. Weiterhin liegen sechs Stellungnahmen von einzelnen Genoss/inn/en vor, wovon sich drei für das Modell 3 DM/5 DM aussprechen, eine/r für Verschieben, eine/r für einen AK mit 24 Seiten für 2 DM und eine/r für eine Erhöhung auf 2,50 DM. Von AK-Lesern liegen uns insgesamt 13 Briefe vor. Davon sind wiederum 9 für das Modell 3 DM/5 DM und 4 für einen Preis von 4 DM.

Auch wenn dies im streng statistischen Sinn noch nicht repräsentativ ist, so zeichnet sich sowohl innerhalb der Organisation als auch bei den Lesern die Tendenz ab, den Preis auf 3 DM zu erhöhen und einen Solidaritätspreis für Mitglieder und Sympathisanten von 5 DM festzusetzen. In der Regel wird dabei argumentiert, daß eine Erhöhung auf 4 DM (das wäre gegenwärtig kostendeckend) eine zu große Gefahr für die Auflage wäre und insbesondere finanzschwache Leserkreise (Schüler, Jugendliche, Studenten mit BAFöG) treffen würde und abschrecken könnte. Nur in sehr wenigen Stellungnahmen wird davon ausgegangen, daß die Leserschaft insgesamt auch einen Preis von 4 DM zahlen würde, wobei jedoch auffällt, daß dies von Lesern öfter kommt, als aus der Organisation. Die Forderung nach Verschiebung der Preiserhöhung wird damit begründet, daß vorher *„in der Organisation u.a. die politischen Ursachen der heutigen Situation herausgearbeitet werden müßten"*. Eine Preiserhöhung, sollte sie sich als falsch herausstellen, sei *„nicht rückgängig zu machen, ohne unglaubwürdig zu werden"*. Diese Forderung, die bisher von einer sehr kleinen Minderheit erhoben wird, kann aus mehreren Gründen nicht erfüllt werden. Erstens läßt dies die materielle Situation der Organisation nicht zu. Es ist nicht möglich, den AK über einen längeren Zeitraum weiter in der bisherigen Weise zu subventionieren. Zweitens hat die nationale Delegiertenkonferenz aufgrund dieser Situation beschlossen, den Preis den Kosten u m g e h e n d anzugleichen (Dies schließt natürlich keinerlei Diskussion aus, die Konzeption so zu ändern, daß ein Preis von 2 DM möglich wird).

Einige Genossen und AK-Leser haben angeregt, die Kosten durch Aufnahme von Anzeigen aufzufangen. In diesem Sinne wollen wir so schnell wie möglich tätig werden. Jedoch muß für die aktuelle Situation dabei bedacht werden, daß ein solches „Geschäft" erst aufgebaut werden muß, Anzeigenkunden gewonnen werden müssen usw., also selbst dann, wenn sich Erfolge abzeichnen sollten, damit nicht sofort die jeweiligen Defizite aufgefangen werden können.

Schon im letzten AK hatten wir darauf hingewiesen, daß bei der bisherigen Konzeption und dem damit verbundenen redaktionellen, technischen und verlegerischen Aufwand in jedem Fall eine Preiserhöhung notwendig ist. Da sich jetzt schon deutlich abzeichnet, daß eine Erhöhunh auf 4 DM von der großen Mehrheit abgelehnt wird, kann die von uns im letzten AK aufgeworfene Alternative als gegenstandslos betrachtet werden. Der Preis wird von dieser Ausgabe an auf 3 DM/5 DM festgesetzt. Wir fordern dazu auf, die Diskussion jetzt auf die Möglichkeiten der Verkaufssteigerung und der Konzeption zu konzentrieren.

23.8.80 AK-Redaktion

ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

2.8.80

1. Die angestrebte Preiserhöhung halte ich in der angestrebten Höhe für äußerst problematisch. Der Preisvergleich mit „links", „spontan", „konkret" und „Titanic" ist nicht ganz korrekt, insofern der AK im Bewußtsein vieler Leser eine Parteizeitung ist. Deshalb sind sie auch nicht bereit, so ohne weiteres 3 oder 4 DM für den AK zu zahlen. Schon der jetzige Preis wird beim Verkauf sehr häufig als zu hoch kritisiert. M.E. besteht die Gefahr, daß dann der Verkauf drastisch zurückgeht. Damit ständen wir vor dem gleichen Problem wie heute. Deshalb: Preiserhöhung — Nein Danke!

Letztendlich läßt sich das Problem der Kostendeckung nur über entsprechend hohen Verkauf lösen. Und hier gilt es anzusetzen, Initiativen zu entfalten, um den Verkauf zu verbessern. Bis ein kostendeckender Verkauf erreicht, die „Durststrecke" überwunden ist, sollten wir bei der Bezuschussung bleiben. Um den finanziellen Druck zu vermindern, könnte, neben der Einführung einer Anzeigenseite und des mitaufgedruckten Förder-Preises, ein Förderverein gegründet werden. Ziel: Möglichst viele Freunde und Leser des AK für eine r e g e l m ä ß i g e finanzielle Unterstützung des AK zu gewinnen. Die Entscheidung, ob der Preis erhöht wird, sollte bis zum Jahresende verschoben werden. In der Zwischenzeit halt versuchen, das Defizit über Verkauf, Anzeigen und Förderverein zumindest erträglich zu machen. Wenn der Preis aber auf jeden Fall ab AK 182 erhöht wird, plädiere ich für eine maßvolle Anhebung auf 2,50 DM.

Preises, ein Förderverein gegründet werden. Ziel: Möglichst viele Freunde und Leser des AK für eine r e g e l m ä ß i g e finanzielle Unterstützung des AK zu gewinnen.

2. Der eigentliche „Knackpunkt" ist aber, wie der Verkauf gesteigert werden kann. Moralische Appelle an Mitglieder und Sympathisanten bringen nicht viel. Von daher ist es in der Tat notwendig, neue Vertriebswege zu erschließen. Als ersten Schritt bietet sich an, Buchläden (nicht nur ausgesprochen linke), Scenen-Kneipen, Alternativläden systematisch darauf durchzuchecken, ob sie bereit sind, den AK zu verkaufen.

Der Vertrieb über Zeitschriftenhändler und Kioske will sehr sorgfältig bedacht und vorbereitet sein. Die „taz" hat die Erfahrung machen müssen, das das Bestreben nach breiter Präsenz an den Kiosken auch eine Möglichkeit ist, den finanziellen Tod zu erleiden. Ebenfalls mit ausgewertet werden müßten die Erfahrungen der „Roten Fahne" und der „Neuen". Wahrscheinlich bietet es sich an, ein Testgebiet (West-Berlin, Hamburg?) auszuwählen, in dem erste Erfahrungen mit dem Kiosk-Verkauf gesammelt werden. Wenn sich dort der Kiosk-Vertrieb bewährt, kann er in der nächsten Stadt aufgebaut werden, usf.

Vorschlagen möchte ich noch, daß ein attraktives Werbeplakat entworfen wird, das in Buchläden, Kneipen, etc. ausgehängt werden kann. Es sollte auf dem Plakat ein freier Platz sein, auf dem lokale Verkaufsstellen eingetragen werden können.

3. Für eine attraktive Aufmachung des AK bin ich auch, aber ein Vorschlag wie *„eine Gestaltung, die sich tendenziell nach »Bild« richtet"*, geht mir total gegen den Strich. — Im Zeitungskopf sollte die Zeile „Arbeiterzeitung des ..." in „Zeitung des ..." geändert werden.

4. Die Herausgabe des AK als Wochenzeitung halte ich derzeit für unsinnig, angesichts der derzeitigen Finanzlage und dem unzureichenden Vertrieb (grundsätzlich bin ich sogar für einen täglich erscheinenden AK). Darüber hinaus sehe ich bei einer wöchentlichen Erscheinungsweise die Gefahr, daß Redaktion und Kommissionen arbeitsmäßig überfordert sind. Das würde zur Folge haben, daß die angestrebte größere Aktualität nicht erreicht wird, dafür aber das Niveau des AK total den Bach hinuntergeht.

5. Inhaltlich schlage ich folgende Ergänzungen vor:
Einrichtung einer Spalte „Das fehlt diesmal im AK" (ähnlich der „taz"-Spalte), in dem die 15- 20 % gekippter und verschobener Artikel genannt werden.

6. Um eine Stärke des AK, das Korrespondentenwesen, weiter auszubauen, schlage ich vor, daß der Versuch unternommen wird, AK-Inis aufzubauen. Diese sollten einen recht lokkeren Charakter haben, in dem Sinne, daß sie für jeden, der den AK für eine gute und unterstützenswerte Zeitung hält, offen sind. Themen, zu denen diese AK-Inis eine Berichterstattung entwickeln können, gibt es mehr als genug. Dabei habe ich allerdings weniger eine rein quantitative Vergrößerung der für den AK vorliegenden Manuskripte im Auge. Vielmehr sollte es darum gehen, gerade zu Ereignissen, die im AK wenig oder gar nicht „stattfinden", eine Berichterstattung zu entwickeln. Das wären in Düsseldorf z.B. der sich immer noch dahinschleppende Majdanekprozeß und die in ununterbrochener Reihe stattfindenden „Terroristen"-Prozesse vor dem § 129a-Sondergericht.

ger eine rein quantitative Vergrößerung der für den AK vorliegenden Manuskripte im Auge. Vielmehr sollte

Wenn einige derartige Inis entstehen sollten, wären Überlegungen notwendig, wie das Verhältnis Inis-Redaktion gestaltet werden muß, um zu verhindern, daß die Inis durch wiederholten, ihnen nicht einsehbaren Nichtabdruck ihrer Artikel frustriert werden.

7. Daß die „Internationale" wegen des damit verbundenen, mit den vorhandenen Kräften nicht zu bewältigenden Arbeitsaufwandes bis auf weiteres nicht wieder herausgegeben wird, finde ich auch gerade in Hinblick auf die schwindende Bereitschaft großer Teile der Linken, sich für Befreiungsbewegungen zu engagieren, bedauerlich. Eine Alternative wäre m.E., die „Internationale" als Jahrbuch erscheinen zu lassen. In diesem Jahrbuch könnten dann ausführlichere Artikel, z.B. zum Kampf des eritreischen Volkes stehen, oder über die Entwicklung eines Landes wie Angola nach der erfolgreichen Revolution.

Überhaupt Bücher. Es wäre mal ganz interessant, wenn der Buntbuch-Verlag im AK sein Verlagskonzept vorstellen würde. Nach welchen Kriterien Bücher herausgegeben werden, was sich gegenüber früher geändert hat und was z.B. aus den angekündigten zehn Russell-Büchern geworden ist, von denen bisher erst vier erschienen sind.

Detlef/Düsseldorf



1. AK-Preis:
Die Erhöhung scheint unumgänglich zu sein. Wollt ihr die Auflage halten oder gar in ferner Zukunft erhöhen, ist 3,— DM die absolute Obergrenze (wäre der psychologisch günstigere Preis von 2.80 DM diskussionswürdig?). Der AK ist die einzige kommunistische Zeitung, die auch von vielen Leuten gekauft wird, die keinesfalls Anhänger der entsprechenden Organisation sind, sondern den KB eben für diskussionswürdig halten oder einfach den AK gut finden. Diese Käufer sind nur bereit, den „Wert" der Zeitung zu bezahlen und keinen „Solidaritätspreis", wofür 4,— DM gelten würden. Dagegen muß es unter KB-Mitgliedern, vor allem jedoch unter Sympis, üblich werden, grundsätzlich 5,— DM zu bezahlen. Gerade wir KB-Anhänger bezahlen ja keine Mitgliedsbeiträge!

2. AK-Konzeption
Der AK wird von den sporadischen Käufer(inne)n gekauft, weil er eine große Informationsfülle besitzt, weil gründlich gearbeitet wird (Belege), weil argumentiert wird (keine propagandistische Kraftmeierei). Ich halte es demnach für falsch, den Umfang wesentlich zu kürzen, die inhaltliche Konzeption zu verwässern („knapp formulierte Aufmacher, mehr Fotos, tendenziell Bild"). Die 14tägige Erscheinungsweise hat sich m.E. bewährt. Zudem dürfte sich der redaktionelle Arbeitsaufwand bei wöchentlicher Erscheinung steigern. Einige Anzeigen im AK wären sicherlich keine Katastrophe.

währt. Zudem dürfte sich der redaktionelle Arbeitsaufwand bei wöchentlicher Erscheinung steigern. Einige

Das „Schluß machen mit der naturwüchsigen Erstellung des AK", stattdessen eine zentrale Planung, Initiierung und Kontrolle der Veröffentlichungspraxis ist m.E. fragwürdig. Die Naturwüchsigkeit der Beiträge provoziert häufig höchst fruchtbare Diskussionen (vor allem Frauen und Schwule; hätte die redaktionelle Planungsgruppe ein „Sadomasochismus-untersuchungsprojekt" initiiert?).

3. Kritik an der Qualität des AK
Über die Berichterstattung hinaus müßten mehr grundsätzliche bzw. theoretische Aufsätze enthalten sein. Z.B. bezüglich Ökologie, kapitalistische Ökonomie, Imperialismus, gesellschaftliche Organisation des Sozialismus (Was ist Ausbeutung, Mehrwert? Was heißt Räterepublik, „Zerschlagen kapitalistischer Machtstrukturen"?), historische Untersuchungen („60 Jahre Oktoberrevolution, 60 Jahre bayerische Räterepublik", immer nur zum Jubiläum?), Berichte über die gesellschaftliche Organisation heutiger Staaten mit sozialistischem Anspruch (z.B. „Alle Macht den Direktoren", Jugoslawien), Erörterung von bestimmten Ideologien („Was ist Zionismus?", AK 27!, Kritik der Religion, nicht nur irgendwelcher reaktionärer Kirchen).

Ein Genosse aus Freiburg



Für einen AK mit 24 Seiten zu 2 DM!

Meines Erachtens laufen die bisherigen Vorschläge zur Sanierung des AK auf seinen Untergang hinaus. Die vorgeschlagenen Preiserhöhungen werden eine Minderung der Auflage bewirken, weniger drastisch bei 3 DM, stärker bei 4 DM. Da ich bei dem vorgeschlagenen Sanierungsmodell eine Erhöhung auf 4 DM für unerläßlich halte, weil eine Finanzierung über 3 + 5 ja nur läuft, wenn die Hälfte der Käufer(innen) 5 DM zahlt — was wohl illusorisch ist — werden wir mit der folgenden Auflagenminderung ein Ansteigen der Kosten haben, womit die Sanierung eingeschränkt oder gar nicht erfolgt wäre.

Zudem meine ich, daß wir mit 4 DM und 48 Seiten tatsächlich schon *„ein Mitgliedsblatt zu Apothekerpreisen"* haben, denn bei diesem Preis werden nur noch Sympathisanten, Leute, die ein ganz spezielles Interesse am AK haben, und Mitglieder kaufen. Erste Reaktionen in meinem Kontaktbereich und beim Verkauf zeigen, daß einige ihr Abonnement abbestellen wollen, andere sich schon darauf einstellen, nur einen AK zu kaufen und diesen dann im Bekanntenkreis rumlaufen lassen oder dann nur noch unregelmäßig, wenn sie etwas besonders interessiert, kaufen wollen. Argumentationen, daß der „stern" ohne Anzeigen auch seine 15 DM kostet, ein Bier auch schon über 2 DM oder ähnliches, ziehen nicht, da zum einen unter den potentiellen AK-Käufer(inne)n niemand glaubt, daß wir mit der Zeitung einen Reibach machen, zum anderen aber nur Sympathisanten oder Leute mit speziellem Interesse an bestimmten Rubriken den AK politisch so hoch bewerten, daß sie ihn auch bei 4 DM kaufen. Genau auf dieses Potential würden wir mit der Auflage schrumpfen. Leute, die mal reingukken wollen oder Interesse haben aufgrund aktueller politischer Ereignisse, unsere Meinung zu lesen oder weitergehende Informationen erhoffen, dürften bei 4 DM weitgehend abgeschreckt werden.

stimmten Rubriken den AK politisch so hoch bewerten, daß sie ihn auch bei 4 DM kaufen. Genau auf dieses Po-

Ein weiterer Punkt ist, daß viele aufgrund der Preisdiskussion bekundeten, daß sie den AK sowieso nicht schaffen könnten und nicht einsähen, für Seiten zu zahlen, die sie eh nicht lesen. Tatsache ist, daß ein großer Teil der Genoss(inn)en und Leute, die arbeiten und in irgendeiner Initiative sitzen, den AK nicht schaffen durchzulesen.

Zu meinem Vorschlag, eine Umfangreduzierung auf 24 Seiten vorzunehmen bei zweiwöchentlicher Erscheinungsweise zu 2 DM: Eine Reduzierung auf die 24 Seiten ist notwendig aus drucktechnischen Gründen. Alle darüberliegenden Kürzungen bringen kaum eine Ersparnis in den Druckkosten. Ohne Zweifel geht eine solche Umfangkürzung an die Substanz des AK. Bei den damaligen Kritiken an der vorgeschlagenen Umfangkürzung fällt auf, daß die schärfste Ablehnung von Lesern kam, die ein spezielles Interesse an der Rubrik „Klassenjustiz" haben, für die es tatsächlich in der BRD auch kaum „Ersatz" in anderen linken Zeitungen gibt. In den anderen Zuschriften wurde mit einer Umfangverringerung gleich ein Verlust an Detailuntersuchungen und somit dem „besonderen Wert des AK" verbunden. Diese Befürchtungen sind meines Erachtens aber nur zu einem Teil gerechtfertigt. Sicherlich geht absolut an Zeilen und somit Informationen verloren, andererseits ist es aber auch ein Widerspruch z.B. im AK für das „antifa Info" zu werben, aber für den AK selbst die gleiche Fülle an Detailinformationen auf diesem Gebiet zu fordern. Selbstverständlich ist klar, daß wir zur Auslagerung aus dem AK Zeitungsprojekte wie die „Internationale", „Rebell" oder „Solidarität" momentan nicht leisten können. Andererseits gibt es aber in den verschiedensten Bereichen und Bewegungen Infos oder Zeitungen, in die wir Artikel bringen könnten, was bisher meines Wissens aber kaum genutzt wird. Rühmliche Ausnahme sind hier die Nürnberger, welche sowohl in bürgerlichen als auch alternativen Zeitungen Artikel von regionalem oder besonderem politischen Interesse schreiben.

Bei einem zweiwöchigen 24-Seiten-AK bin ich aber auch nicht der Ansicht, daß dort nur noch lange Untersuchungs- und Einschätzungsartikel stehen sollten. Auch kurze Artikel oder Kurzmeldungen haben hier ihren Sinn, auch wenn die „taz", die „Neue" usw. schon darüber berichtet haben, nämlich in den Fällen, wo wir durch das nochmalige Aufgreifen im AK dem Ereignis einen besonderen politischen Wert zumessen und dies dadurch bekunden. Von einem AK mit ellenlangen „Schinken" halte ich gar nichts und sollte auch mit einer Umfangreduzierung keineswegs verbunden sind.

Als letztes wären auch die im AK 181 beschriebenen redaktionellen Schwierigkeiten wesentlich besser zu lösen als bei 48 Seiten eine notwendige Aufstockung der Redaktion vorzunehmen.

B., Anti-AKW-Kommission





Für eine „Erweiterte Redaktion"

In seinem Artikel zum Stand der AK-Arbeit im AK 182 schreibt ein Genosse des LG und der AK-Redaktion, *„daß im Gegensatz zu früheren Zeiten die Mitglieder des LG relativ wenig zu e i g e n e n Artikelarbeiten kommen, insbesondere zu grundsätzlicheren Artikeln"*. Mit diesem Problem hängt auch zusammen, daß der AK derzeit, wie die Antifakommission ganz richtig feststellt, kaum Antworten auf „brennende" Fragen, kaum gezielte Untersuchungsarbeit und zu wenig fundierte politische Auseinandersetzung enthält.

Die jetzige Situation, in der sich die AK-Redaktion (notgedrungen) im wesentlichen darauf beschränkt, zu überarbeiten, was Kommissionen oder einzelne Genoss(inn)en, größtenteils nach eigenem Gutdünken, schreiben, müßte möglichst bald überwunden werden. Die Redaktionsgenoss(inn)en arbeiten zudem, wie im AK 182 dargestellt, ziemlich isoliert voneinander. Ebenfalls sehr isoliert voneinander arbeiten die Kommissionen, die bekanntlich einen Großteil der AK-Arbeit bestreiten. Um diesen offensichtlich unbefriedigenden Zustand zu überwinden, halte ich die Bildung einer „Erweiterten Redaktion" zusätzlich zur AK-Redaktion für sinnvoll. Ihr sollten die Mitglieder der jetzigen Redaktion, der Kommissionen sowie einzelne „schreibfreudige" Genoss(inn)en angehören. Aufgabe dieser „Erweiterten Redaktion", die sich etwa alle vier Wochen treffen sollte, wäre eine inhaltliche Diskussion und Planung von Schwerpunkten der Untersuchungsarbeit, der Auseinandersetzung mit anderen politischen Strömungen im AK u.ä.m.

Zudem bestünde durch dieses Gremium leichter als bisher die Möglichkeit, durch kommissionsübergreifende Arbeiten den AK zu bereichern. Längerfristig könnte durch die „Erweiterte Redaktion" eventuell auch die engere AK-Redaktion personell gestärkt werden.

„Passive Konsumentenhaltung"

Die Zahl der freien Mitarbeiter ist beim AK, schon durch das Kommis-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 45

sionswesen, weitaus größer als bei anderen „K-Gruppen"-Zeitungen. Allerdings herrscht immer noch bei einem Großteil der Genoss(inn)en (und erst recht der AK-Leser) die Haltung des „passiven Konsumenten" vor, wenngleich sich die Situation in den letzten Jahren etwas gebessert hat. Zu oft noch äußern sich Widersprüche zu AK-Artikeln auf der „Kneipen-Ebene". M.E. spielt hierbei neben Faulheit und krisenbedingter Schlaffheit eine zu hohe Erwartungshaltung an AK-Produkte eine wichtige Rolle. Dabei müßte doch eigentlich klar sein, daß die AK-Redaktion und Kommissionen ihre Artikel keineswegs als „der Weisheit letzter Schluß" ansehen. Eine Kritik an AK-Artikeln muß nicht durch die Lektüre mehrerer Bücher oder wissenschaftliche Untersuchungen abgesichert sowie sprachlich „ausgefeilt" sein. So ist z.B. schon das Aufzeigen von Widersprüchen in der AK-Berichterstattung (siehe Leserbriefe zum Thema Afghanistan in den letzten AKs) eine sehr gute Sache.

Linke „Bild" – Nein danke!

Einige Genoss(inn)en fordern eine „*nicht so eindeutig kommunistisch aufgemachte Zeitung*" wie den AK, dazu noch größer, knapper formulierte Aufmacher, Raffung der Themen, Verbot von „Bleiwüsten" (d.h. von längeren, grundsätzlicheren Artikeln!). Derartige Vorschläge stellen ein eindeutiges Zurückweichen vor dem Antikommunismus sowie eine Anpassung an spontaneistische Stömungen dar. Inwiefern würde sich ein derartiger „Arbeiterkampf" (oh, pardon, ich vergesse, daß dieser „eindeutig kommunistische" Name über Bord geworfen werden soll!) noch von einer Alternativzeitung, einer „taz", o.ä. unterscheiden? Die Vorstellung mancher Genoss(inn)en von einem AK, der sich in der Gestaltung tendenziell nach der »Bild« richtet, hat mit der kommunistischen Konzeption einer Zeitung als „*kollektiver Propagandist und Organisator*" (Lenin) n i c h t s, aber auch g a r n i c h t s mehr zu tun.

Von der Verwirklichung dieses Anspruchs sind wir zudem heute sowieso noch meilenweit entfernt. Kann sich denn heute jemand, der, sagen wir in den letzten anderthalb Jahren, sorgfältig den AK gelesen hat, auf dieser Grundlage („Klassikertexte" einmal ausgeklammert) im KB organisieren? Wohl kaum!

Der AK sollte durchaus auch weiterhin reichhaltig an Informationen sein. Das E n t s c h e i d e n d e an einer kommunistischen Zeitung ist jedoch nicht die Informationsfülle, sondern die Verbindung von Informationen und allseitigen politischen Enthüllungen mit grundsätzlichen, auf solider Untersuchungsarbeit und einer möglichst klaren Linie basierenden Beiträgen.

U., RGW-Kommission

★

Liebe Freunde,
ich gehöre nicht dem KB an, stehe aber kritisch-solidarisch zu Eurer Organisation und halte den AK aufgrund der Materialfülle und den meistens sehr sauber recherchierten Fakten für unentbehrlich. Als langjähriger Journalist und Buchautor möchte ich Euch daher einige Vorschläge unterbreiten, die ihr möglichst nicht nur abdrucken, sondern auch diskutieren solltet.

Euer Blatt muß sich veränderten Gegebenheiten anpassen, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Die beiden „linken" Tageszeitungen „Neue" und „taz" haben die in sie gesetzten Erwartungen leider nicht erfüllt. Die „Neue" schreibt hauptsächlich Agenturmeldungen ab. Eigenbeiträge sind spärlich und wenig informativ. Die „taz" wurde mit der Zeit immer schlechter. Die Eigenbeiträge sind häufig schlecht recherchiert und schlecht abgesetzt. Die „taz"-Mischung aus jungkonservativen und diffus-spontaneistischen Merkwürdigkeiten ist auf die Dauer unerträglich und dürfte immer mehr Abonnenten dazu veranlassen, das Blatt abzubestellen. Die mehr oder weniger offene Verharmlosung und Propagierung ultrarechter Ideologen durch die „taz" hat m.E. verheerende Auswirkungen auf das Bewußtsein der zahlreichen jüngeren Leser.

Es ist daher an der Zeit, im Interesse der demokratischen Linken in diesem Lande, über ein neues Projekt nachzudenken. Da der AK nicht mehr wie bisher weiter produziert werden kann, bietet sich folgendes in diesem Zusammenhang an: Der AK sollte unter einem anderen Titel, meinetwegen „Alternative — kritisches Zeitungsmagazin" (vormals AK) mit einem besseren und übersichtlichen Layout, besser geschriebenen Texten — ohne etwa die Inhalte zu verändern — neu herausgegeben werden. Das Blatt könnte mehr Kurzinformationen, einige Seiten „Zeitungsschau" mit Zusammenfassungen interessanter Texte und Meldungen aus anderen Blättern bringen, mehr Kulturseiten, einige Diskussionsseiten, auf denen auch Beiträge unabhängiger Autoren erscheinen sollten, einige Seiten mit Leserbriefen, verschiedene vorher für längere Zeit zu planende Themenschwerpunkte, natürlich auch Jugend- und Kinderseiten. Vor allem könnten fast alle analytischen Beiträge, die den AK so unentbehrlich machen, entschieden kürzer sein, ohne etwa an Informationswert zu verlieren. Bleiwüsten sind aus Gründen der besseren Lesbarkeit in Zukunft unbedingt zu vermeiden. Gibt es keine Freaks im KB, die gute Comics zeichnen?

Der Umgang mit Autoren und KB-Gruppen würde sich ändern und mehr Zeit für kreative Arbeit, Rücksprachen etc. freisetzen, wenn jeder angehalten wird, Zeilenvorgaben (mit Anschlägen) zu beachten. Damit spart man viel Zeit. Technische Angaben dazu gehören ebenso wie der Bestellschein auf die Seite 2 unter das Impressum.

Da der AK-Verkauf wohl auch wegen der fehlenden Bereitschaft zum Handverkauf gesunken ist, müßt ihr an die Kioske. Was die „taz" geschafft hat, müßtet ihr auch können.

Die KB-Gruppen und andere Initiativen hätten endlich mehr Zeit für inhaltliche Diskussionen und redaktionelle Arbeit, was sich möglicherweise positiv auf eure Organisation auswirkt. Hier wären aber unbedingt die Fehler der „taz" im Umgang mit ihren Initiativen zu vermeiden. Das sollte besonders ernsthaft diskutiert werden!

4 oder 5 DM für ein gutes informatives Zeitungsmagazin, das die Lektüre anderer Blätter erübrigt, wäre nicht zuviel, wenn man Umfang, Inhalt und Preis mit „konkret", „taz" oder „Neue" vergleicht.

Ihr solltet unbedingt einen Mitarbeiter für die Anzeigenwerbung freistellen. Es ist durchaus möglich, Inserate zu bekommen!

Hoffentlich waren die Anregungen nicht wieder umsonst

schöne Grüße Jan Peters, Berlin

Protokoll einer Diskussion um unsere Zeitung

Einleitend wurde die Situation umrissen, in der wir mit dem AK stehen: sinkende Verkaufszahlen, Schwierigkeiten mit antikommunistischem Klima und Abschlaffe beim Verkauf; technische und finanzielle Probleme bei der Erstellung bis hin zur feststehenden Tatsache, daß der AK in diesem Umfang unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr machbar ist; zum andern die Überschwemmung des AK mit Artikelbergen, die von Ausgabe zu Ausgabe wie eine Bugwelle vor uns hergeschoben werden.

Sodann wurde die Debatte um Verkauf und Konzeption des AK geschildert, soweit sie bisher entwickelt ist: Auseinandersetzung ob Preiserhöhung oder Seitenreduzierung im Zentrum, Hinweis auf die Untersuchung zur Verbesserung des AK-„Gesichts", Darstellung der verschiedenen bisher bekanntgewordenen Standpunkte zur Lösung der AK-Misere: a) AK ist so in Ordnung, muß nur stärker eingesetzt werden, b) AK muß sich in seinem Erscheinungsbild dem gegenwärtigen „ungünstigen Klima" anpassen, um anzukommen, c) AK muß zum politischen Kampforgan des KB mit Positionen des KB unter Verzicht auf zuviel Infos, zuviel pluralistische Standpunkte etc. entwickelt werden. Schließlich wurde daran erinnert, daß bereits eingangs der Krisendebatte die Diskussion um die AK-Konzeption geführt wurde und seitdem eingeschlafen ist. Die Einleitung endete damit, daß das Erscheinen des AK in Frage steht, wenn die Organisation nicht ein neues Verhältnis zu ihrer Zeitung gewinnt und für sich die Frage beantwortet, wofür brauchen wir den AK.

Die Debatte erfolgte in zwei Abschnitten. Erstens die Frage nach den Ursachen; zweitens die Frage, was können/müssen wir ändern.

Zu den Ursachen

Nur ein Genosse der Kommission vertrat den Standpunkt, wesentlicher als eine Konzeptionsdebatte sei jetzt die Auseinandersetzung darüber, warum der Verkauf selbst zurückgehe. Der aktuelle Verkauf müsse diskutiert werden, um über diesen Weg eine Änderung herbeizuführen. Wenn nur genügend Einsatz gebracht werde, könne der AK besser verkauft werden.

Demgegenüber konzentrierten sich die gesamten weiteren Beiträge darauf, nicht den Verkauf – und auch nicht vorrangig die Verbesserung des „Gesichts" – zu untersuchen, sondern die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung. Dazu fielen im Wesentlichen folgende Argumente:

Der Markt sei kleiner geworden. Der AK müsse darauf eingestellt werden. Er müsse wieder attraktiver werden. Es sei inzwischen ein Fetisch, wenn wir glaubten, der AK müsse nach wie vor „zu allem was bringen", müsse Informationen für alle Bewegungen bringen. Stattdessen seien mehr und bessere Analysen angesagt. Insbesondere habe sich ein Spartenunwesen eingeschlichen, das konkret so aussehe, daß die Kommissionen aus ihrer eigenen Logik auf die Füllung ihrer Kontingente hinarbeiten, statt auf die Bewegung hin. Das Rubrikwesen müsse differenziert werden, so daß nicht mehr dieser bürokratische Anspruch aufrechterhalten werde, immer zu allen Themen etwas sagen zu m ü s s e n, auch wenn man/frau mal nichts zu sagen habe. Die jetzige AK-Produktion erfolge z.T. eher zur Befriedigung der Genossinn/en als zum Nutzen der Bewegung.

Es müsse eine Schwerpunktplanung gemacht werden. Es müsse Schluß gemacht werden mit der naturwüchsigen Erstellung des AK. Es müsse überhaupt erst mal wieder der Blick für den Leser/die Leserin entwickelt werden.

Das sei aber sehr schwierig. Beispielsweise sei die Behandlung von Kurzmeldungen, die Entscheidung, was soll rein, was nicht, bei uns nicht nach klaren politischen Kriterien erfolgt, sondern schwanke von mal zu mal. Die Schwerpunktsetzung mit Blick auf den Leser mache uns offenbar sehr große Schwierigkeiten.

Am Beispiel des AK 176 könne man etwa sehen: der Artikel auf den Wahlseiten zu CDU/Biedenkopf bringe nichts wesentliches gegenüber den bereits bekannten Dingen der bürgerlichen Tagespresse/des „Spiegel". Ein gleichartiger Artikel zu Biedenkopf sei von der Kommission ihrerseits schon rausgeschmissen worden. Trotzdem erscheint dieser Artikel. Da müßten klarere Richtwerte her und Kontrolle, was denn nun letztlich tatsächlich kommt. Auch die Strauß-AE-Berichterstattung sei öde. Hier müsse vielmehr herauskommen, wie und mit welchen Inhalten Strauß-Gegner ihre Politik machen, etwa: wie arbeitet die Kühnl-Initiative, wie arbeitet die Staek-Ini (mit Hintergrund und Einordnung). Es reiche nicht so eine platte Berichterstattung. Die Artikel müßten für den politischen Kampf qualifizieren, Argumente liefern usw. In diesem Zusammenhang wurde die Iran-Berichterstattung im AK 176 als pflichtgetreue Arbeit bezeichnet, die ganz gut sei, auch alles noch einmal zusammentrage, Artikel wie die von Vigier oder das Etincelle-Interview übernehme der AK aber bedauerlicherweise von anderen. Es entstand auch die Frage, wofür der AK 176 eine derart breite Mai-Berichterstattung brauche, wem das nützen solle. Hier wurde angeregt, zur weiteren konkreten Vertiefung der Ursachen-Debatte eine konkrete Analyse von AK 176, bzw. auch vorangegangener AKs zu machen unter der Fragestellung, wem nützt da welcher Artikel etc.

Zur Knastberichterstattung der letzten AKs wurde angemerkt, daß zwar die (unterbliebenen) Positionen des Knastkampfes, der autonomen Linken u.a. hier eine Plattform fänden, die Positionen, das Eingreifen des KB aber vermißt werde.

Demgegenüber wurde eingewandt, das Verhältnis zwischen Information, Positionen dürfe nicht über einen Leisten geschlagen werden. Wenn eine „Bewegung" nicht einmal infomäßig im Gespräch sei, dann müsse der AK das bringen, wenn eine Bewegung, wie z.Zt. die AKW-Bewegung durch „taz" etc. infomäßig reichlich Ausdruck finde, dann könne sich der AK auf Zusammenfassung, Bewertung usw. konzentrieren. Die AK-Redaktion müsse wegkommen von der Routine, nach der jeder AK-Bereich gleichmäßig und unflexibel immer nach allen Seiten gleichwertig berichte etc.

Gegenposition: der AK dürfe nicht zum „Exotenblatt" für unterbliebene Nachrichten werden.

Für wen ist der AK interessant, wie kann er interessanter werden?

Zunächst zwei Standpunkte:
Das Interesse für den AK sei im Zuge des allgemeinen abgeschlafften und antikommunistischen Klimas gegenwärtig geringer. Das Verbreiten von KB-Standpunkten interessiere – im Gegensatz zu Zeiten wie Brokdorf u.a.m. – heute niemand so sehr. Wenn für KB-Standpunkte Interesse da sei, dann nur aufgrund begründeter Untersuchungen, Fakten, die sonst nicht zu finden sind. Da gehe es um die Tatsachen, nicht um den KB. Irgendwie sei es angesichts der Schwächung des KB vielen wurscht, was der KB sagt – es sei denn da, wo der KB selbst eine relevante Arbeit mache. Es sei gegenwärtig eben eine Aufsplitterung in Spezialbereiche zu sehen, denen die AK-Konzeption nur gefolgt sei, die starke Entwicklung von Sonderinteressen usw., denen gegenüber allgemeine Standpunkte linker Politik schwerer vermittelbar seien. In diesem Sinne müsse auch untersucht werden, ob die Leserschaft den AK heute überhaupt noch als Primärquelle für Infos habe oder auf welchem Level für die jeweiligen Bereiche angesetzt werden könne. Die immer wieder zitierte „Bewegung" als einheitliche Bewegung sei zu hinterfragen: gibt's die überhaupt?

Demgegenüber der Standpunkt, daß nicht nur der Zerfall der ehemaligen Bewegung in Sonderinteressen zu beobachten sei, sondern auf der anderen Seite viele neue Initiativen, Gruppen, Kräfte, die erst in die politische Szene eintreten – warum sollten die sich nicht für die Standpunkte des KB interessieren, wenn der AK dort angeboten wird. Wir starren immer nur auf die alte Linke, die alte Bewegung, die zerfallen ist. Auf die neuen Kräfte werde nicht genügend orientiert.

Hier entstand die Frage, ob es für den AK eine Alternative sei, sich entweder auf die „alte Linke" oder auf die „neuen Kräfte" zu beziehen und das Gesicht des AK, die Konzeption entsprechend auf die eine oder andere Seite eingestellt werden sollte.

Wesentliches Ergebnis der Auseinandersetzung um diesen Punkt: Tatsache ist, daß der Antikommunismus etc. der alten Linken und demokratischen Bewegung z.T. aus Enttäuschung über „ML"-Mißerfolge resultiert, übersättigt ist von zehn Jahren „ML"-Geschwätz etc. und von daher für uns schwer ansprechbar, weil die Lernfähigkeit, Lernbereitschaft hier sehr gering geworden ist. Der Antikommunismus der neuen Kräfte ist ein anderer, das sind Leute, die n o c h antikommunistisch sind, nicht w i e d e r. Sie besitzen eine große Lernbereitschaft, vorausgesetzt, wir sind in der Lage, ihre Fragen zu erkennen und Antworten, zumindest Material für Antworten und Wege zu finden, ihnen klar zu machen, daß solche Infos in unserem AK zu finden sind.

Auf keinen Fall werde der AK dadurch gewinnen, daß eine der beiden Seiten (Altlinke/neue Kräfte) aus dem AK-Bild gesäubert würden, zumal die beiden in der Realität durchdrungen sind. Sondern es müsse im Gegenteil darum gehen, diese beiden Seiten über den AK miteinander zu verbinden, indem die Erkenntnisse aus zehn Jahren linker Politik (sowie dem längerfristigen Hintergrund dieser Politik) den neuen Kräften vermittelt werden, die heutige Entwicklung in den Zusammenhang der bisherigen Erfahrungen gestellt wird usw.

Da allerdings bestünden schwere Mängel in der AK-Arbeit, z.B. in der eigenen Kommission. Beispielsweise sei in der Kommission eine ausgezeichnete Diskussion anhand des

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung v. S. 46

Z-Artikels zur Computerisierung gelaufen, Thema: wie entwickelt sich die weitere „Sicherheitsstrategie", wo die Z den falschen, einseitigen Standpunkt (in einem ansonsten ausgezeichneten Artikel) vertritt, durch die Computerisierung werde in Zukunft polizeiliche Arbeit nur noch Präventionsarbeit sein, während die Repressionseinsätze abgebaut, nicht im selben Maße weiterentwickelt würden (ein SPD-Standpunkt!). Diese auf dem Hintergrund von „Neue Gestapo", Russell 5 bei uns und bei der Z geführte Debatte ist im AK nicht erschienen! Ähnliche Beispiele lassen sich massenhaft finden: z.T. sind die alten Positionen, Erfahrungen nicht einmal bekannt, z.T. werden die bisherigen Erkenntnisse über die Entwicklungen des bürgerlichen Staats etc. nicht benutzt, sondern sich auf aktuelle Themenaufreißer beschränkt.

Es sei aber notwendig, im AK genau die Fragen zu behandeln, die sich für uns selbst und für die neuen Kräfte in der konkreten gemeinsamen politischen Situation stellen, das heißt eben: brennende Fragen der Bewegung. Die „neuen" würden keineswegs durch den „ML" vom AK-Lesen abgehalten, sondern dadurch abgehalten, wenn und solange der AK auf ihre Fragen keine Antworten hat.

Das bedeute, es reiche eben nicht, in kommentatorenhafter Manier zu allem und jedem einen „kommunistischen Standpunkt" zu entwickeln (KB-Standpunkt), sondern es müsse genau hingesehen werden, welches die Fragen a) der Altlinken etc. b) der neuen Kräfte sind, um dann basierend auf Fakten, Tatsachen, einer konkreten Analyse der Pläne, Ziele, Realität des Elends im Kapitalismus mit unseren Artikeln

a) aufzuwiegeln, Wut zu machen,
b) durch Tatsachen/ Untersuchungen Meinungen zu bilden, zu ermöglichen
c) polemisch in die politische Bewegung einzugreifen.

Grundkonsens bei uns: Meinung wird durch Tatsachen gemacht, Überzeugungsarbeit an Fakten geleistet. In diesem Sinne muß die Qualität des AK von uns angehoben werden.

Das Problem aber besteht heute darüber hinaus darin: mag der AK qualitativ sein wie er will, er wird von den „alten" und „neuen" Linken abgelehnt, bevor sie ihn kaufen! Dies ist u.E. durch keinerlei Kraftakt unsererseits zu unterlaufen, sondern dadurch, daß der AK gezielt an Interessierte sich wendet und in diesem Sinne seine inhaltliche Ausrichtung vornimmt. Gezielt an Interessierte heißt aber keineswegs nur gezielt an die Linke (alte oder neue – organisierte), sondern gezielt an alle die Kräfte, die nach politischer Unterstützung in ihren Auseinandersetzungen suchen. Hier stellt sich für die weitere AK-Entwicklung die Aufgabe herauszufinden:

a) wer liest den AK, wer könnte interessiert sein?
b) an welchen Fragen, Themen wird der AK verkauft?
c) welche Fragen/Themen nehmen wir rein, obwohl daran nicht verkauft wird, sondern die eher „hemmen"?

Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht die Debatte um unsere Zeitung in Gang kriegen würden! Ich meine, daß das Thema AK von uns penetrant (einschließlich Verkauf!!) auf alle TOs gesetzt werden sollte, mit denen wir zu tun haben!

Antifa-Kommission

Zusatz

Der auf diese Debatte folgende Versuch, nun auch zu beantworten, auf welche 'brennenden Fragen' unsere weitere Arbeit zu konzentrieren sei, erwies sich als schwieriger als wir es zunächst gedacht hatten. Jedenfalls ist es uns nicht gelungen, uns sozusagen einen Plan „aus einem Guß" zu machen und – Ärmel hoch – mit den notwendigen Recherchen/Aufarbeitungen zu beginnen. Es zeigt sich, daß die Herausarbeitung der wesentlichen Themen/Untersuchungsaufgaben aus dem Wust möglicher und 'auch-wichtiger' Bereiche keineswegs an einem Tag zu leisten ist, sondern ein Prozeß der Auseinander setzung eingeleitet werden muß, um jede idealistische Pläneschmiederei zu vermeiden und nicht in eine neuerliche abgehobende Programmdebatte zu verfallen, wie sie die Linke schon einmal 1972/73 heimgesucht hat – nur dieses Mal dann im KB.

Wir wollen für unsere Debatte folgendes berücksichtigen (das dürfte mit gewissen Variationen allerdings

jede idealistische Pläneschmiederei zu vermeiden und nicht in eine neuerliche abgehobende Programmdebatte zu verfallen, wie sie die Linke schon einmal 1972/73 heimgesucht hat – nur dieses Mal dann im KB.
Wir wollen für unsere Debatte folgendes berücksichtigen (das dürfte mit gewissen Variationen allerdings

auch für andere Bereiche der KB-Tätigkeit gelten):

a) Anknüpfen an unseren bisher geleisteten/den bestehenden Arbeitsgebieten: Welche Untersuchungen/Positionen haben wir (eigentlich) bisher vorgelegt; wie ist der Stand der Arbeit; welches sind die konkreten Sachprobleme; welche Fragen ergeben sich unmittelbar aus dem Sachstand; was muß weiter geklärt werden; welche Schwierigkeiten gibt es usw.? – Das muß konkret Sachgebiet für Sachgebiet durchgezogen werden; dabei: überflüssiger Ballast zur Seite! **Weiterführende Fragen auf den Tisch!**

b) Was hat sich seit Vorlage unserer These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft verändert/entwickelt? Welche Bedeutung haben Kriegshetze und Kriegsgefahr für unsere Einschätzung, welche Konsequenzen für die innere Entwicklung (Faschisierung) in der BRD? Welche Anknüpfungspunkte ergeben sich zwischen den einzelnen Sachgebieten (wie Neo-Nazismus, Alt-Nazis, '3. Weg', CDU/CSU, Polizeientwicklung, Klassenjustiz ...) und den allgemeinen Entwicklungslinien der Gegenwart? Wir machen zu diesem Zweck nach der Sommerpause ein Arbeitsseminar zum Thema 'Kriegsgefahr und Faschisierung', in dem wir hoffen, einige Kriterien für die aufgeworfenen Fragen zu gewinnen.

c) Was wird in der übrigen Linken/radikaldemokratischen Szene diskutiert; welche Strömungen im

chen zu diesem Zweck nach der Sommerpause ein Arbeitsseminar zum Thema 'Kriegsgefahr und Faschisierung', in dem wir hoffen, einige Kriterien für die aufgeworfenen Fragen zu gewinnen.
c) Was wird in der übrigen Linken/radikaldemokratischen Szene diskutiert; welche Strömungen im

linken und demokratischen Spektrum bilden sich heraus; auf welche Argumente können/müssen wir eingehen; welche 'brennenden Fragen' werden gestellt?

Wir hoffen, in diesem Prozeß der Konzentration auf wesentliche Arbeiten erstens selbst neu zu Kräften zu kommen/zu neuen Erkenntnissen und Perspektiven, zweitens damit in die politische Diskussion einwirken zu können.

F., Antifakommission

Kleiner Nachtrag

Zum Protokoll der antifa-Kommission nach der Lektüre des Artikels zur AK-Diskussion in AK 182

Im Artikel (AK 182) wird angeführt, im Zuge der ersten Runde der AK-Debatte 1978 sei u.a. der Vorschlag entwickelt worden, zu einer Entlastung des AK durch Entwicklung eines eigenen „Antifa-Bulletins" beizutragen, das möglichst nicht allein vom KB herausgegeben werden solle. Weiter heißt es, insgesamt habe die damalige Diskussion nicht zu konkreten Veränderungen des AK geführt ...

Dies müssen wir in einem Punkt richtigstellen: Der im Artikel benannten klar ersichtlichen Einschränkung der Antifa-Seiten um mindestens die Hälfte ihres Umfangs steht andererseits die Herausgabe eines neuen antifaschistischen Informationsdienstes gegenüber, der in der Tat von mehreren antifaschistischen Arbeitskreisen, der SAG und dem KB getragen wird. Zugegeben — das ist noch nicht der ganz breite Trägerkreis, es gibt noch Schwierigkeiten mit der Konzeption, mit der Aktualität, mit dem Vertrieb, mit den Finanzen usw., aber immerhin: die „antifaschistischen Informationen — Zeitschrift für die antifaschistische Praxis" sind nach „Rock gegen Rechts" in öffentlicher Diskussion unter Beteiligung von mehr als 30 Antifa-AGs entwickelt worden; zum Antifaschistischen Bundeskongreß Ostern 1980 war die Null-Nummer fertig, in der die herausgebenden Gruppen zunächst sich, ihre eigene Arbeit und ihre Vorstellungen zum „Info" als ein Organ der „neuen antifaschistischen Bewegung" vorstellten. Von der Nummer wurden etwas über 2.000 Stück verkauft, wesentlich auf dem Antifa-Kongreß selbst und im Handverkauf durch die Antifa-AGs.

Zu „Rock gegen Rechts" 1980 erschien die reguläre Nummer 1, die schwerpunktmäßig Hintergrundmaterial zur Kriminalität der NPD und der militanten NS-Szene enthält, z.T. in einer Ausführlichkeit, wie sie im AK nicht (mehr) möglich ist, bzw. von uns inzwischen auch bewußt vermieden wird. Der Verkauf bei „RGR" selbst war allerdings denkbar schlecht: In Frankfurt und Eschwege wurden zusammen im Tisch- und Handverkauf ca. 350 Stück abgesetzt. Inzwischen liegt der Verkauf bei ca. 1.300.

Heft Nr. 2 ist gegenwärtig in der Produktion und soll Anfang September erscheinen. Darin wird enthalten sein: umfangreiches Material zu Nazis bei den Umweltschützern, Übersicht über die rechtsradikale Jugendpresse, eine Analyse über Zielsetzung, Zusammensetzung usw. der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP); eine Dokumentation zu Nazi-Stimmen über Strauß — also insgesamt wieder Materialsammlungen, wie sie der AK nicht

sein: umfangreiches Material zu Nazis bei den Umweltschützern, Übersicht über die rechtsradikale Jugendpresse, eine Analyse über Zielsetzung, Zusammensetzung usw. der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP); eine Dokumentation zu Nazi-Stimmen über Strauß — also insgesamt wieder Materialsammlungen, wie sie der AK nicht

fassen kann.

Heft 3 soll, wie aus dem neuesten Rundschreiben des Herausgeberkreises des Infos hervorgeht, im wesentlichen neueren Erscheinungsformen des Rassismus und dem Terror rechter Ausländerorganisationen gewidmet sein, insbesondere den „Grauen Wölfen" und ihrer Zusammenarbeit mit Nazis und CDU/CSU.

Heft 4 soll sich dem Thema Militarismus und Nazis sowie CDU/CSU und Nazis schwerpunktmäßig widmen. Alle antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen sind aufgefordert, sich mit eigenen Untersuchungen zu beteiligen.

Es ist bezeichnend für den Stand der Debatte um die weitere Pressearbeit des KB (d.h. eben AK-Konzeption in Verbindung zu anderen Möglichkeiten wie „Info", wie „UW", wie Verlagsproduktion in Form von Broschüren und Büchern), daß in dem Artikel die Existenz des Infos einfach „vergessen" worden ist. Der KB hat das Info bisher so gut wie nicht auf der Platte, während aber andererseits — in mündlichen Bemerkungen — bedauernd der Rückgang der Antifa-Seitenzahlen registriert wird. Auch seitens der Kommission haben wir nicht ausreichend Werbung für das Info gemacht.

Die bisherige Realisation und zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Infos müssen aber unbedingt in unsere AK-Konzeptionsdebatte mit eingehen — mindestens, wenn über die Antifa-Seiten gesprochen wird. Vielleicht auch ein bißchen exemplarisch.

Abgesehen davon unsere Bitte: Kauft euch das Info und setzt euch für seine Verbreitung ein; sorgt selbst für interessante Inhalte fürs Info — über euren Einsatz für den AK hinaus.

F. Antifa-Kommission Hamburg

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genoss/inn/en werden bei uns derzeit die AK- und Buchmanuskripte auf dem Composer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.
Es ist vollkommen einsichtig, daß wir gerade hier besonders rationell und mit möglichst wenig Streß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.
Die alten Composer sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionsfähig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Composer verschiedene Tastaturen, Bildschirm und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend einsparen kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.
Wenn der Text erst zum Schluß aus dem Speicher ausgetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.
Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Computer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Streß enorm erhöht.
Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beachten. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Tastatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.
Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung – gekauft – für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionstüchtigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datensystem für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Mietbasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere Verlagscomputer kostet	**30.000 DM**
5 Terminals für die Texterfassung	**60.000 DM**
2 Schnelldrucker	**30.000 DM**
Die Gesamtsumme beträgt damit	**120.000 DM**

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.
Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Fotosatzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.
Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Fotosatzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendensammlung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

Spenden bitte unter Angabe des Kennwortes
„AK-Spende" auf das Konto von
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Nr. 4 501 755 00

AK-Redaktion und Verlagskollektiv

Erste gute Ergebnisse!!

Seit dem Aufruf in AK 182, für den Ausbau der AK-Technik 100.000 DM zu spenden, sind bisher auf das Spendenkonto und bar eingegangen:

Ka., BO Hamburg Mitte	270,–
G. + C., BO Hamburg Mitte	700,–
„Ein Kneipenkunde"	20,–
Jo., AG Zivildienst	30,–
P.H., Hamburg Altona	20,–
R., Hamburg	500,–
BO Wandsbek	500,–
DLH/Hafen, Hamburg	20,–
„Skatkasse", Hamburg	100,–
G., Hamburg	5.000,–
Eine Frauengruppe	150,–
WG Altona, „Leergutkasse"	100,–
Bab, Rob., Kl., Braunschweig	1.000,–
Ein Sympathisant aus Altona	210,–
G.M., Göttingen	300,–
C.W., Heidelberg	100,–
Schulungsmappen, Ba.-Wü.	110,–
Stichwort „W. Iljin"	100,–
MZ Göttingen	1.000,–
Uwe, Wuppertal	40,–
Maike, Leimen	100,–
R.P., Northeim	100,–
Reinhard, Frankfurt	25,–
Schulungsmappen Ba.-Wü	250,–
WG Hildesheim	50,–
Insgesamt in vier Wochen	10.745,–

(Hierin sind noch nicht die auf die Verlagskonten eingegangenen Gelder enthalten. Diese werden im nächsten AK nachgetragen).

Spenden bitte auf das Spendenkonto überweisen, weil diese bis zur Erreichung des angegebenen Ziels zurückgelegt werden müssen:

Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
BLZ 20080000
Kontonr. 450175500

In eigener Sache!

Trotz mehrmalig ergangener Bitten der Technik-Genoss/inn/en an die Verfasser der AK-Artikel (-Manuskripte), ihre Schreibmaschinen mit stets frischen, schwarzen Farbbändern zu versorgen, trudeln bis heute Manuskripte bei uns ein, die nur durch ungeheure Anstrengungen zu verarbeiten sind. Da werden z.B. Farbbänder verwendet, die Jahre alt sein müssen, da wird uns der 15. Durchschlag offeriert, da werden Manuskripte mit grünem, rotem und bald auch noch mit gelbem Farbband geschrieben usw.

Um der ganzen Flut von Augenprüfern mal etwas entgegenzusetzen, werden wir ab sofort keine Manus mehr verarbeiten, bei denen rotes Farbband verwendet wurde (dies ist einer der häufigsten Hindernisse, die uns unterkommen). Also, denkt dran, kein rotes Farbband mehr!!!

Ein Composer-Genosse

Impressum
Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14täg. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

.............................., den.............................. ....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Wenn STRAUSS den THRON besteigt wandere Ich aus !!

Ein Buch geht um

Das Buch zum Anti-Strauß-Workshop im April '80 in der HfbK Hamburg.
Erste unzensierte Dokumentation älterer und neuester Anti-Strauß-Arbeiten.
Der aktuelle Querschnitt vom Voll-Profi bis zum Laien.
Auf 168 Seiten im Format 18x23 cm mehr als 150 Arbeiten;
sowie : Versuche einer Standortbestimmung. Methoden künstlerischer Agitation in der Diskussion.

8,-

zu beziehen : "FREUNDESKREIS WÜRGEGRIFF" c/o AStA HfbK, Lerchenfeld 2, 2000 Hamburg 76; nur Vorauskasse (Scheck oder Briefm.) oder überweisen auf : HASPA 1015/240367 BLZ 20050550

Ergebnisse eines Würg – shops

Spät – aber noch rechtzeitig ist nun ein Buch erschienen: Die Dokumentation eines Anti-Strauß Workshops im April d.J. in Hamburg (s. AK 177), erschienen im Selbstverlag des ‚Freundeskreises Würgegriff' c/o AStA der Kunsthochschule. Auf 168 Seiten im großzügigen Format ist nun im Einzelnen die damals gezeigte Ausstellung älterer und neuester, auch bislang unveröffentlichter Arbeiten nachzuschauen. Ein Querschnitt, der sich lohnt! Das parteiübergreifende und nur thematisch gebundene Konzept (jeder konnte mitmachen) drückt sich nun in Bildern stark unterschiedlicher Qualität und Herangehensweise aus. Wobei manch Amateur die ‚alten Meister' nicht zu fürchten hat. Zudem ist hier erstmals die 1972 entstandene Anti-Strauß-Mappe komplett veröffentlicht! Erwähnenswert außerdem die Beschreibung einer Großflächen-Aktion des Düsseldorfer Plakat-Künstlers Manfred Spieß sowie die daraus entstandenen Straßen-Interviews.

In Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen wird außerdem dokumentiert, daß derzeit unter den Künstlern keine Einigkeit über Art und Methoden wirksamer linker Kulturarbeit besteht. Eben kein ‚Kunstbuch' – eine aktuelle Bestandaufnahme der künstlerischen Möglickeiten und Krisen. Bemerkenswert noch der Preis, der offensichtlich nur die Selbstkosten kalkuliert.

Alles in allem: Mehr als nur eine unentbehrliche Hilfe zur aktuellen Anti-Strauß-Arbeit!

In Zusammenarbeit mit mehreren Super-8-Filminitiativen entstand bei der Zebra-Filmgruppe in Braunschweig der 80minütige Film

„Franz Josef Strauß – Der starke Mann – oder unermüdlich für die Freiheit".

Der Film bietet gerade Anti-Strauß-Initiativen gute Diskussionsansätze, weil er Strauß-Gegner mit unterschiedlichen Ansichten und Einschätzungen in Bezug auf die Wahltaktik zu Wort kommen läßt.
Der Film befaßt sich auch mit den aktuellsten Zusammenhängen der Strauß-Kandidatur (z.B. Plakettenverbote). Weiters entnehmt bitte der beiliegenden Beschreibung.
Ihr könnt den Film bei der IF- Filminitiative für DM 90,- entleihen. (Rechtzeitige Bestellung sichert euren Termin.)
Wir schlagen vor, nach den Sommerferien eine größere Veranstaltung mit dem Film und den Filmemachern in Hamburg durchzuführen.
Solche Veranstaltung könnte von einem breiten Spektrum von Anti-Strauß-Initiativen getragen werden.

Der Film ist zu beziehen bei: if – Filminitiative Hamburg – 2000 Hamburg 60, Großheidestr. 27, Tel. 040-276887, 18-20 Uhr.

Abs. ....

....

....
(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

halbjährlich DM 48,–
jährlich DM 90,–

Förderabo (halbjährlich) DM 75,–
Förderabo (jährlich) DM 140,–
abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).
wird überwiesen auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postscheckamt Hamburg, BLZ 20010020 Konto Nr. 27175-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

....
Ort, Datum Unterschrift

ausschneiden und in einen Umschlag stecken!

AK Abo Karte

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

»Menschliche Landschaften« Nazım Hikmets Versroman »Menschenlandschaften«, Band III

„Die 500.000, die am 1. Mai 1977 in Istanbul demonstrierten – unter denen die faschistischen ‚Grauen Wölfe' mit Hilfe der Staatsschutzbehörden ein Massaker anrichteten – kennen ihn, Metallarbeiter in Calais, Hafenarbeiter in Marseille, die Völker des Ostblocks kennen ihn ..." (P.P. Zahl, „Dichter unbekannt", in: „konkret" 3/78).

Die Rede ist von Nazim Hikmet, der jetzt erst, mit erheblicher Verspätung in der BRD bekannt wird. „Dichter unbekannt", so überschrieb P.P. Zahl seinen Artikel anläßlich der ersten repräsentativen Ausgabe der Gedichte Nazim Hikmets in der BRD 1978. Vor dieser Ausgabe des „Türkischen Akademiker- und Künstlervereins" gab es in der BRD nur ein „schmales Heftchen mit einigen seiner Texte" (P.P. Zahl). In der DDR dagegen lag bereits – von Brecht gefördert – die erste Hikmet-Ausgabe „Türkische Telegramme" vor, 1959 folgte eine repräsentative Gesamtausgabe seiner Werke, für die u.a. Ernst Fischer, Stephan Hermlin und Heinar Kipphardt verantwortlich waren.

Nur in der BRD nicht ... Zufall? Wohl kaum. Vielmehr Ergebnis der Strategie der Verfälschung und des Verschweigens, der in den fünfziger Jahren auch deutsche Schriftsteller / innen wie etwa Reinhold Schneider oder Anna Seghers zum Opfer fielen. Wieviel leichter dann erst, einen türkischen Dichter wie Nazim Hikmet zu verschweigen, zumal ja auch heute noch der Gedanke an die Türkei bei vielen nur exotische Träume auslöst. Und wozu gibt es schließlich – wie P. Hamm ironisch anmerkt – seit Jahren ein Kulturabkommen zwischen der Türkei und der BRD?

„Menschenlandschaften" – Illustration des Marxismus

„Sie schreiben ein neues Buch?"/ „Ich arbeite daran"./„Darf ich den Titel erfahren?"/„Die Schichten und Klassen in Anatolien von 1908 bis 1939." Diese Antwort des Kommunisten Halil auf die Frage eines Pflegers im Provinzkrankenhaus könnte als Leitfaden über Nazim Hikmets Versroman „Menschenlandschaften" stehen. Allerdings handelt es sich um keine wissenschaftliche Analyse, sondern um deren „poetische Umset-stenen. Allerdings handelt es sich um keine wissenschaftliche Analyse, sondern um deren „poetische Umset-zung". *„Du weißt / daß die Menschen die Stempel ihrer Klassen / in ihren Händen tragen / Die Tatsache bei dieser Frage / zum Beispiel, die Rolle der menschlichen Hand / bei der Entwicklung der Gesellschaften / wurde lange vor mir entdeckt / Aber die Schönheit deiner Hände / habe ich als erster entdeckt, denn ich hab das als erster geschrieben."*

Wissenschaftliche Analyse also als unerläßliche Voraussetzung des Klassenkampfes. Aber ebenso wie um die rationale Einsicht der Gesetzmäßigkeiten geht es um die „Rückeroberung der Sinne".

„Es gilt, die Sinnesfunktionen zu erweitern, nicht sie einzuschränken. Eines der Vorhutgefechte zur Rückeroberung der Sinne ist der literarische Kampf" (P.P. Zahl, Eingreifende oder ergriffene Literatur, S. 85). Nazim Hikmet hat dieses Vorhutgefecht geführt.

Die Aufgabe, eine „poetische" Klassenanalyse zu schreiben, erfordert andere literarische Mittel, eine andere Perspektive als die des bürgerlichen Romans. So steht beispielsweise kein „Held" bzw. dessen Biographie im Vordergrund des Versromans von Nazim Hikmet, sondern ein sozialer Ort. Buch III der „Menschenlandschaften" ist – überspitzt gesagt – die Biographie eines Gefängnisses, einer türkischen Provinzstadt und eines Provinzkrankenhauses.

Im ersten Teil des Buches die Biographie eines Gefängnisses. In der Darstellung des Tagesablaufes, der unterschiedlichen Tätigkeiten der Gefangenen, ihrer Gespräche und Konflikte und der Beziehungen zueinander wird die Gesellschaft transparent, die die diese Menschen ins Gefängnis brachte. Dann der Wechsel der Perspektive. Die brutale Rekrutierung türkischer Männer vor dem Wehramt der Provinzstadt: *„In meinem geliebten Land / werden meine jungen Männer auf dem Weg zur Kaserne / in Medresse und Moscheen / – zusammen mit der Wunde der noch nicht erkalteten Trauer – / in die unendliche Leere der Bleikuppeln gesperrt. / Und die Tage ziehen vorüber, / wie die in der Ferne fliegenden Kraniche ..."*



Dann am Schluß des ersten Teils das Portrait der Provinzstadt. Eine Stadt, die von jeder Veränderung abgeschnitten scheint, die nur aus Langeweile, Kartenspielen und Schnaps Stadt, die von jeder Veränderung abgeschnitten scheint, die nur aus Langeweile, Kartenspielen und Schnaps besteht, *„sinnlos und leer"*. Aber zugleich auch aus der *„Sehnsucht von etwa fünfhundert Meter Länge ... vom Bahnhof zum Rathaus"*, der vagen Hoffnung auf ein besseres Leben, das Gestalt annimmt in einigen Menschen dieser Provinzstadt, in Hayrettin, Rauf Bey und vor allem in Kerim. Ironisch stellt Nazim Hikmet den Zustand der scheinbaren Unveränderbarkeit, *„dieser mittelalterlichen Welt"* dar, zeigt aber auch zugleich die realen Ansätze zur Veränderung auf, den „Vorschein" auf ein lebenswertes Leben.

Im zweiten Teil des Buches: Gespräche der Landbevölkerung, die auf die ärztliche Behandlung warten und die Diskussionen zwischen dem Kommunisten Halil und dem Intellektuellen Dr. Faik Bey. Buch III schließt mit einem extremen Gegensatz: der Geburt eines Kindes und dem Selbstmord des isolierten Dr. Faik Bey, der nach eigener Aussage *„ohne Liebe und ohne Haß lebt"*, der die *„menschlichen Landschaften"* nicht mehr wahrnimmt.

Daß Klassenkampf auch vor allem Veränderung des eigenen Lebens, Überwindung des Individualismus bedeutet, macht Nazim immer wieder deutlich. Die Einzelgänger in „Menschenlandschaften" scheitern. So Sevki Bey. In seiner Jugend Revolutionär, wegen spektakulärer Aktionen bewundert, aber immer Individualist geblieben.

Sevki Bey, der eines Tages den Kampf abbricht und sich am Ende seines Lebens nur noch ans *„Überschaubare"* hält. Sevki Bey sammelt Blumen und bestimmt sie: die Natur ist eben *„enttäuschungsfest"*. Schließlich schlägt der Individualismus ins Reaktionäre um, als Sevki versucht, seinem Sohn auszureden, daß die Welt veränderbar ist.

Wie anders dagegen etwa Rauf Bey, der Strafrichter der türkischen Provinzstadt, den jede Ungerechtigkeit erregt, der *„selbst versucht, die Rechte der Angeklagten zu verteidigen"*, der im ständigen Kleinkrieg mit den Behörden liegt. Rauf Bey, *„tapfer wie der Aufstand, traurig wie die Justiz"*.

Ebenso stellt Nazim Hikmet den Selbstmord des Chefarztes Faik Bey als Konsequenz eines Lebens dar, das in äußerster Isolation ablief. Faik Bey, der Intellektuelle, der *„zwi-*als Konsequenz eines Lebens dar, das in äußerster Isolation ablief. Faik Bey, der Intellektuelle, der „zwi-*schen den Klassen"* steht, der dachte, er könne allein leben – bis die furchtbare Selbsttäuschung kurz vor dem Selbstmord in Selbstverachtung und Ekel vor dem eigenen Körper umschlägt.

„Um für uns die Wahrnehmung des Lebens wiederherzustellen, die Dinge fühlbar, den Stein steinig zu machen, gibt es das, was wir Kunst nennen ..." Diese Charakterisierung der Kunst von V. Sklovskij trifft auf das Werk Nazim Hikmets und die soziale Funktion seines Werkes zu. Die Tatsache, daß Nazims Gedichte gerade im Volk so bekannt sind, beweist dies. Zugleich wird an Nazim Hikmets Werk aber auch deutlich, daß es möglich ist, den unheilvollen Gegensatz zwischen der Kunst (einiger Spezialisten) und der Kultur (der Unterdrückten) aufzuheben bzw. zu einem Prozeß des gegenseitigen Voneinanderlernens zu machen.

Im übrigen – Buch IV der „Menschenlandschaften" von Nazim Hikmet wird im Oktober – rechtzeitig zur Frankfurter Gegenbuchmesse – im Hamburger Buntbuch-Verlag erscheinen.

Ein Genosse der Kultur-Kommission

Schneewittchen – oder immer noch werden Hexen verbrannt – (k)ein deutsches Märchen

Wir sind eine Wilhelmshavener Theatergruppe und spielen seit gut einem Jahr, Profis sind wir aber nicht. Unser zweites Stück ist nun fertig: Es geht um die Geschichte eines Mädchens, das zur Top-Terroristin gemacht wird.

Schneewittchen erlebt die täglichen Frustrationen und haut deshalb von zuhause ab. Um ihre Tochter wiederzubekommen, fassen die Eltern einen fatalen Entschluß ...

Die Sorgen eines Innenministers, der um die Staatssicherheit und seinen Job fürchtet, setzen einen unaufhaltsamen Prozeß in Gang. In der Presse erscheint Schneewittchen als Top-Terroristin! Die Geschichte nimmt ihren Lauf ...

Im weiteren treten auf: 7 Zwerge, der Richter Doktor H.C. Caesar, Pflichtverteidiger Gerd Gollum, ein eisenharter ML-er und viele weitere Menschen und Tiere (haufenweise Schweine).

Das Stück ist einigermaßen lustig, wenngleich einem am Ende das Lachen im Halse steckenbleibt –

Es ist insbesondere geeignet, die Gewaltfrage zu diskutieren, obwohl es das Problem der Guerilla selbst nicht behandelt.

Während wir das Stück spielen, werden eine BLÖD-Zeitung und ein Heft mit Materialien zu diesem Thema verteilt. Es dauert ca. 75 Minuten.

Wir wollen mit dem Stück kein Geld verdienen, deshalb spielen wir gegen Kostenerstattung. Da wir keine Profis sind, können wir nur am Wochenende spielen, und zwar ab September.

Meldet Euch bitte bei:
Peter Möhlmann
Flutstraße 290
2940 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/502250